



Dissertation

Titel der Dissertation

„Die Parlamentsdebatte: Regeln und Improvisation“

Analyse der Parlamentsdebatte bezüglich der Angelobung der Regierung Alfred
Gusenbauer und deren Darstellung in den Tageszeitungen

Verfasserin

Mag. Yordanka Hristozova-Weiss, M.A.

Angestrebter akademischer Grad

Doktorin der Philosophie (Dr. Phil.)

Wien, Dezember 2009

Studienkennzahl lt. Studienblatt: A 092 327

Dissertationsgebiet lt. Studienblatt: Sprachwissenschaft

Betreuer: Univ.-Prof. Dr. Helmut Gruber

Ich bedanke mich bei meinem Betreuer Prof. Helmut Gruber für die wertvollen Inputs.
Mein Dank gilt auch meinem Ehemann Wolfgang Weiss und meinen Eltern Mitra und
Todor Hristozov für die kritische und motivierende Unterstützung.

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	1
1.1. Ausgangssituation und Problemstellung	1
1.2 Zielsetzung der Arbeit	6
1.3 Parlamentarismus in Österreich	7
1.4 Aufbau und Gliederung der Untersuchung	16
2. Untersuchung des Status quo, Theoretischer Teil	19
2.1 Diskurs und Politik	19
2.1.1 Merkmale politischer Sprache und Sprachverwendung	22
• Language is political from top to bottom	22
• Sprache als Form der sozialen Praxis	24
• Die Sprache: Werkzeug für Denken und Kommunikation	27
• Sprachliche Kommunikationsstörungen	29
• Die Politik und die Sprache	32
• Definition für Politik: ethisches Handeln, Herrschaftsmanagement, auf dem Staat bezogenes Reden	34
• Politische Tätigkeit ist gleich eine sprachliche Tätigkeit	35
• Worte machen keine Politik	35
2.1.2 Die politische Rede und die politische Debatte	36
2.1.3 Rhetorik und Politik	41
2.2. Diskurs und Medien	43
• „Die Presse“ und „Kronen Zeitung“ – gemeinsamer Anfang, dann getrennte Wege	45
2.2.1. Die Presse – Geschichte, Mediadaten, Blattlinie	46
• Die Geschichte der „Presse“	46
• Mediadaten	48
• Blattlinie	49
• Die Leser einer Qualitätszeitung	49
2.2.2 Kronen Zeitung – Geschichte, Mediadaten, Blattlinie	50
• Geschichte der „Kronen Zeitung“	50

• Mediadaten	52
• Blattlinie	52
• Das Phänomen „Kronen Zeitung“	53
2.2.3 „Die Presse“ und „Kronen Zeitung“: eine kurze Zusammenfassung	55
2.2.4 Merkmale der Pressesprache und Rezeption	56
• Die Pressesprache als Indiz für Tendenzen der Gegenwartssprache	56
• Attraktivmacher der Pressesprache	57
• Mediennutzung, die Agenda-Setting Hypothese	58
• Textverständlichkeit: Qualitätsjournalismus versus Boulevardjournalismus	59
2.2.5 Soziologische Ansätze zur Rezeption von Medien	61
3. Analysemodelle politischer Sprache	65
3.1 Bekannte Modelle zur Untersuchung politischer Sprachverwendung	67
3.1.1 Pragma-dialektischen Ansatz Van Eemeren/ Grootendorst	67
3.1.2 Lexikalisch-argumentatives Modell nach Grünert	70
3.1.3 Das Sprachhandlungsmodell nach Holly	73
3.1.4 Das Persuasionsmodell nach Kopperschmidt	75
3.1.5 Sprachliche Definition von Gruppen	78
3.2 Hypothese: Was macht eine Parlamentsrede aus?	81
4. Die Repräsentation von politischen Debatten in den Printmedien	83
• Seit wann sich Menschen kritisch mit der Politik auseinanderstzen	84
• Die Medien	85
4.1 Wie die Nachrichten ausgewählt werden: Nachrichtenwerte	86
4.2 Journalistische Textgattungen	90
• Informationsbetonte Texte: die Nachricht, die Meldung, der Bericht, die Reportage, das Interview	90
• Meinungsbetonte Texte: der Kommentar, die Glosse, die Kritik	102

4.3 Publizistische Qualitätssicherung	107
• Fremdsteuerung, gesetzliche Bestimmungen	108
• Selbststeuerung	110
• Exkurs: Kann ein Politiker „Trottel“ genannt werden?	114
4.4 Repräsentation von Politik in den Medien	115
• direkte und wiedergegebene Rede, wertende Wortwahl bei der Berichterstattung	115
• „Teflon-Beschichtung“ der Politiker und Armut an politischen Inhalten	118
• Mediokratie, Infotainment und Politainment	119
4.5 Fragestellungen	124
5. Politische Hintergründe und Textkorpus	126
5.1 Die Parteien	126
5.2 Untersuchungskorpus – die Regierungsangelobungsdebatte vom 16.–17. Jänner 2007	131
5.3 Untersuchungskorpus – die Tageszeitungen „Die Presse“ und „Kronen Zeitung“	132
6. Empirischer Teil – Untersuchung der Redebeiträge der Regierungsangelobungsdebatte	136
6.1 Untersuchung der Redebeiträge	138
6.2 Kurze Zusammenfassung, Tendenzen	259
7. Vergleich der Redebeiträge	264
7.1 Das geregelte Streitgespräch – SPÖ	264
7.2 Das geregelte Streitgespräch – ÖVP	271
7.3 Das geregelte Streitgespräch – FPÖ	275
7.4 Das geregelte Streitgespräch – die Grünen	279
7.5 Das geregelte Streitgespräch – BZÖ	283

7.6 Vergleich Regierungsmitglieder/Nichtregierungsmitglieder	288
7.7 Zusammenfassung und Ergänzung der Hypothese: Was macht eine Parlamentsrede aus?	293
8. Untersuchung der Medienberichterstattung in der „Presse“ und in der „Kronen Zeitung“ am 17. Jänner 2007 298	
8.1 Die Berichterstattung in der „Presse“ am 17. Jänner 2007	298
8.2 Die Berichterstattung in der „Kronen Zeitung“ am 17. Jänner 2007	316
8.3 Zusammenfassung der Ergebnisse der Analyse der Medienberichterstattung am 17. Jänner 2007	325
9. Schlussteil	329
Literaturverzeichnis	346
Lebenslauf von Mag. Jordanka Hristozova-Weiss, M.A.	353
Anlagen:	
Zusammenfassung der Dissertation, Deutsch	
Zusammenfassung der Dissertation, Englisch	
Liste der RednerInnen	
Protokoll der Regierungsangelobungsdebatte	
Medienberichterstattung „Die Presse“ und „Kronen Zeitung“ (17.Jänner 2007)	

Einleitung

1.1. Ausgangssituation und Problemstellung

„Medienpräsenz ist die Währung des modernen Politikmarktes“, schreibt Hofer (2005, S. 3). Das Staatshandeln ist eine Kunst und die Massenmedien haben die Aufgabe dieses darzustellen und zu kommentieren. Fernsehen, Tageszeitungen, Rundfunk begleiten die Menschen bzw. Wähler täglich - ein Leben lang. Sie vermitteln das Wissen über die Zusammenhänge der Politik, sichern die massenmediale Sichtbarkeit des parlamentarischen Geschehens und zeigen, dass Politik keine Blackbox ist.

Die Zusammenhänge und die Art der Kommunikation im Dreieck „Politiktreibende – Massenmedien – Gesellschaft“ verändern sich mit den Jahren und mit ihnen die gesellschaftliche Ordnung, die Massenmedien selbst und die Menschen bzw. die Wähler. Über die Richtung dieser Entwicklung gehen die Meinungen weit auseinander: für einige Wissenschaftler wecken die Medien die nationale Aufmerksamkeit für das parlamentarische Geschehen, tragen ihre Verantwortung und sichern das Konzept um den gesellschaftlichen Zusammenhalt; für andere Wissenschaftler sind die Medien der Grund für einen Bedeutungsverlust der politischen Träger, die sich an die Regeln der Massenmedien anpassen, um Erfolg zu erzielen. Beschreiten die Politiker diesen Weg, verändert sich auch das Politik-Machen gründlich und wird mit den Marktmechanismen der Medienwelt synchronisiert.

Eine zunehmende Inhaltsleere und Kürzung von Botschaften, das Anbieten von politischen Ideen wie Ware, die mit Hilfe des Marketings vertrieben wird, zunehmende Personalisierungstendenzen, das in-den-Vordergrund-Stellen von Inszenierungen und Schauspielleistungen - so lautet ein Teil der Vorwürfe gegen die Politiktreibenden.

Hofer (2005) gibt zwei Beispiele: in Beispiel eins zitiert er Ronald A. Faucheux („Running for Office“, 2002, S. 61), der folgenden generellen Ratschlag für Debattensituationen abgibt: *“Talk to the audience, not your opponent.”* - „Oft führt dieser Ratschlag freilich zu Situationen, in denen kein Kontrahent mehr auf Fragen des

Moderators oder Anwürfe des Gegners eingeht“, kommentiert Hofer und weiter Beispiel zwei:

„Der frühere US-Außenminister Henry Kissinger fasste diese Tendenz der modernen politischen Kommunikation einmal launig am Beginn einer Pressekonferenz so zusammen: „Does anybody have any questions for my answers?“ (Hofer 2005, S. 61)

Hofer stellt fest, dass „*die Macht der „Parteikirche“ „stark im Zurückgehen“* ist und „*die Parteien an Bedeutung verlieren*“. Nicht alle Wissenschaftler teilen diese Meinung. Für den ehemaligen Kommunikationsleiter der SPÖ Dietmar Ecker sind Parteien „*überhaupt nicht*“ bedeutungsloser geworden: „*Die Welt ist nur eine andere geworden und man muss mit der Professionalisierung des Kommunikationsapparates reagieren.*“ Ähnlicher Auffassung ist auch Andreas Rudas. Der ehemalige Bundesgeschäftsführer der SPÖ „*stellt in Österreich eine „Parteidiktatur“ fest und eine „unheilige Allianz zwischen Medien, Bürokratie und Politik“, die weitergehende Veränderungen geschickt verhindert*“. (Hofer 2005, S. 116)

Die mediale und öffentliche Aufmerksamkeit, meint Hofer, konzentriert sich auf die parlamentarischen Debatten und ihre Vor- und Nachbereitung in den Massenmedien. Medien bieten eine vereinfachende Darstellung der Wirkung von politischen Konfrontationen. (vgl. Hofer 2005, S. 173)

Eine Kerneinsicht ist, dass:

„Politikmanager moderner Prägung tatsächlich zu Kommunikatoren und Gatekeepern moderner Politikvermittlung geworden sind. Die „Spin Doktoren“ – auch wenn deren in Medien oft konstatierte machtpolitische Omnipotenz wohl weit übertrieben ist – sitzen an zentralen politischen Schaltstellen und prägen nicht nur die Form, sondern auch die Inhalte der Politik: Es ist nicht nur Aufmerksamkeitsmanagement, das Politiker betreiben. Durch professionelle Umfrageforschung und Botschaftsentwicklung bestimmen sie auch die faktische Ausrichtung von Kampagnen.“

(Hofer 2005, S. 243)

Hofer zitiert dazu ein Beispiel aus den Vereinigten Staaten: Familie Clinton musste zelten gehen, weil eine Umfrage als Ergebnis hatte, dass so Bill Clinton noch sympathischer auf die Menschen bzw. Wähler wirken würde.

Die Politik und die Medien

Auch Sarcinelli (2002) stellt fest, dass die Medialisierung der Politik auf eine immer stärker werdende Anpassung politischen Handelns und Verhaltens an die Medienlogik verweist. Als Gründe für diese Entwicklung nennt er die wachsende Bedeutung der Massenmedien bei der Konstruktion sozialer und politischer Wirklichkeit und die zunehmende Interpretation des politischen Geschehens durch die Medien. (vgl. Sarcinelli 2002)

Noch ein Schritt weiter geht Dörner (2001) – er spricht nicht nur über die Anpassung von politischem Handeln an die Medienlogik, sondern über eine Enternainisierung, die sich durch Personalisierung, Intimisierung und Emotionalisierung der Politik in der medialen Erlebnisgesellschaft manifestiert.

Beobachtet wird parallel dazu ein Funktionsverlust klassischer Institutionen wie politische Parteien und Kirchen: die Vermittlung von Werten und Sinnstiftungen übernehmen in der Gegenwart die Medien. Diese erleichtern auch – aus Sicht der Politiker den Zugang zu den einzelnen Menschen enorm: der Politiker braucht nicht mehr Tausende Hände zu schütteln und sich den Menschen persönlich vorzustellen – das Fernsehen, der Rundfunk, die Tageszeitungen ermöglichen seine Präsenz im Alltag der potentiellen Anhänger bzw. Wähler und lösen damit die traditionellen Kommunikationsformen und Kommunikationskanäle durch massenmediale Politikvermittlung ab. Dies interpretiert Sarcinelli (2002) als eine mediale Veränderung innerhalb des politischen Systems: es findet ein Wandel der parlamentarisch-repräsentativen Demokratie hin zu einer medial-repräsentativen Demokratie statt.

Die Massenmedien agieren als die vierte Gewalt (die Publikative) im Staat, besitzen aber keine Sanktionsmöglichkeiten wie die Judikative, die Legislative oder die Exekutive.

Aber welche Medien werden bevorzugt? Empirisch belegt ist, dass „*mehr als drei Viertel der Zeitungs-, Radio- und Fernsehnutzer jeweils nicht nur unterhaltende, sondern auch politische Inhalte beachten*“, meint Schulz (1997, S. 18) und bringt in Erinnerung, dass für die Meinungsbildung der Rezipienten die „*wichtigsten Informationsquellen an erster Stelle das Fernsehen und an zweiter Stelle die Presse*“ sind (Schulz 1997, S. 19). Heute, zehn Jahre später, hat sich diese Tatsache nicht verändert. Politiker, etwa die Parlamentarier in Deutschland, bezeichnen sich selbst „*viel häufiger als Beeinflusste, denn als Beeinflussende im politischen Meinungsbildungsprozess*“. (Schulz 1997, S. 22)

Auch in dieser Hinsicht, meint Schulz, scheint weder die Dependenzthese (die Politik ist von den Medien abhängig) noch die Instrumentalisierungsthese (Politik instrumentalisiert Medien) eine hinreichende Erklärung zu geben. Er stellt fest, dass bei der Interaktion zwischen Massenmedien und Politik es sich „*keineswegs um Wettbewerb zwischen zwei Systemen*“ handelt, sondern allenfalls um einen Wettbewerb zwischen einzelnen Medien oder Mediengruppen auf der einen Seite und verschiedenen Strukturen des politischen Systems auf der anderen Seite. (vgl. Schulz 1997, S. 32)

Meyer (2002) spricht von einer „*Kolonialisierung der Politik durch das Mediensystem*“ und meint damit die Situation „*wenn die dem Mediensystem eigentümlichen Regeln auf das politische System übergreifen und dessen eigentümliche Regeln dominieren oder gar außer Kraft setzen.*“ (Meyer 2002, S. 10)

Seine Conclusio lautet:

“*Die Macht des Mediensystems zur Prägung der politischen Kultur übertrifft bei weitem den Einfluss der politischen Kultur (hier sind auch zivilgesellschaftliche Prozesse gemeint) auf die Praxis des Mediensystems*“

(Meyer 2002, S. 205)

Als Steuerungsmöglichkeit für die wachsende Macht der Massenmedien schlägt Meyer eine „*gesellschaftliche Steuerung des Mediensystems*“ vor. (Meyer 2002, S. 206) Primäre Möglichkeit dazu seien die „*Einrichtungen der professionellen Selbstkontrolle*“.

Es sind kaum dreißig Jahren vergangen seit Grünert (1974) die Debatte im Parlament, einer der Orte, wo politische Entscheidungen getroffen werden, „*einen geregelten Streit zwischen Parteien mit bestimmten politisch-ideologischen Grundpositionen, mit bestimmten Wertvorstellungen und Zielsetzungen*“ genannt hat. Grünert hat schon damals angedeutet, dass eine politische Debatte kaum neue Überzeugungen bewirkt. Vielmehr dient sie zur öffentlichen Klärung von politischen Positionen, Begründungen oder Rechtfertigungen.

Im Gegensatz zu den veränderten Beziehungen zwischen „Politik – Medien – Gesellschaft“ hat sich das bevorzugte Medium zur Kommunikation in diesem Dreieck nicht verändert. Die Sprache war, ist und wird auch in Zukunft das Medium der Kommunikation darstellen. Durch Sprache wird Macht gewonnen, ausgeübt, gesichert, verloren, kontrolliert. Durch Sprache vermitteln die Massenmedien den Rezipienten das politische Handeln. Durch Sprache diskutieren die Menschen bzw. Wähler die politischen Ereignisse, soweit diese für sie einsehbar sind.

Einen Definitionsversuch für politische Kommunikation in der Mediengesellschaft machen Jarren/Donges (2006). Für die beiden Autoren ist sie der „*zentrale Mechanismus bei der Formulierung, Aggregation, Herstellung und Durchsetzung kollektiv bindender Entscheidungen*.“ (Jarren/Donges 2006, S. 22)

Hinweise auf Fragen, die später beantwortet werden

Wird in der zeitgenössischen Politik die Legitimität durch ästhetische Inszenierung statt rationaler Verfahren hergestellt? Ist die Personenorientierung wichtiger als die Sach- und Programmorientierung der politischen Parteien? Wird nationale Politik populistischer dadurch, dass Entscheidungshandeln eher die Hinterbühne besetzt und auf der Vorderbühne lediglich vorgefertigte Botschaften bzw. Lösungen von Problemen vorgetragen werden? Welche sind die neuen Ansprüche an die politischen Akteure in Österreich: Darstellung und Inszenierungskompetenz, Professionalisierung von Politikvermittlung und politischer Werbung, Betreiben von politischem Marketing?

Antworten auf diese Fragen wird diese Arbeit anhand einer Analyse der Regierungsangelobungsdebatte vom 16. und 17. Jänner 2007 und ihrer Darstellung in den Tageszeitungen „Die Presse“ und die „Kronen Zeitung“ am 17. Jänner 2007 suchen.

1.2 Zielsetzung der Arbeit

Das Forschungsthema hat zwei Aspekte: einerseits, was macht eine Parlamentsrede aus, und andererseits, wie wurde das Geschehene im Parlament in die Mediensprache übersetzt.

Also ist das Ziel zuerst festzustellen, ob es feste Redemuster gibt, die die Politiker bei der Bewältigung der unterschiedlichen Themen in deren Alltag befolgen, und ob diese Redeschemata Unterschiede von Partei zu Partei aufweisen (im Parlament waren in der kurzen Legislaturperiode - Jänner 2007 bis Dezember 2008 - fünf Parteien vertreten: SPÖ, ÖVP, FPÖ, die Grünen und BZÖ).

In einem zweiten Schritt wird verfolgt, wie die Regierungsangelobungsdebatte durch die Tageszeitungen die Menschen erreicht hat: in Form von Berichten, Interviews, Kommentaren, Reportagen oder in Reimen.

Die detaillierten Forschungsfragen sind bezüglich der Debatte im Kapitel 3 und bezüglich der Medienberichterstattung im Kapitel 4 aufgelistet.

Die Redebeiträge im Hohen Haus werden im Rahmen des gesamten parlamentarischen Diskurses betrachtet. Was ist aber mit Diskurs gemeint? Kopperschmidt (1989) definiert „Diskurs“ als eine Kommunikationsform, in der ein Dissens, eine Problemlage mithilfe überzeugungskräftiger Argumente rational zu bewältigen versucht wird. Er betont, dass Diskurse in Handlungszusammenhänge integriert sind. In diesen Handlungszusammenhängen ist „*kooperative Verständigungsbereitschaft*“ bzw. „*kooperative Wahrheitssuche*“ kein Selbstzweck, sondern sie mediatisiert im Interesse der Möglichkeit und Wirksamkeit Kooperativhandelns zum Zwecke der Sicherung der Existenz gesellschaftlich lebender Subjekte. (vgl. Kopperschmidt 1989)

Für das Verständnis der diskursiven Theorie trägt entscheidend Habermas (2006) bei. Seiner Meinung nach existiert ein Konsens weil die handelnden Personen mit Hilfe des Diskurses zu gegenseitigem Verstehen und letztlich zu einer gemeinsamen Lösung kommen. Die Auffassungen über die „*ideale Sprechsituation*“ hat Habermas in seiner Theorie des kommunikativen Handelns zusammengefasst.

1.3 Parlamentarismus in Österreich

Das politische System, schreibt Meyer (2003), sei eine „*Gesamtheit aller Elemente, die in ihrem Zusammenwirken die Einheit der politischen Funktion des Gemeinwesens stiften*“. Als Elemente dieses politischen Systems nennt er neben den Entscheidungsinstitutionen Regierung, Verwaltung, Parlament auch Medien, Parteien, Interessensorganisationen und Kirchen. Letztere seien Organisationen, die zwischen Bürgern und Entscheidungsorganisationen vermitteln und einen Input in das eigentliche Entscheidungssystem geben. Innerhalb des Entscheidungssystems werden diese Eingaben erörtert und nach in der Verfassung festgeschriebenen Regeln entschieden. (vgl. Meyer, 2003, S.103)

Wie kann man sich einen Politikzyklus vorstellen? Jann/Wegrich (2003) listen folgende Phasen des Politikzyklus: Problemwahrnehmung, Agenda Setting, Politikformulierung und Entscheidung, Politikimplementierung (Durchführung) und Evaluierung (Wirkung).

In Bezug auf das österreichische politische System unterscheiden Pelinka/Rosenberger (2000) zwei Bereiche:

A – Vorparlamentarischer Bereich – hier artikulieren kollektive Akteure wie Parteien, Verbände, Lobbyies, Bürgerinitiativen oder Bürokratie ihre Interessen.

B – Parlamentarischer Bereich – Nationalrat und Plenum.

Darüber hinaus gehört zum Wesen der Politik laut Schlumperer (1987, S. 450) auch „*die Psychotechnik der Parteileitung und der Parteireklame, der Schlagworte und der Marschmusik.*“

Max Weber (1922/1972) betont die zentrale Rolle der Legitimität des politischen Handelns: politisches Handeln fuße nicht allein auf Macht und Gewalt, sondern immer auch auf Rechtfertigung. Die Unterstützung und die Gefolgschaft der Menschen werden durch Verweis auf rechtfertigende Gründe gewonnen.

Laut Weber speist sich in der europäischen Kultur Legitimität aus zwei Quellen: aus der Idee der Menschenrechte und der Idee der demokratischen Zustimmungspflicht. Die Macht sieht er als „*Chance, innerhalb einer sozialen Beziehung den eigenen Willen auch gegen Widerstreben durchzusetzen*“.
(Weber 1922/1972, S. 28)

Als eine der zentralen Institutionen der repräsentativen Demokratie ist das Parlament einen „*Ort, an dem der Widerstreit von Meinungen und Interessen sich institutionalisiert vollzieht und von dem aus er konkrete Auswirkungen im politischen Handeln hat*“.
(vgl. Grünert 1974)

Aber wie viel Macht haben die Parlamente? Patzelt (2005) sieht zwei Entwicklungen:

„Einerseits haben sich Parlamente in den letzten Jahrhunderten in fast allen Gesellschaften gegen oft erhebliche Widerstände durchgesetzt und sich in vielen politischen Systemen zu zentralen Steuerungs- und Integrationsinstitutionen entwickelt. Andererseits kontrastiert dieser Eindruck von der Bedeutung der Parlamente mit einer anderen Wahrnehmung, nämlich der allgegenwärtigen und immer wiederkehrenden Diskussion um eine drohende oder auch als gegeben angesehene Machtlosigkeit von Parlamenten: Ständig wird von einer Marginalisierung, von Regressionserscheinungen oder von Legitimationskrisen gesprochen, und ständig scheinen Parlamente in Gefahr, zu einem Hilfsorgan der Parteien oder der Exekutive degradiert zu werden.“

(Patzelt 2005, S. 217)

Ein Grund dafür könnte sein, dass das wirkliche Parlamentsgeschehen, die Arbeit in den Ausschüssen, in denen die Expertenarbeit zu einer konkreten Fragestellung oder einer Problemlösung geleistet wird, oft außerhalb des Wahrnehmungsbereichs der Massenmedien geschieht. Die Massenmedien haben aber den gesellschaftlichen Auftrag, die Öffentlichkeit mit Informationen zu versorgen, damit zur freien Meinungsbildung beizutragen und den Rezipienten täglich eine Vielfältigkeit an Politik-, Wirtschafts- und Kulturthemen zu liefern.

Hingegen für die Medien sichtbar vom Geschehen im Hohen Haus sind z. B. die Parlamentsdebatten.

Ist aber in den letzten Jahrzehnten das Parlament nicht vorwiegend als Schaubühne zu betrachten?

Laut Habermas (2006) hat der Charakter der politischen Debatte als Dokumentation (statt als Meinungsfindung) eine „*diagnostizierte Wirkung*“: für die Öffentlichkeit werden die Verhandlungen selbst zur Show gemacht und dadurch verliert „*Publizität ihre kritische Funktion zugunsten der demonstrativen Funktion*“.

Die Parlamentsredner, die diese Schaubühne betreten, seien mehr um Dissens mit dem politischen Gegner bemüht um an eigenem Profil zu gewinnen und es zu schärfen, und suchten Konsens allein mit der außerparlamentarischen Bevölkerungsmehrheit. (Habermas 2006)

Oft werden die Wörter als Waffen benutzt, und die Sprache, die die einzige Möglichkeit darstellt, die Politik zu verbalisieren, verwandelt sich in ein Kampfinstrument mit dem Ziel, die eigene Position in der Debatte zu sichern.

Die Parlamentsereignisse finden hinter den Mauern des Parlamentsgebäudes statt. Wenige Österreicherinnen und Österreicher nehmen an diesen Debatten als Abgeordnete teil. Die Bürgerinnen und Bürger werden von den Parlamentariern repräsentiert (stellvertretend für ca. 8 Millionen Österreicher sitzen 183 Abgeordnete im Nationalrat). Nur sehr wenige Zuschauer können im Saal Platz nehmen, um eine Debatte als primäres Erlebnis zu gewinnen. Der größte Teil der Österreicherinnen und Österreicher, der Wählerinnen und Wähler wird von den Ereignissen im Parlament durch die Massenmedien informiert. Somit kommt auf die Medien ein hohes Verantwortungsbewusstsein als Pflicht zu.

Was die Rezipienten zu erfahren haben, welche sekundären Erfahrungen für die Leser geliefert werden, entscheidet das funktionierende System einer Tageszeitung. Gatekeeper filtern die News, Reporter besuchen Pressekonferenzen des Parlaments oder der Ministerien. Nach Fertigstellung der Texte werden diese vor dem Druck von den Redakteuren verfeinert. Eine Tageszeitung hat neben der Versorgung der Rezipienten mit Information und der Qualität der Texte (z. B. Objektivität, Richtigkeit, Vielfalt, Transparenz, Relevanz, Aktualität, Verständlichkeit etc.) und Zufriedenheit der Leser, auch für einen langfristigen Geschäftserfolg zu sorgen. Neben den Einnahmen aus der Werbewirtschaft sind damit auch die Bereitstellung von Mitteln zur Verbesserung der Qualifikation der Journalisten gemeint. Dies ist das heutige Bild.

Die folgenden Informationen über das österreichische Parlament versuchen ein Bild über seine Entstehung zu geben und können damit auch eine Erklärung für seine gegenwärtige Entwicklung sein.

Geschichte des österreichischen Parlaments

Die in dieser Arbeit angebotene Geschichte des österreichischen Parlaments basiert auf einen Buch über das Hohe Haus, das von der Parlamentsdirektion (1997) herausgegeben wurde.

Die Entwicklung: vom Reichstag zum Parlament

Die erste parlamentarische Körperschaft Österreichs entstand im Jahr 1848 und sollte einen Reichstag aus zwei Kammern darstellen: dem 150-Köpfigen Senat – Aristokraten, die auf Lebensdauer ernannt wurden und der Kammer der indirekt gewählten Abgeordneten aus allen Provinzen des Reichs.

Die Eröffnung des Reichstages fand am 22. Juli 1848 statt. In den Wirren des Oktobers desselben Jahres in Wien wurde der Reichstag in die mährische Bischofsstadt Kremsier verlegt.

Dort, zu Beginn des Jahres 1849, entstand das Verfassungskonzept. Dieses sah für alle Länder Österreichs einen Reichstag mit einer Volkskammer und einer Länderkammer vor. Gemessen den damaligen Kriterien war der „*Kremsierer Entwurf*“ eine demokratische Verfassungsurkunde. Diese wurde niemals wirksam.

Kaiser Franz Joseph, der am 02.12.1848 den Thron bestiegen hatte, erließ im Jahr 1849 eine neue Verfassung. Der Reichstag sollte wieder aus zwei Kammern bestehen: einem Oberhaus mit Stellvertretern der Landtage der einzelnen Kronländer und einem Unterhaus, dessen Mitglieder durch direkte Wahl männlicher Staatsbürger, die eine bestimmte Steuerleistung erbrachten. Diese Verfassung wurde aber nicht voll umgesetzt.

Das „*Grundgesetz über die Reichsvertretung*“ wurde im Jahr 1861 erlassen und Österreich erhielt unter der Bezeichnung „Reichsrat“ ein Parlament. Dieses bestand bis zum Ende der Monarchie im Jahre 1918. Das Grundgesetz von 1861 gilt als „*Geburtsurkunde des österreichischen Parlaments*“.

Vorgesehen waren vier Wählerklassen: die Kurie des Großgrundbesitzes; die Kurie der Städte, Märkte und Industrialorte; die Kurie der Handels- und Gewerbekammern sowie die Kurie der Landgemeinden.

Im Jahr 1873 gab man der Forderung nach direkten Wahlen zum Abgeordnetenhaus nach. 1907 wurde endgültig das Privilegienwahlrecht abgeschafft. Vorgeschrieben wurde die direkte Wahl ohne Wählerklassen - durch Abgabe eines Stimmzettels.

Acht Nationalitäten waren damals im Parlament vertreten: Deutsche, Tschechen, Polen, Ukrainer, Rumänen, Kroaten, Slowenen und Italiener. Diese gehörten mehr als 30 politischen Parteien bzw. Gruppierungen an.

Bis zum Jahre 1918 besaßen Frauen kein Wahlrecht. Erst die Republik hat am 12.11.1918 das direkte, freie, gleiche und geheime Wahlrecht für alle Staatsbürger eingeführt.

Nach dem Ende des Ersten Weltkrieges verabschiedete die Konstituierende Nationalversammlung am 1. Oktober 1920 die Verfassungsurkunde der Republik Österreich. Der Staat wurde als parlamentarische Republik auf bundesstaatlicher Grundlage konstituiert. Vorgesehen waren zwei parlamentarische Kammern: der vom Volk direkt gewählte Nationalrat und der Bundesrat, dessen Mitglieder von den Landtagen gewählt wurden.

Ab März 1938, nach dem Anschluss an das Deutsche Reich, diente das Parlamentsgebäude für die nächsten sieben Jahre als Gauhaus der NS-Organisation des Reichsgaues Wien. Nach dem Zweiten Weltkrieg, am 25. April 1945 folgte die Unabhängigkeitserklärung und die demokratische Republik Österreich wurde wiederhergestellt.

Erst durch den Staatsvertrag vom 15. Mai 1955 gewann die Republik ihre volle Souveränität zurück und damit auch ihre unbeschränkte staatliche Willensbildungskompetenz. Seitdem besteht das Parlament aus zwei Kammern: dem Nationalrat, dessen Mitgliederzahl 183 Personen (seit 1971) beträgt, und dem Bundesrat.

Der Nationalrat und der Bundesrat

Dem Nationalrat ist durch die Bundesverfassung als Hauptaufgabe die Gesetzgebung des Bundes übertragen. Diese übt er gemeinsam mit dem Bundesrat aus. Die Mitglieder des Nationalrates werden direkt vom Bundesvolk gewählt. Seit 2008 sind alle österreichischen Staatsbürger ab 16 Jahre wahlberechtigt.

Zur Vorberatung der Verhandlungsgegenstände werden ständige Ausschüsse eingesetzt. In ihnen spielt sich praktisch der wesentliche Teil des parlamentarischen Geschehens ab. Jeder Ausschuss spiegelt die Mehrheitsverhältnisse im Plenum wider. Neben den typischen parlamentarischen Ausschüssen wie z. B. dem Immunitätsausschuss und dem Unvereinbarkeitsausschuss – wird im Allgemeinen für jedes Ressort der Bundesregierung zumindest ein Ausschuss (z. B. der Finanzausschuss, der Justizausschuss) gewählt. Besondere Angaben haben der Hauptausschuss (der die inhaltliche Vorbereitung zu bestimmten Themen für die Parlamentssitzungen durchführt oder verfassungsrechtliche Fragen regelt) und der Budgetausschuss (Vorberatung der Bundesfinanzgesetze und begleitende Budgetkontrolle).

Der Bundesrat ist die Länderkammer der Bundesgesetzgebung. Seine Mitglieder werden von den Landtagen der Bundesländer für die Dauer der jeweiligen Landtagsgesetzgebungsperiode gewählt. Der Bundesrat verfügt über keine stets gleich bleibende Mitgliederzahl. Die Zahl der jedem einzelnen Bundesland zukommenden Vertreter wird vom Bundespräsidenten festgesetzt. Als Kriterium gilt die allgemeine Volkszählung, die in der Regel alle zehn Jahre stattfindet. Das Bundesland mit der größten Bürgerzahl entsendet zwölf Mitglieder, jedes andere Bundesland so viele Mitglieder, als dem Verhältnis seiner Bürgerzahl zu der des bevölkerungsstärksten Bundeslandes entspricht.

Der Nationalrat und der Bundesrat treten als Bundesversammlung in gemeinsamer öffentlicher Sitzung zusammen - z. B. zur Angelobung des direkt vom Volk gewählten Bundespräsidenten.

Der Nationalrat und der Bundesrat werden im Bundesverfassungsgesetz als „*Organe der Bundesgesetzgebung*“ bezeichnet, also besteht deren Hauptaufgabe in der Beratung und Beschlussfassung von Bundesgesetzen. Darüber hinaus steht dem Nationalrat und dem Bundesrat das Recht zu, die Geschäftsführung der Bundesregierung zu überprüfen, deren Mitglieder über alle Gegenstände der Vollziehung zu befragen und alle einschlägigen Auskünfte zu verlangen.

Die politischen Parteien

Das politische System der Republik Österreich wird als „demokratisch-parlamentarisches System“ charakterisiert: die staatliche Willensbildung wird von einem demokratisch gewählten Parlament gestaltet.

Politische Parteien erfüllen diese für eine repräsentative Demokratie unverzichtbare Funktion: Sie reduzieren in ihrem Regierungsprogramm die Fülle von Einzelfragen, die politisch zu entscheiden sind, auf eine begrenzte Anzahl abstimmbarer Alternativen dieser Einzelfragen und sind bestrebt, diese für die Dauer einer Gesetzgebungsperiode zu entscheiden.

Die in Fraktionen zusammengeschlossenen Abgeordneten zeigen in den meisten Fällen ein einheitliches Abstimmungsverhalten. Diese „*Klubdisziplin*“ – oft als „*Klubzwang*“ bezeichnet – ist mit der parlamentarischen „*Arbeitsteilung*“ begründbar: Die Vielzahl der zu behandelnden Materialien gleichermaßen zu überschauen, ist für den einzelnen Abgeordneten praktisch unmöglich. Dies macht eine systematische Trennung der Arbeitsgebiete der einzelnen Abgeordneten notwendig, die durch das parlamentarische Ausschusssystem, welches die tief greifende inhaltliche Auseinandersetzung mit den Gesetzesvorlagen in die Ausschüsse verlagert, unterstützt wird. Daher wird die Abstimmungslinie der Mitglieder eines Klubs zu den einzelnen Vorlagen durch die Vertreter dieses Klubs in jenem Ausschuss vorgeprägt, welcher die Vorlage vorberaten hat.

Das Parlament ist das Organ der staatlichen Willensbildung in einer parlamentarischen Demokratie. Durch den Wahlakt entscheidet das Volk über die Zusammensetzung der Volksvertretung und damit über die politischen Grundsätze, nach denen der staatliche Wille für die Dauer der Gesetzgebungsperiode gebildet werden soll, zugleich aber auch über die Zusammensetzung der Regierung.

Die Kommunikation

Neben der klassischen Parlamentsfunktionen der Gesetzgebung kommt dem Parlament in der Informationsgesellschaft in einem immer höheren Ausmaß eine Kommunikationsfunktion zu.

Von der parlamentarischen Tribüne aus werden die Beweggründe der staatlichen Willensbildung (von den Regierungsparteien) dargestellt, aber auch laufend politische Alternativen (von der Opposition) präsentiert. Den Abgeordneten obliegt es auch, den Kommunikationsfluss in der Gegenrichtung aufrecht zu erhalten und die politische Meinung der Bürgerinnen und Bürger in den Prozess der staatlichen Willensbildung einzubringen.

Diese Kommunikationsfunktion ist mit der Integrationsfunktion des Parlaments untrennbar verbunden. Einerseits ist das Parlament das Organ für die inhaltlichen Integration verschiedener gesellschaftlicher Interessen in die staatliche Willensbildung, andererseits werden die einzelnen politischen Akteure (Abgeordnete, politische Parteien), die selbst bereits Integrationswirkung ausüben, in das politische System integriert.

(vgl. „Das österreichische Parlament“ 1997, S. 7 - 76)

Mögliche Parlamentsarten – eine Typologie nach Burkhardt

Im Laufe der politischen Geschichte haben sich nicht nur die Parlamente geändert, sondern auch die Rolle, die eine Debatte zu spielen hat, meint Burkhardt (2003). Von der Funktion her, die Parlamente innerhalb ihres jeweiligen politischen Systems erfüllen, und in Anbetracht ihrer internen Organisation und Aufgabenstellung unterteilt Burkhardt die deutschen Zentralparlamente in 8 Typen. Diese Klassifikation ist nicht direkt auf Österreich übertragbar, liefert aber wichtige Details über mögliche Parlaments-Arten. Darüber hinaus beruht eines der in dieser Arbeit behandelten Argumentationsmodelle auf dem ersten von Burkhardt aufgelisteten Parlamentstyp:

- 1. Das demokratische **Diskussionsparlament** (Deutsche Konstituierende Nationalversammlung in der Frankfurter Paulskirche 1848/49). In ihm werden unterschiedliche Meinungen mit dem Ziel wechselseitigen Überzeugens zwischen weitgehend parteiunabhängigen Abgeordneten diskutiert. Im Idealfall wird ein Konsens hergestellt und eine Mehrheitsentscheidung getroffen. Nachteil: Die mehrheitsfähige Position kann verwässert werden und politisch nicht durchsetzbar sein. Anbei ein Statement: „*Meine Herren ich habe das Wort und niemand hat das Recht, mich zu unterbrechen!*“
- 2. Das **Alibi-Parlament** (Deutscher Reichstag bis 1918) oder „**Kaiserlicher Reichstag**“ ging in freien Wahlen hervor, verfügte aber über eingeschränkte Kompetenzen. Es hatte keinen Einfluss auf die Regierungsbildung, könnte aber vom Staatsoberhaupt jederzeit berufen, eröffnet, vertagt und geschlossen werden

und diente der Diskussion (zumindest der Absegnung) von Regierungsentscheidungen.

- 3. Das demokratische **Arbeits- bzw. Kampfparlament** (Deutscher Reichstag bis 1933): Ihm liegen freie, gleiche und geheime Wahlen zugrunde. Ideologische Grundgegensätze führen aber zu einer Einschränkung der Kompromissfähigkeit, so dass politische Auffassungen im Plenum zumeist aggressiv diskutiert werden, um Mehrheitsentscheidungen zu treffen und durchzusetzen. Nachteil: Parteipolitische Polarisierung kann über wechselseitige parlamentarische Blockaden bis an die Grenze der Regierbarkeit führen.
- 4. Das **Scheinparlament** (Deutscher Reichstag von 1933-45), hat außer dem beibehaltenen Namen mit einem Parlament nichts Gemeinsames. Es geht aus unfreien und nicht geheimen Wahlen hervor und wird nur bei Bedarf auf höchsten Befehl zusammengerufen, um als Forum extensiver Regierungserklärungen zu dienen und Generalvollmachten zu erteilen.
- 5. Das **Akklamationsparlament** (DDR-Volkskammer von 1949-89): Faktisch unfreie und nicht geheime Wahlen liegen ihm zugrunde. Unterschiedliche Bevölkerungsgruppen kommen zu Wort, wobei die bereits getroffenen Entscheidungen von Staatspartei/Regierung nur noch zu bestätigen sind. Jede Diktatur der letzten 200 Jahre hat sich ihr Akklamationsparlament als Deckmantel umgehängt.
- 6. Das **Interims-Parlament** (Vorparlament, DDR-Volkskammer vom 13. November 1989 bis zum 7. März 1990) geht nicht unmittelbar aus allgemeinen Wahlen hervor: es handelt echt parlamentarisch und weitgehend konsensorientiert, und dient dazu, eine staatliche Neuordnung gesetzlich zu regeln und die Arbeit eines frei gewählten Parlaments vorzubereiten.
- 7. Das demokratische **Parteien- oder Schaufensterparlament** (Deutscher Bundestag) geht aus freien, gleichen und geheimen Wahlen hervor. In seinem Plenum werden für die Öffentlichkeit politische Entscheidungen in kontroverser

Debatte getroffen und die eigentlichen Entscheidungsrituale auch tatsächlich durchgeführt. In ihm findet aber kaum mehr eine Diskussion in eigentlichen Sinn - mit dem Ziel wechselseitigen Überzeugens - statt, weil die Entscheidungen faktisch in den Fraktionen und Ausschüssen bereits vorab gefallen sind, so dass sich diese Art von Parlamentsorganisation mit guten Gründen auch als „Fraktionsparlament“ bezeichnen lässt; eine solche Volksvertretung ist zwar mitnichten ein Scheinparlament, aber in vielerlei Hinsicht nur scheinöffentliches Parlament.

- 8. Nach den Wahlen vom März 1990 hatte die nunmehr demokratische Volkskammer nur ein halbes Jahr Bestand und diente in dieser Zeit fast ausschließlich dem einen Zweck: die Vereinigung der DDR mit der Bundesrepublik herbeizuführen und gesetzlich zu regeln. Ein Parlament, dessen Hauptaufgabe in der eigenen Selbstauflösung besteht, kann vielleicht am treffendsten als „**Abwicklungsparlament**“ beschrieben werden.

(vgl. Burkhardt 2003, S. 5 - 7)

Das österreichische Parlament ähnelt am meisten dem demokratischen **Parteien- oder Schaufensterparlament**. Dieses geht aus freien Wahlen hervor: Im Plenum finden tatsächlich Debatten und Abstimmungen statt. Die eigentliche Diskussion - mit dem Ziel wechselseitigen Überzeugens - findet in den Fraktionen und Ausschüssen bereits vorab statt.

1.4 Aufbau und Gliederung der Untersuchung

Die Materialgrundlage für diese Dissertation bildet hauptsächlich die Regierungsangelobungsdebatte vom 16. und 17. Jänner 2007 und - zu einem kleineren Teil - die Berichterstattung zweier Tageszeitungen - „Die Presse“ und die „Kronen Zeitung“ - über diese Debatte. Die Parlamentsdirektion hat unter anderem auch die Aufgabe, alle Debatten im Hohen Haus zu transkribieren und der interessierten Öffentlichkeit (im Internet abrufbar) zur Verfügung zu stellen. In diesem

Zusammenhang ist es interessant zu erwähnen, wo die Wurzeln der Parlamentsstenographie liegen:

„Die Entstehung des europäischen Parlamentarismus in England rief zugleich den Wunsch nach öffentlicher Verbreitung der Ereignisse und Verfahren parlamentarischer Beratungen hervor. Das englische Unterhaus ließ bereits seit der Mitte des 18. Jahrhunderts einzelne Verhandlungen seiner Ausschüsse stenographieren und stellte im Jahre 1803 den ersten amtlichen Stenographen ein.“

(Burkhardt 2003, S. 458)

Wie ist die Untersuchung der Regierungsangelobungsdebatte und der darauf folgenden Berichterstattung aufgebaut? In einem ersten Schritt wird der Status quo – der Zusammenhang zwischen Sprache und Politik - dargestellt. Der erste Analyse-Teil ist dem Thema „Diskurs und Politik“ und der zweite dem Thema „Diskurs und Medien“ gewidmet.

In „Diskurs und Politik“ wird ein Überblick über die Merkmale politischer Sprache und Sprachverwendung, über die politische Rede und die politische Debatte angeboten.

In „Diskurs und Medien“ folgt ein Blick auf die Geschichte, die Mediadaten, die Blattlinie und die Leserschaft der Tageszeitungen „Die Presse“ und „Kronen Zeitung“. Diese Zeitungen weisen historisch einen gemeinsamen Ursprung auf, gehen aber heute getrennte Wege. Weiters sind die Merkmale von Pressesprache und Rezeption Gegenstand dieser Dissertation sowie zwei soziologische Ansätze, die für die Rezeption von Medien relevant sind.

Bekannte Modelle zur Untersuchung der politischen Argumentationsstrategien werden in einem weiteren Schritt – in Kapitel 3 behandelt. Mit Hilfe von diesen Modellen wird eine eigene Hypothese „Was macht eine Parlamentsrede aus?“ angeboten.

Thema des vierten Kapitels ist die Repräsentation von politischen Debatten in den Printmedien: Welche Merkmale weisen die journalistischen Textgattungen, die in der Berichterstattung „Der Presse“ und der „Kronen Zeitung“ am 17. Jänner 2007 vorkommen, auf? Gesetzliche Bestimmungen über die Medien bzw. das Mediengesetz, Überlegungen zur publizistischen Qualitätssicherung in den Printmedien und die Formulierung der Forschungsfragen runden das Kapitel ab.

Im Kapitel fünf werden die politischen Hintergründe, die Geschichte und Leitbilder der 2007 im Parlament vertretenen Parteien und auch der Textkorpus der Dissertation behandelt.

In dem empirischen Teil (Kapitel 6 - 8) werden die Rede- bzw. Argumentationsstrategien der SPÖ, der ÖVP, der FPÖ, der Grünen und des BZÖ im Zusammenhang mit der im Kapitel drei aufgestellten Hypothese analysiert und miteinander verglichen. Ziel ist es herauszufinden, ob parteispezifische Redemodelle nachweisbar sind wie im Falle Peter Westenthalers vom BZÖ, der oftmals in seinen Reden Berichte aus den Massenmedien zu zitieren pflegte.

Die darauf folgende Untersuchung der Medienberichterstattung in den Tageszeitungen „Die Presse“ und „Kronen Zeitung“, die nur Texte, die am 17. Jänner 2007 - der Tag nach der Debatte - gedruckt worden sind, inkludiert, wird zu analysieren versuchen, wie viele von den Botschaften der Regierungsangelobungsdebatte und in welcher Form sie die Rezipienten erreicht haben.

Das abschließende Kapitel neun wird die Ergebnisse der vorgenommenen Untersuchung zusammenfassen und Fragen, die im Laufe der Arbeit nicht relevant wurden aber als Untersuchungsgegenstand weiterer Recherchen dienen könnten, auflisten.

2. Untersuchung des Status quo, Theoretischer Teil

2.1 Diskurs und Politik

Der Untersuchungsgegenstand dieser Dissertation ist die Regierungsangelobungsdebatte vom 16. und 17. Jänner 2007 und ihrer Darstellung in den Tageszeitungen „Die Presse“ und „Kronen Zeitung“ und nicht die Politik selbst.

Die Debatte wird in einer text-/diskursorientierten Richtung analysiert: die Betrachtungen gehen nicht nur vom Wort, sondern vom Text bzw. Diskurs aus. Unter Berücksichtigung der konkreten politisch-gesellschaftlichen Situation wird das sprachliche Handeln der politischen Akteure während der Debatte beobachtet. Es werden nur die Redebeiträge herangezogen: Zwischenrufe, Plakate, Körpersprache oder Aufstehen der Abgeordneten und der Mitglieder der Regierung Alfred Gusenbauers werden nicht berücksichtigt.

Auch weitere leibgebundene Ausdrucksmöglichkeiten wie Mimik, Gestik, Körperhaltung ergänzt die sprachliche Kommunikation (vgl. Burkart 2002) werden in der Arbeit nicht in Betracht gezogen. Der Untersuchungsgegenstand wird allein die Sprache sein. Diese wird als Instrument zur Bedeutungsvermittlung und zwischenmenschlichen Verständigung verstanden: „*In ihrer Eigenschaft als Medium symbolisch vermittelter Kommunikation soll Sprache als eine Instanz gesehen werden, die dazu dient, Inhalte unseres Bewusstseins anderen Menschen zugänglich zu machen.*“ (Burkart 2002, S. 77)

Die Sprache steht im Hohen Haus als Medium zur Gedankenaustausch im Mittelpunkt. Die parlamentarische Kommunikation wird als „Sprache der Institutionen“ eingestuft. Aber was ist unter Kommunikation zu verstehen? Anbei eine Definition:

„*Kommunikation bedeutet, dass ein Sender einem Adressaten mittels Zeichen (Nachricht) etwas zu verstehen gibt (Botschaft). Damit eine Nachricht entstehen kann, muss es isolierbare Zeichenformen geben, die ihrerseits Bedeutungen haben müssen, damit im Kopf des Adressaten als Sinn der Nachricht eine Botschaft entstehen kann.*“

(Burkhardt 2003, S. 277)

Sowohl auf Sender- als auch auf Adressatenseite können mehrere Individuen stehen – genau wie im Parlament. Darüber hinaus ist zu beachten, dass jede Sprechhandlung im Parlament sich in einer bestimmten Sprechsituation vollzieht, die das Sprechen bedingt. Allhoff (1975) hat eine rhetorische Analyse der Reden und Debatten des ersten deutschen Parlaments von 1848/49 gemacht und zehn bestimmende Parameter einer Rede erkannt: Raum, Zeit, Parlamentarier, Geschäftsordnung, Parlamentspräsidenten, Parteien und Fraktionen, Zuhörer, Parlamentarische Gepflogenheiten, Situativer Kontext, Redeziel. (vgl. Allhoff 1975, S. 63)

Auch wenn seit dieser Debatte schon viele Jahre vergangen sind, könnten die erwähnten zehn Rede-Parameter auch heute angewendet werden. Wie damals in Deutschland: auch heute kommt auf jeden Parlamentsabgeordneten eine schwierige Aufgabe zu: einerseits sollen sie eine verständliche Botschaft formulieren und andererseits diese Botschaft den jeweiligen Situationen anpassen.

Eine Fülle an entsprechender Literatur beschäftigt sich mit der politischen Sprachverwendung. Deshalb muss am Anfang dieses Kapitels erwähnt werden: Der Themenkomplex „Sprache – Diskurs – Politik“ ist äußerst weit gesteckt und in dieser Dissertation wird nur ein Bruchteil der wichtigsten Ansätze, die für den Untersuchungsgegenstand – das Sprechen und Argumentieren im Parlament – relevant sind, ausgewählt.

Bei der Darstellung des Status quo werden als erstes die Ansätze von Joseph (2006), Chilton (2004) und Fairclough (1992, 1995) in Betracht gezogen.

Laut Joseph (2006) ist die Sprache ein Ort der Meinungsverschiedenheiten. Als eine unverzichtbare Voraussetzung für Erfolg eines Politikers gilt die Fähigkeit, eine eindeutige Zukunftsvision zu präsentieren. „*Language is political from top to bottom*“, fasst Joseph (2006) seine These zusammen.

Sprache und soziale Intelligenz verbindet Chilton (2004): die Sprache erlaube es den Menschen soziale Funktionen zu erfüllen. Danach wird der Ansatz von Fairclough (1992, 1995) vorgestellt: er stellt einen Zusammenhang zwischen gesprochenem/geschriebenem Text, diskursiver und sozialer Praxis her. Gemeint ist, dass die Sprache eine Form von sozialer Praxis ist.

Diese drei Ansätze sind relevant für die Analyse einer parlamentarischen Debatte, weil die Texte als sensible Barometer für soziale Prozesse betrachtet werden können und alle drei die Textanalyse als einem Anzeigeelement für soziale Veränderungen erachten.

Die Sprache stellt also zum einen eine soziale Gewalt dar, zum anderen ist Sprache ein Werkzeug des Denkens und der Kommunikation. Ohne Sprache wäre auch politische Kommunikation schwer möglich. Der politischen Sprache schreibt Girnth (2002) einen realitätskonstruierenden Charakter zu und nennt zwei Tendenzen im aktuellen Forschungsstand. Einerseits wird Sprache als Herrschaft über „Begriffe“ verstanden: die Wörter gelten dabei als strategische Größen im Prozess der Überzeugung. Andererseits ist Sprache eine Form sozialen Handelns, das in konkreten Kommunikationssituationen stattfindet.

Bei der Betrachtung des Themenkomplexes „Sprache und Politik“ dürfen mögliche Kommunikationsstörungen nicht vergessen werden. Burkart (2002) hat die Gründe für Störungen in der politischen Kommunikation aufgelistet.

Weiters wird auf den Begriff „Politik“ und dessen unterschiedlichen Benennungsformen eingegangen: wie z. B. Politik als Herrschaftsmanagement oder auf den Staat bezogenes Reden.

Zum Ende dieser Darstellung der Merkmale politischer Sprache und Sprachverwendung werden zwei Ansätze angeführt, die die Relation „Sprache – Politik“ definieren. Grünert (1974) vertritt die Meinung, dass politische Tätigkeit gleich einer sprachlichen Tätigkeit ist. Girnth (2002) behauptet dagegen, dass Worte selbst keine Politik machen.

„Diskurs und Politik“, der erste Teil des Kapitels „Untersuchung des Status quo, Theoretischer Teil“, wird sich mit den unterschiedlichen Sprechakttypen der Abgeordneten befassen. Diese sind von Burkhardt (2003) nach einer Untersuchung der Kommunikation im deutschen Bundestag systematisiert. Am Ende dieses Teils wird die Relation zwischen Rhetorik und Politik beleuchtet. In diesem Zusammenhang hat Kopperschmidt (1985) festgestellt, dass die politische Mündigkeit an die sprachliche Mündigkeit untrennbar gebunden ist.

Den zweiten Teil des Kapitels „Untersuchung des Status quo, Theoretischer Teil“ bilden die Geschichte, die Mediadaten und die Blattlinie der „Presse“ und „Kronen Zeitung“. Aus einer gemeinsamen Quelle entsprungen haben sich die beiden Tageszeitungen ganz unterschiedlich entwickelt. „Die Presse“ gilt als eine der Qualitätstageszeitungen Österreichs und die „Kronen Zeitung“ wird als ein Boulevardmedium verstanden.

Weiters werden im zweiten Teil des Kapitels die Merkmale der Pressesprache und die Rezeption von Pressetexten aufgelistet. Zwei soziologische Ansätze, die zur Rezeption

von Medien relevant sind, so wie die gesetzlichen Bestimmungen zur Repräsentation von Politik in den Medien runden das Kapitel ab.

2.1.1 Merkmale politischer Sprache und Sprachverwendung

“Language is political from top to bottom”

Um die Beziehung „Sprache und Politik“ zu erklären, nimmt Joseph (2006) an, dass Politik die Sprache durchdringt (und umgekehrt). Seine Theorie beruht auf der Annahme, dass Sprache eine politische Dimension aufweist.

Unter Politik versteht er einerseits „*affairs of the state*“ und andererseits „*power*“.

Darüber hinaus wäre „*disagreement the mother of politics*“ (Joseph 2006, S. 17).

Joseph betrachtet die Sprache als etwas im Voraus Gegebenes und Existierendes - unabhängig in welchen Bedeutungen wir diese benutzen. Zu beachten ist Folgendes:

- languages themselves are constricted out of the practices of speech and writing, and the beliefs (or “ideologies”) of those doing the speaking and writing;
- my language is shaped by who it is that I am speaking to, and by how my relationship with them will be affected by what I say;
- the politics of identity shapes how we interpret what people say as to be a prime factor in our deciding on the truth value of their utterances.

(vgl. Joseph 2006, S. 2)

Joseph (2006) betrachtet die Sprache auch als Ort von Meinungsverschiedenheiten. Die Sprache ist seiner Meinung nach von der Person des Sprechers - seine Ausbildung, Intelligenz und Position in der Gesellschaft - abhängig. In diesem Sinne wäre die Anwendung von Sprache „*political act*“. Wenn jemand zu reden beginnt, kann man entnehmen: wer spricht, wo sein Platz in der sozialen Hierarchie ist, was er macht und welche Verantwortung auf ihn zukommt.

Politisch ist für Joseph (2006) auch der Entschluss, welche Sprache man spricht. In postkolonialen Ländern sei die Entscheidung zwischen der Imperial-Sprache und der

eingeborenen Sprache immer politisch motiviert. Als Beispiel führt er die baltischen Republiken (Litauen, Lettland und Estland) an, die nach dem Zweiten Weltkrieg als Teilrepubliken der UdSSR die Russische Sprache zu benutzen hatten, nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion im Jahre 1991 aber zu den eigenen, „eingeborenen“ Sprachen zurückgekehrt sind.

„People want to feel that the language is somehow under control. It contributes to a sense of social order, as well as furnishing the basis for much of education.“

(Joseph 2006, S. 12)

Dies, schreibt Joseph (2006) gebe Menschen eine besondere Erfüllung. „*Man is by nature a political animal, but some take it to extremes and become politicians*“, so Joseph (2003, S. 13). Als Voraussetzung für Erfolg in der Politik ist die Fähigkeit eine eindeutige und inspirierende Zukunftsvision zu präsentieren. Als Prototypen für exzellente Leaders und begnadete Oratoren werden Winston Churchill und Theodor Roosevelt genannt.

Die Conclusio: „*Language is political from top to bottom*“. Als ein Beispiel aus dem Alltag, das belegen soll, dass die Sprache durch und durch politisch ist, nennt Joseph (2006) die Einkaufsliste: Fast jede Familie erstellt sie. Joseph meint, dass so eine Liste direkte Auswirkungen auf die Ehe-Politik haben kann, deshalb mit präzisen Formulierungen zu gestalten sei. Die Bedienungseinleitung des Fernsehers wäre auch so ein Beispiel wie Politik die Sprache durchdringt. Noch bevor man das Produkt „Fernsehgerät“ geöffnet hat, sieht man den Hinweis, dass keine Teile dieses Dokuments kopiert oder reproduziert werden dürfen.

Chilton (2004) spricht über eine Ko-Evolution von Sprache und Politik und wie Joseph (2006) verbindet er die Sprache mit sozialer Intelligenz. Sprache ist laut Chilton (2004) ein „*uniform system*“, das auf einem bestimmten Territorium - geographisch und sozial - von einer „*speech community*“ benutzt wird.

Chilton (2004) hat zwei Auffassungen von Politik: Machtausübung und Kooperation. Weiters unterschiedet er bei der Politik eine Mikro- und eine Makroebene. Auf der Mikroebene agieren Individuen und soziale Gruppen, auf der Makroebene politische Institutionen des Staates sowie professionelle Politiker, Lobbyisten und Interessensvertretungen.

Sprache ist laut Chilton (2004) ein Teil sozialer Intelligenz, die es den Menschen erlaubt, soziale Funktionen zu erfüllen. Diese sozialen Funktionen korrespondieren mit den Funktionen, die als "politisch" verstanden werden.

Politische Aktivitäten können ohne Verwendung von Sprache nicht existieren, schreibt Chilton (2004). Die Herausforderung, verbal meisterhaft zu formulieren, ist ein Teil des politischen Diskurses. Politische Parteien und Regierungen stellen heutzutage Publizisten an, nicht, um über Politik zu berichten, sondern "*to design and monitor wordings and phrasings, and in this way to respond to challenges or potential challenges*" (Chilton 2004, S. 8). Die Politiker erkennen die Bedeutung der Sprache, weil ihre Benutzung Konsequenzen hat, und weil die Sprache das Hauptmedium der menschlichen Kommunikation ist.

Chilton (2004) nennt das menschliche, inklusive dem kommunikativen, Verhalten „machiavelisch“ – also bestrebt einen maximalen Nutzen zu erreichen – und fragt: War es für den Homo sapiens am Anfang vielleicht wichtiger Informationen statt Nahrung auszutauschen? Eine mögliche Antwort darauf könnte ein Begriff von Charles Darwin geben: „*reciprocal altruism*“. Damit ist „*individual interest can be maximised by the strategic sharing of information*“ gemeint. (vgl. Chilton 2004, S. 17).

Sprache als Form der sozialen Praxis

„*Social life is built in and around language*“, meint Fairclough (1995, S. 185) bei seiner Analyse des Themenkomplexes „Diskurs und Politik“. Fairclough zählt zu jenen kritischen Diskursanalytikern, die sich als Nachfolger einer Gruppe von kritischen Sprachwissenschaftlern (G. Kress, T. Trew, R. Folwer) verstehen. Um die Verbindungen und gegenseitigen Beeinflussungen von Sprache, Macht und Ideologie aufzuzeigen, beschreibt er die kritische Diskursanalyse (wie diese an der University of East Anglia in den 1970er Jahren verstanden wurde) folgendermaßen: „*They tried to marry a method of linguistic text analysis with a social theory of the functioning of language in political and ideological processes, drawing upon the functionalist linguistic theory associated with Michael Halliday (1978, 1985) and known as "systemic linguistics"*“ (Fairclough 1992, S. 26).

Halliday geht davon aus, dass Texte drei Funktionen gleichzeitig erfüllen: 1. Texte repräsentieren die Realität; 2. Texte stellen die sozialen Beziehungen zwischen den

Diskursteilnehmern her und 3. Sie verbinden die einzelnen Teile eines Text zu einem Gesamttext, der wiederum in einen sozialen Kontext eingebunden werden kann.

Fairclough (1992, 1995) unterscheidet als kritischer Diskursanalytiker zwischen einem Text und einem Diskurs. Der Begriff Text umfasst seiner Auffassung nach sowohl schriftliche als auch mündliche Texte. Der Diskursbegriff ist wesentlich breiter gefasst: Diskurs umfasst den gesamten Prozess der sozialen Interaktion. Dies beinhaltet sowohl die Textproduktion, als auch die Textverbreitung und die Textinterpretation. Die diskursive Praxis ist wiederum Teil der sozialen Praxis. Fairclough meint, dass Sprache die Prozesse nicht widerspiegelt, sondern ein Teil von ihnen ist. Sprache ist eine Form der sozialen Praxis.

Die Visualisierung seiner Konzeption von Diskurs ist dreidimensional:

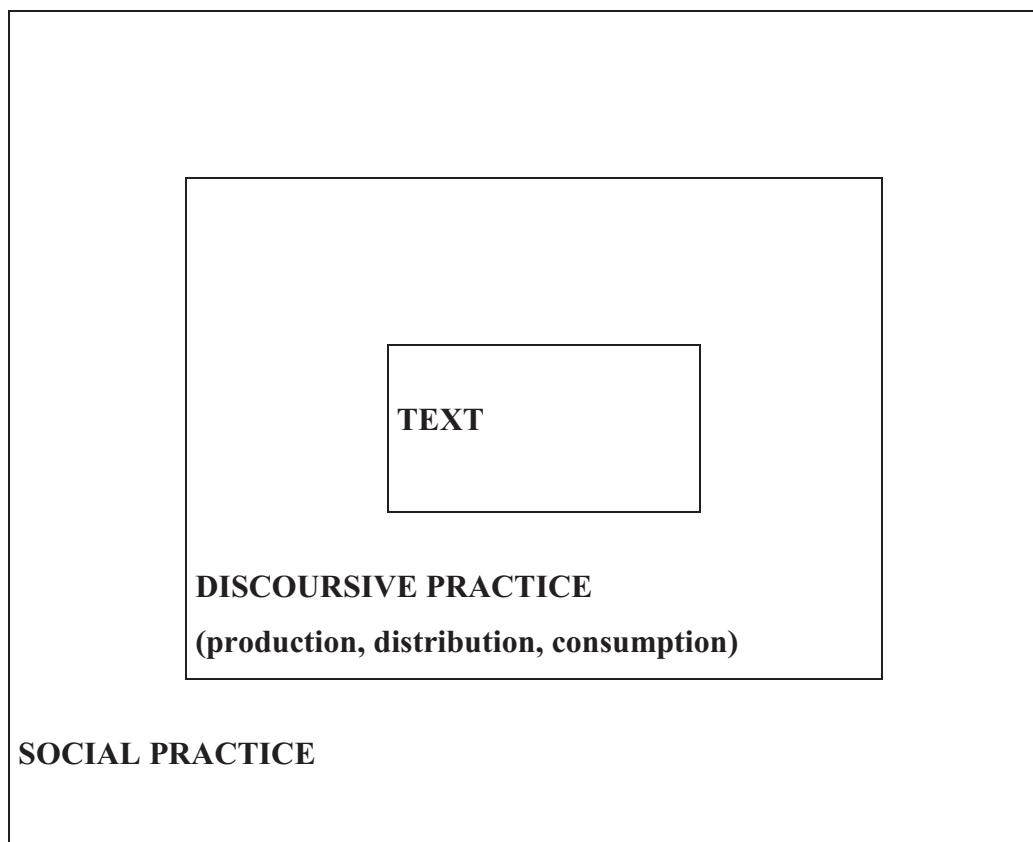


Abbildung: Fairclough 1992, S. 73

Ein weiteres wesentliches Element des Fairclough - Ansatzes ist die Intertextualität. Diese baut auf den Ansätzen von Michael Bakhtin (1981, 1986) und Julia Kristeva (1986) auf:

„Intertextuality is basically the property texts have of being full of snatches of other texts, which may be explicitly demarcated or merged in, and which may assimilate, contradict, ironically echo, and so forth. In terms of production, an intertextual perspective stresses the historicity of texts: how they always constitute additions to existing “chains of speech communication”.

(Fairclough 1992, S. 84)

Der intertextuellen Analyse kommt eine wichtige Rolle zu: sie verbindet den Text mit dem Kontext, meint Fairclough (1995). Er unterscheidet zwei Arten von Intertextualität: „*manifest intertextuality*“ (bedeutet, dass in einem Text offenkundig auf andere Texte zurückgegriffen wird) und „*interdiscursivity*“ oder „*constructive intertextuality*“ (gemeint ist die Konfiguration von diskursiven Grundsätzen, die in die Textproduktion eingehen). (vgl. Fairclough 1992)

Darüber hinaus schreibt Fairclough (1992), dass die diskursive Praxis auf konventionelle oder kreative Weise konstitutiv sein kann. Unter konventionellen Konstitutionen versteht er die durch Sprache reproduzierten soziale Beziehungen, Wissens- und Wertsysteme. Kreative Konstitution bedeutet, dass soziale Veränderungen durch Sprache ausgedrückt werden.

Abschließend eine Verallgemeinerung des Fairclough - Ansatzes:

- Die Sprache hat die Funktion soziale Strukturen, Beziehungen und Identitäten zu reproduzieren oder transformieren;
- Die Texte sind als sensible Barometer von sozialen Prozessen, Entwicklungen und Verschiedenheiten zu betrachten;
- Die Textanalyse kann ein gutes Anzeigeelement für soziale Veränderungen sein. (vgl. Fairclough 1995, S. 209)

Politik, Sprache, Diskurs und soziale Praxis werden in den oben dargestellten Ansätzen von Joseph (2006), Chilton (2004) und Fairclough (1995) in unterschiedliche Zusammenhänge gebracht.

Joseph (2006) nimmt an, dass die Politik die Sprache durchdringt (und umgekehrt). Seine Theorie beruht auf der Annahme, dass Sprache eine politische Dimension aufweist und ein Ort von Meinungsverschiedenheit ist.

Auf eine enge Verflechtung von Sprache und Politik spielt auch Chilton (2004) an und nennt deren gegenseitigen Abhängigkeit Ko-Evolution. Darüber hinaus verbindet er die Sprache mit der sozialen Intelligenz, die den Menschen soziale Funktionen zu erfüllen erlaubt. Sprache sei ein „uniform system“ und wird geographisch und sozial von einer „speech community“ benutzt.

Sprache ist eine Form der sozialen Praxis, meint auch Fairclough (1992, 1995). Er unterscheidet aber zwischen Text (schriftlich und mündlich) und Diskurs. Der Diskursbegriff ist breiter gefasst und umfasst den gesamten Prozess der sozialen Interaktion - Textproduktion, Textverbreitung und Textinterpretation. Die diskursive Praxis ist wiederum Teil der sozialen Praxis. Fairclough meint, dass die Sprache die Prozesse nicht widerspiegelt, sondern ein Teil von ihnen ist:

In einer Zusammenfassung dieser drei Ansätze ist festzuhalten: die Sprache ist politisch, erlaubt den Menschen soziale Funktionen zu erfüllen und ist eine Form der sozialen Praxis.

Die Sprache: Werkzeug für Denken und Kommunikation

Einerseits stellt die Sprache eine soziale Kraft dar, andererseits ist Sprache ein Werkzeug des Denkens und der Kommunikation. Ohne Sprache wäre Politik unmöglich - Sprache ist das Medium, welches die menschliche Verständigung möglich macht.

Um die Rolle der Sprache für den Homo sapiens zu betonen zitiert Holly (1990) Plato (428/27 v. Chr. – 347 v. Chr.), der im Kratylos-Dialog die Sprache als ein Werkzeug sowohl zum Denken als auch zur Kommunikation beschreibt.

Eine weitere Facette, die im Zusammenhang mit der Politik interessant ist, ist, dass die Sprache nicht geschaffen ist, damit die Menschen sich gegenseitig täuschen, sondern damit sie Gedanken austauschen können. Dies teilt Augustinus (354 - 430) in seinem Plädoyer gegen die Lüge mit. Die Sprache zur Täuschung zu benutzen und nicht zu dem ihr (von Gott) gesetzten Zweck, sei eine Sünde (vgl. Augustinus 1962).

In diesem Zusammenhang meint Holly (1990) für die Gegenwart: Sprache ist ein weitgehend automatisiertes System von Handlungsmustern und erlaubt rasche Einflussnahme mithilfe konventioneller Bedeutungen. Diese können vom Hörer nicht

immer kontrolliert werden. Der Sprecher kann sich so ausdrücken, dass er nicht für alles, was er geäußert hat, verantwortlich gemacht werden kann. (vgl. Holly 1990).

Girnth (2002) geht noch ein Schritt weiter und betont, dass politische Sprache einen realitätskonstruierenden Charakter besitzt. Die Wirklichkeit wird über eine „symbolische Sinnwelt“ und weniger als direkte Erfahrung wahrgenommen.

Die Frage nach dem Bedingungsverhältnis von politischer Sprache und gesellschaftlicher Wirklichkeit, so Girnth (2002), entspricht wissenschaftshistorisch der Frage nach dem Verhältnis von Sprache und Denken. Hier unterscheidet er zwei konträre Auffassungen: die sprachidealistische und die sprachmaterialistische. Die erste zeichnet sich dadurch aus, dass Sprache die Sicht der Menschen von der gesellschaftlichen Wirklichkeit determiniert und somit sprachliche Strukturen die Wahrnehmungen bzw. die Handlungen der Menschen festlegen. Die zweite Auffassung schreibt der Sprache einen manipulatorischen Charakter zu. Dieser wirkt sich auf Denken und Handeln der Menschen und ist vor allem in der politischen Sprachkritik verbreitet.

Girnth (2002) hält eine Position für angemessen, die zwischen der idealistischen und der materialistischen Auffassung vermittelt, weil sich Sprache und gesellschaftliche Wirklichkeit gegenseitig bedingen. Die Sprache ist ein Ausdruck der gesellschaftlichen Wirklichkeit und zugleich wird diese überhaupt erst durch Sprache hergestellt, so Girnth (2002).

Zusammengefasst zeichnen zwei Tendenzen den aktuellen Forschungsstand aus. Einerseits wird Sprache als Herrschaft über „Begriffe“ verstanden (vgl. Girnth 2002). Die Wörter gelten als strategische Größen im Prozess der Überzeugung und als wichtiges sprachliches Mittel in der Politik. Holly (1990) spricht in diesem Zusammenhang von „*Begriffsfetischismus*“.

Andererseits, betont Girnth (2002), wird jetzt Sprache als Form sozialen Handelns verstanden, das in konkreten Kommunikationssituationen stattfindet. Die Einbeziehung pragmatischer Faktoren, so Girnth (2002), erweitert die oben erwähnte lexikonorientierte Sprachforschung, die einen rein semantischen Zugang anbietet.

Dieser neue Ansatz erweitert nicht nur die Analyse des politisch relevanten Lexikons um eine pragmatische Dimension, sondern bietet neue Zugänge zur Erforschung der öffentlich-politischen Kommunikation an (vgl. Girnth 2002).

In dieser Arbeit wird das politische Reden als Teil eines Diskurses beobachtet. Darüber hinaus wird in Betracht gezogen, dass die Abgeordneten als Berufspolitiker in einer

Position sind, die politische Sprachhandlungen in sehr vielfältigen Funktionen und Situationen mit sich bringt. Die Parlamentarier sind nicht nur Institutionsangehörige, sondern sie befinden sich auch zugleich am Knotenpunkt zahlreicher institutioneller Überschneidungen und Verflechtungen (vgl. Holly 1990).

Sprachliche Kommunikationsstörungen

Anlass für die kurze Darstellung einiger Besonderheiten der menschlichen Sprache sind Situationen, in denen die Sprache als Medium symbolisch vermittelter Kommunikation eine nur bedingte bzw. ungenügende Rolle erfüllt. Es ist durchaus möglich, dass zwei Sprecher, die sich der gleichen Muttersprache bedienen, Verständigungsschwierigkeiten haben und die gesendete Botschaft nicht sinngemäß ankommt. Burkart (2002) meint, dass entweder die sprachlichen Symbole oder die sprachlichen Handlungen dabei missverstanden werden.

Im Fall eines Missverständens sprachlicher Symbole, schreibt Burkart (2002), sind diese auf der gegenständlichen Ebene der sprachlichen Kommunikation anzusiedeln. Dies soll erklären, wieso zwei Kommunikationspartner, die der gleichen Sprachgemeinschaft angehören, sprachlichen Symbolen unterschiedliche Bedeutungen zuordnen. Dies sei vom Prozess der Bedeutungszuordnung abhängig. Diese erfolge aufgrund subjektiv klassifizierter Umwelterfahrungen: d.h. durch persönliche Erfahrung, Alter und durch Ausbildung manifestierte Begriffe, die im Bewusstsein aktiviert werden (vgl. Burkart 2002, S. 108).

Genauso wie sprachliche Symbole weder zufällig entstehen noch zufällig irgendeine Bedeutung besitzen, meint Burkart (2002), genauso sind auch sprachliche Handlungen nur aus der Situation heraus verständlich, in der sie stattfinden. Die Interpretation eines Statements darf niemals losgelöst vom jeweiligen sozialen Raum erfolgen, in dem dieses geäußert wird, d.h. erst aus dem Kontext heraus sind sprachliche Handlungen verstehbar (vgl. Burkart 2002, S. 116).

Burkart (2002) unterscheidet zwei Möglichkeiten:

- **Von einer individuellen Perspektive aus.** Hier steht das Verhältnis der beiden Kommunikationspartner zueinander im Mittelpunkt bzw. welches Bild diese voneinander haben;

- **Von einer gesellschaftlichen Perspektive** aus. Hier stehen die wechselseitigen Erwartungen und das jeweilige Wert- und Normgefüge, aus dem diese erwachsen im Mittelpunkt. Erst infolge der wechselseitigen Erwartungen sind die beiden Kommunikationspartner imstande, auch die eigentliche Kommunikationssituation zu definieren und angemessene Sprechakte zu setzen (vgl. Burkart 2002, S. 118).

Im Anschluss an die soeben präsentierten Möglichkeiten für Kommunikationsstörungen lässt sich zusammenfassen: die Kommunikationspartner begegnen sich nicht nur auf einer Sachebene, sondern auch auf einer Beziehungsebene. Ausgehend von der Tatsache, dass die Nachricht/Botschaft weit mehr als nur eine Mitteilung, eine Information enthält, zitiert Burkart (2002) Schulz von Thun (1994), der zwei Nachrichtenmodelle ausgearbeitet hat:

- **Das Nachrichtenquadrat:** Ein und dieselbe Nachricht enthält mehrere Botschaften: Sachinhalt – es wird etwas Bestimmtes mitgeteilt; Beziehung – zwischen den Kommunikationspartnern; Selbstoffenbarung – jemand gibt etwas von sich; Appell – wenn jemand etwas von sich gibt, dann will er auch etwas bewirken.



Abbildung 2.1 Das Nachrichtenquadrat von Schulz von Thun 1994 in: Burkart 2002 S. 125

- **Der vierohrige Empfänger** (das Nachrichtenquadrat kann nicht nur aus Sicht des Senders betrachtet werden, man kann es auch aus Sicht des Empfängers tun): je nachdem mit welchem Ohr der Empfänger besonders intensiv zuhört, ist

seine Empfangsaktivität eine andere. Folgende Fragen stellt sich der Empfänger im Zusammenhang mit der Selbstoffenbarung „Was ist das für einer?“ und „Was ist mit ihm?“. Wenn er die Mitteilung auf die Beziehung der Kommunikationspartner auswertet, fühlt er sich persönlich betroffen: „Was hält der/die von mir?“. Wenn er den Appell heraushört, lautet die Frage: „Was will er/sie, dass ich tun soll?“. Und die Frage: „Wie ist der Sachverhalt zu verstehen?“ wird im Falle des intensiveren Widmung des Sachverhalts seitens des Empfängers gestellt.

(vgl. Burkart 2002, S. 125-127)

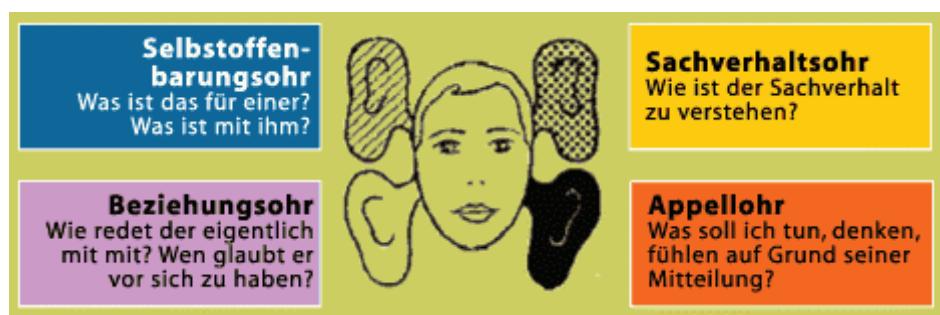


Abbildung 7.2 Der vierohrige Empfänger nach Schulz von Thun 1994 in: Burkart 2002 S. 127

Die zwei Nachrichtenmodelle sollen verdeutlichen wie Botschaften funktionieren. Diese werden, wie ein Paket mit der Post, von einem Kommunikationspartner gesendet und sind in der Regel nicht mit dem empfangenen Inhalt, im Unterschied zum Post-Paket, identisch. Also der Empfänger kreiert selber die angekommene Mitteilung. Dasselbe gilt auch in Bezug auf die parlamentarische Kommunikation: der Redner im Hohen Haus schickt seine Botschaft aus. Die Empfänger sind einerseits die Abgeordnetenkollegen, die im Parlament sitzen, andererseits sind es die Stellvertreter der Medien, die die Botschaft übernehmen und den Zeitungslesern bzw. Fernseh- und Radiorezipienten weitergeben. Im Falle einer Live-Übertragung aus dem Parlament – kommen die Wähler selbst in Frage als Empfänger.

Es ist sicherlich eine extrem komplizierte und schwierige Aufgabe, die Redebeiträge überzeugend und verständlich für so viele Zielgruppen zu gestalten, weil diese Gruppen über einen unterschiedlichen Wissenstand verfügen und darüber hinaus ein unterschiedliches Alter und unterschiedliche Ausbildungsniveaus aufweisen.

Die Politik und die Sprache

Greiffenhagen (1980) meint: Das Leben des Politikers ist Reden, Schreiben, Lesen. Die Sprache sei nicht nur ein wichtiges Mittel des Politikers, sondern überhaupt das Element, in dem sich sein Beruf vollzieht. Der Abgeordnete arbeitet mit geschriebenem, gelesenem, gehörtem oder gesprochenem Wort und bewegt sich dabei in verschiedensten Sprachfeldern, Sprachebenen und Sprachstilen. Er erledigt diplomatische Korrespondenz, liest Sitzungsprotokolle, Geheimdienstberichte und Zeitungen; er schreibt Briefe und parlamentarische Reden; er formuliert Wahlprogramme und arbeitet Gesetze und Verträge aus (vgl. Greiffenhagen 1980). Die politische Kommunikation, laut Erfurt (1988), besteht aus den Diskursen, die die politischen Subjekte bestimmen. Politische Kommunikation als verhältnisbezogenes, soziales Handeln

- *impliziert das Zusammenwirken von sprachlichen und nicht-sprachlichen Handlungen;*
- *ist intentional und überwiegend auf die Organisation politischer Bewusstseinsinhalte und gesellschaftlicher Praxis gerichtet;*
- *hat meist einen kollektiven Empfänger und einen individuellen Autor und ist letzten Endes immer für ein Kollektivum bestimmt;*
- *ist in ihrer thematischen und internationalen Gebundenheit historischen Veränderungen unterworfen;*
- *verändert sich in ihren Formen sowohl mit der technischen Entwicklung wie auch im Prozess der Veränderung der Subjekte selbst.*

(Erfurt 1988, S. 107)

Burkhardt (2003) versteht die politische Kommunikation als eine an die Öffentlichkeit gerichtete Kommunikation und meint, dass politischem Handeln und Sprechen vielfältige Interessen zugrunde liegen, die die Handlungs- und Sprechhandlungsintentionen determinieren:

„In demokratisch-pluralistischen Systemen ist politische Kommunikation vom Widerstreit der Interessen, Meinungen und Weltanschauungen geprägt, der sich bis in die - größtenteils selber konfliktäre - Lexik und deren ideologisch gegensätzliche Verwendung hinein auswirkt. Insofern ist politisches Sprechen notwendigerweise parteilich und bedient sich ideologisch wertender Sprachformen.“

(Burkhardt 2003, S. 120)

In diesem Sinne siedelt Burkhardt (2003) die politische Kommunikation zwischen den Polen (argumentativ-rationales) Überzeugen und (eher gefühlsmäßig-rhetorisches) Überreden an. Dem Überreden/Überzeugen könnten auch unterschiedliche Zielsetzungen zugrunde liegen. Grünert (1983) differenziert zwischen vier Diskurstypen, die er mit dem bei Wittgenstein entlehnten Terminus „Sprachspiel“ bezeichnet:

1. das „**regulative Sprachspiel**“, das mit Hilfe von Setzungen innergesellschaftlich die Beziehungen zwischen Regierenden und Regierten markiert und dessen Texte - Verfassung, Gesetz, Verordnung usw. Ausdruck der jeweils gültigen Herrschaftsstrukturen sind;
2. das „**instrumentale/begehrende Sprachspiel**“, in dem die Regierten sich den Regierenden gegenüber dadurch zur Geltung bringen, dass sie Wünsche äußern, Bitten vortragen, Forderungen stellen oder Widerstand leisten;
3. das „**integrative Sprachspiel**“, das auf die Erzeugung bzw. Erhaltung von Gruppensolidarität und Kollektivbewusstsein gerichtet ist – z. B. Parteiprogramme oder politische Gemeinschaftslieder;
4. das „**informativ-persuasive Sprachspiel**“, das der Erzeugung eines bestimmten Bewusstseins sowie der Meinungssteuerung dient, „*das öffentliche Bild gegenwärtiger politischer Kommunikation nahezu vollständig*“ dominiert und in drei Varianten erscheint: „politische Theorie“, „praktische“ Information (zur Vorbereitung regulativer Sprachspiele) und Propaganda. (vgl. Grünert 1983)

Grünert rechnet die Parlamentsdebatte zum „praktischen“ Strang des „*informativ-persuasiven Sprachspiels*“ – übersieht aber laut Burkhardt (2003, S. 123) „*dass die parlamentarische Kommunikation an allen vier Sprachspieltypen Teil hat*“.

Definitionen für Politik: ethisches Handeln – Herrschaftsmanagement - auf dem Staat bezogenes Reden

Die Sprache ist die Voraussetzung für die Entstehung von politischem Gemeinwesen oder von Herrschaftsverhältnissen und deren Aufrechterhaltung, schreibt Holly (1990). Inwieweit politisches Handeln im sprachlichen Handeln aufgeht und umgekehrt, welchen Stellenwert Sprache in der Politik hat, erklärt er anhand eines Überblicks, wie politisches Handeln von der Antike bis heute verstanden wird. Holly (1990) fängt mit der Aristotelischen Tradition an: für Aristoteles ist politisches Handeln zugleich ethisches Handeln.

Einen ganz anderen Zugang hat Machiavelli (1469 - 1524). Er beschreibt die Politik als Herrschaftsmanagement und behauptet, dass alle Staaten, die Macht über Menschen gehabt haben, entweder Freistaaten oder Alleinherrschaften waren. In seinem Buch „Der Fürst“ (1513/1972) wendet er sich ausschließlich den Alleinherrschaften zu und verfasst seine Theorien über Regierungen und ihre Durchsetzung in Fürstentümern.

Holly (1990) fasst zusammen und beschreibt Politik als einen Bereich, der in erster Linie vom Handeln bestimmt ist. Er unterscheidet Politik von Sprache, die er nur als „Medium“ und „Handlungssystem“ betrachtet.

Girnth (2002) zitiert zwei Definitionen für Politik: die eine von Dieckmann (1975) versteht Politik als „*staatliches oder auf den Staat bezogenes Reden*“ und die andere von Strauß (1989) sieht Politik als einen Bereich der Kommunikation. „*Politik machen*“ bedeutet, im öffentlichen Interesse zu handeln, Meinungen herzustellen und Prozesse zu ermöglichen, die der Herstellung und Durchsetzung gesellschaftlicher Entscheidungen dienen.

Diese Definition verweist laut Girnth (2002) darauf, dass Politik nicht nur auf das staatliche Redehandeln beschränkt ist, sondern alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens durchdringen kann. Joseph (2006) fügt noch eine Facette der Politik hinzu: „*Disagreement is the necessary condition for politics*“ (Joseph 2006, S. 1).

Kurz zusammengefasst - Politik ist laut den oben erwähnten Definitionen:

- ethisches Handeln;
- Herrschaftsmanagement;
- auf den Staat bezogenes Reden;
- ein Bereich der Kommunikation;
- eine wichtige Bedingung für die Politik ist die Meinungsverschiedenheit.

Politische Tätigkeit ist gleich eine sprachliche Tätigkeit

Das politische Sprechen, so Grünert (1974), sucht eine Änderung oder Stabilisierung von Meinungen und Einstellungen zu bewirken, um auf diesem Wege künftiges Verhalten von Menschen auszulösen und zu steuern. Politisches Handeln ist mit Kommunikationsprozessen bzw. mit einem Austausch von Informationen verbunden. Das Medium, welches diesen Austausch möglich macht, ist die Sprache.

Grünert (1974) beschäftigte sich mit der Frage, welche Funktionen der Sprache bei der Artikulation von Politik zukommen? Seiner Meinung nach ist die Politik an das Wort gebunden. Das politische Handeln wird durch Sprache realisiert bzw. wo Politik sprachlos wird, ist sie keine Politik mehr.

Auf die Sprache kommt die Aufgabe zu, ein Instrument der Artikulation der Politik zu sein. In diesem Sinne kann ein Parlamentsabgeordneter, der in einer Demokratie handelt, durch sein Reden Macht ausüben und seine Macht verteidigen.

Ist aber das politische Handeln mit sprachlichem Handeln gleichzusetzen oder kommt dem sprachlichen Handeln nur eine untergeordnete Rolle zu? Die Politik findet durch Sprache statt und ist eine sprachliche Tätigkeit. Die Sprache hat in der Politik die Hauptrolle, ist aber mit Politik nicht gleich zu setzen.

Worte machen keine Politik

Die zweite Position gesteht dem sprachlichen Handeln in der Politik nur eine untergeordnete Rolle zu. Laut Girnth (2002) wird diese Position eher von Politikwissenschaftlern vertreten.

Falls man das politische Handeln mit dem sprachlichen Handeln gleichsetzte, dann sollte die Politik dort aufhören, wo sie sprachlos wird. Es kann dabei nicht übersehen werden, dass als Mittel der Politik durchaus auch Symbole in Frage kommen. Diese

dienen den Parteien dazu, politische Werbung zu machen. Darüber hinaus leisten sie eine Integration nach innen und die Abgrenzung nach außen. Symbole werden in Demokratien, wie auch in totalitären Regimen, häufig eingesetzt. Dazu zählen z. B. Nationalsymbole wie Nationalfarben, Nationalflaggen oder Hymnen, Herrschaftssymbole wie der Adler, Freiheitssymbole wie die Fackel, Symbole für Arbeit wie der Hammer oder für Frieden wie die Taube.

Auch Farben sind als Parteisymbolik einsetzbar. Jede politische Partei, die im österreichischen Parlament vertreten ist, hat ihre Identifikationsfarbe: rot für die Sozialdemokraten, schwarz für die Volkspartei, blau für die Freiheitlichen, Grün für die Grünen und orange für das Bündnis Zukunft Österreich.

Avenarius (2008) spricht dem Staatsdesign und der Signalsprache eine noch größere Rolle zu, und meint: „*Staatliche Kommunikation beginnt mit der nicht-verbalen Kommunikation*“ (Avenarius 2008, S. 313). Diese Bandbreite von Zeichen und Staatsaktionen, die zum Selbstverständnis eines Staates gehören, nennt er dessen „Corporate Identity“.

Das gleiche kann man auf die Parteien mit deren Farben und Symbole beziehen und dann eine „Parteiidentität“ nennen: z. B. steht die Farbe rot und das Logo SPÖ für die Sozialdemokratie in Österreich.

2.1.2 Die politische Rede und die politische Debatte

Nach einer Untersuchung der Kommunikation im Deutschen Bundestag (1848/49) stellte Burkhardt (2003) fest, dass im Laufe der Zeit sich parlamentarische Sprechakttypen herausgebildet hätten. Allerdings passiere dies auf Kosten von Flexibilität und Spontaneität der Debattenführung. Die Sprechakttypen unterteilt er in Handlungen des Präsidiums und solche der Abgeordneten. Die **Handlungen des Präsidiums** lassen sich wiederum unterscheiden in:

- a) **debattenkonstitutive Sprechhandlungen** z.B. Eröffnen und Schließen der Sitzung, Aufrufen und Verlesen der Tagesordnung;
- b) **debattenstrukturierende Sprechhandlungen** z. B. Eröffnen und Schließen der Debatte, Fragestellung;

- c) **debattenorganisierende Moderationen** z. B. Bitte um Ruhe, Erteilen des Wortes;
- d) **autoritative Maßnahmen** z. B. Ordnungsruf, Rüge, Entziehen des Wortes.
(Burkhardt 2003, S. 284)

Diese Handlungen, die an das Amt des Präsidenten des Deutschen Bundestages gebunden sind, treten dann auf, wenn eine Debatte stattfindet. Allerdings, aufgrund von Vorarbeiten in den Ausschüssen wenden heute die Mehrzahl der Gesetzesvorlagen ohne eine große parlamentarische Diskussion verabschiedet (vgl. Burkhardt 2003, S. 285).

Als Formen des sprachlichen Handelns der Abgeordneten kommen fast alle Arten von Sprechakten in Frage. Parlamentstypisch, meint Burkhardt (2003), sind: Stellen eines Entschließungsantrages oder Änderungsantrages, Begründung eines Antrages, Abgabe einer persönlichen Erklärung.

Dazu kommen auch die Handlungen derjenigen, die das offizielle Rederecht nicht besitzen, aber bemüht sind, etwas mitzuteilen. Diese knappen Statements erfolgen meistens verbal: Zwischenruf, Zwischenfrage, Zwischensymptome (Zustimmung, Lachen) und mittels Abstimmungszeichen wie Handzeichen und Aufstehen (vgl. Burkhardt 2003, S. 286).

Burkhardt (2003) entwickelte seine Klassifikation des parlamentarischen Sprachgebrauchs anhand der Untersuchung der Kommunikation im ersten Deutschen Bundestag (1848/49). Welche Ähnlichkeiten und Unterschiede mit den österreichischen parlamentarischen Prozeduren bestehen, ist dem Kapitel 1 und dem Kapitel 6 dieser Dissertation zu entnehmen.

Das politische Reden findet in erster Linie in der Öffentlichkeit statt. Im Zusammenhang mit dem Öffentlichkeitsfaktor unterscheidet Tillmann (1989) drei Typen politischen Redens:

- Parteitagsreden;
- Wahlkampfreden;
- parlamentsbezogene Reden.

Aufgrund unterschiedlicher Kompetenz- und Aufgabenbereiche unterscheidet Tillmann (1989) beim argumentativen Sprachhandeln im Parlament drei Textsorten: Kanzlerrede, Ministerrede und Abgeordnetenrede (Regierungspartei oder Opposition).

Für den Bundeskanzler, als Spitze der Bundesregierung, bestehen laut Tillmann (1989) drei Möglichkeiten, sich kommunikativ im Hohen Haus zu betätigen: eine Kanzlerrede halten, eine Regierungserklärung abgeben oder ein Regierungsprogramm verlesen. Als komplizierteste Kommunikationsmöglichkeit erweise sich die Kanzlerrede, die möglichst plausibel den Kompetenzvorsprung der Bundesregierung im Vergleich mit der Opposition darzustellen hat. Tillmann (1989) nennt zwei inhaltliche Sequenzen der Kanzlerrede: die Profilierung (nachweisen der eigenen Kompetenz und Wissen) und Entlarvung (nachweisen des Kompetenzmangels der Opposition).

Die Bundesminister, wie auch der Bundeskanzler, haben kein exaktes Pendant in der Opposition, also argumentieren sie gegenüber einem imaginären Kommunikationspartner.

Die Ministerrede besitzt laut Tillmann (1989) drei Sequenzen: die beiden inhaltlichen Sequenzen der Kanzlerrede - Profilierung und Entlarvung - und darüber hinaus eine dritte: die Diskriminierung. Die Reden der Bundesminister sind im Vergleich derjenigen der Bundeskanzler in einer höheren Aggressionsebene angesiedelt. Diese könne als Pflege eines positiven Eigenimages oder als Negierung der Fähigkeiten der Opposition gehalten werden.

Die Abgeordnetenrede betrachtet Tillmann (1989) im Zusammenhang mit der Frage, ob der Abgeordnete der Regierungspartei oder der Opposition angehört. Beide weisen die oben erwähnten drei Sequenzen auf. Darüber hinaus sind die Stellvertreter der Regierungspartei darauf konzentriert, die Opposition in Misskredit zu bringen; die Abgeordneten der Opposition hingegen darauf möglichst viele Nachweise für die Regierungsunfähigkeit der Regierungsparteien zu artikulieren.

Das argumentative Sprachhandeln in Parlament findet meistens im Rahmen einer Debatte statt, die als Legitimation der Entscheidungsfindung in einer Demokratie dient. Grünert (1974) bezeichnet die parlamentarische Debatte als einen geregelten Streit zwischen Parteien mit bestimmten politisch-ideologischen Grundpositionen, mit bestimmten Wertvorstellungen und Zielsetzungen.

Nach der Analyse der Debatte in der Frankfurter Paulskirche vom Jahr 1848 stellte er fest: In Rede und Gegenrede geht es den Abgeordneten nicht um Wahrheitsfindung – die Wahrheit ist keine Frage von Mehrheitsentscheidungen, sondern es geht um die

argumentative Auseinandersetzung über politische Ziele und über Wege, die zu diesen Zielen führen.

Auch für Österreich gilt die Auffassung von Grünert (1974): Rede und Gegenrede in der parlamentarischen Debatte bewirken wohl kaum neue Überzeugungen, sie dienen der öffentlichen Klärung, Unterstützung oder Rechtfertigung von Positionen.

Die existentielle Bedingung für das Stattfinden einer Debatte ist, meint Grünert (1974), dass diese als ein Dialog geführt wird. Diese „gesprochenen Texte“ sind einerseits für die konkreten Hörer – die bestimmte Anzahl an Abgeordneten im Parlament bestimmt, andererseits fungiert die Öffentlichkeit als „anonymer Adressat“.

In Bezug auf das politische Sprechen macht Grünert (1974) darauf aufmerksam, dass ein Unterschied in den Zeicheninventaren verschiedener Parteien/Ideologien besteht: er spricht von internen und externen Beziehungssystemen. Diese sind eine Möglichkeit der jeweiligen Gruppe Identität zu geben, und so den Unterschied zu den anderen Parteien zu unterstreichen. Grünert (1974) meint, dass die Funktion politischer Sprache „gruppeneinender und gruppentrennender Faktor“ ist und der Solidarisierung und Separation dient.

Darüber hinaus verbindet Grünert (1974) mit politischem Handeln fünf verschiedene Möglichkeiten der Realisierung politischer Sprache:

- die Sprache der Administration (Verwaltung),
- die Sprache der Diplomatie (Verhandlung),
- die Sprache der Legislation (Gesetzgebung),
- die Sprache der Deliberation (Beratung),
- die Sprache der Opinion (Meinungsbildung).

Der Wortschatz dieser fünf möglichen Realisierungen politischer Sprache überschritten sich in der Regierungsangelobungsdebatte vom 16. – 17. Jänner 2007, die in dieser Arbeit analysiert wird.

Eine weitere Facette der Verbindung „Plenardebatté – Medien“ listet Burkhardt (2003) auf. Er betrachtet die Plenardebatté als Medienereignis unter zwei Gesichtspunkten: der Medien-Präsenz und dem Medien-Bewusstsein.

1. Die Medien-Präsenz

„Demokratische Politik braucht Öffentlichkeit, und Politiker brauchen Publizität bei den Massen, politische sowie persönliche Zustimmung. Also sind wir von jeher darum bemüht, alle sich technisch bietenden Mittel zu nutzen, sich und ihr Tun beim Staatsvolk bekannt und beliebt zu machen.“

(Burkhardt 2003, S. 304)

Also, in der Gegenwart sind das Parlamentsgeschehen und die Presse als ein unzertrennliches Paar zu betrachten. Als ein Beispiel für die zunehmende Präsenz der audiovisuellen Medien im Plenarsaal kann auch die Regierungsangelobungsdebatte vom 16. – 17. Jänner 2007 gelten. Der öffentlich-rechtliche ORF hat diese am 16.01.2007 von 9 bis 17 Uhr live im ORF 2 übertragen. Wenn einem fernsehgewohnten Publikum stundenweise politische Diskussionen angeboten werden, scheint auch in Folge ein Bemühen der Politiker, den geregelten Streit im Hohen Haus mit mehr Show zu präsentieren, um das Interesse des Publikums bzw. der Zielgruppe (alle Wählerinnen und Wähler) nicht zu verlieren logisch konsequent zu sein. Die Medien-Präsenz, meint Burkhardt (2003), könnte aber auch zu veränderten Verhaltensweisen im Parlament führen und eine Disziplinierungsmöglichkeit für die Abgeordneten selbst darstellen.

2. Medien-Bewusstsein

Die Parlamentsdebatte wird „*von der öffentlichen Meinung als traditionelle Kernveranstaltung der parlamentarischen Demokratie begriffen und dabei übersehen wird, dass die politischen Träger des „Parteienstaats“ alles dafür getan haben, dass (fast) alle Entscheidungen in der Substanz aus dem Parlamentsplenum ausgelagert worden sind.*“

(Burkhardt 2003, S. 312)

Diese Inszeniertheit, schreibt Burkhardt (2003) verwandle das Parlament in eine Schaubühne und die Politik könne als „*Täuschung und Selbsttäuschung*“ betrachtet werden. Das Inszenieren ist nicht Ursache, sondern die logische Konsequenz der Verlagerung der so genannten politischen Willensbildung in die Ausschüsse, die ihrerseits eine Folge der Teilnahme der Öffentlichkeit an der Plenardebatte ist. So könnte, laut Burkhardt (2003), ein Vermeiden von Gesichtsverlust geleistet und die

Konflikte der Funktionäre der einen oder anderen Partei nicht mehr öffentlich ausgetragen werden.

„Inszeniertheit der Plenardebatte, die ja nicht bewusste Täuschung, sondern einen tiefenstrukturellen Funktionswandel meint, der auf der Oberfläche nicht erscheinen darf, weil er den konventionellen Vorstellungen von parlamentarischer Demokratie nicht entspricht, und zwar weder bei den Repräsentanten noch bei den Repräsentierten.“

(Burkhardt 2003, S. 333)

Die Anwesenheit der Massenmedien im Plenarsaal erzwingt eine Mehrfachadressiertheit der medienvermittelten Parlamentskommunikation. Die Adressaten der Plenarbeiträge sind nicht nur *„die im Plenarsaal weilenden Abgeordnetenkollegen, sondern die als Zeitungsleser, Fernsehzuschauer und Radiohörer anwesende Öffentlichkeit der Wahlbürger außerhalb des Parlaments“* (Burkhardt 2003, S. 319).

Die Redebeiträge im Hohen Haus werden in zwei Schritten in dieser Arbeit betrachtet: zum einen wie diese Redebeiträge für die Abgeordneten vorgetragen wurden, ergo welche Argumentationsstrategien für die Unterstützung der eigenen Meinung und Stärkung der eigenen Position verwendet wurden. Zum anderen soll mit der Analyse der Darstellung der Debatte in den Tageszeitungen festgestellt werden welche Inhalte dieser Redebeiträge die breite Öffentlichkeit via Printmedien erreicht haben.

2.1.3 Rhetorik und Politik

Man muss sich der Rede bedienen und die widersprechenden Gründe versuchen zu entkräften, schreibt Aristoteles (384 v. Chr. – 322 v. Chr.) in seiner „Rhetorik“ und meint damit die Situation in einer Gerichtsrede.

Für die Gegenwart gelte, behauptet Kopperschmidt (1985), dass die politische Mündigkeit mit der sprachlichen Mündigkeit untrennbar gebunden ist. Die Rhetorik vermittele technische Fertigkeiten, die im Akt ihrer situativen Anwendung von entscheidender Bedeutung sind.

Rhetorische Fähigkeiten sind für Politiker ein Muss und werden auch heute, so Kopperschmidt (1973) als eine Symbiose von Vernunft und Sprache, so wie in der Antike, verstanden. Zu einer politischen Gefahr könnte die Sprache seiner Meinung nach werden, wenn sie von der Vernunft getrennt und als alleiniges Herrschaftsinstrument freigesetzt wird.

Worte können töten, warnt Kopperschmidt (1973). Er ist überzeugt, dass es eine Gewissensfrage bliebt, ob man Sprache in Bereiche entgleiten lässt, wo sie tödlich wird. Soweit kommt es bei der Parlamentsdebatte vom 16. – 17. Jänner 2007, die in den Kapiteln 6 und 7 analysiert wird, nicht. Zweifelsohne war aber jeder Abgeordnete bestrebt, sein rhetorisches Niveau zu erhöhen, um an der parlamentarischen Redeschlacht erfolgreich teilzunehmen.

Auf der Ebene des Sprachstils der Parlamentsdebatten unterscheidet Burkhardt (2003) zwei von den Parlamentsabgeordneten benutzte Sprachen. Die „*Funktionssprache*“ sichert die organisatorische Verständigung innerhalb des staatlichen Apparates und die „*Meinungssprache*“, die „*als ideologische Deutungen nach außen an die Öffentlichkeit vermittelnder Sprachschicht*“ (Burkhardt 2003, S. 126).

Bukhardts Unterteilung fußt auf der von ihm zitierten Klassifikation des politischen Wortschatzes von Dieckmann (1969):

- „*Ideologiesprache*“ – besteht aus den Bezeichnungen der politischen Doktrin;
- „*Institutionssprache*“ – besteht aus den Bezeichnungen der Institutionen, ihre Gliederung, Aufgaben und die Prozesse, in denen sie funktionieren;
- „*Fachsprache des verwalteten Sachgebiets*“ – besteht aus den politischen Sprachformen, die sich mit der staatlichen Verwaltung der verschiedenen Sachgebiete ergeben.
(vgl. Dieckmann 1969, S. 50)

Dieckmann (1969) unterscheidet auch eine „*Funktionssprache*“, die innerhalb des staatlichen Apparates und deren Institutionen benutzt wird, und eine „*Meinungssprache*“, die von den politischen Akteuren nach außen vermittelt wird.

Im Sinne von Grünert (1974, S. 22), der die Meinungssprache in ein Internum - das „*ideologiesprachliche Eigensystem*“ - und ein Externum - das „*ideologiesprachliche Fremdsystem*“ unterteilt, gruppiert Burkhardt (2003) die von Dieckmann (1969) unterschiedenen Sprachschichten folgendermaßen:

- die „*Institutionssprache*“ und die „*Sprache des verwalteten Sachgebiets*“ als „*Funktionssprache*“ und *Internum* der politischen Akteure;
- die „*Ideologiesprache*“ erreicht die breite Öffentlichkeit als „*Meinungssprache*“ und gilt als *Externum*.

Burkhardt (2003) macht aufmerksam, dass sich die diversen Sprachschichten in der parlamentarischen Praxis überkreuzen. Auf typologischer Ebene wird in der Politik die „*Funktionssprache*“ als institutionsinterne Sprache von der auf Außenwirkung berechnete „*Meinungssprache*“ als institutionsextern über die Medien an die Bürger gerichtete Politikersprache unterscheiden (vgl. Burkhardt 2003, S. 127).

Die politische Mediensprache als Kommunikationsform des politischen Journalismus, meint Burkhardt (2003), vermittelt zwischen dem Sprechen in der Politik und der Politikersprache. Für die linguistische Teildisziplin, die sich mit der Analyse der politischen Sprache beschäftigt, schlägt Burkhardt (2003) die Bezeichnung „*Politolinguistik*“ vor.

2.2. Diskurs und Medien

Die vorgenommene Analyse der Berichterstattung in den beiden Tageszeitungen „*Die Presse*“ und „*Kronen Zeitung*“ wird nicht vom Wort, sondern vom Text bzw. Diskurs ausgehen. Berücksichtigt wird auch die politisch-gesellschaftliche Situation, in der das sprachliche Handeln der Abgeordneten im Hohen Haus stattfand.

Durch den Konsum von Massenmedien kann der Rezipient eine Sozialisation, eine Integration, eine Identifikation oder Eskapismus erzielen. In dieser Form funktioniert dieser Prozess seit dem Ende des 19. Jahrhunderts. Erst dann wird die Tageszeitung zum Massenkommunikationsmittel in dem Sinn, wie wir sie heute verstehen: für

jedermann verfügbar, billig, täglich erhältlich, rasch und weltweit informierend (vgl. Burger 1990).

Medien können den Wissensstand, die Einstellung und die Meinung des Rezipienten verändern bzw. beeinflussen. Sie ähneln in dieser Möglichkeit der Funktionen einer Brille, durch die hindurch die Rezipienten die Wirklichkeit dann betrachten.

Später wird näher auf die Funktion des Agenda-Settings eingegangen. Mit Hilfe dieses Ansatzes kann festgestellt werden, welche Themen der analysierten Parlamentsdebatte am nächsten Tag die breite Öffentlichkeit durch Tageszeitungen erreicht haben.

Die Massenmedien haben das Privileg, das Wissen und Denken des Publikums zu strukturieren. Schenk (1987) meint, dass genau in der Strukturierungsleistung der Massenmedien ihre Macht liegt. Diese definieren die Welt für ihre Rezipienten, sind aber für kurzfristige Überzeugungswirkungen weniger geeignet:

„Da die reale Welt kaum noch vollständig direkt bzw. unvermittelt erfasst werden kann, muss sie in einfachen, konsistenten und stabilen Modellen rekonstruiert werden. Im Vergleich zur „wirklichen Welt“ entsteht eine sog. Pseudoumgebung, die durch die Bilder und persönlichen Vorstellungen geprägt wird, die wir zu rekonstruieren vermögen. Die Medien erleichtern es uns in besonderem Maße, solche Bilder von der Realität zu entwickeln.“

(Schenk 1987, S. 194)

Wie die Tageszeitungen die Realität zerlegen und diese wieder für ihre Leser konstruieren, hängt damit zusammen, ob es sich um Qualitätsjournalismus oder um Boulevardjournalismus handelt. Anhand der Untersuchung der „Presse“ als Stellvertreterin einer Qualitätstageszeitung in Österreich und der „Kronen Zeitung“ als Beispiel für einen Boulevardblatt wird diese Arbeit verfolgen, wie besagte Parlamentsdebatte für die Rezipienten beider Zeitungen dargestellt worden ist.

Um alle Zusammenhänge möglichst ausführlich darzustellen, wird in diesem Kapitel zuerst die Geschichte der untersuchten Tageszeitungen samt Mediadaten und Blattlinie beschrieben.

Dann wird auf die Pressesprache eingegangen: Gilt diese als Indiz für die Tendenzen der gegenwärtigen Sprache? Welche sind die „Attraktivmacher“ der Mediensprache? Wie hoch ist die Textverständlichkeit in Qualitäts- und in Boulevardmedien?

Bezüglich der Rezeption von Medien werden zwei weitere Punkte betrachtet: die Mediennutzung wird anhand der „Agenda-Setting Hypothese“ dargestellt, um zu verdeutlichen, welche Rolle die Themen aus den Medien im Alltag des Rezipienten spielen können, so z. B. kann der Rezipient ein Thema aus der Tageszeitung als Gesprächsthema im Büro oder in der Familie aufgreifen. Die Idee hinter dieser Hypothese ist, dass die Medien uns nicht sagen „wie“ sondern „worüber“ wir als Rezipienten nachdenken können.

Zwei soziologische Ansätze ergänzen den Teil „Diskurs und Medien“. Der erste der soziologischen Ansätze beschäftigt sich mit der Reduktion von Umweltkomplexität (Luhmann 1995). Der zweite sucht eine Antwort auf die Frage, mit welcher Art von Publizität der Rezipient in aktuellen Tageszeitungen konfrontiert ist: mit einer kritischen oder eher mit einer zu manipulativen Zwecken eingesetzten Publizität (Habermas 1990/1962).

Weiters wird auf die gesetzlichen Bestimmungen zur Repräsentation von Politik in den Massenmedien in Österreich eingegangen. Die Veränderungen in der Beziehung Politik - Medien - Gesellschaft: „Mediokratie“, „Infotainment“ und „Politainment“ werden am Ende des Kapitels 2 näher verfolgt.

„Die Presse“ und „Kronen Zeitung“ – gemeinsamer Anfang, dann getrennte Wege

Klingt unwahrscheinlich, ist aber wahr: „Die Presse“ und die „Kronen Zeitung“ weisen es gemeinsame Wurzeln auf. Als „Die Presse“ im Jahr 1896 eingestellt wurde, ließ der Eigentümer den Abonnenten als „Nachfolgeblatt“ die „Reichswehr“ zustellen - eine Zeitung, die nur kurze Zeit existiert hat, aber

“insofern Pressegeschichte machen sollte, als aus ihr die erfolgreichste österreichische Tageszeitung, „Die Kronen Zeitung“ hervorging. Der erste und langjährig verantwortliche Redakteur der „Kronen Zeitung“, Richard Eisenmenger, war im Übrigen der letzte verantwortliche Redakteur der „Presse“.“

(Seethaler 2005, S. 4).

Aus gemeinsamer Quelle entsprungen könnten die beiden Tageszeitungen heute kaum unterschiedlicher sein. Dies bezieht sich nicht nur auf Auflagen- und Leseranzahl, Format und Machtinteressen, sondern auch auf Zielgruppen und Blattlinie.

2.2.1. Die Presse – Geschichte, Mediadaten, Blattlinie

Die Geschichte, die Mediadaten und die Blattlinie sind auf der Seite www.diepresse.at ausführlich erläutert – diese ist eine der Quellen für die Kurzzusammenfassung, die hier angeboten wird. Die Internetseite wurde zuletzt am 15. November 2008 aufgerufen. Darüber hinaus wird in diesem Teil des Kapitels 2 auch die Lesergruppe einer Qualitätszeitung beschrieben.

Alle oben erwähnten Daten und Informationen sind für diese Dissertation relevant: die Texte einer Tageszeitung werden auf ihre Größe, Leser, Blattlinie hin ausgerichtet.

Die Geschichte der „Presse“

Die Geschichte der „Presse“ ist unter <http://diepresse.com/unternehmen/geschichte/index.do> (Stand vom 22.10.2008) im Internet zu finden und stellt eine Selbstdarstellung der Tageszeitung dar. Diese versteht sich als Nachfolgerin zweier fast gleichnamiger Tageszeitungen: „Die Presse“ und „Die Neue Freie Presse“.

Die Geschichte der „Presse“ beginnt im Jahr 1848. Am 3. Juli 1848 erschien die erste Ausgabe der Zeitung als Organ der öffentlichen Meinung. Als „Erfinder“ gilt August Zang – „einer der Pioniere moderner europäischer Journalistik“ (Seethaler 2005, 4). Die Journalisten haben von deren französischen Kollegen gelernt, die Sprache war anspruchsvoll, die Aufmachung - seriös-konservativ.

Am 1. September 1864 kommt es zu einer Neugründung – es entstand die „Neue Freie Presse“ und „vertrat als repräsentatives Blatt den vornehm großbürgerlichen Liberalismus mit einer betont österreichischen Linie“ (vgl. www.diepresse.com/unternehmen/geschichte). Die beiden Zeitungen existierten nebeneinander bis zum 31. Oktober 1896 - dann wurde bekannt gegeben, dass „Die Presse“ zu bestehen aufhöre. „Die Neue Freie Presse“, damals „Die österreichische

Times“ genannt, beschäftigte fast 600 Mitarbeiter, darunter 80 bis 100 Korrespondenten im Ausland (vgl. www.diepresse.com/unternehmen/geschichte).

Der Leitartikel wurde zu einem wichtigen Bestandteil

„des politischen Teils der Zeitung, auch auf wirtschaftliche und kulturelle Themen ausgeweitet. Lokalteil, Gerichtssaal und Sport erhielten vergleichsweise wenig Raum, vielmehr wurde auf die wissenschaftlich fundierten Wirtschaftsanalysen aus der Feder führender Nationalökonomen (...) Wert gelegt.“

(www.diepresse.com/unternehmen/geschichte)

Die Auflage stieg auf über 50.000 Exemplare an. Es war das Bestreben vorhanden, „auf politischem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet Spaltenleistungen des Journalismus in Form und Gehalt zu bieten“ (www.diepresse.com/unternehmen/geschichte).

Schließlich gelang es der „Neuen Freien Presse“ „zum anerkannten Weltblatt der Donaumonarchie“ aufzusteigen. Gegen 1900 zählte diese zu den auflagestärksten Tageszeitungen - eine Position, die sie danach verlor (vgl. Seethaler 2005, 4-5).

Mit dem Ende der Monarchie war auch ein Rücklauf der Auflage zu beobachten. Der Anschluss Österreichs an das Dritte Reich war der Grund, Ende Jänner 1939 die letzten Ausgabe zu verkünden. Erst nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges, Ende Jänner 1946, gelang Ernst Molden, dem letzten stellvertretenden Chefredakteur der „Neuen Freien Presse“, die Neugründung.

Eine pragmatische Erklärung, warum sich in ihrem Untertitel „Gegründet 1848 – Vormals Neue Freie Presse“ die Qualitätszeitung auf zwei Vorgänger, die über 30 Jahre nebeneinander existierten, beruft, liefert Seethaler (2005): Ernst Molden verhinderte den Titel „Neue Freie Presse“, weil er befürchtet hatte, da dieser Titel kurzzeitig von den Nationalsozialisten verwendet wurde, als deutsches Eigentum gelten konnte.

Im November 1974 wurde ein Redaktionsstatut fixiert. Laut diesem Statut ist es, die grundsätzliche Haltung des Blattes, „in Unabhängigkeit von den politischen Parteien bürgerlich-liberale Auffassungen auf gehobenem Niveau“ zu vertreten.

Im Jahre 1990 begab sich die „Presse“ auf Partnersuche. Im November 1991 stieg der österreichische „Styria Verlag“ als Eigentümer der „Presse“ ein. Es wurden Sanierungsmaßnahmen gestartet.

Am 14. Juni 1993 bekam die Tageszeitung ein neues Format und wechselte vom „Rheinischen“ zum kleineren „Berliner“ Format. Dies war als Vorteil für die Rezipienten gedacht. Die Leser bekamen eine handlichere Zeitung und wesentlich mehr Seiten zum Lesen.

Im Jahre 1996 erschien die erste Online-Ausgabe der „Presse“, 1999 wurde der „Styria Verlag“ Alleineigentümer der Qualitätszeitung.

2002 wurde auf eine neue Blattarchitektur umgestellt und die Zeitung erwarb dazu eine Buch-Struktur – Maßnahmen zugunsten der Lesefreundlichkeit und eines schnelleren Überblicks. Dazu kommt auch die intensivere Bildsprache – tragende große Bilder sind seitdem auf jeder Seite zu finden.

Im März 2005 modifizierte die „Presse“ ihre Seite 1. Diese erhielt einen Themenschwerpunkt und bringt das wichtigste Thema des Tages. Die letzte Seite der Zeitung „24 Stunden in 4 Minuten“ liefert dem eiligen Leser den raschen Nachrichtenüberblick über das Tagesgeschehen.

Der Chefredakteur der „Presse“, die heute mit „Salzburger Nachrichten“ und „Der Standard“ zu „den überregionalen Qualitätszeitungen Österreichs“ (Seethaler 2005:4) zählt, ist der 40-jährige Michael Fleischhacker.

Mediadaten

„Die Media-Analyse ist die größte Studie zur Erhebung von Printmedienreichweiten in Österreich und liefert darüber hinaus fundierte Einblicke in die Lebensverhältnisse und in die Konsumwelt der Österreicher“. Diese Selbstdarstellung ist auf der Titelseite online auf www.mediaanalyse.at zu lesen (zuletzt am 15. Oktober 2008 zugegriffen). Jährlich werden Studien erstellt, die die Verbreitung der österreichischen Tageszeitungen (ausgenommen Gratispresse wie z. B. die U-Bahn Zeitung „Heute“) messen. Es werden repräsentative Umfragen von der Gesamtbevölkerung des über 14-jährigen gemacht.

Laut der Media Analyse 2007 erreicht die „Presse“ 267 000 Rezipienten täglich. Diese Daten sind aber eher quantitativ als qualitativ: sie messen, wie viele Leser überhaupt die Tageszeitungen in der Hand gehalten haben, und nicht, was die Befragten tatsächlich gelesen haben. D.h. als Leser wird auch jemand bezeichnet, der „Die Presse“ nur schnell durchgeblättert hat. Die Reichweite der „Presse“ beträgt somit laut der Media-Analyse für 2007 3,6 Prozent.

Die Auflagenzahlen der Tageszeitungen werden durch die Österreichische Auflagenkontrolle (ÖAK) festgehalten. Auf deren Online-Seite (Stand 15. Oktober 2008) stehen die Daten zur freien Verfügung. So ist es aus der Tabelle „Jahresschnitt 2007“ zu entnehmen, dass „Die Presse“, die von Mo. – Sa. erscheint, für das Jahr 2007 eine Druckauflage von 121 149 Stück pro Tag hatte.

Blattlinie

Die Blattlinie der „Presse“ ist im Redaktionsstatut festgehalten. Unter anderem ist dort Folgendes zu finden:

„Die Presse vertritt in Unabhängigkeit von den politischen Parteien bürgerlich-liberale Auffassungen auf einem gehobenen Niveau. Sie tritt für die parlamentarische Demokratie auf der Grundlage des Mehrparteiensystems und die Rechtsstaatlichkeit ein...“

„Die Presse betrachtet es als journalistische Standespflicht, ihre Leser objektiv und so vollständig wie nur möglich über alle Ereignisse von allgemeinem Interesse zu informieren. Stellung zu nehmen und Kritik zu üben wird von der Tageszeitung „Die Presse“ als ihre Aufgabe und ihr unveräußerliches Recht angesehen.“

(www.diepresse.com/unternehmen/blattlinie/104185/index.do)

Die gleichen Informationen sind unter „Grundlegende Richtung“ auf der Internetseite des Verbandes Österreichischer Zeitungen zu finden.

Daraus ist zu entnehmen, dass die Zeitung auf Vielfalt setzt und für überdurchschnittlich ausgebildete und interessierte Leser geschrieben wird.

Die Leser einer Qualitätszeitung

Um einen besseren Überblick über die Rezipienten – die für die journalistische Arbeit an Texten entscheidend sind – hilft ein Projekt, das von Peter Bruck (1994) beschrieben und von Hannes Haas (2005) zitiert ist. Im Rahmen des Projekts „Ökonomie und Zukunft der Printmedien“ untersuchte ein Forscherteam europäische Qualitätsblätter und fasste folgende sieben Merkmale einer Qualitätszeitung zusammen:

1. Das Publikum ist gut ausgebildet und lesewillig; es wird ein anspruchsvoller Journalismus angeboten – d.h. es werden keine Feindbilder gemalt, keine vorgefertigten Lösungen angeboten, keine Ratschläge gegeben; die Komplexität von Ereignissen wird reduziert; es wird damit Orientierung durch Information geleistet;
 2. Trotz der wichtigen Rolle der „Aufmachung“ hat der Inhalt einen bedeutenden Vorrang;
 3. Gute Papier- und Druckqualität, Mittel- bis Großformat und sparsamer Farbeinsatz zeichnen eine Qualitätszeitung aus;
 4. Gefragt sind Quellentransparenz und Trennung von Nachricht, Bericht und Kommentar bzw. keine Vermischung von redaktionellen und werberischen Inhalten;
 5. Es wird eine der Bedeutung des Ereignisses angemessene Berichterstattung mit Darstellung unterschiedlicher Standpunkten angeboten, die Aktualität wird nicht zum Fetisch;
 6. Eine Qualitätszeitung wird zum Ort der gesellschaftlichen Diskussion und hat einen Forums-Charakter; der Leser kann sein eigenes Urteil bilden;
 7. Qualitätspresse verfügt über gut ausgebildete Journalisten mit Fremdsprachenkenntnissen, die über eine gewisse Expertenschaft bei Themen besitzen.
- (vgl. Bruck 1994; Haas 2005)

2.2.2 Kronen Zeitung – Geschichte, Mediadaten, Blattlinie

Geschichte der „Kronen Zeitung“

Die Geschichte und die Blattlinie der „Kronen Zeitung“ wird auf www.krone.at (Stand 22.10.2008) nicht angeboten. Deshalb ist die Präsentation einer Selbstdarstellung wie

im Fall der „Presse“ nicht möglich. Die in dieser Dissertation angebotene Geschichte der „Kronen Zeitung“ beruft sich auf den Bericht „*Österreichische Tageszeitungen – über 100 Jahre alt*“. Dieser wurde im Jahr 2005 von Joseph Seethaler von der Kommission für historische Pressedokumentation der Österreichischen Akademie der Wissenschaften verfasst.

„Die „Kronen Zeitung“ ist die auflagenstärkste österreichische Tageszeitung – eine Position, die sie sowohl wenige Jahre nach ihrer Gründung im Jahr 1900 als auch nach ihrer „Wiederbelebung“ am 11. April 1959 erreichen konnte.“
(Seethaler 2005, S. 3)

Vom Anfang an, so Seethaler wurde die „Kronen Zeitung“ als ein Volksblatt konzipiert, produziert und geschrieben: mit einem kleinen Format, einfacher Sprache, umfangreicher Berichterstattung und einem billigen Preis. Dieser glich dem Preis einer Semmel. Laut Seethaler (2005) verweist der Titel „Kronen Zeitung“ auf den Preis für ein Monatsabonnement des Blattes, das eine Krone – die damalige österreichische Währungseinheit, kostete.

Somit hat die „Kronen Zeitung“ vom Anfang an ihre Erfolgsformel gefunden. Dieses Rezept für eine auflagenstarke Massenzeitung funktioniert bis heute. Darüber hinaus:

„Aufgrund ihrer weiten Verbreitung wurde die Illustrierte Kronen Zeitung, wie sie seit 1905 wegen der damals noch seltenen starken Bedeutung bildhafter Elemente hieß, von den Nationalsozialisten nicht eingestellt, sondern für ihre propagandistischen Zwecke eingesetzt.“

(Seethaler 2005, S. 3)

In der Zweiten Republik standen ihre Rechte zum Verkauf, eine Möglichkeit, die im Jahre 1959 Hans Dichand, der damalige Chefredakteur vom „Kurier“, wahrgenommen hat. Im Jahr 1972 erfolgte die Umbenennung auf „Neue Kronen Zeitung“, 2002 fiel „Neue“ weg. Schrittweise wurden regionale und lokale Ausgaben gegründet, die auch in den neun Bundesländern zu Marktleader wurden.

Die Reichweite der „Kronen Zeitung“ lag im Jahre 2005 österreichweit bei sensationellen 47 Prozent. Seit dem Jahr 1988 ist an der Kronen Zeitung auch die WAZ-Gruppe (Westdeutsche Allgemeine Zeitung) beteiligt, die auch Anteile an der

österreichischen Tageszeitung „Kurier“ besitzt. Somit begann in der österreichischen Medienlandschaft ein Konzentrationsprozess, der „*demokratiepolitisch nicht unbedenklich ist*“ (Seethaler 2005, S. 3).

Der Chefredakteur der „Kronen Zeitung“ ist der 83-jährige Hans Dichand.

Darüber hinaus ist eine Besonderheit der „Kronen Zeitung“ erwähnenswert: im Unterschied zu den anderen Tageszeitungen in Österreich ist die „Kronen Zeitung“ kein Miteigentümer der als Genossenschaft eingetragenen Österreichischen Presseagentur (APA). Dies bedeutet, dass die „Kronen Zeitung“ bewusst auf das volle APA-Angebot an Nachrichten, nationale und internationale, verzichtet und eigene Wege der Informationsbeschaffung eingeschlagen hat.

Mediadaten

Bei der Österreichischen Auflagenkontrolle für das Jahr 2007 ist keine Auflagenmeldung der „Kronen Zeitung“ zu finden. Erst im Berichtsband der ÖAK für das erste Halbjahr 2008, d. h. für die Monate Jänner bis Juni (unter www.oeak.at) ist die „Kronen Zeitung“ als neuer ÖAK-Teilnehmer eingetragen. Für das erste Halbjahr 2008 betrug die Gesamtauflage der „Kronen Zeitung“ 808 833 Exemplare pro Tag (Mo.-Sa.). Laut der Media-Analyse für das Jahr 2007 lesen täglich 2 947 000 Personen die „Kronen Zeitung“ und die Reichweite beträgt 42,2 Prozent des Marktes.

Blattlinie

Die grundlegende Richtung der Blattlinie der „Kronen Zeitung“ lautet: „*Die Vielfalt der Meinungen ihres Herausgebers und der Redakteure*“ zu vertreten. Diese Angabe ist auf der Internetseite des Verbandes der Österreichischen Zeitungen zu lesen (auf <http://www.voez.at/l8w118>; Stand 22.10.08.).

Auf www.krone.at ist die grundlegende Richtung der Online-Krone zu finden (Stand 22.10.08) Diese lautet wie folgt: „*Krone.at versteht sich als das Internet-Portal für alle Österreicher und Internet-Nutzer des gesamten deutschsprachigen Raumes. Krone.at ist unabhängig. Krone.at bündelt mediengerecht das Beste aus allen Informations- und Unterhaltungsbereichen*“.

Das Phänomen „Kronen Zeitung“

Eine der Antworten, worin der Erfolg der „Kronen Zeitung“ liegt, liefert Haas (2005):

„Der Erfolg der „Kronen Zeitung“ dokumentiert sich auf verschiedene Weise: durch die ökonomische Stellung, durch die Macht, die die Zeitung und ihrem Herausgeber Hans Dichand zugeschrieben wird, der sich auf diesbezügliche Fragen in Bescheidenheit übt und seinen Platz höchstens „im Vorhof der Macht“ (Dichand 1996) sieht, im übrigen aber lieber seine Hunde streichle, als Macht auszuüben. Er mache auch kein Boulevardblatt, sondern eine Volkszeitung.“

(Haas 2005, S. 85)

Mit dem Slogan „*Jedem Österreicher seine Krone*“, mit dem Kleinformat, dem niedrigen Bezugspreis, den vielen Bildern und den Wir-Werte ist die „Kronen Zeitung“ ein Reichweitenweltmeister. Weltrekord sei das übrigens entgegen allen Behauptungen laut Fidler (2004) nicht: Im Luxemburg schlägt das „Luxemburger Wort“ die „Kronen Zeitung“ mit Reichweiten jenseits der 70 %.

Haas (2005) zählt folgende inhaltliche und gestalterische Kriterien, die typisch für Boulevardzeitungen und zutreffend für die „Kronen Zeitung“ sind, auf:

- Kleinformat;
- niedriger Bezugspreis;
- nimmt dem Zeitungslesen das Anstrengende;
- populäre narrative Techniken, leicht, unterhaltsam, emotionalisierend;
- Schlagzeilen;
- viele Bilder;
- sensationsorientiert, skandalisierend;
- stark kommentierend, Nachricht und Kommentar vermischt;
- wenig Politik, wenig Kultur, wenig Wirtschaft;
- rasche und mühelose Aufnahme;
- Betonung der Wir-Werte - Leserfamilie, Leser-Blattbindung, Leseransprache.

(vgl. Haas 2005).

Laut Haas (2005) agiert die „Kronen Zeitung“ als „Sprecherin der „kleinen Leute“. Darüber hinaus meint er, dass diese durchaus Eigenschaften von Qualitätsjournalismus besitzt wie z. B. Aktualität, Verständlichkeit, Informationsgehalt, Geschwindigkeit und Aufmachung.

Für Lüger (1995) ist die Dominanz auch auf den hohen Anteil von Bildinformationen zurückzuführen:

„Die Titelseite enthält (...) Merkmale eines Werbeplakats. Die Illustrationen erhöhen den Aufmerksamkeitswert, veranschaulichen häufig die verbal gegebene Mitteilung, machen diese semantisch eindeutig und damit schneller erfassbar.“

(Lüger 1995, S. 80)

Neben dem „Auffälligkeitsmacher“ bzw. dem Einsatz visueller Mittel sind die sprachliche Präsentation und die Auswahl bestimmter Inhalte erfolgsversprechend.

Auch Wodak (1991) beschäftigt sich mit dem populären Journalismus und liefert eine neue Facette des „Krone“-Portraits. Sie untersucht den metaphernreichen und bildhaften Sprachstil der auflagenstärksten österreichischen Tageszeitung auf die Entstehung von Vorurteilen hin. Dieses Printmedium schafft nach Wodaks Überzeugung eine spezifische „Diskurswelt“ und führe gezielt eine bestimmte Bewusstseinshaltung ein. Eine geschickte Mischung aus „fact- und quote-stories“ sorge für zahlreiche Identifikationsmöglichkeiten des Lesepublikums, wobei diese Verbaltechniken mit Werbe- und Propagandatexten vergleichbar seien (vgl. Wodak 1991, S. 125).

Alarm bezüglich der Macht der „Kronen Zeitung“ schlägt in seinem Buch „Im Vorhof der Schlacht“ Harald Fidler:

„Jahrzehnte hat sich dieses Land von jeder europäischen Normalität entfernt. Zunächst mit dem Aufstieg eines rechtspopulistischen Kleinformats zur größten Partei des Landes: der „Kronen Zeitung“.

(Fidler 2004, S. 9)

Fidler (2004) nennt Hans Dichand „König des österreichischen Boulevards“ und seine Zeitung – eine „Meinungsmaschine“ in „Österreichs Medienbiotop“. Gibt aber zu, dass der 83-jährige „ein unglaubliches Gespür für die Befindlichkeiten seiner Landsleute“

hat, denen er nicht nach dem Mund reden, aber auch nicht mehr als eine Nasenlänge voraus sein will“ (Fidler 2004, 43). Und weiter: „Die Boulevardmethoden gleichen jenen populistischer Politiker: Sie erhebt das Ressentiment zum Dogma, und im Kanzelton der Unfehlbarkeit predigt sie ein Wir-Gefühl, welches unter Leser-Blatt-Bildung nichts weniger als die Glaubenstreue zu einer Volksreligion verstehen kann.“ (Fidler 2004, S. 18)

2.2.3 „Die Presse“ und „Kronen Zeitung“: eine kurze Zusammenfassung

Aus gemeinsamer Quelle entsprungen weisen heute „Die Presse“ und die „Kronen Zeitung“ wesentliche Unterschiede in Bezug auf die Zielgruppe, die Blattlinie und die Reichweite auf.

Die „Kronen Zeitung“ gilt seit Jahren als „Reichweitenweltmeister“ – das Kleinformat erreicht 42,2 Prozent der Bevölkerung und bietet Herrn und Frau Österreicher stark vereinfachte Informationen und Zusammenhänge, um dem Zeitungslesen das Anstrengende zu entnehmen. „Die Presse“ kann dagegen: nur 3,6 Prozent der Gesamtbevölkerung Österreichs als Rezipienten gewinnen. Ihre Leser sind einkommensstark, politikinteressiert, gesellschaftlich aktiv.

Mit einem 40-jährigen als Chefredakteur betrachtet „Die Presse“ es, als journalistische Pflicht, die Leser vollständig und objektiv über Ereignisse von hohem allgemeinen Interesse zu informieren. Als Zielgruppe des Qualitätsmediums gelten urbane und gut ausgebildete Rezipienten.

Anders die „Kronen Zeitung“: dort, laut Blattlinie, wird allein die Vielfalt der Meinungen ihres Herausgebers und der Redakteure vertreten. Die „Kronen Zeitung“ wird seit Jahrzehnten von dem 82-jährigen Chefredakteur Hans Dichand geführt und versteht sich als „*Sprecherin der kleinen Leute*“. Für diese wird die Welt dementsprechend auf einige schnell überschaubare und stark emotionalisierte Themen reduziert.

Im Unterschied zur „Presse“ und fast allen anderen Print- und elektronischen Medien bezieht die „Kronen Zeitung“ keine Informationen aus dem vielfältigen Angebot der österreichischen Presseagentur APA.

2.2.4 Merkmale der Pressesprache und Rezeption

Die Pressesprache als Indiz für Tendenzen der Gegenwartssprache

„Die Sprache ist die einzige Chimäre, deren Trugkraft ohne Ende ist, die Unerschöpflichkeit, an der das Leben nicht verarmt. Der Mensch lerne, ihr zu dienen!“

(Kraus 1959, S. 76)

Wie im oben angeführten Zitat von Karl Kraus treffend das „Dienen“ an der Sprache verdeutlicht wird, könnte diese Behauptung heute erweitert werden und man die Journalisten zu Hauptdienern der Sprache ernennen.

Diese beschäftigen sich tagtäglich mit der Sprache und spiegeln die Gegenwartssprache in den Zeitungen wieder: sie achten drauf keine unzeitgemäßen Worte in ihren Artikeln zu vermeiden. Sie streben eine zeitgenössische Sprache an und stellen Fachausdrücke so dar, dass sie für die Rezipienten verständlich werden. Journalisten gelingt es, auch die seriösesten Themen in einer leicht verständlichen Sprache zu präsentieren.

Lüger (1995) unternahm einen Versuch, die Pressesprache zu beschreiben und gegenüber andere Sprachtypen abzugrenzen. Er fasste drei Betrachtungsweisen seiner linguistischen Untersuchung zusammen.

Als erstes stellte sich heraus, dass die Pressesprache ein Indiz für Tendenzen der Gegenwartssprache darstellt:

„Nach einer Reihe statistischer Erhebungen lässt sich für die moderne deutsche Schriftsprache vor allem eine Tendenz zur Verkürzung der Satzlänge feststellen. Diese Entwicklung scheint sich verstärkt in der Sprache der Journalisten niederzuschlagen.“

(Lüger 1995, S. 23)

Lüger (1995) zählte die Wörter eines Satzes und notierte, ob diese 1-4, 5-8, 9-12, 13-16 oder mehr Wörter sind. Zusammenfassend hat er Folgendes festgestellt:

- die Pressesprache besteht vorwiegend aus Sätzen mit fünf Wörtern;
- rund 60 Prozent der Sätze sind Einfachsätze;

- Aufforderungssätze kommen häufig vor;
- die Pressesprache verwendet gerne Ausrufe und Fragesätze;
- die alltagssprachlichen Elemente dominieren.

Zweitens macht Lüger (1995) aufmerksam, dass die Pressesprache sich von der Sprache der elektronischen Medien unterscheidet. Diesen spezifischen Sprachgebrauch im Medium Presse argumentiert er mit der „*Annahme eines relativ eigenständigen Sprachstils, dessen Beschreibung ebenfalls die Merkmale erfassen soll, welche typische Besonderheiten gegenüber anderen Funktionalstilen, z. B. dem Sprachgebrauch in Rundfunk und Fernsehen, darstellen*“ (Lüger 1995, S. 22).

Die dritte Betrachtungsweise der linguistischen Untersuchungen beschäftigt sich mit der „*Pressesprache als Sprachgebrauch eines bestimmten Publikationsorgans: stiltypische Merkmale werden nicht für die Presse allgemein, sondern im Bereich einer Zeitung/ Zeitschrift (für den begrenzten Zeitraum, eine bestimmte Berichterstattung usw.) untersucht*“. (Lüger 1995, S. 22)

„Attraktivmacher“ der Pressesprache

Darüber hinaus betrachtet Lüger (1995) die rhetorisch-stilistischen Aspekte der Pressesprache und entdeckt „Attraktivmacher“: zusammen mit anderen sprachlichen und visuellen Strategien amüsieren sie den Leser und helfen, ein eventuell vorhandenes Desinteresse zu überwinden. Diesen spielerisch-kreativen Umgang mit Sprache, die auf Wohllaut, Witz und Bildhaftigkeit abgestimmte Rhetorik, kommen zum einen bestimmten Lesemotivationen entgegen und zum anderen begünstigen sie die Tendenz, Informationsvermittlung auf die Ebene des Konkret-Anschaulichen zu reduzieren (vgl. Lüger 1995).

Laut Straßner (2000) ist das Lesetempo am Beginn eines Textes langsam und steigert sich erst dann, wenn die vorhandene Textgrammatik erkannt ist: verstößt ein Text gegen das erwartete Schema, wird er langsamer verarbeitet und stößt zunehmend auf Lesewiderstand. Solange der Text also keinen „Widerstand leistet“, wird beim Lesen Kohärenz hergestellt, wird der Inhalt erfasst (vgl. Straßner 2000, S. 12). In diesem Zusammenhang meint er:

„Lesen bedeutet eine fortlaufende aktive Konstruktions- und Integrationsleistung im Rahmen der Leser-Text-Interaktion, die in verschiedene Teilprozesse aufgegliedert werden kann.“

(Straßner 2000, S. 12)

Mediennutzung, die Agenda-Setting Hypothese

Die Rezipienten nutzen Medien für ihre eigenen Zwecke und haben unterschiedlichste Motive, wenn sie zu einer Tageszeitung greifen. Orientierung, Identifikation, Eskapismus können als Beweggründe für Mediennutzung genannt werden. Gegenwärtig nutzt der aktive Rezipient die Tageszeitungen als Teil seines sozialen Inventars und verschickt Leserbriefe oder bloggt.

Detaillierter betrachtet Bonfadelli (2004) das Publikum als Selektionsfilter und meint, dass dieses „*aktiv auf gezielte Informationssuche*“ gehen kann, aber „*gleichzeitig auch abhängig ist und passiv bezüglich des Medienangebots, das faktisch zur Verfügung steht*“ (Bonfadelli 2004, 35).

Eine Erklärung, warum die Medien eine enorme Wichtigkeit für die Politiktreibenden haben, liefert die Agenda-Setting Hypothese. Der Kerngedanke dieser Hypothese besteht aus der Annahme, dass die Massenmedien nicht den Rezipienten vorgeben „was“ sie denken sollen, sondern „worüber“ sie denken können. „*Sie legen gewissermaßen fest, welche Themen wir auf unsere Tagesordnung (Agenda) setzen*“ (Burkart 2002, S. 248). In einem weiteren Schritt auch, welche Parteien gewählt werden.

Mit dem Konzept des Agenda-Settings werden verschiedene Formen der Wissensvermittlung bzw. Wissensstrukturierung angesprochen, die durch die Medienberichterstattung ausgelöst werden können (vgl. Schenk 1987).

Klaase (1998) meint, dass die Agenda-Setting-Forschung lange Zeit als Black-Box-Modell operiert hat. Der Grund dafür war, dass die Thementagesordnung der Medien und der Wähler unabhängig voneinander erfasst und dann in einem unzulässigen Kausalschluss aufeinander bezogen wurden.

Die Medien verfügen über eine zunehmend wichtige Bedeutung, da die reale Welt kaum noch vollständig direkt erfasst werden kann. Deshalb muss diese in einem einfachen Modell rekonstruiert werden. „*Die Macht der Massenmedien liegt daher darin, dass diese eine Strukturierung der Realität leisten, die Welt für uns definieren*“ (Schenk

1987, 194). Diese Fähigkeit der Medien, das Wissen und Denken des Publikums zu strukturieren, wird heute mit der Agenda-Setting-Funktion umschrieben und die laut Schenk als „*eine Rückkehr zum Modell der omnipotenten Medien*“ gilt (Schenk 1987, S. 196). Avenarius (2008) nennt die von den Medien angebotene „*Auswahl des Nachrichtenstoffes*“ ein „*Leben aus zweiter Hand*“.

Den Journalisten kommt die zunehmend schwierige Aufgabe zu, den Rezipienten die Agenden zu präsentieren. Schenk (1987) versteht das Agenda-Setting auch als einen politischen Prozess: ob ein Thema präsent ist oder nicht, ist auch eine Frage der relativen Macht der Partizipanten. Er meint, dass sich im Agenda-Setting auch gesamtgesellschaftliche Wandlungsprozesse verbergen und das Setzen der Themenstruktur schon im Vorfeld von einer Reihe gesellschaftlicher und politischer Prozesse abhängig ist: „*Die Medien setzen die Themen nicht allein, sondern der Selektionsprozess ergibt sich als Ergebnis eines komplexen Wechselwirkungsprozesses zwischen den Medienorganisationen und ihren Umwelten.*“ (Schenk 1987, S. 196)

Wenn das Thema in der Tageszeitung steht, erfolgt dann die Sinnzuordnung bei den Rezipienten so schnell, dass sie ihm nicht bewusst wird. „*Die Lesezeit basiert vor allem auf der Erwartbarkeit und Wahrscheinlichkeit einzelner Elemente, d.h. leichte Texte werden schneller erfasst als schwierige*“ (Straßner 2000, S. 13).

Textverständlichkeit: Qualitätsjournalismus versus Boulevardjournalismus

Kann die Textverständlichkeit bzw. die Lesbarkeit gemessen werden und welche Merkmale könnte diese haben? Laut Niessl (2001) konzentrieren sich die Ansätze auf die Wortschwierigkeit und Satzkomplexität. Als eine weitere Möglichkeit zitiert Niessl (2001) das „*Hamburger Verständlichkeitskonzept*“. Diese Untersuchungsmethode unterscheidet vier Dimensionen, die für die Pressesprache wichtig sind:

- sprachliche Einfachheit;
- Gliederung bzw. Ordnung;
- Kürze und Prägnanz;
- zusätzliche Stimulanz.

Niessls Hypothese lautet, dass in Boulevardmedien kurze Einfachsätze mit einer geringen Wortfrequenz vorherrschen. Ob diese Hypothese auch von der Analyse der Berichterstattung bezüglich der Regierungsangelobungsdebatte vom 16. - 17. Jänner 2007 in den Tageszeitungen „Die Presse“ und „Kronen Zeitung“ unterstützt wird, zeigt Kapitel 8 dieser Dissertation.

Weiters formuliert Niessl (2001) die drei wichtigsten Unterschiedsmerkmale der beiden theoretisch in Opposition stehenden journalistischen Stile, Qualitäts- und Boulevardjournalismus: die Gestaltungskomponente, der Umgang mit Text/Information sowie die Beziehung zu den LeserInnen.

Im Falle der „Kronen Zeitung“ ist dies die Handlichkeit der Zeitung sowie „*die visuelle Auffälligkeit, wobei Simplifizierungen und Wiedererkennbarkeitseffekte Vorrang haben* (...) *Als fünf Merkmale der Sensation gelten die Aktualität, das Dramatische, der Rekord, die Prominenz und die Katastrophe*“ (Niessl 2001, S. 99).

Dazu kommen im Boulevardjournalismus schrille Schlagzeilen, die die Neugierde der Rezipienten wecken; außerdem seien kürzere Texte dem TV-vertrauten Publikum besser zugänglich als andere Berichtsformen, wie sie in Qualitätszeitungen verwendet werden (vgl. Niessl 2001).

Zu den Aktivierungstechniken des Boulevards zählt Niessl (2001) noch die Ruf- und Fragezeichen, Reizwörter wie Blut oder Tod, Komposita, Paradoxes bzw. Rätselhaftes, Kontrastierung, Narrativierung (direkte Rede, Detailbeschreibung) dazu. Als weitere Kennzeichen gelten simple chronologische Abläufe, die Betonung von Erlebnissen und Gefühlen, die Verwendung von Spitznamen für wichtige Akteure sowie umgangssprachliche Wendungen und moralische Bewertungen.

Lüger unterstreicht in diesem Zusammenhang im Bereich der Wortebene die drastische Ausdrucksweise, die sofort ins Auge fällt und die Häufigkeit von Superlativen (vgl. Lüger 1995).

Laut Niessl stehen „*in Boulevardmedien die „Opfer“ und „Augenzeugen“ in Vordergrund, während in Qualitätsmedien v. a. Politiker, Experten und Wissenschaftler als „Kronzeugen“ auftreten*“ (Niessl 2001, S. 105). Darüber hinaus stellt sie eine Teilung an Ingroup versus Outgroup in Boulevardzeitungen fest und erwartet eine „*verstärkte Produktion einer Wir-Gruppe in populärjournalistischen Medientexten*“ (Niessl 2001, S. 106).

2.2.5 Soziologische Ansätze zur Rezeption von Medien

Um die unterschiedlichen Möglichkeiten der Rezeption der von den Massenmedien konstruierten Realität zu beschreiben, werden hier zwei soziologische Ansätze verwendet: der erste beschäftigt sich mit der Reduktion von Umweltkomplexität (Luhmann 1995), der zweite sucht eine Antwort auf die Frage, mit welcher Art von Publizität der Rezipient in aktuellen Tageszeitungen konfrontiert ist (Habermas 1990/1962).

Warum sind diese für die Arbeit wichtig? Einerseits beschäftigt sich diese Dissertation mit der politischen Rede, andererseits mit ihrer Darstellung in den Tageszeitungen. Die Medien beobachten die Geschehnisse im Parlament, analysieren diese und geben sie in den Tageszeitungen wieder: entweder vereinfachter und stark meinungsbetonter oder in qualitätsjournalistischer Form. Alle, in diesem Prozess Beteiligten - die Politiker und die Journalisten - rechnen damit, dass jeder Rezipient seine Deutungsweise des Textangebots hat und sind daher bemüht, die Statements bzw. Texte so zu gestalten, dass möglichst viele Leser diese auch verstehen. Hier werden zwei Rezeptionsmöglichkeiten aufgelistet: die eine bezieht sich auf die Reduktion von Umweltkomplexität als Hilfsmittel für erfolgreiche Kommunikation. Die andere macht aufmerksam, dass die medial konstruierte Öffentlichkeit des politischen Machtvollzugs und Machtausgleichs zu Akklamationen seitens der Rezipienten bzw. Wählern führen soll.

Um soziale Komplexität zu reduzieren, strukturieren sich soziale Systeme in Form von Subsystemen, behauptet Luhmann (1995). Er meint, dass diese Subsysteme dann nicht direkt miteinander kommunizieren, um Komplexität zu reduzieren, sondern sie tun das via Medien z. B.

- das System Wirtschaft über Geld;
- das System Politik via Macht;
- das System Jurisdiktion via die Unterscheidung recht/unrecht;

- das System Massenmedien über die Herstellung von Themen bzw. Aufmerksamkeit.
(vgl. Luhmann 1995).

Das System funktioniert besser, wenn die Reduktion der Umweltkomplexität gelingt. Für die Massenmedien bzw. Tageszeitungen heißt das also: je effektiver die komplexe Umwelt (individuelle Wirklichkeiten, undurchschaubare Zusammenhänge) auf schlagkräftige, einfache Themen reduziert werden kann, umso erfolgreicher arbeiten die Medien bzw. verkaufen mehr Exemplare und gewinnen die Aufmerksamkeit der Leser. Der individuelle Wille wird unmerklich zum Erfüllungsgehilfen des Systems. Der Mensch will, was die Medien sagen, das er will, ohne dass ihm das zwangsläufig bewusst ist (vgl. Luhmann 1995).

Luhmann (1995) versteht die Gesellschaft nicht als eine Ansammlung von Menschen, sondern als einen operativ geschlossenen Kommunikationsprozess. Ob das, was die Medien berichten, stimmt oder nicht, ob die Medien sich etwa ethisch verhalten - solche Fragen können nicht beantwortet werden.

Die Rolle der Diskurse und der Medien in der bürgerlichen Gesellschaft beschäftigen Habermas in seinem Buch „Strukturwandel der Öffentlichkeit“ (1990/1962). Er meint, dass die „*Verdichtung des Kommunikationsnetzes*“ zu einer Kanalisierung der Kommunikationswege geführt hat und „*die Zugangschancen zur öffentlichen Kommunikation immer stärkerem Selektionsdruck ausgesetzt*“ hat. Daraus entstand Medienmacht, „*die, manipulativ eingesetzt, dem Prinzip der Publizität seine Unschuld raubte*“. Und das Ergebnis dieses Prozesses laut Habermas ist folgendes:

„*Die durch Massenmedien zugleich vorstrukturierte und beherrschte Öffentlichkeit wuchs sich zu einer vermacheten Arena aus, in der mit Themen und Beiträgen nicht nur um Einfluss, sondern um eine in ihren strategischen Intentionen möglichst verbotene Steuerung verhaltenswirksamer Kommunikationsflüsse gerungen wird.*“

(Habermas 1990/1962, S. 28)

Habermas (1990/1962) schreibt den öffentlichen Diskurse eine steigernde Macht zu. In einer „*komunikativ verflüssigten Souveränität*“ helfen die Diskurse, Themen von gesellschaftlicher Relevanz zu entdecken, Werte zu interpretieren, Beiträge zu

Problemlösungen zu leisten, sowie dazu gute Gründe zu produzieren und schlechte zu entwerten.

„Diskurse herrschen nicht. Sie erzeugen eine kommunikative Macht, die die administrative nicht ersetzen, sondern nur beeinflussen kann“, meint Habermas (1990/1962, S. 44) und betont, dass dieser Einfluss auf die Beschaffung und den Entzug von Legitimation beschränkt.

Für die Erzeugung einer politischen Öffentlichkeit erachtet der Autor zwei Prozesse für notwendig: zum einen die kommunikative Erzeugung legitimer Macht und zum anderen „*die manipulative Inanspruchnahme der Medienmacht zur Beschaffung von Massenloyalität, Nachfrage und „compliance“ (Verhaltensänderung) gegenüber systemischer Imperativen.*“ (Habermas 1990/1962, S. 45).

Als Zielgruppe der Handlungen, die diese Prozesse auslösen, gelten die Rezipienten bzw. die Wähler. Es wird angenommen, dass sie, mit einem gewissen Grad an Urteilsfähigkeit und Kenntnissen interessiert an öffentlichen Diskussionen teilnehmen, und darüber hinaus wird den Wählern geholfen, das Richtige als verbindlichen Maßstab für das politische Handeln zu finden. (vgl. Habermas 1990/1962, S. 313) Eine Möglichkeit für eine solche Handlung wäre der kontinuierliche, öffentlich ausgetragene Streit der Politiker unterschiedlicher Parteien mit Argumenten und Gegenargumenten.

Die oben erwähnte politische Öffentlichkeit ist durch eine wahlperiodische Neuinszenierung geprägt. Zunächst wird die von den Massenmedien aufbereitete und verbreitete Integrationskultur dargestellt. Laut Habermas sollten die erfolgenden demonstrativen Äußerungen nicht mit ihr in Konkurrenz treten, sondern haben sich um eine Konkordanz zu bemühen. (Habermas 1990/1962, S. 318)

Werbung, schreibt der Autor, sei

„die andere Funktion, die eine von Massenmedien beherrschte Öffentlichkeit übernommen hat. Die Parteien sehen sich deshalb genötigt, die Wahlentscheidungen publizistisch in Analogie zum Reklamedruck auf Kaufentscheidungen zu beeinflussen – es entsteht das Gewerbe des politischen Marketings. Die Parteiagitatoren und Propagandisten alten Stils weichen parteipolitisch neutralen Werbefachleuten, die angestellt sind, um Politik unpolitisch zu verkaufen.“

(Habermas 1990/1962, S. 319)

Im Rahmen dieser hergestellten Öffentlichkeit werden die Massenmedien nur als Werbeträger benutzt. Somit wenden sich die unterschiedlichen Parteien direkt ans Volk bzw. an die potentiellen WählerInnen, für deren „*Bewusstseinsstand die Demoskopen einen durchschnittlichen Wortschatz von 500 Vokabeln ermittelt haben*“ (Habermas 1990/1962, S. 320).

Auf dem Punkt gebracht schaut der daraus entstehende Widerspruch so aus: einerseits existiert ein „*politisch autonomes Staatsbürgerpublikum*“, das seine Meinung im Kommunikationsprozesses mit der öffentlichen Gewalt gestaltet. Andererseits ist die Rationalisierung der politischen wie sozialen Gewaltausübung nicht möglich, weil, sie durch die Medien „*zum Akklamationszweck der abstrakten Stimmabgabe bloß im Rahmen einer temporär hergestellten Öffentlichkeit demonstrativ oder manipulativ erzeugt wird*“ (Habermas 1990/1962, S. 326). Also bleibt der Streit einer kritischen mit der zu manipulativen Zwecken bloß veranstalteten Publizität weiterhin bestehen.

Die oben vorgestellten Ansätze von Luhmann (1995) und von Habermas (1990/1962) deuten an, wie unterschiedlich die Rezeptionsmöglichkeiten der von den Massenmedien konstruierten Realität sein können.

Der Ansatz von Luhmann (1995) bezieht sich auf die Reduktion von Umweltkomplexität als Hilfsmittel für eine erfolgreiche Kommunikation. Um Komplexität zu reduzieren, strukturieren sich soziale Systeme in Form von Subsystemen, die durch Medien miteinander kommunizieren: z. B. das System Politik via Macht; das System Massenmedien über die Herstellung von Themen bzw. Aufmerksamkeit. Das System funktioniert besser, wenn die Reduktion der Umweltkomplexität gelingt. Für die Massenmedien bzw. Tageszeitungen heißt das: je effektiver die komplexe Umwelt auf einfache Themen reduziert wird, umso erfolgreicher arbeiten die Medien und gewinnen die Aufmerksamkeit der Leser.

Habermas (1990/1962) meint, dass die „*Verdichtung des Kommunikationsnetzes*“ zu einer Kanalisierung der Kommunikationswege führte und daraus eine Medienmacht entstand, „*die, manipulativ eingesetzt, dem Prinzip der Publizität seine Unschuld raubte*“. Es wird angenommen, dass der Rezipient mit einem gewissen Grad von Urteilsfähigkeit an öffentlichen Diskussionen teilnimmt. Sie beziehen ihre Informationen über das politische Handeln aus den Medien. Ob diese Medien sich dann um eine kritische Publizität bemühen oder sich zu einer Berichterstattung zu manipulativen Zwecken entscheiden bleibt offen.

3. Analysemodelle politischer Sprache

In diesem Kapitel sollen zuerst einige Analysemodelle politischer Sprachverwendung vorgestellt werden. „Pragma-dialektischer Ansatz“, „lexikalisch-argumentatives Modell“, „Sprachhandlungsmodell“, „Persuasionsmodell“, „Definition von Gruppen“ - diese Ansätze haben etwas gemeinsam: sie beschäftigen sich mit der Analyse politischer Sprachverwendung und betrachten das Argumentieren in der Politik näher. Die älteren Ansätze wie das „lexikalisch-argumentative Modell“ von Grünert (1974) untersuchen die Argumentationskategorien einer politischen Rede. Die neueren, wie beispielsweise der „pragma-dialektische Ansatz“ von Van Eemeren/Grootendorst (1996/2004) fassen die Gesamtheit einer Argumentation als eine diskursive Aktivität auf, oder identifizieren die „Definition von „Wir- und Fremd-Gruppen“ als ein Teil der politischen Argumentationsführung (Nowak/Wodak/De Cillia 1990). Alle diese Ansätze werden als Grundlage für die Ausarbeitung der zentralen Hypothese, was für Elemente eine Parlamentsrede ausmachen, aufgelistet.

Als erstes wird der pragma-dialektische Ansatz von Van Eemeren/Grootendorst (1996/2004) vorgestellt. Die Argumentation in diesem Ansatz wird als eine diskursive Aktivität verstanden. Für die Führung argumentativer Dialoge haben Van Eemeren/Grootendorst zehn Regeln entwickelt, die auch für Parlamentsdiskussionen von Relevanz sind.

Einen guten Überblick über die gängigen Analysemodelle politischer Sprachverwendung bietet Girnth (2002). Drei von diesen Modellen - das lexikalisch-argumentative Modell von Grünert; das Sprachhandlungsmodell von Holly und das Persuasionsmodell von Kopperschmidt sind für die vorgenommene Analyse der Regierungsangelobungsdebatte vom 16. und 17. Jänner 2007 relevant und werden in dieser Arbeit vorgestellt. Diese drei Modelle dienen ebenfalls als Grundlage für die Ausarbeitung der Hypothese, die am Ende des Kapitels dargestellt wird.

Der Ansatz von Grünert (1974) stellt ein brauchbares Instrumentarium für die Analyse politischer Sprachverwendung dar. Grünert konzentriert sich auf der Untersuchung verbaler Zeichen und schreibt der Sprache eine Instrumentalfunktion zu. Sein

lexikalisch-argumentatives Modell beinhaltet fünf Elemente, die den Redebeitrag eines Politikers ausmachen.

Der zweite Ansatz ist das Sprachhandlungsmodell von Holly (1990). Im Mittelpunkt seines Modells stehen folgende Fragen: Was tut ein Parlamentarier wirklich, wenn er redet? Und: Welche Muster stehen ihm zur Verfügung, um seine vielfältigen Aufgaben im Alltag im Hohen Haus zu bewältigen?

Als Drittes wird das Persuasionsmodell von Kopperschmidt (1973) nach Girnth (2002) vorgestellt. Es wird in ihm davon ausgegangen, dass in einer kommunikativen Auseinandersetzung die handelnden Subjekte nicht nur auf ihre „handlungsleitenden Interessen“ Wert legen, sondern auch bemüht sind, dem Gesprächspartner gegenüber argumentativ einsichtig zu machen, warum eine Grundlage gemeinsamen sozialen Handelns möglich ist. Wenn diese Argumentation gelingt und eine Übereinstimmung zwischen den Kommunikationspartnern hergestellt wird, kann von Konsens gesprochen werden. Der Versuch, argumentativ einen Konsens herzustellen, wird mit dem Begriff „persuasive Kommunikation“ gekennzeichnet. Sieben Glückensbedingungen (Regeln) zählt Kopperschmidt (1973) auf, die für den persuasiven Sprechakt entscheidend sind.

Eine wichtige Facette der politischen Argumentationsführung liefern Wodak (1990) und Nowak/Wodak/De Cillia (1990). Sie beschäftigen sich mit der Definition von „Wir- und Fremd-Gruppen“. Um die Konturen der „Wir-Gruppe“ zu schärfen, bezieht sich der Politiker immer auf eine „Fremd-Gruppe“ und vice versa. Die sprachlichen Möglichkeiten werden ausgeschöpft, um die Ausgrenzung von Personen zu leisten, und um gegen Mitglieder einer so konstituierten „Fremd-Gruppe“ Vorurteile zu aktivieren.

Am Ende des Kapitels wird die zentrale Hypothese vorgestellt. Diese beschreibt die notwendigsten Bedingungen und Schritte für den Argumentationsweg einer Parlamentsrede. Dieses Hypothese-Modell wird anhand einer Analyse der Regierungsangelobungsdebatte vom 16. und 17. Jänner 2007 überprüft und um die neu gewonnenen Erkenntnisse aus der Analyse der Redebeiträge der Abgeordneten aller fünf Parteien im Hohen Haus erweitert.

3.1 Bekannte Modelle zur Untersuchung politischer Sprachverwendung

3.1.1 Pragma-dialektischer Ansatz von Van Eemeren/ Grootendorst

Die Pragma-Dialektik wurde entwickelt, um die Gesamtheit einer Argumentation als eine diskursive Aktivität zu erklären. Der Argumentationsakt wird als komplexer Kommunikationsakt betrachtet, der als ein Teil der selbstverständlichen Sprachaktivitäten geschieht und spezifische kommunikative Zielsetzungen besitzt.

Die pragma-dialektischen Untersuchungen beruhen auf vier meta-theoretischen Prinzipien, die jeweils unterschiedliche Komponenten des argumentativen Diskurses darstellen:

1. *functionalizing* – jede sprachliche Aktivität wird wie ein zweckbestimmter Akt behandelt;
2. *externalizing* – die öffentlichen Engagements bringen die Durchführung von gewissen Sprachaktivitäten mit sich;
3. *socializing* – diese öffentliche Engagements werden durch Interaktion mit anderen Menschen verknüpft;
4. *dialectifying* – die Sprachaktivitäten werden betrachtet als Teil von Bestreben zum Klären von Meinungsdifferenzen in der Übereinstimmung mit kritischen Normen der Angemessenheit.

(vgl. Van Eemeren/Grootendorst 2004, S. 52- 53)

Diese Komponenten stellen die Basis für die Interpretation der deskriptiven Dimension der Argumentation als ein tatsächliches Phänomen des argumentativen Diskurses mit der normativen Dimension der Argumentation und als einen essentiellen Bestandteil der kritischen Diskussion dar. (vgl. Van Eemeren/Grootendorst 1996, S. 276)

Also fassen Van Eemeren/Grootendorst die Argumentation als Teil einer kritischen Diskussion auf. Diese hat das Ziel, eine Auseinandersetzung zwischen mindestens zwei

unterschiedliche Positionen sachlich aufzulösen. Im Prozess des Argumentationsaustausches unterscheiden Van Eemeren/Grootendorst vier Stadien:

Konfrontation

Es besteht eine Meinungsverschiedenheit. Das Thema ist strittig und den Gesprächspartner ist diese Tatsache bewusst.

Eröffnung

Es wird entschieden, diese Meinungsverschiedenheit mittels Argumentationen in Form eines rationalen, kritischen Diskurses zu erläutern. Der Protagonist untermauert sein Statement, der Antagonist beleuchtet das Statement kritisch.

Argumentation

Es findet die eigentliche Diskussion zwischen dem Protagonisten und dem Antagonisten statt.

Konklusion

Es wird geklärt, ob die Bedenken bezüglich der strittigen These beseitigt worden sind, oder ob der Standpunkt des einen Gesprächspartners entkräftet worden ist.

(vgl. Van Eemeren/Grootendorst 1996, S. 276-280)

Nach der Phase der Konklusion wird angenommen, dass die jeweilige kritische Diskussion bezüglich dieses Standpunktes abgeschlossen ist. Darüber hinaus wird angenommen, dass die oben erwähnten vier Stadien nur im Idealfall explizit durchlaufen werden. Trotzdem vertreten Van Eemeren/Grootendorst die Meinung, dass jede Argumentation so rekonstruiert werden kann, als ob sie diese vier Stadien enthielte. Van Eemeren/Grootendorst untersuchten Möglichkeiten zur Auflösung von Meinungsverschiedenheiten („*resolving differences of opinion*“ – in Van Eemeren/Grootendorst 1996, S. 274) und entwickelten folgende zehn Regeln für argumentative Dialoge, die zur Führung einer kritischen Diskussion nach dem pragmadialektischen Ansatz verhelfen sollen:

Regel 1: Die Freiheitsregel

Die Argumentierenden dürfen einander nicht hindern, Standpunkte vorzubringen oder Standpunkte zu bezweifeln.

Regel 2: Die Verpflichtung zu verteidigen

Wer einen Standpunkt vorbringt, ist verpflichtet ihn zu verteidigen, wenn er oder sie gebeten wird, dies zu tun.

Regel 3: Gegenpositionregel

Ein Widerlegungsversuch muss sich auf denjenigen Standpunkt beziehen, der tatsächlich von der Gegenpartei in der Diskussion geäußert worden ist.

Regel 4: Die Relevanzregel

Ein Standpunkt darf nur dadurch verteidigt werden, dass man Argumente für den Standpunkt vorbringt.

Regel 5: Die Regel der unerwarteten Prämissen

Eine Person ist verpflichtet, zu den Voraussetzungen bzw. Prämissen zu stehen, die er oder sie implizit zum Ausdruck gebracht hat. Umgekehrt dürfen den Kontrahenten nicht Prämissen unterstellt werden, die sich aus deren Äußerungen gar nicht entnehmen lassen.

Regel 6: Die Ausgangspunktregel

Eine Prämissen darf nicht fälschlich als gemeinsam akzeptierter Ausgangspunkt hingestellt werden, und umgekehrt darf eine Prämissen, die gemeinsam akzeptiert ist, nicht zurückgewiesen werden.

Regel 7: Die Gültigkeitsregel

Ein Standpunkt darf nicht als hinreichend gerechtfertigt gesehen werden, wenn die Rechtfertigung nicht durch ein plausibles und korrekt angewendetes Argumentationsmuster erfolgt.

Regel 8: Die Argumentationsplanregel

Die Argumentationsmuster müssen logisch gültig sein oder zu logisch gültigen Schlussfolgerungen ergänzt werden können.

Regel 9: Schlussregel

Wenn die Rechtfertigung eines Standpunktes nach den obigen Regeln korrekt erfolgt ist, muss die Person, die den Standpunkt in Zweifel gezogen hat, ihn nun akzeptieren; wenn

die Rechtfertigung eines Standpunktes nicht gelungen ist, muss die Person, die den Standpunkt vertreten hat, ihn nunmehr zurücknehmen.

Regel 10: Die Sprachgebrauchregel

Die Formulierung der Argumentation darf weder ungenau noch mehrdeutig sein, und die Gesprächsteilnehmer müssen gegenseitig ihre Formulierungen so sorgfältig wie möglich interpretieren.

(Die Regeln sind in deutscher Übersetzung bei Kienpointner 1996, S. 26 ff wiedergegeben, vgl. Van Eemeren/Grootendorst 2004, S. 191-196)

Dem pragma-dialektischen Ansatz von Van Eemeren/Grootendorst kommt eine wichtige Bedeutung für die geplante Analyse der Regierungsangelobungsdebatte zu, weil in ihm die Argumentation als eine diskursive Aktivität verstanden wird. Der Argumentationsakt geschieht als ein Teil der selbstverständlichen Sprachaktivitäten und hängt mit der Klärung von Meinungsverschiedenheiten zusammen. Um diese Klärung zu ermöglichen, haben Van Eemeren/Grootendorst zehn Regeln für argumentative Dialoge entwickelt, die einen einfachen Kodex für den Austausch von Argumenten auch im Parlament darstellen können.

3.1.2 Lexikalisch-argumentatives Modell nach Grünert

Grünert (1974) begibt sich in das Deutschland des 19. Jahrhunderts und untersucht den Sprachgebrauch der ersten deutschen Nationalversammlung 1848-49 in der Frankfurter Paulskirche. Im Buch „Sprache und Politik“ erforscht er welche Funktionen der Sprache in ihrer politischen Verwendung zukommen. Die Politik kann sich auch mittels nicht-sprachlicher Zeichen oder Symbole artikulieren; Grünert (1974) konzentriert sich allerdings auf der Untersuchung verbaler Zeichen. Er schreibt der Sprache eine Instrumentalfunktion zu. Bezogen auf den zeitgenössischen Politiker würde das heißen: Der Abgeordnete redet und muss reden, um Macht zu erringen und sie auszuüben, muss reden um an der Macht zu bleiben und um diese Position zu sichern. Mit seinem

Sprechen versucht der Politiker eine Änderung oder Stabilisierung von Meinungen, Einstellungen oder Urteile zu bewirken, um auf diesem Wege das künftige Handeln und Verhalten von Menschen initiieren, beeinflussen und steuern.

Grünert (1974) untersuchte den Gebrauch von Ideologiesprache und gruppenspezifischen Zeicheninventaren und entwickelte ein lexikalisch-argumentatives Modell. Im Mittelpunkt dieses Modells steht nicht das isolierte ideologiesprachliche Zeichen, sondern eines, das in einen weiteren und in einen engeren Kontext eingebettet ist. Der engere Kontext meint die Beziehung der Zeichen untereinander, der weitere meint den Bezug der Zeichen auf ihre historisch-gesellschaftliche Situation.

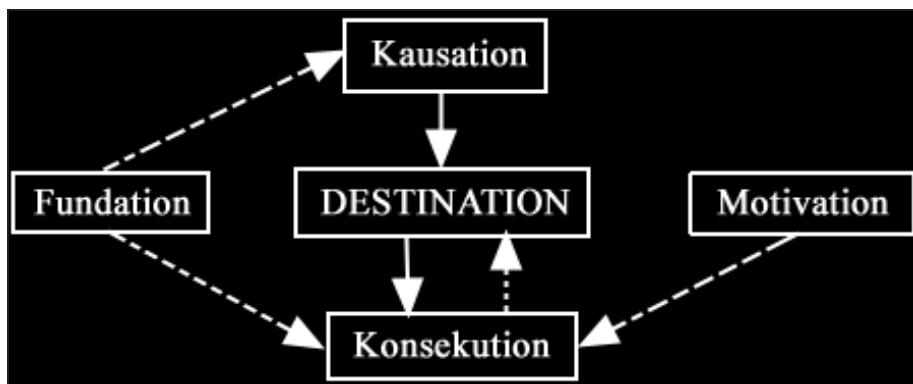


Abbildung – Visualisierung des Argumentationsmodells von Grünert (1974)

Die beschriebenen Argumentationskategorien hat Grünert (1974) einerseits präsentisch-horizontal (Destination, Fundation und Motivation) und andererseits präterital-futuristisch (retrospektive Kausation und prospektive Konsekution) geordnet. Die Schnittstelle der beiden Achsen bildet die zentrale Argumentationskategorie – die Destination.

Zu den einzelnen Argumentationskategorien:

- **Destination:** zentrale Argumentationskategorie, das Grundthema einer Debatte; darunter sind außersprachliche Gegenstände zu verstehen, die in der öffentlich-politischen Kommunikation thematisiert werden;
 - **Fundation:** die sprachliche Kodierung „*politischer Prinzipien, politischer Doktrinen, politischer Standpunkte, kurz politischer Theorie und Philosophie*“; wegen ihres theoretischen Anspruchs und ihres Aufforderungscharakters kommt dieser Kategorie eine entscheidende Steuerungsfunktion für die Destination zu;
 - **Motivation:** motiviert die gegebene Destination, d. h. erweist sie als notwendig oder als nicht notwendig; durch die Berufung auf Autoritäten sollen politische Ziele stabilisiert, oder negiert verunsichert werden;
 - **retrospektive Kausation:** begründet die Destination mit der Beschreibung der allgemeinen politischen, staatlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse (verganger und gegenwärtiger);
 - **prospektive Konsekution:** stellt die Folgen dar, die sich aus der Realisierung oder der Nichtrealisierung der Destination in der Zukunft ergeben.
- (vgl. Grünert 1974; Girnth 2002)

Der Argumentationsweg, meint Grünert (1974), muss nicht unbedingt von der Destination ausgehen. Dieser kann von der Motivation über die Konsekution hin zur Destination führen, die ihrerseits wieder durch die Kausation begründet werden kann.

Um die praktische Umsetzung seines Argumentationsmodells zu ermöglichen, führt Grünert (1974) den Aspekt der Zweiwertigkeit ein. Darunter ist der für die politische Auseinandersetzung typische Dualismus zwischen einem ideologiesprachlichen Eigensystem (Internum) und einem ideologiesprachlichen Fremdsystem (Externum) zu verstehen. Diese beiden Sprachsysteme dienen entweder der Eigen- oder der Fremdidentifikation (vgl. Girnth 2002, S. 24).

Grünert (1974) bietet ein brauchbares Analyseinstrumentarium für die Untersuchung politischer Sprachverwendung unter der Berücksichtigung der historisch-gesellschaftlichen Situation.

3.1.3 Das Sprachhandlungsmodell nach Holly

Der Abgeordnete ist als Berufspolitiker in einer Position, die politisches Sprachhandeln in sehr vielfältigen Funktionen und Situationen mit sich bringt, meint Holly (1990). Im Mittelpunkt seines Modells steht der Begriff der „sprachlichen Handlung“. Holly (1990) fragt, was ein Parlamentarier wirklich tut, welche sprachlichen Muster er zur Verfügung hat um seine vielfältigen Aufgaben im Alltag im Hohen Haus zu bewältigen (vgl. Holly 1990). Anhand der Sprachkompetenz eines „durchschnittlichen“ Parlamentariers arbeitete er ein Sprachhandlungsmodell aus. Laut Holly (1990) sieht sich ein Bundesabgeordneter mit zwei Funktionen täglich konfrontiert, wobei der Bundesabgeordnete in beiden typische Sprachhandlungsmuster aufweist (vgl. Girnth 2002):

- **externe Funktionen:** Interessenartikulation und Eigenwerbung, die Öffentlichkeitsfunktion und die Parteiwerbung;
- **interne Funktionen:** Richtungsbestimmung und Orientierungssuche, Detailarbeit und Profilierung.

Holly (1990) stellt fest, dass die Politiker „gar nicht mehr anders können, als in jeder Äußerung ein Maximum an Neben-Werbung unterzubringen“ (Holly 1990, S. 202).

Welche Sprachhandlungsmuster werden dabei realisiert? Laut Holly (1990) ist das zentrale Sprachhandlungsmuster die INFORMATION, die als Kernaussage einer Rede zum Ausdruck kommt. Diese Information erfüllt noch weitere Aufgaben:

- die Arbeit in der Fraktion POSITIV zu BEWERTEN, um zu zeigen, dass in den eigenen Parteireihen noch debattiert und nicht nur akklamiert wird;
- die ganze Aussage dient der LEGITIMATION der Fraktionsarbeit. Der Abgeordnete INFORMIERT also, wobei er zusätzlich LEGITIMIERT, indem er POSITIV BEWERTET;
- die Information wird zusätzlich durch weitere Aussagen ergänzt, die als BELEGE bezeichnet werden können: er BERUFT SICH auf einen Kollegen und KNÜPFT oft an eine vorhergehende Gesprächssituation AN. Der Redner zeigt SOLIDARITÄT mit den Abgeordnetenkollegen; Dazu kann auch eine SELBSTAUFWERTUNG kommen, die die eigene Aussage WERBEND verstärkt oder EXEMPLIFIZIERT.

(vgl. Girnth 2002; Holly 1990)

Also ist die sprachliche Kompetenz der Bundesabgeordneten durch ein hohes Maß an impliziter Werbung und Legitimation geprägt (vgl. Holly 1990).

Das Modell Hollys, meint Girnth (2002), erweise sich bei der Analyse von Sprachverwendung in der Politik als nützliches Instrument und sei das „*pragmatischste*“ aller Modelle. Wobei seine Stärke zugleich auch seine Schwäche wäre: „*Eine isolierte Anwendung dieser Methode birgt die Gefahr, sprachliche Äußerungen lediglich interpretierend zu paraphrasieren, wobei der Erkenntniswert gering bleibt*“ (Girnth 2002, S. 25).

Girnth empfiehlt eine Ergänzung von Hollys Sprachhandlungsmodell durch andere Untersuchungsmethoden wie z. B. dem lexikalisch-argumentative Modell von Grünert (Kapitel 3.1.2.).

3.1.4 Das Persuasionsmodell nach Kopperschmidt

Kopperschmidt (1973) beschäftigt sich mit der Grammatik und den Regeln des vernünftigen Redens. Der Autor geht davon aus, dass in einer kommunikativen Auseinandersetzung die handelnden Subjekte nicht nur auf ihre „*handlungsleitenden Interessen*“ Wert legen, sondern auch bemüht sind, dem Gesprächspartner argumentativ einsichtig zu machen, warum gemeinsames soziales Handeln möglich ist. Gelingt diese Argumentation, und führt sie zu einer Übereinstimmung zwischen den Kommunikationspartnern, dann kann laut Kopperschmidt (1973) von Konsens gesprochen werden. Der Versuch, argumentativ diesen Konsens herzustellen, wird mit dem Begriff „*persuasive Kommunikation*“ gekennzeichnet.

Die persuasive Kommunikation ist nach Kopperschmidt (1973) eine persuasiv funktionierende Sequenz von Sprechakten, in denen sich die Kommunikationspartner mittels sprachlicher Argumente gegenseitig zu beeinflussen bzw. zu überzeugen versuchen. Ziel ist es, durch adäquaten Meinungswandel einen Konsens herzustellen.

Der Autor nennt drei charakteristische Merkmale der persuasiven (überzeugenden) Kommunikation: sie ist mittelbar, sprachlich und argumentativ bestimmt.

Ein Beispiel für eine mittelbare Zielrealisation gibt Girnth (2002): Wenn A B davon zu überzeugen versucht das Fenster zu schließen, dann handelt es sich um eine mittelbare Zielrealisation. Denn A realisiert sein Ziel nicht selber, sondern wählt den Weg über B. Diese mittelbare Zielrealisation erfolgt nicht immer sprachlich; Gewalt oder Sanktionen wären andere Möglichkeiten, die dafür in Betracht gezogen werden können.

Darüber hinaus, meint Girnth (2002), ist das persuasive Verfahren, das bemüht ist durch überzeugende Argumentation eine Aufklärung des Ziels zu leisten und Konsens herzustellen, von anderen sprachlich erfolgenden Zielrealisation wie Befehlen, Empfehlen oder Bitten abzugrenzen.

Kopperschmidt (1973) beschreibt die Regeln des persuasiven Sprechaktes und stellt folgende sieben Glückensbedingungen (Regeln) vor:

1. Der persuasive Sprechakt gelingt dann und nur dann, wenn A nicht nur subjektiv willens, sondern auch faktisch in der Lage ist, mit B als gleichberechtigtem

Kommunikationspartner zu interagieren. Diese Glückensbedingung verweist auf die Beziehungsebene zwischen den Kommunikationspartnern A und B. Es muss eine gleichberechtigte, symmetrische Kommunikationsbeziehung bestehen.

2. A ist an einer argumentativ erzielten Verständigung (Konsens) mit B ernsthaft interessiert. Diese zweite Glückensbedingung stützt sich auf die Aufrichtigkeit von A, tatsächlich einen Konsens mit B erzielen zu wollen. A soll von der Aussagekraft seiner Argumente überzeugt sein und glaubwürdig auftreten. Ein persuasiver Sprechakt wäre dann nicht geglückt, wenn z. B. dem Politiker unterstellt werden kann, er sei nicht an einem Konsens interessiert, sondern an einer Bloßstellung des Gegners.
3. A geht gegenüber B die Verpflichtung ein, die Entscheidung von B in jedem Fall zu respektieren und B nicht durch persuasionsfremde Mittel überzeugen zu wollen. Diese Glückensbedingung hebt den persuasiven Sprechakt von anderen sprachlichen (z. B. Befehl) und nicht-sprachlichen Mitteln mit mittelbarer Zielrealisation ab.
4. B ist in der Lage, sich mit den von A vorgebrachten Argumenten auseinanderzusetzen und sich gegebenenfalls durch sie überzeugen zu lassen. Es wird ein verantwortliches Handeln der Kommunikationspartner vorausgesetzt.
5. B ist bereit, sich gegebenenfalls von den Argumenten des Kommunikationspartners überzeugen zu lassen. Mögliche Hindernisse können ideologisch verfestigte Denk- und Handlungsmuster sein.
6. B verpflichtet sich, gemäß seiner Überzeugung zu handeln. Der persuasive Sprechakt wäre dann nicht geglückt, wenn B behauptet, die Argumente von A hätten ihn überzeugt, er beabsichtige aber nicht, sein zukünftiges Handeln danach auszurichten.

7. Die Proposition bezieht sich auf Sachverhalte, deren strittiger Charakter einen Dissens zwischen den Kommunikationspartnern zulässt. So können z. B. wissenschaftliche oder logische Gesetze nicht Gegenstand eines persuasiven Sprechaktes sein, da sie sich auf Sachverhalte beziehen, die nicht strittig sind.
(vgl. Kopperschmidt 1973, S. 84; Girnth 2002)

Damit die persuasive Kommunikation glückt, stellt Kopperschmidt (1973) zusätzlich folgende Aussage-Qualitäten zusammen, die nicht nur auf den Redebeitrag selbst Wert legen, sondern der Präsentation eine wichtige Rolle zuschreiben.

Die persuasive Aussage soll

- materiell erschöpfend;
- übersichtlich gegliedert;
- sprachlich gestaltet;
- frei vorgetragen;
- wirkungsvoll artikuliert werden.

(vgl. Kopperschmidt 1973)

Betrachtet man die sieben Glückensbedingungen der persuasiven Kommunikation, ergeben sich einige Fragen bezüglich der praktischen Umsetzung des Kopperschmidt-Modells.

Die erste Regel, die eine „gleichberechtigte“ Kommunikation zwischen den Kommunikationspartnern voraussetzt, ist in Parlament selten erfüllt. Die Redner gehören politischen Parteien an; diese wiederum bilden Mehrheiten im Hohen Haus beispielsweise von Stellevertretern der regierenden Parteien. In diesem Fall scheinen die Versuche der Opposition persuasive Kommunikation zu betreiben von vornherein zum Scheitern bestimmt. Somit könnte das Persuasionsmodell von Kopperschmidt also eher als idealistisch bezeichnet werden.

Darüber hinaus kann eine Konsensorientiertheit nicht vorbehaltlos auf alle Aspekte der Sprachverwendung in der Politik übertragen werden. Zudem werden die Entscheidungen im Hohen Haus in den Ausschüssen verhandelt und bei einer Plenardebattie dem Publikum bzw. den Wählern die Verhandlungsergebnisse nun mehr vorgetragen.

Jedoch, so meint Girnth (2002), erweise sich die Kenntnis der Regeln konsensorientierter Sprechakte als nützlich, um vor deren Hintergrund alle nicht auf argumentative Verständigung zielende Formen des Überredens zu erfassen.

3.1.5 Sprachliche Definition von Gruppen

Sich stets Gruppen zuzuordnen, Identitäten schaffen, Ähnlichkeiten und Unterschiede betonen passiert sowie im alltäglichen Leben, als auch in der politischen Praxis. In der letzteren ist es von entscheidender Bedeutung die „Wir-Gruppe“ geschickt zu gestalten: so werden die einzelnen Politiker und deren Parteien erkennbarer für die Wählerinnen und Wähler.

Die Untersuchung der Gruppen-Definierung in der Redebeiträgen der Regierungsangelobungsdebatte vom 16.-17. Jänner 2007 wird in dieser Dissertation auf den diskurshistorischen Studien des Nachkriegsantisemitismus angelehnt (vgl. Wodak, 1990) sowie auf die Argumentationsmuster, die antisemitische Inhalte transportieren. Diese wurden von Peter Nowak, Ruth Wodak und Rudolf de Cillia (1990) untersucht. Eine ähnliche Fragestellung wählten auch Reisigl und Wodak (2000), die erforschten wie Rassismus und Antisemitismus in einem Diskurs reflektiert werden. Es wurden dazu politische Reden, Artikel aus Tageszeitungen, TV-Programme und alltägliche Gespräche analysiert, um eine Antwort darauf zu bekommen, warum mehr als ein halbes Jahrhundert nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges immer noch Rassismus und Antisemitismus in Österreich präsent sind.

In dieser Arbeit werden folgende von Nowak/Wodak/De Cillia (1990) aufgelistete Strategien, die für die empirische Untersuchung relevant sind, näher betrachtet: die Strategien zur Definition von Gruppen, die Strategien der Rechtfertigung und die dazugehörenden sprachlichen Realisierungsformen.

- Strategien zur Definition von Gruppen

Die Definition der „Wir-Gruppe“ geschieht praktisch immer in Bezug auf eine „Fremd-Gruppe“ und vice versa. Es werden sprachliche Möglichkeiten ausgeschöpft, um die Ausgrenzung von Personen zu erreichen und um gegen Mitglieder einer so konstituierten „Fremd-Gruppe“ Vorurteile zu aktivieren. Dabei handelt es sich um Mechanismen, die in der politischen Sprache allgemein verwendet werden. Erst im Kontext einer konkreten Situation erhalten diese Mechanismen ihre Bedeutung. Als sprachliche Realisierungsmöglichkeiten werden die Verwendung grammatisch-kohäsiver Elemente (z.B. Personalpronomina, Anonymisierung, Generalisierung, Gleichsetzung), die Verwendung vager Bezeichnungen und die inhaltliche Definition von Gruppen genannt.

- Strategien der Rechtfertigung

Wenn ein Redner angegriffen wird, ist eine Rechtfertigung die Folge. Die erste Reaktion besteht darin, sich mit dem verbalen Angriff auseinanderzusetzen: sich schuldig zu bekennen oder die eigene Unschuld zu belegen. Weitere mögliche Schritte wären das umstrittene Ereignis zu verharmlosen, d.h. die Schuld zwar nicht zu leugnen, aber sie zu verniedlichen. Oder aber die andere Gruppe als schuldig abzustempeln und sie mit der Etikettierung eines „Sündenbocks“ zu versehen.

Schuld wird aber prinzipiell geleugnet indem man im Regelfall den Gegner Angriffe und Vorwürfe unterstellt, die er nicht geäußert hat und errichtet damit eine zweite Realität und ein Feind-Bild.

- Sprachliche Realisierungsformen

Während Argumentationsstrategien die logischen Verknüpfungen verschiedener Inhalte im Text darstellen, schreiben Nowak/Wodak/De Cillia (1990), helfen sprachliche Formen zu deren Realisierung. Eine grobe Systematisierung sieht so aus:

Textebene: Geschichten und Erzählungen;
Irreales Szenario;
Vergleich und Analogie;
Zitat und Diskursrepräsentation;
Gleichsetzung und Generalisierungen;
Brüche in der Textkohärenz;

Satzebene: Rhetorische Fragen;
Einleitungsformeln;
Anspielungen;

Wortebene: Vagheit;
Personalisierung;
Euphemismen;
Prädikation und Assertion;
Kontrast.

(vgl. Nowak/Wodak/De Cillia 1990)

Die von Nowak/Wodak/De Cillia (1990) ausformulierte Definition der „Wir-“ und „Fremd-Gruppe“, die Strategie der Rechtfertigung und deren sprachliche Realisierungsformen stellen wichtige Bedingungen des Wir-Diskurses in der Politik dar. Zweifelsohne ist es die Aufgabe von jedem Abgeordneten, seine Redebeiträge so zu gestalten, dass mit ihnen das Profil der eigenen Partei/Parlamentsgruppe geschärft wird, um eine Abgrenzung zu allen anderen Subjekten in der politischen Szene zu leisten. Die so erzeugte Erkennbarkeit verhilft den Rezipienten in Folge dazu sich die jeweiligen Inhalte der Parteien besser zu merken, was wiederum eine notwendige Voraussetzung dafür ist, weitere Wähler zu gewinnen bzw. Wähler zu halten. Das Bemühen, die „Wir-Gruppe“ zu definieren, wird von den Abgeordneten unabhängig von den vielfältigen Themen in ihren Redebeiträgen geleistet.

Der Wir-Diskurs wird in dieser Arbeit auch nah in einem anderen Zusammenhang betrachtet: Die „Kronen Zeitung“ ist tagtäglich bemüht, die Wir-Gefühle und Wir-Werte bei ihrer Leserschaft zu wecken und die „Wir-Gruppe“ („Kronen Zeitung“-Leser) zu stärken. Mit Reduktion der immer komplizierter werdenden Umwelt sowie mittels Konzentration auf wenige schon vertraute Themen wird den Rezipienten der „Kronen Zeitung“ das Gefühl einer erfolgreichen Orientierung im Alltag gegeben.

3.2 Hypothese: „Was macht eine Parlamentsrede aus?“

Im Rückblick auf die vorangegangenen theoretischen Überlegungen bezüglich mögliche Analysemodelle politischer Sprachverwendung bzw. Argumentation und in Vorschau auf die in den Kapiteln 6 und 7 nachfolgende empirische Untersuchung der Regierungsangelobungsdebatte vom 16. und 17. Jänner 2007 soll hier eine zentrale Hypothese formuliert werden.

In Anbetracht der angeführten Modelle politischer Sprachverwendung bzw. Argumentation lässt sich behaupten, dass in einer Parlamentsdebatte die Abgeordneten typischen kommunikativen Muster folgen. Für eine geglückte politische Rede sind also folgende Bedingungen notwendig: 1. ein Grundthema; 2. die sprachliche Kodierung dieses Themas; 3. die Motivation und die Begründung dieses Themas; 4. die Definition der eigenen „Wir-Gruppe“; 5. einige Beispiele aus der Vergangenheit und 6. die Darstellung der möglichen Folgen.

1. **Das Grundthema** einer Debatte: Dies ist die zentrale Kategorie, auf die sich die anderen Elemente der Rede beziehen (nach Grünert 1974). Darüber hinaus muss der Sachverhalt des Grundthemas einen strittigen Charakter haben (nach Kopperschmidt 1973). Bei der Darstellung des Grundthemas informiert der Abgeordnete und bewertet gleichzeitig die Eigenleistungen positiv bzw. macht Werbung für sich oder für die eigene Partei (nach Holly 1990).

Bei der hier vorgenommenen Untersuchung des Grundthemas werden die zehn Regeln, vor allem Regel 1 (die Freiheitsregel) und Regel 2 (die Verpflichtung zu verteidigen) der Argumentationsführung von Van Eemeren/Grootendorst (1996/2004) herangezogen.

2. **Sprachliche Kodierung:** Der Redner formuliert das Grundthema in Form von parteipolitischen Prinzipien, Doktrinen, Standpunkten (nach Grünert 1974). Darüber hinaus hat die Formulierung der Argumentation möglichst genau und präzise zu erfolgen laut der Sprachgebrauchsregel (Regel 10) von Van Eemeren/Grootendorst (1996/2004).

3. **Motivation und Begründung des Grundthemas:** Das Thema wird mit Hilfe von Zitaten von Autoritäten (nach Grünert 1974) oder durch Anknüpfungen an Aussagen von Kollegen als notwendig erwiesen, dadurch Solidarität mit der eigenen Partei zu zeigen und für diese zu werben (nach Holly 1990). Dies verdeutlichen auch die Regeln 3-8 von den zehn Regeln für argumentative Diskurse nach Van Eemeren/Grootendorst (1996/2004).
4. **Definition der „Wir-Gruppe“:** Dies kann nur in Bezug auf eine „Fremd-Gruppe“ geschehen (nach Nowak/Wodak/De Cillia 1990). Es wird die eigene Partei positiv bewertet, es wird Werbung betrieben und Solidarität mit den Kollegen gezeigt (nach Holly 1990).
5. **Beispiele aus der Vergangenheit:** Politische, staatliche und gesellschaftliche Verhältnisse der Vergangenheit unterstützen das Grundthema (nach Grünert 1974). Dies kann auch unter Berücksichtigung der 10 Argumentationsregeln - vor allem der Regeln 3-8 - von Van Eemeren/Grootendorst (1996/2004) erfolgen.
6. **Darstellung der möglichen Folgen:** Die eigene Idee bzw. das Thema der Rede wird unterstützt und die Idee des politischen Gegners wird widerlegt (nach Grünert 1974). Wenn die Rechtfertigung eines Standpunktes nach den 10 Regeln von Van Eemeren/Grootendorst (1996/2004) korrekt erfolgt ist, muss die Person, die einen Standpunkt in Zweifel gezogen hat, ihn nun akzeptieren – so lautet Regel 9, die Schlussregel.

Nach der Auflistung der fünf Modelle zur Untersuchung politischer Sprachverwendung und die Formulierung der Hypothese „Was macht eine Parlamentsrede aus?“ wird im nächsten Kapitel näher die Repräsentation von politischen Reden in den Tageszeitungen betrachtet.

4. Die Repräsentation von politischen Debatten in den Printmedien

Die Medienberichterstattung erfolgt in Form unterschiedlicher journalistischer Textgattungen. Diese lassen sich in informationsbetonte und in meinungsbetonte unterteilen: zu den informationsbetonten Gattungen zählen die Nachricht, die Meldung, der Bericht, die Reportage und das Interview; als meinungsbetonte Gattungen gelten der Kommentar, die Glosse und die Kritik. Alle diese Textsorten werden im folgenden Abschnitt erläutert, da sie allesamt in den Tageszeitungen „Die Presse“ und „Kronen Zeitung“ am 17. Jänner 2007 für die Berichterstattung anlässlich der Regierungsbildung des Kabinetts Alfred Gusenbauer vorkamen.

Darüber hinaus werden in diesem 4. Kapitel unterschiedliche Möglichkeiten, die journalistische Qualität selbst oder fremd zu steuern, aufgelistet und es wird auf die Repräsentation von Politik in den Medien näher eingegangen.

Es wird auch auf das Bundesgesetz vom 12. Juni 1981 über die Presse und andere Publizistische Medien (Mediengesetz – MedienG vom BGBl. Nr. 314/1981) eingegangen sowie auf den „Ehrenkodex für die österreichischen Presse“ vom Jahr 1999. Wie weit die Freiheit der journalistischen Meinungsäußerung gehen kann, wird ein Exkurs anhand eines Beispiels der gegenwärtigen Rechtsprechung erläutern. Der dort geschilderte Fall beantwortet die Frage, ob ein Politiker „Trottet“ genannt werden kann. Im Anschluss wird auf die Repräsentation von Politik in den Medien näher eingegangen und zum Schluss werden die Fragestellungen dieser Dissertation zusammengefasst.

Vor der genauen Betrachtung der gegenwärtigen Situation im Journalismus und den Textgattungen werden zwei historische Themen in Betracht bezogen: Seit wann beschäftigt sich der Mensch kritisch mit der Politik? Wann sind die Medien entstanden? Wie hat das Berufsbild des Journalisten vor mehreren Jahrhunderten ausgesehen?

Seit wann sich Menschen kritisch mit der Politik auseinandersetzen

Patzelt (2003) recherchierte, seit wann sich die Menschen bewusst mit Politik auseinandersetzten und in welcher Form die Ergebnisse dieser denkerischen Auseinandersetzungen gestaltet waren. Die Anfänge lassen sich in China bis in die Zeit des Konfuzius (551–479 v. Chr.) und in unserem Kulturkreis bis in die Antike zurückverfolgen, wo sie in den Werken von Platon (427-347 v. Chr.) und Aristoteles (384-322 v. Chr.) einen ersten Höhepunkt erreichten.

Während der Antike wurde die Frage, wie eine gute politische Ordnung auszusehen habe und wie man in ihr handeln müsse, immer wieder erörtert. Durch den Einfluss des Christentums gewann das Thema an Gewicht. Das irdische Leben wurde als Etappe auf dem Weg zum ewigen Leben betrachtet. Neben der Abgrenzung der Zuständigkeitsbereiche weltlicher und geistlicher Gewalt gewann zu dieser Zeit die Erziehung von Fürsten als zentrale Machträger an Bedeutung. Es wurden „Fürstenspiegel“ bzw. Traktate verfasst. Diese behandelten die Frage, wie ein Herrscher sein und handeln müsse, um sich und seinen Untertanen den Weg zur Seligkeit zu öffnen.

Im Hochmittelalter wurden die Schriften des Aristoteles dank Thomas von Aquin (1224-1275) wieder bekannt. Thomas von Aquin versuchte, die aristotelische Philosophie mit dem Christentum zu verbinden und so entstand die für Jahrhunderte die europäischen Universitäten prägende Scholastik. An den „Artistenfakultäten“ wurde Politik als Ethik, als Kunde von den notwendigen Tugenden der politischen Amtsinhaber und der Bürger bis weit ins 18. Jahrhundert hinein gelehrt. (vgl. Patzelt 2003, S. 55)

Bis zur europäischen Aufklärung, meint Patzelt, galten die Gegenstände und Praktiken der Staatskunst als Dinge, die von den Untertanen geheim zu halten gewesen wären. Dies lässt sich folgendermaßen begründen: es fehlte sowohl am Zugang zum Untersuchungsmaterial als auch am Recht, sich mit der Politik frei zu befassen, weshalb ein empirisches Wissen von der Politik nicht entstehen konnte. Erst mit der Aufklärung und der Entwicklung einer bürgerlichen Öffentlichkeit wurden politische Sachverhalte zum Gegenstand einer dokumentierenden Publizität. (vgl. Patzelt 2003, S. 57) Dank der geistigen Emanzipation der Gesellschaft konnte Politik dokumentiert und kommentiert werden. Eine Aufgabe, die heute nicht nur auf Politikwissenschaftler zukommt, sondern

auch auf Journalisten. Als unmittelbare Beobachter der Geschehnisse der Gegenwart haben Stellvertreter der Massenmedien die Aufgabe, die Gesellschaft auch über aktuelle politische Ereignisse zu informieren.

Die Medien

„Journalist ist, wer hauptberuflich an der Verbreitung von Informationen, Meinungen und Unterhaltung durch Massenmedien beteiligt ist“, schreibt Noelle-Neuman (1989, S. 50).

Ein ähnliches Berufsbild wurde erst in Venedig 16. Jahrhundert nachgewiesen. Es handelte sich um Menschen, die vor allem von den Handelsleuten Informationen sammelten, niederschrieben und regelmäßig verkauften.

In den frühen Zeiten der Zeitung (17. und 18. Jahrhundert), schreibt Burger (1990), wurden „*die stilistischen Muster von existierenden literarischen Gattungen übernommen, z. B. von Erzählungen und Briefen*“. Die Tätigkeit des Redakteurs und des Korrespondenten war wenig bis nicht professionalisiert. Die Beiträge aus dem Ausland lieferten Leute, die „*nebenamtlich für die Zeitung arbeiteten, hauptberuflich aber Lehrer, Kaufleute waren. Der Journalismus wird zum Hauptberuf an der Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert. Die Professionalisierung des Berufs bringt nach und nach eine neue Einschätzung der Rolle und Bedeutsamkeit der journalistischen Persönlichkeit mit sich*“. Im 19. Jahrhundert wurde die Anonymität des Journalisten Thema. Es entstanden neue Medien, die der „*Kommerzialisierung der Nachrichtenlieferung*“ dienten – die Nachrichtenagenturen: im Jahr 1835 Agence Havas in Paris, dann 1848 Associated Press in New York und 1851 Reuters in London.

Die Zeitung wurde gegen Ende des 19 Jahrhunderts zum Massenkommunikationsmittel und wies Merkmale auf, die wir heute auch kennen: für jedermann verfügbar, billig, täglich erhältlich. (vgl. Burger 1990)

Persönlichkeit und Name der Journalisten sind längst kein Thema mehr. Aufgrund der Zunahme an Informationen agieren diese als klassische Schleusenwärter und wählen die Nachrichten aus.

Ruß-Mohl (2003) zählt folgende typische Funktionen von Journalisten auf: Information, Artikulation, Agenda Setting (lenken die Aufmerksamkeit auf einige wenige Themen,

fokussieren), Kritik und Kontrolle, Unterhaltung, Bildung, Sozialisation (prägen Ansichten, Verhaltensweisen), Integration (bauen Brücken zwischen Lebenswelten).

Typisch für den österreichischen Zeitungsmarkt nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges sind Zeitungsgründungen durch die Parteien: ÖVP, SPÖ, KPÖ hatten ihre Zeitungen. Diese sind heute verschwunden.

Ein Auflagenrekord wurde in den Jahren 1946/47 erzielt: 2,5 Millionen Exemplare wurden in Österreich im Tagesdurchschnitt produziert, ein großer Teil davon in der Zeitungsbundeshauptstadt Wien. Danach folgte ein rapider Rückgang und am Ende des Jahres 1957 hatte sich die Auflage halbiert – 1,27 Millionen Exemplare pro Tag.

In den Jahren 2006/07 hatte die Gesamtdruckauflage den Nachkriegsrekord mit 3,1 Millionen Exemplaren überholt. Den größten Anteil an produzierten Tageszeitungen stellte wieder die Pressehauptstadt Wien.

Als Phänomen unter allen Tageszeitungen gilt die „Kronen Zeitung“. Diese ist seit Jahrzehnten das beliebteste und auflagenstärkste Printmedium des Landes und misst die eigene Qualität durch ihren Erfolg. Hofer (2005, S. 73) meint sogar, dass die „Kronen Zeitung“ als eigene „*Pseudo-Partei*“ bezeichnet wird.

4.1 Wie die Nachrichten ausgewählt werden: Nachrichtenwerte

Eine Selbstregulierung der Medien ist auch für die Rezipienten wichtig, da den Massenmedien eine zunehmend wichtige Bedeutung in der Vermittlung und der Weitergabe von Information zukommt: die reale Welt kann kaum noch vollständig direkt erfasst werden. Deshalb muss diese mittels eines einfachen Modells rekonstruiert werden: „*Die Macht der Massenmedien liegt daher darin, dass diese eine Strukturierung der Realität leisten, die Welt für uns definieren.*“ (Schenk 1987, S. 194)

Täglich erscheinende Printmedien verfügen aber nur über eine begrenzte Anzahl von Seiten und können daher nur einen Bruchteil aller Tagesthemen den Lesern anbieten. So genannte Gatekeeper (Journalisten als Schleusenwächter von Nachrichten), Nachrichtenwerte (News Values), die Blattlinie oder auch die Zielgruppen des jeweiligen Mediums können im Auswahlprozess als wichtige Thematisierungsinstanzen

gelten. Dieses von Haas (2005) beschriebene Modell gilt auch für Ereignisse wie der hier untersuchten Regierungsangelobungsdebatte – nur ein kleiner Bruchteil der Ereignisse im Parlament konnte in den Tageszeitungen wiedergespiegelt bzw. dargestellt werden.

Horst Avenarius (2000) schreibt den Journalisten und der Presse in diesem Auswahlprozess zwei meinungsmächtige Möglichkeiten zu:

„Diese bestimmen erstens, welches Ereignis mitteilenswert ist und welches nicht (Gatekeeper); und sie bestimmen zweitens, welche Themen vordringlich in der Öffentlichkeit zur Sprache kommen (Agenda Setting) (...)“

„Beide Tatbestände weisen auf, dass Presse auswählt und dass sie folglich unter keinen Umständen die volle Wirklichkeit abbilden kann. Die eine Frage, die daraus folgt (...) lautet daher verkürzt, ob Presse ausgewogen oder einseitig ist; und die andere, ob das Weltbild, das sie vermittelt, den Vorstellungen des Publikums von dieser Welt entspricht.“

(Avenarius 2000, S. 92)

Avenarius beschreibt den Journalisten als „*Mitschöpfer einer Realität, an die sich die Wirklichkeit und ihrer journalistischen Aufbereitung richtet oder mit dieser verwechselt werden kann*“ (Avenarius 2000, S. 92).

Wie wird diese mediale Realität konstruiert? Die Nachrichtenproduktion besteht aus zwei Hauptelementen:

1. Auswahl von Nachrichten: Was wird gedruckt, welche Texte und Bilder?
2. Auswahl bestimmter Formen der Übermittlung von Information; Auswahl zwischen Textsorten, die entweder informationsbetont oder meinungsbetont sein können.

Nicht alle journalistischen Formen eignen sich gleich gut für die Verwendung in Tageszeitungen. Meldungen, Nachrichten und Berichte werden aufgrund ihres sachlichen Charakters verhältnismäßig oft abgedruckt.

Für die Auswahl von Nachrichten definiert Schulz (1976) sechs entscheidende Dimensionen bzw. Nachrichtenwerte:

1. Zeit: Punktuelle Ereignisse haben einen hohen Nachrichtenwert im Vergleich zu Langzeitereignissen.
2. Nähe: Je näher – räumlich, politisch oder kulturell – ein Ereignis ist, desto höher der Nachrichtenwert; anders gesagt, je höher der Grad der Betroffenheit und je höher die existentielle Bedeutung des Ereignisses, desto höher sein Nachrichtenwert.
3. Status: Wie bedeutsam ist die gesellschaftliche Position der beteiligten Personen, wie bekannt sind sie?
4. Dynamik: Moment der Überraschung: Je weniger man ein Ereignis erwartet, desto höher ist der Nachrichtenwert, wenn es tatsächlich eintritt.
5. Valenz: Je konfliktgeladener, je krimineller und rechtswidriger, je höher die Personen- und Sachschäden, desto interessanter für die Leser.
6. Identifikation: Wie groß ist der persönliche Bezug der Leser zum Ereignis; inwieweit betrifft das Ereignis die Bevölkerung eines Landes.

(vgl. Schulz, 1976)

Noch detaillierter beschreibt Noelle-Neumann (1989) die wichtigsten Faktoren zur Konstruierung von Nachrichten und listet 12 ausschlaggebende Dimensionen auf:

- F.1: Frequenz: Je mehr der zeitliche Ablauf eines Ereignisses der Erscheinungsperiodik eines Mediums entspricht, desto wahrscheinlicher wird das Ereignis zur Nachricht.
- F.2: Schwellenfaktor (absolute Intensität, Intensitätszunahme): Es gibt einen bestimmten Schwellenwert an Auffälligkeit, den ein Ereignis überschreiten muss, damit es registriert wird.
- F.3: Eindeutigkeit: Je eindeutiger und überschaubarer ein Ereignis ist, desto eher wird es zur Nachricht.
- F.4: Bedeutsamkeit (kulturelle Nähe/Betroffenheit, Relevanz): Je größer die Tragweite eines Ereignisses, desto eher wird es zur Nachricht.

F.5: Konsonanz (Erwartung, Wünschbarkeit): Je mehr ein Ereignis mit vorhandenen Vorstellungen und Erwartungen übereinstimmt, desto eher wird es zur Nachricht.

F.6: Überraschung (Unvorhersehbarkeit, Seltenheit): Überraschendes (Seltenes, Unvorhersehbares) hat die größte Chance, zur Nachricht zu werden, allerdings nur dann, wenn es im Rahmen der Erwartungen überraschend ist.

F.7: Kontinuität: Ein Ereignis, das bereits als Nachricht definiert ist, hat eine hohe Chance, in den Medien auch weiterhin beachtet zu werden.

F.8: Variation: Der Schwellenwert für die Beachtung eines Ereignisses ist niedriger, wenn es zur Ausbalancierung und Variation des gesamten Nachrichtenbildes beiträgt.

F.9: Bezug auf Elite-Nationen: Ereignisse, die Elite-Nationen betreffen (wirtschaftlich oder militärisch mächtige Nationen), haben einen überproportionalen hohen Stellenwert.

F.10: Bezug auf Elite-Personen: Entsprechendes gilt für Elite-Personen, d. h. für prominente und/oder mächtige, einflussreiche Personen.

F.11: Personalisierung: Je stärker ein Ereignis personalisiert ist, sich im Handeln oder Schicksal von Personen darstellt, desto eher wird es zur Nachricht.

F.12: Negativismus: Je „negativer“, je mehr ein Ereignis also auf Konflikt, Kontroverse, Aggression, Zerstörung oder Tod bezogen ist, desto stärker wird es von den Medien beachtet.

Die Publikationschancen einer Nachricht erhöhen sich, wenn mehrere Nachrichtenfaktoren auf ein Ereignis zutreffen. Die zentrale Aussage einer Nachricht wird im ersten Absatz eines Textes auf den Punkt gebracht; der erste Absatz sollte aus maximal 50 Wörtern oder maximal sechs Zeilen bestehen.

Burger (1991) formulierte für eine gute journalistische Sprache folgende Grundregeln:

- Fremdwörter und Fachausdrücke vermeiden;
- Schachtelsätze ablehnen;
- Substantive in Verben verwandeln;
- Passiv wird Aktiv;
- keine Wortwiederholungen;

- Trennung von zusammengesetzten Substantiven.

Burger (1991) empfiehlt weiters, kürzer anstatt lang und sperrig zu formulieren; einfache Hauptsätze mit nicht mehr als 12 Wörtern zu verwenden; einen Gedanken pro Satz formulieren, damit der Rezipient den Satz in einem Atemzug lesen kann.

Bei der Vermittlung von Nachrichten ist für den Journalisten die so genannte KISS-Formel sehr nützlich. Der Leitsatz lautet: *Keep it short and simple!* Diese Formel leistet zur Bewältigung der täglichen redaktionellen Aufgaben, die oft unter einem enormen Zeitdruck erledigt werden, eine wichtige Hilfestellung für jeden Journalisten.

Die oben angeführten Nachrichtenfaktoren, die den Auswahlprozess einer Nachricht beeinflussen, beweisen, wie komplex die Nachrichtenproduktion ist. In einem von mehreren Faktoren gesteuerten Prozess wird also in einem ersten Schritt in einer Redaktion bestimmt, ob eine Information überhaupt Platz in der Tageszeitung hat. In einem zweiten Schritt wird die für die Nachricht passende Textgattung ausgewählt.

4.2 Journalistische Textgattungen

Im Rahmen dieser Arbeit werden nun einige informationsbetonte und meinungsorientierte Textsorten näher betrachtet, die in den untersuchten Tageszeitungen „Die Presse“ und „Kronen Zeitung“ am 17. Jänner 2007 im Zuge der Berichterstattung der Regierungsbildung des Kabinetts Gusenbauer vorgekommen sind.

Informationsbetonte Texte

Lüger (1995) sieht die informationsbetonten Texte trotz der steigenden Diversifizierung des Beitragsangebotes als Kernbereich der Tagespresse: „*Referierende Berichterstattungen ohne Bewertungen und Kritik, ohne meinungsbildendes*

Räsonnement machen den Hauptinhalt journalistischer Tätigkeit aus.“ (Lüger 1995, S. 89)

Aber warum ist das so? Lüger (1995) erklärt diese Tatsache als Folge der staatlichen Zensur, die bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts offene Meinungsäußerungen in der Presse untersagte und dem Journalisten die Rolle des Registrators von Ereignissen zugewiesen hatte.

Als informationsbetonte Texte werden die Nachricht, die Meldung, der Bericht, die Reportage und das Interview bezeichnet.

Laut Straßner (2000) ist die zentrale journalistische bzw. redaktionelle Nachrichtenform in einer Zeitung der Artikel, der sich auf ein bestimmtes Ereignis oder Thema bezieht, und als Bericht, Nachricht, Reportage, Interview, Kommentar, Glosse oder als Mischform eine funktionale Einheit bildet. Jeder Artikel hat als obligatorisches Gestaltungselement eine Überschrift, in der der Inhalt angekündigt wird.

Darüber hinaus betont Straßner (2000), dass Überschrift (Head) und Vorspann (Lead) die Aufgabe haben, den Menschen zum Lesen zu animieren und ihn dazu bringen sollen, sich auch noch für den Inhalt des Artikels zu interessieren.

„Sie sollen dem suchenden Leser den Einstieg eröffnen in eine ihm zusagende Thematik. Weiter sollen sie den Inhalt des Beitrages fixieren und zusammenfassen, sein Thema formulieren.“

(Straßner 2000, S. 26)

Die Überschrift und der Vorspann des Textes sollen „*den Blickpunkt, unter dem der Artikel entstanden ist und unter dem er formuliert wurde, andeuten*“ (Straßner 2000, S. 30). Dazu müssen beide ein hohes Maß an Information enthalten, „*denn diese entscheidet darüber, ob der Leser (...) sich zur Lektüre des Berichtes entschließt*“ (Straßner 2000, S. 30).

Laut Lüger (1995) trägt zur Aufmerksamkeitssteigerung auch die Syntax der Schlagzeilen bei:

„Der absolute Zwang zur Kürze (viele Themen, große Lettern) führt zu einem äußerst komprimierten Satzbau: Nominalsyntagmen (Gold!), einfache, meist

verblose Kurzsätze (Beifall für Papst-Stück), also schnell überschaubare Satzformen, überwiegen; Satzgefüge und kompliziertere Strukturen werden gemieden. Bezeichnend sind insbesondere auch die zweigliedrigen Hervorhebungsformeln (Gesucht: 14-jähriger als Frauenmörder!)“
(Lüger 1995, S. 85)

Die Nachricht

Straßner (2000) vertritt die Auffassung, dass die Meldung oftmals mit der Nachricht gleichgesetzt wird:

„Manche Theoretiker machen die Nachricht aber auch zu einer etwas ausführlicheren Meldung, indem sie meinen, diese enthalte ein Mehr an Vorgeschichte, Folgerung und an Einzelheiten.“

(Straßner 2000, S. 75)

Unter Nachrichten sind verständliche sachliche Informationen über Tatsachen zu verstehen, die das wichtigste in einem Satz, meistens dem ersten Satz eines Artikels, zusammenfassen. Danach folgen Zusatzinformationen mit abnehmender Wichtigkeit. Die Informationsordnung folgt dem Lead-Stil und sollte die sieben journalistischen „W-s“ beantworten: Wer, Was, Wo, Wann, Wie, Warum, Welche Quelle. Diese Fragen leisten Hilfsdienste bei der Schaffung sinnvoller journalistischer Information. Der Umfang einer Nachricht beträgt selten mehr als 30 Zeilen.

Im 17. Jh. hieß das Wort Nachricht „Mitteilung zum danach richten und die Danachachtung“ (Grimm 1889/1991, S. 103). Diese ursprüngliche Bedeutung von Nachricht macht noch heute die wesentliche Attraktivität einer Meldung aus. Die Nachricht hat fast immer einen Bezug zur unmittelbaren Gegenwart: sie ist aktuell und wird formal aufgebaut. Diese Struktur und innere Logik einer Nachricht kommt den Journalisten in der Hektik des Alltages sehr gelegen: der Titel und die ersten drei Sätze sollen demnach den Kern der Information enthalten.

Häusermann (2005) schreibt, dass eine Nachrichtenmeldung „kurz und linear“ sei und im Ablauf streng von einer Hauptaussage ausgehe. Er nennt folgende Grundstruktur:

1. Hauptaussage: Was ist geschehen?
2. Unterstützende Information: Wie ist es geschehen?
3. Ergänzende Informationen: Was sind die Gründe/die Folgen?
4. Weitere Zusammenhänge: Gibt es Nebenthemen/Hintergründe?

Dazu folgendes Beispiel:

1. *Der Flughafen Frankfurt ist beim missglückten Landeversuch eines indischen Jumbo-Jets nur knapp einer Katastrophe entgangen.*
2. *Bei dichtem Nebel kam die Maschine der Air India beim Anflug am Mittwochabend zu tief. Die Boeing 747 stieß mit den Rädern gegen Positionslampen sowie gegen eine Antenne des Instrumentlandesystems, konnte aber nochmals durchstarten und sicher notlanden. Keiner der 318 Passagiere und Besatzungsmitglieder wurde verletzt. Das Landesystem wurde hingegen stark beschädigt.*
3. *Die Ursache war zunächst unklar.*
4. *Die eine der beiden Landebahnen musste wegen des dichten Nebels und der fehlenden Beleuchtung bis Donnerstagmittag gesperrt bleiben. Mehr als 180 Flüge fielen aus, es kam zu erheblichen Verspätungen im innerdeutschen und europäischen Flugverkehr.“*

(DPA, „Die Welt“, 22.01.1999)

Für Noelle-Neumann (1989) stellt „die Wahl einer bestimmten Darstellungsform für die Behandlung eines Themas meistens auch eine Entscheidung über die Dringlichkeit des Erscheinens und über die Platzierung in der Zeitung dar“. Ihrer Meinung nach gilt:

„Je besser der Autor, desto eher kann er sich erlauben, schon durch bewusste Verletzung der formalen Regeln Aufmerksamkeit zu erwecken. Es gibt nur eine journalistische Form, die so feste Regeln besitzt, dass sie sich Regelbrüche im Allgemeinen versagt: die Nachricht. Gerade sie fängt nie chronologisch an.“

(Noelle-Neumann 1989, S. 69)

Um die Aufmerksamkeit des Lesers zu gewinnen und diese auch zu halten, muss der Text eine attraktive Erzählung anbieten. Gerade dafür leistet das klassische Nachrichtenmodell oft keine Hilfestellung. Wenn man es strikt befolgt, ordnet man die Fakten nach abnehmender Wichtigkeit, erzählt also vom Ende zum Anfang, statt umgekehrt. Meistens wird daher das wichtigste Ereignis zu Beginn genannt und danach freier erzählt.

Anbei ein Beispiel für dieses umgekehrte Erzählen:

„Eine Kinder-Jeansjacke hat in Großbritannien zwei Wochen im Magen einer Würgeschlange ohne Flecken oder Löcher überstanden. Nach einmaligem Waschen könne sie nun wieder getragen werden, berichtete die Zeitung „The Mirror“ am Freitag. Der drei Meter lange Python Boris musste operiert werden, nachdem der Reißverschluss der Jacke auf einem Röntgenfoto entdeckt worden war.

„Boris muss die Jacke für Nahrung gehalten haben“, sagte der Besitzer John Bradford (33) aus Portsmouth dem Blatt. Die Kapuzenjacke gehörte seinem vierjährigen Sohn Jake, dem sie aber zu klein geworden war. „Ich habe zwei Schlangen, Boris und Honey, und man muss sie immer getrennt füttern, sonst gehen sie aufeinander los“, erläuterte Bradford. „Die Jacke habe ich deshalb dafür benutzt: immer eine der beiden zuzudecken.“

(DPA, 22.09.2000)

Noelle-Neumann (1989) unterscheidet „harte oder gewichtige Nachrichten (hard news) und weiche oder leichte Nachrichten (soft news)“. Harte Nachrichten werden knapp und prägnant formuliert. Sie informieren unpersönlich und sachlich über die im Zusammenhang mit dem Ereignis stehenden „W-s“. Noelle-Neumann führt den harten Nachrichtenstil in seiner Entstehung auf den Amerikanischen Bürgerkrieg (1861-1865) zurück. Wegen der großen Störanfälligkeit der Telegraphenverbindungen erreichte oft nur der Anfang eines Gefechtsberichts die Redaktionen. Deshalb begannen die Reporter

die Texte in zwei Abschnitten zu übermitteln: zuerst den so genannten *Lead*, den Leitsatz oder Nachrichtenkopf, und dann den *Body*, den Nachrichtenkörper. Das Wichtigste (Kurzinformationen über das Was, Wer, Wo, Wann) fassten sie im Nachrichtenkopf zusammen und im Nachrichtenkörper wurden dann die detaillierten Zusatzinformationen gebracht. (vgl. Noelle-Neumann 1989, S. 72)

Für Lüger (1995) verkörpert die harte Nachricht „*die „Urzelle“ der Zeitung, als eine Darstellungsform, die am klarsten die Informationsaufgabe des Mediums verkörpert*“ (Lüger 1995, S. 94). Er spricht in diesem Zusammenhang vom „*Prinzip der auf dem Kopf gestellten Pyramide*“: das Wesentliche kommt dabei zuerst – das ist die wichtigste Information; das Neue steht im Titel und in dem durch Fettdruck hervorgehobenen Vorspann (*Lead*), danach folgen im Haupttext (*Body*) Zusatzinformationen und Einzelheiten nach dem Prinzip abnehmender Wichtigkeit. (vgl. Lüger 1995, S. 85)

Darüber hinaus geht der Textproduzent laut Lüger (1995) davon aus, dass der Leser über unterschiedliche Vorkenntnisse verfügt, die bei der Abfassung des Textes aktiviert werden könnten. Dazu gehören u. a.:

- *sprachliches Wissen* – Kenntnis des Wortschatzes und der Syntax-Regeln, aber auch der betreffenden Textsorte einschließlich der damit verknüpften Erwartungen;

- *encyklopädisches Wissen* – Vorkenntnisse bezüglich bestimmter Termini und Sachverhalte, sog. Schema-Kenntnisse (daher brauchen Begriffe wie „Verfassung“, „Mehrparteiensystem“, „Parlament“ nicht weiter erläutert zu werden);

- *episodisches Wissen* – Kenntnis des Aktualitätszusammenhangs und Vorinformationen über die dargestellten Ereignisse.

(Lüger 1995, S. 99)

Im Gegensatz dazu ist die weiche Nachricht laut Lüger (1995) gekennzeichnet durch eine variationsreiche Textgestaltung und eine leserwerbende Informationspräsentation. Als Gegenstände von weichen Nachrichten gelten

„*nicht so sehr Sachverhalte aus den Sparten Politik oder Wirtschaft, sondern Skandale, Verbrechen, Naturkatastrophen, Unglücksfälle; oder man berichtet über Einzelheiten aus dem Leben bekannter Persönlichkeiten (...) also Themen*

aus dem sog. human-interest-Bereich. (...) Die Bedeutung der Themen ergibt sich vor allem aus der Möglichkeit sensationeller Aufmachung, aus dem Unterhaltungswert für das Leserpublikum.“

(Lüger 1995, S. 103)

Lüger meint weiters, dass bei der Einleitung der weichen Nachrichten „häufig originelle Begebenheiten, markante Zitate oder humorvolle Gags“ vorangestellt werden. Es werde so vermieden, bereits in der Texteinleitung interessante Details zu nennen, und die Spannung für den Leser bleibe damit erhalten. Der Textschluss, meint Lüger, kann ähnliche Merkmale aufweisen und eine resümierende Formel oder eine abschließende Pointe enthalten.

„Durch den Aufbau von Kontrasten, die Verwendung von Phraseologismen und deren Abwandlung, eine überzeichnete Darstellungsweise (z. B. Eingewechselt, Schuss, Tor!) und zahlreiche andere Mittel weicht der Textproduzent vom konventionell Erweiterbaren ab und lenkt den Blick des Lesers auf die sprachliche Ebene selbst.“

(Lüger 1995, S. 104)

Die Meldung

Noelle-Neumann (1989) nennt längere Nachrichten „Berichte“ und Kurznachrichten „Meldungen“. Die Meldung ist als Sachinformation zu betrachten, die einzig und allein der schnellen Informationsübermittlung der wichtigsten Aussagen zu einem Thema dient. Die zentralen Inhalte werden nur kurz angesprochen, um die Leser in Sekundenschnelle umfassend zu informieren. Der Umfang beschränkt sich dabei auf maximal 60 Worte. Oft kündigen Meldungen ein konkretes Ereignis an, seltener rekapitulieren sie Ereignisse. Diese Textgattung unterscheidet sich durch geringe Komplexität und durch Verzicht auf eine Darstellung der Zusammenhänge.

Lüger (1995) definiert die Meldung als „*die wohl elementarste Textsorte, die aus einer einfachen Sachverhaltsdarstellung*“ (Lüger 1995, S. 89) besteht. Ein Beispiel dafür:

„Mafia weiter aktiv: In den ersten sechs Monaten dieses Jahres sind in Südalien 428 Menschen von der Mafia ermordet worden. Diese Bilanz veröffentlichte die italienische Regierung.“ (Lüger 1995, S. 89)

Die Einfachsätze einer Meldung können laut Lüger (1995) auch mehrere Aussagen enthalten:

„Oft sind es Nominalisierungen, mit denen syntaktische Einbettungen vorgenommen werden. So ließe sich in dem genannten Beispiel die präpositionale Angabe beim Zusammenstoß zweier Straßenbahnen auch als selbständige Aussage formulieren: zwei Straßenbahnen sind zusammengestoßen.“

(Lüger 1995, S. 90)

Lüger (1995) formuliert auch einen Spezifikationszusammenhang von Kerninformation und Zusatzangaben: als erstes steht die Kerninformation, danach erfolgen die Spezifizierungen in genannter Reihenfolge: lokaler Geltungsbereich, zeitlicher Geltungsbereich, Ursachen, Auswirkungen, weitere Personenangaben. Diese Informationsstruktur liegt laut Lüger (1995) auch Ein-Satz-Texten zugrunde.

Der Bericht

Der Bericht ähnelt in seiner Kurzform der Nachricht, ist aber in seiner Langform deutlich umfangreicher und zeigt stärker Hintergründe und Zusammenhänge auf. Die wichtigsten Informationen stehen am Anfang.

„Das wichtigste ist der übersichtliche und klar gegliederte Textaufbau. Im Standardbericht wird dabei nach dem Prinzip der auf den Kopf gestellten Pyramide oder des Kegels vorgegangen, bei dem im ersten Satz bereits die wichtigsten Antworten auf die journalistischen W-Fragen (Wer, Was, Wann, Wo, Wie) gegeben werden. Entstanden ist dieses Prinzip in den angelsächsischen

Ländern im 19. Jahrhundert, um bei telegraphischer Übermittlung keinen Textverlust zu erleiden.“

(Straßner 2000, S. 31)

Die Meinung des Autors ist im Bericht nicht so sehr gefragt, einzelne atmosphärische Eindrücke können und dürfen aber vorkommen. Eigene journalistische Erfahrungen der Autorin zeigen, dass der Umfang eines Berichts sowohl 30 als auch über 100 Zeilen betragen kann, sofern er facettenreich verschiedene Details beschreibt. Der Bericht nimmt auch einzelne Originalstimmen bzw. Zitate zum Thema auf und liefert damit ein farbigeres Bild von den Geschehnissen. Diese Textsorte bietet den Rezipienten eine hohe Transparenz der Bezüge, Quellen und Akteure sowie eine chronologische Darstellung des Hauptgeschehens, darüber hinaus Zitate und Hintergrundinformationen an.

„Es ist also immer möglich, einen Bericht so zu komprimieren, dass nur die zentralen Informationseinheiten übrig bleiben. Im Allgemeinen sind das die Antworten auf die W-Fragen.“

(Straßner 2000, S. 75)

In diesem Zusammenhang sieht Lüger (1995) den Bericht als eine Modifikation der harten Nachricht. Der Bericht „*sei zwar umfangreicher, folge aber dem gleichen strengen Aufbauprinzip abnehmender Wichtigkeit, mit dem einzigen Unterschied, dass diese Festlegung nun für die Reihenfolge von Abschnitten und nicht von Sätzen gelte*“ (Lüger 1995, S. 109).

Die Textstruktur eines Berichts ist komplizierter als die einer Nachricht. Zitate, kommentierende Stellungnahmen oder Hintergrundinformationen werden zu Komponenten des Textaufbaus.

Die Struktur von Zeitungsberichten läuft laut Lüger (1995) auf folgendes Grundschema hinaus:

Texteröffnung: Titel

Lead/Aufhänger

Hauptteil: berichtetes Hauptgeschehen

Zitate, Kommentare, Hintergrundinformationen

Textschluss: Stellungnahme/Prognose

Die Reportage

Rückt die atmosphärische Beschreibung in einem Bericht merklich in Vordergrund, spricht man von einer Reportage. In dieser wird die reine Sachinformation oft dem Unterhaltungswert hinten angestellt und der Rezipient bekommt damit die Möglichkeit, sich beim Lesen am Ort des Geschehens zu befinden. Der Umfang einer Reportage kann bis zu 120 Zeilen betragen.

Noelle-Neumann (1989) beschreibt diese journalistische Textgattung als einen „*tatsachenbetonten, aber persönlich gefärbten Erlebnisbericht*“. Dieser soll so konkret und anschaulich wie möglich sein (z. B. durch den Einsatz von Zitaten).

Darüber hinaus ist die Fixierung auf Handlungen und Erlebnisse ein wichtiges Merkmal dieser Gattung.

„Eine Reportage gründet genuin auf der Augenzeugenschaft. Formuliert wird aus dem Augenblick des Erlebens des Reporters, der authentische Information an den Leser aus erster Hand weitergibt. Der Leser erlebt dann gleichsam das Geschehen in unmittelbarer zeitlicher und räumlicher Nähe mit. Genaue Ortsangaben, Detailbeobachtungen, Stimmungs- und Emotionskundgaben, konkrete Anschaulichkeit, wie auf sprachlicher Ebene des aktualisierenden Präsens und Adverbien, bestimmen die Geschehensübermittlung.“

(Straßner 2000, S. 84)

Lüger (1995) meint zur Textgattung der Reportage, dass die Einbeziehung der Autorenperspektive verschiedene Konsequenzen auf die Sprachgestaltung hat:

„Während in übrigen informationsbetonten Textsorten eine unpersönliche Darstellung die Norm ist, explizite Hinweise auf den Textproduzenten also

unterbleiben, enthalten Reportagen durchaus Passagen in der Ich- oder Wir-Form.“

(Lüger 1995, S. 114)

Da bei dieser Erlebnisperspektive der Autor die Rolle eines teilnehmenden Beobachters eingenommen hat, erscheint für den Leser ein Bericht als „*Information aus erster Hand*“ und vermittelt „*ein Gefühl des Dabeiseins, die Möglichkeit emotionalen Miterlebens*“ (Lüger 1995, S. 115).

Das Interview

Eine weitere journalistische Textgattung ist das Interview. Bei dieser Textsorte ist der Journalist als Interviewer der direkte Adressat. Die Medienrezipienten gelten hier als indirekte Adressaten.

Der Journalist führt das Gespräch für die Rezipienten und ist damit ein professioneller Vertreter des Publikums, das von sich aus ein Informationsbedürfnis hat und informiert werden will.

„Das Gespräch ist gekennzeichnet durch die Aussagen zweier oder mehrerer Partner, die gewillt sind, miteinander zu kommunizieren. Der Prozess der Erkenntnisgewinnung oder -erweiterung, der Belehrung und Unterhaltung wird szenisch abgewickelt. Interessante Aspekte, Neuigkeiten oder auch Probleme können von allen möglichen Seiten her beleuchtet und auch kontrovers ausgetragen werden.“

(Straßner 2000, S. 58)

Interviews sind Inszenierungen von Gesprächen. Die Antworten dienen der Informationsvermittlung über wichtige gesellschaftliche, politische, kulturelle oder sportliche Ereignisse. Um ein Gespräch als gelungen erscheinen zu lassen, muss der Journalist die Fragen präzise stellen, die Antworten aufmerksam verfolgen und sofort nachhaken. Der Umfang eines abgedruckten Interviews beträgt bis zu 120 Zeilen.

„...hier steuert der Interviewer durch seine Fragen, versucht möglichst neue Informationen oder Sichtweisen hervorzulocken. Zentral ist die Gewichtung einmal auf die Person, die etwas zu sagen hat, deren Meinung in der Gesellschaft etwas gilt, zum anderen auf die Sache, um die geäußerte Meinung, die für den Leser Folgen haben könnte, ihm Anweisung zu geben kann, für die Ausrichtung seines eigenen Handelns.“

(Straßner 2000, S. 68)

Lüger (1995) macht darauf aufmerksam, dass die Authentizität bei einer Verschriftlichung des Interviews in den Printmedien zu einem großen Teil verloren geht, im Unterschied zu Rundfunk- und Fernsehinterviews:

„Nicht nur außer- und parasprachliche Mittel-, Hörer- und Sprechsignale fallen weg, hinzu kommen noch redaktionelle Überarbeitungen, die z. B. stilistische Aspekte, Auslassungen, Unterstellungen (...) betreffen können. (...) Das in der Zeitung veröffentlichte Interview hat also mit spontaner gesprochener Sprache nur noch wenig zu tun; entscheidend ist die Anpassung an die Normen der Schriftsprache.

Anders verhält es sich in der Boulevardzeitung. Hier besteht durchaus die Tendenz, bestimmte ‚Mündlichkeitssignale‘ beizubehalten (oder einzufügen). U. a. ist es üblich, in Interviewtexten ‚nach Bedarf‘ Sprechsignale (nicht wahr?), Ausrufe (ach Gott)... oder Hinweise auf nicht-verbales Verhalten wiederzugeben.“

(Lüger 1995, S. 142)

Ob für informationsbetonte Textsorten (wie das Interview, die Meldung, die Nachricht und der Bericht) oder für meinungsbetonte Textsorten (wie der Kommentar, die Glosse, die Kritik), für alle journalistischen Texte sind die Headlines, die Schlagzeilen und die Überschriften von großer Bedeutung. Diese animieren den Rezipienten zum Lesen und berichten kurz, was sich ereignet hat. Dies kann oft in der Form einer frappierenden Statistik, durch schockierende Zitate, verblüffende Behauptungen, kontroverse Gedanken, aber auch mit feinsinnigem Humor oder Assoziationsspielen geschehen. Biere (1993) beschreibt die Headline als komprimierte Zusammenfassung des zentralen Themas einer Nachricht. Als beste Titelschreiber erweisen sich immer wieder die

Boulevardzeitungen. Ein klassisches Beispiel ist der Titel „*Wir sind Papst!*“ – die Schlagzeile der Bildzeitung vom 20. April 2005, einen Tag nach der Wahl von Joseph Kardinal Ratzinger zum Papst Benedikt XVI.

Meinungsbetonte Texte

Als meinungsbetonte Texte gelten der Kommentar, die Glosse, die Kritik. Im Unterschied zu den oben erwähnten informationsbetonten Textgattungen darf der Autor hier in der Ich-Form schreiben. Lüger (1995) meint, dass Überschriften wie „Meinung“, „Kommentar“ dem Leser bereits vor der eigentlichen Textlektüre anzeigen, „*als was er die nachfolgenden Informationen verstehen soll*“ (Lüger 1995, S. 77).

Der Kommentar

Der Kommentar bietet eine selektive und subjektive Darstellung eines Sachverhalts und weist eine argumentative Textstruktur auf. Der Autor besitzt weitreichende Faktenkenntnisse, benutzt seinen subjektiven Stil und strebt nach einer prägnanten Titelgebung. Straßner (2000) bringt die Entstehung des Zeitungskommentars mit den Forderungen der Alliierten in der frühen Nachkriegszeit in Zusammenhang. Damals galt es, die Meldung klar von den Fakten, also den Berichten, Nachrichten etc. zu trennen. Meinung und Urteil wurden also ausgegliedert. Aufmacherberichten auf Seite eins der Zeitung wurde der Leitartikel gegenübergestellt, der das geschilderte Ereignis in das zeitliche, politische und gesellschaftliche hingegen Geschehen einzuordnen hatte.

„Schreiben durfte den Leitartikel entweder der Chefredakteur oder ein herausragendes Mitglied der Redaktion. Es handelte sich also um ein Privileg, einordnen und urteilen zu dürfen. Daneben erschienen auch im Inneren des Blattes Kommentare, wenn es die Redaktion als notwendig erachtete, Stellung zu nehmen und damit ihrem Blatt auch Profil zu verleihen.“

„Heute wird die Trennung nicht mehr so scharf vollzogen (...) enthalten Berichte durchaus Meinungsteile oder Wertungen. Damit hat der Kommentar viel von seiner Wirkung verloren, prägt nicht fast ausschließlich die Richtung einer

Zeitung. Wichtig ist die Überzeugungskraft des Kommentators, sein Engagement oder Temperament, die Kraft seiner Argumente, sein geschliffener Stil.“
(Straßner 2000, S. 71)

Noch eine Facette des Kommentars zeigt Noelle-Neumann (1989) auf. Sie meint, dass diese Meinungsform argumentierend ist, indem sie Tatsachen in Zusammenhänge stellt, das Entstehen von Meinungen untersucht und deren Bedeutung diskutiert. (vgl. Noelle-Neumann 1989, S. 79)

Das Bestreben, mit Hilfe von Begründungen oder Rechtfertigungen von der Gültigkeit einer Aussage zu überzeugen, so Lüger (1995), weise auf eine argumentative Textstruktur hin.

Er schlägt folgendes Argumentationsschema vor:

- allgemeingültige Prämisse: z. B. Gegen Diktaturen muss man etwas unternehmen.
- eine konkrete Unterprämisse: z. B. Panama ist eine Diktatur.
- Schlussfolgerung bzw. Schlussatz: z. B. Gegen Panama muss man etwas unternehmen.

„Die Leser sollen eine gegebene Position übernehmen und schließlich von der Geltung einer These gegenüber konkurrierenden Meinungen überzeugt sein.“ (Lüger 1995, S. 128)

Die Begründungen und Rechtfertigungen in argumentativer Struktur haben somit „die Aufgabe, für die dominierende Handlung, in aller Regel eine Sachverhaltsbewertung, die Akzeptierungsbedingungen zu verbessern“ (Lüger 1995, S. 128).

Lüger (1995) schildert drei Konstituenten für die Textsorte „Kommentar“:

1. einen argumentativen Kern, in dessen Mittelpunkt eine bestimmte Bewertung steht; verschiedene subsidiäre Handlungen können das Erreichen des damit verbundenen Ziels, die Bewertungsübernahme, unterstützen;
2. eine Orientierung über den zugrunde liegenden Sachverhalt, die für die zentrale Argumentation einerseits die Verstehensvoraussetzungen klärt und andererseits über verschiedene Einstellungskundgaben die Akzeptierungsbedingungen verbessert;
3. die (fakultative) Präsentation einer Gegenposition, deren argumentative Widerlegung jedoch wiederum den Geltungsanspruch der dominierenden Bewertungshandlung stärkt.

Darüber hinaus erwähnt Lüger (1995) zahlreiche Mittel, die als Abweichung von den sprachlichen Erwartungen bei einem Kommentar erscheinen, um den Text auffälliger, interessanter und attraktiver für den Rezipienten zu machen. Auch Mittel zur Selbstdarstellung wie etwa Metaphern, Hyperbeln, Reizwörter und rhetorische Figuren des Autors können bei dieser Textsorte, so Lüger (1995), beobachtet werden.

Die Glosse

Eine selektive und subjektive Darstellung bietet auch die Textgattung Glosse an, diese benutzt aber einen feuilletonistischen Stil und ist zugespitzt polemisch. Die Argumentation wird eher unterhaltend als überzeugend geführt. Der Autor zeigt sich häufig ironisch und erzielt eine prägnante Titelgebung.

„...Ziel ist, Willensbildung oder tätige Stellungnahme beim Leser zu erreichen, dass eine Kommentierung überspitzt wird, dass eine Meinung ironisch oder kritisch-satirisch angegriffen wird. Der Glossierende greift meist beiläufig erscheinende Vorfälle auf, die er als Symptome tiefgreifender Wandlungen ausdeutet. Verwendet werden eine zugespitzte, polemische Sprache, satirisch aggressive Sprach- und Stileffekte, manchmal kühne Metaphern und Vergleiche, ironisch aufgespießte oder umgedeutete Zitate, spöttische Anredeformen, Sprichwort und Gemeinplatz, Variationen und Wortspiele. Am Ende steht häufig

*eine als Pointe formulierte Schlussfolgerung oder eine Zusammenfassung in Form einer Pointe. Generell ist das Thema in der Überschrift nur angedeutet.“
(Straßner 2000, S. 67)*

Ein „Farbtupfer“ oder ein „Mückenstich“ nennt Noelle-Neumann (1989) die Glosse (griechisch: glotta – Zunge) und bezeichnet diese im engeren Sinne als die „*Meinungsstilform mit einer verhältnismäßig ausgeprägten feuilletonistischen Sprache, mit epigrammatischer Eleganz der Formulierung*“ (Noelle-Neumann 1989, S. 81).

Laut Lüger (1995) geht es bei dieser Textsorte primär nicht darum „*im Rahmen widerstreitender Meinungen eine bestimmte Position als konsensfähig zu begründen – ein solcher Konsens wird vielmehr schon vorausgesetzt*“ (Lüger 1995, S. 137). Er schreibt der Glosse „*eine distanziert-spöttische Modalität*“ zu und entdeckt darüber hinaus auch „*Ironiesignale*“. Zum Aufbau einer solchen nicht-ernsten Modalität können laut Lüger (1995) folgende Möglichkeiten beitragen:

- das Erwähnen von im Kontext ungewöhnlich wirkenden Details;
- die Auflockerung durch Umgangssprachliches;
- formelhafte, saloppe Bewertungen;
- der distanzierende Einsatz von Anführungszeichen;
- die Übertragung von Ausdrücken, die normalerweise einer „höheren“, prestigeträchtigeren Stilebene zugeordnet werden, auf banale Zusammenhänge.
- (vgl. Lüger 1995, S. 138)

Die Kritik

Teilweise fachsprachlich, aber auch subjektiv wertend ist die letzte Textgattung, die in diesem Text erläutert wird: die Kritik. Diese bietet einen noch größeren Spielraum des Autors im Vergleich zum Kommentar und zur Glosse. Laut Straßner (2000)

„...ist die Kritik, etwa in Form der Rezension gegenstandswertend. Gegenstand kann ein Medium sein, ein Buch, eine Schallplatte, ein Film sein. (...) Dem Leser

soll Information angeboten werden sowie Service, Erkenntnis und aus ihr folgende Handlungsanweisung, Geschmacksbildung und Schulung der eigenen Urteilsfähigkeiten.“

(Straßner 2000, S. 73)

Lüger (1995) erwähnt die häufig auftretenden zweiteiligen Überschriften, in denen die Aufmerksamkeit auf den Beitrag gelenkt wird und Informationen über den jeweiligen Gegenstand angegeben werden. Und gibt u. a. folgendes Beispiel:

Schnitzer als Sch(l)osshündchen

Musical „Jack the Ripper“ im Celler Schlosstheater

(Lüger 1995, S. 139)

Der Haupttext enthält, so Lüger (1995), eine kurze thematische Einordnung sowie einen referierenden und einen bewerbenden Teil; diese sind meistens ineinander verschränkt. Um das Interesse des Rezipienten zu wecken, wird eine ungewöhnliche Begebenheit benutzt, um den Textinhalt zu konkretisieren. Die Stellungnahmen des Autors können entweder zurückgenommen oder stärker in den Vordergrund gestellt sein. Sprachlich findet die Betonung der Dimension des persönlichen Erlebens Niederschlag in „*Formulierungen, die die subjektiven Erwartungen und Gefühle betonen... gemeint ist eine nach Originalität strebende, bewusst von der Gemeinsprache abgehobene Ausdrucksweise, die für den Leser ein hohes Anspruchsniveau signalisiert*“ (Lüger 1995, S. 141).

Die oben angeführten Textsorten, ob informations- oder meinungsorientiert, sind als ein Idealtyp zu betrachten. Denn, wie sich im Kapitel 8 zeigen wird: wenn diese Textsorten in einem bestimmten Kontext verwendet und auf einen bestimmten Zweck hin organisiert werden, dann erweisen sich die meisten Textgattungen als sehr flexibel und verschmelzen oft.

4.3 Publizistische Qualitätssicherung

Mehrere Instrumente eignen sich zur Sicherung der journalistischen Qualität. Es bestehet dabei die Möglichkeit diese selbst oder fremd zu steuern.

Ein Beispiel für Fremdsteuerung ist das „Bundesgesetz vom 12. Juni 1981 über die Presse und andere Publizistische Medien“ (Mediengesetz – MedienG). Dieses setzt verpflichtende Regeln bzw. Rechte und Pflichten für alle Medientreibenden.

Beispiele für Selbststeuerung sind der seit einigen Jahren nicht mehr existierende Österreichische Presserat, der eine Institution der freiwilligen Selbstkontrolle darstellte, sowie auch der „Ehrenkodex der österreichischen Presse“. Im Jänner 2009 wollten sich der Zeitungsverband, die Journalistengewerkschaft und der Verein der Chefredakteure auf einen neuen Presserat einigen. Die Entscheidung wurde aus Zeitmangel vertagt, es wird aber erwartet, dass die Neugründung des Presserates im Jahr 2009 gelingen wird (vgl. Der Standard, 17./18. Jänner 2009, S. 35).

Prinzipiell ist die Qualität einer Tageszeitung durch Prozesse des Qualitätsmanagements selbst steuerbar. Es gibt einige Faktoren, deren Präsenz die Qualität von Artikeln messbar macht. Letztendlich ist die Qualität vor allem ein Resultat des individuellen Könnens und Wollens jeden Journalisten. Kennzeichen von Qualität sind, ob er sich Mühe gibt, genug zu recherchieren, unterschiedliche Meinungen in den Text einzubringen und verständlich für die Zielgruppe den Sachverhalt zu beschreiben; ob er eine lebendige Sprache verwendet und wie er mit schlachten Worten, kurzen Sätzen und bildhafter Sprache umgehen kann; ob er präzise ist und ob er das Detail fürs Ganze sprechen lassen kann, um die Rezeption seiner Texte zu erleichtern.

Die Macht der Medien erfordert ein hohes Verantwortungsbewusstsein auch von Journalisten. Einerseits beobachten die Medien die Gesellschaft und vermitteln diese selektiv an den Rezipienten weiter, andererseits leisten diese auch eine Selbstbeobachtung, um so die notwendige Qualität zu sichern. In diesem Zusammenhang wird oft ein Ausspruch von Niklas Luhmann zitiert: „*Was wir über unsere Gesellschaft, ja über die Welt, in der wir leben wissen, wissen wir durch die Massenmedien.*“ (Luhmann 1995/2004, S. 9)

Noch eine ergänzende Facette der Entstehung der journalistischen Texte leistet Biere (1993). Er meint zur Konstitution von Presstexten, dass diese eine Art kollektive

Textproduktion darstellen, und wenn wir Texte zu produzieren beginnen, sind wir bereits in ein Netz vorgängiger Texte „*eingesponnen*“.

Nach seiner Analyse von Medieninhalten ist Biere (1993) zum Schluss gekommen, dass über 60% der Beiträge in den Massenmedien auf Aktivitäten von Agenturen der Öffentlichkeitsarbeit zurückzuführen sind, und die klassische Recherche fast schon zur Ausnahme im Alltag eines Journalisten zählt. Die Informationen werden in Form von vorgefertigten Textprodukten von den Public Relations Agenturen übernommen. Das ermöglicht eine Kontrolle, eine Themenvorgabe und Agenda Setting seitens der in professioneller Öffentlichkeitsarbeit vertretenen Institutionen. Dem Journalisten und seinem Können und Wollen bleibt es dann allein überlassen, ob er weiter recherchiert und den Text mit unterschiedlichen Sichtpunkten und Meinungen bereichert, oder nur die von der Public Relations vorgegebene Information übernimmt.

Die Fremdsteuerung

Das Mediengesetz (MedienG)

Um die medienrechtliche Verantwortlichkeit und die Wahrnehmung journalistischer Sorgfalt zu sichern, hat der Gesetzgeber das „Bundesgesetz vom 12. Juni 1981 über die Presse und andere Publizistische Medien“ (Mediengesetz – MedienG) erlassen.

Im fünften Abschnitt des Mediengesetzes sind die strafrechtlichen Bestimmungen erläutert. Der medienrechtlichen Verantwortlichkeit ist der Art. 28 gewidmet:

„Die strafrechtliche Verantwortlichkeit für Medieninhaltsdelikte bestimmt sich, soweit im Folgenden nichts anderes bestimmt ist, nach den allgemeinen Strafgesetzen.“

Über das Wahrnehmen der journalistischen Sorgfalt und auch die vielen Rechte, die den Journalisten zukommen, ist im Art. 29 (1) Folgendes zu lesen:

„Der Medieninhaber oder ein Medienmitarbeiter ist wegen eines Medieninhaltsdelikts, bei dem der Wahrheitsbeweis zulässig ist, nicht nur bei

erbrachtem Wahrheitsbeweis, sondern auch dann nicht zu bestrafen, wenn ein überwiegendes Interesse der Öffentlichkeit an der Veröffentlichung bestanden hat und auch bei Aufwendung der gebotenen journalistischen Sorgfalt für ihn hinreichende Gründe vorgelegen sind, die Behauptung für wahr zu halten.“

Die österreichische Gesetzgebung hat ganz allgemein die Regeln bezüglich der Berichterstattung über das Hohe Haus vorgegeben. Im Bundesgesetz vom 12. Juni 1981 über die Presse und andere Publizistische Medien (Mediengesetz – MedienG) ist über die Parlamentsberichterstattung im Paragraph 30 Folgendes zu finden:

„Wahrheitsgetreue Berichte über die Verhandlungen in den öffentlichen Sitzungen des Nationalrates, des Bundesrates, der Bundesversammlung, eines Landtages oder eines Ausschusses einer dieser allgemeinen Vertretungskörper bleiben von jeder Verantwortung frei.“

In diesem Zusammenhang verallgemeinert Noelle-Neumann (1989) die auf die Journalisten zukommenden Rechte und Pflichten folgendermaßen:

„Zur Erfüllung ihrer öffentlichen Aufgabe hat der Gesetzgeber die Journalisten mit Sonderrechten ausgestattet, ihnen aber auch besondere Pflichten auferlegt. Zu den Rechten gehören beispielsweise das Zeugnisverweigerungsrecht und der Informationsanspruch gegenüber Behörden. Zu den Pflichten unter anderem die Sorgfaltspflicht, die Journalisten anhält, alle Nachrichten vor ihrer Verbreitung mit der nach Umständen gebotenen Sorgfalt auf Wahrheit, Inhalt und Herkunft zu überprüfen.“

(Noelle-Neumann 1989, S. 51)

Weiters ist für diese Dissertation relevant, wie der Gesetzgeber ein Medium definiert. Im Sinn der Bestimmungen des Mediengesetzes ist „Medium“

„jedes Mittel zur Verbreitung von Mitteilungen oder Darbietungen mit gedanklichem Inhalt in Wort, Schrift, Ton oder Bild an einen größeren Personenkreis im Wege der Massenherstellung oder der Massenverbreitung.“
(Noelle-Neumann 1989)

Darüber hinaus steht im Staatsgrundgesetz (StGG) vom 21. Dezember 1867, RGBI 142, über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger für die im Reichsrat vertretenen Königreiche und Länder idF BVG BGBI 684/1988 im Artikel 13 Folgendes geschrieben:

„Jedermann hat das Recht, durch Wort, Schrift, Druck oder durch bildliche Darstellung seine Meinung innerhalb der gesetzlichen Schranken frei zu äußern. Die Presse darf weder unter Zensur gestellt, noch durch das Konzessionssystem beschränkt werden.“

Das StGG gilt gemäß Art. 149 Abs. 1 B-VG als Bundesverfassungsgesetz, d. h. es steht im Verfassungsrang und gilt als Kern der Österreichischen Verfassung.

Die Selbststeuerung

Die Neun Grundsätze der journalistischen Verantwortung: Der Ehrenkodex der österreichischen Presse

„Journalismus bedingt Freiheit und Verantwortung.“ So lautet der erste Satz des Ehrenkodex der österreichischen Presse. Dieser erste der Neun Grundsätze gilt wie die übrigen für alle in der redaktionellen Verantwortung liegenden Teile einer Zeitung. Die wesentlichen Charakteristika dieser Neun Grundsätze seien im Folgenden angeführt:

1. Freiheit: „*Die Freiheit gilt in Berichterstattung und Kommentar*“;
2. Genauigkeit: „*Gewissenhaftigkeit und Korrektheit in Recherche und Wiedergabe von Nachrichten und Kommentaren sind oberste Verpflichtung von Journalisten*“; „*Zitate müssen durch Anführungszeichen gekennzeichnet werden*“; „*Beschuldigungen dürfen nicht erhoben werden, ohne eine Stellungnahme der Beschuldigten einzuholen*“;

3. Unterscheidbarkeit – „*Beiträge und Kommentare müssen klar unterscheidbar sein*“;
4. Einflussnahmen – Als „*unzulässig*“ wird die Einflussnahme Außenstehender auf den Inhalt eines redaktionellen Beitrags bezeichnet, außerdem dürfen „*persönliche materielle Interessen die journalistische Arbeit nicht beeinflussen*“;
5. Persönlichkeitsschutz – „*Jeder Mensch hat Anspruch auf Wahrung der Rechte und Würde der Person*“;
6. Intimsphäre – „*Die Intimsphäre jedes Menschen ist grundsätzlich geschützt*“;
7. Materialbeschaffung – Es dürfen keine unlauteren Methoden bei der Beschaffung von Informationen angewendet werden;
8. Redaktionelle Spezialbereiche – „*Reiseberichte sollen in geeigneter Weise auch auf soziale und politische Rahmenbedingungen und Hintergründe (z. B. gravierende Menschenrechtsverletzungen) verweisen*“;
9. Öffentliches Interesse – „*In konkreten Fällen (...) wird es notwendig sein, das schutzwürdige Interesse der Einzelperson an der Nichtveröffentlichung eines Berichts bzw. Bildes gegen ein Interesse der Öffentlichkeit an einer Veröffentlichung sorgfältig abzuwägen.*“

(vgl. Ehrenkodex für die österreichische Presse, aktuelle Fassung, Stand 21.01.1999)

Die im Ehrenkodex für die österreichische Presse enthaltenen Verhaltensnormen wurden von dem Österreichischen Presserat ausgearbeitet und überwacht. Der Österreichische Presserat ist derzeit nicht arbeitend, also wird die Einhaltung der Regeln jedem einzelnen Journalisten und jeder einzelnen Redaktion überlassen. Die Auflistung dieser Verhaltensnormen für Printmedien ist für diese Dissertation von Relevanz, da im Kapitel 8 eine Untersuchung der Medienberichterstattung bezüglich der Regierungsangelobungsdebatte vom 16. und 17. Jänner 2007 in der „Presse“ und der „Kronen Zeitung“ erfolgt. In diesem Sinne wird es als wichtig erachtet, die Regeln, die die österreichischen Journalisten bei ihrer Arbeit beachten, vorzustellen.

Wie die Tageszeitung ihre Qualität selbst kontrollieren und sichern kann

Für Wyss (2003) ist das Qualitätsmanagement Chefsache. Denn es ist einerseits die Zufriedenheit der Kunden, anderseits der langfristige Geschäftserfolg zu sichern.

Die medialen Angebote als Erfahrungs- und Vertrauensgüter sind aber auch „*Güter, deren Qualität erst nach Rezeption und zum Teil überhaupt nicht beurteilt werden kann*“ (Wyss 2003).

Wyss macht einen Vorschlag, wie Qualität gemessen werden kann. Er zählt folgende Kriterien auf:

- Objektivität (Unparteilichkeit, unverfälschte Darstellung verschiedener Meinungen, Fairness, Trennung von Meinung und Information, Faktentreue, Hintergrundinformation; Mittel für das Erreichen: die Recherche);
- Vielfalt (Vielfalt der Themen, Akteure, Meinungen, Perspektiven);
- Transparenz bzw. Richtigkeit (Quellentransparenz, Thematisierung der Berichterstattungsbedingungen; Mittel für das Erreichen: die Recherche);
- Relevanz (gleichmäßige, wenig willkürliche Themenauswahl, Orientierung an Nachrichtenfaktoren, Berücksichtigung aller relevanten Positionen zu einem Thema);
- Aktualität (Schnelligkeit in der Reaktion auf Ereignisse, Gegenwartsbezug, Bezug auf akute gesellschaftliche Probleme);
- Vermittlung und Verständlichkeit (Übereinstimmung der Erwartungen zwischen Rezipient - Kommunikator, richtige Genrewahl, Verständlichkeit, Vereinfachung bzw. Komplexitätsreduktion, zielgruppengerechte Ansprache).

Zur Qualitätssicherung würden laut Wyss (2003) auch die Antworten auf folgende Fragen entscheidende Hilfestellung leisten:

1. Das Thema abgrenzen: An welchen Informationsstand des Publikums knüpft der Autor an?
2. Die Quellen erforschen und Quellentexte bearbeiten: Welche Quellen wählt der Journalist aus? Welche Authentizität weisen diese auf?
3. Die eigene Position finden und formulieren: Welcher Blickwinkel wird eingenommen?

4. Den Publikumsbezug herstellen: Für welche Lesererwartungen wird ein Thema aufbereitet? Welche Wirkung soll erzielt werden?
5. Das Rollenspiel moderieren: Wie viel Sprechraum gibt der Journalist sich selbst zur Formulierung der eigenen Position, wie viel bekommen die befragten Quellen?
6. Umfang und Fristen einhalten: Wie behandelt der Autor ein Thema angemessen im vorgegebenen Zeitrahmen?

Wyss (2003) betrachtet den Journalismus als kommunikatives Handeln, dessen Ziel die gelingende gesellschaftliche Kommunikation sei. Sie würde aber nur dann gelingen, wenn der Journalismus eine mediale Wirklichkeit erzeuge, die von den Kommunikationspartnern (Akteuren und Rezipienten) als Orientierung über aktuelle Ereigniszusammenhänge genutzt oder zumindest als solche verstanden wird. Um diese Orientierung zu leisten, haben die Medien noch weitere qualitätsrelevante Merkmale aufzuweisen. Presseprodukte sind laut Wyss (2003) „*inhaltsbasiert*“ (d. h. Dominanz des Aussageinhalts gegenüber dem Design) und „*textorientiert*“ (d. h. visuelle Informationen ersetzen nicht den Text, sondern ergänzen und erweitern ihn). Diese basierten weiters auf der Kulturtechnik der Schriftsprache bzw. erforderten entsprechende Nutzungskompetenzen, wobei die Informationsangebote nach standardisierten Mustern konfektioniert werden (d. h. sie korrelieren mit entsprechenden Schemata in den Köpfen der Rezipienten).

So z. B. stellt das Layout einer Zeitung keinen ästhetischen Selbstzweck dar, sondern ist dazu da, die Übersichtlichkeit und die Selektionshilfe optimal zu unterstützen, und darüber hinaus die Attraktivität der Themen zu sichern.

Eine Redaktion, die konstant und effizient gute Texte produzieren soll, braucht laut Wyss (2003) für ihr Kerngeschäft einen ständigen Coach – wie ein Fußballteam. Der Schreibcoach kann der Chefredakteur sein, der langjährige Erfahrung im Schreiben hat, über das Schreiben selbst reflektiert und erkennt, wo die Schreibprobleme im Team liegen. So könne er v. a. zur Lösung von Schreibproblemen beitragen. All das sei lernbar, meint Wyss (2003).

EXKURS

Kann ein Politiker „Trottel“ genannt werden?

„Journalismus bedingt Freiheit und Verantwortung.“ So lautet der erste Satz des Ehrenkodex für die österreichische Presse (Der Ehrenkodex für die österreichische Presse wird im Kapitel 4 dieser Arbeit näher behandelt). Dieser Kodex bietet neun Grundsätze, die in der redaktionellen Verantwortung liegen. Unter ihnen: der Persönlichkeitsschutz („*Jeder Mensch hat Anspruch auf Wahrung der Rechte und Würde der Person.*“) und öffentliches Interesse (ermutigt in konkreten Fällen zur Abwägung des schutzwürdigen Interesses der Einzelperson mit dem Interesse der Öffentlichkeit).

Es kann in der Praxis passieren, dass ein Autor die journalistische Sorgfalt wahrgenommen, aber trotzdem bzw. genau deshalb ein Wort zur Bezeichnung eines Politikers benutzt hat, das von dem Betroffenen als Schimpfwort empfunden wird. In so einem Fall kann der betroffene Politiker klagen.

Die zwei wichtigsten Quellen der laufenden Rechtsprechung sind auch in Österreich die Gesetzgebung und die Judikatur. Oft vertreten Richter unterschiedliche Meinungen, wie ein Gesetz auszulegen ist. Das folgende Beispiel hat das Ziel zu zeigen, wie weit Journalisten in ihrer Berichterstattung über Politiker gehen können. Es handelt sich um die Stellungnahme „Beleidigung eines Politikers“ des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte vom 01.07.1997 im Fall „Oberschlink gegen Österreich“.

Gerhard Oberschlink wurde durch das Landesgericht für Strafsachen Wien am 23. Mai 1991 verurteilt. Dieses Urteil wurde durch das Oberlandesgericht Wien am 25. März 1992 bestätigt.

Die zitierte Stellungnahme wurde in „Medien und Recht“ 4/97 publiziert und behandelt die Bezeichnung eines Politikers als „Trottel“.

Der Sachverhalt lautet wie folgt: Gerhard Oberschlink, ein in Wien lebender Journalist, war zur fraglichen Zeit Herausgeber der Zeitschrift FORUM. In einem Text über Jörg Haider schreibt er die Überschrift „PS: „Trottel“ statt „Nazi“: Ich werde Jörg Haider erstens keinen Nazi nennen, sondern zweitens einen Trottel. Dies rechtfertige ich wie folgt...“.

Anlass seiner Berichterstattung war eine Friedensfeier, in der Jörg Haider, damals Obmann der Freiheitlichen Partei und Landeshauptmann von Kärnten, die Rolle der

„Generation von Soldaten“, die am Zweiten Weltkrieg teilgenommen hatten, glorifizierte.

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte äußerte eine andere Meinung:

„Freilich müssten Politiker, die selbst in der politischen Auseinandersetzung anfechtbare Standpunkte beziehen, sich auch eine herbe, bis ans persönliche reichende Kritik gefallen lassen. Das Recht der Meinungsäußerungsfreiheit dürfte jedoch nicht dazu führen, dass in der politischen Debatte Beleidigungen an die Stelle von sachlicher Argumentation treten.“

(„Medien und Recht“ 4/97, S. 196)

Und darüber hinaus seien die Grenzen einer vertretbaren Kritik in Bezug auf einen Politiker, der in seiner Eigenschaft als öffentliche Person auftritt, weiter zu ziehen, als in Bezug auf eine Privatperson.

Ähnlich die Meinung des Medienrechtlers Korn (2008) bezüglich der Rolle der Journalisten. Er betont „die wichtige Rolle der Presse für eine liberale und pluralistische Demokratie“ (Korn 2008, S. 42). Der Presse käme „eine besondere Verantwortung als „Wächter der Öffentlichkeit“ („public watchdog“) zu.

Korn (2008) meint sogar, dass die freie Meinungsäußerung im Bereich der politischen Kritik und politischen Auseinandersetzung soweit gehen könnte, dass „Politiker de facto schutzlos und für vogelfrei erklärt werden“ (Korn 2008, S. 43).

4.4 Repräsentation von Politik in den Medien

Direkte und wiedergegebene Rede, wertende Wortwahl bei der Berichterstattung

Nach der Auflistung der journalistischen Textgattungen, der Möglichkeiten der Qualitätssicherung in den Medien und der gesetzlichen Bestimmungen wird auf den Einsatz von direkter und wiedergegebener Rede bei der Gestaltung journalistischer Texte sowie auch auf den Einsatz wertender Wortwahl von Journalisten näher eingegangen.

Van Dijk meint, dass es zu „*very different stories about the „same event“, adding or omitting different details*“ kommen kann (Van Dijk 2007, S. XXIX). Dies erläutert er

anhand von Beispielen aus Zeitungen in Großbritannien wie dem „Guardian“ (in Österreich mit der Tageszeitung „Die Presse“ vergleichbar) und wie „The Sun“ (ähnlich der österreichischen „Kronen Zeitung“). Somit werden die stilistischen Unterschiede zwischen Qualitätspresse und Boulevardpresse formuliert: die erste strebt nach Qualitätsjournalismus, die zweite nach „*multimodal expression*“ mit großen Bildern und auffallenden Schlagzeilen. Der lexikalische Stil der journalistischen Texte signalisiert, welchen Status das Ereignis hat, ob dieses Ereignis eine soziale Kraft besitzt, welche gesellschaftliche Position der Sprecher oder der Rezipient hat, welches die Beziehungen zwischen den Teilnehmern im Ereignis sind, und welche Meinungen und Ideologien die Redner haben.

Bei der Herstellung eines journalistischen Textes treten laut Gruber (1991, S. 44) „*auch die letzten Möglichkeiten einer (unbewussten) Verzerrung des Inhalts auf*“. Er meint, dass die „*publizistischen Textsorten nur einen begrenzten Formenkanon zur Repräsentation von Ereignissen zur Verfügung stellen*“ (Gruber 1991, S. 44) und bezieht mögliche Kritik nicht auf die Tatsache, dass ein Journalist die eigenen Meinungen vertritt, sondern dass „*er sich in keiner Weise bewusst ist, dass diese Meinungen seine Berichterstattung beeinflussen*“ (Gruber 1991, S. 38).

Gruber (1991) gliedert Zeitungsberichte in „wertende Texttypen“ und „Berichte mit multiplem Thema“, was soviel bedeutet wie, dass in einer Nachricht zwei Themen, die durch ein gemeinsames Ereignis verbunden sind, vorkommen. Dieser Typ ist für die Dissertation nicht relevant. Im Folgenden werden daher die zwei Subtypen des „wertenden Berichts“ näher betrachtet. Der erste Subtyp ist der „argumentativ-kommentierende Bericht“, bei dem das eigentliche Thema kurz und unklar gehalten wird, womit „*dem Leser v. a. die Wertungen dieser Information durch die Redaktion und inländische „Autoritäten“ übermittelt werden*“ (Gruber 1991, S. 113).

Der zweite Subtyp ist der „Bericht mit wertenden Einschüben“. Dieser „*vermittelt Wertungen nicht so krass wie der erste Subtyp. Er zeigt stärkere Ähnlichkeit mit der Pressesorte „Bericht“, wenngleich auch hier die Wertung des Autors nicht nur anschließend erfolgt, sondern immer wieder in den Text eingestreut wird*“ (Gruber 1991, S. 119).

Gruber sieht den Journalisten vor allem als „Übermittler“ von Information und macht darauf aufmerksam, dass es gerade bei der Transformation von direkter Rede in einem Bericht verschiedenste Möglichkeiten der Repräsentation gibt. In diesem

Zusammenhang wird Fairclough (1988) zitiert. Dieser hat zu diesem Aspekt der Berichterstattung den Terminus „Diskurspräsentation“ eingeführt. Gemeint ist damit, dass im Zuge der Berichterstattung über ein Sprechereignis nicht nur über den aktuell geäußerten Text berichtet wird, sondern auch über die Situation, in der der betreffende Text geäußert wurde.

Für diese Dissertation sind folgende zwei Aspekte der „Diskurspräsentation“ relevant:

1. Der Modus der Diskurspräsentation – Dieser „*bezeichnet die Art, wie der sekundäre Diskurs dargestellt wird. Die grundlegendste Unterteilung ist die zwischen direkter und indirekter Rede. In der direkten Rede wird die Äußerung eines Sprechers in der Form, in der sie gefallen ist, wiedergegeben. In der indirekten Rede wird der zu repräsentierende Diskursausschnitt in einen subordinierten Satz umgeformt, die Pronomina der 1. Person in die 3. Person transformiert, deiktische Beziehungen und der Modus verändert*“ (Gruber 1991, S. 128).

Es wird davon ausgegangen, dass in der direkten Rede der Berichtende exakt jene Worte verwendet, die in der aktuellen Situation verwendet wurden. Anders bei der indirekten Rede und dem narrativen Bericht eines Sprechaktes, wo diese Verpflichtung nicht besteht. Wichtig ist auch, wer mit welchen Äußerungen zitiert wird: „*Die Auswahl der Zitate (...) stellt den Redakteur immer vor das Problem der Auswahl und damit verbunden der Subjektivität.*“ (vgl. Gruber 1991, S. 128-130)

2. Die Einhaltung der Grenzen zwischen primärem Diskurs (zwischen Journalist und Leser) und sekundärem Diskurs (der Diskurs, über den berichtet wird) – Diese Grenze ist für den Rezipienten bei der Verwendung direkter und indirekter Rede klar. In allen anderen Fällen können für den Leser die Grenzen zwischen der Meinung des Journalisten und den Meinungen bzw. Informationen, die er nur berichtet, verschwimmen. Aufgrund des Zeichnungstexts allein ist oft schwer zu entscheiden, ob der Journalist „*eine Agenturmeldung oder die Argumentation aus einem Originaltext übernimmt, ohne dies für den Rezipienten klar zu machen*“. (vgl. Gruber 1991, S. 136)

Bezüglich der direkten bzw. wiedergegebenen Rede schreiben Calsamaglia/Lopez Ferrero (in: Van Dijk 2007, S. 300), dass die Journalisten „*stress the use of citation to give authority and legitimacy to what is said through the strict quotation of words spoken by others*“. Die Präsenz mehrerer Stimmen in einem Text sichert den polyphonen Charakter von Nachrichten.

Die Autorinnen meinen, dass der Journalist immer eine Stimme schafft, eine Position einnimmt, eine Rolle auswählt – diese richtet er nach den möglichen Rezipienten aus (Calsamaglia/Lopez Ferrero, in: Van Dijk 2007, S. 300). Diese Position kann von anderen Stimmen präzisiert werden, die entweder den Standpunkt des Journalisten bestätigen oder widerlegen.

Eine Identifizierung von Journalistenstimmen und anderer Stimmen, die als Zitate oder wiedergegebene Rede in der Berichterstattung über die Regierungsangelobungsdebatte vom 16. und 17. Jänner 2007 integriert worden sind, erfolgt in Kapitel 8.

„Teflon-Beschichtung“ der Politiker und „Armut an politischen Inhalten“

Plasser (2004) zitiert eine Befragung unter Journalisten und stellt folgende Trends in der Kommunikation Politiker – Medien fest:

- angebotsorientierte Kommunikationspolitik politischer Eliten; professionelles News-Management; taktische Instrumentalisierung und kontextuelle Steuerung der journalistischen Berichterstattung;
- Spitzopolitiker haben mehr Erfahrung im Umgang mit Journalisten als vor fünf Jahren, „Teflon-Beschichtung“ zur Abwehr unangenehmer Interviewfragen;
- Journalisten klagen über Substanzleere der Aussagen, Inszenierung, Showcharakter der Politik, Personalisierung der Prozesse;
- die Befragten sehen die Verflechtung zwischen politischem System und Mediensystem als das zentrale Problem, Folge: Funktionsstörungen durch wechselseitige Abhängigkeit.

(vgl. Plasser 2004)

Kepplinger (1998) formuliert noch schärfer und spricht von „*Demontage der Politik in der Informationsgesellschaft*“. Er stellt auch fest, dass die Politikberichterstattung immer mehr zu einer Berichterstattung über Politikeraussagen wird und warnt vor der Oligarchisierung des politischen Diskurses. Dieser sei durch die Angehörigen von zwei

hochrangig spezialisierten Berufsgruppen, den Politikern und den Journalisten, beherrscht. In diesem Sinne unterwerfe sich das politische System den Erfolgsbedingungen des Mediensystems.

Dies bestätigen auch die Erfahrungen des ÖVP-Politikers Reinhold Lopatka (2005):

„Waren noch vor zwei Jahrzehnten die Medienvertreter jene, die Politik beobachteten, beobachten nun in der Mediendemokratie zunehmend die Politikvertreter die Medien, um sich bestmöglich ins Bild zu bringen. Die Regeln der Mediendemokratie stehen dabei oft in Kontrast zu jenen der Parteidemokratie.“

(Lopatka 2005, S. 1)

Weiters betont Lopatka: „*Die Darstellung von Politik hat, will sie bemerkt werden, spektakulär zu erfolgen.*“ Das gelinge besser, wenn eine Partei die Personalisierung und Inszenierung ihrer politischen Arbeit beherrscht. Die Kommunikationsfähigkeiten der Politiker werden immer feiner. Um die mediale Aufmerksamkeit zu erlangen, haben diese ihre Botschaften innerhalb von maximal einer Minute zu artikulieren. Notwendig sind laut Lopatka (2005) „*griffige Sager und eine kameragerechte Aufmachung.* Dazu komme auch das Ziel, *Images und Themen in die Medienberichterstattung zu bringen, die für die eigene Seite positiv und für die Konkurrenz negativ sind*“.

Mediokratie, Infotainment und Politainment

Parlamentarisches Sprechen, schreibt Burkhardt (2003, S. 147), ist „*eine der mündlichen Erscheinungsformen der Politikersprache*“. Ursprünglich als interne Kommunikation zwischen Abgeordneten (mit oder ohne Zuhörerschaft) konzipiert,

„ist sie auf den Etappen des Weges zu Demokratie und „Mediengesellschaft“ immer stärker der Wechselwirkung mit der Öffentlichkeit ausgesetzt, der Plenardebatten durch Medienberichterstattung, Rundfunk- und Fernsehübertragung oder über die stenographischen Protokolle inzwischen vollständig zugänglich sind. Es liegt daher die Vermutung nahe, dass medienbedingter Grad der Öffentlichkeit und systembedingter Grad des Zwanges zu öffentlicher Legitimation ihrerseits auf die parlamentarische

Kommunikationskultur zurückzuwirken, historischer Funktionswandel des Parlaments und jeweilige Kommunikationskultur einander wechselseitig bedingen.“

(Burkhardt 2003, S. 147)

Zwei Auswirkungen dieser von Burkhardt (2003) beschriebenen veränderten „Politik-Medien-Gesellschaft“-Beziehung sind in der Gegenwart festzustellen. Einerseits stimuliert die moderne Kommunikationsgesellschaft die Demokratisierung der Gesellschaft. Durch die Erweiterung der Kommunikationsmöglichkeiten gibt es auch mehr aktive Bürger als früher, die mittels Leserbriefe oder Postings zu aktuellen Themen Stellung nehmen oder sich in Bürgerinitiativen organisieren, um medien- und erfolgswirksam die eigenen Interessen zu vertreten. Andererseits neigen die Tageszeitungen dazu, den öffentlichen Raum des Dialogs, den sie selber ermöglichen, durch eine Personalisierung der Politik einzuschränken. Ein typisches Beispiel dafür wären die Boulevardmedien, die jegliche Komplexität meiden und eine sehr vereinfachte und ihren Lesern stark emotionalisierende Darstellungen des täglichen politischen Geschehens anbieten.

Eine Theorie, wie weit die Verflechtung zwischen Politik und Medien gehen kann, liefert Meyer (2001). Den Verfall des reflektierten politischen Diskurses durch die ausschließliche Orientierung an den Selektions- und Präsentationsregeln der Medien zur Aufmerksamkeitsmaximierung nennt er „Mediokratie“.

Eine Entpolitisierung der Inhalte politischer Berichterstattung, einen Bedeutungsverlust für politische Institutionen (Parlament, Parteien), eine Bedeutungszunahme „medientauglicher“ politischer Persönlichkeiten sieht er mit Recht als Folgeproblematiken der Mediokratie. Sie führen zu einer unangemessenen Politikberichterstattung und einem Qualitätsverlust der Massenmedien, weil die Logiken der Politik und die Herstellung von Politik nicht mehr entsprechend vermittelt werden (vgl. Meyer 2001).

Anders als Meyer (2001), der eine Vereinnahmung der Politik durch die Medienlogik konstatiert, sieht Arnsfeld (2005) die Beziehung „Parteien-Medien-Gesellschaft“. Für ihn besitzen die Parteien „*eine dominantere Rolle im Allgemeinen, im Prozess der Willensbildung und Information im Besonderen. Ihre Bedeutung erlangen die Parteien durch ihre verfassungsrechtliche Stellung im Rahmen des politischen Systems. Diese herausragende Stellung versetzte die Parteien in die Lage, die Strukturen der*

politischen Kommunikation nach ihren Vorstellungen zu formen“ (Arnsfeld 2005, S. 121). Daraus schließt Arnsfeld (2005), dass die Parteien nach Belieben die Kommunikation beeinflussen können: also überwiegt der Parteienstaat und nicht, wie Meyer (2001) behauptet, die Mediokratie.

Eine andere Medialisierungsinterpretation gibt Dorner (2001) und nennt seine Theorie Politainment.

„Politainment bezeichnet eine bestimmte Form der öffentlich massenmedial vermittelten Kommunikation, in der politische Themen, Akteure, Prozesse, Deutungsmuster, Identitäten und Sinnentwürfe im Modus der Unterhaltung zu einer neuen Realität des Politischen montiert werden. Diese neue Realität konstruiert den Erfahrungsraum, in dem den Bürgern heutzutage typischerweise Politik zugänglich wird.“

(Dörner 2001, S. 31)

Die Eröffnung dieses emotionalen Zugangs zur Welt der Politik weist folgende Politainment-Funktionen auf:

- Erfahrbar- und Sichtbarmachung von Politik;
- Generierung von Aufmerksamkeit für Themen (mit Schnittstellen für die alltägliche Anschlusskommunikation);
- Konzentration und Verbreitung politischer Verstellungs- und Deutungsmuster;
- Popularisierung und Verstärkung von politischen Werten, was der gesellschaftlichen Integration dient;
- Inszenierung von konkreten Modellen für politisches Handeln, die im Alltag überprüft werden können;
- wachsender Unterhaltungsfaktor in Nachrichten- und Politikformaten;
- Zunahme der Personalisierung und Intimisierung der Berichterstattung;
- Etablierung eines Starsystems durch Polarisierung und Konzentration auf wenige Spitzenpolitiker;
- Reduktion und Visualisierung politischer Sachverhalte: die komplexe Welt der Politik wird auf Personen und Konfliktlinien reduziert und somit wird die Politik auch für Laien lebendiger und begreifbar;

- steigende Relevanz von Nachrichtenfaktoren wie Emotion, Sensation, Prominenz und Konflikt
(vgl. Dörner 2002; Arnsfeld 2005, S. 53-54).

Daraus ist zu entnehmen, dass für die Politik zwei Optionen in Frage kommen könnten: entweder sich selbst treu zu bleiben und nur für die gut ausgebildete Elite verständlich zu sein, oder – vereinfacht ausgedrückt – Herrn und Frau Österreicher in einer für sie verständlichen und akzeptierbaren Unterhaltungsform zu erreichen. Würde aber die zweite Option auch einen Qualitätsverlust der Politik bedeuten? Dörner (2001) meint, dass das Politainment wie auch die Boulevardisierungstendenzen im Journalismus nicht als Qualitätsverfall interpretiert werden sollen, sondern als spezifische Qualität, die die Politikwahrnehmung an sich und die gesellschaftliche Integration befördern.

Politainment wäre somit eine gute Möglichkeit, die Politik unter die Massen bzw. die Wählerinnen und Wähler zu bringen. Noch dazu sind die WählerInnen von der Politik in jeder Facette ihres täglichen Lebens betroffen. Eine Vereinfachung der politischen Berichterstattung würde sogar bildungsfernen Bevölkerungsschichten mehr politische Inhalte verständlich machen und den Erklärungsbedarf, wie der Staat funktioniert bzw. wie die Regeln für das Zusammenleben geschaffen werden, gut abdecken können.

„*Die Politik ist, abgesehen von besonderen Situationen, nicht massenattraktiv*“, meint auch Arnsfeld (2005, S. 51). Als Infotainment beschreibt er die Kombination von Medien, Unterhaltung und Information. Damit ist Folgendes gemeint: die Nachrichtensendungen im Fernsehen beginnen und enden mit Musik, oder werden sogar von Musik unterbrochen. Damit wird die Grenze zwischen dem öffentlichen Diskurs und der Unterhaltung entschärft.

Was im Bereich der Information in den letzten Jahren passiert, meint Arnsfeld (2005), gilt heute auch für die Politik.

„*Spitzenpolitiker, die sich an ein Millionenpublikum wenden wollen, haben keine andere Wahl: Sie müssen sich auf den Rahmen eines Unterhaltungsprogramms einlassen, um ernsthafte politische Gedanken äußern zu können.*“

(Arnsfeld 2005, S. 51)

Mit dem Ziel, die Attraktivität der Politik zu erhöhen und sich im Kampf um mehr Publikum zu behaupten, wenden sich Politiker dorthin, wo das meiste Publikum ist: in der Unterhaltung. Genau diese Entertainisierung von Politik nennt Arnsfeld (2005) Politainment. Er ruft Ronald Reagan in Erinnerung: ein Hollywood Schauspieler, der Präsident der Vereinigten Staaten wurde.

Arnsfeld (2005) meint, dass das Politainment als Form der massenmedialen Politikvermittlung mittlerweile zum Alltagsgeschäft von Politikern gehört. Er betont, dass Politainment mit dem Medium Fernsehen am engsten verknüpft ist. Laut Arnsfeld (2005) tritt Politainment in zwei Modi, die miteinander verzahnt sind, auf:

- als **unterhaltende Politik**: politische Akteure (Parteien, einzelne Personen), die auf Stilmittel der Unterhaltungskultur zurückgreifen, um strategisch erfolgreich zu kommunizieren (z. B. Wahlkämpfe);
- als **politische Unterhaltung**: sie wird von den Medien betrieben. Diese bedienen sich der unterhaltenden Politik, um mit Hilfe politischer Themen und Akteure die eigenen Produkte (Gameshows, Talkshows) attraktiver zu gestalten (z. B. der Auftritt des ehemaligen Bundesministers für Finanzen Karl-Heinz Grasser in einer Gameshow wie „Wetten, dass...?“)
(vgl. Arnsfeld 2005, S. 52)

Straßner (2000) geht ein Stück weiter und meint, dass die Medien selber Elemente des politischen Prozesses geworden sind:

„Sie sollen in der modernen Gesellschaft die für die kollektiven Entscheidungen notwendige Informationsbasis garantieren und zur öffentlichen Meinungsbildung beitragen“.

(Straßner 2000, S. 1)

So bekommen die Rezipienten die Chance, bei der Bestimmung der eigenen existentiellen Situation mitzuwirken. Aber was passiert im Falle der Boulevardmedien, die Meinungen und Informationen überwiegend in einem Text verpacken?

Besteht deren „*Schlüsselqualität in der Fähigkeit... halb verdaute Information auf der Stelle als attraktives Medienprodukt zu inszenieren*“, wie Meyer (2001) meint? Oder

besteht ihr Ziel darin, dem Zeitungslesen das Anstrengende zu nehmen? Diesen Fragen wird im Kapitel 8 detailliert nachgegangen.

4.5 Fragestellungen

Im Rückblick auf die vorangegangenen theoretischen Überlegungen und in Vorausschau auf die in den Kapiteln 6, 7 und 8 folgenden empirischen Untersuchung sollen hier die forschungsrelevanten Fragestellungen zum Thema „Diskurs und Politik“ und „Diskurs und Medien“ zusammenfassend aufgelistet werden.

Zum Bereich „Diskurs und Politik“:

1. Welche sprachlichen Strategien verwenden die Vertreter der Regierungsparteien und der Opposition? Um diese Frage zu beantworten, wird die Hypothese „Was macht eine Parlamentsrede aus?“ (Kapitel 3) auf Richtigkeit überprüft. Es werden die „sprachliche Kodierung“, die Konstruktion der „Wir-Gruppen“ und die Argumentationslinie gemessen: Darstellung der Zukunft, Beispiele aus der Vergangenheit, Motivation jeder der 31 Reden.
2. Wo liegen die Unterschiede zwischen den fünf parlamentarischen Parteien (SPÖ, ÖVP, die Grünen, FPÖ, BZÖ) bzw. kann eine Partei ein typisches sprachliches Verhalten aufweisen?
3. Welche Unterschiede bestehen zwischen der Kanzlerrede, den Ministerreden und den Abgeordnetenreden?
4. Weisen die Parlamentsreden einen Mangel an politischen Inhalten auf?

Zum Bereich „Diskurs und Medien“:

1. Welche Textsorten wurden von der „Presse“ und der „Kronen Zeitung“ für die Darstellung der Regierungsangelobungsdebatte benutzt? Über welche Redner wurden Texte und welche Inhalte wurden den Rezipienten angeboten?
2. Wie wurden die Akteure und die Themen der Regierungsangelobungsdebatte von den Journalisten bezeichnet?
3. Kamen die Bezeichnungen für die jeweilige Wir-Gruppe und die Gruppe der Anderen durch die Mitglieder der fünf Parteien, die im Parlament vertreten waren, auch in der Medienberichterstattung zur Geltung?

4. Wie sah die wertende Wortwahl der Journalisten in Bezug auf die im Text erwähnten Akteure und Hauptthemen der Regierungsangelobungsdebatte aus?
5. Wurden wiedergegebene Rede und redeberichtende Verben (wertend oder neutral) in den Texten benutzt?
6. Ist die Pressesprache („Die Presse“ und „Kronen Zeitung“) ein Indiz für Tendenzen der Gegenwartssprache?
7. Wie werden „Attraktivmacher“ eingesetzt? Textverständlichkeit des Qualitätsjournalismus versus Boulevardjournalismus.

Die Antworten auf die aufgelisteten Fragestellungen werden durch die Analyse der Redebeiträge im Zusammenhang mit der im Kapitel 5 aufgelisteten Hypothese zur Strukturierung der Argumentation von Abgeordneten ergänzt.

Einerseits wird gezeigt, wie die Stellvertreter der unterschiedlichen Parteien ihre Redebeiträge während der Regierungsangelobungsdebatte vom 16.-17. Jänner 2007 gestaltet haben, andererseits wird die Analyse der Berichterstattung bezüglich der Debatte zeigen, welche Inhalte der Politikerreden und in welcher Form diese die Leser erreicht haben.

Nachdem in diesem Kapitel die journalistischen Textgattungen, die Möglichkeiten für Fremd- und Selbststeuerung journalistischer Qualität, die Repräsentation von Politik in den Medien und die Fragestellungen dieser Dissertation erläutert wurden, wird das nächste Kapitel näher auf die politischen Parteien in Österreich und den Textkorpus der Dissertation eingehen: die Regierungsangelobungsdebatte vom 16. und 17. Jänner 2007 und die Berichterstattung vom 17. Januar 2007 in den Tageszeitungen „Die Presse“ und „Kronen Zeitung“.

5. Politische Hintergründe und Textkorpus

Im ersten Teil dieses Kapitels werden die fünf Parteien, die nach der Nationalratswahl 2006 im österreichischen Parlament vertreten waren – SPÖ, ÖVP, die Grünen, FPÖ und BZÖ - mit deren Geschichte und Grundprinzipien vorgestellt. Das Ziel dieses kurzen politischen Überblicks, ist eine allgemeine Vorstellung über die politische Landschaft im Hohen Haus zu gewinnen. Die in dieser Arbeit benutzten Informationen stammen von den Internet Portalen der Parlamentsparteien, die eine umfassende Selbstdarstellung anbieten. Auf die Websites www.spoe.at, www.oevp.at, www.fpoe.at, www.gruene.at und www.bzoe.at wurde im Oktober 2008 zugegriffen.

Im zweiten Teil wird der Textkorpus – der Ablauf der Regierungsangelobungsdebatte - vom 16. -17. Jänner 2007 beschrieben.

Der dritte Teil des Kapitels „Politische Hintergründe und Textkorpus“ ist den ausgewählten Artikeln aus den Tageszeitungen „Die Presse“ und „Kronen Zeitung“ gewidmet.

5.1 Die Parteien

Die Sozialdemokratische Partei Österreichs (SPÖ)

Die Sozialdemokratische Partei Österreichs (SPÖ) wurde Ende des 19. Jahrhunderts von Victor Adler gegründet und zeichnet sich somit als die älteste Partei der Zweiten Republik aus (vgl. www.spoe.at). Die Grundsätze, für die sich die Partei entschieden seitdem bekennt lauten: Solidarität, Gerechtigkeit durch die gleichen Rechte und Chancengleichheit, Meinungsvielfalt.

Nach sieben Jahren in der Opposition erreichte die SPÖ mit dem Spitzenkandidaten Alfred Gusenbauer mit dem Wahlkampfslogan „Neue Fairness braucht das Land“ den ersten Platz bei den Nationalratswahlen am 01. Oktober 2006. 35,3 Prozent der Wählerinnen und Wähler haben ihre Stimme für die SPÖ gegeben. Die ÖVP bekam

34,2 Prozent, die Grünen wurden die drittstärkste Partei mit 11,05 Prozent der Wählerstimmen, gefolgt von der FPÖ mit 11,04 Prozent und dem BZÖ - 4,1 Prozent.

Am 11. Oktober 2006 erteilte der Bundespräsident Dr. Heinz Fischer dem damaligen SPÖ-Vorsitzenden Alfred Gusenbauer den Auftrag zur Bildung einer neuen Regierung. Gusenbauer kündigte an, mit der ÖVP über die Bildung einer Koalition verhandeln zu wollen.

Die „rot-schwarzen Gespräche“ erwiesen sich als äußerst schwierig. Im Zuge der Verhandlungen verließ die ÖVP für drei Wochen den Verhandlungstisch. Anfang 2007 einigten sich SPÖ und die österreichische Volkspartei schlussendlich auf ein Regierungsprogramm und ein Regierungsteam mit 20 Mitgliedern. Mit diesem Regierungsprogramm wollte die SPÖ einen Kurswechsel hin zu einer „sozialeren, faireren, gerechteren Politik für Österreich“ einleiten.

Am 11. Jänner 2007 wurde der Vorsitzende der SPÖ Alfred Gusenbauer von Bundespräsident Dr. Heinz Fischer zum 10. Bundeskanzler der Zweiten Republik angelobt.

Folgende Regierungsmitglieder des Kabinetts Gusenbauer (11. Jänner 2007 – 02. Dezember 2008) gehörten der SPÖ an:

- Dr. Alfred Gusenbauer – Bundeskanzler
- Doris Bures (gefolgt von Heidrun Silhavy) – Bundesministerin für Frauen, Medien und Regionalpolitik (bis 01.07.08)
- Dr. Maria Berger – Bundesministerin für Justiz
- Mag. Norbert Darabos – Bundesminister für Landesverteidigung
- Dr. Erwin Buchinger – Bundesminister für Soziales und Konsumentenschutz
- Dr. Claudia Schmied – Bundesministerin für Unterricht, Kunst und Kultur
- Werner Faymann – Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie

Und folgende Staatssekretäre:

- Mag. Andreas Schieder – Staatssekretär im Bundeskanzleramt
- Dr. Christoph Matznetter – Staatssekretär im Bundesministerium für Finanzen
- Christa Kranzl – Staatssekretärin im Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie

Österreichische Volkspartei (ÖVP)

Die ÖVP wurde am 17. April 1945 in Wien durch Leopold Kunschak (Obmann), Hans Pernter, Lois Weinberger, Leopold Figl, Julius Raab und Felix Hürdes gegründet (vgl. www.oepvp.at). Die Volkspartei distanzierte sich von ihrer Vorgängerpartei (1893-1933), der Christlichsozialen Partei, durch das Bekenntnis zur parlamentarischen Demokratie und zur österreichischen Nation. Als Grundsätze der ÖVP, die sich als christdemokratische Partei identifiziert, gelten heute: der liberale Rechtsstaat, die offene Gesellschaft und die ökosoziale Marktwirtschaft.

Die Regierungsmitglieder der ÖVP in dem Kabinett Gusenbauer sind im Folgenden aufgelistet:

- Mag. Wilhelm Molterer – Vizekanzler und Bundesminister für Finanzen
- Dipl. Ing. Josef Pröll – Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft
- Dr. Martin Bartenstein – Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit
- Günter Platter, Bundesministerium für Inneres bis 30. Juni 2008, später Dr. Maria Fekter
- Dr. Johannes Hahn – Bundesminister für Wissenschaft und Forschung
- Dr. Andrea Kdolsky – Bundesministerin für Gesundheit, Familie und Jugend

- Dr. Ursula Plassnik – Bundesministerin für europäische und internationale Angelegenheiten

Und folgende Staatssekretäre:

- Dr. Hans Winkler – Staatssekretär im Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten
- Dr. Reinhold Lopatka – Staatssekretär für Sport
- Christine Marek – Staatssekretärin im Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit

Die Grünen

Vor 20 Jahren als eine Protestpartei entstanden, sind die Grünen heute eine Gestaltungspartei in der österreichischen Politik und agieren im Hohen Haus. Bei der Nationalratswahl am 23. November 1986 erzielte „Die Grüne Alternative - Liste Freda - Meissner-Blau“ 4,8 Prozent der Stimmen. Damit gelang den Grünen mit acht Mandaten der erstmalige Einzug ins österreichische Parlament. (vgl. www.gruene.at)

Das zentrale Thema für die Grünen ist der Umweltschutz. Schon 1978 hatte die damalige Umweltbewegung bei der Volksabstimmung über Zwentendorf ihren ersten Sieg eingefahren. Heute ist ein atomfreies Österreich eine Selbstverständlichkeit.

Die Grünen Grundsätze lauten: ökologisch, solidarisch, selbstbestimmend, basisdemokratisch, gewaltfrei, feministisch.

Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ)

Die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) wurde als eine deutsch-nationale/wirtschaftsliberale Partei im Jahre 1956 gegründet und ist Nachfolgerin des Verbandes der Unabhängigen (VdU) (vgl. www.fpoe.at). VdU galt als ein Zusammenschluss unterschiedlicher Interessengruppen, allgemein „das Dritte Lager“ genannt. Dazu gehörten auch ehemalige Nationalsozialisten, die aufgrund des Entnazifizierungsgesetzes bei der ersten Nationalratswahl 1945 kein Wahlrecht besaßen. Bis in die 1970er Jahren bekam die FPÖ etwa 6 Prozent der Wählerstimmen.

Unter den Grundsätzen der FPÖ stehen: „Freiheit ist höchstes Gut“, „Menschenwürde ist unantastbar“, „Österreich zuerst“, „Recht auf Heimat“, „Christentum – Fundament Europas“, „Freie Marktwirtschaft“.

Erst im Jahre 1983 hatte die FPÖ als Juniorpartner der SPÖ eine Regierungsbeteiligung erreicht. 1986 übernahm Jörg Haider die Parteiführung. Die FPÖ erlebte in den folgenden Jahren einen Aufschwung und im Februar 2000 wurde die Partei ein Teil der Bundesregierung unter der Führung von Bundeskanzler Wolfgang Schüssel (ÖVP).

Die Regierungsbeteiligung der FPÖ rief heftige Proteste in Brüssel hervor, die außenpolitisch in den Sanktionen der übrigen 14 EU-Staaten gegen die Österreichische Bundesregierung gipfelten. Diese Proteste haben die schwarz-blaue Koalition grundsätzlich nicht gestört. Sie regierte bis 2005, bis Jörg Haider, die damalige Spitze der FPÖ, im April 2005 die Gründung der Partei Bündnis Zukunft Österreich (BZÖ) bekannt gab. Da nun dieser neuen politischen Partei auch alle FPÖ Minister (Vizekanzler und Verkehrsminister Hubert Gorbach, die Sozialministerin Ursula Haubner und die Justizministerin Karin Gastinger) der schwarz-blauen Koalition angehörten, wurde die Koalition folglich als schwarz-orange Koalition bezeichnet. Als Parteiobmann der FPÖ agiert seit Ende April 2005 Heinz-Christian Strache.

Bündnis Zukunft Österreich (BZÖ)

Das BZÖ ist die jüngste Partei Österreichs. Sie wurde im April 2005 von Jörg Haider und weiteren ehemaligen Mitgliedern der Freiheitlichen Partei Österreichs gegründet.

„Die Freiheit des Menschen ist das höchste Gut. Nur wer frei ist, ist ein selbst bestimmter Mensch. Freiheit kann nur im Rahmen einer Ordnung gedeihen. Dies ist für uns der demokratische Rechtsstaat.“ (vgl. www.bzoe.at). Dies ist die Grundposition des BZÖ. Die Partei ist nach eigenen Angaben einer „wert- und zukunftsorientierten Tradition“ verpflichtet. Unter den Grundsätzen des BZÖ sind: soziale Marktwirtschaft, Schutz der Heimat, Stärkung und Förderung der Kleinen- und Mittelunternehmen.

5.2 Untersuchungskorpus I – die Regierungsangelobungsdebatte vom 16. - 17. Jänner 2007

„Große Koalitionen stehen unter einem gewissen Generalverdacht“, so Bundeskanzler Dr. Alfred Gusenbauer in seiner Rede am 16. Jänner 2007 bei der Regierungsangelobungsdebatte und betonte, dass Koalitionen weder gut noch schlecht seien: „Es geht darum, was die beiden Partner leisten, wie sie miteinander umgehen, wie offen sie auch für Vorschläge und Initiativen der Opposition oder von außerhalb des Parlaments sind. Kurz, es geht darum, ob die Gefahren schlagend werden oder die Chancen einer solchen Zusammenarbeit genutzt werden.“

Das stenographische Protokoll der Sitzung des Nationalrates der Zweiten Republik vom 16. - 17. Jänner 2007, die dieser Regierungsangelobung gewidmet war, umfasst insgesamt 387 Seiten. In der Debatte kamen zahlreiche Themen vor. In dieser Dissertation wird nur das Hauptthema – die neue Regierung verfolgt. Somit kann das Textkorporus auf 129 Seiten reduziert werden: zu Wort kamen der Bundeskanzler, einige Mitglieder der Bundesregierung, alle Klubobmänner der fünf Parlamentsklubs und einige Redner pro Partei (siehe Anhang mit der Liste der RednerInnen). Es wurden alle Redebeiträge in Betracht gezogen, die an dem Tag auch die breite Öffentlichkeit via Fernsehen verfolgen konnte. Da die Sitzung durch den ORF in der Zeit von 9.05 bis 17 Uhr am 16. Jänner 2007 übertragen wurde, wurden vorab in den Parlamentsklubs Redezeitvereinbarungen getroffen.

Am Anfang der Sitzung wurden die Abgeordneten und die Regierungsmitglieder von der 1. Nationalratspräsidentin Barbara Prammer informiert, dass in der Präsidialkonferenz für diese Sitzung Konsens über eine Tagesblockzeit von „10 Wiener Stunden“ erzielt wurde: Die Sitzung hat dann immerhin 16 Stunden gedauert.

Für die Sitzung am 16. Jänner 2007 wurden folgende Redezeitvereinbarungen getroffen:

- Bundeskanzler 60 Minuten,
- je eine Wortmeldung pro Fraktion à 20 Minuten,
- Vizekanzler 30 Minuten,
- je eine Wortmeldung pro Fraktion à 12 Minuten,
- zwei Regierungsmitglieder à 6 Minuten,
- je eine Wortmeldung pro Fraktion à 5 Minuten,

- zwei Regierungsmitglieder à 6 Minuten,
- je eine Wortmeldung pro Fraktion à 5 Minuten,
- zwei Regierungsmitglieder à 6 Minuten,
- je eine Wortmeldung pro Fraktion à 4 Minuten,
- zwei Regierungsmitglieder à 6 Minuten,
- je eine Wortmeldung pro Fraktion à 4 Minuten,
- zwei Regierungsmitglieder à 6 Minuten,
- je eine Wortmeldung pro Fraktion à 4 Minuten,
- zwei Regierungsmitglieder à 6 Minuten,
- je eine Wortmeldung pro Fraktion à 4 Minuten.

Ferner wurde vereinbart, die Sitzung von 13 bis 13.15 Uhr zu unterbrechen. Während der Debatte achtete der vorsitzführende Nationalratspräsident darauf, dass die verbleibende Fernsehredezeit in den letzten Runden so aufgeteilt wurde, dass alle Redner gleichmäßig zu Wort kommen.

An dieser Plenarsitzung des Nationalrates nahmen insgesamt 109 Redner teil. Die Rederechte wurden nach der Stimmstärke der parlamentarischen Fraktionen vergeben: Der SPÖ wurden 41 Redner, der ÖVP 31 Redner, den Grünen 19 Redner, dem FPÖ 11 Redner und dem BZÖ 7 Redner zugestanden. Die Redezeit der Abgeordneten betrug zwischen 20 Minuten am Anfang und 4 Minuten – die letzten Debattenbeiträgen. Insgesamt dauerte die Nationalratssitzung von 9:05 Uhr am 16. Jänner bis 01:04 Uhr morgens am 17. Jänner 2007.

5.3 Untersuchungskorpus II – mediale Berichterstattung zur Angelobung in den Tageszeitungen „Die Presse“ und „Kronen Zeitung“

Dieser Untersuchungskorpus umfasst Beiträge und Kommentare aus zwei zentralen österreichischen Tageszeitungen - „Die Presse“ und „Kronen Zeitung“, die am 17. Jänner gedruckt worden sind. Warum gerade diese beiden Zeitungen aus der Medienlandschaft Österreichs ausgewählt wurden, ist bereits im Kapitel 2 angesprochen

worden. Dort wurden auch Fragen zu relevanten Mediendaten, dem jeweiligen Zielpublikum und der Blattlinie erläutert.

Grund für die getroffene Auswahl der Medien ist einerseits eine Qualitätstageszeitung wie „Die Presse“ zu beobachten und andererseits die „Kronen Zeitung“ als absoluten „Reichweitenweltmeister“ (Österreichische Media-Analyse 2007) zu untersuchen. Beide Zeitungen haben ein unterschiedliches Zielpublikum. Das Publikum eines Qualitätsmediums laut Haas (2005) besteht vornehmlich aus Informationseliten, die anspruchsvoll lesen wollen und gebildet, einkommensstark, urban, aktiv, außerdem politisch, kulturell und wirtschaftlich interessiert sind. Eine Qualitätszeitung erreicht zwar nicht die Massen, aber bietet dafür eine „*der Bedeutung des Ereignisses angemessene Berichterstattung*“ und leiste „*Orientierung durch Information*“ (vgl. Haas, 2005). Darüber hinaus besitze eine Qualitätszeitung einen Forum-Charakter. Es werden „*unterschiedliche Seiten eines Problems aufgezeigt, eine differenzierte Berichterstattung für Leser, die sich ihr eigenes Urteil bilden wollen.*“ (vgl. Haas 2005)

Einige dieser Merkmale sind auch in anderen Zeitungstypen (z. B. einem Mid-Market-Paper wie dem „Kurier“) zu finden, aber in einem bescheideneren Ausmaß. Diese Merkmale allerdings nur mehr in einem sehr geringen Ausmaß, besitzt auch die „Kronen Zeitung“, die laut Aussage des Herausgebers Hans Dichand eine „*Volkszeitung und kein Boulevardblatt*“ darstellt.

Laut Haas (2005) schlüpfe die „Kronen Zeitung“ in die Rolle der „*Sprecherin der kleinen Leute*“ und „*schafft es, dem Zeitungslesen das Anstrengende zu nehmen. Sie schreibt eine verständliche, unkomplizierte Sprache, verwendet kurze Sätze und ein allen vertrautes Vokabular*“ (vgl. Haas 2005).

Fidler (2004) beschreibt die Ausnahmehrscheinung „Kronen Zeitung“ mit folgenden Worten:

„*Diese Mischung aus treuherzigen Familiengeschichten, grimmigem Gebelle, xenophoben Ausfällen und kautziger Kolumnistenprosa ist natürlich nichts Besonderes. Sie gehört zu der klassischen Möblierung eines Boulevardblattes.*“
(Fidler, 2004, S. 43)

Wie schon angedeutet, es sind den Boulevardzeitungen durchaus Charakteristiken eigen, die Qualitätsjournalismus nicht automatisch ausschließen wie z. B. Aktualität, Verständlichkeit, Informationsgehalt, Aufmachung. Vom Qualitätsjournalismus aber klar zu unterscheiden sind bestimmt die verstärkte Emotionalisierung, das Unterhaltungsstreben und auch das Kleinformat eines Blattes wie der „Kronen Zeitung“.

Des weiteren sei, laut Haas (2005), in der „Kronen Zeitung“ die Orientierung am Alltag der Leser stärker ausgeprägt: die Angebote reichen dabei vom TV-Programm über Kleinanzeigen und Ankündigungen, von Gesundheits- und anderen Tipps bis hin zu Koch-Rezepten und einem täglichen Horoskop.

Welche Textgattungen „Die Presse“ und die „Kronen Zeitung“ am 17.Jänner 2007 benutzt haben, um ihre Aufgabe als berichterstattende Tageszeitungen wahrzunehmen, um den Rezipienten eine Orientierung über das Parlamentsgeschehen vom 16. – 17. Jänner 2007 anzubieten, wird diese Dissertation untersuchen.

Detailliert betrachtet wird noch auf Folgendes geachtet:

- den thematisch-inhaltlichen Aufbau eines jeden erschienen Artikels über die Regierungsangelobungsdebatte pro Textsorte unter Angabe der Wortanzahl für die einzelnen thematischen Abschnitte;
- die Auflistung der Bezeichnungen für Akteure und Handlungen, sowie auch direkte und indirekte Zitate für jeden Artikel pro Textsorte;
- Bezeichnungen für die jeweilige "Wir-Gruppe" und die Gruppe der "Anderen" durch die fünf Parteien, die im Parlament vertreten waren;
- Das Auftreten wertender Wortwahl in den wiedergegebenen Politikeräußerungen und im redaktionellen Diskurs in jedem Artikel pro Textsorte.

Darüber hinaus wird detailliert untersucht, welche Inhalte bezüglich der Parlamentsdebatte vom 16. - 17. Jänner 2007 bei der „Presse“ und „Kronen Zeitung“ im Hinblick auf das unterschiedliche Zielpublikum angeboten wurden um feststellen zu

können welche Inhalte aus der 16-stündigen Debatte journalistisch aufgegriffen wurden und in welcher Form diese Auswahl die Rezipienten erreichte.

6. Empirischer Teil – Untersuchung der Redebeiträge der Regierungsangelobungsdebatte vom 16. und 17. Jänner 2007

Im Rückblick auf die vorangegangenen theoretischen Überlegungen bezüglich der Argumentationsmodelle in der Politik bietet dieses Kapitel die empirische Untersuchung der Regierungsangelobungsdebatte vom 16. – 17. Jänner 2007 an. Die qualitative Untersuchung umfasst die Redebeiträge von Regierungsmitgliedern und Abgeordneten, die im Rahmen der ORF-Übertragung (9 bis 17 Uhr am 16. Jänner 2007 auf ORF 2) stattgefunden haben. Insgesamt waren es 31 Redner. Neun Redner gehörten der SPÖ an, 7 der ÖVP und je fünf Redner den Grünen, der FPÖ und dem BZÖ.

Die Redebeiträge werden nach der im Kapitel 3 vorgestellten Hypothese analysiert. Diese wurde in Anbetracht der angeführten Modelle politischer Sprachverwendung (Kapitel 3) formuliert und beruht auf der Überlegung, dass im Zuge einer Debatte Parlamentarier typischen kommunikativen Mustern folgen. Für eine geglückte politische Argumentation sind also folgende Bedingungen notwendig:

1. ein „Grundthema“;
2. die „sprachliche Kodierung“ dieses Themas;
3. die „Motivation“ und die Begründung dieses Themas,
4. die Definition bzw. Konstruktion der „Wir-Gruppe“;
5. „Beispiele aus der Vergangenheit“;
6. „Darstellung der möglichen Folgen bzw. der Zukunft“.

Im ersten Teil des dieses Kapitels werden die Ergebnisse der empirischen Untersuchung der Redebeiträge nach diesem Schema vorgestellt. Die Argumentationslinie wird tabellarisch sichtbar. Bei der Analyse der Redebeiträge werden zuerst die drei Kategorien für geglückte politische Argumentation behandelt, die sich auf der Wortebene realisieren: das Grundthema, die sprachliche Kodierung und die „Wir-Gruppe“.

Darüber hinaus wird innerhalb der Argumentationslinie die Abfolge der anderen drei Kategorien vorgestellt: die „Motivation“, die „Beispiele aus der Vergangenheit“ und die „Darstellung der möglichen Folgen“. Dabei ist zu bemerken, dass die erfolgende

empirische Untersuchung nur ein Versuch darstellt, die Redebeiträge in diese sechs Kategorien für geglückte politische Argumentation zu unterteilen. Oft lassen sich diese Kategorien nur bedingt trennen. Eine scharfe Trennung zwischen den Kategorien – besonders zwischen „Motivation“ und „Beispielen aus der Vergangenheit“ – ist nicht möglich. Die angebotene Untersuchung verdeutlicht aber deren Zusammenhang in der Argumentation eines Parlamentariers.

Der zweite Teil dieses Kapitels beinhaltet eine kurze Zusammenfassung der empirischen Untersuchung und Auflistung der beobachteten Tendenzen eines geregelten Streits im österreichischen Parlament. Ein detaillierter Vergleich der Argumentationslinien der fünf Parteien – SPÖ, ÖVP, die Grünen, FPÖ und BZÖ – und ein Vergleich zwischen den Argumentationslinien der Regierungsmitglieder und Nicht-Regierungsmitglieder folgt in Kapitel 7.

Als Grundlage für die Analyse wird das stenographische Protokoll der Regierungsangelobungsdebatte vom 16. – 17. Jänner 2007 genutzt. Dieses wurde der Verfasserin von der Parlamentsdirektion zur Verfügung gestellt.

Anbei ist die Darstellung der Reihenfolge der Parlamentarier, die zwischen 9 und 17 Uhr am 16. Jänner 2007 ihre Redebeiträge gehalten haben, mit deren Redezeit:

Bundeskanzler Dr. Alfred Gusenbauer (SPÖ) – 60 Minuten

Dr. Alexander Van der Bellen (Grüne) – 20 Minuten

Dr. Josef Cap (SPÖ) – 20 Minuten

Heinz-Christian Strache (FPÖ) – 20 Minuten

Dr. Wolfgang Schüssel (ÖVP) – 20 Minuten

Ing. Peter Westenthaler (BZÖ) – 20 Minuten

Mag. Wilhelm Molterer (ÖVP) – 30 Minuten

Dr. Eva Glawischnig-Piesczek (Grüne) – 12 Minuten

Renate Csörgits (SPÖ) – 12 Minuten

Barbara Rosenkranz (FPÖ) – 12 Minuten

Fritz Neugebauer (ÖVP) – 12 Minuten

Herbert Scheibner (BZÖ) – 12 Minuten

Bundesministerin Dr. Ursula Plassnik (ÖVP) – 12 Minuten

Bundesminister Mag. Norbert Darabos (SPÖ) – 12 Minuten

Dr. Kurt Grünwald (Grüne) – 5 Minuten
Dr. Caspar Einem (SPÖ) – 5 Minuten
Mag. Ewald Stadler (FPÖ) – 5 Minuten
Maria Rauch-Kallat (ÖVP) – 5 Minuten
Josef Bucher (BZÖ) – 5 Minuten
Bundesminister Dr. Erwin Buchinger (SPÖ) – 6 Minuten
Bundesminister Dipl.-Ing. Josef Pröll (ÖVP) – 6 Minuten
Mag. Brigid Weinzinger (Grüne) – 5 Minuten
Mag. Kurt Gaßner (SPÖ) – 5 Minuten
Herbert Kickl (FPÖ) – 5 Minuten
Ursula Haubner (BZÖ) – 10 Minuten
Wilhelm Haberzettl (SPÖ) – 7 Minuten
Werner Amon, MBA (ÖVP) – 8 Minuten
Karl Öllinger (Grüne) – 10 Minuten
Heinz-Christian Strache (FPÖ) – 8 Minuten
Bundeskanzler Dr. Alfred Gusenbauer (SPÖ) – 8 Minuten
Sigisbert Dolinschek (BZÖ) – 10 Minuten

6.1 Die Analyse der Redebeiträge

Bundeskanzler Dr. Alfred Gusenbauer (SPÖ) – 60 Minuten

Das Grundthema der Erklärung des neuen Bundeskanzlers Dr. Alfred Gusenbauer bildet die neue Bundesregierung und deren Vorhaben, die im Regierungsprogramm festgehalten sind. Alle weiteren Elemente der Argumentation beziehen sich auf diese zwei Aspekte des Grundthemas, die beide einen strittigen Charakter tragen.

Bei der Darstellung des Grundthemas informiert Dr. Gusenbauer 60 Minuten lang die Abgeordneten und, durch die Live-Übertragung auf ORF, auch die österreichische Bevölkerung. Dabei bewertet er die eigenen Vorhaben positiv bzw. macht für die eigene

Partei und für sich als neuen sozialdemokratischen Bundeskanzler Werbung. Die Argumentationslinie verläuft folgendermaßen: der Redner trägt seine Standpunkte vor und argumentiert diese ungehindert. Als bedingt störend können nur einige Zwischenrufe seitens der FPÖ und des BZÖ, zwei Geschenke für Gusenbauer von den selben Parteien sowie ein Transparent in den Reihen der Grünen mit der Abbildung eines Flugzeugs und dem Text „*Hier fliegt die Studiengebühr! Versprochen – gebrochen. SPÖ.*“ eingestuft werden.

Anbei ist die detaillierte Analyse des Redebeitrags:

Die sprachliche Kodierung

Tabelle 6.1

Sprachliche Kodierung	Ausgewählte verwendete Schlüsselworte:	Gesamtwortanzahl: 4 873
	<p>SPÖ-Schlüsselworte:</p> <ul style="list-style-type: none"> - faire Verhältnisse, eine gerechte Balance von Rechten und Pflichten - viel soziale Wärme und Sicherheit - ein soziales Klima der Geborgenheit - Arbeitslosigkeit bekämpfen - Gesundheitssystem weiterentwickeln und finanziell absichern sowie die Armutsbekämpfung intensivieren - die Beschäftigungschancen entsprechend erhöhen und damit die Jugendarbeitslosigkeit nachhaltig bekämpfen - soziale Sicherheit und Fairness - aktivierenden und modernen Sozialstaat - mehr Gerechtigkeit, mehr Sicherheit - ein höheres Maß an sozialer Fairness erzielen - die Armut, die es leider auch in Österreich noch immer gibt, bekämpfen - Einführung der bedarfsorientierten Mindestsicherung - umfassende medizinische Versorgung für alle Menschen - Studieren ohne Studienbeiträge - Chancengerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt, die Schließung der Einkommensschere zwischen Männern und Frauen, die Bekämpfung der Frauenarmut und geschlechtsspezifische medizinische Ansätze <p>Regierung – Schlüsselworte:</p> <ul style="list-style-type: none"> - das Wirtschaftswachstum ankurbeln - Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft unseres Landes erhöhen und eine solide Budgetpolitik verfolgen - mit einer offensiven Bildungs- und Forschungspolitik die Chancen sowohl für die Bürgerinnen und Bürger als auch für die Unternehmen verbessern - eine hohe Lebens- und Umweltqualität in unserem Land erhalten - ein höchstmögliches Maß an innerer und äußerer Sicherheit zum Schutz der Menschen sicherstellen - mit einer Staats- und Verwaltungsreform Demokratie und Grundrechte stärken sowie die innere Struktur des Landes für die 	

	<p>Anforderungen des 21. Jahrhunderts ausstatten</p> <ul style="list-style-type: none"> - aktiv und umfassend in der Europäischen Union mitwirken sowie die internationale Zusammenarbeit generell stärken und uns für den Frieden in der Welt als oberstes Ziel einsetzen - intensive Programme zur Förderung des wirtschaftlichen Wachstums - soziale und ökologisch nachhaltige Marktwirtschaft im fairen Wettbewerb - die Weiterentwicklung und Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes im Rahmen der europäischen Partnerschaft für Wachstum und Beschäftigung - Investitionen in den öffentlichen Verkehr - der Luftfahrtstandort Österreich soll weiterentwickelt werden - die Verkehrssicherheit - Stärkung des Medien- und Filmstandortes Österreich - die drei Säulen des „Grünen Pakts“: dem Bergbauernprogramm, einem flächendeckenden Umweltpogramm und der Investitionsoffensive, um die österreichischen Landwirte in ihrer Wettbewerbsfähigkeit zu stärken - Kampf gegen den Klimawandel - die Anhebung der Sportaktivität in der Bevölkerung, die Sicherung der Finanzierung des gemeinnützigen Sports - Staats- und Verwaltungsreform - Kampf gegen illegale Migration und Schlepperkriminalität 	
--	---	--

Zwecks Übersichtlichkeit ist nur ein Bruchteil der verwendeten Stichworte in dieser Tabelle (und auch in der Analyse der anderen Redebeiträge) dargestellt. Die sprachliche Kodierung wurde in zwei Teilen dargestellt, die im Zusammenhang mit den beiden Hauptrollen, die Alfred Gusenbauer verkörpert, zu sehen sind: einerseits als SPÖ-Mitglied und andererseits als Bundeskanzler. Der eine Teil beinhaltet die politischen Inhalte der Sozialdemokratie wie „soziale Wärme“, „moderner Sozialstaat“, „Armutsbekämpfung“, „Arbeitsplätze sichern“ und der andere Teil beinhaltet die Schlüsselworte, die die wichtigsten Bereiche des Regierungsabkommens zusammenfassen wie „Staats- und Verwaltungsreform“, „Investitionen im öffentlichen Verkehr“, „Luftraumüberwachung“.

Insgesamt beinhaltet der Redebeitrag 46 028 Wörter, von denen mehr als ein Zehntel (10,5 Prozent) ca. 4 873 Wörter als „sprachliche Kodierung“ identifiziert wurden. Prinzipiell ist dies eine gute Voraussetzung für eine leichtere Erkennbarkeit des Redners als Sozialdemokrat. Diese Wiedererkennung fällt den Wählerinnen und Wählern allerdings nicht sehr leicht, weil Gusenbauer nicht als Parteivorsitzender der SPÖ (Stand Jänner 2007) auftritt, sondern als Bundeskanzler einer SPÖ-ÖVP Regierung agiert und auch Inhalte der Volkspartei, die im Regierungsprogramm festgehalten sind präsentiert. Dadurch verliert das Profil der SPÖ zugunsten der rot-schwarzen Koalition entscheidend an Schärfe.

Konstruktion von „Wir-Gruppen“

Tabelle 6.2

Konstruieren der Wir-Gruppe	Ausgewählte konstruierte Gruppen:	Wortanzahl:
	Ich	26
	Wir/die neue Regierung und Wir/die SPÖ in der neuen Regierung	146
	Wir als Österreicher	19
	Wir Parlamentarier	8
	Sozialdemokratische Fraktion/SPÖ	2
	ÖVP	-
	Die Grünen	-
	FPÖ	-
	BZÖ	-

Im Kapitel 3 wurde angenommen, dass die Definition einer „Wir-Gruppe“ nur in Bezug auf eine „Fremd-Gruppe“ erfolgen kann (nach Nowak/Wodak/De Cillia 1990). Darüber hinaus wird die eigene Partei positiv bewertet, Werbung betrieben und Solidarität mit den Kollegen gezeigt (nach Holly 1990).

In seinem Redebeitrag konstruiert der Bundeskanzler mit unterschiedlicher Intensität mehrere „Wir-Gruppen“: die am deutlichsten bezeichnete Gruppe ist „Wir-die-neue Regierung“. Sie ist mit Abstand die häufigste „Wir-Gruppe“ in dieser Rede. Diese Gruppe besteht aber aus zwei Parteien: SPÖ und ÖVP. Somit legt der Bundeskanzler mehr Wert auf die Nennung der „Wir-Gruppe“ der neuen Regierung als auf die Profilierung der eigenen sozialdemokratischen Partei.

Dahinter folgt die Gruppe „Wir – der Souverän/Bürgerinnen und Bürger/Wählerinnen und Wähler/Österreicherinnen und Österreicher“ und am seltendsten wurde die Gruppe „Wir - Parlamentarier/Politiker“ verbal konstruiert.

Es ist interessant die Benutzung der Personalpronomen „Wir“ und „Ich“ in diesem Redebeitrag quantitativ zu beobachten: 110 Mal benutzt der Bundeskanzler das Personalpronomen „Wir“ und vier Mal weniger, 26 Mal, sagt er „Ich“. Somit verdeutlicht Gusenbauer, dass er sich in der Rolle des Bundeskanzlers als eine konsolidierende Person für alle Österreicherinnen und Österreicher versteht. Andererseits schadet dies der Schärfung seines eigenen Profils als Politiker und Parteiobmann der SPÖ. Die positive Bewertung der neuen Regierung und die Solidarität mit allen Regierungsmitgliedern rücken in den Vordergrund. Die Person des Bundeskanzlers tritt in den Hintergrund.

Argumentationslinie – die Kategorien der Vergangenheit, der Motivation und der Zukunft

Anmerkung: Aufgrund der Länge der Redebeiträge werden bei den darauf folgenden Darstellungen der 31 Redebeiträge die Inhalte aus den Reden in Form verkürzender Paraphrasen bzw. Zitate angeboten. In der Spalte „Wortanzahl“ wird hingegen die tatsächliche Anzahl der benutzten Worte angegeben.

Tabelle 6.3

Argumentations schema	Kurze Paraphrase der Inhalte bzw. Zitate aus der Rede von Dr. Alfred Gusenbauer (SPÖ)	Gesamtwort anzahl
Beispiele aus der Vergangenheit	Die Sozialdemokratische Partei und die Österreichische Volkspartei vereinbarten eine Zusammenarbeit für die nächsten vier Jahre.	474
Darstellung der möglichen Folgen bzw. der Zukunft	Gusenbauer beschreibt, was die Menschen in Österreich wollen: die Chancen haben, sich zu entwickeln, auf eigenen Beinen zu stehen und ihr Leben so zu leben, wie sie sich das vorstellen.	171
Beispiele aus der Vergangenheit	Das Land ist gut und reich. „Dennoch haben nicht wenige Menschen den Eindruck, dass es ihnen nicht so besonders gut geht...“	81
Darstellung der möglichen Folgen bzw. der Zukunft	„Die Aufgabe der Politik ist es, für die Zukunft so viel an Chancen für die Menschen zu schaffen, wie es geht, und überall dort Schutz und Sicherheit zu geben, wo es möglich ist...“ Wir werden das Wirtschaftswachstum ankurbeln und die Arbeitslosigkeit bekämpfen...“	273
Motivation	Die beste Voraussetzung für ein selbstbestimmtes, eigenverantwortlich geführtes Leben ist Arbeit.	19
Darstellung der Zukunft	„...wollen wir die Arbeitslosigkeit deutlich senken...“	59
Motivation	Zu diesem Zweck wird auf intensive Programme zur Förderung des wirtschaftlichen Wachstums gesetzt.	32
Darstellung der möglichen Folgen bzw. der Zukunft	Es wird die Arbeitslosigkeit reduziert und die Qualität am Arbeitsplatz erhöht. Es werden spezielle Maßnahmen zugunsten der kleinen und mittleren Unternehmen gesetzt. Im Bereich der Forschung, Innovation und Technologie wird ein Sprung nach vorne gemacht.	493
Motivation	„Eine moderne Infrastrukturpolitik ist unverzichtbare Voraussetzung für den Erfolg des Wirtschaftsstandorts und damit für die Schaffung neuer Arbeitsplätze.“	20
Darstellung der Zukunft	Die neue Regierung will die Optimierung des österreichischen Verkehrssystems erreichen.	78
Motivation	„Der öffentliche Verkehr ist in Ballungszentren für die Mobilität der Menschen und die wirtschaftliche Entwicklung entscheidend.“	29
Darstellung der möglichen Folgen	„Wir werden das Angebot des öffentlichen Verkehrs attraktiver machen.“ Es sind viele Investitionen in den öffentlichen Verkehr vorgesehen.	98
Motivation	„Diese Bundesregierung bekennt sich zu einer soliden und nachhaltigen Budget- und Finanzpolitik, die über einen Konjunkturzyklus hinweg ausgeglichen bilanziert.“	103
Darstellung der möglichen Folgen	„Diese Zielsetzung verlangt Disziplin. Spielräume für steuerliche Entlastungen sollen erarbeitet werden und müssen vor dem	177

bzw. der Zukunft	Hintergrund leistbar sein...“	
Motivation	„Wenn wir einen aktivierenden und modernen Sozialstaat haben wollen, muss er eben den jeweiligen aktuellen Anforderungen entsprechen, und er muss handlungsfähig, das heißt gesichert finanziert sein.“	53
Darstellung der möglichen Folgen bzw. der Zukunft	Die Pensionen werden der älteren Generation ein Leben in Würde ermöglichen. Die Regierung ist übereingekommen, dass keine Pensionistin, kein Pensionist mehr unter der Armutsgrenze leben muss.	318
Beispiele aus der Vergangenheit	„Österreich hat eines der besten medizinischen Versorgungssysteme der Welt.“	13
Motivation	„Die Bundesregierung bekennt sich zur umfassenden medizinischen Versorgung für alle Menschen, unabhängig von Alter und Einkommen.“	55
Darstellung der möglichen Folgen	Die Prävention und die Gesundheitsförderung wird verstärkt. Die Integration von ambulanter und stationärer Versorgung vorangetrieben.	214
Motivation	Bildung ist der wichtigste Schlüssel für die erfolgreiche Zukunft des Landes und auch für die erfolgreiche Gestaltung des individuellen Lebens.	32
Darstellung der möglichen Folgen bzw. der Zukunft	Alle Kinder und Jugendlichen des Landes ohne Ausnahme werden entsprechend ihren Begabungen, Interessen und Neigungen optimal gefördert.	136
Motivation	Ziel ist das beste Schulsystem für die Kinder, weil von ihrer Ausbildung die Zukunft des Landes und der Gesellschaft abhängt.	74
Darstellung der möglichen Folgen bzw. der Zukunft	Es werden ganztägige Schulformen und Betreuungseinrichtungen bedarfsgerecht ausgebaut, die individuelle Förderung sowie die Integration mit dem Schwerpunkt Spracherwerb verstärkt.	146
Motivation	Universitäten, Hochschulen und Forschungsstätten prägen das gesellschaftliche Leben in Österreich.	35
Darstellung der möglichen Folgen bzw. der Zukunft	Für die Förderung der Studierenden wird das Studienbeihilfensystem weiter ausgebaut und die bereits existierenden Kreditmodelle sowohl bekannter gemacht als auch erweitert.	101
Motivation	„Ich verstehe die Betroffenheit bei denjenigen, die sich erwartet haben, dass die Studiengebühren gänzlich abgeschafft werden, aber ich bekenne mich dazu, dass man in einer Regierung auch Kompromisse schließen muss, selbst wenn man weiter gehende Vorstellungen hat.“ Gusenbauer verkündet selber Nachhilfestunden geben zu wollen.	137
Darstellung der Zukunft	Der Bundeskanzler verkündet weitere Pläne: über Frauenpolitik, Förderung von Migranten, Erhöhung der Familienbeihilfe, Kunst, Kultur, Medien etc.	869
Beispiele aus der Vergangenheit	„Der österreichische Weg einer ökologischen Landwirtschaft ist europaweit einzigartig (...) Die österreichischen Lebensmittel genießen einen hervorragenden Ruf.“	15
Darstellung der möglichen Folgen bzw. der Zukunft	Es wird auch weiterhin für die Gentechnikfreiheit unserer Landwirtschaft gekämpft, im Umweltbereich wird ein deutlicher Schwerpunkt mit engagiertem Kampf gegen den Klimawandel gesetzt.	364
Motivation	Sicherheit hat viele Dimensionen. „Ich nenne nur die soziale Dimension, die Sicherheit und den Schutz vor Lebensrisiken, wie ihn der moderne Sozialstaat bietet und damit zum sozialen Zusammenhalt wesentlich beiträgt.“	54
Beispiele aus der Vergangenheit	Österreich ist eines der sichersten Länder der Welt.	35
Darstellung der möglichen Folgen bzw. der Zukunft	Die Exekutive wird die bestmögliche Ausstattung für ihre Arbeit zur Verfügung haben, „die Ausbildung der Polizistinnen und Polizisten wird, aufbauend auf die bisher gesetzten Schritte, weiter professionalisiert werden.“	116

Motivation	Integration steht vor Neuzug und liegt in der Gesamtverantwortung der Bundesregierung und aller Gebietskörperschaften.	89
Darstellung der möglichen Folgen bzw. der Zukunft	Zentrale Aufgabe bleibt der Kampf gegen illegale Migration und Schlepperkriminalität. Ein besonderes Anliegen für Gusenbauer ist es die Menschenrechte, Demokratie und Toleranz in Österreich und international zu stärken.	150
Motivation	Ausreichende Ressourcen für die Justiz sind die Grundlage für Rechtsstaat und Menschenrechte.	63
Darstellung der möglichen Folgen bzw. der Zukunft	„Die gelebte soziale Zusammengehörigkeit und Solidarität von Menschen – sei es auf der Grundlage von Ehe, Lebensgemeinschaft oder Patchworkbeziehungen – in der Rechtsordnung“ wird berücksichtigt.	220
Motivation	Wohnen ist wie Arbeit, Bildung und Gesundheit ein Grundbedürfnis und muss deshalb leistbar und qualitativ hochwertig sein.	17
Darstellung der möglichen Folgen	Es werden das leistungsfähige gemeinnützige Wohnungswesen unterstützt, die Wohnbauförderung beibehalten etc	121
Motivation	„Kein noch so hoch gerüstetes Militär kann der Sicherheit Österreichs im selben Maße dienen wie der politische Integrationsprozess in Europa.“	60
Beispiele aus der Vergangenheit	„Österreich hat eine vorzügliche Tradition im politischen und zivilen Krisenmanagement, aber auch bei der Stabilisierung internationaler Krisenherde mit militärischen Mitteln.“	100
Motivation	„Sinn und Qualität des europäischen Integrationsprozesses werden den Österreicherinnen und Österreichern nur dann nachvollziehbar sein, wenn sie eine tatsächliche Verbesserung ihrer Lebensumstände erfahren können.“	83
Darstellung der möglichen Folgen bzw. der Zukunft	Die Bundesregierung wird sich „dafür einsetzen, dass auch auf europäischer Ebene der Steigerung des Wirtschaftswachstums, der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, der Entwicklung sozialer Standards mehr Nachdruck verliehen wird“.	164
Motivation	Spezielles Engagement verdient die Zusammenarbeit mit Österreichs unmittelbaren Nachbarn.	9
Darstellung der Zukunft	„Österreichs Rolle im Zentrum Europas soll wesentlich gestärkt werden.“	237
Beispiele aus der Vergangenheit	Gusenbauer verkündet, dass er sich freue die Regierungserklärung vorstellen zu dürfen und betont, dass er 15 Jahre lang als Parlamentarier gearbeitet hat.	103
Darstellung der möglichen Folgen bzw. der Zukunft	Die Bundesregierung „wird den engen Austausch mit dem Parlament pflegen, und sie wird insbesondere auch mit den Oppositionsparteien und deren Abgeordneten einen intensiven Dialog führen“.	195
Motivation	„Diese Bundesregierung ist die an Mitgliedern jüngste österreichische Bundesregierung aller Zeiten (...) und sie ist jene mit dem höchsten Anteil von Frauen.“	53
Darstellung der möglichen Folgen bzw. der Zukunft	Gusenbauer und seine Kolleginnen und Kollegen werden für Österreich „alles tun, damit es in vier Jahren noch besser, noch solidarischer, noch chancen- und noch zukunftsreicher dasteht als heute“.	72

Wie die oben angeführte Tabelle ersichtlich macht, ist die Kategorie „Darstellung der möglichen Folgen bzw. der Zukunft“ die stärkste – diese wurde 22 Mal angerissen. Danach folgt „Motivation“ (19 Mal); die „Beispiele aus der Vergangenheit“ wurden nur sieben Mal von dem neuen Bundeskanzler verwendet.

Wie im Kapitel 3 angenommen dient in der Argumentationslinie die „Darstellung der möglichen Folgen“ dazu die eigenen Ideen zu unterstützen und die Ideen des politischen Gegners zu widerlegen: Im Redebeitrag des Bundeskanzlers geht es vor allem darum die SPÖ-ÖVP-Regierungsbildung zu unterstützen und das Regierungsprogramm vorzustellen. Weniger wird auf die Ideen der politischen Gegner (Grüne, FPÖ und BZÖ) eingegangen. Gusenbauer, als führendes Regierungsmitglied, pflegt während der Angelobungsdebatte das Personalpronomen „Wir“ entweder als „Wir - alle ÖsterreicherInnen“ oder als „Wir - die Bundesregierung“ darzustellen. Als Parteiobmann der SPÖ vermeidet er es, den Koalitionspartner ÖVP direkt anzugreifen. Möglicherweise würden sonst diese Angriffe von den Abgeordneten übernommen. Die Bundesminister der SPÖ und der ÖVP sprechen daher keine Kritik gegeneinander aus sondern präsentieren sich als ein Regierungsteam. Die Kritik aneinander wird den Klubobmännern und den Abgeordneten der beiden Regierungsparteien überlassen. Ob tatsächlich die Aggressionsebene höher wird, zeigen die Analysen der darauf folgenden Redebeiträge.

In Bezug zum Grundthema „Regierungsübereinkommen“ erläutert Gusenbauer im Rahmen der Argumentationskategorie „Motivation“, wie es zu dieser Regierungsbildung gekommen ist, verteidigt zugleich die Entscheidung für die große Koalition und beschreibt als notwendig die im Regierungsprogramm vorgesehenen Maßnahmen.

Gusenbauer betont die Notwendigkeit dieser Koalition und erwähnt, dass die beiden Verhandlungspartner sich im Klaren sind, „*welche Verantwortung sie gegenüber dem Souverän, tragen. Das Wahlergebnis war Auftrag zur Kooperation, wenn man eine stabile Bundesregierung haben will*“.

Ab diesem Zeitpunkt konstituiert der Bundeskanzler die neue Bundesregierung auch sprachlich: „*wir haben zwischen der SPÖ und ÖVP eine Zusammenarbeit für die nächsten vier Jahre vereinbart – mit einem sehr ambitionierten Programm, das die Handschrift beider Parteien trägt*“.

Alfred Gusenbauer konzentriert sich voll und ganz auf die Zukunft: die Kategorie „Beispiele aus der Vergangenheit“ kommt am seltensten im Redebeitrag Gusenbauers vor – nur sieben Mal. Um das Grundthema mit weiteren „Beispielen aus der Vergangenheit“ zu unterstützen, spricht der Bundeskanzler „ein offenes Wort“: „*Große*

Koalitionen stehen unter einem gewissen Generalverdacht“. Um diesen zu entschärfen, schlägt der Redner vor: „Denken wir doch zurück“, und stellt fest, „es hat Zeiten gegeben, in denen große Koalitionen tatsächlich Großes geleistet haben“. Als Beispiele werden der Wiederaufbau des Landes nach der „Katastrophe des Nationalsozialismus“ oder „der Beitritt Österreichs zur Europäischen Union“ aufgelistet.

Zusammenfassung:

Die „sprachliche Kodierung“ ist mit 10,5 Prozent stark präsent.

Bei den „Wir-Gruppen“ benutzt Gusenbeuer zu wenig „Ich“ und zu viel „Wir-die-neue-Regierung“.

Bei der Argumentationslinie ist die stärkste Kategorie die „Darstellung der möglichen Folgen bzw. der Zukunft“, es folgen „Motivation“ und „Beispiele aus der Vergangenheit“.

Abgeordneter Dr. Alexander Van der Bellen, Klubobmann der Grünen – 20 Minuten

Wortgewaltig steigt Alexander Van der Bellen in die Debatte ein: „Nun, Herr Bundeskanzler – zweifellos für Sie persönlich ein großer Tag, aber irgendwie bleibe ich uninspiriert zurück durch diese Rede.“ Laut dem Klubobmann der Grünen ist das Hauptthema, das Regierungsprogramm, „ein Programm der enttäuschten Hoffnungen“. Er vermisste eine „große Vision“. Darüber hinaus fragt Van der Bellen: „...Wo ist der große Wurf, den eine große Koalition durchaus schaffen könnte? Das vermissen die Menschen zu Recht.“

Anbei die detaillierte Analyse seines Redebeitrages:

Die sprachliche Kodierung

Tabelle 6.4

Sprachliche Kodierung	Ausgewählte verwendete Schlüsselworte: <ul style="list-style-type: none"> - Bildungspolitik, bessere Schulen, engagierte Technologie- und Innovationspolitik - Universitäten - eine Rekonstruktion des sozialen Netzes in Österreich - klassische Sozialpolitik, aktive Arbeitsmarktpolitik, die Steuer- und Abgabenpolitik in Österreich - Klimaveränderung, Klimaveränderung, Klimaerwärmung - Pensionsreform - Forschungs- und Entwicklungsprogramm - Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energie - im Verkehr sanfte Mobilität gewährleisten - Kyoto-Ziel - moderne ökosoziale Energiepolitik - moderne Steuer- und Abgabenpolitik - Integration und Zuwanderung 	Gesamtwortanzahl: 105
-----------------------	---	--------------------------

Als Klubobmann der Grünen stellt Van der Bellen Schlagworte wie „Klimaveränderung“, „Klimaschutz“ und „moderne ökosoziale Energiepolitik“ prominent zur Schau – auf diesen Begriffen bauen die Grünen ihre Kernbotschaften auf. Der Redner nimmt aus den Inhalten des Hauptthemas „Regierungsangelobungsdebatte“ jene Inhalte heraus, die die Grünen bei ihren Wählerinnen und Wählern erkennbar machen und stellt die Vorhaben der Regierung den eigenen Vorschläge in diesen Punkten gegenüber. Weitere Akzente der Grünen sind die „Bildung“, „Integration und die Zuwanderung“, „die Pensionsreform“.

Die Wortanzahl beträgt 2 672 Wörter, von denen 105 als „sprachliche Kodierung“ identifiziert wurden – dies sind 3,9 Prozent.

Konstruktion von Wir-Gruppen

Tabelle 6.5

Konstruieren der Wir-Gruppe	Unterschiedliche Gruppen: <ul style="list-style-type: none"> Ich Wir, die Grünen Abgeordneten Wir als Österreicher Wir Parlamentarier Die Opposition SPÖ, Bundeskanzler Gusenbauer, Klubobmann Cap ÖVP, Karl-Heinz Grasser, ÖVP als Koalitionspartner 	Wortanzahl:
	Ich	32
	Wir, die Grünen Abgeordneten	4
	Wir als Österreicher	6
	Wir Parlamentarier	5
	Die Opposition	2
	SPÖ, Bundeskanzler Gusenbauer, Klubobmann Cap	12
	ÖVP, Karl-Heinz Grasser, ÖVP als Koalitionspartner	7

FPÖ BZÖ Die Menschen	- - 6
----------------------------	-------------

Mit originellen Wortbildungen schafft es der Grünen-Abgeordnete die Regierungsparteien schnell und wirkungsvoll zu qualifizieren und sich selbst als politischer Entscheidungsträger in Szene zu setzen. Seine Selbst-Definition lautet: „*Ich bin ein Lobbyist der Universitäten*“. Van der Bellen nutzt 37 Mal das Personalpronomen „Ich“. Im Vergleich dazu erscheint die Erwähnung der „Grünen“ mit nur 4 Mal als gering. Es ist nicht auszuschließen, dass hier die Tendenz der Parteien, sich auf eine Person zu reduzieren, die in der Öffentlichkeit immer erkennbar ist. Im Fall von Alexander Van der Bellen trifft diese Tendenz zu: er verkörpert viele Funktionen in der Partei der Grünen: Parteiobmann und Sprecher, Klubobmann im Parlament.

In seinem Redebeitrag agiert der Klubobmann der Grünen als Sprecher der Österreichrinnen und Österreicher – sechs Mal wurde die „Wir-ÖsterreicherInnen-Gruppe“ von Van der Bellen konstruiert. Darüber hinaus versteht sich der Redner als Sprecher der Menschen - diese werden sechs Mal genannt z. B. „*Die Menschen wurden in ihren Hoffnungen enttäuscht.*“

In diesem Zusammenhang kann auch die häufige Nennung der zwei Regierungsparteien (oder deren Stellvertreter wie Gusenbauer, Cap, Grasser) erklärt werden: die SPÖ wurde 12 Mal erwähnt, denn diese Partei wurde häufiger von Van der Bellen kritisiert, und die ÖVP sieben Mal. So ist für alle Zuhörer einerseits die Abgrenzung der Grünen zu den beiden Koalitionsparteien sichtbar und andererseits klar herausgestellt wer dieses kritikwürdige Regierungsabkommen zu verantworten hat.

Um sich kategorischer von den Regierungsparteien abzugrenzen, konstruiert der Redner zwei Mal auch die Wir-Gruppe der Opposition („*Der Opposition wird sicher nicht fad werden in den kommenden zwei, drei Jahren.*“) - ohne die FPÖ oder das BZÖ zu nennen.

Argumentationslinie – die Kategorien der Vergangenheit, der Motivation und der Zukunft

Tabelle 6.6

Argumentations schema	Kurze Paraphrase der Inhalte bzw. Zitate aus der Rede von Dr. Alexander van der Bellen (Die Grünen)	Wortanzahl
Beispiele aus der Vergangenheit	Für den Bundeskanzler persönlich ist es zweifellos ein großer Tag, aber die Menschen wurden in ihren Hoffnungen enttäuscht.	527
Darstellung der möglichen Folgen bzw. der Zukunft	Eine große Koalition hat sich großen Problemen zu widmen, große Würfe zu schaffen oder auch etwas Unpopuläres am Anfang ihrer Regierungszeit machen.	36
Motivation	„Da wird ein bisschen vor sich hin verwaltet, dahinadministriert...“ Die neue Regierung lässt die Routine walten und hat ein Glaubwürdigkeitsproblem.	162
Darstellung der möglichen Folgen bzw. der Zukunft	Der Bundeskanzler wird gebeten, die nächsten Tage nicht „damit zu verbringen, den Abgeordneten dieses Hauses über die Medien schllichte Unwahrheiten zu sagen“.	67
Beispiele aus der Vergangenheit	Van der Bellen zitiert eine Stellungnahme von Dr. Gusenbauer zu den Studiengebühren, wo dieser meinte, dass es sich bei der Ersetzung der Studienbeitrages um keinen Sozialdienst handelt.	185
Darstellung der möglichen Folgen	Nicht nur die Grünen sondern auch Teile der SPÖ „werden ja nicht müde, die Abschaffung der Studiengebühren weiter zu fordern“.	65
Beispiele aus der Vergangenheit	Die Forderung nach einer Abschaffung der Studiengebühren, die auch in einem Antrag vom Abgeordneten Broukal zu finden ist, ist korrekt.	42
Darstellung der Zukunft	Es werden die Abgeordneten im Saal ersucht, diesem Antrag von Broukal zuzustimmen.	83
Beispiele aus der Vergangenheit	Die Regierung hat nicht nur für die Studenten, sondern auch für Forschungs- und Entwicklungsprogramme viel zu wenig Geld zur Verfügung gestellt.	255
Darstellung der möglichen Folgen bzw. der Zukunft	Für 2010 sind die Studierenden, die Lehrenden und die Forscher an den Universitäten im Stich gelassen – die vorgesehenen 400 Millionen sind unzureichend.	209
Motivation	Wesentliche Zukunftschancen Österreichs werden seitens der Regierung nicht rasch genug und nicht energisch genug angegangen.	115
Beispiele aus der Vergangenheit	Für den Klimaschutz und die Energiepolitik hat die neue Regierung „einige gute Ziele in Ihr Programm hineingeschrieben, aber kaum Maßnahmen“.	120
Darstellung der Zukunft	„Diese Ziele werden wir nicht erreichen, wenn Sie keine Maßnahmen setzen!“	11
Beispiele aus der Vergangenheit	SPÖ und ÖVP haben die Arbeitsmarktchancen in diesem Bereich der neuen Energiepolitik übersehen.	323
Darstellung der möglichen Folgen	„Das wird eine schöne Bescherung geben! Der Opposition wird sicher nicht fad werden in den kommenden zwei, drei Jahren“	84
Motivation	Es gibt keine guten Programme seitens der Regierung, auch keine guten Lösungen für Integration und Zuwanderung. Es gibt positive Maßnahmen wie im Schulbereich und Kindergartenbereich, aber es fehlt das Geld dafür.	212

Sieben Mal widmet sich Van der Bellen in seiner Rede der Zukunft, aber mit quantitativ weniger Worten als bei den „Beispielen aus der Vergangenheit bzw. Gegenwart“, die

sechs Mal vorkommen. Zum einen sind diese vergangenheitsbezogenen Beispiele mit der Medienberichterstattung verbunden, was dazu verhilft die Begründung des „Grundthemas“ glaubhafter zu realisieren. Dies sind Medien wie „*Der Spiegel*“, „*Die Zeit*“, die „*Financial Times*“ und der „*Economist*“. Van der Bellen meint: „*Alle internationalen Medien sprechen über Klimaveränderung (...) Die ganze Welt diskutiert darüber*“, nur die neue Regierung habe für dieses Thema im Programm keine einzige Maßnahme vorgesehen.

Andererseits ist die Quantität der vergangenheitsbezogenen Beispiele mit den gebrochenen Versprechen der SPÖ und den Inhalten im Regierungsprogramm erklärbar. Der Redner meint, weil Wahlversprechen nicht gehalten wurden, habe die „*Regierung Gusenbauer I ein Glaubwürdigkeitsproblem*“. Untermauert wird dieses Statement auch mit einem Zitat aus einem Interview des neuen Bundeskanzlers im „*Standard*“ vom 13. Jänner 2007. Auf die Frage „*Der Sozialdienst ist damit vom Tisch? Sie haben auch von Arbeit in einem Hospiz gesprochen.*“ antwortet Gusenbauer: „*Es ist nie um Sozialdienst gegangen. Das ist eine frei erfundene Behauptung.*“

Laut Van der Bellen war einige Tage später in einer Presseerklärung der Regierungsparteien „*ausdrücklich von Leistungen und Hospizdienst die Rede*“. In diesem Fall nutzt Van der Bellen sehr gekonnt das unpräzise Statement des Bundeskanzlers um ihn als unglaublich darzustellen.

Bei der „Darstellung der möglichen Folgen“ gibt der Klubobmann der Grünen mit kurzen Statements keinen erfreulichen Ausblick in die Zukunft: Studenten, Forscher und Lehrende werden im Stich gelassen, die Klimaziele werden nicht erreicht, Arbeitsplätze im Bereich erneuerbare Energie werden übersehen und für Integration sind auch keine guten Programme von der neuen Regierung vorgesehen.

Zusammenfassung:

Die „sprachliche Kodierung“ ist mit 3,9 Prozent wesentlich geringer im Vergleich zu Gusenbauer (10 Prozent). Die Schlüsselworte machen die Grünen erkennbar.

Die „Wir-Gruppe“ der Grünen ist erfolgreich konstruiert: ohne viele Nennungen der Partei selbst wird diese inhaltlich von den anderen abgegrenzt.

Die Argumentationslinie ist ausgewogen: sieben Mal tritt „Darstellung der möglichen Folgen“, sechs Mal jeweils die Kategorie „Beispiele aus der Vergangenheit“ und „Motivation“ auf.

Abgeordneter Dr. Josef Cap (SPÖ) – Klubobmann der SPÖ – 20 Minuten

Am Anfang seines Redebeitrags spricht Cap den vorangegangenen Redner an: „*Gott sei Dank habe ich einen Kaffee getrunken, bevor Sie gesprochen haben. Also, ein Inspirationsfeuerwerk war das nicht (...) Das bloße Kritisieren ist natürlich auf Dauer auch zu wenig*“.

Die Regierungsbildung und das Regierungsübereinkommen sind als Hauptthemen des Beitrags „*positiv*“ eingestuft und werden als Ausdruck des Willens „*für Österreich das Beste zu machen*“ präsentiert. Während des ganzen Cap-Redebeitrags benutzt dieser vorwiegend das Wort „*positiv*“ um sein Grundthema zu bezeichnen.

Anbei ist die detaillierte Analyse des Redebeitrages:

Die sprachliche Kodierung

Tabelle 6.7

Sprachliche Kodierung	Ausgewählte verwendete Schlüsselworte:	Gesamt wort anzahl: 143
	<ul style="list-style-type: none"> - kleine und mittlere Unternehmer, kleine und mittlere Einkommen fördern und unterstützen - die Situation der hinterlassenen österreichischen Staatsfinanzen - Klassenschülerhöchstzahl 25 - Studiengebühren - Regelungen für alleinerziehende Mütter - Kreditmodell, Ausbau und Förderung der Stipendien - die Armut bekämpfen, die Armutbekämpfung - eine solidarische Gesellschaft, eine solidarische Leistungsgesellschaft - die bedarfsorientierte Mindestsicherung - der Sozialbereich - Veränderungen bei den Pensionen - Flexibilisierung des Kindergeldes - der gesamte Gesundheitsbereich, keine Zweiklassenmedizin - Bildungsbereich, Vorschulbereich - die Staats- und Verwaltungsreform - Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik - Kampf gegen die Arbeitslosigkeit 	

Im Vergleich zu der Gesamtwortanzahl des Redebeitrages von Josef Cap – 3 007 Wörter - ist der Anteil der verwendeten Schlüsselwörter, die die Inhalte der Sozialdemokraten darstellen, gering – 143 Wörter oder 4,7 Prozent. Der „*Kampf gegen die Armut*“ ist ein Beispiel für ein typisches sozialdemokratisches Thema, welches Cap wiederholt und das ihn als SPÖ-Politiker erkennbar macht.

Cap legt viel Wert auf die inhaltliche Abgrenzung vom Koalitionspartner ÖVP. In Bezug auf die Gesamtschule meint er, dass dafür „*wahrscheinlich in der ÖVP noch eine andere Generation nachwachsen muss, um diese Veränderung auszulösen*“.

Dieser Redner ist der erste Abgeordnete einer Regierungspartei, der es wagt, den Koalitionspartner zu attackieren: In Bezug auf die Handlungsfähigkeit der österreichischen Staatsfinanzen erwähnt Cap mehrmals, dass die Sachlage oft wiederholt werden muss damit sich die „*Zuschauerinnen und Zuschauer*“ mit der Ernsthaftigkeit der Situation im Klaren sind. Diese Worte sind auch für das Fernsehpublikum (ORF 2 hat die Debatte von 9 bis 17 Uhr live übertragen) gedacht und nicht nur für die Abgeordneten und Zuschauer im Parlament bestimmt.

Im Unterschied zum Bundeskanzler, der als eine konsolidierende Figur die Regierungsbildung und die Regierungserklärung agierte, spart der zweite SPÖ-Redner die mehrmalige direkte Kritik an der ÖVP. Er kündigt an, bezüglich des neuen „*Regierungskonsenses*“: „*wir werden da nicht locker lassen*“ und meint damit, dass das Regierungsprogramm zwar die Basis darstellt, die konkreten Ausführungen der einzelnen Punkte aber Diskussionspotential haben.

Statements wie „*Wir wollen keine Zweiklassenmedizin*“ oder „*den Staat bürger näher machen, die Verwaltung kostengünstiger organisieren*“ tragen eine SPÖ-Handschrift und weisen darauf hin, dass der Redner der SPÖ angehört.

Konstruktion von Wir-Gruppen

Tabelle 6.8

Konstruieren der Wir-Gruppe	Unterschiedliche Gruppen:	Wortanzahl:
	Ich	65
	Wir als Sozialdemokraten, als Regierungspartei	28
	Wir als Österreicher	-
	Wir Parlamentarier	7
	ÖVP	5
	Heinz-Christian Strache, FPÖ	2
	Peter Westenthaler (BZÖ), die Orangen	2
	Die Grünen, Alexander Van der Bellen	6
	Bürgerinnen und Bürger	8

Die bei der „sprachlichen Kodierung“ festgestellte Tendenz, dass die SPÖ bestrebt ist sich vom Koalitionspartner abzugrenzen, nimmt auf der Ebene der „Wir-Gruppen“-Konstruktion von Josef Cap noch einmal zu. Der SPÖ-Klubobmann ist 28 Mal bemüht – wie auch aus der Tabelle ersichtlich die eigene Partei als eine erkennbare „Wir-Gruppe“ verbal zu zeichnen.

Ein Grund dafür sind die „*hinterlassenen Staatsfinanzen*“ – eine Tatsache, die mit den ÖVP-Regierungen seit dem Jahr 2000 eng verbunden ist.

FPÖ und BZÖ werden kaum erwähnt, sehr wohl aber sechs Mal die Grünen. Ein Grund dafür ist der Wunsch von Cap, Themen der Grünen, die sein Vorredner Van der Bellen angesprochen hat, sozialdemokratisch zu besetzen. In diesem Zusammenhang meint Cap: „*Da schlägt der Teil meines Herzens, der total grün ist, höher, wenn ich mir diesen Energie-, Umwelt- und Landwirtschaftsteil anschaue. Das ist ja wie ein grünes Grundsatzprogramm.*“

Cap schärft fleißig das Profil der Partei, die „*einen neuen Stil*“ pflegt und eine „*deutliche sozialdemokratische Handschrift*“ im Regierungsprogramm hinterlassen hat, vergisst aber auch nicht das eigene Bild am deutlichsten zu malen: 65 Mal hört man das Personalpronomen „Ich“ während seines Redebeitrages.

Argumentationslinie – die Kategorien der Vergangenheit, der Motivation und der Zukunft

Tabelle 6.9

Argumentations schema	Kurze Paraphrase der Inhalte bzw. Zitate aus der Rede von Dr. Josef Cap (SPÖ)	Gesamtwortanzahl
Beispiele aus der Vergangenheit	Der Redner erinnert sich an die Aussage von Van der Bellen in „NEWS“ vom 2. November, wo er sagt: „Es muss eine große Koalition geben.“	161
Motivation	Cap meint, dass Van der Bellen jetzt kritisiert, ist aber „eine Art Geburtshelfer der großen Koalition“, sein Wunsch ist in Erfüllung gegangen.	43
Beispiele aus der Vergangenheit	Es wird auch Heinz-Christian Strache zitiert, der in einem Interview mitgeteilt hat, dass nur die SPÖ-ÖVP Koalition möglich und lebensfähig wäre.	190
Motivation	Die im Regierungsübereinkommen fixierten Arbeitsgruppen sind nichts Schlechtes und dienen der Präzisierung und Konkretisierung.	162
Beispiele aus der Vergangenheit	Herr Professor Van der Bellen hat eine sehr harte Analyse auch des wirtschaftlichen Teiles getätigt.	17
Motivation	Die vorige Regierung hat die österreichischen Staatsfinanzen nicht in gutem Zustand hinterlassen.	72
Beispiele aus der Vergangenheit	In den letzten sieben Jahren ist Karl-Heinz Grasser „quasi als selbsternannter Sparefroh mit dem Zweispitz durch die	45

	Innenpolitik gehüpft“ und hat dauernd gesagt, welch tolle Sparpolitik er macht.	
Motivation mit Beispielen aus der Vergangenheit	Cap erachtet das als erwähnenswert, weil es ein Budgetdefizit gibt, weil die ÖBB und die ASFINAG Schulden haben, weil die Situation des Familienlastenausgleichs nicht zufriedenstellend ist.	294
Beispiele aus der Vergangenheit	Bezüglich der Studiengebühren hat sich der neue Unterrichtsminister in einem Interview sich für die Förderung und Ausweitung der Stipendien engagiert.	42
Darstellung der möglichen Folgen bzw. der Zukunft	Der Redner fragt den neuen Minister was er während der Informationsveranstaltungen an den Unis den enttäuschten Studenten sagen wird.	242
Motivation	Die neue Regierungskonstellation drückt sich auch in diesem Regierungsprogramm in vielen Kapiteln sehr deutlich aus.	39
Beispiele aus der Vergangenheit	Bald nach den Wahlen, als die neue Regierung noch nicht gebildet gewesen war, hatte es schon eine Veränderung gegeben, was den Ausgleichszulagenrichtsatz betrifft.	107
Motivation	Die bedarfsorientierte Mindestsicherung als einen Bezug für Faulpelze zu verleumden, ist eine bewusste Irreführung.	92
Beispiele aus der Vergangenheit	Die SPÖ führte Diskussionen z. B. über die eingetragene Partnerschaft oder die Frage der Gesamtschule „für die in der ÖVP noch eine andere Generation nachwachsen muss“, um an diesen Diskussionen teilzunehmen.	100
Darstellung der möglichen Folgen bzw. der Zukunft	Die SPÖ wird „nicht lockerlassen“ und im Rahmen der Legislaturperiode wird weiter bezüglich der Inhalte des Regierungsabkommens verhandelt.	80
Motivation	Das Regierungsprogramm ist als besonders positiv hervorzuheben. Es gibt einen neuen Umgang mit dem Parlament, einen neuen Umgang mit den Oppositionsparteien, eine Stärkung der Kontroll- und Minderheitsrechte.	60
Beispiele aus der Vergangenheit	Manche Bürgerinnen und Bürger haben SPÖ gewählt, manche ÖVP gewählt, aber auch manche die drei Oppositionsparteien gewählt.	21
Darstellung der Zukunft	Es wird mehr Transparenz der Arbeit im Parlament geben.	194
Beispiele aus der Vergangenheit	Cap ist sehr unglücklich darüber, wie über die Regierungsverhandlungen berichtet worden ist, als ob diese ein Pokerspiel oder ein Kampf seien.	182
Darstellung der möglichen Folgen bzw. der Zukunft	Auch wenn die Nachredner das Regierungsprogramm kapitelweise durchgehen und meinen „da hätten wir vielleicht noch mehr an Finanzen mobilisieren können“, dann sollen diese nicht vergessen, was der Grund dafür ist.	40
Motivation	Es ist mehr als herzeigbar, dass das Regierungsbereinkommen eine deutliche sozialdemokratische Handschrift trägt und nicht dem alten Regierungsabkommen ähnelt.	54
Beispiele aus der Vergangenheit	BZÖ hat „nur im Liegen regiert“ und diese Tatsache gar nicht so richtig gesehen. Jetzt sind Inhalte wie Sozialstaat und Frauen da.	90
Motivation	„Das sind lauter nicht nur symbolische Fortschritte, das sind auch positive Inhalte.“	12
Beispiele aus der Vergangenheit	Es wurde die Flexibilisierung des Kindergeldes vereinbart, auch Verbesserungen im gesamten Gesundheitsbereich, um eine Zweiklassenmedizin zu vermeiden.	253
Motivation	„Es ist ein gutes Regierungsbereinkommen und auf dieser Basis soll jetzt gearbeitet werden.“	231

Quantitativ überwiegen bei diesem Redebeitrag die „Beispiele aus der Vergangenheit“ bzw. aus der Gegenwart. Dies steht im engen Zusammenhang mit dem „Hauptthema“, dem „Regierungsübereinkommen“, das zu diesem Zeitpunkt schon schriftlich festgelegt worden ist. In seiner Rede bemüht sich Cap „*die sozialdemokratische Handschrift*“ dieses Programms zu unterstreichen. Cap meint, dass das neue Abkommen mehr SPÖ-Inhalte bzw. Inhalte des Koalitionspartners ÖVP habe als damals das Regierungsübereinkommen ÖVP-BZÖ und stellt damit die eigene Partei auf ein Niveau mit dem BZÖ, das ja der wesentlich kleinere Koalitionspartner gewesen ist und nicht wie die SPÖ im Jahr 2006 die Wahlen gewonnen hat.

Um eine Aussage seines Vorrredners Van der Bellen zu widerlegen, benutzt Cap gleich am Anfang seines Redebeitrages ein Zitat aus dem Magazin „NEWS“ vom 2. November in dem dieser der Meinung war: „... *Es muss eine große Koalition geben. So ist das Wahlergebnis.*“ Daraus zieht Cap den Schluss, der Klubobmann der Grünen sei „*eine Art Geburtshelfer der großen Koalition*“. Dies ist auch ein Beispiel für ein Statement, das als „Attraktivmacher“ bezeichnet werden kann und bei dem eine hohe Wahrscheinlichkeit besteht, dass es in den Medien zitiert wird.

„*Bei längerem Nachschauen*“, meint Cap weiters, habe er auch eine ähnliche Aussage von dem Klubobmann der FPÖ Heinz-Christian Strache gefunden. Dieser hätte gemeint: „*Es ist nun einmal die einzige Zweierkoalition, die möglich ist, und jede andere Koalition halte ich nicht für lebensfähig.*“ Worauf Cap sich an Strache wendet: „*Danke für diese nette Aussage! (...) Solch eine Opposition kann man sich nur wünschen.*“

Die „Motivation“ ist nach den „Beispielen aus der Vergangenheit“ die Kategorie mit zweithöchster Quantität. Der Grundtonor lautet: „*Es ist ein gutes Regierungsabkommen.*“

Erst danach kommt die „Darstellung der möglichen Folgen“, eine Argumentationskategorie, die bei Cap am seltensten vorkommt, z. B um bekannt zu geben, dass die SPÖ einige Inhalte aus dem Regierungsabkommen nachverhandeln wolle.

Zusammenfassung:

Die „sprachliche Kodierung“ ist niedriger im Vergleich zu Gusenbauer und beträgt 4,7 Prozent.

Bei den „Wir-Gruppen“ ist ein starker Akzent auf SPÖ als Regierungsmitglied erkennbar. Die Persönlichkeit des Redners steht auch im Vordergrund.

Bei der Argumentationslinie tritt die Kategorie „Beispiele aus der Vergangenheit“ verstärkt auf, gefolgt von „Motivation“ und „Darstellung der Zukunft“.

Abgeordneter Heinz-Christian Strache (FPÖ) – Klubobmann der FPÖ – 20 Minuten

Das „Grundthema“ - Regierungsbildung - behandelt Strache als erstes mit einer Aktion: er hebt eine Tafel in die Höhe, auf der unter anderem zu lesen ist „ÖVP-Mitgliedschaft auf Lebenszeit für Alfred Gusenbauer“. Dann überreicht er diese Tafel dem Bundeskanzler und letzterer sagt: „Danke! Danke!“ Der Grundton der Rede lautet: die SPÖ hat ihre Wahlversprechen gebrochen. Als einzige Partei hält die FPÖ das Wort.

Anbei ist die detaillierte Analyse des Redebeitrages:

Die sprachliche Kodierung

Tabelle 6.10

Sprachliche Kodierung	Ausgewählte verwendete Schlüsselworte:	Gesamtwortanzahl: 193
	<p>Schlüsselworte FPÖ:</p> <ul style="list-style-type: none"> - den Globalisierungswahnsinn, den Europäische-Unions-Wahnsinn endlich gestoppt wird - der Mineralölsteuer - die Zuwanderungsproblematik ist ein Problem - Ablehnung des EU-Beitritts der Türkei - verbindliche Volksabstimmungen - direkte Demokratie braucht das Land - ein besseres und schärferes Asylgesetz - ein Sozialstaat für Staatsbürger, nicht für Menschen, die zu uns zuwandern, ab dem ersten Tag - ein Staatsbürger hat mehr Rechte zu erhalten und zu haben als jemand, der zuwandert - nicht jeder darf Familienbeihilfe und Kinderbeihilfe bekommen, diese sollen nur Staatsbürgern vorbehalten sein, bis hin zu sozialen Wohnungen - Familienentlastungsoffensive für Staatsbürger - ein Entlastungspaket für kleinere und mittlere Gewerbebetriebe <p>Schlüsselworte neue Regierung:</p> <ul style="list-style-type: none"> - die gegebenen Wahlversprechen - Studiengebühren abschaffen - die Eurofighter werden nicht abbestellt - die Grundsicherung - Bildungsbereich - 25 Schüler pro Klasse - der Nulldefizit-Fetischismus - eine Belastung steht den Bürgern bevor 	

6,6 Prozent macht die Verwendung von „sprachlicher Kodierung“ bei der Rede von Heinz-Christian Strache aus – bei einer Gesamtwortanzahl von 2 881 Wörtern sind nur 193 als „sprachlich kodiert“ identifiziert.

Darüber hinaus lassen sich diese Wörter in zwei Kategorien unterteilen: einerseits in eine „Kodierung“, die die Freiheitliche Partei für die Wählerinnen und Wähler erkennbar macht, wie z. B. „*Sozialstaat für Staatsbürger*“ oder „*ein schärferes und besseres Asylgesetz*“ und andererseits sind Schlüsselworte aufgelistet, die sich auf die neue Regierung beziehen, wie z. B. „*gebrochene Wahlversprechen*“, „*Studiengebühren*“ und „*Eurofighter*“. Diese Schlüsselworte werden für eine möglichst effektive Kritik für die neue Bundesregierung benutzt.

Konstruktion von Wir-Gruppen

Tabelle 6.11

Konstruieren der Wir-Gruppe	Unterschiedliche Gruppen:	Wortanzahl:
	Ich	18
	Wir, die Freiheitlichen	15
	Wir als Österreicher	3
	Wir Parlamentarier	2
	SPÖ, Gusenbauer, Cap	24
	ÖVP, Pröll, Molterer, Plassnik, Bartenstein	23
	Die Grünen	1
	Das BZÖ	-
	Staatsbürger, die ÖsterreicherInnen, die BürgerInnen	17

Bei der Wir-Gruppenbildung ist Strache bemüht primär die zwei Regierungsparteien SPÖ und ÖVP scharf zu kritisieren. Einzelne Regierungsmitglieder nennt er häufiger als die Freiheitliche Partei. Der neue Bundeskanzler Gusenbauer wird als „*der erste ÖVP-Bundeskanzler mit rotem Parteibuch*“ genannt. Er tätige einen „*Ausverkauf der SPÖ*“. Solche Statements sind typisch für Strache und klingen wie zur direkten Übernahme durch die Medien vorgefertigt. Weiters ist diese Rede reich an einprägsamensich reimenden Botschaften, z. B. „*Kanzler mit Titel ohne Mittel*“. Auch Klischees werden wiederholt, wie z. B. „*der Sandkastentraum des Dr. Gusenbauer*“ oder gängige freiheitliche Sager wie „*Europäische-Unions-Wahnsinn*“.

Die neue Regierung habe „*zu wenig zum Leben, aber zu viel zum Sterben*“. SPÖ habe „*die Pensionisten verraten*“ und sei für die Skandale bei der BAWAG und im ÖGB

verantwortlich: „*Das werden die Interessen der Sozialdemokratie zu Grabe getragen. Das sozialistische Gewissen wird zu Grabe getragen.*“ Auffällig bei diesem Redebeitrag sind die Wiederholungen – wie einen Refrain spricht Strache mehrmals die Schwächen der SPÖ aus und gleich danach ladet er „*alle Menschen ein, die zu Recht von Ihrem Verhalten enttäuscht sind, in Zukunft ein Stück des Weges mit uns Freiheitlichen zu gehen*“.

Trotz öfterer Benennung der Regierungsparteien bleibt die eigene Freiheitliche Partei nicht unerkennbar für die Wählerinnen und Wähler. „*Wir haben als einzige Partei in diesem Haus Wort gehalten*“, meint Strache. Nur die Freiheitlichen „*halten Wort*“. Das sei die Stärke der FPÖ, betont der Redner und weiter: „*Wenn ich etwas sage, dann weiß man, dass man sich darauf verlassen kann.*“

Auch das eigene Profil vernachlässigt Strache nicht – 18 Mal kommt das Personalpronomen „Ich“ vor.

Argumentationslinie – die Kategorien der Vergangenheit, der Motivation und der Zukunft

Tabelle 6.12

Argumentations schema	Kurze Paraphrase der Inhalte bzw. Zitate aus der Rede von Heinz-Christian Strache (FPÖ)	Gesamtwort anzahl
Motivation mit Beispielen aus der Vergangenheit	Gusenbauer hat sich einen Kindertraum erfüllt. Die SPÖ hat „alle Kleider bei den Regierungsverhandlungen ausgezogen“. Heute ist Gusenbauer ein „ÖVP-Fighter“.	534
Beispiele aus der Vergangenheit	„Es hat sich inhaltlich zu vorher an der Programmatik nichts geändert – bis auf die Grundsicherung...“ Nur FPÖ hat bei diesen Wahlen Wort gehalten.	278
Motivation	Das Programm der neuen Regierung hat „zu wenig zum Leben, aber zu viel zum Sterben für die Bürger in diesem Land. Das ist der Inhalt, und das ist für viele zu Recht enttäuschend“.	49
Beispiele aus der Vergangenheit	Ein „prominentes SPÖ-Mitglied wie Androsch sagt, dass Bruno Kreisky sich im Grab umdrehen würde“. Viele Menschen haben sich die Füße für die SPÖ abgelaufen und sind enttäuscht.	212
Motivation mit Beispielen aus der Vergangenheit	„Ich lade alle Menschen ein, die zu Recht enttäuscht sind, in Zukunft ein Stück des Weges mit uns Freiheitlichen zu gehen, denn bei uns kann man sich über eines gewiss und sicher sein: Wir halten Wort!“	194
Beispiele aus der Vergangenheit	Es werden unterschiedliche Auslandsreisen von Gusenbauer aufgelistet z. B. „das Swimmingpool-Planschen bei Millionärsfreunden auf Mallorca, während Österreich im Hochwasser versunken“ ist.	392
Motivation	Ein Zivildiener ist Verteidigungsminister geworden und ist unzuverlässig, wenn es um die Verteidigung des Landes geht.	160

Beispiele aus der Vergangenheit	Statt Wehrdienst zu leisten war Gusenbauer in Nicaragua Kaffeepflücken. Auch andere Politiker wie Wolfgang Schüssel und Karl-Heinz Grasser waren vom Wehrdienst befreit.	107
Motivation mit Beispielen aus der Vergangenheit	FPÖ steht zu ihren inhaltlichen Themen, die sie im Wahlkampf vertreten haben. Strache vermisst im Regierungsprogramm essenzielle Themen wie die Zuwanderungsproblematik.	209
Darstellung der möglichen Folgen bzw. der Zukunft	Es wird eine direkte Demokratie gebraucht, z. B. verbindliche Volksabstimmungen, „damit man so eine Regierungslähmung, die sich mit diesem Programm schon am Beginn der Periode abzeichnet, von Seiten der Bevölkerung durchbrechen kann“ und die Bevölkerung die Chance hat, wenn eine Regierung nicht bereit ist, die Interessen der Bevölkerung umzusetzen, im Rahmen einer Volksabstimmung die Regierung zu zwingen, gewisse Inhalte umzusetzen.	90
Motivation mit Beispielen aus der Vergangenheit	Strache zitiert eine Studie, die von Experten der Bank Austria gemacht worden ist, und einige Maßnahmen der neuen Regierung als nicht optimal darstellt.	392
Darstellung der Zukunft	Der Sozialstaat soll nur ein Anliegen für Staatsbürger sein, nicht für Menschen, die nach Österreich zuwandern.	247

Bei diesem Redebeitrag ist es nicht möglich auch nur bedingt die „Motivation“ von den „Beispielen aus der Vergangenheit“ zu trennen – diese zwei Kategorien überwiegen bei Straches Rede, in der nur zwei Mal in Richtung Zukunft geblickt wird.

Interessant ist, dass die Entscheidung des Redners, Handlungen der SPÖ mit Meinungen von Prominenten SPÖ-Politikern zu widerlegen. Der Redner kommt auf die Worte von Hannes Androsch zurück, einem Ex-SPÖ-Minister und Industriellem, der „*sagt, dass Bruno Kreisky sich im Grab umdrehen würde*“ wenn er die Koalition mit der ÖVP und die neue Regierung erblicke. Strache betont, dass Gusenbauer Kreisky immer als Vorbild genannt habe: „*enttäuschend*“ sei dies, nur „*enttäuschend*“.

Und noch ein Beispiel – diesmal werden Worte „*eines ehemaligen SPÖ-Bundeskanzlers Sinovatz*“ zitiert. Dieser sagte: „*Die Partei ist alles, und ich bin nichts!*“ Laut Strache hat Gusenbauer diese Worte seines Parteigenossen umgedreht: „*Er (Gusenbauer) ist alles, und die Partei zählt gar nichts mehr*“.

Eine sehr bildhafte Sprache wurde bei der Kritik an dem neuen Bundeskanzler Gusenbauer verwendet: dieser bevorzugte „*das Swimmingpool-Planschen bei Millionärsfreunden auf Mallorca, während Österreich im Hochwasser versunken ist*“.

Nicht nur Gusenbauer, die ganze SPÖ wird von Strache heftig und für die Zuhörer einprägsam kritisiert. Um auf die gebrochenen Wahlversprechen der SPÖ hinzuweisen, bringt Strache in Erinnerung, dass vor der Wahl die SPÖ „*Sozialfighter statt Eurofighter!*“ plakatiert habe und nennt in diesem Zusammenhang den Bundeskanzler „*einen ÖVP-Fighter*“, dessen Partei „*ihr Hemd abgelegt*“ habe. Der FPÖ-Chef zieht

einen „Wort-Striptease“ durch, um die Handlungen der SPÖ darzustellen: Mit den Studiengebühren wurde die Hose abgelegt, mit den Eurofightern das Hemd, mit der Mineralölsteuer hat die SPÖ die „roten Socken“ und am Ende „bei den Eurofightern haben Sie die Unterhose abgelegt“.

„Alle Kleider sind ausgezogen, alle Inhalte sind abgelegt, aber Hauptsache, man ist Bundeskanzler: ein Bundeskanzler, der in Wirklichkeit Untermieter der ÖVP ist“. Die bildreiche Sprache von dem Klubobmann der FPÖ geht noch weiter: „Hauptmieter ist in dem Fall Wilhelm Molterer (...) dort, wo Molterer drauf steht, ist immer Schüssel drinnen (...) das sind die Zwillinge der ÖVP.“

Was die Kategorie „Darstellung der möglichen Folgen“ betrifft – diese ist selten in der Rede vertreten, hat aber einen Akzent. Es sei „alles offen“ so sieht Strache das Programm der neuen Regierung und skizziert die Freiheitlichen Vorstellungen für die Zukunft: mehr direkte Demokratie damit die Staatsbürger die Regierung zwingen können ihre Interessen umzusetzen und Österreich zum Sozialstaat für Staatsbürger werde.

Zusammenfassung:

Die „sprachliche Kodierung“ beträgt 6,6 Prozent. Die Schlüsselworte sind in zwei Kategorien geteilt: in solche, die die FPÖ erkennbar machen und solche, die die Kritik der neuen Regierung ermöglichen.

Bei den „Wir-Gruppen“ werden zwei deutliche Gruppen - die Regierungsparteien SPÖ und ÖVP - verstärkt genannt, und die „Wir-Gruppe“ der Freiheitlichen.

Bei der Argumentationslinie treten stark die „Beispiele aus der Vergangenheit“ hervor, gefolgt von der „Motivation“ und - mit Abstand - der „Zukunft“.

Abgeordneter Dr. Wolfgang Schüssel (ÖVP) – Klubobmann der ÖVP – 20 Minuten

Das Grundthema ist, wie bei allen anderen 31 Rednern während der Parlamentsdebatte vom 16. Jänner 2007, die Bildung der neuen Regierung. In seinem Beitrag ist Schüssel

bemüht die gute Arbeit seiner beiden Regierungen darzustellen und die „Erfolgsgeschichte“ Österreichs sichtbar zu machen.

Anbei ist die detaillierte Analyse:

Die sprachliche Kodierung

Tabelle 6.13

Sprachliche Kodierung	Ausgewählte verwendete Schlüsselworte:	Gesamtwortanzahl: 144
	<ul style="list-style-type: none"> - die Erfolgsgeschichte Österreichs - Österreich ist eines der sichersten Länder der Welt - in Österreich ist die ökologische Landwirtschaft europaweit einzigartig - Österreich hat eines der besten medizinischen Versorgungssysteme der Welt - Österreich hat ein bewährtes System der sozialen Sicherheit und Fairness - das österreichische Pensionssystem ist eines der besten der Welt - für eine rot-weiß-rote Zukunft arbeiten - Investitionen in die Bildung - Europa ist ein rot-weiß-rotes Anliegen - gemeinsam das soziale Netz festigen - erstklassige medizinische Bildung - Ausbau der Infrastruktur 	

7,7 Prozent des Gesamtwortlautes der Rede von Wolfgang Schüssel (1 861 Wörter) bestehen aus „sprachlichen Kodierung“. Der Ex-Bundeskanzler betont die ÖVP relevanten Themen und bewertet die gegenwärtige Situation im Land vor allem in folgenden Bereichen positiv: Sicherheit, Gesundheitssystem, Pensionssystem, Europapolitik, Bildung, Wirtschaft und Landwirtschaft. Somit sensibilisiert er die Abgeordneten und die Zuhörerinnen und Zuhörer dafür, wie viel Positives seine Regierungen gebracht haben, denn das Resultat diene jetzt als Grundlage für die neue Koalition.

Konstruktion von Wir-Gruppen

Tabelle 6.14

Konstruieren der Wir-Gruppe	Unterschiedliche Gruppen:	Wortanzahl:
	Ich	16
	Wir, die ÖVP	20
	Wir als Regierung	15
	Wir als Österreicher	11
	Wir Parlamentarier	8
	SPÖ, der sozialdemokratische Regierungspartner	3
	Die Grünen, Prof. Alexander Van der Bellen	2
	FPÖ	-
	BZÖ	-
	Die Menschen, die BürgerInnen	6

Keine Erwähnung der Opposition, nur Konzentration auf die neue Regierung und die „Erfolgsgeschichte“ Österreichs, die den beiden ÖVP-Regierungen seit dem Jahr 2000 zu verdanken ist. Die am deutlichsten konstruierte Gruppe ist „Wir-die ÖVP“ und gleich danach kommt die Person des Redners – 20 Mal hat sich Schüssel um das ÖVP-Wir und 16 Mal um das eigene „Ich“ bemüht. Bemerkenswert ist es, dass Schüssel die Gruppe „Wir-die ÖVP“ von der Gruppe „Wir-die neue Regierung“ getrennt hat.

Letztere tritt auch ziemlich häufig – 15 Mal als „Regierungs-Wir“ – auf, aber im Unterschied zu Cap geht Schüssel nicht auf direkte Konfrontation mit dem Koalitionspartner, aber sorgt für Klarheit. Die Worte von Josef Cap, der die „*Situation der Staatsfinanzen*“ kritisiert hat, dienen Schüssel dazu, die Verdienste der ÖVP hervorzuheben. „*Die Staatsfinanzen im Jahr 1999*“, als die ÖVP von der SPÖ das Staatsruder übernommen hatte, seien schlechter gewesen. „*Wir übergeben ein Budgetdefizit, das ein Drittel von dem ist, das wir im Jahr 2000 übernommen haben.*“ „*Realismus ist angesagt!*“, meint der Redner und rät Josef Cap (SPÖ) „*vorsichtig mit dem Lattenlegen und dem Auf-die-Bäume-Hinaufklettern*“ umzugehen.

Dem neuen Bundeskanzler widmet sich Schüssel nur einmal: „*Ich hätte an Ihrer Stelle nicht nur allgemein von transatlantischen Beziehungen und ihrer Vertiefung gesprochen. Ich glaube schon, dass wir Österreicher ruhig sagen können (...), dass wir ein ordentliches Verhältnis mit Amerika, mit den USA, wollen.*“ Schüssel kritisiert also nicht, er gibt Ratschläge.

Am Ende des Redebeitrages verspricht Schüssel den Wählerinnen und Wählern die Gültigkeit der Wahlversprechen und erinnert an die eigene „Wir-Gruppe“: „*Wir (ÖVP)*

stehen zu unseren Aussagen und wir werden mit ganzer Kraft und vollem Engagement die nächsten vier Jahre für dieses Österreich arbeiten.“

Argumentationslinie – die Kategorien der Vergangenheit, der Motivation und der Zukunft

Tabelle 6.15

Argumentations schema	Kurze Paraphrase der Inhalte bzw. Zitate aus der Rede von Dr. Wolfgang Schüssel (ÖVP)	Gesamtwort anzahl
Beispiele aus der Vergangenheit	Schüssel bedankt sich für die Trauerminute zu Ehren der verstorbenen Liese Prokop und meint, dass diese Trauer „ein wenig die politische Auseinandersetzung relativiert“.	471
Motivation mit Beispielen aus der Vergangenheit	Cap kritisiert die hinterlassenen Staatsfinanzen, Schüssel möchte hingegen die Situation von 1999 in Erinnerung bringen	79
Beispiele aus der Vergangenheit	„Wir übergeben ein Budgetdefizit, das ein Drittel von dem ist, das wir im Jahr 2000 übernommen haben.“	101
Motivation	Im Regierungsprogramm ist noch nicht jede Maßnahme für vier Jahre auf Punkt und Beistrich im Detail festgelegt, aber „in diesen Bereichen – was die Nachhaltigkeit, die Sorge um die Zukunft, die Sorge um die Jungen betrifft – ist dieses Programm ein ausgezeichnetes“.	424
Beispiele aus der Vergangenheit	Österreich profitiert von der Mitgliedschaft bei der EU. Diese ist „ein mächtiger Schutzschild für die gemeinsame Handelspolitik“, für die Sicherheit etc.	222
Motivation	Das Programm ist ein gutes Programm.	148
Beispiele aus der Vergangenheit	Josef Cap muss „in den letzten sieben Jahren ein bisschen schwerhörig gewesen sein“, wenn er meint, erst jetzt habe Österreich eine starke Stimme in Europa, weil diese Stimme die gleich ist - Ursula Plassnik.	69
Darstellung der möglichen Folgen bzw. der Zukunft	„Herr Bundeskanzler! Lieber Vizekanzler Molterer! Machen Sie eine lebensnahe Politik mit diesem Programm! Vermitteln Sie vor allem den Menschen Zuversicht und Hoffnung mit dem, was Sie, was wir – Parlament und Regierung – uns vorgenommen haben!“	231
Motivation	„Belastungen sind zwei drinnen, betreffend Gesundheit – 0,15 Prozent – und die Mineralölsteuer“ das Programm dient aber „den Interessen der Bürgerinnen und Bürger – in Form der erstklassigen medizinischen Bildung - und dem Ausbau der Infrastruktur“.	60
Darstellung der möglichen Folgen bzw. der Zukunft	„Verteidigen Sie auch unsere Heimat, ganz gleichgültig, ob wir irgendwo ungerechtfertigt angegriffen werden oder ob es Gefahren von innen oder außen gibt! Das ist die Pflicht einer Bundesregierung. Wir unterstützen Sie dabei.“	43

Wie von der oben stehender Tabelle zu entnehmen ist, beschäftigt sich der Redner vor allem mit der Vergangenheit, als die Regierungen Schüssel I und Schüssel II tätig waren. Die Zukunft kommt nur zwei Mal vor.

Am Anfang erwähnt Schüssel „*die plötzlich tragisch verstorbene Innenministerin Liese Prokop, die sich am Silvesterabend zu Hause zum Abendessen niedersetzen wollte, noch selbst in des Rettungsauto eingestiegen und unterwegs auf der Fahrt ins Spital gestorben ist*“.
Dies relativiere die politische Auseinandersetzung und motiviere die Abgeordneten „*an einem solchen Tag*“ gegenseitigen Respekt zu zeigen.

Weiters macht Schüssel noch zwei Vergangenheitsstatements: zum einen bedankt er sich bei allen „*ausgeschiedenen Regierungsmitgliedern*“ und zum anderen wendet er sich an Bundeskanzler Gusenbauer, dessen Worte „*bemerkenswert waren und die auch gut getan haben*“.
Wie z. B.: „*Österreich ist eines der sichersten Länder der Welt.*“;
„*In Österreich ist die ökologische Landwirtschaft europaweit einzigartig.*“;
„*Österreich hat eines der besten medizinischen Versorgungssysteme der Welt.*“ Das klingt ganz anders als die Zwei-Klassen-Medizin-Befürchtung des Vorredners (gemeint ist das Statement über die „*Zweiklassenmedizin*“ von Josef Cap (SPÖ). „*Wir haben daran gearbeitet*“, ruft Schüssel die Anerkennung der Tätigkeit der ÖVP durch den neuen Bundeskanzler Alfred Gusenbauer in Erinnerung, der gleichzeitig auch Parteiobmann der SPÖ ist. Somit zeichnet sich noch ein Glaubwürdigkeitsproblem (nebst den gebrochenen Wahlversprechen) für die SPÖ ab: Die Sozialisten, als Opposition in den letzten sieben Jahren, hätten die ÖVP-Politik scharf kritisiert, heute jedoch gebe Gusenbauer zu, dass die Politik richtig war und Österreich sicherer, reicher, sozialer geworden ist.

Den Angriffen seitens Cap bezüglich der hinterlassenen Staatsfinanzen schenkt Schüssel auch seine Aufmerksamkeit und ruft die katastrophalen finanziellen Zustände in Erinnerung, die die SPÖ im Jahre 1999 hinterlassen hat.

In seiner „Motivation“ beharrt Schüssel auf die erfüllten Versprechen seitens der ÖVP ohne die „*gebrochenen Versprechen*“ der SPÖ offen anzusprechen „*Das ist ein Programm, und ein gutes Programm dazu!*“ meint der Redner. Alles, „*was wir und vor der Wahl vorgenommen haben, was wir im Wahlkampf versprochen haben, findet sich in diesem Programm wieder; selbstverständlich auch Ideen und Anregungen, die vom sozialdemokratischen Regierungspartner mit hereingenommen worden sind.*“

Wie schon erwähnt: der Zukunft widmet sich der Redner nicht sehr ausführlich. Das Regierungsprogramm „*müsste man da und dort nachschärfen, keine Frage*“, meint

Schüssel und zeigt sich mit den Bereichen Nachhaltigkeit, Sorge für die Zukunft, Sorge um die Jungen zufrieden.

Am Ende des Redebeitrages wendet sich Schüssel mit Empfehlungen an den neuen Bundeskanzler und den Vizekanzler: „*Machen Sie eine lebensnahe Politik mit diesem Programm!*“; „*Vermitteln Sie vor allem den Menschen Zuversicht und Hoffnung...*“; „*Denken Sie an die Jungen...*“.

Zusammenfassung:

Die „sprachliche Kodierung“ beträgt 7,7 Prozent, die Schlüsselworte stellen ÖVP-Inhalte dar.

Bei den „Wir-Gruppen“ sind einerseits „Wir-als-ÖVP“ und andererseits „Wir-als-Regierungspartei“ erkennbar. Dieses Splitten nützt der Profilierung der ÖVP: mit der ersten „Wir-Gruppe“ werden die Erfolge der Vergangenheit gewürdigt, mit der zweiten „Wir-Gruppe“ die Wahlversprechen, die sich im Regierungsprogramm wieder gefunden haben.

Bei der Argumentationslinie wurden „Beispiele aus der Vergangenheit“ verstärkt genutzt, gefolgt von der „Motivation“ und der „Darstellung der Zukunft“.

Abgeordneter Ing. Peter Westenthaler (BZÖ) – Klubobmann des BZÖ – 20 Minuten

Das Grundthema des Redebeitrags ist das Regierungsbereinkommen. Westenthaler ist bemüht die Inhalte des Programms der SPÖ-ÖVP Regierung zu kritisieren und gleichzeitig bewertet er positiv die Tätigkeit des BZÖ in der Regierungen der letzten sieben Jahren positiv.

Anbei ist die detaillierte Analyse der Rede:

Die sprachliche Kodierung

Tabelle 6.16

Sprachliche Kodierung	Ausgewählte verwendete Schlüsselworte: BZÖ Schlüsselworte <ul style="list-style-type: none"> - die Studiengebühren abschaffen - Bildungsreform, 25 Schüler pro Klasse - keine Erhöhung bei den Krankenversicherungsbeiträgen machen - die Mindestsicherung - eine Steuerreform verlangen - jugendpolitische Maßnahmen Schlüsselworte bezüglich der neuen Regierung: <ul style="list-style-type: none"> - gebrochene Wahlversprechen - Eurofighter - Desaster der Studiengebühren 	Gesamtwortanzahl: 52
-----------------------	--	---------------------------------------

Bei der sprachlichen Kodierung wurden zwei Kategorien von Schlüsselwörtern definiert – solche, die Inhalte des BZÖ darstellen und solche, die für eine Kritik an der neuen Regierung da sind. Für beide Kategorien gilt das Prinzip „weniger ist mehr“ – bei 3 425 Wörtern insgesamt ist die Rede nur zu einem sehr minimalen Teil „sprachlich kodiert“. Die Schlüsselworte sind wenige (1,5 Prozent), aber häufig wiederholt, was diese einprägsamer für die Zuhörer macht und das BZÖ von den anderen Partien im Parlament abhebt. Mit Statements wie „*Sieben Jahren lang haben wir das nicht gebraucht, haben wir keine Erhöhung bei den Krankenversicherungen machen müssen*“ oder „*Mindestsicherung haben wir gewürdigt*“ besetzt der Redner wichtige Begriffe der Diskussion positiv und verbindet diese mit den Inhalten der eigenen Partei.

Das BZÖ sieht sich als „*eine konstruktive Opposition*“, „*die nicht nur kritisiert, sondern auch Verbesserungsvorschläge einbringt*“. Darüber hinaus wird auch der Nutzen für die Menschen hervorgehoben: „*Wir werden in jedem Fall ein verlässlicher Partner der Österreicherinnen und Österreicher in den nächsten vier Jahren sein.*“

Konstruktion der Wir-Gruppen

Tabelle 6.17

Konstruieren der Wir-Gruppe	Unterschiedliche Gruppen:	Wortanzahl:
	Ich	39
	Wir, das BZÖ	23
	Wir als Österreicher	8
	Wir Parlamentarier	9
	die Regierung, Bundeskanzler Gusenbauer, Minister	63
	SPÖ	16
	ÖVP, Schüssel	8
	Die Grünen	-
	FPÖ	-
	Die Menschen, die ÖsterreicherInnen	11

Auffällig intensiv verwendet Westenthaler die Gruppen der neuen Regierung zwecks Kritik. Um sich besser abzugrenzen, braucht das BZÖ eine andere Gruppe, die sich deutlich vom BZÖ unterscheidet – diese hat der Redner in der Regierung gefunden. 63 Mal wurde diese bzw. der neue Bundeskanzler Gusenbauer erwähnt – öfter als das BZÖ und das Personalpronomen „Ich“ zusammen.

Der neue Bundeskanzlers wird durch Zitate beschrieben, z. B. ein Zitat von Henry Kissinger: „*Aufgedreht fröhlich, aufgesetzt locker, deutlich überheblich war er zutiefst beeindruckt von sich selbst.*“ Oder ein Zitat von Peter Rabl: „*Die Medizin kennt das Phänomen, dass stark erregtes Begehen das Denkvermögen beschränkt. Gusenbauer zeigt alle Symptome von Kanzlergeilheit.*“

Die Gegenüberstellungen „Sie“ (die Regierungsparteien) – „Wir“ (das BZÖ) sind in Sätzen wie „*Bei den Eurofightern sind Sie, wie wir wissen, jämmerlich umgefallen*“ gut erkennbar. Und noch eine Gegenüberstellung, aber diesmal nur in Bezug auf den Bundeskanzler: „*Ihr Sandkistentraum wurde wahr! Der Preis ist hoch, unserer Meinung zu hoch!*“ Aber: „*Wir werden daher alles daransetzen, dass die Menschen nicht die Zeche für diesen Preis zahlen müssen, den Sie heute hoch angesetzt haben.*“

Wie die FPÖ, so hatte sich auch das BZÖ eine Aktion ausgedacht: Peter Westenthaler überreichte dem neuen Bundeskanzler das Buch „*Das Gedächtnistraining*“ mit den Worten: „*Ich hoffe, Sie bessern sich*“. Darüber hinaus wäre „*heute Dr. Gusenbauer wirklich zynisch gewesen*“ – gemeint ist die Abgeltung der Studiengebühren in der vom Bundeskanzler vorgezeigten Form, nämlich durch das Geben von Nachhilfestunden an einer Schule. Laut Westenthaler bezieht der Bundeskanzler ein Gehalt von Euro 19 500 und „*das hat kein Student in diesem Land*“.

Westenthaler erwähnt die anderen Oppositionsparteien gar nicht. Er ist darauf konzentriert die Fehler der Regierungsparteien mit „Attraktivmachern“, die einprägsam sind und so von den Medien direkt übernommen werden können, aufzuzeigen. Der SPÖ wird „flächendeckender Wählerverrat“ und „Wortbruch“ vorgeworfen. Die Performance der neuen Regierung sei wie ein „Kabarett“ und dieses mache dem „Villacher Fasching“ Konkurrenz.

Argumentationslinie – die Kategorien der Vergangenheit, der Motivation und der Zukunft

Tabelle 6.18

Argumentations schema	Kurze Paraphrase der Inhalte bzw. Zitate aus der Rede von Ing. Peter Westenthaler (BZÖ)	Gesamtwort anzahl
Beispiele aus der Vergangenheit	Die neue Regierung ist riesengroß, es ist nicht klar, wofür die Staatssekretärin Silhavy zuständig ist. Gusenbauer will seine Niederlage als Erfolg verkaufen.	691
Motivation	Die gebrochenen Wahlversprechen der SPÖ führen die Sozialdemokraten in den roten Sonnenuntergang.	174
Beispiele aus der Vergangenheit	Weil sich Gusenbauer an vieles nicht mehr erinnern kann, bekommt er als Geschenk das Buch „Das Gedächtnistraining“.	153
Motivation	Wegen der gebrochenen Versprechen wird ein Entschließungsantrag seitens des BZÖ eingebracht. Gusenbauer handelt zynisch, wenn er sich als Bundeskanzler mit einem Gehalt von 19 500 Euro monatlich mit den Studenten vergleicht, denen die Nachhilfestunden 6 Euro pro Stunde bringen werden.	159
Beispiele aus der Vergangenheit	Die Ministerwahl ähnelte einer Kabarettteilnahme, die dem Villacher Fasching Konkurrenz macht.	166
Motivation	Die Justizministerin soll Demokratie als Justizministerin und nicht einen demokratisch gewählten Landeshauptmann absetzen wollen, sondern Helmut Elsner aus Frankreich holen.	165
Beispiele aus der Vergangenheit	SPÖ und der Bundeskanzler haben ihre Versprechen gebrochen z. B. die Studiengebühren nicht abgesetzt; der Sozialminister hat viele Kompetenzen verloren.	729
Motivation	„Sie wollen die Invaliditätspension kürzen. Das ist Ihre eigentliche Intention. Da werden wir genau schauen, was da passiert, damit Sie hier nicht die Ärmsten treffen.“	30
Beispiele aus der Vergangenheit	„Sieben Jahre lang haben wir das nicht gebraucht, haben wir keine Erhöhung bei den Krankenversicherungsbeiträgen machen müssen.“	300
Motivation	Es wird nicht gespart, wie der Verteidigungsminister sagt, sondern es werde mit Wissen der Regierungsparteien die erste Tranche von 218 Millionen Euro an den EADS-Konzern für die Eurofighter überwiesen.	37
Darstellung der möglichen Folgen bzw. der Zukunft	„Und Sie werden überhaupt nichts einsparen können. Wissen Sie, eines können Sie einsparen: Wenn Sie die jährlichen Raten und die Quartalsraten direkt überweisen und nicht per Erlagschein, dann ersparen Sie sich die Erlagschein Gebühr.“	60
Beispiele aus der Vergangenheit	Das Regierungsbüro einkommen sieht 40 Arbeitskreise vor. Der Klubobmann der SPÖ sagte im ORF, er sei traurig.	85

Darstellung der möglichen Folgen	Cap meint, dass er nachverhandeln will; dann könnte die neue Regierung auch die Ideen des BZÖ, die die Jugend betreffen, miteinbeziehen.	416
Beispiele aus der Vergangenheit	„Sie haben Hoffnung verbreitet, Enttäuschung geerntet. Sie sind ausgezogen, um Volkskanzler zu sein, und stehen heute als Kanzler des Wortbruchs ohne Volk da.“	211
Darstellung der möglichen Folgen bzw. der Zukunft	„Wir werden daher in jedem Fall eine konstruktive Opposition sein, die nicht nur kritisiert, sondern auch Verbesserungsvorschläge einbringt – wir nehmen Sie da beim Wort...“	43

Der Redner widmet sich verstärkt der Vergangenheit, jener Zeit, in der seine Partei regiert hat. Die Kategorien „Motivation“ und „Darstellung der Zukunft“ kommen nur drei Mal vor.

Medienwirksam und humorvoll wird die neue Regierung beschrieben, die „*so groß ist, dass sie nicht mehr auf die Regierungsbank passt*“. Und weiter: „*ich sehe Frau Silhavy, wie sie sich an der Regierungsbank anhält, damit sie, wenn Herr Matznetter einmal ordentlich hustet, nicht herunterkippt.*“ Westenthaler kritisiert nicht nur die große Koalition, sondern auch einzelne Bundesminister. Er fragt sich „*was etwa eine Frau Staatsekretärin Silhavy überhaupt tut*“ oder „*wie es tatsächlich zu der grandiosen Idee kam, einen Zivildiener, der das Bundesheer ablehnt, zum Verteidigungsminister zu machen*“.

Die endgültige Ressortverteilung (ÖVP hat Inneres, Äußeres, Finanzen und Soziales) und die Ankündigung Gusenbauers, dass die SPÖ die Schlüsselressorts besetzen werde sei „*so ähnlich, als würde ein Fußballtrainer, dessen Mannschaft nach 90 Minuten zwei zu eins verloren hat, sagen, diejenigen, die weniger Tore schießen, haben gewonnen*“.

Der Redner untermauert seine Aussagen häufig mit Zitaten aus Tageszeitungen. Die „Kleine Zeitung“ wird von Westenthaler in Bezug auf das neue Regierungsprogramm zitiert: „*Der Regierungspakt ist von deprimierender Mutlosigkeit.*“ Weiters sage Hannes Androsch: „*Das ist die Todespille für die SPÖ*“.

Und in der „Presse“ wurde das Bildungskapitel von Frau Martina Salomon folgendermaßen kommentiert worden: „*Alfred Gusenbauer hat etwas versprochen. Nämlich, dass eine Bildungsreform das Herzstück einer sozialdemokratischen Regierung sein wird. Jetzt ist das „Herz“ zum Blinddarm geworden.*“

Viele Zitate führen in die Vergangenheit z. B. in die des neuen Bundeskanzlers Gusenbauer. Ihn zitiert Westenthaler mit folgenden Worten: „*Wir brauchen in*

Österreich eine Regierung, für die am Tag vor der Wahl auch das gilt, was am Tag nach der Wahl gilt. Und wir brauchen in Österreich nicht einen Bundeskanzler der gebrochenen Versprechen, sondern wir brauchen in Österreich einen Bundeskanzler, der sein Wort hält. Genau deswegen trete ich am Sonntag an.“

Weitere von Westenthaler verwendete Zitate:

- aus dem „Standard“ vom 10. Jänner: „*Die Jämmerlichkeit des Lächelns, mit der Gusenbauer die Niederlage, die jeder sieht, als Erfolg zu verkaufen versucht (...) hat ihm den letzten Rest von Glaubwürdigkeit genommen.*“
- aus dem „Standard“ vom 9. Jänner: „*Gusenbauer ist Bundeskanzler - Mit heruntergelassenen Hosen (...) startet er als Kanzler mit der schweren Last gebrochener Wahlversprechen.*“
- aus dem „Kurier“ vom 14. Jänner: „*Nie zuvor hat ein Kanzler einen so schlechten Start hingelegt wie Gusenbauer.*“

Auch Bruno Kreisky wird von Westenthaler erwähnt als „*der Sonnenkönig*“. Wenn man dessen Bild mit dem Bild Gusenbauers vergleiche, sei der Letztere „*auf dem Weg in einen roten Sonnenuntergang (...) als Kanzler und Parteivorsitzender der roten Sonnenfinsternis*“.

Nicht nur die verstärkte Nutzung von Zitaten aus den Tageszeitungen zeichnet die Rede aus. Die „Beispiele aus der Vergangenheit“ unterstützen Westenthaler bei der Beschreibung der positiven Taten des BZÖ als bisheriges Regierungsmitglied.

Was die Zukunft betrifft prophezeit Westenthaler nicht unrichtig, dass „*diese Regierung kein langes Leben haben wird. Sie haben Hoffnung verbreitet, Enttäuschung geerntet (...) soziale Wärme angekündigt und soziale Kompetenz an der Garderobe des Bundeskanzleramts abgegeben*“. Deshalb reichte Peter Westenthaler mit den Unterschriften des BZÖ einen Entschließungsantrag ein, der konkrete Vorschläge für die Zukunft enthielt in der in das Protokoll im Gesamtwortlaut übernommen wurde. (*Ein Entschließungsantrag hat einen auffordernden Charakter und ist eine parlamentarische Handlungsform, die weltweit üblich ist. Das Parlament fordert die Regierung mit diesem Antrag auf, etwas Bestimmtes beim Vollzug des Gesetzes zu tun.*)

Zusammenfassung:

Die „sprachliche Kodierung“ beträgt einen geringen Anteil von 1,5 Prozent. Die Schlüsselworte sind in zwei Gruppen geteilt: in Schlüsselworte des BZÖ und Schlüsselworte für die Kritik an der neuen Regierung.

Bei den „Wir-Gruppen“ war der Redner bemüht, die neue Regierung darzustellen und ihre Vorhaben zu kritisieren, um so das BZÖ von den beiden Regierungsparteien inhaltlich abzugrenzen.

Bei der Argumentationslinie dominieren die Kategorien „Beispiele aus der Vergangenheit“ und „Motivation“. Mit Abstand weniger häufig kommt die „Darstellung der Zukunft“ vor.

Bundesminister für Finanzen Vizekanzler Mag. Wilhelm Molterer (ÖVP) – 30 Minuten

Das Grundthema, die neue Bundesregierung, wurde folgendermaßen in die Rede eingeführt: „*Zwei Parteien haben sich entschlossen, gemeinsam zu arbeiten; zwei Parteien, die eine unterschiedliche Geschichte haben, eine unterschiedliche Tradition, aber eine Zielsetzung.*“ Schon am Anfang seiner Rede erläutert der Bundesminister für Finanzen, welches der zentrale Punkt seines Beitrages sein wird: die neue Regierung besteht aus zwei Parteien, welche zusammenarbeiten werden.

Der Redner präsentiert auch „*das Motto: „Gemeinsam arbeiten für Österreich!“ Das eint uns, weil beide Parteien für Österreich schon viel geleistet haben.*“

Anbei ist die detaillierte Analyse:

Die sprachliche Kodierung

Tabelle 6.19

Sprachliche Kodierung	Ausgewählte verwendete Schlüsselworte: Schlüsselworte Regierung: <ul style="list-style-type: none"> - Wir haben eine der niedrigsten Arbeitslosenraten im internationalen Vergleich. - Wir haben eines der besten Pensionssysteme der Welt. - Wir haben eines der besten Gesundheitssysteme der Welt. - Wir sind eines der sichersten Länder der Welt. - Ausbildung ist der persönliche Schlüssel für die Zukunft, der Zukunftsschlüssel für unser Land. - die Senkung der Klassenschülerhöchstzahl - die Qualität unseres Bildungssystems - soziale Sicherheit - die Armutsbekämpfung - Öffnung und Internationalität stärken uns. - Gleichberechtigung von Mann und Frau - für ungeregelte Zuwanderung ein Zuwanderungsstopp - die Landesverteidigung - Das Kinderbetreuungsgeld wird flexibler gestaltet. - Erhöhung der Krankenversicherungsbeiträge - Pensionssicherungsreform - bedarfsoorientierte Mindestsicherung - Europa ist das Herzstück unserer gemeinsamen Arbeit Schlüsselworte eigenes Ressort: <ul style="list-style-type: none"> - Eine Budgetsituation, auf die wir stolz sein können. - Stärkung des Wirtschaftsstandortes Österreich - in Österreich Vollbeschäftigung schaffen - sinnvolle Budget- und Wirtschaftspolitik - den Elch-Test unserer Vernunft in der Budget- und Wirtschaftspolitik bestehen - Wettbewerb stimulieren - die Staats- und Verwaltungsreform - Entlasten von Steuern 	Gesamtwortanzahl: 314

Wie die Rede von Bundeskanzler Gusenbauer weist auch die von Vizekanzler Molterer einen hohen prozentuellen Anteil von „sprachlichen Kodierung“ auf. Bei der Gesamtwortanzahl von 3 680 Wörter sind 314 Wörter (8,5 Prozent) Schlüsselworte. Diese sind entweder mit den Botschaften der ÖVP, die im Regierungsübereinkommen wieder zu finden sind wie „*Wachstum unterstützen*“, „*Zuwanderungsstopp*“ und „*Europa ist das Herzstück unserer gemeinsamer Arbeit*“, verbunden, oder sind dies Schlüsselworte, die das Ressort von Molterer als Finanzminister betreffen wie „*Stärkung des Wirtschaftsstandortes Österreich*“, „*Vollbeschäftigung*“ und „*ein ausgeglichenes Budget*“.

Den allerersten Platz bei den Stichworten belegen die positiven Bewertungen der Gegenwart in Österreich: „*Wir haben eine der niedrigsten Arbeitslosenraten im internationalen Vergleich.*“; „*Wir haben eines der besten Pensionssysteme der Welt.*“; „*Wir haben eines der besten Gesundheitssysteme der Welt.*“ und „*Wir sind eines der sichersten Länder der Welt...*“

Somit betont der Redner die Verdienste der eigenen Partei, die die letzten sieben Jahre die Politik Österreichs gesteuert hat.

Konstruktion der Wir-Gruppe

Tabelle 6.20

Konstruieren der Wir-Gruppe	Unterschiedliche Gruppen:	Wortanzahl:
	Ich	25
	Wir, die ÖVP	3
	Wir als Regierung	69
	Wir als Österreicher	21
	Wir als Politiker	8
	SPÖ	2
	Prof. Alexander Van der Bellen (Die Grünen)	3
	FPÖ	-
	BZÖ	-
	Die BürgerInnen, die Österreicher	14

Als Regierungsmitglied war Vizekanzler Molterer um eine „Wir-Gruppe“ besonders bemüht: die Regierung. Er wiederholte sie 69 Mal. Anbei ist ein Beispiel: „*Wir sind als Bundesregierung nicht alleine mit diesem Gestaltungsauftrag.*“

Der Vizekanzler präsentiert sich als Teil der Bundesregierung und betont dies in solchen Statements wie dem folgenden: „*Wie Bundeskanzler Dr. Gusenbauer völlig zu Recht gesagt hat – und ich unterstreiche das hundertprozentig.*“ Im Unterschied zu dem Bundeskanzler ist es dem Vizekanzler deutlich besser gelungen seine Persönlichkeit hervorzuheben und sich als Politiker wiedererkennbar zu machen z. B. „*für mich und für uns gemeinsam in dieser Bundesregierung*“. 25 Mal hat er das Personalpronomen „Ich“ benutzt, aber auch profilierende Statements abgegeben wie: „*Sie können sich auf meine Zahlen verlassen.*“

Die kritischen Bemerkungen bezüglich der Budgetsituation und der Staatsfinanzen durch die vorigen Redner halten Möterer nicht davon ab, die Budgetsituation zu loben:

„Weil wir sie gemeinsam mit den Österreicherinnen und Österreicher erarbeitet haben.“

Die Opposition wird, bis auf drei Mal der Klubobmann der Grünen Alexander Van der Bellen, nicht angesprochen. Die Aufmerksamkeit des Redners gilt nur der neuen Regierung ohne die eigene Person aus den Augen zu verlieren.

Argumentationslinie – die Kategorien der Vergangenheit, der Motivation und der Zukunft

Tabelle 6.21

Argumentations schema	Kurze Paraphrase der Inhalte bzw. Zitate aus der Rede von Mag. Wilhelm Molterer (ÖVP)	Gesamtwort anzahl
Motivation	„Zwei Parteien, die Sozialdemokratie und die Österreichische Volkspartei, haben sich entschlossen, gemeinsam zu arbeiten; zwei Parteien, die eine unterschiedliche Geschichte haben, eine unterschiedliche Tradition, aber eine Zielsetzung.“	61
Beispiele aus der Vergangenheit	„Wir haben dabei eine sehr, sehr gute Ausgangslage... Diese Bundesregierung startet nicht bei null.“	195
Darstellung der möglichen Folgen bzw. der Zukunft	„Wir sind als Bundesregierung nicht alleine mit diesem Gestaltungsauftrag. Da sind Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, genauso gefordert ... laden wir ein: Gehen Sie auf diesem Weg der guten Zukunft für Österreich mit uns mit.“	55
Motivation	„... da haben alle Redner durchaus Recht –, wir müssen das Umfeld beachten, in dem Politik in Österreich gemacht wird.“	187
Darstellung der möglichen Folgen bzw. der Zukunft	Es wird ein ausgeglichenes Budget über den Konjunkturzyklus angestrebt und erreicht. „Wir können auf Dauer nicht mehr ausgeben als wir einnehmen.“	85
Motivation	„Das können Sie in dem Regierungsübereinkommen schwarz auf weiß nachlesen. Der Budgetpfad ist für jeden dargestellt und damit auch kontrollierbar. Es ist sehr konkret – im Gegensatz zu dem, was behauptet wurde – festgeschrieben, was wir eigentlich anstreben.“	71
Darstellung der möglichen Folgen bzw. der Zukunft	„Kontrollieren Sie uns! Messen Sie uns an den Ergebnissen ... Ich werde Ihnen daher, so rasch es geht, ein Doppelbudget für die Jahre 2007 und 2008 vorlegen.“	369
Motivation	Mit dem Mix aus einem ausgeglichenen Haushalt, Zukunftsinvestitionen und Reformen, schafft sich die Regierung den Spielraum, dass sie die Bürgerinnen und Bürger von Steuern entlasten kann.	67
Darstellung der möglichen Folgen bzw. der Zukunft	Eines der wichtigen Ziele dieser Bundesregierung ist es bis zum Jahr 2010 Vollbeschäftigung zu schaffen: Es ist wichtig, dass die Menschen Arbeit haben.	806
Motivation	Es werden die richtigen Investitionen gesetzt und es „sei klar gesagt: Auch da beginnen wir nicht bei null! Da ist eine sehr solide Basis in Österreich geschaffen.“	154
Beispiele aus der Vergangenheit	Österreich hat von der Internationalisierung und EU-Erweiterung profitiert. „Sie wissen doch, dass in der Zwischenzeit jeder zweite Euro in Österreich im Export verdient wird.“	409
Darstellung der	Österreichischer Staatsbürger zu sein, stellt ein wertvolles Gut dar.	216

möglichen Folgen bzw. der Zukunft	„Für die Erlangung der Staatsbürgerschaft müssen daher konkrete Voraussetzungen erfüllt sein. Dazu gehört selbstverständlich das Beherrschende der deutschen Sprache.“	
Motivation	Klar muss sein: für ungeregelte Zuwanderung gilt ein Zuwanderungsstopp.	24
Darstellung der möglichen Folgen	Aber auch in der Zukunft gilt: wer verfolgt wird, hat in Österreich Recht auf Asyl.	152
Motivation	Für die Regierung ist die Familie ein besonderes Anliegen, und deshalb wurden die entscheidenden Impulse gesetzt.	75
Darstellung der Zukunft	„Das Kinderbetreuungsgeld wird flexibler gestaltet und damit auch die Wahlfreiheit verbessert....“	101
Beispiele aus der Vergangenheit	Die Regierung hat die Botschaft empfangen, dass die Menschen bereit sind höhere Krankenversicherungsbeiträge zu zahlen, um ein bestmögliches Gesundheitssystems aufrecht zu erhalten.	61
Motivation	„Den Menschen in diesem Land ist die Frage der Gesundheit so wichtig, dass sie bereit sind, einen etwas höheren Beitrag zu akzeptieren.“	22
Beispiele aus der Vergangenheit	„Die älteren Menschen in unserem Land sind gut aufgehoben. Auf Basis der Pensionssicherungsreform werden die Pensionen den älteren Menschen“ sichergestellt.	115
Motivation	„Das ist gut so. Die älteren Menschen in diesem Lande können sich darauf verlassen...“	104
Beispiele aus der Vergangenheit	„Wir sind überzeugte Europäer. Wir haben schon bisher mit starker Stimme österreichische Interessen im europäischen Geist in Brüssel durchgesetzt.“	35
Darstellung der möglichen Folgen bzw. der Zukunft	„....das wird auch in Zukunft so sein. Auch ein kleines Land kann, wenn das Ziel außer Streit steht und exzellente Ministerinnen und Minister in Brüssel arbeiten, für Österreich und für Europa viel erreichen.“	59
Beispiele aus der Vergangenheit	Regierung und Österreicher „können doch eigentlich stolz auf unser Land sein. Es ist ein wunderschönes, ein sehr erfolgreiches, ein blühendes, ein vielfältiges Land. Einer der Gründe dafür, dass es so ist, dass wir dieses österreichische Lebensmodell tagtäglich leben...“	73
Darstellung der möglichen Folgen bzw. der Zukunft	„Ich appelliere an die Jugend in diesem Land: Gestalten Sie diesen Weg aktiv mit, es ist Ihre Zukunft... In diesem Sinne ergeht von uns die Einladung an alle Menschen: Begleiten Sie uns auf diesem Weg, treten Sie uns, wo es notwendig ist, durchaus auch auf die Ferse, wenn Sie meinen, es könnte manches etwas schneller gehen! Wir sind dazu bereit, wir sind offen und erwarten Ihre positive Mitarbeit.“	121

Die Darstellung der Zukunft überwiegt bei dem Redebeitrag von Molterer, an zweiter Stelle steht die „Motivation“. Erst dann kommen die „Beispiele aus der Vergangenheit“, die sich vor allem auf die Ausgangssituation beziehen und die gute Arbeit der ÖVP als Regierungspartei seit dem Jahr 1999 loben.

Nicht nur die neue Regierung, sondern auch das eigene Ressort beschäftigt den Redner:
„Ich werde Ihnen daher, so rasch es geht, ein Doppelbudget für die Jahre 2007 und 2008 vorlegen, und wir werden dann bei dieser Budgetdiskussion im Detail, Herr Kollege Van der Bellen und alle, die jetzt Kritik üben, diesen Elch-Test unserer Vernunft in der Budget- und Wirtschaftspolitik bestehen.“

Dieser „Elch-Test“ ist ein Beispiel für „Attraktivmacher“, die von Politikern gerne verwendet werden. Im Kapitel 8 wird dann verfolgt, ob diese Wortbildung des Vizekanzlers von den Medien übernommen wurde.

Weiters widmet sich Molterer wieder der Zukunft: „*Kontrollieren Sie uns! Messen Sie uns an den Ergebnissen. Wir gehen mit voller Zuversicht an die Arbeit heran.*“ Der Abschlussteil des Redebeitrags ist ganz dieser Kontrolle und Mitarbeit gewidmet. Molterer, wie auch davor Strache, nutzt die Möglichkeit, via Fernsehen die breite Masse anzusprechen: „*Ich möchte daher, dass uns möglichst viele Menschen auf diesem Weg aktiv begleiten, mitarbeiten. Und ich appelliere von dieser Stelle aus – viele sind hier herinnen bzw. vor den Fernsehschirmen, hoffe ich - ich appelliere an die Jugend in diesem Land: Gestalten Sie diesen Weg aktiv mit, es ist ihre Zukunft, die wir zu gestalten haben! (..) Begleiten Sie uns auf diesem Weg, treten Sie uns, wo es notwendig ist, durchaus auf die Ferse, wenn Sie meinen, es könnte manches schneller gehen!*“

Mit „Beispielen aus der Vergangenheit“ wird die Budgetsituation gelobt: „*Wir haben eine Budgetsituation, auf die wir stolz sein können, weil wir sie uns gemeinsam mit den Österreicherinnen und Österreicher erarbeitet haben...*“

Neben der positiven Bewertung der eigenen Arbeit (die ÖVP regierte vom Jahr 1999 an in Koalition mit der FPÖ bzw. später dem BZÖ), gibt es auch Lob für die SPÖ, denn „*beide Parteien haben für Österreich schon viel geleistet*“. Molterer präsentiert aber vor allem die Leistungen der ÖVP. Sie habe diese „*sehr, sehr gute Ausgangslage*“ für die neue Regierung geschaffen. Diese Erfolgspolitik der letzten Jahre ließe sich an folgenden Ergebnissen ablesen: „*Wir haben eine der höchsten Beschäftigungen im Vergleich zur Europäischen Union.*“; „*Wir haben eine der niedrigsten Arbeitslosenraten im internationalen Vergleich.*“; „*Wir haben eines der besten Gesundheitssysteme der Welt.*“ und „*Wir sind eines der sichersten Länder der Welt.*“

Zusammenfassung:

Die „sprachliche Kodierung“ weist einen hohen prozentueller Anteil auf: 8,5 Prozent des Gesamtwortlautes. Die Schlüsselworte sind in zwei Kategorien zu unterteilen: einerseits in solche, die mit der neuen Regierung verbunden sind, und andererseits in solche, die das zukünftige Ressort von Molterer betreffen.

Bei den „Wir-Gruppen“ erwähnt Molterer 69 Mal die „Wir-Gruppe“ der Regierung und im Unterschied zu Gusenbauer vergisst er nicht, das eigene Profil zu schärfen.

Bei der Argumentationslinie tritt verstärkt die „Darstellung der Zukunft“ auf, gefolgt von der „Motivation“ und den „Beispielen aus der Vergangenheit“.

Abgeordnete Dr. Eva Glawischnig-Piesczek (Die Grünen) – 12 Minuten

Der am Ende der Rede von Vizekanzler und Finanzminister Molterer stehende Appell an die jungen Menschen wird von der Abgeordneten Glawischnig-Piesczek aufgegriffen: „*Diese Bundesregierung tritt mit einem sehr, sehr schweren Rucksack an, und das betrifft insbesondere die junge Generation. Und dieser schwere Rucksack heißt fehlende Glaubwürdigkeit. Das betrifft beide Parteien...*“ Somit startet die Rednerin ihren Beitrag mit dem „Hauptthema“ Regierungsbildung.

Anbei ist die detaillierte Analyse:

Die sprachliche Kodierung

Tabelle 6.22

Sprachliche Kodierung	Ausgewählte verwendete Schlüsselworte:	Gesamtwortanzahl:
	<p>Schlüsselworte Die Grünen:</p> <ul style="list-style-type: none">- Umweltschutzpolitik- die Studiengebühren sind eine soziale Barriere für viele Menschen- die Senkung des Wahlalters- Flexibilisierung beim Kindergeld- die Klassenschülerhöchstzahl- Sozialbereich- Mindestsicherung- Umwelt- und Energiepolitik- das Ökostromgesetz- Energieversorgung auf erneuerbare Energieträger umgestellen- Integrationsbereich und frauenpolitischer Bereich- die Gleichstellung, die Beendigung von Diskriminierung von gleichgeschlechtlichen Partnerschaften <p>Schlüsselworte neue Regierung:</p> <ul style="list-style-type: none">- schwerer Rucksack heißt fehlende Glaubwürdigkeit- gebrochene Wahlversprechen- die Steuerreform 2010	111

Die 111 Wörter mit „sprachlicher Kodierung“ bilden 5,5 Prozent vom Gesamtwortlaut (2 046 Wörter) des Redebeitrages von Glawischnig-Piesczek. Diese Schlüsselworte lassen sich in zwei Kategorien unterteilen: einerseits in Kritik an der neuen Bundesregierung („*der schwere Rucksack fehlender Glaubwürdigkeit*“, „*gebrochene Wahlversprechen*“, „*die Misere in der Bildungspolitik*“, „*die fehlende Gleichberechtigung der Frauen*“), andererseits in Schlüsselworte, die Themen der Grünen betreffen und laut Rednerin optimal in dem neuen Regierungsübereinkommen behandelt sind, so z. B. „*die Frage Klimaschutz- und Umweltschutzpolitik*“, „*Integration*“, „*Beendigung der Diskriminierung*“ und „*gleichgeschlechtliche Partnerschaften*“.

Konstruktion der Wir-Gruppe

Tabelle 6.23

Konstruieren der Wir-Gruppe	Unterschiedliche Gruppen:	Wortanzahl:
	Ich	27
	Wir als die Grünen	6
	Wir als Österreicher	6
	Wir Parlamentarier	4
	Wir als Opposition	2
	SPÖ, Gusenbauer	5
	ÖVP	4
	FPÖ	-
	BZÖ	-
	die Menschen, die ÖsterreicherInnen	9

Glawischnig-Piesczek agiert als Sprecherin der Jugend, „*die gespürt hat, wie es in den letzten Monaten, in den letzten Jahren in vielen Bereichen sehr viel schwieriger und auch sehr viel belastender geworden ist*“. Es werden auch oft – neun Mal – die Österreicherinnen und Österreicher erwähnt. Die „Wir-Gruppen“, zum einen „Wir-die-Grünen“ und zum anderen die Gruppe „Wir-als-Österreicher“, sind gleich stark vertreten.

Die SPÖ kommt fünf Mal vor und wird in zweifacher Hinsicht kritisiert – die SPÖ habe nicht nur ihre Wahlversprechen gebrochen, sondern pflege leider auch „*einen gewissen Stil, wie man mit einer jungen Generation umgeht*“.

Weiters kritisiert die Abgeordnete der Grünen auch die ÖVP, die vier Mal vorkommt, mit den Worten „*fehlende Problemerkenntnis, fehlende Selbstreflexion*“, aber auch mit

der Feststellung, dass „*dieser Umgang, dieser Stil, leider ein sehr schlechter Start für die neue Bundesregierung war*“.

Hier kommt Glawischnig auf das Thema Regierungsbildung zurück und spricht Josef Cap (SPÖ) direkt an: „*Schuld am Verhandlungsergebnis sind sicher nicht die Grünen. Wir nehmen viel Verantwortung auf uns.*“

Insgesamt ist die Abgrenzung von den Regierungsparteien und Darstellung wofür die Grünen stehen als gelungen zu bezeichnen. 27 Mal kommt das Personalpronomen „Ich“ vor. Damit schärft die Rednerin das eigene politische Profil.

Argumentationslinie – die Kategorien der Vergangenheit, der Motivation und der Zukunft

Tabelle 6.24

Argumentationsschema	Kurze Paraphrase der Inhalte oder Zitate aus der Rede von Dr. Eva Glawischnig-Piesczek (Die Grünen)	Gesamtwortanzahl
Beispiele aus der Vergangenheit	„Herr Vizekanzler Molterer hat soeben seine Rede beendet mit einem Appell an alle Menschen, insbesondere an die Jugend – das möchte ich gerne aufgreifen.“	23
Motivation	„...diese Bundesregierung tritt mit einem sehr, sehr schweren Rucksack an ... dieser schwere Rucksack heißt fehlende Glaubwürdigkeit.“ Und er betrifft nicht nur die gebrochenen Versprechen der SPÖ, sondern auch die ÖVP wegen den Umgang mit den jungen Menschen.	53
Beispiele aus der Vergangenheit	Die Regierungsparteien haben geleugnet, dass es Probleme in der Bildungspolitik gibt, dass nach wie vor eine fehlende Gleichstellung der Frau in der Gesellschaft vorhanden ist, dass es Probleme im Klimaschutz-, Umweltschutzpolitikbereich gibt.	385
Motivation	Das Programm der Regierung hat zwar einige positive Punkte: die Senkung des Wahlalters, die Flexibilisierung des Kindergeldes, aber im Großen und Ganzen ist es ein Programm der Lippenbekenntnisse.	232
Darstellen der möglichen Folgen bzw. der Zukunft	„Was Sie jetzt hier machen, ist Folgendes: Sie haben ein großes Projekt in der Zukunft, das ist die Steuerreform 2010, von der noch niemand weiß, wie sie aussehen wird.“	383
Motivation	Es gibt zu viele Richtwerte und nichts Verbindliches in vielen Bereichen des Regierungsbündnisses: dieses besteht nur aus Absichtserklärungen, Lippenbekenntnissen auf der einen Seite, aber keinen Finanzierungschancen auf der anderen Seite.	92
Beispiele aus der Vergangenheit	„Hannes Androsch hatte Recht. Im Bildungsbereich ist das, glaube ich, das größte Versäumnis; das ist nur ein Tropfen auf den heißen Stein und wird leider wirkungslos bleiben.“	27
Darstellung der möglichen Folgen bzw. der Zukunft	„Die sogenannte Mindestsicherung ist ein Lippenbekenntnis für die Zukunft. Man hat keine Zustimmung von den Ländern, die das finanzieren werden, und es wird verschoben auf den nächsten Finanzausgleich, der 2009 in Kraft tritt... Wenn Sie helfen wollen, dann helfen Sie bitte jetzt – das ist	134

	dringend und akut – und wirksam, nicht irgendwann in der Zukunft!“	
Beispiele aus der Vergangenheit	In der Vergangenheit hat man das Thema Umweltschutz und die Energiepolitik schöneredet... „Klubobmann Schüssel hat gesagt, 100 000 Haushalte werden in ihrer Energieversorgung auf erneuerbare Energieträger umgestellt. – Herr Klubobmann! In Ihrem Wahlprogramm waren 500 000 Haushalte angekündigt.“	345
Motivation	„Viel Hoffnung hat es auch im Integrationsbereich und im frauenpolitischen Bereich gegeben. Also ich glaube, was Frauengleichstellung betrifft: Wenn man solche Ziele hineinschreibt, wie die Erwerbsquote der Frau auf 65 Prozent zu erhöhen – Stand heute übrigens: 64,7 Prozent –, dann darf man sich nicht wundern, wenn gesagt wird, das ist etwas wenig ambitioniert.“	53
Beispiele aus der Vergangenheit	Die neue Frauenministerin Doris Bures hat nur 5 Millionen Euro zur Verfügung, um damit den ausgehungerten Frauen- und Mädchenberatungsstellen in ganz Österreich wieder auf die Beine zu helfen.	69
Darstellung der möglichen Folgen bzw. der Zukunft	„Ich habe auch immer gehofft, dass es mit der nächsten Bundesregierung etwas mehr Freiheit für manche Gruppen geben wird. Die Gleichstellung, die Beendigung von Diskriminierung von gleichgeschlechtlichen Partnerschaften...“ Die Grünen nehmen das Angebot an, um ein neues Verhältnis zwischen der Regierung und Opposition mit neuen Spielregeln für alle – Bund, Länder, Menschen - zu schaffen.	233

Keine der drei Kategorien – „Motivation“, „Beispiele aus der Vergangenheit“ und „Darstellung der Zukunft“ überwiegt entscheidend in der Rede von Eva Glawischnig-Piesczek.

Bei der inhaltlichen Auseinandersetzung mit dem Programm der neuen Regierung hebt Glawischnig, als einzige der bisherigen Oppositionsredner, „*einige positive Punkte*“ hervor. Einer davon ist die „*Senkung des Wahlalters*“, weil es gut sei, „*wenn mehr Menschen in Entscheidungsprozesse einbezogen werden*.“ „*Unbestritten*“ positiv sei auch die „*leichte Flexibilisierung beim Kindergeld*“, stelle aber nur „*einen Tropfen auf den heißen Stein*“ dar, weil in diesem Bereich eine Radikalreform nötig wäre.

Neben diesen „*positiven Ansätzen bei den Zielen*“ gebe es „*viele Lippenbekenntnisse*“. Das ist der Kernpunkt der Kritik von Glawischnig-Piesczek: „*Dies ist ein Koalitionsübereinkommen der Lippenbekenntnisse.*“

Bei den „*Beispielen aus der Vergangenheit*“ unterstützt die Rednerin die eigene Position mit einem Statement von Hannes Androsch (Industrieller und Ex-SPÖ-Politiker): „*Hannes Androsch hatte recht. Im Bildungsbereich ist das, glaube ich, das größte Versäumnis.*“

Was die Zukunft betrifft macht die Rednerin darauf aufmerksam, dass es bezüglich der Frauengleichstellung das Ziel der neuen Bundesregierung sei: „*die Erwerbsquote der Frau auf 65 Prozent zu erhöhen (...) Stand übrigens: 64,7 Prozent. Dann darf man sich nicht wundern, wenn gesagt wird, das ist etwas wenig ambitioniert*“.

Zusammenfassung:

Die „sprachliche Kodierung“ beträgt 5,5 Prozent des Gesamtwortlautes, es bestehen zwei Gruppen von Schlüsselworten: jene, die die Grünen erkennbar machen und jene, die zur Kritik an der neuen Regierung dienen.

Bei der „Wir-Gruppen“ ist eine starke „Ich“-Präsenz in der Rede zu beobachten. Der Parteiprofil wird durch eine Gegenüberstellung von Grünen und den beiden Regierungsparteien SPÖ und ÖVP geschärft. Die Rednerin agiert als Sprecherin der jungen Leute.

Bei der Argumentationslinie dominiert keine der Kategorien „Motivation“, „Zukunft“ oder „Vergangenheit“.

Abgeordnete Renate Csörgits (SPÖ) – 12 Minuten

Bezüglich des Grundthemas „Regierungsbildung“ meint diese Rednerin: „*Die Optik auf der Regierungsbank ist aus mehreren Gründen eine gute Optik.*“

Anbei die detaillierte Analyse:

Die sprachliche Kodierung

Tabelle 6.25

Sprachliche Kodierung	Ausgewählte verwendete Schlüsselworte:	Gesamtwortanzahl:
	<ul style="list-style-type: none"> - Sozialpolitik, Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik - Gesundheitspolitik - Bekämpfung der Armut - eigenständige, fortschrittliche Frauenpolitik - Bewertung der Kinderbetreuungszeiten in der Pension - Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit - Jugendbeschäftigung/Lehrlinge - Bekämpfung der Schwarzarbeit - Vollbeschäftigung, Bekämpfung der Working Poor - Familienpolitik, wie Schaffung von mehr Kinderbetreuungseinrichtungen, wie auch Flexibilität des Kinderbetreuungsgeldes - der Pensionen 	128

Ein hoher Prozentanteil an Schlüsselwörter weist der Redebeitrag der Abgeordneten Csörgits auf - 7,6 Prozent (128 Wörter) des 1 665 Wörter zählenden Gesamtwortlauts der Rede sind „sprachlich kodiert“.

Das Regierungsübereinkommen beinhaltet laut Csörgits in „*ganz entscheidenden Bereichen*“ Schwerpunkte, in denen die sozialdemokratische Handschrift erkennbar sei: Sozialpolitik, Arbeitsmarkt- und Bildungspolitik, Gesundheitspolitik, Bekämpfung der Armut, fortschrittliche Frauenpolitik.

Universelle Schlüsselworte wie „*Flexibilität des Kinderbetreuungsgeldes*“, „*Bekämpfung der Working Poor*“ und „*Vollzeit-Arbeitsplätze*“ sind allerdings auch bei den anderen Parteien zu hören, weil sie unabdingbare Grundtendenzen eines sozialen Staates darstellen.

Konstruktion von Wir-Gruppen

Tabelle 6.26

Konstruieren der Wir-Gruppe	Unterschiedliche Gruppen:	Wortanzahl:
Ich		30
Wir als SPÖ, als Regierung		5
Wir als Österreicher		1
Wir Parlamentarier		6
Die Sozialpartner		4
ÖVP, Schüssel		4
Die Grünen		-
FPÖ		1
BZÖ, Westenthaler		3
Die Menschen		9

In dieser Argumentationskategorie zeichnet sich eine starke Tendenz zur Schärfung des eigenen Profils ab: 30 Mal hat die Rednerin das Personalpronomen „Ich“ verwendet, was im Vergleich zu allen anderen konstruierten „Wir-Gruppen“ entscheidend mehr ist.

An zweiter Stelle steht die Gruppe der Menschen - ein Faktum, das vielleicht mit der Tatsache zu tun hat, dass die Rednerin eine Gewerkschaftlerin ist. Und auch die Konstruktion der Gruppe der Sozialpartner, die vier Mal vorgekommen ist, ist wohl darauf zurückzuführen.

Sichtbar ist auch die eigene Partei: Das Regierungsprogramm trage eine „*soziale, eine sozialdemokratische Handschrift*“ und bezüglich der SPÖ sagte sie: „*Wir machen*

Politik für alle – für Frauen, für ArbeitnehmerInnen, für Ärmere, für Jüngere. Wir wollen hier gemeinsam wieder den Menschen in den Mittelpunkt des politischen Denkens und Handelns setzen – gemeinsam für Österreich.“

Trotzdem die Oppositionsparteien sonst kaum erwähnt werden, kommt der Klubobmann des BZÖ Peter Westenthaler zwei Mal namentlich vor: als ein Fallbeispiel für eine gekonnte Selbstdarstellung. Für parlamentarische Reden gilt: je polemischer ein Abgeordneter seine Rede hält, desto öfters kommen die Nachredner auf seine Worte zurück.

Argumentationslinie – die Kategorien der Vergangenheit, der Motivation und der Zukunft

Tabelle 6.27

Argumentationsschema	Kurze Paraphrase der Inhalte bzw. Zitate aus der Rede von Renate Csörgits (SPÖ)	Gesamtwortanzahl
Motivation	Die Optik auf der Regierungsbank ist aus mehreren Gründen eine gute Optik, z. B. weil die Regierung eine gute Mischung eines dynamischen Teams von erfahrenen und neuen Persönlichkeiten unter der Leitung eines sozialdemokratischen Bundeskanzlers Alfred Gusenbauer ist. Das Regierungsbüro ist auch deshalb gut, weil es Bereiche wie Sozialpolitik, Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik, Gesundheitspolitik, Bekämpfung der Armut beinhaltet.	295
Beispiele aus der Vergangenheit	Klargestellt wird, dass, wenn zwei Parteien verhandeln, es zu Kompromissen kommt und darüber hinaus „muss man ganz einfach auch deutlich hervorheben, dass wir uns in einer budgetären Situation befinden, die nicht gerade als rosig zu bezeichnen ist“.	703
Motivation	„Ich freue mich auch, dass es von dieser Bundesregierung ein klares Bekenntnis zur Sozialpartnerschaft gibt, sowohl in Österreich als auch in der Europäischen Union. Ich halte das für sehr wichtig und für sehr entscheidend.“	39
Darstellung der möglichen Folgen bzw. der Zukunft	„Wir werden uns noch stärker einbringen, und wir wollen noch stärker eingebunden sein. Damit ist unser Land immer gut gefahren und wird zweifellos auch in Zukunft gut fahren.“	33
Beispiele aus der Vergangenheit	Für Csörgits als Gewerkschaftlerin ist es wichtig, dass das Regierungsbüro auch Regelungen zur Bekämpfung der Schwarzarbeit und auch zur Frauenpolitik beinhaltet.	312
Darstellung der möglichen Folgen bzw. der Zukunft	„Neben den begleitenden Maßnahmen in der Familienpolitik, wie Schaffung von mehr Kinderbetreuungseinrichtungen, wie auch Flexibilität des Kinderbetreuungsgeldes, wird es künftig auch so sein, dass, wenn Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mehr Leistung in einem Betrieb erbringen, sie diese Mehrleistungen dann auch in Form eines Zuschlages im Geldbörse fühlen werden.“	111
Beispiele aus der	„Auch im Bereich der Pensionen wurde sehr vieles erreicht.“	55

Vergangenheit	Was mir im Regierungsbereinkommen fehlt, ist, dass es für die Schwerarbeiter und Schwerarbeiterinnen keine generelle Verbesserung gibt.“	
Darstellung der Zukunft	„Ich werde jedenfalls meinen Beitrag dazu leisten, dass es hier zu einer fairen und guten Lösung kommt.“	17
Motivation	„Es ist ein Regierungsprogramm, das eine soziale, eine sozialdemokratische Handschrift trägt“ und das wurde gemeinsam mit den Kollegen und Kolleginnen der ÖVP zustande gebracht.	37
Darstellung der möglichen Folgen bzw. der Zukunft	„Ich freue mich auf die Umsetzung dieses Regierungsprogramms, denn dieses Programm wird wieder die Möglichkeit geben, dass wir Politik für alle machen – für Frauen, für ArbeitnehmerInnen, für Ärmere, für Jüngere. Wir wollen hier gemeinsam wieder den Menschen in den Mittelpunkt des politischen Denkens und Handelns setzen.“	54

Auch bei diesem Redebeitrag ist das Verhältnis von Motivation-Vergangenheit-Zukunft ausgewogen, keine dieser Kategorien kommt verstärkt vor.

Csörgits meint, dass es sei „*eine gute Mischung eines dynamischen Teams von erfahrenen und neuen Persönlichkeiten unter der Leitung eines sozialdemokratischen Bundeskanzlers*“ und noch dazu: „*Sind sehr viele dynamische, tolle Frauen in dieser Bundesregierung, die diese Politik nachhaltig beeinflussen werden.*“

Im Sinne einer Verteidigung der SPÖ wird festgehalten, dass Csörgits sich „*da auch mehr erwartet habe*“, um deutlich zu machen, dass „*wenn zwei verhandeln, dann kommt ein Kompromiss heraus*“.

Im Zusammenhang mit der „*guten Optik*“ der neuen Regierung wird Peter Westenthaler (BZÖ) angesprochen, weil das BZÖ „*eine Zeit lang Regierungsverantwortung getragen hat, ohne sich zu diesem Zeitpunkt einer demokratischen Wahl zu stellen*“. (Gemeint ist die Abspaltung des BZÖ von der FPÖ im Jahr 2005, als die Freiheitlichen mit der ÖVP regierten.)

Csörgits (SPÖ) spricht auch die „*budgetäre Situation*“ an „*die nicht gerade als rosig zu bezeichnen ist*“. Die Rednerin bringt das Jahr 1999 in Erinnerung: „*Damals waren Sie als Vizekanzler (an Wolfgang Schüssel ÖVP) mit Ihrer Partei ebenfalls entscheidend in Mitverantwortung. Das hingegen, was jetzt auf dem Tisch liegt, ist einzig und allein auf die Politik von ÖVP, BZÖ und Freiheitlichen der letzten sieben Jahre zurückzuführen.*“

Die kritische Anmerkung ihrer Vorrednerin bezüglich einer Anhebung der Erwerbsquote von Frauen auf 65 Prozent, obwohl der aktuelle Stand schon bei 64,7 Prozent liege, kommentiert Csörgits nicht und wiederholt „*die stärkere Bedeutung der*

Frauenpolitik“ ein „klares Bekenntnis, dass die Zahl der erwerbstätigen Frauen erhöht werden soll.“

Zusammenfassung:

Die „sprachliche Kodierung“ beträgt 7,6 Prozent des Gesamtwaretlautes, die Schlüsselworte sind mit sozialdemokratischen Inhalten verbunden.

Bei den „Wir-Gruppen“ ist die „Ich“-Profilierung sehr stark, sowie auch die Konstruktion der Gruppe der Menschen und der Sozialpartner – eine Tatsache, die mit der Gewerkschaftstätigkeit der Rednerin in Zusammenhang zu bringen ist.

Die Argumentationslinie weist ein ausgewogenes Verhältnis zwischen „Vergangenheit“, „Motivation“ und „Zukunft“ auf.

Abgeordnete Barbara Rosenkranz (FPÖ) – 12 Minuten

Um das Grundthema einzuleiten, bringt die Rednerin ein „sozialistisches Plakat“ in Erinnerung, „das einigermaßen Verwirrung gestiftet hat“. Dieses Plakat mit der Anschrift „Österreich hat sich Besseres verdient“ beziehe sich „schon auf das Regierungsprogramm“.

Anbei ist die detaillierte Analyse der Rede:

Die sprachliche Kodierung

Tabelle 6.28

Sprachliche Kodierung	Ausgewählte verwendete Schlüsselworte:	Gesamtwortanzahl: 144
	<ul style="list-style-type: none">- Integration, Zuwanderung- zu wenige Kinder für den Fortbestand des Landes- die soziale Sicherheit- unkontrollierte Einwanderung unter den verschiedensten Titeln – einer davon ist zum Beispiel Asyl- Zuwanderungsstopp- Wir wollen Österreichs Familien so stärken, dass wieder eine Kinderzahl Zustand kommt, in der die Generationen ersetzt werden.- Es sind Parallelgesellschaften entstanden, Parallelgesellschaften, die zum Teil Gegengesellschaften sind.- Kriminalität steigt massiv, eine importierte Kriminalität- Man kann mit Zuwanderung den Kindermangel nicht kompensieren!- die materielle Stellung der Familie massiv verbessern werden	

Einen ziemlich hohen Anteil an Schlüsselworten - 8,5 Prozent - weist dieser Redebeitrag auf (die Gesamtwortanzahl ist 1 682, 144 davon sind Schlüsselworte).

Rosenkranz wiederholt eines der Hauptanliegen der freiheitlichen Partei – die Einwanderung stoppen. Ein großer Teil der „sprachlichen Kodierung“ ist nur mit diesem Thema verbunden.

Die Abgeordnete meint, dass „*eine unkontrollierte Einwanderung unter den verschiedensten Titeln – einer davon ist Asyl*“ stattfindet und als Ergebnis davon in Österreich „*Parallelgesellschaften, die zum Teil Gegengesellschaften sind*“ entstanden sind. In dieser Weise werden „*unsere gesellschaftlichen Grundwerte berührt*“, die Zuwanderung sei „*gegen den Willen eines großen Teils der Bevölkerung*“, denn es werde Kriminalität „*importiert*“. Somit bringt die Rednerin die Einwanderer in einen direkten Zusammenhang mit der Kriminalität, die „*massiv gestiegen*“ sei.

Konstruktion von Wir-Gruppen

Tabelle 6.29

Konstruieren der Wir-Gruppe	Unterschiedliche Gruppen:	Wortanzahl:
	Ich	11
	Wir Freiheitliche	13
	Wir als Österreicher	9
	SPÖ	2
	Schüssel, Vizekanzler, ÖVP	3
	Alexander Van der Bellen, die Grünen	1
	BZÖ	-
	Die Menschen	6

Dies ist ein gutes Beispiel für Abgrenzung, wenn zwei Parteien - die FPÖ und die ÖVP - das gleiche Schlüsselwort „Zuwanderungsstopp“ benutzen. Frau Rosenkranz hat das Problem so gelöst: „*Wir sehen hier die Positionen völlig konträr zu Ihnen* (gemeint ist Wolfgang Schüssel – ÖVP). „*Wir wollen die Zuwanderung stoppen, und wir wollen Österreichs Familien so stärken, dass wieder eine Kinderzahl zustande kommt, in der die Generationen ersetzt werden. Das ist unser Ziel.*“

Im Unterschied zu der FPÖ benutzt die ÖVP (z. B. Vizelanzler Molterer) das Schlüsselwort „Zuwanderungsstopp“ ausschließlich im Zusammenhang mit einer ungeregelten Zuwanderung.

Die freiheitliche Abgeordnete konkretisiert die Vorhaben der eigenen Partei in einer für FPÖ-Wähler maßgeschneiderten Vision. Im Unterschied zur FPÖ gehe die „*Regierungsmannschaft völlig von dem, was sie ursprünglich versprochen und als politisches Ziel dargestellt hat*“, weg.

Um das Profil der FPÖ noch klarer darzustellen spricht Rosenkranz den Klubobmann der Grünen Prof. Van der Bellen an. Ihm wirft sie vor - seine Wähler befänden sich „*in den Villen am Stadtrand und in den Altbauwohnungen in der Innenstadt*“ und nicht in den Gemeindebauwohnungen, wo der Ausländeranteil groß sei.

Weiters wird die Sozialdemokratie angesprochen: „*Working Poor*“ – wie könne das in einem sozialdemokratisch geprägten Staat sein. „*Meine Damen und Herren von der Sozialdemokratie – ich werde es Ihnen immer wieder sagen, wir werden nicht lockerlassen – Sie müssen sich entscheiden: Einwanderung oder das Wahrnehmen der Rechte des Arbeiters und des Arbeitnehmers!*“

Sie fordert die SPÖ wiederholt auf: „*Fragen Sie die Leute!*“. Die Sozialdemokraten hätten den Kontakt zu den Menschen verloren, die Freiheitlichen hingegen sprechen gerade deren Anliegen an.

Nur ein Zuwanderungsstopp würde für FPÖ „*den Arbeitsmarkt in Ordnung bringen*“. Man könne auch „*mit Zuwanderung den Kindermangel nicht kompensieren*“. Für die Freiheitlichen seien „*Kinder das höchste Gut und wir halten es für Österreichs Zukunft für unverzichtbar, Kinder und Familien besser zustellen.*“

Argumentationslinie – die Kategorien der Vergangenheit, der Motivation und der Zukunft

Tabelle 6.30

Argumentations schema	Kurze Paraphrase der Inhalte bzw. Zitate aus der Rede von Barbara Rosenkranz (FPÖ)	Gesamtwortanzahl
Beispiele aus der Vergangenheit	SPÖ war sehr vorausschauend und hat sich mit einem Wahlplakat schon auf das Regierungsprogramm bezogen. „Sie haben damals nämlich plakatiert: „Österreich hat sich Besseres verdient.“	74
Motivation	„Dieses Regierungsprogramm hat nicht den geringsten Ansatz, Fehlentwicklungen auch nur zu erkennen, geschweige denn zu korrigieren. Es hat überhaupt keine Schwerpunkte.“	113
Beispiele aus der Vergangenheit	Im Programm steht: „Zuwanderung ist eine globale Herausforderung.“ „Was ist damit gemeint? Was steht hinter diesen Worthülsen? Dahinter steht, dass wir seit	225

	nunmehr vier Jahrzehnten so wenige Kinder haben, dass nicht annähernd eine Generation die nächste ersetzen wird.“	
Motivation	„Wir sehen hier die Positionen völlig konträr zu Ihnen! Wir wollen die Zuwanderung stoppen, und wir wollen Österreichs Familien so stärken, dass wieder eine Kinderzahl zustande kommt, in der die Generationen ersetzt werden. Wir halten das für machbar, wir erachten es als notwendig.“	
Beispiele aus der Vergangenheit	„Wir haben in Österreich mittlerweile einen Anteil von 13 Prozent von Menschen, die nicht im Land geboren sind, an der Bevölkerung. Das sind 1,3 Millionen Menschen. In manchen Ballungsräumen, wie in Wien, sind es 18 Prozent.“	662
Darstellung der möglichen Folgen bzw. der Zukunft	„Meine Damen und Herren von der Sozialdemokratie – ich werde es Ihnen immer wieder sagen, wir werden da nicht lockerlassen. Sie müssen sich entscheiden: Einwanderung oder das Wahrnehmen der Rechte des Arbeiters und des Arbeitnehmers! Beides zugleich ist nicht möglich.“	40
Beispiele aus der Vergangenheit	„Österreich ist ein sicheres Land, Herr Vizekanzler, es kommt allerdings darauf an, wo.“ Die Rednerin meint, dass es in manchen Bezirken gefährlich sei, und „wo man sich in der Nacht, speziell als Frau, eigentlich nicht sinnvollerweise hinwagen sollte“. „Wir stellen fest, dass die Kriminalität massiv gestiegen ist.“	198
Darstellung der möglichen Folgen bzw. der Zukunft	„Wir werden nicht müde werden, darzustellen: Wer den Arbeitsmarkt in Ordnung bringen will, wer die Sicherheit wiederherstellen will, der wird die Zuwanderung stoppen müssen!“	24
Beispiele aus der Vergangenheit	Die Anliegen der Familien in Österreich seien jahrzehntelang von der Politik ignoriert worden: „Man kann mit Zuwanderung den Kindermangel nicht kompensieren.“	104
Darstellung der möglichen Folgen bzw. der Zukunft	„Wir werden um eigene Kinder nicht herumkommen, und daher wird es ganz dringend notwendig sein, einen Paradigmenwechsel durchzuführen.“ Die FPÖ schlägt vor, „noch einmal ein großes Familienpaket zu schnüren“	160
Motivation	„Meine Damen und Herren! Im Gegensatz dazu sind für uns Kinder das höchste Gut, und wir halten es für Österreichs Zukunft für unverzichtbar, Familien besser zu stellen.“	152

Quantitativ dominiert die Kategorie „Beispiele aus der Vergangenheit“. Dies ist notwendig, um die Entwicklungen im Bereich der Zuwanderung darzustellen: „*Auf der einen Seite seit Jahrzehnten zu wenige Kinder, auf der anderen Seite hat seit Jahrzehnten, und in den letzten anderthalb Jahrzehnten ganz besonders starke Zuwanderung gegeben – unter ihrer Regierung, Herr Klubobmann Schüssel, sind 300 000 Menschen neu ins Land gekommen.*“

Rosenkranz stellt auch die gegenwärtige Lage dar: „*Wir haben in Österreich mittlerweile einen Anteil von 13 Prozent von Menschen, die nicht im Land geboren sind (...) Das sind 1,3 Millionen Menschen. In manchen Ballungsräumen, wie in Wien, sind es 18 Prozent.*“

Im Zusammenhang mit der starken Zuwanderung werden „*das Schnitzel-Verbot*“ und „*das Nikolo-Verbot*“ in Wien von der Rednerin in Erinnerung gebracht wie auch das

Statement von Vizekanzler Molterer „*Österreich sei ein sicheres Land*“. Dem widerspricht die Rednerin mit einem Beispiel: „*Es gibt in Wien mittlerweile Bezirke, wo man sich in der Nacht, speziell als Frau, eigentlich nicht sinnvollerweise hinwagen sollte.*“ Die These der FPÖ ist, dass steigende Zuwanderung zu steigender Kriminalität führt.

Angesprochen wird auch die neue Gesundheits- und Familienministerin Andrea Kdolsky, die an dem Buch „*Kinderlos, na und?*“ mitgewirkt hat. „*Übrigens eines der dümmsten Bücher, die ich je gelesen habe*“, meint Rosenkranz. Und weiter: „*Sie seien eine „leidenschaftliche Tante“ – auch, weil man die Kinder „irgendwann zurückgeben kann“, denn bei längerem Kontakt könne Ihr Nervensystem schon einmal überreizt werden.*“

Die FPÖ-Abgeordnete nutzt die Aussagen von Kdolsky, um wieder die Vorschläge und Botschaften der eigene Partei zu präsentieren: „*Wir schlagen daher vor, noch einmal ein großes Familienpaket zu schnüren.*“ Denn für die FPÖ seien Kinder „*das höchste Gut*“.

Zusammenfassung:

Die „sprachliche Kodierung“ beträgt 8,5 Prozent des Gesamtwortlautes, die Schlüsselworte sind Inhalte der Freiheitlichen wie „*Zuwanderungsstopp*“.

Die „*Wir-Gruppe*“ der Freiheitlichen ist sehr deutlich konstruiert, von den anderen Parteien abgegrenzt und für die WählerInnen erkennbar.

Bei der Argumentationslinie überwiegen die „*Beispiele aus der Vergangenheit*“, da diese die Beschreibung der Zuwanderungssituation ermöglichen. Dahinterfolgen die Kategorien „*Motivation*“ und „*Zukunft*“.

Abgeordneter Fritz Neugebauer (ÖVP) - 12 Minuten

Um das „*Grundthema*“ – die neue Regierung – zu behandeln knüpft der ÖVP-Abgeordnete Neugebauer an die Worte des neuen Bundeskanzlers an: „*Herr Dr. Gusenbauer hat bei seiner Präsentation des Regierungsprogramms den Satz geprägt: „Wir leben in einem guten und auch in einem vergleichsweise reichen Land. Es ist*

daher sachgerecht und nur logisch, dass dieses Regierungsprogramm auf dem Erfolgskurs der letzten Jahre aufbaut.“

Anbei ist die detaillierte Analyse:

Die sprachliche Kodierung

Tabelle 6.31

Sprachliche Kodierung	Ausgewählte verwendete Schlüsselworte:	Gesamtwortanzahl:
	<ul style="list-style-type: none"> - dieses Regierungsprogramm baut auf dem Erfolgskurs der letzten Jahre auf - Subsidiarität - die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der öffentlichen Dienste, die ihre Arbeit druckresistent durchführen können - Wir wollen auch eine Neuverteilung der Gehaltsverläufe angehen. - Arbeitsmarkt und Arbeitswelt - Sozialpartner - Weiterbildung, für die aktive Arbeitsmarktpolitik das Arbeitsmarktservice - Bekämpfung der Schwarzarbeit, um ganz einfach für fairen Wettbewerb in der sozialen Marktwirtschaft zu sorgen - Wachstum und Konjunkturpolitik - höchste Beschäftigungszahlen - Bildung - EU als das größte Friedenswerk überhaupt in der Geschichte Europas 	124

Bei einem Gesamtwortlaut von 1 065 Wörtern weist diese Rede den höchsten Anteil an Schlüsselworten im Vergleich zu den bisher analysierten Reden auf. Die „sprachliche Kodierung“ beträgt 11,64 Prozent.

Die von Neugebauer gesetzten Akzente sind ÖVP relevant: die EU als „*das größte Friedensprojekt überhaupt in der Geschichte*“ und die Subsidiarität, die „*die Autonomie der Länder und Gemeinden*“ stärkt.

Der Redner begrenzt sich auf das Aufzählen von Themen, die der Wähler mit der Volkspartei identifizieren kann: Wachstum und Konjunkturpolitik, Beschäftigung, Bildung.

Konstruktion von Wir-Gruppen

Tabelle 6.32

Konstruieren der Wir-Gruppe	Unterschiedliche Gruppen:	Wortanzahl:
	Ich	14
	Wir ÖVP als Regierungspartei, Molterer, Vizekanzler	15
	Wir als Österreicher	2
	Wir Parlamentarier	2
	Sozialpartner	2
	SPÖ, Gusenbauer	2
	Die Grünen, Prof. Van der Bellen	1
	FPÖ	-
	BZÖ	-
	die Menschen	2

Die Profilierung des Redners und die Betonung der „Wir-Gruppe“ der eigenen Partei befinden sich fast im Gleichgewicht. Neugebauer betont die Mitarbeit der Sozialpartner.

„Lassen Sie mich noch einen Blick auf meine Profession werfen, auf das Bildungskapitel, das ich mit der sehr verdienstvollen Frau Ex-Bundesministerin Elisabeth Gehrer verhandeln durfte.“ Neben dem eigenen Profil wird auch die Arbeit einer Kollegin aus der ÖVP hoch gelobt.

Positiv wird auch die Vorgehensweise des Koalitionspartners SPÖ gesehen: *„Ich möchte auch positiv anmerken, dass – und das hat Herr Dr. Gusenbauer ja ausgeführt – sich in einem Aufeinander-Zugehen von den ersten Verhandlungen bis heute auch im Umgang miteinander einiges geändert hat.“*

Argumentationslinie – die Kategorien der Vergangenheit, der Motivation und der Zukunft

Tabelle 6.33

Argumentations schema	Kurze Paraphrase der Inhalte bzw. Zitate aus der Rede von Fritz Neugebauer (ÖVP)	Gesamtwort anzahl
Beispiele aus der Vergangenheit	„....Gusenbauer hat bei seiner Präsentation des Regierungsprogramms den Satz geprägt: „Wir leben in einem guten und auch in einem vergleichsweise reichen Land.“ Das Programm baut auf dem Erfolgskurs der letzten Jahre auf.	68
Darstellung der möglichen Folgen bzw. der Zukunft	„Diese breite parlamentarische Mehrheit, auf die sich die Bundesregierung künftig stützen kann, bietet die Möglichkeit, auf der Grundlage des Österreich-Konvents Markierungen zu setzen, die vielleicht in anderen Konstellationen bisher nicht möglich waren.“	100

Beispiele aus der Vergangenheit	„Ich bin sehr froh darüber, dass eine neue Aufgabenverteilung zwischen Bund und Ländern angedacht ist... Die Autonomie der Länder und Gemeinden zu stärken, entspricht jenem Grundsatz, den wir gerne Subsidiarität nennen.“	68
Darstellung der möglichen Folgen bzw. der Zukunft	„Wir werden eine Rechtsform suchen, sodass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der öffentlichen Dienste ihre Arbeit druckresistent durchführen können, und wir wollen auch eine Neuverteilung der Gehaltsverläufe angehen, weil auch der öffentliche Dienst auf qualifizierten Nachwuchs nicht verzichten kann.“	38
Beispiele aus der Vergangenheit	„Ich begrüße außerordentlich, dass die Bundesregierung in ihr Programm den Stellenwert der Sozialpartner verstärkt aufgenommen hat. Wesentliche Teile dieses Papiers sind von den Sozialpartnern erarbeitet worden.“	242
Motivation	„Höchste Beschäftigungszahlen jetzt und sinkende Arbeitslosigkeit rechtfertigen, hier viel Geld in die Hand zu nehmen.“	15
Beispiele aus der Vergangenheit	„Lassen Sie mich noch einen Blick auf meine Profession werfen, auf das Bildungskapitel, das ich mit der sehr verdienstvollen Frau Ex-Bundesministerin Elisabeth Gehrer verhandeln durfte...“	292
Darstellung der möglichen Folgen bzw. der Zukunft	„Ich möchte ebenso anmerken, dass sich die Bundesregierung zum Ziel gesetzt hat, in allen Ressorts alles, was EU-relevant ist, besonders zu unterstreichen... Herr Bundeskanzler, Herr Vizekanzler, Sie dürfen mit unserer Unterstützung rechnen.“	234

Der Redebeitrag von Fritz Neugebauer ist verstärkt der Vergangenheit gewidmet, da seine Partei (ÖVP) seit 1999 eine Regierungspartei ist. Er nutzte die positiven Worte von Gusenbauer: die neue Bundesregierung baue auf dem Erfolgskurs der letzten Jahre auf. In weiteren Beispielen widmet er sich den guten Vorschlägen, die in dem Regierungsprogramm zu finden sind. Neugebauer beschreibt auch eine gegenwärtige „*Herausforderung für die Politik, die nur durch eine gemeinsame Anstrengung geschafft werden kann: Vor knapp drei Lebensdauern, also vor etwa 200 Jahren, lag die durchschnittliche Lebenserwartung bei 35 Jahren und dass ein heute 50-jähriger diese damalige Lebenserwartung noch vor sich hat.*“

Es wurden keine Angriffe in Richtung Koalitionspartner festgestellt. Es wird auch nicht klar, wen Neugebauer mit dem Zitat von Robert Schuman („*Am gefährlichsten in der Politik seien jene Leute mit starker Phantasie und schwachen Nerven. Das kann man den Damen und Herren hier nicht unterstellen.*“) meint.

Für die Zukunft hat der Redner den Vorschlag, dass „*eine hunderttägige Schonfrist, die üblicherweise gegeben wurde, für die Damen und Herren dieser Bundesregierung nicht notwendig sein wird.*“ Er wünsche der neuen Bundesregierung „*einen starken Realismus, gute Kreativität und eine gute Kondition*“.

Die Kategorie „Motivation“ ist in dieser Rede am wenigsten vertreten. Im folgenden Beispiel wird klar, wie der Redner eher nebenbei die eigene Person herausstellt: „*Ich*

kenne die Damen und Herren auf der Regierungsbank teilweise seit vielen Jahren persönlich und auch Ihr Wirken, andere durch die veröffentlichten Biographien (...) Alle, die hier sitzen, haben immer etwas mit Politik zu tun gehabt, etwa schon als Minister, als Abgeordnete, als Beteiligte in Landtagen oder in Landesregierungen oder in Bereichen, wo man hart an der Politik gearbeitet hat.“

Zusammenfassung:

Die „sprachliche Kodierung“ beträgt 11,64 Prozent, es werden Themen der ÖVP aufgelistet.

Bei den „Wir-Gruppen“ ist die ÖVP als Regierungspartei am besten geschildert, es gibt eine starke „Ich“-Präsenz und auch die Gruppe der Sozialpartner macht sich bemerkbar. Die Argumentationslinie ist stark vergangenheitsorientiert, gefolgt von der „Darstellung der Zukunft“ und der „Motivation“.

Abgeordneter Herbert Scheibner (BZÖ) – 12 Minuten

Um die Zuhörerinnen und Zuhörer in das „Hauptthema“ einzuführen, meint der BZÖ-Abgeordnete zu Beginn: „*Etwas geht mir ab – vielleicht nicht nur mir, aber auch den ZuseherInnen vor den Fernsehschirmen, die sich die Übertragung der Debatte anschauen – wahrscheinlich auf Grund der wenig Verbliebenen hier, vor allem bei der Sozialdemokratie: Es fehlt die Euphorie, die Aufbruchstimmung.*“

Anbei ist die detaillierte Analyse der Rede:

Die sprachliche Kodierung

Tabelle 6.34

Sprachliche Kodierung	Ausgewählte verwendete Schlüsselworte:	Gesamtwortanzahl:
	<p>Schlüsselworte BZÖ:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Österreich hat das beste Pensionssystem in Europa. - Österreich ist eines der sichersten Länder in Europa. - Wir haben ein gutes Bildungssystem. - Wir haben ein gutes Sicherheitssystem. - Wir haben ein gutes Gesundheitssystem. <p>Schlüsselworte neue Regierung:</p>	140

	<ul style="list-style-type: none"> - Rekord in der Anzahl der neuen Regierungsmitglieder - Mit der Erhöhung der Mineralölsteuer werden die Österreicherinnen und Österreicher, vor allem die Pendler, belastet. - Pensionsraub will man wieder umkehren - das Gesundheitssystem nicht über höhere Beiträge finanzieren, sondern in Richtung eines Philosophiewechsels gehen - Wie schaut es aus mit der Reduzierung der Steuersätze? - Wie schaut es aus mit einer weiteren Förderung der klein- und mittelständischen Wirtschaft im Steuerbereich? - die Studiengebühren - die bösen und teuren Eurofighter abbestellen 	
--	--	--

Bei einem Gesamtwortlaut von 1 886 Wörtern sind 7,4 Prozent „sprachlich kodiert“.

Die Schlüsselworte bei dieser Rede lasen sich in zwei Kategorien aufteilen: in BZÖ-Inhalte und in Schlüsselworte bezüglich der neuen Regierung.

Die erste Kategorie beschreibt „*das positive Erbe*“, das das BZÖ in den letzten Jahren als Regierungspartei hinterlassen hat. Der zweite Teil der Schlüsselworte sind die Kritikpunkte, die das BZÖ an der neuen Regierung hat: eine zu hohe Anzahl von Regierungsmitgliedern, die Erhöhung der Krankenkassenbeiträge, keine Senkung der Steuer für Kleine- und Mittelunternehmen, die Beibehaltung der Studiengebühren.

Konstruktion von Wir-Gruppen

Tabelle 6.35

Konstruieren der Wir-Gruppe	Unterschiedliche Gruppen:	Wortanzahl:
	Ich	21
	Wir BZÖ	15
	Wir als Opposition	1
	Wir als Österreicher	5
	Wir Parlamentarier	3
	SPÖ	2
	Die neue Regierung, Bundeskanzler Gusenbauer	29
	ÖVP	1
	FPÖ	-
	Die Grünen	-
	Die Menschen, die Österreicher, die ZuseherInnen	9

Bei dieser Rede ist eine Gruppe verbal deutlich gezeichnet: die neue Regierung – 29 Mal wird diese direkt oder über Bundeskanzler Gusenbauer angesprochen. Mit der erfolgreichen Abgrenzung des BZÖ zur Gruppe der Anderen profiliert der Redner die eigene Partei besser. Seine eigene Person erwähnt Scheibner auch prominent 21 Mal. Erst dahinter, an dritter Stelle, quantitativ betrachtet kommt die Wir-Gruppe des BZÖ.

SPÖ, ÖVP, FPÖ und die Grünen werden als Parteien kaum erwähnt – die Aufmerksamkeit des Abgeordneten Scheibner gilt nur der Abgrenzung des BZÖ von der neuen Regierung. Das BZÖ habe ein „*positives Erbe*“ hinterlassen, die neue Regierung hingegen habe nicht einmal gute Vorschläge. Die Tatsache, dass eigentlich die ÖVP die führende Rolle in den letzten sieben Jahren als Regierungspartner das BZÖ und jetzt der SPÖ gespielt hat, umgeht Scheibner folgendermaßen: er erwähnt die ÖVP genau ein Mal in seiner 12-minütigen Rede.

Argumentationslinie – die Kategorien der Vergangenheit, der Motivation und der Zukunft

Tabelle 6.36

Argumentations schema	Kurze Paraphrase der Inhalte bzw. Zitate aus der Rede von Herbert Scheibner (BZÖ)	Gesamtwort anzahl
Beispiele aus der Vergangenheit	Es gibt keine Aufbruchstimmung nach der neuen Regierungsbildung: Die SPÖ hat endlich einen Bundeskanzler, aber die Sozialdemokraten freuen sich nicht.	362
Darstellung der möglichen Folgen bzw. der Zukunft	Die SPÖ-Abgeordneten bekommen während der Debatte von der Parteibasis per SMS Forderungen: Gusenbauer solle keine Nachhilfestunden geben, sondern ein Training in Verhandlungsführung nehmen, sodass das nächste Mal die Verhandlung vielleicht anders ausgehen kann.	62
Motivation	Die neue Bundesregierung und damit auch die Sozialdemokratie gibt jetzt zu „wie gut die letzten sieben Jahre für Österreich gewesen sind. Auf Grund der Regierungsmaßnahmen während der Jahre 2000 bis 2007 haben wir das beste Pensionssystem in Europa (...) Österreich ist eines der sichersten Länder in Europa...“	129
Beispiele aus der Vergangenheit	Im Jahr 2000 musste einen Scherbenhaufen aufgeräumt werden: ein Scherbenhaufen mit Rekorddefizit, mit einem Gesundheitssystem, das wirklich an die Grenzen der Finanzierbarkeit gegangen ist...	225
Darstellung der möglichen Folgen	Für die Zukunft „stehen so viele Allgemeinplätze im Programm drin: verstärken, erhöhen, verbessern, evaluieren, Arbeitskreise einsetzen.“	28
Beispiele aus der Vergangenheit	Sehr konkret ist die neue Regierung wenn es um zusätzliche Belastungen geht z. B. Gesundheitsgebühren. „Wir haben hart gerungen damals –Bundeskanzler Schüssel weiß das, wir haben extrem gestritten, als es darum gegangen ist die Gebühren zu erhöhen.“	128
Darstellung der Zukunft	„Ich weiß, Sie haben ein schlechtes Gewissen, das ehrt Sie auch, aber jetzt schauen Sie einmal, dass Sie etwas weiterbringen in dieser Regierung.“	23
Beispiele aus der Vergangenheit	„Wir haben uns dann darauf geeinigt, das Gesundheitssystem nicht über höhere Beiträge zu finanzieren und zu sanieren, sondern in Richtung eines Philosophiewechsels. Wir haben gesagt, wir erhöhen nicht die Beiträge...“	35
Motivation	Damals wurde entschieden, in die Prävention, in die Vorsorge zu investieren „denn es gibt Gutachten, dass man nicht nur einige	59

	Millionen Euro einsparen kann, sondern bis zu 2 Milliarden Euro im Jahr an Einsparungspotential gegeben sind, wenn man ganz einfach verhindert, dass die Menschen krank werden, und somit das Kranksein nicht finanziert muss.“	
Beispiele aus der Vergangenheit	Vor der Wahl hat die SPÖ versprochen eine Steuerreform durchzuführen, die 500 Euro Steuerentlastung für jeden bringen würde.	133
Motivation	Bezüglich des verpflichtenden Vorschuljahres im Bildungs- und Integrationsbereich: „Ja, ich gebe Ihnen Recht, die Kenntnis der deutschen Sprache ist eines der wichtigsten Integrationsmittel, vor allem für Kinder. Wo ist denn dieses verpflichtende Vorschuljahr für alle Kinder, die die deutsche Sprache nicht in ausreichendem Ausmaß beherrschen? Das findet sich in diesem Regierungsprogramm nicht.“	59
Beispiele aus der Vergangenheit	Der Beitritt in die EU und die unterzeichneten Verträge mit der Union und das neue Regierungsprogramm widersprechen sich bezüglich der Neutralität Österreichs.	107
Motivation mit Beispielen aus der Vergangenheit	Es besteht ein Widerspruch im Programm, wo festgehalten ist, dass das österreichische Bundesheer die Neutralität schützen soll. „Das ist interessant, es ist eine Aufgabe einer Armee, ein völkerrechtliches Instrument zu schützen...“ Weiters wird wieder erwähnt, dass ein Zivildiener (Darabos) nicht Verteidigungsminister sein kann.	271
Beispiele aus der Vergangenheit	Der Verteidigungsminister hat in der „Zeit im Bild 2“ einmal gesagt, dass er selbst die Waffe nicht in die Hand nehmen musste.	108
Motivation	„In diesem Sinne sehen wir auch die Einsatzfähigkeit des Bundesheeres gefährdet.“ Das BZÖ reicht einen Entschließungsantrag ein.	121

Die „Beispiele aus der Vergangenheit“ überwiegen in diesem Redebeitrag und diese Tendenz gründet in dem Bestreben, das wertvolle Erbe des BZÖ als einstige Regierungspartei darzustellen. Und der Bundeskanzler selbst habe diese in seiner Rede thematisiert, und *so „auch diese Bundesregierung und damit auch die Sozialdemokraten jetzt endlich einmal zugeben, wie gut die letzten sieben Jahren für Österreich waren“*. Scheibner spricht auch die Worte von Josef Cap (SPÖ) über „*das schwere Erbe*“ an und bewertet wird dieses Erbe als „*das positive Erbe, das wir Ihnen übergeben.*“ Nun hätten die Regierenden damit gut umzugehen.

Scheibner bringt in Erinnerung, dass man im Jahr 2000 „*einen Scherbenhaufen*“ aufzuräumen gehabt hatte: „*einen Scherbenhaufen mit Rekorddefizit, mit einem Gesundheitssystem, das wirklich an die Grenzen der Finanzierbarkeit gegangen ist*“.

Die Gegenwart ist in der Rede auch präsent: Es wird eine Umfrage zitiert, die besagt, dass „*mehr als 60 Prozent der Österreicherinnen und Österreicher der Meinung sind, dass das ein sehr schlechter Start für die Regierung Gusenbauer (...) gewesen ist*“.

Der BZÖ-Abgeordnete beschreibt die Gegenwart noch weiter: „*Von Abgeordneten der ÖVP habe ich schon gehört, sie bekommen per SMS von Zusehern Beileidsbekundungen*

und Durchhalteparolen: Haltet durch, ihr tut uns ja alle leid! Bei der SPÖ, habe ich gehört, gibt es schon eine SMS, Kollege Gusenbauer solle keine Nachhilfestunden geben.“

Die Kategorie „Motivation“ ist auch stark vertreten, um einerseits das positive Erbe des BZÖ und andererseits das schlechte Programm der neuen Regierung zu beschreiben. „*Da stehen alle Allgemeinplätze drin: verstärken, erhöhen, verbessern, evaluieren, Arbeitskreise einsetzen (...) alles, was Sie sich in dieser Regierung vorgenommen haben. – Sehr wenig.*“

Die Österreicher erwartet also mit der SPÖ-ÖVP Regierung keine hoffnungsvolle Zukunft. Trotzdem werde das BZÖ „*auf der Sachebene (...) mit allen Regierungsmitgliedern zusammenarbeiten*“.

Zusammenfassung:

Die „sprachliche Kodierung“ beträgt 7,4 Prozent der Rede. Diese sind in zwei Teile aufgeteilt: Schlüsselworte, die das positive Erbe des BZÖ betonen, und Schlüsselworte, die die neue Regierung kritisieren.

Bei den „Wir-Gruppen“ werden das BZÖ und die neue Regierung einander gegenübergestellt.

Bei der Argumentationslinie überwiegen die „Beispiele aus der Vergangenheit“ und die „Motivation“.

Bundesministerin Dr. Ursula Plassnik (ÖVP) – 12 Minuten

Neben dem Hauptthema - das Regierungsübereinkommen - geht Frau Plassnik stark auf die eigene Tätigkeit als Außenministerin Österreichs ein.

Anbei ist die detaillierte Analyse des Redebeitrags:

Die sprachliche Kodierung

Tabelle 6.37

Sprachliche Kodierung	Ausgewählte verwendete Schlüsselworte:	Gesamtwortanzahl: 65
	<ul style="list-style-type: none"> - die EU, das europäische Einigungswerk - Arbeit an der Wiedervereinigung Europas - aktive Mitgestaltung des Friedensprojektes Europa - österreichische Europa- und Außenpolitik - Europa als Chance begreifen - das europäische Lebensmodell - Arbeit für die Weltgemeinschaft - Beitritt der Türkei zur EU - Entwicklungszusammenarbeit 	

Einen ziemlich hohen Anteil an „sprachlicher Kodierung“ - 7,9 Prozent - zeichnet den Redebeitrag von Ursula Plassnik aus. Fast alle Schlüsselworte sind mit der EU-Problematik verbunden, ein Thema das die ÖVP erfolgreich besetzt: es wird „*die Kraft dieses europäischen Einigungswerks*“ betont, es wird über die Euro-Zone und über Europa – ein Kontinent der Zuversicht – gesprochen.

Wie schon zuvor Bundeskanzler Gusenbauer und Vizekanzler Molterer verzichtet die ÖVP-Rednerin auf eine Kritik am Koalitionspartner. Plassnik ist die erste unter allen bisherigen Rednern, die sich exklusiv nur mit einem Thema beschäftigt: das eigene Ressort in der Bundesregierung.

Auch wenn es um strittige Themen geht, wie den Türkei-Beitritt, sucht Plassnik keine Konfrontation mit der FPÖ, um deren Argumente zu entkräften, sondern listet nur die eigenen Vorhaben auf.

Konstruktion von Wir-Gruppen

Tabelle 6.38

Konstruieren der Wir-Gruppe	Unterschiedliche Gruppen:	Wortanzahl:
	Ich	9
	Wir ÖVP als Regierung, die Bundesregierung	24
	Wir als Österreicher	2
	SPÖ	1
	Die Grünen	-
	FPÖ	-
	BZÖ	-
	Die Österreicher	2

In diesem Redebeitrag tritt eine „Wir-Gruppe“ sehr deutlich hervor „Wir-die Bundesregierung“: Es gibt keine andere Gruppe, die als Gegenpol agieren würde, um die Vorteile der eigenen besser darstellen zu können. Als Regierungsmitglied sucht Plassnik keine Konfrontation, betont auch im eigenen Beitrag nur neun Mal, das Personalpronomen „Ich“: „*Ich war gestern im Namen der Bundesregierung für Österreich in Slowenien.*“; „*Ich spreche zu den jungen Freunden...*“; „*Auf Seite 158 des Regierungsprogramms finden Sie den Hinweis, den Eisernen Vorhang wissenschaftlich museal aufzuarbeiten. Ich gebe zu, es war eine Anregung, die von mir gekommen ist und ich finde...*“

Argumentationslinie – die Kategorien der Vergangenheit, der Motivation und der Zukunft

Tabelle 6.39

Argumentations schema	Kurze Paraphrase der Inhalte bzw. Zitate aus der Rede von Dr. Ursula Plassnik (ÖVP)	Gesamtwort anzahl
Beispiele aus der Vergangenheit	„Gestern war auch der 15. Jahrestag der Anerkennung der staatlichen Souveränität Sloweniens durch Österreich und durch die Europäische Union.“	156
Motivation	„Daher auch die Arbeit an der Wiedervereinigung Europas, die aktive Mitgestaltung des Friedensprojektes Europa in unserer Generation – das ist ein Kernanliegen dieser Bundesregierung. So sieht auch Nachbarschaftspolitik aus, das ist Außenpolitik konkret.“	78
Darstellung der möglichen Folgen bzw. der Zukunft	„Ich werde morgen nach Serbien reisen... Der Balkan wird also weiterhin ein Schwerpunkt der österreichischen Europa- und Außenpolitik sein. Hier gilt es, diese Perspektive des Beitritts glaubhaft zu machen.“	118
Beispiele aus der Vergangenheit	„Ein Wort zur Türkei: Wir haben in diesem Regierungsprogramm festgehalten, dass wir uns die Zielsetzung eines schrittweisen Vorgehens geben, zunächst mit dem Ziel einer maßgeschneiderten türkisch-europäischen Gemeinschaft.“	49
Motivation	„Die Grundphilosophie im europa- und außenpolitischen Teil dieses Regierungsabkommens ist, Europa als Chance zu begreifen. Und ich bin überzeugt davon, dass, wenn SPÖ und ÖVP gemeinsam an dieser Darstellung, an diesem Bewusstsein arbeiten, die Akzeptanz des europäischen Einigungswerkes auch bei den Österreichern und Österreicherinnen steigen wird.“	46
Darstellung der möglichen Folgen bzw. der Zukunft	„Wir wollen aktiv und vollberechtigt mitgestalten. Wir werden an allen Politikfeldern der EU mitwirken, und wir werden dazu beitragen, dass Europa ein Kontinent der Zuversicht bleibt, dass Europa nicht getrieben ist von seinen Ängsten.“	180
Motivation	„Ein regionaler Schwerpunkt der Arbeit der EU für die Weltgemeinschaft wird der Nahe Osten sein, denn es ist Zeit, dass hier ein Impuls kommt, und dieser Impuls sollte von der EU ausgehen. Wir haben viel Vertrauenskapital auf beiden Seiten, jetzt gilt es dieses Vertrauenskapital zu nützen...“	78

Darstellung der möglichen Folgen bzw. der Zukunft	„Wir werden weiterhin mit der Wirtschaft eng zusammenarbeiten... Die österreichische Außenpolitik und Europapolitik wird, meine Damen und Herren, nicht rot sein, sie wird nicht schwarz sein, sie wird rot-weiß-rot sein.“	105
--	---	-----

In diesem Redebeitrag überwiegt die Kategorie „Darstellung der möglichen Folgen“ und manchmal werden diese aus der Vergangenheit abgeleitet: „*Das europäische Lebensmodell mit all seinen Komponenten, mit der ausgeprägten sozialen Komponente, aber auch mit den Komponenten Nachhaltigkeit, Vielfalt und kulturelle Vielfalt, werden wir bewahren – wir werden das weiterentwickeln. Und wir werden es gemeinsam tun: Es wird eine Teamarbeit sein, wie Außenpolitik und Europapolitik insgesamt Teamarbeit ist.*“

Das Bestreben, keine Konfrontation zu suchen, sondern die neue Regierung als ein Team zu präsentieren, kommt auch bei folgenden Worten der Außenministerin zur Geltung: „*Die österreichische Außenpolitik und Europapolitik wird nicht rot sein, sie wird nicht schwarz sein, sie wird rot-weiß-rot sein.*“

Auch auf strittige Themen, die vor allem seitens der FPÖ angesprochen werden (Österreich in der EU und Beitritt der Türkei zur EU) geht Plassnik nicht ein. Sie präsentiert nur das Regierungsprogramm hinsichtlich der Außenpolitik und betont einen entscheidenden Gedanken: Die EU als Chance zu begreifen.

Zusammenfassung:

Die „sprachliche Kodierung“ beträgt 7,9 Prozent des Gesamtwortlautes der Rede und ist ressortorientiert. Die Außenpolitik und die EU sind Grundthemen der ÖVP.

Bei den „Wir-Gruppen“ wird eine Gruppe deutlich gezeichnet „Wir-die-Regierung“.

Bei der Argumentationslinie widmete sich die Rednerin vermehrt der „Zukunft“.

Bundesminister Mag. Norbert Darabos (SPÖ) – 12 Minuten

Wie schon Ministerin Plassnik, so hat auch der nächste Redner, Verteidigungsminister Darabos, zwei Akzente in seinem Redebeitrag: das Regierungsübereinkommen und das eigene Ressort in der Regierung Gusenbauer. Die Bestellung von Norbert Darabos wurde mehrmals kritisiert, da er Zivildiener war und laut vielen Abgeordneten nicht für

den Posten des Verteidigungsministers geeignet sei. Das sprach der Redner folgendermaßen am Anfang seines Redebeitrages an: „*Vorerst einmal danke ich für die verstärkte Aufmerksamkeit.*“

Anbei ist die detaillierte Analyse des Beitrags:

Die sprachliche Kodierung

Tabelle 6.40

Sprachliche Kodierung	Ausgewählte verwendete Schlüsselworte:	Gesamtwortanzahl:
	<ul style="list-style-type: none"> - Das Bundesheer befindet sich im Aufbruch und im Umbruch. - Erweiterung der Europäischen Union - Konzeptionsphase für das Bundesheer 2010 - Verteidigungspolitik - Einsatz in der Katastrophenhilfe und in der Friedenserhaltung - internationalen Friedenseinsätze - Neutralität ist der Schlüssel zur Gestaltung einer Friedenspolitik. - alternative Lösungen zur Eurofighter-Beschaffung zu suchen - Luftraumsicherung - die Verkürzung des Wehrdienstes auf sechs Monate - der Katastrophenschutz und die Katastrophenhilfe 	87

In dieser Rede ist der Einsatz der Kategorie „sprachliche Kodierung“ ziemlich hoch - 9,5 Prozent. Wie die vorige Rednerin, Bundesministerin Plassnik, verwendet auch Bundesminister Darabos Schlüsselworte, die direkt sein Ressort betreffen wie „Verteidigungspolitik“, „Neutralität“ als „*der Schlüssel zur Gestaltung einer Friedenspolitik*“ und „*Verkürzung des Wehrdienstes auf sechs Monate*“.

Auch das Thema Eurofighter, die von der ÖVP-Regierung bestellt worden sind, wird nicht als strittiges Thema von Darabos aufgegriffen. Der Verteidigungsminister befasst sich nicht mit den Meinungen seiner Kollegen, sondern listet auf, was er als Bundesminister tun wird: er werde alternative Lösungen zur Eurofighter-Beschaffung suchen.

Konstruktion von Wir-Gruppen

Tabelle 6.41

Konstruieren der Wir-Gruppe	Unterschiedliche Gruppen:	Wortanzahl:
	Ich	17
	Wir SPÖ als Regierung	4
	Das Bundesheer, Soldaten, Generalität, Grundwehrdiener	7
	ÖVP	2
	FPÖ	-
	Die Grünen	-
	BZÖ	-
	ÖsterreicherInnen	4

Der Redner konzentriert sich stark auf die „Ich“-Profilierung: „*Ich möchte*“ und „*Ich habe*“. Als Verteidigungsminister betont Darabos (sieben Mal) besonders die Gruppe des Bundesheeres: Generalität, Soldaten, Grundwehrdiener.

Die neue Bundesregierung ist damit nicht so intensiv als „Wir-Gruppe“ präsent. Auch in dieser Rede wird nicht die Konfrontation mit anderen Gruppen gesucht, um die eine oder die andere hervorzuheben. Die Opposition wird gar nicht erwähnt.

Argumentationslinie – die Kategorien der Vergangenheit, der Motivation und der Zukunft

Tabelle 6.42

Argumentations schema	Kurze Paraphrase der Inhalte bzw. Zitate aus der Rede von Mag. Norbert Darabos (SPÖ)	Gesamtwort anzahl
Motivation	Darabos ist stolz darauf „in den nächsten Jahren als Minister für ein Heer verantwortlich zu sein, von dem ich weiß, dass es in jeder Situation Schutz und Hilfe für die österreichische Bevölkerung bietet.“	116
Beispiele aus der Vergangenheit	„Die geopolitische Lage hat sich in den letzten Jahrzehnten in hohem Ausmaß verändert... Mit der Erweiterung der Europäischen Union ist das Friedensprojekt Europa weit fortgeschritten, und Österreich ist von Staaten umgeben, die uns freundlich gesinnt und freundschaftlich verbunden sind.“	139
Darstellung der möglichen Folgen bzw. der Zukunft	Es ist eine der Hauptaufgaben für Darabos, das Projekt „Bundesheer 2010“ mit Leben zu erfüllen. Ein weiterer Schwerpunkt der Verteidigungspolitik wird in den nächsten Jahren auf den internationalen Aktivitäten liegen.	82
Motivation	Die Neutralität ist seit Jahrzehnten ein Garant für Frieden und Sicherheit in Österreich und eine hervorragende Grundlage für unsere internationalen Friedenseinsätze. „Deswegen bin ich froh, dass ich mit dem Kollegen Platter ein Programm ausarbeiten, ausverhandeln konnte, in dem der Neutralität ein ganz besonderer	95

	Stellenwert zukommt.“	
Beispiele aus der Vergangenheit	„Ich habe vom Bundeskanzler den Auftrag erhalten, alternative Lösungen zur Eurofighter-Beschaffung zu suchen...“	93
Darstellung der Zukunft	„Ich werde mich um eine optimale Lösung bemühen. Darauf können sich die Österreicherinnen und Österreicher verlassen.“	14
Beispiele aus der Vergangenheit	„Sie wissen, dass wir im Regierungsbereinkommen vereinbart haben, gesetzlich die Verkürzung des Wehrdienstes auf sechs Monate festzulegen.“	89
Darstellung der möglichen Folgen bzw. der Zukunft	„Wir werden eine gesetzliche Reduzierung der Dauer des Wehrdienstes auf sechs Monate durchsetzen. Das wird eine meiner ersten Amtshandlungen sein.“	20
Beispiele aus der Vergangenheit	Bei dem Katastrophenschutz und bei der Katastrophenhilfe hat das Bundesheer in den letzten Jahren viel geleistet.	115
Darstellung der möglichen Folgen bzw. der Zukunft	Darabos schildert seine Vorhaben, z. B. „in Zusammenarbeit mit dem Innenminister versuchen, Konzepte zu erarbeiten, die die Sicherheit des Landes im Allgemeinen und der Grenzregionen im Speziellen gewährleisten“.	111

Ausgewogen in diesem Redebeitrag ist die Verwendung der beiden Kategorien „Beispiele aus der Vergangenheit“ und „Darstellung der möglichen Folgen“. Anbei ein Beispiel dazu – aus dem strittigen Themenbereich Eurofighter-Beschaffung: „*Ich habe vom Bundeskanzler den Auftrag erhalten, alternative Lösungen zur Eurofighter-Beschaffung zu suchen. Auch hier handelt es sich um eine Aufgabe, die ich in engster Abstimmung mit dem Parlament und vor allem mit dem laufenden Untersuchungsausschuss erfüllen werde (...) Ich werde mich um eine optimale Lösung bemühen. Darauf können sich die Österreicherinnen und Österreicher verlassen.*“

Der Verteidigungsminister kommentiert die Kritiken bezüglich der Besetzung seines Ressorts nicht, sondern bemüht sich um Lob für das Heer, dem er allerdings selbst während seiner Wehrdienstzeit nicht angehören wollte.

Zusammenfassung:

Die „sprachliche Kodierung“ beträgt 9,5 Prozent vom Gesamtwortlaut des Redebeitrages und steht in engem Zusammenhang mit dem Ressort des Bundesministers für Verteidigung.

Bei den „Wir-Gruppen“ wurde auch die Gruppe des Bundesheeres konstruiert. Es gibt eine starke „Ich“-Präsenz, die „Wir-Gruppe“ der Regierung ist auch präsent.

Bei der Argumentationslinie sind die Kategorien „Vergangenheit“ und „Zukunft“ gleich gewichtet.

Abgeordneter Dr. Kurt Grünewald (Die Grünen) - 12 Minuten

Das „Grundthema“ ist die Regierungsbildung und laut Grünewald „fehlte heute irgendwo das Wort „Melancholie“.“

Anbei ist die Analyse des Redebeitrags:

Die sprachliche Kodierung

Tabelle 6.43

Sprachliche Kodierung	Ausgewählte verwendete Schlüsselworte: Schlüsselworte Die Grünen: - Studiengebühren - MigrantInnen - Arbeitslosigkeit und sterbenskranke Menschen in Hospizen - Berufsgruppen in Österreich, die bei uns nicht EU-kompatibel und international vergleichbar ausgebildet sind: Diplompflegeberufe, Krankenschwestern, Krankenpfleger, Medizinisch-Technische Dienste Schlüsselworte Regierung: - Die Regierung wird den Elch-Test bestehen. - soziale Hängematte (geprägt von ÖVP)	Gesamtwortanzahl: 62

Einen hohen Anteil bei dieser Rede - 8,8 Prozent des Gesamtwortlautes - macht die „sprachliche Kodierung“ aus. Die Schlüsselworte lassen sich in zwei Gruppen unterteilen: zum einen sind es Inhalte, die für die Grünen als Partei wichtig sind, z. B. Studiengebühren, Integration, Frauenthemen, zum anderen werden Inhalte präsentiert, die mit der neuen Regierung verbunden sind, und beigesetzt werden, um diese zu kritisieren (z. B. der „Elch-Test“ der Regierung, eine Wortbildung, die Vizekanzler Molterer geprägt hat).

Konstruktion von Wir-Gruppen

Tabelle 6.44

Konstruieren der Wir-Gruppe	Unterschiedliche Gruppen: Ich Wir die Grünen Wir als Österreicher Die neue Regierung, Bundeskanzler Gusenbauer, Vizekanzler Molterer Die Studenten, die jungen Leute Kranke Leute, Sterbende	Wortanzahl: 12 1 1 4 7 3

Die Gruppe der Studenten/der jungen Menschen ist die präsenteste in der Rede des Abgeordneten der Grünen. Er ist bemüht, auch die Gruppe der Regierung zu konstruieren, um diese kritisieren und von der eigenen Partei abzugrenzen zu können.

Grünwald macht eine scharfe, ausdrucksvolle Gegenüberstellung um die Idee für Ersetzung der Studiengebühren durch Sozialarbeit zu widerlegen: „*Jeder, vermute ich einmal, auf der Regierungsbank wird sich, wenn er krank ist, unter einem Klinikvorstand, einem Ordinarius am AKH nicht zufrieden geben. Sterbende, alte kranke Leute sollen dann StudentInnen zu Besuch geschickt bekommen – das desavouiert auch die Sozialberufe.*“

Somit zeigt er eine große Kluft zwischen der Regierung und den Menschen anhand der Vorschläge über eine Einarbeitung der Studiengebühren auf.

Argumentationslinie – die Kategorien der Vergangenheit, der Motivation und der Zukunft

Tabelle 6.45

Argumentations schema	Kurze Paraphrase der Inhalte bzw. Zitate aus der Rede von Dr. Kurt Grünwald (Die Grünen)	Gesamtwort anzahl
Beispiele aus der Gegenwart	„Was heute irgendwo fehlt – das Wort „Melancholie“... Irgendwie trübsinnig ist die Stimmung... Vizekanzler Molterer hat gemeint, die Regierung wird den Elch-Test bestehen...“	62
Motivation	„Der Elch-Test ist kein guter Test, weil erstens ein Vizekanzler nicht zur Familie der Paarhufer zählt und zweitens spielt hier kein Mercedes eine Rolle, sondern Studiengebühren, MigrantInnen, Arbeitslosigkeit und sterbenskranke Menschen in Hospizen. Die werden der Test für Sie sein, ob das Regierungsprogramm gut, richtig und umsetzbar ist.“	54
Beispiele aus der Vergangenheit	In der Welt und in Österreich gibt es größere Katastrophen als die Studiengebühren. Es wurde aber ein kontraproduktives Signal gesetzt.	189
Motivation	Österreich braucht hunderttausend Studierende mehr, aber die Regierung signalisiert den Studierenden „die Universitäten haben Angst vor euch, sie zerbrechen an euch, sie haben keinen Platz für euch“.	256
Darstellung der möglichen Folgen bzw. der Zukunft	Höchst unglücklich ist die Entscheidung der Regierung, dass die Studierenden auch Hospizarbeit leisten müssen, dann ist das eine schwere Kränkung und Missachtung schwerkranker und lebensbedrohlich kranker Menschen. „ <i>Jeder auf der Regierungsbank wird sich, wenn er krank ist, unter einem Klinikvorstand, einem Ordinarius am AKH nicht zufrieden geben. Sterbende, alte kranke Leute sollen dann StudentInnen zu Besuch geschickt bekommen.</i> “	78
Beispiele aus der Vergangenheit	„Ich glaube, dass Ihre ehemalige Parteigenossin Blaha mit 200 Euro Zuwendung als Stipendium nicht flott lebt. Ob das eine soziale Hängematte ist, ist eine andere Frage.“	26
Motivation	„So ein flapsiger Umgang zerstört Hoffnung. Hoffnung zerstören soll das Letzte sein, was eine Regierung will.“	17

In der Argumentationslinie überwiegt der Anteil der Kategorie „Beispiele aus der Vergangenheit“. Dies ist auf die Kritik seitens Grünwald an der neuen Regierung und speziell an der Idee, die Studiengebühren mit Sozialarbeit abgelten zu können, zurückzuführen.

In dieser Rede wird sichtbar wie „Attraktivmacher“ (z. B. der Elch-Test für die Regierung – eine vom Vizekanzler Molterer geprägte Wortbildung) eine eigene Dynamik bekommen und Abgeordnete (nicht nur die Journalisten) immer wieder auf diese attraktive Wortbildung zurückgreifen: „*Vizekanzler Molterer hat gemeint, die Regierung wird den Elch-Test bestehen. Also ich glaube, der Elch-Test ist kein guter Test, weil erstens ein Vizekanzler nicht zur Familie der Paarhufer zählt, das werden Sie mir ja zugeben. Und zweitens spielt hier kein Mercedes eine Rolle, sondern Studiengebühren, MigrantInnen, Arbeitslosigkeit und sterbenskranke Menschen in Hospizen. Die werden der Test für Sie sein, ob das Regierungsprogramm gut, richtig und umsetzbar ist.*“

Zusammenfassung:

Die „sprachliche Kodierung“ beträgt 8,8 Prozent des Gesamtwortlautes und besteht aus Schlüsselworten, die sich auf die Grünen oder auf die neue Regierung beziehen.

Bei den „Wir-Gruppen“ werden die jungen Menschen bzw. die kranken Leute der Regierung als Gruppe gegenübergestellt.

Bei der Argumentationslinie überwiegen die „Beispiele aus der Vergangenheit“.

Abgeordneter Dr. Caspar Einem (SPÖ) – 5 Minuten

Der Redner behandelt das Regierungsübereinkommen ausschließlich in Bezug auf den Abschnitt „Europapolitik“.

Anbei ist die detaillierte Analyse:

Die sprachliche Kodierung

Tabelle 6.46

Sprachliche Kodierung	Ausgewählte verwendete Schlüsselworte:	Gesamtwortanzahl: 87
	<ul style="list-style-type: none"> - Europapolitik und internationale Politik - Sicherheits- und Verteidigungspolitik - einen neuen Verfassungsvertrag - die österreichischen Interessen in der Welt vertreten - jene Länder des westlichen Balkans, die heute noch vor der Tür der Europäischen Union stehen, für einen künftigen Beitritt zur Europäischen Union reif machen - Bekenntnis zur Entwicklungspolitik - die europäische Verteidigungspolitik - Neutralität - die Europäische Union 	

Mit der Verringerung der Redezeit reduziert sich auch die Anzahl der behandelten Themen – in diesem 5-minütigen Beitrag behandelt der SPÖ-Abgeordnete Einem vor allem das Thema „Europapolitik“. Der Anteil der „sprachlichen Kodierung“ beträgt 10,36 Prozent.

Einem geht auf Konfrontation mit Außenministerin Plassnik und meint, dass die ÖVP seit 1999 einen europafeindlichen Partner in der Regierung hatte. Der Redner ist auch mit der Umbenennung des Außenministeriums in Ministerium für europäische und internationale Angelegenheiten und Entwicklungspolitik nicht zufrieden.

Konstruktion von Wir-Gruppen

Tabelle 6.47

Konstruieren der Wir-Gruppe	Unterschiedliche Gruppen:	Wortanzahl:
	Ich	16
	Wir SPÖ Regierung, beide Regierungsparteien	8
	ÖVP, Plassnik, Schüssel, Vizekanzler Molterer	4
	Die Oppositionsparteien	1

Kleinere Redebeiträge eignen sich besser zur Profilierung der eigenen Person, wie dieser Redebeitrag von Caspar Einem zeigt. Der SPÖ-Abgeordnete, dessen Arbeitsschwerpunkt und Kompetenz die Außenpolitik ist, hat sich eine Person der ÖVP – Außenministerin Plassnik – ausgesucht, sich ihr gegenübergestellt und so Kritik am Koalitionspartner ausgeübt: „*Sie waren mit einer Partei in der Regierung, die ausgesprochen europafeindlich war (...) Dieser Punkt ist jetzt überwunden. Es ist eine europaorientierte Bundesregierung im Amt – und das ist gut so.*“

Einem greift auch ein Wort aus der Rede von Klubobmann Wolfgang Schüssel (ÖVP) auf, der von einer „*Stimme für Europa*“ sprach. „*Ich werfe nicht Ihnen vor, dass Sie ausländerfeindlich waren, aber Sie wissen, welche Töne Sie mit zu verkaufen hatten.*“

Die Persönlichkeit des Redners kommt auch stark vor (wird 16 Mal wiederholt): „*Ich meine, Sie sollten bedenken, es nützt nichts, dass Sie das sagen. Ich war Offizier der Bundesheeres, und Sie hätten mich nicht als Verteidigungsminister akzeptiert.*“

Argumentationslinie – die Kategorien der Vergangenheit, der Motivation und der Zukunft

Tabelle 6.48

Argumentations schema	Kurze Paraphrase der Inhalte bzw. Zitate aus der Rede von Dr. Caspar Einem (SPÖ)	Gesamtwort anzahl
Motivation	„Zunächst zum Thema Europapolitik. Ich denke, dass das, was im Koalitionsvertrag vereinbart worden ist, eine gute Grundlage ist für die gemeinsame Arbeit, dass es auch eine gute Übereinstimmung hier zwischen den beiden Regierungsparteien gibt.“	34
Beispiele aus der Vergangenheit	Um die Regierungsbildung herum hat Frau Bundesministerin Plassnik gemeint, dass sie froh ist, dass es ihr gelungen sei, auch die Österreicher wieder zu Europäern zu machen. „Das Problem, das Österreich in den letzten Jahren hatte, war, dass Sie mit einer Partei in der Regierung waren, die ausgesprochen europafeindlich war.“	71
Motivation	„Dieser Punkt ist jetzt überwunden. Es ist jetzt eine europaorientierte Bundesregierung im Amt – und das ist gut so.“	24
Beispiele aus der Vergangenheit	Einem wirft nicht direkt Bundesministerin Dr. Plassnik vor, dass sie ausländerfeindlich war, aber sie muss wissen, welche Töne sie mit zu verkaufen hatte.	105
Motivation	Der vorhandene Verfassungsvertrag der EU muss wiederbelebt werden. „Er wird dann ein neuer Vertrag für Europa sein, aber ich denke, da sollten wir auch versuchen, eine gemeinsame Sprache zu finden.“	54
Beispiele aus der Vergangenheit	Nicht der Name des Ministeriums – seit neuestem Ministerium für europäische und internationale Angelegenheiten – ist wichtig, sondern die österreichischen Interessen in der Welt zu vertreten.	69
Darstellung der möglichen Folgen bzw. der Zukunft	Es ist ein österreichisches Interesse „jene Länder des westlichen Balkans, die heute noch vor der Tür der Europäischen Union stehen, für einen künftigen Beitritt zur Europäischen Union reif zu machen.“	108
Motivation	„Was mich freut, ist, dass in diesem Koalitionsabkommen auch wieder ein etwas deutlicheres Bekenntnis zur Entwicklungspolitik und zur Ausweitung der finanziellen Mittel für diesen Zweck enthalten ist.... Es war beschämend, wie wenig Geld Österreich in den vergangenen Jahren als eines der reichsten Länder dieser Welt für diesen Zweck ausgegeben hat.“	75
Beispiele aus der Vergangenheit	Zum Thema Sicherheits- und Verteidigungspolitik meinten die Oppositionsparteien, dass die europäische Verteidigungspolitik mit der immerwährenden Neutralität in Widerspruch stehen könnte.	43

Motivation	„Ich denke, das ist ein Problem, das Sie deutlicher sehen als wir, und zwar einfach deshalb, weil Sie nicht verstehen können, dass die Europäische Union auch wir sind und dass die Verteidigung der Europäischen Union etwas ist, was durchaus genau so gesehen werden könnte wie der Verteidigungsfall Österreichs, denn wenn Österreich den Verteidigungsfall hat, dann ist die Europäische Union angegriffen.“	60
Darstellung der möglichen Folgen bzw. der Zukunft	„Wir sollten vielleicht versuchen, es in unsere Köpfen hinzubekommen, dass man das, was derzeit noch der Kern der immerwährenden Neutralität ist, nämlich keine fremden Truppen im eigenen Land und keine Beteiligung an Kriegen – Selbstverteidigung und Polizeiaktionen im Rahmen eines UNO-Mandats sind ausgenommen – durchaus anders lösen kann, als Sie das lösen.“	51
Beispiele aus der Vergangenheit	„Letzter Punkt. Sie haben es für notwendig befunden, den Verteidigungsminister wegen seiner Zivildienstvergangenheit in Frage zu stellen.“	17
Motivation	„Dass ich als Innenminister nur deswegen in Frage gestellt worden bin, weil ich früher Bewährungshelfer war.“ Einem nimmt die Vorwürfe gegen Darabos nicht ernst.	60

In der Argumentationslinie des SPÖ-Abgeordneten Einem überwiegen die Kategorien „Motivation“ und die „Beispiele aus der Vergangenheit“. Diese Tendenz ist darauf zurückzuführen, dass der Redner Kritik an der vorigen Regierung, einer Koalition von ÖVP und BZÖ, ausgeübt und sich parallel dazu mit Entscheidungen der neuen Regierung, die im Programm festgehalten worden sind, befasst hat.

Zusammenfassung:

Die „sprachliche Kodierung“ von 10,36 Prozent sind Schlüsselworte aus dem Bereich „Europapolitik“.

Bei der „Wir-Gruppen“ ist die Konstruktion der „Wir-Gruppe“ der Sozialdemokraten als Regierungspartei verstärkt, es gibt eine starke „Ich“-Profilierung und Abgrenzung zu Ministerin Plassnik.

Bei der Argumentationslinie dominieren die Kategorien „Motivation“ und „Vergangenheit“.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ) – 5 Minuten

Das Grundthema der Rede ist das Regierungsprogramm.

Anbei ist die detaillierte Analyse:

Die sprachliche Kodierung

Tabelle 6.49

Sprachliche Kodierung	Ausgewählte verwendete Schlüsselworte: Schlüsselworte FPÖ: - FPÖ ist gegen den Beitritt der Türkei zur EU. Schlüsselworte neue Regierung: - Die neue Regierung hat 40 Arbeitskreise gebildet. - Das Potenzial dieses Flusses Donau nicht nur als Transportarterie, sondern auch in den Bereichen Kultur, Umwelt, Tourismus gilt es in umfassender Form zu beleben. - Flussbelebung durch die Außenpolitik - Subsidiarität - Besetzung im Verteidigungsressort - die Eurofighter	Gesamtwortanzahl: 89
-----------------------	---	--------------------------------

8,2 Prozent des Gesamtwortlauts dieses Redebeitrages sind mit „sprachlicher Kodierung“ besetzt. Auch hier lassen sich die Schlüsselworte in zwei Teile trennen: Schlüsselworte, die die FPÖ betreffen und Schlüsselworte, die der Redner in Bezug auf die neue Regierung benutzt, um diese zu kritisieren.

Da der Beitrag nur 5 Minuten dauerte, ist die Anzahl der Themen überschaubar. Eines davon kann von den Wählerinnen und Wählern als Hauptanliegen der FPÖ identifiziert werden: die Ablehnung des Beitritts der Türkei zur EU.

Weiters übernimmt der Abgeordnete Stadler ein Thema „*Die Flussbelebung der Donau*“ aus dem Regierungsübereinkommen und greift auch das „*Lieblingsthema*“ – die Besetzung des Verteidigungsressorts - auf.

Konstruktion der Wir-Gruppen

Tabelle 6.50

Konstruieren der Wir-Gruppe	Unterschiedliche Gruppen: Ich Wir Freiheitliche Die neue Regierung, Bundeskanzler Gusenbauer, Bundesministerin Plassnik, Bundesminister Darabos etc. SPÖ Die Grünen, Alexander Van der Bellen, Peter Pilz Die Österreicher	Wortanzahl: 22 6 10 1 2 2
-----------------------------	---	---

Zwei Gruppen werden von dem Abgeordneten Stadler deutlich konstruiert: die eigene „Wir-Gruppe“ der Freiheitlichen und die der neuen Regierung. Um die Grenze zwischen diesen beiden Gruppen scharf genug ziehen zu können, geht der Abgeordnete rhetorisch sehr weit und bezeichnet die Außenministerin wegen ihrer Idee, die Donau nicht nur als Transportweg zu nutzen als „*Donauweiberl*“: „*Die Frau Bundesministerin als Donauweiberl – das stelle ich mir lustig vor (...) das ist ja unfreiwillig komisch (...)* Sind Sie jetzt ein *Donauweiberl* oder sind Sie doch ein *Donaumanderl*? Denn da hätten Sie klar sagen können, ob Sie für den Beitritt oder nicht für den Beitritt der Türkei zur EU sind.““

Somit ist der Redner, der auch stark das eigene Profil verbal gezeichnet hat, zu einem Thema gewechselt in dem die FPÖ bei den Wählern klar erkennbar ist – die Ablehnung des Beitritts für Türkei zur EU. „*Wir Freiheitlichen sind gegen diesen Beitritt! Mit 78 Prozent der Österreicherinnen und Österreicher sind wir gegen diesen Beitritt.*“

Argumentationslinie – die Kategorien der Vergangenheit, der Motivation und der Zukunft

Tabelle 6.51

Argumentations schema	Kurze Paraphrase der Inhalte bzw. Zitate aus der Rede von Mag. Ewald Stadler (FPÖ)	Gesamtwortanzahl
Motivation	Stadler meint, dass er den Vorredner Einem als Verteidigungsminister akzeptiert hätte, weil dieser Dienst mit der Waffe geleistet hat. Aber der Unterschied sei beträchtlich, wenn man sich die Aufgaben eines Verteidigungsministers und den neuen Verteidigungsminister Darabos anschaut.	71
Beispiele aus der Vergangenheit	„Ich habe noch Regierungsprogramme und Regierungserklärungen von Viktor Klima in Erinnerung. Das waren geradezu literarische Meisterwerke, die er hier damals zum Besten gegeben hat.“	36
Motivation	Stadler meint, dass beim Schreiben der Rede von Gusenbauer derselbe Autor tätig war, der damals schon Viktor Klima die Beiträge geschrieben hat - Josef Kalina. Aber „so etwas von Ratlosigkeit hat damals nicht einmal Viktor Klima repräsentiert. Er hat sich noch bemüht, wenigstens so zu tun, als ob er wüsste, wie es weitergeht“.	130
Beispiele aus der Vergangenheit	Der Redner zitiert Inhalte aus dem Regierungsprogramm und geht ausführlicher auf das Thema „Die Flussbelebung durch die Außenpolitik“.	208
Motivation	Frau Plassnik soll sagen ob sie für den Beitritt oder nicht für den Beitritt der Türkei zur EU ist. „Ich sage Ihnen ganz klar: Wir Freiheitlichen sind gegen diesen Beitritt! Mit 78 Prozent der Österreicherinnen und Österreicher sind wir gegen diesen Beitritt; Sie täten gut daran, das auch in ein Regierungsprogramm zu schreiben.“	110
Beispiele aus der	Stadler bemerkt, dass im Regierungsprogramm „Subsidiarität“	57

Vergangenheit	falsch definiert worden ist.	
Motivation	„Subsidiarität ist etwas ganz anderes, nämlich genau das Umgekehrte: Alles, was im nationalen Bereich besser oder zumindest gleich gut erledigt werden kann, ist dort und nicht in Brüssel zu belassen, solange die nicht beweisen, dass sie es wirklich gemeinschaftlich besser machen können...“	50
Beispiele aus der Vergangenheit	Herr Bundesminister Darabos wäre gerne Innenminister geworden und hätte das Amt im Verteidigungsministerium ablehnen sollen. „Dass man Sie nach dem Enemene-muh-System bestellt hat – ene, mene, muh, der Innenminister ist leider schon besetzt, daher wird er Verteidigungsminister –, das kann ja wohl wirklich nicht wahr sein.“	95
Motivation	„Wir sehen ja alle, wie unglücklich Sie mit diesem Ressort sind. Aber natürlich, man sieht Ihnen das Unglück ja buchstäblich im Gesicht an.“	23
Beispiele aus der Vergangenheit	Der Verteidigungsminister Darabos will EADS über die Eurofighter reden und hat „nicht einmal – ORF-Interview mit Ihnen – den Vertrag gelesen“.	187
Darstellung der Zukunft	Der Verteidigungsminister muss erst beweisen, dass ihm das Bundesheer wirklich jenes Anliegen ist, wie er es von der Regierungsbank aus behauptet hat.	53
Motivation	„Ein Schlussatz, meine Damen und Herren von der SPÖ, weil Sie gar so traurig dreinschauen auf der Regierungsbank: Hätten wir Blauen ein rotes Herz, wir müssten Mitleid mit Ihnen haben. Wir haben aber Mitleid mit den Wählern, die Sie verraten haben, meine Damen und Herren, und nicht mit Ihnen!“	49

Die Kategorie der „Beispiele aus der Vergangenheit“ ist neben der „Motivation“ am stärksten vertreten, da der Redner sich auf die Kritik der im Regierungsprogramm festgehaltenen Inhalte konzentriert hat. Zum ersten Mal in dieser Debatte er klingen auch sexistische Worte: Bundesministerin Plassnik wird als „*Donauweiberl*“ bezeichnet.

In dieser Rede ist auch ein Beispiel für Alltagssprache vorhanden: Laut Stadler wäre Bundesminister Darabos nämlich gerne Innenminister geworden. „*Dann hätten Sie das Amt ablehnen sollen. Dass man Sie nach dem Enemene-muh-System bestellt hat – ene, mene, muh, der Innenminister ist leider schon besetzt, daher wird er Verteidigungsminister – das kann wohl wirklich nicht wahr sein.*“

Ein Motiv, das schon die bei dem Klubobmann der Freiheitlichen festgestellt wurde, wird auch von diesem FPÖ-Redner wiederholt, nämlich die Hilflosigkeit der neuen Regierung. Sie wird unter anderem in Reimen geschildert: „*Wenn ich nicht mehr weiterweiß, dann gründe ich einen Arbeitskreis!*“

In der Rede werden auch Medienaufritte zitiert: der Verteidigungsminister, Bundesminister Darabos äußerte in einem ORF-Interview, dass er den Vertrag mit dem

Konzern EADS, dem Hersteller der umstrittenen Eurofighter, nicht gelesen habe, aber mit EADS verhandeln wollte.

Zusammenfassung:

Die „sprachliche Kodierung“ beträgt 8,2 Prozent des Gesamtwortlautes und ist von Schlüsselworten besetzt, die entweder FPÖ- oder Regierungsbezogen sind.

Die „Wir-Gruppen“ leisten eine Gegenüberstellung der neuen Regierung und der „Wir-Gruppe“ der Freiheitlichen.

Bei der Argumentationslinie dominieren die „Beispiele aus der Vergangenheit“ und die „Motivation“.

Abgeordnete Maria Rauch-Kallat (ÖVP) – 5 Minuten

Das Grundthema ist das Regierungsübereinkommen in den Bereichen Frauen, Familie und Gesundheit.

Anbei ist die detaillierte Analyse:

Die sprachliche Kodierung

Tabelle 6.52

Sprachliche Kodierung	Ausgewählte verwendete Schlüsselworte:	Gesamtwortanzahl:
	<ul style="list-style-type: none">- Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten- die erfolgreiche Außenpolitik Österreichs- der Türkeifrage- die EU- Österreich wird weiter eine starke Stimme in der EU bleiben.- Frauenpolitik- eine weitere Steigerung der Frauenbeschäftigung von 62 auf 65 Prozent- die Vereinbarkeit von Beruf und Familie- die Förderung von Frauenkarrieren in Wirtschaft, Wissenschaft, Forschung, Kunst, Sport und Politik- Gewaltschutz für Frauen- eigenständiges Frauenministerium- Jugend und Familie- Kinderbetreuungsgeld- Valorisierung der Pensionsbeiträge- zusätzliche Förderungen von Mehrkindfamilien- die große Gesundheitsreform des Jahres 2004	132

Einen hohen Anteil an „sprachlicher Kodierung“ - 16,70 Prozent - weist diese Rede von der Abgeordneten Maria Rauch-Kallat auf. Frau Rauch-Kallat, die in der Regierung Schüssel II Gesundheitsministerin war, geht zunächst auf andere ÖVP-Themen ein. V. a. auf die Außenpolitik, um ihre Kollegin Ursula Plassnik, die von mehreren Vorrednern stark angegriffen wurde, zu loben.

Erst danach widmet sich die ÖVP-Rednerin den Themenfeldern, die sie als Ministerin bearbeitet hat, z. B. „*die Anliegen der Frauen*“, Jugend und Familie, Gesundheit bzw. Gesundheitsreform.

Konstruktion der Wir Gruppe

Tabelle 6.53

Konstruieren der Wir-Gruppe	Unterschiedliche Gruppen:	Wortanzahl:
	Ich	8
	Die beiden Regierungen Schüssel	4
	Die ÖVP-Minister der neuen Regierung, z. B. Plassnik, Kdolsky	8
	FPÖ, Stadler, Rosenkranz	3
	SPÖ, Einem	2

Die Abgeordnete Rauch-Kallat zeichnet am deutlichsten die Gruppe der ÖVP-Minister in der Regierung Gusenbauer, und zwar werden jene Minister von ihr erwähnt, die im Laufe der Debatte mehrmals kritisiert worden sind: Außenministerin Plassnik und Gesundheitsministerin Kdolsky. Der Rednerin antwortet sachlich auf die Angriffe, die nicht nur von den Oppositionsparteien kamen, und übt auch selbst Kritik in Richtung SPÖ aus. Für Frau Plassnik tritt sie folgendermaßen ein: Rauch-Kallat sei stolz darauf, dass „*eine Kompetenz der Österreichischen Volkspartei in die Hände einer ÖVP-Ministerin gekommen ist, und ich bin stolz darauf, dass der erfolgreiche Weg der beiden Regierungen Schüssel I und II (...) fortgesetzt wird*“.

Da Rauch-Kallat Gesundheitsministerin in der Regierung Schüssel II war, konstruierte sie diese „Wir-dia-alte-Regierung-Gruppe“, um diese mit positiven Beispielen verbinden zu können.

Argumentationslinie – die Kategorien der Vergangenheit, der Motivation und der Zukunft

Tabelle 6.54

Argumentations schema	Kurze Paraphrase der Inhalte bzw. Zitate aus der Rede von Maria Rauch-Kallat (ÖVP)	Gesamtwortanzahl
Motivation	„Die erfolgreiche Außenpolitik Österreichs wird auch in Zukunft den bisher eingeschlagenen Weg fortsetzen, der ein guter Weg war, in den beiden Regierungen Schüssel.“	89
Beispiele aus der Vergangenheit	„Herr Abgeordneter Einem, wenngleich manche Entscheidungen nicht immer leicht waren, sie sind immer gemeinsam getroffen (...) während in dieser Zeit die zweitgrößte Partei, die SPÖ, einen außenpolitischen Zickzackkurs gefahren ist, der nicht immer ganz hilfreich war, auch international.“	45
Motivation	„Die Außenpolitik liegt bei Ursula Plassnik in den Händen einer erfahrenen Diplomatin, die schon in der Regierung Schüssel II bewiesen hat, dass sie national und international schwierige Situationen hervorragend meistern kann.“	31
Beispiele aus der Vergangenheit	Herr Stadler hat sich unter sein Niveau begeben. „Erinnern Sie sich daran, dass Frau Bundesminister Plassnik in der EU die Einzige war, die in der Türkeifrage standgehalten hat, die damit eine gesamte EU zum Umdenken bewegt und damit erreicht hat, dass die EU jetzt diesen Weg gehen kann, den sie geht.“	79
Darstellung der möglichen Folgen bzw. der Zukunft	Österreich wird weiter eine starke Stimme in der EU bleiben, und Österreich wird auch seine Kandidatur für einen Sitz im UN-Sicherheitsrat 2009/2010 weiter betreiben.	43
Motivation	„Die Ziele der Frauenpolitik der letzten Jahre finden sich im Frauenkapitel dieses Regierungsprogramms wieder: eine weitere Steigerung der Frauenbeschäftigung von 62 auf 65 Prozent.“ Der EU-Durchschnitt liegt bei 55 Prozent.	46
Beispiele aus der Vergangenheit	Die Sehnsucht nach einem eigenständigen Frauenministerium ist wahr geworden. Es ist die Flexibilisierung des Kindergeldes beschlossen worden.	231
Motivation	Mit Leistungen wie der Valorisierung der Pensionsbeiträge, der Erhöhung und Valorisierung der Zuverdienstgrenze und zusätzlichen Förderungen von Mehrkindfamilien „wollen wir jene bei ihrem erhöhten finanziellen Aufwand unterstützen, deren Mut zum Kind nicht beim zweiten Kind endet“.	34
Beispiele aus der Vergangenheit	Frau Abgeordnete Rosenkranz wird aufmerksam gemacht, dass es auch Diskriminierung von Frauen und Männern ohne Kinder geben kann. Und wenn Frau Rosenkranz aus dem Buch der Ministerin Kdolsky zitiert, dann soll sie auch wissen, wie tragisch es sein kann, keine Kinder bekommen zu können.	59
Darstellung der Zukunft	Über das Kapitel Gesundheit meint die Rednerin, dass es eine erfolgreiche Fortführung der großen Gesundheitsreform des Jahres 2004 geben wird.	27
Beispiele aus der Vergangenheit	„Andrea Kdolsky hat an dieser Gesundheitsreform mitgearbeitet und wird diesen Weg fortsetzen.“	12
Motivation	„Sie ist eine ausgewiesene Expertin, sie hat das Herz am rechten Fleck, und sie ist kampferprob. All das wird sie in ihrer neuen Aufgabe brauchen, und ich wünsche ihr dafür alles, alles Gute!“	33

In der Argumentationslinie von der Abgeordneten Maria Rauch-Kallat überwiegen die Kategorien „Beispiele aus der Vergangenheit“ und „Motivation“. Dies ist zum einen mit dem Bestreben der Rednerin zu erklären zwei Ministerinnen und ÖVP-Kolleginnen Plassnik und Kdolsky, die angegriffen worden sind, loben zu wollen:

- „Erinnern Sie sich daran, dass Frau Bundesminister Plassnik in der EU die Einzige war, die in der Türkei-Frage standgehalten hat, die damit eine gemeinsame EU zum Umdenken bewegt hat.“

- „Andrea Kdolsky hat an dieser Gesundheitsreform mitgearbeitet und wird diesen Weg fortsetzen. Sie ist eine ausgewiesene Expertin, sie hat das Herz am rechten Fleck, und sie ist kampferprob.“

Rauch-Kallat ist anderseits als Gesundheitsministerin der Regierung Schüssel II bestrebt, die Tätigkeit dieser vorangegangenen Regierung zu loben.

Da die Rednerin nicht mehr der Regierung angehört übt sie auch Kritik in Richtung SPÖ: „Wenngleich manche Entscheidungen nicht immer leicht waren, sie sind immer gemeinsam getroffen und es ist ein gemeinsamer Weg gefunden worden, während in dieser Zeit die zweitgrößte Partei, die SPÖ, einen außenpolitischen Zichzackkurs gefahren ist, der nicht immer ganz hilfreich war, auch international.“

Die „Darstellung der Zukunft“ erfolgt auch durch ÖVP-Themen, so z. B. über die EU: „Österreich wird weiter eine starke Stimme in der EU bleiben.“

Zusammenfassung:

Die „sprachliche Kodierung“ beträgt 16,70 Prozent des Gesamtwortlautes der Rede.

Bei den „Wir-Gruppen“ wurde auf die „Wir-Gruppe“ der Regierungen Schüssel I und II und auf die Gruppe der ÖVP-Ministerinnen in der neuen Regierung akzentiert.

Bei der Argumentationslinie ist ein verstärktes Auftreten der Kategorie der „Beispiele aus der Vergangenheit“ zu beobachten.

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ) – 5 Minuten

„Auch ich habe mir die Mühe gemacht, das Regierungsprogramm zu analysieren“, meint der Redner aus dem BZÖ und verkündet, dass er sich verstärkt den Kapiteln „Wirtschaft, Finanzen und Budget“ widmen werde.

Anbei ist die detaillierte Analyse:

Die sprachliche Kodierung

Tabelle 6.55

Sprachliche Kodierung	Ausgewählte verwendete Schlüsselworte:	Gesamtwortanzahl: 84
	<p>Schlüsselworte BZÖ:</p> <ul style="list-style-type: none">- Wirtschaftsstandort und Finanzplatz Österreich- Garant für die Wirtschaft, für eine positive Entwicklung der Wirtschaft, für geordnete Finanzen in diesem Land- das Bundeshaushaltsgesetz- die größte Steuerreform der Zweiten Republik- den Mittelstand fördern, die mittelständische Wirtschaft fördern <p>Schlüsselworte neue Regierung:</p> <ul style="list-style-type: none">- eine ganze Reihe versteckter Steuererhöhungen- den Preis für die Vignette erhöhen- die Mineralölsteuer erhöhen- die Kfz-Steuer erhöhen- die Steuerreform 2009/2010	

Einen ziemlich hohen Anteil an „sprachlicher Kodierung“ - 10,2 Prozent - weist auch dieser 5-minütige Redebeitrag auf. Die Stichworte lassen sich in zwei Gruppen aufteilen: in BZÖ-Stichworte (z. B. „den Mittelstand fördern“, „die größte Steuer Reform der Zweiten Republik“) und in Stichworte, die die neue Regierung (z. B. „versteckte Steuererhöhungen“) betreffen.

Diese Zweiteilung ist vor allem bei Rednern der Opposition zu beobachten, da gerade diese Abgeordneten die neue Regierung verstärkt kritisieren. Und um dies machen zu können, brauchen sie „negative“ Schlüsselworte.

Konstruktion der Wir-Gruppe

Tabelle 6.56

Konstruieren der Wir-Gruppe	Unterschiedliche Gruppen:	Wortanzahl:
	Ich	10
	Wir BZÖ	4
	Wir als Österreicher	3
	Wir Parlamentarier	5
	Die neue Regierung	1
	SPÖ	4
	ÖVP, Molterer, Schüssel	4
	Die Leute in diesem Land	1

Vergleichsweise viele „Wir-Gruppen“ hat der Redner für seine 5-minütige Rede mit dem Ziel konstruiert, die eigene Partei, das BZÖ, von den anderen Parteien abzuheben. Zugleich wird von ihm auch stark das Personalpronomen „Ich“ benutzt, was unweigerlich die Person von Josef Bucher in den Vordergrund stellt.

Die Tatsache, dass die Gruppe „Wir-Parlamentarier“ öfter verwendet wurde als „Wir-BZÖ“ hängt damit zusammen, dass der Redner sich auf eine Aufzählung derjenigen Inhalte konzentriert, um die im Parlament „gerungen“ wird.

Argumentationslinie – die Kategorien der Vergangenheit, der Motivation und der Zukunft

Tabelle 6.57

Argumentations schema	Kurze Paraphrase der Inhalte bzw. Zitate aus der Rede von Josef Bucher (BZÖ)	Gesamtwortanzahl
Beispiele aus der Vergangenheit	Es wird festgestellt, dass es der ÖVP bei den Regierungsverhandlungen gelungen ist, „die SPÖ über den Tisch zu ziehen“.	147
Motivation	„Die SPÖ hat alle ihre Prinzipien, alle ihre Grundsätze, die sie über viele Jahre hier im Hohen Haus vertreten hat, über Bord geworfen, nur um einem Menschen einen Gefallen zu tun, nämlich Bundeskanzler dieser Republik zu werden. Da frage ich mich, ob diese Republik das verdient hat.“	56
Beispiele aus der Vergangenheit	Der Redner ist von der ÖVP enttäuscht wegen der geplanten Steuerreform. Darüber hinaus ist der Redner über das Ausscheiden von Karl-Heinz Grasser aus der Politik enttäuscht.	174
Motivation	Es fehlen mutige Reformen. „Stattdessen gibt es unter dem Synonym Valorisierung eine ganze Reihe versteckter Steuererhöhungen im Regierungsprogramm.“	167
Darstellung der möglichen Folgen bzw. der Zukunft	„Da frage ich mich, wenn Sie die Mineralölsteuer erhöhen, wenn Sie wissen, dass Mitte dieses Jahres auch die Kfz-Steuer erhöht wird, was das für die Pendler im ländlichen Raum bedeutet“	80
Beispiele aus der Vergangenheit	BZÖ hat sich bemüht, in der letzten Legislaturperiode die größte Steuerreform der Zweiten Republik durchzuführen.	125
Motivation	„Ich hoffe, dass da noch einiges kommt, dass hier auch im Zuge	51

	der Diskussionen um die Steuerreform, die 2009/2010 angepeilt wurde, noch einiges an neuen und kreativen Steuerideen kommt. Das wäre gut für Österreich – und nicht eine mutlose Politik, wie sie heute hier präsentiert wurde.“	
--	--	--

In der Argumentationslinie überwiegen die Kategorien „Beispiele aus der Vergangenheit“ und „Motivation“, die Zukunft kommt nur einmal vor. Diese Tendenz ist auf die Tatsache zurückzuführen, dass der Redner vom BZÖ kommt, also einer Partei, die nicht mehr dem neuen Regierungsteam angehört. Daher beschäftigt sich der Abgeordnete Bucher mit den BZÖ-Leistungen der Vergangenheit.

Aber auch noch ein anderes Thema bezieht sich auf die Vergangenheit: Bei den Regierungsverhandlungen ist es „...der ÖVP gelungen, die SPÖ über den Tisch zu ziehen. In einer beispiellosen Art und Weise ist es dem scheidenden Bundeskanzler gelungen, die SPÖ „abzuräumen“, und dies wahrscheinlich an einem traditionellen Tag, nämlich zu „Hl. Drei Könige“. Da ist der traditionelle Tag, wo wir die Christbäume in den Kisten verschwinden lassen, und Sie haben diesen Zeitpunkt genutzt, um die SPÖ wie einen Christbaum abzuräumen.“

Und der BZÖ-Abgeordnete liefert noch einen weiteren überraschenden Akzent mit Vergangenheitsdatum, Bucher bedauert die Abwesenheit vom Ex-Minister Grasser in der neuen Regierung: „Und mir hat es sehr, sehr leid getan - das sage ich ganz offen, Herr Klubobmann Dr. Schüssel -, dass KHG, Karl-Heinz Grasser, diese Bundesregierung verlassen hat – nicht nur, weil er mich in die Politik gebracht hat, sondern weil er ein Garant für die Wirtschaft, für eine positive Entwicklung der Wirtschaft, für geordnete Finanzen in diesem Land war.“

Zusammenfassung:

Die „sprachliche Kodierung“ beträgt 10,2 Prozent des Gesamtwortlauts und teilt die Stichworte in solche, die das BZÖ und solche, die die neue Regierung betreffen.

Bei den „Wir-Gruppen“ - zum Lob der eigenen Partei und zur Kritik der neuen Regierung - wurden mehrere Gruppen, u. a. die „Wir-BZÖ-Gruppe“ der Gruppe der neuen Regierung bzw. den beiden Koalitionsparteien SPÖ und ÖVP gegenübergestellt.

Bei der Argumentationslinie wird von „Vergangenheit“ und „Motivation“ dominiert.

Bundesminister für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz Dr. Erwin Buchinger (SPÖ) - 6 Minuten

In seinem Redebeitrag widmet sich Minister Buchinger dem Hauptthema Regierungsübereinkommen und geht verstärkt auf sein Ressort mit dem Grundtenor ein: das „*Sozialsystem als Produktkraft*“ begreifen.

Anbei ist die detaillierte Analyse des Beitrags:

Die sprachliche Kodierung

Tabelle 6.58

Sprachliche Kodierung	Ausgewählte verwendete Schlüsselworte:	Gesamtwortanzahl: 138
	<ul style="list-style-type: none">- Weißbuch für Wachstum und Beschäftigung- Sozialsystem als Produktivkraft- soziale Sicherheit- Einfluss auf die Erwirtschaftung des gesellschaftlichen Reichtums- Vertrauen in den Sozialstaat- eine reale Kälte und eine gefühlte Kälte- Weiterentwicklung unseres sozialen Sicherungssystems- laufende Erneuerung der sozialen Systeme und der sozialen Absicherung der einzelnen Menschen- Vollbeschäftigung- eine offensive Bildungspolitik und eine aktive Arbeitsmarktpolitik- Pflege und Altenbetreuung- leistungsfähige und differenzierte Pflegelandschaft- Unterstützung der Pflege von Angehörigen- die Fairness im Pensionssystem- Armutsbekämpfung- bedarfsorientierte Mindestsicherung	

Die Rede von Sozialminister Buchinger weist einen vergleichsweise hohen Anteil an „sprachlicher Kodierung“ auf - 14,9 Prozent des Gesamtwortlauts.

Die Stichworte sind von Inhalten der Sozialdemokratie geprägt z. B. „*soziale Sicherheit*“, „*Vertrauen in den Sozialstaat*“, „*bedarfsorientierte Mindestsicherung*“.

Wie die anderen Minister, deren Reden bisher analysiert worden sind, setzt auch Buchinger den Akzent auf das eigene Ressort: Soziales und Konsumentenschutz.

Konstruktion der Wir-Gruppen

Tabelle 6.59

Konstruieren der Wir-Gruppe	Unterschiedliche Gruppen:	Wortanzahl:
	Ich	7
	Wir die Regierung, der Bundeskanzler, der Vizekanzler	12
	Wir als Österreicher	2
	Das Wirtschaftsforschungsinstitut	3
	Die Menschen, Menschen mit Behinderung	2

Der Sozialminister bekennt sich als Mitglied der Bundesregierung – dies ist die am deutlichsten konstruierte „Wir-Gruppe“ in seiner Rede. Buchinger betont auch die eigene Person (7 Mal). Da sein Ressort Soziales ist, bleibt er bei den für die Wählerinnen und Wähler erkennbaren Botschaften der Sozialdemokratie: „*Die neue Bundesregierung misst diesem Vertrauen in die soziale Sicherheit und der Weiterentwicklung unseres sozialen Sicherungssystems große Bedeutung bei. Die neue Bundesregierung und ich, wir bekennen uns...*“

Ein bis jetzt nicht vorgekommener Akteur ist das Wirtschaftsforschungsinstitut (Wifo) – dieses ist deshalb erwähnt, weil dessen Studie die These des Sozialministers Buchinger über das „*Sozialsystem als Produktivkraft*“ unterstützt.

Argumentationslinie – die Kategorien der Vergangenheit, der Motivation und der Zukunft

Tabelle 6.60

Argumentations schema	Kurze Paraphrase der Inhalte bzw. Zitate aus der Rede von Dr. Erwin Buchinger (SPÖ)	Gesamtwortanzahl
Beispiele aus der Vergangenheit	„Bisher wurde die Sozialpolitik nur unter dem Aspekt der Verteilung von erworbenem Wohlstand gesehen.“	75
Motivation	Das Wifo weist darauf hin, dass „soziale Sicherheit auch einen starken Einfluss auf die Erwirtschaftung des gesellschaftlichen Reichtums“ hat.	91
Beispiele aus der Vergangenheit	Sozialen Ausgaben wurden vor allem als soziale Kosten verstanden und diese Sichtweise und Politik war über viele Jahre für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung Österreichs prägend.	64
Motivation	„So falsch dieser Ansatz theoretisch war und ist, so schädlich ist er auch in der politischen Praxis, und wir haben erlebt, wie rasch Vertrauen in den Sozialstaat auch erschüttert werden kann.“	36
Beispiele aus der Vergangenheit	So, wie es „eine reale Kälte gibt und eine gefühlte Kälte, wenn der Wind weht (...) so gibt es auch eine reale, tatsächliche Sicherheit und eine gefühlte soziale Sicherheit, die wichtig ist für die Entwicklung des Landes, die ein wertvolles Gut ist“.	125
Motivation	„Die neue Bundesregierung misst diesem Vertrauen in die soziale Sicherheit große Bedeutung bei“ und bekennt sich „damit zur laufenden Erneuerung der sozialen Systeme und der sozialen	46

	Absicherung der einzelnen Menschen, in Verbindung mit einer gerechten Wettbewerbswirtschaft“.	
Darstellung der möglichen Folgen bzw. der Zukunft	Die Vollbeschäftigung wird durch eine ambitionierte Sozialpolitik unterstützt. „Ein zentrales Herzstück der neuen Sozialpolitik wird die die Armutsbekämpfung sein“.	324
Motivation	Die bedarfsorientierte Mindestsicherung ist ein Beispiel für die Verknüpfung von moderner Sozialpolitik und aktiver Arbeitsmarktpolitik und wie Brücken zur Beschäftigung geschlagen werden. Es wird ein Sprungbrett geschaffen, um aus Armut und Ausgrenzung wieder in Teilhabe am Arbeitsmarkt zu kommen.	159
Darstellung der Zukunft	„Ich lade Sie ein, gemeinsam daran mitzuwirken.“	7

Um seine These „*Sozialsystem als Produktivkraft*“ zu „motivieren“, weist der Redner auf eine Wifo-Studie hin: „*Bisher wurde Sozialpolitik unter dem Aspekt der Verteilung von erworbenem Wohlstand gesehen, aber das Wifo weist ganz ausdrücklich darauf hin, dass soziale Sicherheit auch einen starken Einfluss auf die Erwirtschaftung des gesellschaftlichen Reichtums hat.*“

Die „Beispiele aus der Vergangenheit“ (kommen drei Mal vor) sind teilweise mit Metaphern versehen, die einprägsame Bilder in den Köpfen der Zuhörer entstehen lassen: „*So, wie es eine reale Kälte und eine gefühlte Kälte gibt, wenn der Wind weht, so, wie es eine reale Inflation gibt und eine gefühlte Inflation, die bedeutend höher ist, wie wir wissen, so gibt es auch eine reale, tatsächliche Sicherheit und eine gefühlte soziale Sicherheit, die wichtig ist für die Entwicklung des Landes, die ein wertvolles Gut ist.*“

Zwei Mal kommt auch die Kategorie „Darstellung der möglichen Folgen“ in der Rede vor, um zu beschreiben, welch positive Auswirkung die Politik der neuen Regierung haben wird:

- „*Vollbeschäftigung wird gemeinsam und energisch angestrebt und wird durch eine ambitionierte Sozialpolitik unterstützt*“
- „*Anpassungen werden bestehende soziale Härten mildern und die Fairness im Pensionssystem erhöhen*“
- „*Für die Armutsbekämpfung wird ein Sprungbrett, ein Trampolin geschaffen, um aus Armut und Ausgrenzung wieder in Teilhabe am Arbeitsmarkt und in andere soziale Verhältnisse zu kommen.*“

Zusammenfassung:

Die „sprachliche Kodierung“ beträgt 14,9 Prozent des Gesamtwortlautes. Die Schlüsselworte stammen aus dem eigenen Ressort Soziales.

Die „Wir-Gruppe“ ist eindeutig die „Wir-Regierung-Gruppe“.

Bei der Argumentationslinie ist quantitativ von der „Motivation“ dominiert, gefolgt von „Beispielen aus der Vergangenheit“ und der „Darstellung der Zukunft“.

Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft
Dipl.-Ing. Josef Pröll (ÖVP) – 6 Minuten

Das Grundthema ist bei der Rede von Josef Pröll das Regierungsprogramm, mit einem thematischen Akzent, wie alle Bundesminister vor ihm, auf dem eigenen Ressort.

Anbei die detaillierte Analyse:

Die sprachliche Kodierung

Tabelle 6.61

Sprachliche Kodierung	Ausgewählte verwendete Schlüsselworte:	Gesamtwortanzahl: 115
	<ul style="list-style-type: none">- die Zukunftschancen für die Bäuerinnen und Bauern- die Sicherung der Lebensqualität und der Umwelt- die Qualität des Wassers und die Verfügbarkeit des Waldes- die nachhaltige Energiezukunft, für den gesamten Umweltbereich- Sicherheit und Unabhängigkeit im Bereich der Energie und Lebensmittelversorgung- nachhaltige Lebensmittelproduktion- Landschaftspflege- Umweltprogramm im Landwirtschaftsbereich- die Chancen der Frauen im ländlichen Raum- ein gentechnikfreies Österreich- der Hochwasserschutz- erneuerbare Energiequellen- Erreichung unseres Klimaschutzzieles- Umwelt schützen, Chancen nützen- Anti-Atom-Lobby in Europa zu bleiben- die Lebensqualität in Österreich	

Die kurze Redezeit ist ein Grund für den Landwirtschaftsminister, den Anteil der „sprachlichen Kodierung“ auf 13,11 Prozent des Gesamtwortlautes der Rede zu

erhöhen. So wird es möglich, dass ein Regierungsmitglied in 6 Minuten den Zuhörerinnen und Zuhörern einen Überblick über sein Ressort verschaffen kann. Die benutzen Schlüsselworte – z. B. „*die Zukunftschancen für die Bäuerinnen und Bauern*“, „*Unabhängigkeit, Sparsamkeit, das Prinzip der Nachhaltigkeit*“, „*Erreichung des Klimaschutzzieles*“, „*Energiesparen/Energieeffizienz*“, „*aktive Anti-Atom-Politik*“ - können mehr zu dem Ressort Landwirtschaft als den erkennbaren Inhalten der Partei ÖVP zugeordnet werden.

Konstruktion von Wir-Gruppen

Tabelle 6.62

Konstruieren der Wir-Gruppe	Unterschiedliche Gruppen:	Wortanzahl:
	Ich	5
	Wir als Regierung	21
	Die Bäuerinnen/Bauern, unsere Bauern, Bergbauer	8
	Alexander Van der Bellen, die Grünen	1
	Die Menschen in Österreich	1

Zwei Gruppen sind sehr deutlich in dieser Rede konstruiert: die neue Regierung (21 Mal wiederholt) und die Bäuerinnen und Bauern. Da diese Gruppen keine Parteien sind, werden sie nicht einander gegenübergestellt, um die jeweilige Grenze schärfster zu ziehen, sondern es wird geschildert, wie die richtigen Entscheidungen der Regierung positive Auswirkungen im ländlichen Raum und im Leben der Bäuerinnen und Bauern haben werden.

Betont wird auch die wichtige Rolle des Landwirtschaftsministers im Rahmen der neuen Regierung: „*Zuständig zu sein für die Landwirtschaft, für die Wasserressourcen, die Qualität des Wassers und die Verfügbarkeit des Waldes als eine immer wichtiger werdende Ressource auch für die Frage Sicherheit und Unabhängigkeit im Bereich Energie und Lebensmittelversorgung, ist eine tolle Aufgabe.*“

Argumentationslinie – die Kategorien der Vergangenheit, der Motivation und der Zukunft

Tabelle 6.63

Argumentations schema	Kurze Paraphrase der Inhalte bzw. Inhalte aus der Rede von Dipl.-Ing. Josef Pröll (ÖVP)	Gesamtwort anzahl
Motivation	„Das heute vorgelegte Regierungsprogramm ist ohne Zweifel ein sehr gutes Programm, was die Lebensqualität für unser Land betrifft, was die Zukunftschancen für die Bäuerinnen und Bauern betrifft.“	55
Beispiele aus der Vergangenheit	Der Minister ist darüber froh, dass zusammen bleibt, was zusammen gehört: „Es hat sich seit 2000 bewährt, Landwirtschaft und Umwelt in einer Ressortverantwortung zu haben, optimal ergänzt und sehr schlagkräftig auch für die Zukunft, um die Lebensqualität in einem gemeinsamen Ressort zu verantworten.“	44
Darstellung der Zukunft	Weiter „zuständig zu sein für die Landwirtschaft, für die Wasserressourcen, die Qualität des Wassers und die Verfügbarkeit des Waldes (...)“ empfindet Pröll als eine „eine tolle Aufgabe“.	57
Motivation	„Und wenn ich heute das eine oder andere Mal gehört habe, im Programm dieser Koalition käme die Zukunft zu kurz, so widerlegen allein die drei Kapitel Landwirtschaft, Umwelt und Energie eindrucksvoll diese Behauptungen.“	40
Beispiele aus der Vergangenheit	Der Redner schildert welche Fragen sich die ÖVP und die SPÖ zu Beginn der Verhandlungen gestellt haben, z. B. „Was müssen wir für unsere Bauern tun, um im schärfster werdenden internationalen und europäischen Wettbewerb ein Umfeld zu schaffen, das es ihnen ermöglicht, ihre Aufgabe der nachhaltigen Lebensmittelproduktion und der Landschaftspflege erfüllen zu können?“	122
Darstellung der möglichen Folgen bzw. der Zukunft	Pröll listet die wichtigen strategischen Zielsetzungen der neuen Regierung in seinem Ressort auf. „Zum Ersten: Jeder Euro wird aus Brüssel abgeholt...“	213
Motivation	„Ich denke, was den Menschen am Nächsten ist, muss der Politik besonders wichtig sein, und das sind die Gemeinden. Wenn Sie sich dieses Regierungsprogramm durchsehen, werden Sie sehen, wir setzen gerade für die Gemeinden einen wichtigen Impuls: Breitbandoffensive mit 300 Millionen Euro – wesentlich und spürbar mehr Geld, gerade für die Gemeinden...“	67
Darstellung der möglichen Folgen bzw. der Zukunft	In der Zukunft wird bezüglich der Energiefrage auf Unabhängigkeit, auf Sparsamkeit und auf das Prinzip Nachhaltigkeit gesetzt. Österreich bleibt „leider fast einzige Anti-Atom-Lobby in Europa“.	226
Motivation	„Ein sehr gutes Programm für die Lebensqualität in Österreich, für den ländlichen Raum, für die Bäuerinnen und Bauern, schlicht und einfach: für uns alle!“	27

Die Kategorie der „Motivation“ ist bei diesem Redebeitrag am stärksten vertreten (4 Mal). Als Regierungsmitglied legt Pröll Wert darauf, das Regierungsabkommen positiv in seinem Ressort darzustellen: „*Ohne Zweifel ein sehr gutes Programm, was die Lebensqualität für unser Land betrifft, was die Zukunftschancen für die Bäuerinnen und Bauern betrifft, was die Sicherung der Lebensqualität und der Umwelt insgesamt betrifft, und dieses Programm wird auch dazu beitragen, dass wir zufriedene KonsumentInnen in Österreich auch in Zukunft haben werden.*“

Die Rede blickt öfters in die Zukunft als in die Vergangenheit, um die Zuhörerinnen und Zuhörer dafür zu sensibilisieren, welch gute Lösungen nicht im Programm stehen, wie z. B.:

- „*Jeder Euro wird aus Brüssel abgeholt*“.
- „*Wir werden für die Chancen der Frauen im ländlichen Raum einen klaren Impuls setzen.*“
- „*Wir werden gemeinsam – und dieses Bekenntnis haben wir in den letzten sieben Jahren ebenfalls getragen – weiterkämpfen für ein gentechnikfreies Österreich.*“
- „*Was die Energiefrage betrifft, setzen wir auf Unabhängigkeit, auch Sparsamkeit und auf das Prinzip der Nachhaltigkeit.*“

Und am Ende des Redebeitrages kehrt Pröll wieder zur „Motivation“ zurück, um noch einmal zu betonen: „*Ein sehr gutes Programm für die Lebensqualität in Österreich, für den ländlichen Raum, für die Bäuerinnen und Bauern, schlicht und einfach: für uns alle!*“

Zusammenfassung:

Die „sprachliche Kodierung“ sind wegen der Kürze des Beitrags auf 13,11 Prozent gestiegen, die Schlüsselworte sind aus dem eigenen Ressort Landwirtschaft und Umwelt.

Die „Wir-Gruppen“ wurden in zwei Gruppen geteilt - die Regierung und die Bäuerinnen und Bauern - mit dem Ziel, beide positiv aufeinander zu beziehen.

Die Argumentationslinie wird von „Motivation“ und „Darstellung der Zukunft“ dominiert.

Abgeordnete Mag. Brigid Weinzinger (Die Grünen) – 5 Minuten

Das Grundthema ist das Regierungsübereinkommen.

Anbei die detaillierte Analyse:

Die sprachliche Kodierung

Tabelle 6.64

Sprachliche Kodierung	Ausgewählte verwendete Schlüsselworte: Schlüsselworte Die Grünen: - Klimawandel - Frauenpolitik - Armut in Österreich - Sozialsystem und soziale Sicherung Schlüsselworte neue Regierung: - unzureichende soziale Sicherung, - Frauenerwerbsquote.	Gesamtwortanzahl: 24
-----------------------	--	-------------------------

Der Anteil der „sprachlichen Kodierung“ - 3,17 Prozent - bei dieser Rede der Grünen Abgeordneten Brigid Weinzinger ist niedrig. Die Rednerin geht stark auf Themen wie Frauenpolitik, Armut in Österreich, soziale Sicherung – Themen, die die Grünen bei den WählerInnen erkennbar machen.

Wie andere Oppositionspolitiker benutzt auch Weinzinger negative Schlüsselworte in der Darstellung der Vorhaben der neuen Regierung, z. B. „*unzureichende soziale Sicherung*“ und spricht auch ein Thema an, das sich als strittig während der Debatte erwiesen hat – die Frauenerwerbsquote.

Konstruktion von Wir-Gruppen

Tabelle 6.65

Konstruieren der Wir-Gruppe	Unterschiedliche Gruppen: Ich Wir alle Die neue Regierung, Gusenbauer, Buchinger, Pröll, MinisterInnen Die Österreicher, die Menschen SPÖ FPÖ, Frau Rosenkranz ÖVP, Frau Rauch-Kallat	Wortanzahl: 9 3 12 3 1 1 1
-----------------------------	--	---

Die am deutlichsten konstruierte Gruppe ist die der neuen Regierung. Dies erfolgt, um Kritik an der ganzen Regierung und an der SPÖ im Besonderem auszuüben, z. B. „*...Armut, die ja in Österreich ein großes und drängendes Problem ist, wie auch die*

SPÖ in den vergangenen Jahren nicht müde wurde, anzumerken. Was haben armutsgefährdete Frauen in Österreich von dieser Bundesregierung zu erwarten?“.

Interessant ist, dass diese Rednerin nicht für wichtig erachtet hat, die Grünen als Gegenpol, zu der Gruppe der Angesprochenen darzustellen, um dadurch gute Vorschläge der eigenen Partei besser präsentieren zu können und somit das parteipolitische Image für die Zuhörerinnen und Zuhörer erkennbar zu machen.

Argumentationslinie – die Kategorien der Vergangenheit, der Motivation und der Zukunft

Tabelle 6.66

Argumentations schema	Kurze Paraphrase der Inhalte bzw. Zitate aus der Rede von Mag. Brigid Weinzinger (Die Grünen)	Gesamtwort anzahl
Motivation	Das Regierungsprogramm beinhaltet Floskeln, Worthülsen, nichts Konkretes - „bei so viel heißer Luft ja schon ein aktiver Beitrag zum Klimawandel.“	53
Beispiele aus der Vergangenheit	Von Minister Pröll hat man etwas Konkreteres erwartet, weil er nicht neu in der Regierung ist. Von Minister Buchinger hat sich die Rednerin auch mehr Konkretheit erwartet.	94
Motivation	„Wie man zu Armut in Österreich reden kann, ohne das Wort „Frau“ überhaupt zu erwähnen, ist mir schleierhaft.“ Die Rednerin bedauert, dass der Stellenwert der Frauenpolitik im Regierungsprogramm nicht höher ist als „die mageren drei Seiten“, die vor allem mit Überschriften besetzt sind.	120
Beispiele aus der Vergangenheit	In manchen Bereichen hat die Regierung ganz konkrete Vorschläge, solche fehlen aber im gesamten frauenpolitischen Kapitel und in anderen frauenrelevanten Passagen des Regierungsprogramms.	119
Darstellung der möglichen Folgen bzw. der Zukunft	„Man möchte die Frauenerwerbsquote bis zum Jahr 2010 auf 65 Prozent heben. Wunderbar: Wir hatten 64,7 Prozent im Jahr 2006; das heißt, Sie brauchen jetzt dreieinhalb Jahre, um die Erwerbsquote noch um 0,3 Prozent hochzudrücken.“	56
Beispiele aus der Vergangenheit	In den letzten Jahren wurde die SPÖ nicht müde die Armut als ein großes und drängendes Problem zu nennen, im Programm gibt es nichts über armutsgefährdete Frauen in Österreich.	119
Motivation	„Die Abgeordnete Rauch-Kallat hat Recht, wenn sie sagt: Die Ziele der letzten Jahre finden sich wieder in diesem Regierungsprogramm, wenn es um Frauenpolitik geht – und sonst nichts! Es gibt ein bisschen Orientierung, ein bisschen Mentoring, ein bisschen an schönen Absichtserklärungen, aber jedenfalls eines nicht: zusätzliche Finanzmittel, damit Frauenpolitik endlich mit Leben erfüllt werden kann.“	68
Beispiele aus der Vergangenheit	Eine Anmerkung zu Frau Rosenkranz wird gemacht. Sie sprach über kinderlose Frauen. „Ich möchte einmal erleben, dass diese Frage bei einem Mann gestellt wird! Warum muss sich eine Frau auf der Regierungsbank dafür verantworten, ob sie Kinder hat oder nicht?“, meint Weinzinger.	91
Darstellung der Zukunft	„Ich hoffe, dass die Regierung da von der Bevölkerung und den WählerInnen auf den Prüfstein gestellt wird.“	17

Die „Beispiele aus der Vergangenheit“ stellen die häufigste Kategorie im Argumentationsschema dar. Bezogen sind diese Beispiele auf Inhalten aus dem Regierungsprogramm, das als reich an „*Floskeln*“, „*Worthülsen*“, „*nichts Konkretes*“ bewertet und auch leicht humorvoll im Sinne der Grünen kommentiert wird mit den Worten: „*Bei so viel heißer Luft ein aktiver Beitrag zum Klimawandel*“.

Weinzinger habe sich „*etwas mehr Konkreteres erwartet. Vor allem hätte ich mir etwas mehr soziale Kompetenz zu der auch im Regierungsprogramm wieder einmal bemühten Querschnittsmaterie der Frauenpolitik erwartet.*“

Die Rednerin geht auf Themen, die die Grünen traditionell besetzen, ein wie z. B. die Frauenpolitik: „*Zum Stellenwert der Frauenpolitik im Regierungsprogramm kann man ja sehr deutlich auf magere drei Seiten von 170, oder wie viele es sind, verweisen (...) diese Überschriften, die auf drei Seiten zusammengefasst sind, merkt man an, dass auch die Qualität mehr als zu wünschen übrig lässt.*“

Die Abgeordnete Weinzinger spricht auch das strittige Thema Frauenerwerbsquote an: „*Man möchte die Frauenerwerbsquote bis zum Jahr 2010 auf 65 Prozent heben. Wunderbar: Wir hatten 64,7 Prozent im Jahr 2006; das heißt, Sie brauchen jetzt dreieinhalb Jahre, um die Erwerbsquote noch um 0,3 Prozent hoch zu drücken. Das nennen Sie eine Zielsetzung in der Frauenpolitik? Das ist erbärmlich.*“

Zusammenfassung:

Die „sprachliche Kodierung“ beträgt nur 3,7 Prozent des Gesamtwortlautes der Rede und lässt sich in zwei Gruppen aufteilen: Schlüsselworte der Grünen und Schlüsselworte der neuen Regierung.

Bei den „Wir-Gruppen“ ist die am deutlichsten konstruierte Gruppe die der Regierung.

Die „Wir-Gruppe“ der eigenen Grünen-Partei fehlt völlig.

Die Argumentationslinie wird von der Kategorie „Vergangenheit“ dominiert.

Abgeordneter Mag. Kurt Gaßner (SPÖ) – 5 Minuten

Das Grundthema ist das Regierungsübereinkommen. Der Redner widmete seine Aufmerksamkeit verstärkt dem Kapitel „Landwirtschaft“.

Anbei die detaillierte Analyse:

Die sprachliche Kodierung

Tabelle 6.67

Sprachliche Kodierung	Ausgewählte verwendete Schlüsselworte: <ul style="list-style-type: none"> - Landwirtschaft - Arbeitsplätze in der Landwirtschaft, Arbeitsplätze im ländlichen Raum - Sicherung und Stärkung des gesamten Wirtschaftsgefüges im ländlichen Raum - Weiterentwicklung der ländlichen Regionen - mehr finanzielle Mittel für die kleineren und mittleren Gemeinden - die Ver- und Entsorgung im Wasserbereich - der Hochwasserschutz 	Gesamtwortanzahl: 65

10,55 Prozent dieser Rede sind von „sprachlicher Kodierung“ besetzt. Da der Redner einer der beiden Regierungsparteien angehört hat er sich nur auf einem Fachgebiet konzentriert in diesem Fall auf die „Landwirtschaft“. Folgende Schlüsselworte sind typisch für das Fachgebiet: „*Arbeitsplätze in der Landwirtschaft*“, „*Arbeitsplätze im ländlichen Raum*“, „*Weiterentwicklung unserer ländlichen Regionen*“, „*Fairen Wettbewerb*“. Diese Schlüsselworte wurden auch schon von Landwirtschaftsminister Pröll benutzt.

Konstruktion von Wir-Gruppen

Tabelle 6.68

Konstruieren der Wir-Gruppe	Unterschiedliche Gruppen: <ul style="list-style-type: none"> Ich Wir als Regierungspartei Bäuerinnen und Bauern Bundesminister Pröll Die Opposition 	Wortanzahl: <table border="1"> <tr> <td>4</td> </tr> <tr> <td>2</td> </tr> <tr> <td>4</td> </tr> <tr> <td>3</td> </tr> <tr> <td>1</td> </tr> </table>	4	2	4	3	1
4							
2							
4							
3							
1							

Ähnlich wie bei Bundesminister Pröll ist auch bei dieser Rede mit dem Schwerpunkt „Landwirtschaft“ die Gruppe der „Bäuerinnen und Bauern“ präsent. Der SPÖ Redner Gaßner wendet sich drei Mal direkt an Bundesminister Pröll und schließt sich so der Gruppe der Politiker an, die sich für Landwirtschaft zuständig fühlen: „*Da haben wir als Erstes auch eine sehr wesentliche Aufgabe zu verrichten, Herr Bundesminister...*“

Es wurde seitens des SPÖ Politikers keine direkte Kritik an seinem Kollegen aus der ÖVP ausgeübt. Es zeichnet sich aber deutlich die Profilierung von Kurt Gaßner als Landwirtschaftsexperte der SPÖ ab.

Und so wie sich Caspar Einem (SPÖ) und Ewald Stadler (FPÖ) in deren Redebeiträgen mit der Außenministerin Plassnik als Konkurrenzpaar konstruiert haben, so ist auch die Bildung eines „Konkurrenzpaars“ im Ressort Landwirtschaft zu beobachten - Gaßner-Pröll.

Argumentationslinie – die Kategorien der Vergangenheit, der Motivation und der Zukunft

Tabelle 6.69

Argumentations schema	Kurze Paraphrase der Inhalte bzw. Zitate aus der Rede von Mag. Kurt Gaßner (SPÖ)	Gesamtwort anzahl
Beispiele aus der Vergangenheit	„Ich möchte mich ganz kurz, in 5 Minuten, mit dem Kapitel Landwirtschaft beschäftigen und zunächst feststellen, dass in dieser Regierungserklärung zum ersten Mal beim Kapitel Landwirtschaft dabeisteht; und ländlicher Raum. Das ist neu...“	111
Darstellung der möglichen Folgen bzw. der Zukunft	„....haben wir als Erstes auch eine sehr wesentliche Aufgabe zu verrichten, Herr Bundesminister: Die Marktordnungsgesetze sind ehestens zu ändern beziehungsweise neu festzulegen. Das hat nicht nur der Verfassungsgerichtshof von uns verlangt, sondern das verlangen auch die Bauern und Bäuerinnen von uns, damit sie Rechtssicherheit haben in ihrer Arbeit, in ihrem Werken, in ihrem Wirken...“	88
Motivation	„.... das ist wirklich ein Meilenstein, würde ich sagen, dass Förderungen auch nach der Arbeitskraft, nach dem Arbeitseinsatz berechnet werden.“	25
Darstellung der möglichen Folgen bzw. der Zukunft	„....können und werden auch kleinere und mittlere landwirtschaftliche Einheiten die Möglichkeit bekommen, zu überleben. Es ist eine sehr, sehr große Verantwortung, endlich das Bauernsterben, das Zusperren dieser Betriebe zu stoppen.“	200
Motivation	„All diese Maßnahmen sichern daneben auch Arbeitsplätze, Arbeitsplätze in der Landwirtschaft, Arbeitsplätze im ländlichen Raum.“	15
Darstellung der möglichen Folgen bzw. der Zukunft	Als eine Neuerung, die im Regierungsprogramm drinsteht, wird die Sicherung und Stärkung des gesamten Wirtschaftsgefüges im ländlichen Raum bewertet. In der Zukunft werden auch verstärkt die ländlichen Gemeinden und die kleineren Städte Unterstützung bekommen.	120
Motivation	Es ist gut, dass im Regierungsprogramm steht: mehr finanzielle Mittel für die kleineren und mittleren Gemeinden.	54
Darstellung der möglichen Folgen bzw. der Zukunft	Für die Ver- und Entsorgung im Wasserbereich werden auch die notwendigen Mittel zur Verfügung gestellt, die Kernkompetenz in der Wasserversorgung bleibt bei den Gemeinden.	57
Beispiele aus der Vergangenheit	Während der Debatte wurde geredet, dass der Hochwasserschutz wesentlich im Regierungsprogramm verankert ist.	46

Darstellung der möglichen Folgen bzw. der Zukunft	„Herr Bundesminister! Hier haben Sie bisher schon hervorragende Mitarbeiter gehabt, und auch in Zukunft setzen wir diese Arbeiten gemeinsam um.“	20
--	--	----

Die Rede von dem SPÖ Abgeordneten Kurt Gaßner ist mehr zukunftsorientiert. Der SPÖ-Politiker bewertet das Grundthema positiv und „motiviert“ es: „*In dieser Regierungserklärung steht zum ersten Mal beim Kapitel Landwirtschaft dabei ländlicher Raum (...) ganz prominent vorne.*“ Und weiter „*Es ist ein erstes Mal davon die Rede, dass die Intensität des Arbeitseinsatzes als Förderungskriterium verankert und enthalten ist.*“

Er listet auch Inhalte des Regierungsprogramms mit „Beispielen aus der Vergangenheit“, ist aber eher bemüht die im Programm festgehaltenen Inhalte als mögliche Folgen in der Zukunft darzustellen.

Der SPÖ-Abgeordnete Gaßner beendet seine Rede indem er die Vergangenheit mit der Zukunft verbindet: „*Herr Bundesminister (gemeint ist Josef Pröll)! Hier haben Sie bisher schon hervorragende Mitarbeiter gehabt, und auch in Zukunft setzen wir diese Arbeiten gemeinsam um.*“

Zusammenfassung:

Die „sprachliche Kodierung“ besteht aus 10,55 Prozent Schlüsselworte - vorwiegend aus dem Bereich Landwirtschaft.

Bei den „Wir-Gruppen“ stellt sich Gaßner dem Landwirtschaftsminister Pröll gegenüber. Präsent ist auch die Gruppe der Bäuerinnen und Bauern. Erst dann kommt die eigene „Wir-Regierungspartei-SPÖ-Gruppe“.

Die Argumentationslinie wird von der „Darstellung der Zukunft“ dominiert.

Abgeordneter Herbert Kickl (FPÖ) – 5 Minuten

Das Grundthema ist das Regierungsübereinkommen.

Anbei die detaillierte Analyse:

Die sprachliche Kodierung

Tabelle 6.70

Sprachliche Kodierung	Ausgewählte verwendete Schlüsselworte: Schlüsselworte FPÖ: - Sozialpolitik - Bekämpfung der Arbeitslosigkeit - Bekämpfung der Armut - die Mindest- oder Grundsicherung Schlüsselworte neue Regierung: - Schreckensszenario - Kurs der sozialen Kälte in diesem Land - die Eurofighter - Sozialfighter - Politik für die Großkonzerne, Politik für Ihre Lobbygruppen - die Opfer sind die Arbeitslosen - Erhöhung der Krankenversicherungsbeiträge, Mehrwertsteuer auf Medikamentenkosten	Gesamtwortanzahl: 49
-----------------------	---	-------------------------

Mit 5,59 Prozent ist die „sprachliche Kodierung“ dieser Rede eher niedrig. Der Oppositionspolitiker benutzt zwei Gruppen von Schlüsselworten, solche, die er mit der eigenen Partei – den Freiheitlichen – verbindet, und solche, mit denen er die neue Regierung kritisiert, z. B. „*Kurs der sozialen Kälte in diesem Land*“ oder „*Schreckensszenario*“.

Konstruktion der Wir-Gruppen

Tabelle 6.71

Konstruieren der Wir-Gruppe	Unterschiedliche Gruppen: Ich Wir Freiheitliche Die neue Regierung, der Neo-Sozialminister, der sozialpolitische Löwe, Pröll – ein Master of Disaster Die SPÖ Die Österreicher, die Menschen, die Studenten, die Pensionisten Die Staatsbürger Die Nicht-Staatsbürger	Wortanzahl: 4
		3
		8
		6
		6
		1
		1

Zwecks effektiver Kritikausübung zeichnet der Redner vielfältig und ausführlich die Gruppe der neuen Regierung und nennt manche Regierungsmitglieder mit verspottenden Namen: Sozialminister Buchinger sei ein „*sozialpolitischer Löwe*“, ein „*Master of Disaster*“ werde Landwirtschaftsminister Pröll genannt. Ob diese

„Attraktivmacher“ des Redners auch von der Presse übernommen worden sind, wird in dem Kapitel 8 ermittelt.

Nicht ganz typisch für die Freiheitliche Partei ist die dreimalige Erwähnung der „Wir-die-Freiheitlichen-Gruppe“. Eine Tatsache, die darauf hinweist, dass Kritik massiv in Richtung neue Regierung ausgeübt wird, die eigene Partei aber dadurch keine klaren Konturen bekommt.

Als FPÖ-Politiker bildet Kickl auch zwei Gruppen, die die Freiheitlichen traditionell gegen einander ausspielen: die Staatsbürger, die etwas für das Land leisten, und die Nicht-Staatsbürger, die nicht an den Leistungen des Sozialstaates teilhaben dürfen.

Argumentationslinie – die Kategorien der Vergangenheit, der Motivation und der Zukunft

Tabelle 6.72

Argumentations schema	Kurze Paraphrase der Inhalte bzw. Zitate aus der Rede von Herbert Kickl (FPÖ)	Gesamtwort anzahl
Motivation	„Dem Verhandlungsteam der SPÖ, das ja in weiten Teilen jetzt deckungsgleich mit der Regierungsmannschaft ist, ist es gelungen - besonders auch im Bereich der Sozialpolitik – das Unmögliche möglich zu machen. Und genau dasjenige, wovon sie vor wenigen Monaten gesagt haben, dass das unter ihrer Federführung in Österreich niemals möglich sein wird, haben sie jetzt in weiten Bereichen umgesetzt.“	136
Beispiele aus der Vergangenheit	Viele Menschen und viele Abgeordnete der SPÖ haben gehofft, dass es nun mit dem Kurs der sozialen Kälte in diesem Land vorbei ist.	75
Darstellung der möglichen Folgen bzw. der Zukunft	„Den Eurofighter werden wir ausgeliefert bekommen. Auf den „Sozialfighter“ – der hat sich in Luft aufgelöst – wird Österreich, wenn es nach Ihnen geht, bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag warten müssen.“	52
Motivation	„Die einzige Funktion, die die SPÖ erfüllt, ist die Funktion eines sozialen Feigenblattes, das sich die ÖVP umgehängt hat. Ich verstehe schon, dass Sie sich darüber freuen: damit Sie nämlich Ihre Politik für die Großkonzerne, Ihre Politik für Ihre Lobbygruppen weiter fortführen können...“	78
Beispiele aus der Vergangenheit	Der Neo-Sozialminister reißt den Mund als ein sozialpolitischer Löwe auf: es fehlen ihm aber all die Zähne, die schon gezogen worden sind.	63
Motivation	SPÖ ist „völlig zahnlos, nämlich dort, wo es um die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit geht, gar keine Frage – eben weil Sie nur Sozialminister, aber nicht Arbeits- und Sozialminister sind, wie es eigentlich das Versprechen der SPÖ gewesen ist!“ Bereiche wie Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und Bekämpfung der Armut wären der ÖVP vor die Füße geworfen worden.	81
Beispiele aus der	Die Opfer der Kompromisse der SPÖ sind die Arbeitslosen, „die	120

Vergangenheit	Menschen, die eine Perspektive gesucht haben und die das nicht verdient haben, was sie jetzt im Namen der Sozialdemokratie serviert bekommen!“	
Motivation	Von einer Entlastung in diesem Bereich kann keine Rede sein. Die neue Regierung „erhöht“ die Pensionen um 1,6 Prozent, ohne zu beachten, dass es eine permanente Entwertung gibt. „Dafür erhöhen Sie die Krankenversicherungsbeiträge, und Sie senken nicht die Mehrwertsteuer auf die Medikamentenkosten.“	76
Beispiele aus der Vergangenheit	Bei der Mindest- oder Grundsicherung wurde kein Unterschied zwischen denjenigen, die in diesem Land Staatsbürger sind, und denjenigen, die eben keine Staatsbürger sind gemacht.	113
Darstellung der möglichen Folgen bzw. der Zukunft	Pröll sei „ein kongenialer Partner der SPÖ, ein zweiter Master of Disaster“. „Wenn beide gemeinsam wirken – das kann man Ihnen versprechen, dann werden diejenigen, die es gut mit diesem Land meinen, dann werden diejenigen, die Hoffnung gehabt haben, schweren Zeiten entgegengehen. Zur Sorge besteht genügend Anlass, zur Hoffnung kaum.“	79

Der FPÖ-Politiker nutzt vor allem „Beispiele aus der Vergangenheit“, um Kritik an der Regierungspartei SPÖ auszuüben: „*Eines muss man dem Verhandlungsteam der SPÖ, das ja in weiten Teilen jetzt deckungsgleich mit der Regierung ist, wirklich lassen: Es ist Ihnen insgesamt – und daher wahrscheinlich ganz besonders auch im Bereich der Sozialpolitik – gelungen, das Unmögliche möglich zu machen.*“

Von Kickl wird auch die andere Regierungspartei, die ÖVP, kritisiert: „*Die einzige Funktion, die die SPÖ erfüllt, ist die Funktion eines sozialen Feigenblattes, das sich die ÖVP umgehängt hat. Ich verstehe schon, dass Sie sich darüber freuen: damit Sie nämlich Ihre Politik für die Großkonzerne, Ihre Politik für ihre Lobbygruppen weiter fortführen können...*“

In dieser Rede, die von den Kategorien „Vergangenheit“ und „Motivation“ dominiert ist, finden sich auch zwei Prognosen für die Zukunft, die nicht optimistisch klingen: „*Den Eurofighter werden wir ausgeliefert bekommen. Auf den „Sozialfighter“ – der hat sich in Luft aufgelöst – wird Österreich, wenn es nach Ihnen geht, bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag warten müssen.*“ Und weiter: „*Die Reichen werden in diesem Land reicher und die Armen eben noch ein bisschen ärmer.*“

Zusammenfassung:

Die „sprachliche Kodierung“ beträgt 5,59 Prozent des Gesamtwortlauts. Wieder sind die Schlüsselworte auf zwei Themen aufteilbar: auf jene, die die eigene Partei erkennbar machen, und jene, die für Kritik der neuen Regierung dienen.

Bei den „Wir-Gruppen“ ist die Gruppe der neuen Regierung am besten zur Geltung gekommen. Auch in dieser Rede eines FPÖ-Politikers wird die Grenze zwischen Staatsbürger und Nicht-Staatsbürger scharf gezogen.

Die Argumentationslinie ist vor allem mit „Vergangenheit“ und „Motivation“ besetzt.

Abgeordnete Ursula Haubner (BZÖ) – 10 Minuten

Das Hauptthema wie bei allen anderen Redebeiträgen auch, ist das Regierungsübereinkommen. Das Akzent liegt auf dem Ressort, in welchem Haubner als Bundesministerin der Regierung Schüssel II tätig war: Soziales.

Anbei ist die detaillierte Analyse:

Die sprachliche Kodierung

Tabelle 6.73

Sprachliche Kodierung	Ausgewählte verwendete Schlüsselworte:	Gesamtwortanzahl:
	<p>Schlüsselworte BZÖ:</p> <ul style="list-style-type: none">- Sozialministerium- das Pensionssystem gehört zu den besten der Welt- die Schwerarbeiterregelung- die Behindertenmilliarde- die Beschäftigungsoffensive- Fairness und soziale Wärme- eine bedarfsgerechte Mindestsicherung- Grundsicherung in ein aktives soziales System- das Pflegegeld erhöhen- Kostensenkung im Gesundheitswesen und keine Erhöhung von Krankenversicherungsbeiträgen- steuerliche Absetzbarkeit von Pendlerkosten für jene, die das besonders brauchen- das positive Modell des Pflegeschecks <p>Schlüsselworte neue Regierung:</p> <ul style="list-style-type: none">- Pensionsraub- im Sozialressort herrscht Flaute- Machen Sie hier Politik für Legislaturperioden oder für Generationen?- Fairness und soziale Wärme werden die Autofahrer nicht durch eine LKW-Maut und eine Erhöhung der Mineralölsteuer spüren	147

Ein ziemlich hoher Prozentsatz des Gesamtwortlautes - 12,35 Prozent – der Rede von Ex-Sozialministerin Ursula Haubner gehörten der „sprachlichen Kodierung“. Auch bei

dieser Oppositionspolitikerin sind zwei Arten von Schlüsselworte vorhanden: einerseits BZÖ bezogene Inhalte (Pensionen, Sozialressort, Generationen, Familien, gesundheits- und Frauenressort, Pflege), und andererseits Schlüsselworte, die mit der neuen Regierung in Verbindung gebracht werden können, wie z. B. „Pensionsraub“.

Konstruktion von Wir-Gruppen

Tabelle 6.74

Konstruieren der Wir-Gruppe	Unterschiedliche Gruppen:	Wortanzahl:
	Ich	23
	Wir BZÖ, mein Klubobmann	7
	Wir alle als Österreicher	1
	Wir Parlamentarier	3
	Neue Regierung, Sozialminister Buchinger, Staatssekretärin Silhavy	11
	Die Opposition	1
	Senioren, Jugend, 2 Mio. Pendler, Familien	7

Frau Haubner verwendet bei dem Konstruieren der „Wir-Gruppen“ ein klar definiertes „Ich“ und sorgt für die Erkennbarkeit des BZÖ mit Sätzen wie: „Für uns, das BZÖ, gilt..“

Deutlich sind auch zwei andere Gruppen: die Regierung mit der Nennung einzelner Bundesminister und Staatssekretäre und die Österreicher, die nach Zielgruppen segmentiert sind: Senioren, Familien, Pendler. Trotz dass diese Gruppen keine Parteien darstellen, sind diese von der Rednerin einander gegenüber gestellt, um so die neue Regierung, die keine gute Vorschläge für die Österreicher habe, besser kritisieren zu können.

Argumentationslinie – die Kategorien der Vergangenheit, der Motivation und der Zukunft

Tabelle 6.75

Argumentations schema	Kurze Paraphrase der Inhalte bzw. Zitate aus der Rede von Ursula Haubner (BZÖ)	Gesamtwortanzahl
Beispiele aus der Vergangenheit	Haubner bringt den Abgeordneten in Erinnerung, dass der neue Sozialminister Buchinger nicht die Frage beantwortet hat welche Zuständigkeit die Staatssekretärin Silhavy in der neuen Regierung hat.	86

Motivation	„Das Hohe Haus hat hier Anspruch auf eine Antwort, denn letztendlich erinnere ich daran, dass gerade von Ihrer Fraktion immer gekommen ist, wie unnötig Staatssekretäre sind und welche Aufgaben sie haben.“	111
Beispiele aus der Vergangenheit	Die Abgeordnete ist auch über einige Vorhaben der neuen Regierung froh, z. B. dass die Behindertenmilliarde weiter für die Beschäftigungsoffensive eingesetzt wird.	204
Motivation	„.... muss ich sagen, im Sozialressort herrscht trotzdem Flaute, Flaute, was die Kompetenzen und die Aufgaben betrifft.“ Es werden Aufgabenbereiche aufgezählt, die zu anderen Ministerien gewandert sind.	158
Beispiele aus der Vergangenheit	Es werden Inhalte aus dem Regierungsprogramm aufgezählt, die keine Fairness und soziale Wärme zeigen und die Rednerin meint trefflich dazu: „Machen sie hier Politik für Legislaturperioden oder für Generationen.“	352
Motivation	Haubner zählt Inhalte auf, für die das BZÖ steht, z. B. dauerhafte Valorisierung des Pflegegeldes, Kostensenkung im Gesundheitswesen und keine Erhöhung von Krankenversicherungsbeiträgen. Diese sind nicht im Programm, das ein „Sammelsurium an Ideen“ sei.	87
Beispiele aus der Vergangenheit	SPÖ hat ihre Wahlversprechen gebrochen und wenig Sicherheit für Senioren, keine Pflege zu Hause ermöglicht.	154
Darstellung der möglichen Folgenft	„Dürfte ich Ihnen einen Rat geben: Investieren Sie (...) in konkrete Lösungen des Problems des Betreuungs- und Pflegekräftemangels...“	28

Ursula Haubners Redebeitrag ist der einer Oppositionspolitikerin und Ex-Sozialministerin – er ist also den „Beispielen aus der Vergangenheit“ und teilweise auch der „Motivation“ gewidmet. Ziel ist es, die guten Taten des BZÖ aus der Vergangenheit wieder in Erinnerung zu rufen und diese den wenig-guten Ideen der neuen Regierung gegenüberzustellen.

Weder sei das Regierungsprogramm zufrieden stellend. (*„Es ist in einem sozialen Regierungsprogramm, das so unkonkret ist, das so oberflächlich ist, das so unverbindlich ist, notwendig, auf gewisse Fragen ganz konkrete Antworten zu bekommen“*), noch sei das Ressort, das bis vor wenigen Tagen noch Frau Haubner geleitet hat, in Ordnung (*„Im Sozialressort herrscht trotzdem Flaute, Flaute, was die Kompetenzen und die Aufgaben betrifft.“*).

Die BZÖ-Politikerin nutzt auch die Möglichkeit auf einen Widerspruch, den die Sozialdemokraten selbst verbalisiert haben noch einmal hinzuweisen: *„Ich bin erfreut, wenn Sie sagen, dass das Pensionssystem zu den besten der Welt gehört. Ich frage mich nur, wieso Ihre Fraktion (SPÖ) monatelang, jahrelang immer wieder von „Pensionsraub“ gesprochen hat.“*

Zusammenfassung:

Die „sprachliche Kodierung“ trifft auf 12,35 Prozent des Gesamtwortlautes dieser Rede zu. Die Schlüsselworte sind in zwei Kategorien aufzuteilen: jene für das BZÖ und jene für eine Kritik an der neuen Regierung.

Bei den „Wir Gruppen“ wird nicht nur die eigene Partei, das BZÖ, abgegrenzt, sondern es gibt auch zwei andere nicht-parteiliche Gruppen, die gegenüber gestellt werden, um den Kritikeffekt in Richtung neue Regierung zu steigern: die Österreicher und die Gusenbauer Regierung.

Bei der Argumentationslinie überwiegen die „Beispiele aus der Vergangenheit“.

Abgeordneter Wilhelm Haberzettl (SPÖ) – 7 Minuten

Das Grundthema dieses Redebeitrags ist das Regierungsabkommen. Gleich am Anfang ergeht ein Ratschlag an den BZÖ-Klubobmann Westenthaler: „*Wenn sie es (das Regierungsabkommen) lesen, lesen Sie es zur Gänze!*“

Anbei ist die detaillierte Analyse:

Die sprachliche Kodierung

Tabelle 6.76

Sprachliche Kodierung	Ausgewählte verwendete Schlüsselworte:	Gesamtwortanzahl:
	<ul style="list-style-type: none">- Menschen in der Nähe der Armutsgrenze- Armutsbekämpfung- soziale Verbesserungen- Pensionsreform- LKW-Abgabe, Mineralölsteuer-Erhöhung- katastrophale finanzielle Verhältnisse- Familienlastenausgleich- Infrastruktur der Eisenbahn- Verschuldung- Neuordnung im Bereich der Invaliditätspension- Hacklerregelung, Schwerarbeiterregelung	47

5,8 Prozent des Gesamtwortlautes dieser Rede sind mit „sprachlicher Kodierung“ besetzt. Die Schlüsselworte stammen aus unterschiedlichen Ressorts, z. B. Soziales, Infrastruktur, Finanzen und sind nicht immer als SPÖ-Botschaften erkennbar.

Es fehlen keineswegs typische sozialdemokratische Stichworte, wie „*Menschen in der Nähe der Armutsgrenze*“ oder „*bedarfsorientierte Mindestsicherung*“. Darüber hinaus übernimmt der SPÖ-Redner das Wording des Klubobmanns der SPÖ, Josef Cap, bezüglich der „*katastrophalen finanziellen Verhältnisse*“, die die vorige Regierung hinterlassen habe, um diese Behauptung zu belegen.

Konstruktion von Wir-Gruppen

Tabelle 6.77

Konstruieren der Wir-Gruppe	Unterschiedliche Gruppen:	Wortanzahl:
	Ich	15
	Die neue Regierung, Sozialminister Buchinger	4
	BZÖ, Klubobmann Westenthaler	11
	Die Opposition	1
	Die ArbeitnehmerInnen	2

Die Kürze der Rede lässt nicht die Bildung vieler Wir-Gruppen zu. Zwei sind in dieser Rede erwähnenswert: einerseits die neue Regierung in Gestalt des neuen Sozialministers Buchinger und andererseits das BZÖ mit dessen Klubobmann Peter Westenthaler: eine Partei, die früher regiert und scharfe Kritik in Richtung SPÖ während der Debatte ausgeübt hat.

Wie Frau Rauch-Kallat bemüht war die Kritik an ihren Kolleginnen Plassnik und Kdolsky zu entschärfen, so verteidigt auch Haberzettl den neuen Sozialminister Buchinger, der mehrmals am 16. Jänner 2007 massiver Kritik ausgesetzt war.

Darüber hinaus, um sich nicht nur als SPÖ-Abgeordneter, sondern auch als Gewerkschaftler zu präsentieren, meint der Redner: „*Es ist die Aufgabe einer Interessensvertretung, Realitäten nicht zu verweigern.*“

Argumentationslinie – die Kategorien der Vergangenheit, der Motivation und der Zukunft

Tabelle 6.78

Argumentations schema	Kurze Paraphrase der Inhalte bzw. Zitate aus der Rede von Wilhelm Haberzettl (SPÖ)	Gesamtwortanzahl
Motivation	Herr Westenthaler wird ersucht das Regierungsübereinkommen zur Gänze zu lesen, bevor er es kritisiert. Dort seien Rahmenbedingungen über den Kündigungsschutz von Lehrlingen enthalten.	125

Darstellung der möglichen Folgen bzw. der Zukunft	„Es ist Aufgabe einer Interessensvertretung, Realitäten nicht zu verweigern. Sie aber verweigern mit Ihrer Behauptung, dass Lehrlinge, wenn es sein soll, hinausgemobbt werden. Wir wollen diese Möglichkeit einschränken und vernünftige Ersatzmöglichkeiten gestalten.“	39
Motivation	„Wenn die Aufzählung Ihrer Leistungen der Realität entsprechen würde, dann frage ich mich, warum in der letzten Zeit immer mehr Menschen in die Nähe der Armutsgrenze gekommen sind, dann frage ich mich, warum eine neue Bundesregierung unter dem Titel Armutsbekämpfung ein ganzes Maßnahmenpaket beschließen muss, wo ja die ersten Schritte durch den Herrn Sozialminister bereits in Richtung bedarfsorientierter Mindestsicherung gesetzt sind.“	82
Beispiele aus der Vergangenheit	Haberzettl schaut in die Vergangenheit „Ich denke, dass wir dann auch noch zu den Folgen der Vergangenheit kommen...“ Er gibt Beispiele, welche Verschlechterungen es für die ÖsterreicherInnen gegeben hat.	155
Motivation	„Interessant wird es bei der Frage, warum das Thema Arbeit im Wirtschaftsministerium angesiedelt ist. Ich mache es mir sehr einfach: weil Sie es im Jahr 2000 dorthin gegeben haben, Herr Westenthaler!“	86
Beispiele aus der Vergangenheit	„Ich muss Ihnen leider vor Augen führen, dass in allen Bereichen, in denen Ihre Minister in der Vergangenheit tätig waren, katastrophale finanzielle Verhältnisse bestehen...“	171
Darstellung der möglichen Folgen bzw. der Zukunft	„Es wird bis 1. Jänner 2008 zu einer Neuordnung im Bereich der Invaliditätspension kommen müssen, weil es dort auch sehr gravierende Ungerechtigkeiten gibt...“ „Herr Klubobmann, ich würde es so formulieren: Sie sitzen im Glashaus – werfen Sie bitte nicht mit Steinen!“	116

In der Argumentationslinie kommt die „Motivation“ nur geringfügig öfter als die anderen zwei Kategorien „Beispiele aus der Vergangenheit“ und „Darstellung der Zukunft“ vor.

Um das Regierungsprogramm als gelungen zu präsentieren, schaut Haberzettl in die Vergangenheit: „*Ich muss Ihnen leider vor Augen führen, dass in allen Bereichen, in denen Ihre Minister in der Vergangenheit tätig waren, katastrophale finanzielle Verhältnisse bestehen, etwa beim Familienentlastungsausgleich – der ist ja nicht nur ausgeräumt, sondern der ist mit über einer Milliarde Euro verschuldet (...)* Wenn man in den Bereich Infrastruktur anschaut, kriegt man überhaupt das Augen - und Ohrensausen.“

Trefflich wird auch ein Ratschlag für die Zukunft an den Klubobmann des BZÖ gespendet: „*Herr Klubobmann, ich würde es so formulieren: Sie sitzen im Glashaus – werfen Sie bitte nicht mit Steinen!*“

Zusammenfassung:

Die „sprachliche Kodierung“ beträgt 5,8 Prozent des Gesamtwortlautes, aber mit Konfrontationspotential dem Regierungspartner ÖVP gegenüber wegen des „katastrophalen Zustands“ der hinterlassenen Finanzen.

Bei den „Wir-Guppen“ ist die „Wir-Regierungspartei-SPÖ“ dem BZÖ gegenüber gestellt.

Bei der Argumentationslinie ist die „Motivation“ drei Mal erwähnt, gefolgt von „Zukunft“ und „Gegenwart“ mit je zwei Mal.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP) – 8 Minuten

Das Grundthema der Rede des ÖVP-Abgeordneten ist das Regierungsprogramm.

Anbei ist die detaillierte Analyse:

Die sprachliche Kodierung

Tabelle 6.79

Sprachliche Kodierung	Ausgewählte verwendete Schlüsselworte:	Gesamtwortanzahl: 90
	<ul style="list-style-type: none">- ein gutes, offensives arbeitsmarktpolitisches Programm- Vollbeschäftigung bis 2010- Sozialpolitik, Mindestlohn- Jugendbeschäftigung- Bildungsgarantie bis 18 Jahre- Ausbau der Pflegevorsorge- die Sicherung des Pensionssystems- Armutsbekämpfung- Grundsicherung- bedarfsorientierte Mindestsicherung- die Arbeitslosenversicherung, Arbeitslosenentgelt- soziale Hängematte- soziale Gerechtigkeit und soziale Fairness- Sozialhilfe- die Absicherung des Wirtschaftsstandortes, die Förderung der Leistungswilligkeit und die Entlastung der Bürger	

9,14 Prozent des Gesamtwortlautes dieses Redebeitrages bestehen aus „sprachlicher Kodierung“. Der Redner widmet sich Themen aus dem Regierungsprogramm, wie „Vollbeschäftigung“, „Arbeitsmarktpolitik“, „Absicherung des Wirtschaftsstandortes“, die auch als ÖVP-Themen für die Wählerinnen und Wähler erkennbar sind.

Weitere Schlüsselworte wie „*Mindestlohn*“, „*Sozialpolitik*“ und „*Sozialhilfe*“ sind im Kontext der Debatte als Inhalte aus dem Programm der neuen Regierung identifizierbar.

Konstruktion von Wir-Gruppen

Tabelle 6.80

Konstruieren der Wir-Gruppe	Unterschiedliche Gruppen:	Wortanzahl:
	Ich	11
	Wir als ÖVP, Molterer, Bartenstein	11
	Wir die Regierung, Sozialminister Buchinger	6
	Wir das Hohe Haus	3
	BZÖ, Westenthaler	3
	Mitbürgerinnen, Frauen	3

Der Redner unterscheidet zwischen der „ÖVP-Wir-Gruppe“ und der Gruppe der Regierung, wo die ÖVP und die SPÖ zusammen gemeint sind. In der Rede kommt die erste Gruppe besser zur Geltung. Im Zusammenhang mit den Erfolgen aus der Vergangenheit folgende Beispiele aufgezählt:

- „*Martin Bartenstein hat sehr erfolgreich die Arbeitsmarktpolitik gemacht*“
- „*Wie Vizekanzler Molterer heute schon gesagt hat*“
- „*Wir als österreichische Volkspartei*“.

Deutlich weniger zahlreich vertreten ist die zweite, die „Wir-Regierung-Gruppe“, mit der die beiden Parteien in der großen Koalition gemeint sind.

Das Personalpronomen „Ich“ ist auch sehr präsent, um die Persönlichkeit des Redners zu betonen.

Argumentationslinie – die Kategorien der Vergangenheit, der Motivation und der Zukunft

Tabelle 6.81

Argumentations schema	Kurze Paraphrase der Inhalte bzw. Zitate aus der Rede von Werner Amon (ÖVP)	Gesamtwortanzahl
Motivation	Der vorige Redner, der Abgeordnete Haberzettl, wird aufmerksam gemacht, dass die Arbeitsagenden nicht im Sozialministerium,	66

	sondern im Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit sind, weil Martin Bartenstein sehr erfolgreich Arbeitsmarktpolitik gemacht hat.	
Beispiele aus der Vergangenheit	Die Trendwende auf dem Arbeitsmarkt wurde schon vor Monaten geschafft „mit einem guten, offensiven arbeitsmarktpolitischen Programm“.	42
Darstellung der Zukunft	Für die Zukunft wird Vollbeschäftigung angestrebt.	31
Motivation	Das Regierungsprogramm hat „einen umfassenden Teil zur Arbeitsmarktpolitik, zur Sozialpolitik, baut aber auch fast ineinander greifend auf der bisherigen Regierungspolitik auf, und zwar in sämtlichen Bereichen, im Pensionssicherungsbereich ebenso wie in der aktiven Arbeitsmarktpolitik.“	160
Darstellung der möglichen Folgen	Es wird die Pflegeversorgung weiter ausgebaut, das Pensionssystem gesichert. Es wird weitere Verbesserungen für Frauen und Kinder geben.	98
Beispiele aus der Vergangenheit	In der Debatte ist die Frage der Armutsbekämpfung besprochen worden.	46
Motivation	„Wir als Österreichische Volkspartei haben uns relativ klar gegen eine Grundsicherung ohne Arbeit ausgesprochen, weil es schon sehr problematisch und durchaus auch nicht im Sinne etwa der christlichen Soziallehre ist, dass es ein Grundeinkommen ohne Arbeit auf Dauer gibt...“	141
Darstellung der möglichen Folgen bzw. der Zukunft	Menschen, die arbeitslos werden, werden Hilfe in Form von Geld und Schulungen bekommen. Es muss aber nicht zu einer „sozialen Hängematte“ kommen.	314
Motivation	„Deshalb müssen im Zentrum der Politik natürlich auch die Absicherung des Wirtschaftsstandortes, die Förderung der Leistungswilligkeit und die Entlastung der Bürger, die bereit und imstande sind, zu leisten, stehen, damit wir uns ein Sozialsystem auch leisten können...“	45

Der ÖVP-Abgeordnete startete seine Rede mit „Beispielen aus der Vergangenheit“, um die Entscheidungen der Ressortverteilung in der neuen Regierung noch einmal zu erklären und die gute Arbeit vom Ex-Wirtschafts- und Arbeitsminister Martin Bartenstein zu betonen. Die Kategorie „Vergangenheit“ ist im Beitrag am wenigsten vertreten. Der Abgeordnete Amon widmet sich mehr der „Motivation“ und der „Darstellung der Zukunft“, um einerseits die Inhalte im Regierungsprogramm als gut und passend zu präsentieren und andererseits die Folgen dieser Inhalte darzustellen.

Zusammenfassung:

Die „sprachliche Kodierung“ ist mit 9,14 Prozent des Gesamtwortlautes hoch.

Bei den „Wir-Gruppen“ gibt es zwei „Wir-Gruppen“: die ÖVP als Partei und „Wir-die-neue-Regierung“.

Bei der Argumentationslinie überwiegt die „Motivation“ vor der „Zukunft“ und der „Vergangenheit“.

Abgeordneter Karl Öllinger (Die Grünen) – 10 Minuten

Das Hauptthema der Rede von Karl Öllinger ist die neue Regierung und im speziellen die Zuständigkeiten des Sozialministeriums: „*Liebe Zuschauerinnen und Zuschauer! Ich möchte Ihnen sagen: Manches am diesen neuen Umständen ist schon gewöhnungsbedürftig.*““

Anbei ist die detaillierte Analyse:

Die sprachliche Kodierung

Tabelle 6.82

Sprachliche Kodierung	Ausgewählte verwendete Schlüsselworte:	Gesamtwortanzahl:
	<ul style="list-style-type: none">- Arbeitsmarkt, Arbeitsrecht und Arbeitsinspektion- Gesundheit- Sozialversicherung- Pensionskürzungen- Verhinderung von Unfällen- Pflege- Konsumentenschutz- Sozialpolitik- Mindestlohn- Stipendien- Ausbildung von Lehrlingen- Grundsicherung, Mini-Grundsicherung- Arbeitslosigkeit	41

Einen ziemlich niedrigen Anteil an „sprachlicher Kodierung“ weist die Rede des Grünen-Abgeordneten Öllinger aus – nur 2,86 Prozent. Dies ist für eine kurze Rede wie diese typisch, da im Rahmen von 10 Minuten nicht viele unterschiedliche Ressorts angesprochen werden können. Darüber hinaus ist jeder Abgeordnete Experte in einem bestimmten Bereich und genau diesen Bereich behandelt er dann im Zusammenhang mit dem Regierungsprogramm.

Die Schlüsselworte in der Rede des Abgeordneten Öllinger sind vor allem Themen aus dem Ressort des Sozialministeriums wie Sozialpolitik, Mindestlohn, Beschäftigungseffekt – Themen, die auch von den Grünen gerne besetzt werden.

Konstruktion von Wir-Gruppen

Tabelle 6.83

Konstruieren der Wir-Gruppe	Unterschiedliche Gruppen:	Wortanzahl:
	Ich	22
	Wir die Grünen	3
	Wir als Österreicher	2
	Wir Parlamentarier	14
	Die neue Regierung	2
	Sozialminister Buchinger	11
	SPÖ	3
	FPÖ, Strache	3
	BZÖ, Westenthaler	4
	Frauen, Jugendliche, behinderte Menschen, Pensionisten	11

Für eine 10-minütige Rede konstruiert der Abgeordnete Öllinger vergleichsweise viele Gruppen. Mit seinem Wissen im Bereich Soziales bildet der Parlamentarier ein Kompetenzpaar mit dem Bundesminister Buchinger, um die eigene Expertenschaft darzustellen und den neuen Sozialminister zu kritisieren.

Dem Redner gelingt es, alle anderen Parteien zu erwähnen und sich bzw. die Grünen von diesen abzugrenzen. Anbei ist ein Beispiel für eine sichtbare Abgrenzung zur ÖVP zum Thema Beschäftigungspolitik: „*Dürfen Sie nicht sagen: Wir als Politiker sind gar nicht da, Arbeit zu geben!*“

Im Unterschied zu der eigenen Person, die 22 Mal in Form des Personalpronomens „Ich“ erwähnt wird, kommt die eigene Partei des Redners, die Grünen, nicht oft zum Vorschein. Besser für eine Abgrenzung und Profilierung wäre es aber gewesen - wenn Öllinger diese beim Namen genannt hätte. So hätten die Zuhörerinnen und Zuhörer die Grünen besser identifizieren können.

Argumentationslinie – die Kategorien der Vergangenheit, der Motivation und der Zukunft

Tabelle 6.84

Argumentations schema	Kurze Paraphrase der Inhalte bzw. Zitate aus der Rede von Karl Öllinger (Die Grünen)	Gesamtwortanzahl
Beispiele aus der Vergangenheit	Der Redner wirft ein Blick zurück, um zu verdeutlichen, im Kompetenzbereich welches Ministeriums sich die Agenden Arbeitsmarkt, Arbeitsrecht und Arbeitsinspektion in den letzten Jahren befunden haben.	290
Motivation	„Die SPÖ braucht sich nicht weiter abräumen zu lassen“, meint Öllinger und erklärt, warum das Sozialministerium ohne Kompetenzen verblieben ist.	209
Beispiele aus der	Öllinger meint, dass der Mindestlohn mit 1000 Euro zu niedrig	383

Vergangenheit	beziffert worden ist. Der Redner gibt ein Beispiel: die Gemeinde Wien zahlt im Bereich der Schneeräumung für Tagelöhnerarbeiten in der Nacht noch immer nur 5 Euro pro Stunde.	
Darstellung der möglichen Folgen bzw. der Zukunft	Vereinbart ist, dass die Kündigungsmöglichkeiten erleichtert werden. „Ich bin betreffend den Beschäftigungseffekt, der bewirkt werden soll, skeptisch.“	36
Motivation	Der Redner erläutert, warum er skeptisch ist: „Die Betriebe erhalten Prämien für die Ausbildung von Lehrlingen und diese werden extra auch als solche deklariert. Meine Frage: Behält ein Betrieb die Prämie auch dann, wenn jemand gekündigt wird? Sollten wir nicht auch darüber diskutieren, was mit den Prämien geschieht?“	45
Darstellung der möglichen Folgen bzw. der Zukunft	Es muss darüber diskutiert werden was mit den Förderungen geschieht, wenn es mit der geplanten Ausbildung von einem Lehrling nicht funktioniert.	105
Beispiele aus der Vergangenheit	Keine gute Lösung hat Minister Buchinger mit der Grundsicherung, denn, wer beispielsweise in einer Eigentumswohnung lebt, darf diese Grundsicherung nicht beziehen.	182
Motivation	Diese Maßnahme betrifft vor allem Frauen, die alleinerziehend sind und mehrere Kinder zu versorgen haben, „vorher gearbeitet haben und gerne wieder arbeiten würden, was aber natürlich mit allen Betreuungspflichten nicht leicht organisierbar ist. Und da gehen Sie her und sagen: Das sind die Drückeberger! Denen muss man das wegnehmen!“.	86
Beispiele aus der Vergangenheit	Die politische Debatte bezüglich der Grundsicherung wird nicht richtig geführt, die Abgeordneten im Hohen Haus sagen: „Wir als Politiker sind gar nicht dazu da, Arbeit zu geben!“	84

Um seine Thesen zu begründen, wendet sich der Redner verstärkt an Sozialminister Buchinger mit „Beispielen aus der Vergangenheit/Gegenwart“, wie dieses „...die Sozialdemokratie, die sich ein Sozialministerium ohnehin schon, wie ich es gerade beschrieben habe, hat zergliedern lassen wirkt, jetzt auch freiwillig daran mitwirkt, dass das Sozialministerium noch weniger Kompetenzen hat.“

Bei der „Motivation“ ist es auch dem Abgeordneten Öllinger gelungen diese zielgruppengerecht – verständlich für die Zuschauerinnen und Zuschauer – vorzutragen: „Ich erläutere Ihnen das, und man braucht dabei nicht auf diesen ständestaatlichen Streit zwischen Wirtschaft und Arbeit bzw. Sozialministerium zurückzugehen. Ich erkläre Ihnen das Ganze am Beispiel des Problemkomplexes von Unfällen: Für die Verhinderung von Unfällen bzw. deren Kontrolle ist das Wirtschaftsministerium zuständig. Für die Verhinderung von Unfällen und die entsprechende Bezahlung – also teilweise für das Gleiche – ist nicht das Sozialministerium, sondern das Gesundheitsministerium zuständig. Und nur bei jenen Unfällen, durch welche es zu Unfallopfern gekommen ist, die damit zu Pensionisten geworden sind, ist das Sozialministerium zuständig.“

Die Kategorie der „Zukunft“ ist in dieser Rede am wenigsten vertreten. Öllinger malt keine schlimmen Szenarien, die von den Regierungsparteien verursacht würden, sondern verlangt nur eine Diskussion bezüglich der Grundsicherung: „*Nehmen Sie sich an der eigenen Nase, und dann werden Sie feststellen, dass Sie bestimmte Debatten anders führen müssen!*“

Zusammenfassung:

Die „Sprachliche Kodierung“ ist mit 2,86 Prozent niedrig. Die Schlüsselworte kommen aus dem Sozialbereich.

Bei den „Wir-Gruppen“ tritt die „Wir-Parlamentarier-Gruppe“ deutlich hervor. Die Gruppe der eigenen Partei kommt nicht wirklich zur Geltung.

Bei der Argumentationslinie kommen verstärkt „Beispiele aus der Vergangenheit“ vor; es folgen „Motivation“ und „Zukunft“.

Abgeordneter Heinz-Christian Strache (FPÖ) – 8 Minuten

Dies ist der zweite Redebeitrag von dem Klubobmann der FPÖ Heinz-Christian Strache. Er widmet sich wieder dem Regierungsübereinkommen und verstärkt auch der Frage des Vertrauensbruchs der Sozialdemokratie in der Sozialpolitik. Dieser Auftritt fällt in den zeitlichen Rahmen der letzten halben Stunde der Fernsehübertragung.

Anbei die detaillierte Analyse:

Die sprachliche Kodierung

Tabelle 6.85

Sprachliche Kodierung	Ausgewählte verwendete Schlüsselworte:	Gesamtwortanzahl:
	<ul style="list-style-type: none"> - Vertrauensbruch der Sozialdemokratie in der Sozialpolitik - Verrat der SPÖ an ihrer Wählerschaft - soziales Gewissen der Sozialdemokratie - Verrat an den Pensionisten - fehlende sozialpolitische Verantwortung - Machtbesessenheit - Amtbesessenheit - sozialpolitische Vertrauensbrüche 	79

	<ul style="list-style-type: none"> - Eurofighter - Legalisierung von illegalen Pflegekräften - Lohndumping - arbeitsloses Grundeinkommen - soziale Hilfe und Unterstützung - einen gerechten Verteilungsschlüssel - Studiengebühren - Regierungskapriolen 	
--	---	--

Nur 5,29 Prozent an „sprachlicher Kodierung“ beinhaltet die zweite Rede von dem Klubobmann der Freiheitlichen Strache. Die Schlüsselworte sind einprägsam und verstärkt dem politischen Gegner SPÖ gewidmet: „*Verrat*“, „*Fehlende sozialpolitische Verantwortung*“, „*Sozialpolitische Vertrauensbrüche*“.

Dies ist die erste Rede eines Abgeordneten der FPÖ, die nicht vorrangig die eigenen Inhalte präsentiert, sondern nur auf Wortbildungen setzt, die dem „*Verrat der Sozialdemokraten an ihrer Wählerschaft*“ gewidmet sind.

Konstruktion von Wir-Gruppen

Tabelle 6.86

Konstruieren der Wir-Gruppe	Unterschiedliche Gruppen:	Wortanzahl:
	Ich	10
	Wir Freiheitliche	3
	Wir Parlamentarier	7
	BZÖ, Orange, Haider, Westenthaler	3
	Sozialdemokratie, Bundeskanzler Gusenbauer	7
	Menschen, junge Leute, Lehrlinge, Pensionisten, Frauen, Mütter, Studenten, Pfleger	13

Im Rahmen seiner achtminütigen Rede konstruiert Strache mehrere Gruppen und zum ersten Mal ist es nicht das Ziel die FPÖ verstärkt den anderen Parteien gegenüber zu stellen. Strache will der Sozialdemokratie, der neuen Regierung bzw. dem neuen Bundeskanzler, die keine guten Inhalte und Maßnahmen im Programm hätten, den Menschen in Österreich, die wegen diesen schlechten Maßnahmen leiden würden, gegenüberstellen.

Am stärksten wird die Sozialdemokratie angegriffen: „*Zum sozialen Gewissen der Sozialdemokratie: Es hat in vielen Bereichen einen Vertrauensbruch gegenüber den Wählern gegeben (...) Sie haben mitgespielt bei diesem Verrat an den Pensionisten (...) denn es ist sozialpolitisch nicht verantwortlich.*“

Aber auch der neue Bundeskanzler wird in dieser letzten halben Stunde der Fernsehübertragung auf ORF 2 heftig kritisiert: „*Machtbesessenheit kann man Dr. Gusenbauer nicht vorwerfen, denn Macht hat er heute als Kanzler keine. Wenn, dann ist es Amtsbesessenheit, wobei ihm offensichtlich der Schein wichtiger als das Sein ist. In diesem Zusammenhang kann man vielleicht auch Karl Marx bemühen: bei Bundeskanzler Gusenbauer bestimmt offensichtlich der Schein das Bewusstsein.*“

Der bildhaften Sprache ist der FPÖ-Redner treu geblieben. Am Ende seines Beitrages meint er zusammenfassend: „*Das ist ein Schlag ins Gesicht für fleißige Menschen, die arbeiten!*“. Damit bildet er noch einmal zwei Fronten: die Regierung und die Österreicher.

Argumentationslinie – die Kategorien der Vergangenheit, der Motivation und der Zukunft

Tabelle 6.87

Argumentations schema	Kurze Paraphrase der Inhalte bzw. Zitate aus der Rede von Heinz-Christian Strache (FPÖ)	Gesamtwort anzahl
Motivation	„Die Frage des Vertrauensbruchs der Sozialdemokratie in der Sozialpolitik ist sicherlich berechtigt.“	12
Beispiele aus der Vergangenheit	Die Orangen sind traurig, weil sie „alle Begünstigungen verloren haben: Blaulichter auf den Dienstwagen sind nicht mehr vorhanden. Die Autobahnvignette ist weg.“ SPÖ hat ihre Wählerschaft verraten.	114
Motivation	Wegen des Verrates gegenüber ihrer Wählerschaft haben die Orangen und die SPÖ „die Rechnung dafür präsentiert bekommen!“.	31
Beispiele aus der Vergangenheit	SPÖ hat in vielen Bereichen einen Vertrauensbruch gegenüber den Wählern ausgeübt. Es wurde „x-fach die Pensionistenfrage besprochen“.	128
Motivation	„Es ist sozialpolitisch nicht verantwortlich, die Pensionisten unter der Inflationsrate sozusagen abzufertigen und sich dann zu wundern, wenn es zu einer schleichenden Verarmung kommt!“	30
Darstellung der möglichen Folgen bzw. der Zukunft	Die Lebenshaltungskosten steigen permanent und gerade jene Menschen, die ein Leben lang etwas geleistet haben, können sich immer weniger leisten und bekommen Probleme damit, den Strom, das Gas und die Miete zu bezahlen.	50
Beispiele aus der Vergangenheit	„Mindestpensionistinnen sind mir im Wahlkampf entgegengekommen, Frauen und Mütter, die zwei, drei oder vier Kinder großgezogen haben und sogar 36, 37 bis 38 Jahre Sozialversicherungsbeiträge geleistet haben, dann aber mit 450 Euro Pension sozusagen abgefertigt wurden.“	79
Motivation	„Machtbesessenheit kann man Dr. Gusenbauer nicht vorwerfen, denn Macht hat er heute als Kanzler keine. Wenn, dann ist es Amtsbesessenheit, wobei ihm offensichtlich der Schein wichtiger als das Sein ist.“ Der Redner listete die sozialpolitischen Vertrauensbrüche auf und	138

	meint, dass nirgendwo im Programm Armutsbekämpfung stattfindet.	
Beispiele aus der Vergangenheit	Viel „unsinnige Bestimmungen“ gibt es. Die Unternehmer sind immer weniger bereit mehr Lehrlinge aufzunehmen und die neue Regierung lockert den Kündigungsschutz.	116
Darstellung der Zukunft	Es werden viele Belastungen kommen, für die Eurofighter wird bezahlt.	84
Beispiele aus der Vergangenheit	Im Pflegebereich haben die Regierungsparteien mit der Idee gespielt die illegalen Pflegekräfte zu legalisieren.	189
Motivation	Strache ist für eine Grundsicherung nur dann „wenn man von den Menschen für diese Grundsicherung auch eine Gemeinschaftsleistung erwartet und erwarten kann. Dafür bin ich, nicht aber für ein arbeitsloses Grundeinkommen. Da liegt der Unterschied zwischen unserer Fraktion und Ihrer!“.	47
Darstellung der möglichen Folgen bzw. der Zukunft	„Rechnen Sie es sich einmal aus, wenn man von einem Mindestlohn von 1 000 Euro ausgeht, was das netto bedeutet! Das ist nicht viel mehr als diese Grundsicherung, die Sie als arbeitsloses Grundeinkommen planen! Wozu soll dann eine Halbtagskraft heute noch arbeiten gehen?“	169
Motivation mit Beispielen aus der Gegenwart	Bezüglich der Studiengebühren, die auch eine soziale Frage sind, meint Strache: „Qualität ist nicht gesichert, kassiert wird aber.“ Und untermauert mit Beispielen, wie: „Es gibt Fälle an österreichischen Universitäten, wo man zwölf bis 18 Monate auf eine Prüfungsbeurteilung warten muss.“	228
Darstellung der möglichen Folgen bzw. der Zukunft	Die SPÖ wird den Menschen erklären müssen, „warum Sie in all diesen Bereichen letztlich umgefallen sind, warum Sie nicht den Mut gehabt haben, etwas zu ändern“.	45

Ziemlich ausgewogen sind die Kategorien „Vergangenheit“ (sechs Mal vorgekommen), „Motivation“ (fünf Mal vorgekommen) und „Zukunft“ (vier Mal vorgekommen) in der Argumentationslinie von Heinz-Christian Strache.

Bewegte, emotionalisierte Beispiele aus der näheren Vergangenheit, das Herz der Zuhörerinnen und Zuhörer berühren sollen: „*Mindestpensionisten sind mir im Wahlkampf entgegengekommen, Frauen und Mütter, die zwei, drei oder vier Kinder großgezogen haben und sogar 36, 37 bis 38 Jahre Sozialversicherungsbeiträge geleistet haben, dann aber mit 450 Euro Pension sozusagen abgefertigt wurden.*“

Und düstere Aussichten werden für die Zukunft eines von den Sozialdemokraten regierten Österreich gegeben: „*All die Belastungen, die kommen werden (...) 3 Milliarden Euro an Einsparungsmaßnahmen finden sich im Regierungsprogramm; das ist nachzuweisen. Und das werden keine Einsparungen sein, sondern das werden weitere Belastungen sein, die auf die Menschen zukommen werden.*“

„Attraktivmacher“ wie „*Regierungskapriolen*“ oder die „*Amtbesessenheit*“ des neuen Bundeskanzlers Gusenbauer sind nachweisbar. Ob sich diese auch in der Medienberichterstattung wiederfinden werden, wird in dem Kapitel 8 ermittelt.

Zusammenfassung:

Die „Sprachliche Kodierung“ beträgt 5,29 Prozent und besteht vor allem aus Schlüsselworten für eine Kritik an der neuen Regierung.

Bei den „Wir-Gruppen“ werden die Menschen in Österreich der neuen Regierung gegenübergestellt, die eigene „Wir-Freiheitliche-Gruppe“ steht zum ersten Mal nicht im Vordergrund.

Die Argumentationslinie ist ziemlich ausgewogen zwischen „Beispielen aus der Vergangenheit“, „Motivation“ und „Darstellung der möglichen Folgen“.

Bundeskanzler Dr. Alfred Gusenbauer (SPÖ) – 8 Minuten

Das Grundthema des zweiten Redebeitrages vom Bundeskanzler Gusenbauer ist wieder das Regierungsübereinkommen und weiters die geplante Sozialpolitik.

Anbei die detaillierte Analyse des Redebeitrags:

Die sprachliche Kodierung

Tabelle 6.88

Sprachliche Kodierung	Ausgewählte verwendete Schlüsselworte:	Gesamtwortanzahl: 74
	<ul style="list-style-type: none">- Erhöhung der Mindestpension- Pension unterhalb der Armutsgrenze- Kaufkraftverlust der Pensionisten- die Pensionserhöhung- Sozialpolitik- schlechende Verarmung der Pensionisten- soziale Fairness für die Pensionistinnen und Pensionisten in unserem Land- bedarfsorientierte Mindestsicherung- Ausbildungsgarantie bis zum 18. Lebensjahr- Armut und Chancenlosigkeit in Österreich bekämpfen	

Mit einem Anteil von 7,79 Prozent an „sprachlicher Kodierung“ widmet sich der Bundeskanzler Gusenbauer in seiner zweiten Rede verstärkt den sozialen Themen, um in den letzten Minuten der ORF-Übertragung die Zielgruppen der Sozialdemokratie vor den Fernsehgeräten zu erreichen.

Das soziale Ressort ist das Ressort, das am meisten während der Debatte kritisiert worden ist, und gleichzeitig ist es das Ressort, mit dem die meisten Botschaften der Sozialdemokratie („soziale Fairness im Land“) kommen.

Viele Schlüsselworte betreffen die Anliegen der Pensionisten, eine starke SPÖ-Wählergruppe und wurden von Gusenbauer im Rahmen seiner zweiten Rede verstärkt angesprochen.

Konstruktion von Wir-Gruppen

Tabelle 6.89

Konstruieren der Wir-Gruppe	Unterschiedliche Gruppen:	Wortanzahl:
	Ich, Bundeskanzler	14
	Wir als Regierung	5
	PensionistInnen, ältere Frauen	11
	Jugend, Jugendliche	4
	Heinz-Christian Strache	3
	Peter Westenthaler	2

Bei der Konstruktion der „Wir-Gruppen“ achtet der Bundeskanzler darauf, drei Hauptgruppen glaubhaft darzustellen: erstens die Bundesregierung (fünf Mal wiederholt) und sich selbst („Ich“ und „Bundeskanzler“ kommen 14 Mal vor); zweitens die Pensionisten, die einen großen Teil der sozialdemokratischen Wähler ausmachen. Gerade für die letzteren will er glaubwürdig machen, welche guten Maßnahmen sich die neue Regierung für sie ausgedacht habe. Zu dieser zweiten Gruppe gehören auch die jungen Menschen Österreichs, für die ebenfalls zukunftssichernde Maßnahmen im Regierungsprogramm festgehalten sind.

Die dritte Gruppe, die Gusenbauer konstruiert, ist jene der Kritiker der neuen Regierung – Strache und Westenthaler. An sie richtet der Bundeskanzler ein „Integrationsangebot“ und lädt Heinz-Christian Strache ein, das Regierungsabkommen zu unterschreiben. Gusenbauer versucht somit mit diesem Angebot die Gruppe der Kritiker aufzulösen. In diesem Fall kommt wieder die Konsensorientiertheit, die schon in der ersten Rede Gusenbauers sichtbar war, zum Vorschein.

Argumentationslinie – die Kategorien der Vergangenheit, der Motivation und der Zukunft

Tabelle 6.90

Argumentations schema	Kurze Paraphrase der Inhalte bzw. Zitate aus der Rede von Dr. Alfred Gusenbauer (SPÖ)	Gesamtwort anzahl
Beispiele aus der Vergangenheit	Der Redner hat gedacht, dass jetzt der Informationsstand bei Herrn Klubobmann Strache und beim Herrn Klubobmann Westenthaler etwas angestiegen sei.	52
Motivation	Die Erhöhung der Mindestpension ist kein „sozialer Skandal“. In Österreich wird kein Pensionist und keine Pensionistin mehr eine Pension unterhalb der Armutsgrenze haben. Gusenbauer glaubt, dass das ein wesentlicher sozialpolitischer Fortschritt ist.	
Beispiele aus der Vergangenheit	„Es gibt damit nur drei Länder in der gesamten Europäischen Union, wo kein Pensionist und keine Pensionistin unter der Armutsgrenze leben.“	43
Motivation	„Sie haben Recht, dass es in den letzten Jahren einen Kaufkraftverlust der Pensionisten gegeben hat, aber wir stellen fest, dass die Pensionserhöhung, die jetzt stattgefunden hat, für alle Pensionistinnen und Pensionisten eine Abgeltung der Teuerungsrate bedeutet und der Unterschied zu dem Pensionistenpreisindex sozial, gerecht und fair auf die unterschiedlichen Einkommensgruppen verteilt wurde. Das heißt, ein jeder kriegt zumindest die Teuerungsrate abgegolten...“	121
Darstellung der Zukunft	Es wird zu keiner „schleichenden Verarmung der Pensionisten“ kommen.	167
Beispiele aus der Vergangenheit	„Ich habe viele ältere Frauen getroffen, die keine 1 000 Euro verdienen, die aber über 100 Euro pro Monat an Selbstbehalt für Rezepte ausgeben müssen, und die ersparen sich mit dieser Regelung über 80 Euro...“	68
Darstellung der möglichen Folgen bzw. der Zukunft	„...würde ich Sie einladen: Unterschreiben Sie das Regierungsübereinkommen, denn genau dort ist eine bedarfsorientierte Mindestsicherung festgehalten, die dann zur Anwendung kommt, wenn der oder die Betroffene die Bereitschaft zur Arbeit, zur Ausbildung oder zu einer gemeinnützigen Tätigkeit hat! Das heißt, Herr Strache: Regierungsprogramm nachlesen, Einkehr halten und Regierungsprogramm unterschreiben.“	138
Motivation	Die Jugend wird nicht verarmen: „Entweder ist ein Jugendlicher in einer Schule, oder er ist in einer Lehre, oder er ist in einer anderen Bildungsmaßnahme, sei es in einer Lehrwerkstatt oder einer sonstigen Maßnahme. Damit ist nämlich gewährleistet, dass niemand auf der Straße steht, dass (...) jeder Jugendliche in unserem Land eine Ausbildungsperspektive hat. Das ist die beste Methode, um die Armut und die Chancenlosigkeit in Österreich zu bekämpfen!“	75
Darstellung der möglichen Folgen	„Ich sage erneut: Wenn Ihnen das ein Anliegen ist, unterschreiben Sie das Regierungsprogramm! Es würde uns große Freude machen.“	19
Beispiele aus der Vergangenheit	Da es in der Debatte über Zuständigkeiten in der neuen Regierung Fragen gegeben hat, weist Gusenbauer die Abgeordneten darauf hin, dass er dafür der richtige Ansprechpartner ist.	112
Darstellung der möglichen Folgen	„Das heißt, wenn Sie an der Entwicklung des ländlichen Raumes interessiert sind, an der österreichischen Raumordnungskonferenz teilnehmen und bei der Regionalförderung mitreden wollen, dann wenden Sie sich vertrauensvoll an die Frau Staatssekretärin Silhavy, sie wird Sie gerne empfangen.“	37

Der Bundeskanzler ist in seiner zweiten Rede bemüht, die Folgen, die das Regierungsprogramm in der Zukunft haben wird, ausgesprochen positiv zu präsentieren und darüber hinaus zu betonen, dass „*Sozialpolitik in dieser Regierung wieder im Vordergrund steht. Das halten wir für wichtig.*“

Es erfolgt zuerst die Abgrenzung von den Klubobmännern der FPÖ und des BZÖ, Strache und Westenthaler: „*Da muss ich Ihnen sagen: Es tut mir leid, da versuchen Sie einen großen Teil der Bevölkerung in unserem Land zu verunsichern, was nicht gerechtfertigt ist...*“

Und in einem zweiten Schritt als Konsens suchender Bundeskanzler aller Österreicher kommt die Einladung an Herrn Strache: „*Regierungsprogramm nachlesen, Einkehr halten und Regierungsprogramm unterschreiben! Wir freuen uns sehr über Ihre Unterstützung unserer guten Vorschläge!*“

Für die positive Darstellung des Regierungsprogramms greift Gusenbauer auch auf „Beispiele aus der Vergangenheit“ bzw. „Gegenwart“ zurück: „*Es gibt nur drei Länder in der gesamten Europäischen Union, wo kein Pensionist oder keine Pensionistin unter der Armutsgrenze leben. Darauf sollen wir stolz sein und das nicht zur Verunsicherung der Menschen in unserem Land gebrauchen!*“

Zusammenfassung:

Die „sprachliche Kodierung“ beträgt 7,79 Prozent des Gesamtwortlautes. Behandelt wurden vor allem soziale Themen, die die SPÖ bei deren WählerInnen erkennbar machen sollen.

Bei den „Wir-Gruppen“ sind auf der einen Seite die Gruppen „Ich-Bundeskanzler“ und „Wir-die-neue-Regierung“, auf die anderen Seite die Gruppe der Kritiker der neuen Regierung wie Heinz-Christian Strache und Peter Westenthaler unterscheidbar. Präsent ist auch die Gruppe der „Pensionisten“, die eine Hauptwählerzielgruppe der SPÖ ist.

Bei der Argumentationslinie besteht ein ausgewogenes Verhältnis zwischen den „Beispielen aus der Vergangenheit“, der „Darstellung der Zukunft“ und der „Motivation“.

Abgeordneter Sigisbert Dolinschek (BZÖ) – 10 Minuten

Das Grundthema des Redebeitrages des BZÖ-Abgeordneten Sigisbert Dolinschek ist das Regierungsprogramm. Dieses wurde drei Mal in der ganzen Rede erwähnt. Dolinschek hat typischen BZÖ-Themen wie Pensionsharmonisierung, bedarfsoorientierte Mindestsicherung und „Hacklerregelung“ seine Aufmerksamkeit geschenkt.

Anbei die detaillierte Analyse des Redebeitrags:

Die sprachliche Kodierung

Tabelle 6.91

Sprachliche Kodierung	Ausgewählte verwendete Schlüsselworte:	Gesamtwortanzahl:
	<ul style="list-style-type: none">- bedarfsoorientierte Mindestsicherung- Ausgleichszulage bei den Alleinstehenden- Erhöhung der sozialen Absicherung- soziale Fairness- Mindestlohn- Sozialpolitik- Umverteilungspolitik- Sozialstaat- Pension, Pensionsreform, Pensionsharmonisierung, Alterspension, Invaliditätspension- Hacklerregelung- Schwerarbeiterregelung- Kinderbetreuungsgeld bzw. Flexibilisierung des Kinderbetreuungsgeldes- Streichung der Zuverdienstgrenze- Pflege, Pflegebereich, Pflegegeld- Behindertenpolitik- Beschäftigungsoffensive- Konsumentenschutz.	40

Die Anzahl der verwendeten Schlüsselworte beträgt nur 2,5 Prozent des Gesamtwortlautes der Rede des Abgeordneten Dolinschek. Diese sind im Sozialbereich angesiedelt – einen Bereich, den seine Partei, das BZÖ, aktiv besetzt. Also ist trotz niedrigem Prozentsatz der „sprachlichen Kodierung“ Dolinschek als BZÖ-Mandatar für die Zuhörerinnen und Zuhörer erkennbar.

Konstruktion von Wir-Gruppen

Tabelle 6.92

Konstruieren der Wir-Gruppe	Unterschiedliche Gruppen:	Wortanzahl:
	Ich	19
	Wir BZÖ	9
	Wir als Opposition	-
	Wir als Österreicher	-
	Wir Parlamentarier	7
	Sozialdemokratische Fraktion	1
	Der Sozialminister	4
	Die Leute	6
	Die Anderen (allgemein)	2

Es gelingt dem Redner eine geschickte Gestaltung der „Wir-BZÖ-Gruppe“. Er bemüht sich, seine Partei von den anderen abzugrenzen. Neun Mal nennt er das BZÖ und sieben Mal besetzt er die „Wir-Gruppe“ mit „Wir-Parlamentarier“. Große Beachtung schenkt der Redner der eigenen Persönlichkeit – 19 Mal benutzt er das Personalpronomen „Ich“.

Argumentationslinie – die Kategorien der Vergangenheit, der Motivation und der Zukunft

Tabelle 6.93

Argumentations schema	Kurze Paraphrase der Inhalte bzw. Zitate aus der Rede von Sigisbert Dolinschek	Gesamtwort anzahl
Beispiele aus der Vergangenheit	Das BZÖ hat eine gewisse Vorbereitung für eine bedarfsoorientierte Mindestsicherung geleistet, als das BZÖ die Verantwortung im Hohen Haus und in der Bundesregierung gehabt hat.	201
Motivation	Dolinschek findet sehr gut, dass der Sozialminister gesagt hat, dass soziale Sicherheit nicht nur Verteilungssicherheit sei, sondern es spielen auch andere Komponenten mit.	30
Darstellung der möglichen Folgen	Es müssen Voraussetzungen geschaffen werden, die eine bedarfsoorientierte Mindestsicherung gesichert werden kann.	98
Darstellung der möglichen Folgen/Beispiele aus der Vergangenheit	Wenn es einen Mindestlohn von 1 000 Euro brutto gebe würden nach dem Abzug der Sozialversicherungsbeiträge 850 Euro bleiben. Der Sozialminister kommt aus dem Arbeitsmarktservice und sollte wissen, wenn ein Arbeitsloser vermittelt wird, und dieser für den Weg zu Arbeitsstätte höhere Fahrtkosten hat, man dafür auch Rahmenbedingungen schaffen muss, dass der Pendler auch die Fahrtkosten zu 100 Prozent zurückerhält.	120
Motivation	Das Regierungsprogramm ist im Prinzip eine Fortsetzung des Programms der letzten sieben Jahre.	69
Beispiele aus der Vergangenheit	Das BZÖ hat das Sozialsystem nachhaltig umgestellt, um es an die neuen Herausforderungen anzupassen.	63
Motivation	Die Regierung bemüht sich um die Pensionsharmonisierung. Das BZÖ legte auch Wert auf eine Pensionsharmonisierung und bestand darauf, dass Länder und Gemeinden mit einbezogen werden. Hätte die SPÖ in der letzten Legislaturperiode bei der Pensionsharmonisierung mitgestimmt, wären die Länder und Gemeinden schon mit dabei gewesen.	67

Beispiele aus der Vergangenheit	Der Gewerkschaftler Haberzettl (SPÖ) sagte, dass die Hacklerregelung und die Schwerarbeiterregelung „ein großer Murks“ seien. Laut Dolinschek hat Haberzettl den Gewerkschaftsbund in die Pleite geführt.	52
Motivation	Dolinschek ist mit dem Vorschlag der neuen Regierung bezüglich der Hacklerregelung und der Schwerarbeiterregelung einverstanden, möchte auch, dass die Mortalitätsrate mit einbezogen wird.	11
Beispiele aus der Vergangenheit	Das BZÖ hat in verschiedenen Arbeitskreisen die Hacklerregelung und die Schwerarbeiterregelung erörtert. Diskutiert wurde auch über das Kinderbetreuungsgeld. Dieses wurde ebenfalls immer wieder verteufelt.	123
Motivation	Die Idee der neuen Regierung, das Kinderbetreuungsgeld zu flexibilisieren hat Dolinschek immer unterstützt.	68
Darstellung der möglichen Folgen bzw. Zukunft	Man muss ein System schaffen, um die Männer zu motivieren, stärker in die Väterkarenz zu gehen. Das kann die neue Regierung nur mit der Streichung der Zuverdienstgrenze machen. Das war immer ein Thema des BZÖ.	93
Darstellung der Zukunft	Der Sozialminister soll sich dem Pflegebereich in die Zukunft besonders widmen, weil es einen steigenden Bedarf gibt.	96
Motivation	Dolinschek ist „sehr traurig“, weil es beim Pflegegeld keine Valorisierung geben soll.	19
Beispiele aus der Vergangenheit	Das BZÖ hat schon zwei Mal das Pflegegeld erhöht – im Jahr 1995 und im Jahr 2005.	63
Darstellung der möglichen Folgen bzw. Zukunft	Dolinschek ersucht, dass die Beschäftigungsoffensive der vorigen Bundesregierung, die für Menschen mit Behinderung eingeführt worden ist, fortgeführt werden möge. In der Zukunft soll auch die Behinderten-Milliarde weiter fortgeführt werden.	76

Auch dieser Redner des BZÖ konzentrierte sich verstärkt auf die „Vergangenheit“. Er ist schließlich Stellvertreter einer Partei, die seit dem Jahr 2000 ein Regierungsmitglied war. Weniger überraschend ist, dass Dolinschek seinen Redebeitrag auch mit positiven Beispielen aus den vergangenen Jahren begonnen hat. Das Sozialministerium war in der Hand einer BZÖ-Politikerin, Frau Ursula Haubner. Themen wie Kinderbetreuungsgeld, Hacklerregelung und Pensionsharmonisierung lassen einerseits für die Wähler das BZÖ klar erkennen und dienen andererseits dem BZÖ dazu, sich von den anderen vier Parlamentsparteien abzugrenzen.

Überraschend viele positive Worte für das neue Regierungsprogramm findet der Redner in seinen Begründungen: er sei mit der Flexibilisierung des Kinderbetreuungsgeldes, mit der Hacklerregelung und der Schwerarbeiterregelung einverstanden, denn diese Position stimme auch mit den Inhalten des BZÖ überein. Andererseits ist der Redner „*traurig*“, weil das Pflegegeld nicht valorisiert wird.

Meldungen, die die Zukunft betreffen, werden optimal vom Redner dazubenutzt, um Empfehlungen, die den Stempel des BZÖ tragen, abzugeben: die von der ÖVP-BZÖ-Regierung gestartete Beschäftigungsoffensive für Menschen mit Behinderung solle fortgeführt werden.

Die Dolinschek-Rede bleibt sachlich, ohne Emotion. Der Zuhörer ist am Ende gut darüber unterrichtet, wer der Redner ist, welche seine Partei ist, für welche Inhalte diese Partei im Bereich der Sozialpolitik steht und was das BZÖ in dem jeweiligen Themenbereich schon geleistet hat.

Zusammenfassung:

Die „sprachliche Kodierung“ beträgt 2,5 Prozent. Die Schlüsselworte vor allem aus dem Sozialbereich machen das BZÖ erkennbar.

Bei den „Wir-Gruppen“ kommt die „Wir-das-BZÖ-Gruppe“ gut zur Geltung.

Bei der Argumentationslinie treten „Beispiele aus der Vergangenheit“ verstärkt auf.

6.2 Zusammenfassung

Im Anschluss der durchgeführten empirischen Untersuchungen wird eine kurze Zusammenfassung angeboten und die zu beobachtenden Tendenzen eines geregelten Streits im Parlament aufgelistet. Die detaillierte Analyse der Ergebnisse erfolgt in dem Kapitel 7.

Die Hypothese

Was macht eine Parlamentsrede aus?

Um diese Frage zu beantworten, wurde im Kapitel 3 anhand vorhandener wissenschaftlicher Ansätze eine Hypothese vorgestellt. Diese beinhaltete folgende sechs Punkte für eine geglückte politische Rede bzw. Argumentation:

1. ein Grundthema;
2. die sprachliche Kodierung dieses Themas;
3. die Motivation und die Begründung dieses Themas;
4. die Definition der Wir-Gruppe;
5. Beispiele aus der Vergangenheit;
6. die Darstellung der möglichen Folgen.

Im Zusammenhang mit der durchgeführten Untersuchung lässt sich Folgendes feststellen: Alle Redebeiträge beinhalten diese sechs Schritte – unabhängig davon, ob diese Redebeiträge eine Stunde oder fünf Minuten dauerten. Die Zerlegung einer Rede in diese sechs Schritte ist nur bedingt möglich, da diese ineinander verschmelzen. So sind bei kleineren Reden die Kategorien der Argumentationslinie - „Beispiele aus der Vergangenheit“, „Motivation“ und „Darstellung der möglichen Folgen“ - oft in einem einzigen Satz zu finden.

Für alle 31 Redner stellte das Regierungsübereinkommen das „Grundthema“ dar. Darüber hinaus hat aber jeder Bundesminister der Regierung Gusenbauer und jeder Abgeordnete Bezug auf sein Ressort innerhalb der Regierung bzw. seine parteiinterne Zuständigkeit genommen. Die sprachliche Kodierung erfolgte durch bestimmte Inhalte, Statements und spezifische Wortbildungen, die die Partei des Redners für die Zuhörerinnen und Zuhörer identifizierbar machten.

Weiters war der Einsatz von Zitaten jeglicher Autoritäten interessant zu beobachten: die FPÖ, das BZÖ und die Grünen haben SPÖ-Größen wie Bruno Kreisky und Hannes Androsch zitiert, um die Sozialdemokraten zu kritisieren. Oft wurden auch Zitate aus verschiedenen Medien benutzt, vor allem dann, wenn es galt, Aussagen des Gegners zu widerlegen.

Die „Wir-Gruppe“

Fast jeder Abgeordnete war bemüht die „Wir-Gruppe“ der eigenen Partei möglichst einprägsamer zu zeichnen. Einzelne Personen, wie die Außenministerin Ursula Plassnik, haben sich mehr auf das eigene „Ich“ konzentriert. Plassnik schilderte aber ihre Tätigkeit als Teil der ÖVP-Regierung.

Der erste Redner am 16. Januar 2007 war der Bundeskanzler Alfred Gusenbauer. Er stellte sich als eine Konsensfigur dar, indem er sich auf das Personalpronomen „Wir“ konzentrierte, um damit die Einigkeit der neuen Regierung auszudrücken. Dies war nachteilig für seine eigene Profilierung als erfahrener Politiker und SPÖ Parteivorsitzender. Gusenbauers-„Ich“-Statements kamen am deutlichsten bei der Präsentation seiner Idee, „Nachhilfestunden“ leisten zu wollen, zum Ausdruck und haben ihn so eine „falsche Rolle“ besetzen lassen: anstatt nur als Bundeskanzler wurde er auch als „Nachhilfelehrer“ wahrgenommen.

Weiters traten die Regierungsmitglieder als ein Team auf. In ihren Redebeiträgen wurden keine direkten Attacken gegen den Koalitionspartner beobachtet. Jeder Bundesminister behandelte sein Ressort im Kontext des Regierungsübereinkommens.

Die gegenseitigen Attacken von SPÖ und ÖVP begannen mit den Redebeiträgen der Klubobmänner der Koalitionsparteien: Wolfgang Schüssel und Josef Cap. Dies kann im Nachhinein als ein Anzeichen für eine mögliche Kurzlebigkeit der Regierung Gusenbauer gedeutet werden.

Darüber hinaus hat jeder Abgeordnete im Zusammenhang mit seinen eigenen Kompetenzen die entsprechenden Ressorts aus dem Regierungsprogramm behandelt. Es wurden auch „Konkurrenzpaare“ gebildet, z. B. dann wenn zwei Politiker Experten in selben Ressort sind, wie Außenministerin Plassnik (ÖVP) und Caspar Einem (SPÖ).

Während der ORF Live-Übertragung gelang es dem BZÖ, sich länger als vorgesehen in Szene zu setzen. Dies war dank mehrerer Entschließungsanträge möglich, die die kleinste der Parlamentsparteien eingereicht hat. Darüber hinaus hat das BZÖ über 40 Fragen an Sozialminister Erwin Buchinger im Rahmen einer weiteren dringlichen Anfrage gestellt. Diese wurden auch im Rahmen der Live-Übertragung beantwortet.

Der Klubobmann der FPÖ nutze in der letzten Stunde der Live-Übertragung die Gelegenheit ein zweites Mal ins Rampenlicht zu treten. Das Gleiche tat auch der Bundeskanzler Alfred Gusenbauer am 16. Jänner 2007 kurz vor 17 Uhr.

Die Tendenzen

- Die Sprache

Die Regierungsangelobungsdebatte wurde anhand des stenographischen Protokolls, das von der Parlamentsdirektion öffentlich zur Verfügung gestellt wird, analysiert. Es wurde angenommen, dass dieses Protokoll ziemlich genau die Redebeiträge der Politiker wiedergegeben hat. In diesem Zusammenhang ließen sich Tendenzen der Gegenwartssprache und Alltagssprache feststellen z. B. eine Abgeordnete das Budget als „*nicht rosiges Budget*“ bezeichnet.

„Attraktivmacher“ wurden von den Politikern selbst - für die Zuschauer und für die Medien – vorgegeben. Auch haben sich manche Redner sehr darum bemüht, ihre

Sprache zu visualisieren, wie Vizekanzler und Finanzminister Molterer, der wortgewaltig versicherte: sein Doppelbudget würde den „*Elch-Test*“ bestehen. Oder der Klubobmann der Grünen Van der Bellen, der im Laufe der Debatte mehrmals „*Geburtshelfer der Regierung*“ genannt wurde.

Das einzige sexistische Statement kam von Ewald Stadler (FPÖ) und richtete sich gegen Bundesministerin Plassnik. Diese bezeichnete er abwertend als „*Donauweiberl*“.

Als Markenzeichen der Freiheitlichen bzw. deren Klubobmann Heinz-Christian Strache können sich reimende Phrasen genannt werden, wie „*Kanzler mit Titel ohne Mittel*“. Strache trug in seinen Reden bildhafte Wortbildungen bzw. Metaphern refrainartig vor.

- Fragen der Opposition

Der in diesem Kapitel beobachtete Argumentationsaustausch weist seine Zielsetzung nicht in der Beseitigung strittiger Thesen auf, sondern es ging in dieser Debatte vorrangig darum, die eigene Position darzustellen. Auf strittige Fragen der Opposition, die sicherlich auch für das Fernsehpublikum von Interesse gewesen wären wurde zumeist nicht eingegangen. Ein Beispiel: Eva Glawischnig von den Grünen hat die Regierungsparteien darauf aufmerksam gemacht, dass das Vorhaben „*die Erwerbsquote der Frau auf 65 Prozent zu erhöhen*“. Keine lobende Anerkennung verdiene, denn der gegenwärtige Stand liege schon bei 64,7 Prozent.

Einige Stunden später wiederholte eine zweite Rednerin von den Grünen diese Kritik eine Frauenquotenerhöhung von 0,3 Prozent auf 4 Jahre gesehen sei nicht „*gerade ambitioniert*“.

Kein einziger Redner von der SPÖ oder der ÖVP schenkte dieser kritischen Bemerkung Aufmerksamkeit, eine SPÖ-Abgeordnete lobte später sogar die im Regierungsprogramm festgeschriebenen Frauenquotenerhöhung. Nur die Ex-Gesundheitsministerin Maria Rauch-Kallat riss kurz das Thema „*Frauenquote*“ an, war dabei aber der Meinung, dass die Quote um 4 Prozent erhöht werde.

- Vorschlagen von Kriterien, an denen die neue Regierung zu messen sei

In seinen Redebeiträgen sprechen Bundeskanzler Gusenbauer und Vizekanzler Molterer Möglichkeiten für eine Überprüfung der Leistung der beiden Koalitionspartner an. Laut Gusenbauer muss darauf geachtet werden, „*wie man miteinander umgeht, wie offen*

man auch für Vorschläge und Initiativen der Opposition oder für Initiativen von außerhalb des Parlaments“ ist und darüber hinaus „die Chancen einer solchen Zusammenarbeit“ nützt.

Noch direkter spricht Molterer: „*Kontrollieren Sie uns! Messen Sie uns an den Ergebnissen. Wir gehen voller Zuversicht an die Arbeit heran.“ Er wünsche sich, dass „uns möglichst viele Menschen auf diesem Weg aktiv begleiten, mitarbeiten. Und ich appelliere (...) an die Jugend in diesem Land: Gestalten Sie diesen Weg aktiv mit, es ist ihre Zukunft die wir zu gestalten haben! (...) Treten Sie uns, wo es notwendig ist, durchaus auf die Ferse, wenn Sie meinen, es könnte manches schneller gehen! Wir sind dazu bereit, wir sind offen und erwarten Ihre positive Mitarbeit!“.*

Dieser empirischen Untersuchung der 31 Redebeiträge zusammenfassend ist feststellbar, dass unabhängig von ihrer Redezeit alle Redner bestimmte Elemente in ihren Redebeiträgen hatten (siehe die im Kapitel 3 vorgestellten Hypothese). Diese Elemente lauten: Grundthema, sprachliche Kodierung, Motivation, Definition der Wir-Gruppen, Beispiele aus der Vergangenheit und Darstellung der möglichen Folgen. Je kürzer die Rede war, desto schwerer gestaltete sich ihres Zerlegung in diese sechs Elemente.

Nach der detaillierten Analyse jeder einzelnen Rede in diesem Kapitel 6 werden im nächsten Kapitel 7 die Reden im Zusammenhang mit der Parteiangehörigkeit des Redners bzw. ob der Redner ein Regierungsmitglied ist, oder ein Abgeordneter analysiert.

7. Vergleich der Redebeiträge

In dem vorigen Kapitel wurden die einzelnen Redebeiträge nach der im Kapitel 3 vorgestellten Hypothese „Was macht eine politische Rede aus?“ überprüft und am Ende einige beobachtete Tendenzen aufgelistet. In diesem Kapitel geht die Analyse ins Detail. Als Erstes werden die Redebeiträge nach der Parteiangehörigkeit der Redner analysiert und im Anschluss werden die typischen Merkmale der Redebeiträge jeder Fraktion aufgelistet.

In einem zweiten Schritt werden die 31 Redebeiträge nach dem Kriterium Mitglieder der neuen Bundesregierung bzw. Abgeordnete im Hohen Haus geordnet und analysiert.

Und als Drittes wird die Hypothese „Was macht eine Parlamentsrede aus?“ in Zusammenhang mit den dort aufgelisteten wissenschaftlichen Ansätzen und den Ergebnissen der Debattenanalyse überprüft.

7.1 Das geregelte Streitgespräch - SPÖ

Anbei ist eine tabellarische Übersicht der neun Redebeiträge der Redner, die der Sozialdemokratischen Partei Österreichs angehören. Die Reden sind nach drei Kriterien sortiert: der „sprachlichen Kodierung“, der „Konstruktion der Wir-Gruppen“, die beide auf der Wortebene stattfinden, und dem dritten Kriterium - der Argumentationslinie. Diese wiederum ist nach der auftretenden Häufigkeit der Kategorien „Motivation“, „Beispiele aus der Vergangenheit“ und „Darstellung der möglichen Folgen bzw. der Zukunft“ unterteilt und nicht nach der Gesamtwortanzahl der Kategorien.

Tabelle 7.1

Name des Regierungsmitglieds bzw. der/des Abgeordneten	Sprachliche Kodierung	Wir-Gruppen	Argumentationslinie nach aufgetretenen Kategorien
Bundeskanzler Dr. Alfred Gusenbauer	10,5 Prozent, vor allem Inhalte aus dem Regierungsprogramm	stärkste Gruppe: „Wir-die-Bundesregierung“, „Ich“ eher schwach vertreten	„Darstellung der Zukunft“ - „Motivation“ - „Beispiele aus der Vergangenheit“

Dr. Josef Klubobmann Cap, der SPÖ	4,7 Prozent, Inhalte der Sozialdemokratie	„Wir-Gruppen“ – sehr starker Akzent auf der Sozialdemokratischen Partei als Regierungsmitglied; die Persönlichkeit des Redners steht auch im Vordergrund.	Verstärkt treten „Beispiele aus der Vergangenheit“ auf; es folgen „Motivation“ und „Darstellung der Zukunft“
Renate Csörgits	7,6 Prozent, vor allem sozialdemokratische Inhalte	die „Ich“-Profilierung ist stark wie auch die Gruppe der Menschen und der Sozialpartner, was mit der Gewerkschaftstätigkeit der Rednerin in Zusammenhang gebracht worden ist.	ausgewogenes Verhältnis zwischen „Vergangenheit“, „Motivation“ und „Zukunft“
Verteidigungsminister Mag. Norbert Darabos	9,5 Prozent, enger Zusammenhang mit dem Ressort des Bundesministers für Verteidigung	Gruppe des Bundesheeres, starke „Ich“-Präsenz, die „Wir-Gruppe-der-Regierung“ auch präsent	„Vergangenheit“ und „Zukunft“ sind im Gleichgewicht.
Dr. Caspar Einem	10,36 Prozent, Schlüsselworte im Bereich „Europapolitik“	Konstruktion der „Wir-Gruppe“ der Sozialdemokraten als Regierungspartei, starke „Ich“-Profilierung und Gegenüberstellung zu Ministerin Ursula Plassnik	„Motivation“ und „Vergangenheit“ dominieren.
Bundesminister Dr. Erwin Buchinger	14,9 Prozent, Schlüsselworte aus dem eigenen Ressort Soziales	die „Wir-Regierung-Gruppe“	„Motivation“ dominiert, folgen „Beispiele aus der Vergangenheit“ und die „Darstellung der Zukunft“
Mag. Kurt Gaßner	10, 55 Prozent, Schlüsselworte vorwiegend im Bereich Landwirtschaft	Gaßner stellt sich dem Landwirtschaftsminister Pröll gegenüber; präsent ist auch die Gruppe der „Bäuerinnen und Bauern“, erst dann kommt die eigene „Wir-Regierungspartei SPÖ Gruppe“	„Darstellung der Zukunft“ dominiert
Wilhelm Haberzettl	5,8 Prozent des Gesamtwortlautes, Konfrontationspotential mit dem Regierungspartner ÖVP wegen dem „katastrophalen Zustands“ der hinterlassenen Finanzen	die „Wir-Regierungspartei-SPÖ“ ist dem BZÖ gegenübergestellt	die „Motivation“ ist drei Mal erwähnt, gefolgt von „Zukunft“ und „Gegenwart“ – je zwei Mal
Bundeskanzler Dr. Alfred Gusenbauer	7,79 Prozent des Gesamtwortlautes,	einerseits die „Ich-Bundeskanzler“ und „Wir-die-neue-“	ausgewogenes Verhältnis zwischen „Beispiele aus der

	soziale Themen, die die SPÖ bei deren Wählerzielgruppen erkennbar machen	Regierung-Gruppe“, andererseits die Gruppe der Kritiker der neuen Regierung wie Heinz-Christian Strache und Peter Westenthaler; verstärkt präsent ist die Gruppe der „Pensionisten“	Vergangenheit“, „Darstellung der Zukunft“ und „Motivation“
--	--	---	--

Aus den oben angeführten Daten ist zu entnehmen, dass die SPÖ-Redner im Durchschnitt 9,07 Prozent „sprachliche Kodierung“ in ihren Beiträgen im Parlament benutzen. D. h. fast jedes zehnte Wort der Sozialdemokraten ist ein Schlüsselwort bzw. eine Wortkombination, die die parteiliche Zugehörigkeit zur SPÖ für die Zuhörinnen und Zuhörern sichtbar macht.

Da vier der Redner (Gusenbauer – 2 Redebeiträge, Darabos und Buchinger) der neuen Regierung angehören, haben sich diese vier das Regierungsteam zu einer „Wir-Gruppe“ konstruiert. Die restlichen fünf Redner bemühen sich, die „Wir-Gruppe“ der Sozialdemokratie verbal zu bilden, allerdings nur mit bedingtem Erfolg.

Eine quantitative Betrachtung der Argumentationskategorien in den Argumentationslinien zeigt, dass vier Mal die „Vergangenheit“ dominiert, drei Mal kommt die „Motivation“ an erster Stelle und zwei Mal widmen sich die Redner vorwiegend der „Zukunft“.

Anbei ist eine kurze Zusammenfassung der Reden der Sozialdemokraten:

Der Redebeitrag des Bundeskanzlers zeichnet sich als informativ, beinahe wertfrei, konsensorientiert und ohne Angriffe gegen andere politische Subjekte wie Parteien und Abgeordnete aus. Neben der ausführlichen Wiedergabe der Regierungsvorhaben fällt der Vorschlag des Bundeskanzlers, selbst Nachhilfestunden geben zu wollen auf. Bei der Verbalisierung dieses Vorschlages benutzt Gusenbauer verstärkt die „Ich“-Form.

Der zweite SPÖ-Redner ist der Klubobmann der Sozialdemokraten Josef Cap. Er beginnt seine Rede gleich mit einem Scherz: wenn er vor der Rede von Van der Bellen keinen Kaffe getrunken hätte, wäre er, Cap, eingeschlafen, da der Redebeitrag wahrlich

kein „*Inspirationsfeuerwerk*“ gewesen sei. Die Verwendung von Alltagssprache ist auch bei Cap festzustellen, wenn er vom „*alten Trott der großen Koalition*“ spricht.

Als Nicht-Regierungsmitglied startet Cap die ersten Angriffe gegen den Koalitionspartner: er verteilt Vorwürfe wegen der schlechten Finanzen und benennt die Schuldigen an der Nicht-Abschaffung der Studiengebühren. In seinem Redebeitrag zitiert Cap auch österreichische Medien, in denen Van der Bellen und Heinz-Christian Strache die Regierungsbildung unterstützen und nennt Van der Bellen „*Geburtshelfer*“ der Koalition.

Eine Verwendung von Alltagssprache ist auch bei der dritten SPÖ-Rednerin, Renate Csörgits, zu merken: sie meint beispielsweise, dass die Regierung eine „*gute Optik*“ habe und die Budgetsituation „*nicht gerade rosig*“ sei.

Auf strittige Fragen geht Csörgits nicht ein. Trotz der Bemerkung der ihr vorangehenden Rednerin bezüglich der Erwerbsquote der Frauen, die auf 65 Prozent erhöht werden soll, aber der aktuelle Stand schon bei 64,7 Prozent liege, wiederholt Csörgits „*die stärkere Bedeutung der Frauenpolitik*“ und „*klares Bekenntnis, dass die Zahl der erwerbstätigen Frauen erhöht werden soll*“.

Die Wahl von Norbert Darabos als Verteidigungsminister stand oft vor seinem Redebeitrag zur Debatte. Der Grund dafür ist, dass Darabos seinen Wehrdienst als Zivildiener geleistet hat und jetzt die Verteidigung des Landes zu sichern hat. Dies ist der Grund, dass Darabos am Anfang seiner Rede die „*verstärkte Aufmerksamkeit*“ erwähnt. Er geht nicht näher auf die Kritik seiner Person ein und nennt keine Gründe, warum er sich für den Ministerposten geeignet hält. Sein Hauptthema ist das Regierungsübereinkommen und weitere Inhalte aus dem eigenen Ressort, wie Sicherheit und Neutralität. Norbert Darabos schafft es, das „*Ich*“ stark in den Vordergrund zu stellen und meint, dass er sich Versuchen, „*politisches Kleingeld zu wechseln*“, nicht anschließen würde. Am Ende seiner Rede bespricht er ein strittiges Thema: die Eurofighter und kündigt „*eine Lösung für die Beschaffung der Eurofighters*“ an. Er sei bereit transparent und im Dialog mit allen Parteien zu arbeiten. Einen direkten Angriff gegen den Koalitionspartner ÖVP leistet nach Josef Cap auch Caspar Einem. Er spricht Außenministerin Ursula Plassnik bezüglich der Europapolitik an und meint, dass diese „*ausgesprochen europafeindlich*“ gewesen wäre, als die ÖVP bisher in die Regierung war. Jetzt hingegen sei eine europaorientierte Bundesregierung im Amt. Im Zusammenhang mit der Europapolitik wurde auch Wolfgang Schüssel

angesprochen: die SPÖ wisse, „welche Töne Sie mit zu verkaufen hatten“. Das ist eine Anspielung auf den einstigen Koalitionspartner der ÖVP, die FPÖ und später das BZÖ.

Der nächste Redner der SPÖ, Erwin Buchinger, geht - wie jeder Bundesminister - stark auf sein Ressort ein. Er wiederholt typische Inhalte der Sozialdemokratie: „soziale Sicherheit“, „Vertrauen in den Sozialstaat“, „Pflege und Altenbetreuung“. Buchinger präsentiert sich als Teil der Bundesregierung und zitiert nicht nur Gusenbauer, sondern auch Vizekanzler Molterer.

Seine These von einem „Sozialsystem als Produktivkraft“ untermauert er mit einer Studie des Wirtschaftsforschungsinstitutes (Wifo).

Kurt Gaßner greift die Themen des vorherigen Redners, des Landwirtschaftsministers Josef Pröll, auf und setzt die zukünftige Zusammenarbeit so an: „Herr Bundesminister! Hier haben Sie bisher schon hervorragende Mitarbeiter gehabt, und auch in Zukunft setzen wir diese Arbeiten gemeinsam um.“

All diese Redner, die sich der eigenen Positionierung als Experten auf einem Gebiet verstärkt gewidmet haben, wurden in Kapitel 6 als „Konkurrenzpaare“ bezeichnet. Meistens bestehen diese „Konkurrenzpaare“ aus einem Abgeordneten und einem Bundesminister, sofern beide ihre Schwerpunkte im gleichen Ressort aufweisen aber einer anderen Partei angehören, wie in dem Fall Gaßner-Pröll.

Die Minister des BZÖ hätten „katastrophale finanzielle Verhältnisse“ hinterlassen: „Wenn man den Bereich Infrastruktur anschaut, kriegt man überhaupt das Augen- und Ohrensausen.“ Das meint zumindest der nächste SPÖ-Redner, der Gewerkschaftler Wilhelm Haberzettl. Somit ist noch ein „Schuldiger“ für die Budgetsituation gefunden - bis jetzt haben die SPÖ-Abgeordneten nur die ÖVP als Schuldigen genannt.

Der letzte Redner der SPÖ vor 17 Uhr ist wieder Bundeskanzler Gusenbauer. Er widmet sich dieses Mal nur dem sozialen Ressort, an das die meisten Vorwürfe eines „SPÖ-Verrats“ gerichtet wurden. Gusenbauer entgegnet den Kritikern: „Sozialpolitik steht in dieser Regierung wieder im Vordergrund. Das halten wir für wichtig.“ Weiters meint er zu Herrn Strache (FPÖ) und Herrn Westenthaler (BZÖ): „Da muss ich Ihnen sagen: Es tut mir leid, da versuchen Sie einen großen Teil der Bevölkerung in unserem Land zu verunsichern, was nicht gerechtfertigt ist.“

Mit Gegenwartsbeispielen entkräftet Gusenbauer deren Argumente: „Es gibt nur drei Länder in der gesamten Europäischen Union, wo kein Pensionist oder keine

Pensionistin unter der Armutsgrenze leben. Darauf sollen wir stolz sein und das nicht zur Verunsicherung der Menschen in unserem Land gebrauchen!“

Gusenbauer tritt auch für seinen SPÖ-Kollegen Buchinger ein: „*Ing. Westenthaler hat unzuständigerweise an den Sozialminister die Frage gestellt... Sie brauchen die Frage nicht an den Herrn Sozialminister zu stellen, Sie können sie an mich stellen. Ich bin ebenfalls gerne bereit, Ihnen die Frage zu beantworten...“*

Zusammenfassung: die Redebeiträge der SPÖ

- **Besonderheit – Nutzung von Argumenten, die als Lob für die Arbeit der ÖVP verstanden werden können:** Aussagen wie „*Österreich ist reich*“ sind in dieser Debatte nicht optimal mit der SPÖ vereinbar. Die Partei ist seit dem Jahr 2000 in Opposition und hat seitdem die ÖVP-Politik kritisiert. Als Koalitionspartner konnten die ÖVP-Politiker ihre bisherigen Verdienste loben, die SPÖ, als neuer Koalitionspartner der ÖVP, hat dies allerdings auch getan – eine Verwirrung für die Wählerinnen und Wähler der SPÖ.
- Die neun **Redebeiträge sind eher defensiv** aufgrund der oft von der Opposition angesprochenen nicht erfüllten Wahlversprechen, z. B. die Studiengebühren abzuschaffen, die Eurofighter abzubestellen. Verstärkte Aufmerksamkeiten bekommt die „*Vergangenheit*“.
- Alle Redner **loben das Hauptthema, das Regierungsprogramm. Unangenehme Themen werden wenig bis nicht angesprochen**, z. B. die Eurofighter.
- **Auf strittige Fragen wird nicht eingegangen**, z. B. auf die Bemerkung der Grünen bezüglich der Erwerbsquote der Frauen. Sie wird nicht kommentiert trotz, dass diese interessant für die Fernsehzuschauer sein könnte.

- **Zwei Bundesminister** der SPÖ - Norbert Darabos und Erwin Buchiger - kommen bis 17 Uhr zu Wort. Beide behandelten das Grundthema – das **Regierungsübereinkommen – im Zusammenhang mit dem eigenen Ressort**.

- Bestehender **Erklärungsbedarf**: als neuer Koalitionspartner der ÖVP bestätigen die SPÖ-Politiker Österreich ein gutes Pensionssystem, als bisherige Oppositionspartei haben sie das gleiche System jahrelang als „*Pensionsraub*“ bezeichnet. Keiner der SPÖ-Redner ging auf diese mehrmaligen Hinweise aus den Reihen der Opposition ein. So ein Widerspruch kann für die Zuhörerinnen und Zuhörer verwirrend klingen.

- **Die sprachliche SPÖ-Kodierung war unverwechselbar**: „*soziale Sicherheit*“, „*Vertrauen in den Sozialstaat*“, „*Pflege und Altenbetreuung*“, „*moderne Sozialpolitik*“ – fast jedes zweite Wort bzw. jede zweite Wortbildung der SPÖ-Redner ist „sprachlich kodiert“. Die „*Wir-Gruppe*“ wurde allerdings nicht ausreichend abgegrenzt. Einer der Gründe dafür: drei der SPÖ-Redner gehören der Regierung an, und bemühen sich daher die „*Wir-Gruppe*“ der Regierung zu stärken.

- SPÖ brachte einen **Hauch von Alltagssprache ins Hohe Haus** – Renate Csörgits nannte die budgetäre Situation „*nicht gerade rosig*“.

- „**Attraktivmacher**“ hat z. B. Josef Cap geliefert: „*Gott sei Dank habe ich einen Kaffee vor Ihrer Rede, Herr Van der Bellen, getrunken.*“

- **SPÖ untermauerte ihre Thesen mit Zitaten aus den Medien** (Josef Cap) bzw. **mit einer Studie des Wirtschaftsforschungsinstitutes**.

Zusammenfassend ist über die Redebeiträge der SPÖ-Politiker folgendes zu bemerken: als Schwachstelle des Sprachverhaltens der SPÖ Politiker können die Argumente erkannt werden, die als Lob für die Arbeit der ÖVP verstanden werden können. Die Redebeiträge waren eher defensiv und das Regierungsprogramm lobend, unangenehme

Themen wurden nicht angesprochen. Darüber hinaus war die sprachliche Kodierung der SPÖ Mitglieder unverwechselbar, bei manchen Reden wurden „Attraktivmacher“ festgestellt.

7.2 Das geregelte Streitgespräch – ÖVP

Anbei sind die sieben Redebeiträge von Parlamentariern der ÖVP, sortiert nach „sprachlicher Kodierung“, „Konstruktion von Wir-Gruppen“ und „Argumentationslinie“.

Tabelle 7.2

Name des Regierungsmitgliedes bzw. der/der Abgeordneten	Sprachliche Kodierung	Wir-Gruppen	Argumentationslinie
Dr. Wolfgang Schüssel, Klubobmann der ÖVP	7,7 Prozent, die Schlüsselworte stellen ÖVP-Inhalte dar	einerseits „Wir-als-ÖVP“ und andererseits „Wir-als-Regierungspartei“	Verstärkt wurden „Beispiele aus der Vergangenheit“ genutzt, gefolgt von der „Motivation“ und der „Darstellung der Zukunft“
Vizekanzler und Finanzminister Mag. Wilhelm Molterer	8,5 Prozent, Schlüsselworte zweigeteilt: die neue Regierung und das Finanzressort	Stark die Wir-Gruppe der Regierung; scharf auch das eigene Profil	Verstärkt tritt die „Darstellung der Zukunft“ auf, gefolgt von „Motivation“ und „Beispiele aus der Vergangenheit“
Fritz Neugebauer	11,64 Prozent, es werden Themen der ÖVP aufgelistet	die ÖVP als Regierungspartei; starke „Ich“-Präsenz; auch die Gruppe der Sozialpartner ist bemerkbar	vergangenheitsorientiert, an zweiter Stelle die „Darstellung der Zukunft“ und erst dann die „Motivation“
Außenministerin Dr. Ursula Plassnik	7,9 Prozent, ressortorientiert: die Außenpolitik und die EU	deutlich gezeichnet: „Wir-die-Regierung-Gruppe“	Die Rednerin widmete sich vermehrt der Zukunft.
Maria Rauch-Kallat	16,70 Prozent	Akzent auf der „Wir-Gruppe-der-Regierungen-Schlüssel-I-und-II“ und der Gruppe der ÖVP-Ministerinnen in der neuen Regierung	verstärktes Auftreten der Kategorie „Beispiele aus der Vergangenheit“
Bundesminister Dipl.-Ing. Josef Pröll	13,11 Prozent, Schlüsselworte aus dem eigenen Ressort Landwirtschaft und Umwelt	Zwei Gruppen wurden deutlich konstruiert: die Regierung und die Bäuerinnen und Bauern	von „Motivation“ und „Darstellung der Zukunft“ dominiert

Werner Amon, MBA	9,14 Prozent des Gesamtwortlautes	zwei „Wir-Gruppen“ – die ÖVP als Partei und „Wir-die-neue-Regierungspartei“	Es überwiegt die „Motivation“, dann die „Zukunft“, dann die „Vergangenheit“
-------------------------	-----------------------------------	---	---

Ein bisschen höher als die „sprachliche Kodierung“ der SPÖ ist diese der ÖVP – 10,64 Prozent. Es werden Schlüsselworte oder Wortkombinationen verwendet, die die Volkspartei bei den Wählerinnen und Wählern erkennbar machen.

Zwei der Redner (Plassnik und Pröll) gehören der neuen Bundesregierung an. Beide Bundesminister hätten schon Erfahrung als Minister gesammelt und widmeten sich verstärkt der „Wir-die-Regierung“ Gruppe. „Ich“-Nennungen haben auch nicht gefehlt. Den Rednern der ÖVP gelingt es allgemein besser die ÖVP als „Wir-Gruppe“ zu präsentieren und zwar in zweierlei Hinsicht: einerseits als „Wir-die-ÖVP“, um die gute bisherige Arbeit zu loben und andererseits als „Wir-die-ÖVP-als-Regierungspartei“, um die Zuhörerinnen und Zuhörer dafür zu sensibilisieren, dass die ÖVP ihre Wahlversprechen gehalten hätte und diese sich im Regierungsübereinkommen wiederfänden.

Was die Argumentationslinie betrifft widmen sich die ÖVP-Redner verstärkt der Vergangenheit. Ein Grund dafür ist die Tatsache, dass die Volkspartei seit 1999 eine Regierungspartei ist.

Anbei ist eine kurze Zusammenfassung der Redebeiträge der ÖVP:

Der erste Redner der ÖVP ist der Klubobmann Wolfgang Schüssel. Als scheidender Bundeskanzler beginnt er seine Rede mit der positiven Beurteilung der Vergangenheit. Er erteilt dem neuen Bundeskanzler Ratschläge und gibt Antworten auf Van der Bellen (Grüne) und Cap (SPÖ) bezüglich der Vorwürfe „Zweiklassenmedizin“ und die „Situation der Staatsfinanzen“. Mit seinem offensiven Stil grenzt Schüssel deutlich die „Wir-Gruppe“ der ÖVP aus und hebt die eigene Person hervor.

Zweiter Redner war der Vizekanzler und Finanzminister Wilhelm Molterer. Er stell an den Anfang seiner Rede das Motto: „*Gemeinsam arbeiten für Österreich!*“

Wie seine Regierungskollegen Buchinger und Darabos, widmet auch er sich verstärkt seinem Ressort. Weitere Themen sind Wirtschaft, Beschäftigung und Europa, die auch

zentrale Inhalte der ÖVP-Politik darstellen. Somit bleibt Vizekanzler Molterer für die Wählerinnen und Wähler der ÖVP erkennbar.

Er realisiert keinen direkten Angriff auf den Regierungspartner SPÖ. Im Gegenteil: in seiner Rolle als Parteivorsitzende der ÖVP präsentiert er sich als Mitglied der neuen Bundesregierung. Molterer gibt den Worten von Bundeskanzler Gusenbauer seine Zustimmung und lobt die Vergangenheit, die von der ÖVP als Regierungspartei stark geprägt wurde: „*höchste Beschäftigung*“, „*niedrigste Arbeitslosenzahlen*“, „*eines der besten Gesundheitssysteme der Welt*“.

Am Ende seines Redebeitrages ladet Molterer alle ein den Weg mitzustalten und versichert, dass die Regierung in der Budget- und Wirtschaftspolitik den „*Elch-Test*“ bestehen werde.

Der nächste Redner, Fritz Neugebauer, zitiert aus der Rede von Bundeskanzler Gusenbauer: Ja, Österreich sei ein reiches und sicheres Land. Dies tut er, um die eigene Position zu untermauern. Die neue Regierung baue auf dem ÖVP-Erfolgskurs der vergangenen Jahre auf.

Das „Ich“ ist in der Rede Neugebauers stark und vielfältig präsent: er als Gewerkschaftler, er als Verhandelnder bei der Regierungsbildung und er als Abgeordneter, der viele Personen auf der Regierungsbank persönlich kenne.

Neugebauer bewertet Gusenbauer positiv: dieser habe einen neuen Ton in die Verhandlungen gebracht.

Er ist der erste Redner des Tages, der auf ein symbolhaftes Detail an seiner Kleidung aufmerksam macht: „*Ich habe bewusst am heutigen Tag das Emblem der Europäischen Union angesteckt*“.

Die Bundesministerin Ursula Plassnik bezieht sich in ihrer Rede überwiegend auf die eigene Tätigkeit als Außenministerin und leitet eine ÖVP-erkennbare „sprachliche Kodierung“ mit dem Zentralthema Europäische Union ein. Auf Angriffe aus den Reihen der anderen Parteien geht sie nicht ein.

Der Verteidigung von Frau Plassnik widmet sich die nächste ÖVP-Rednerin Maria Rauch-Kallat in ihrem Beitrag. Sie erwähnt die bisherigen Verdienste von Plassnik, z. B. Plassnik habe als Einzige in der EU die Türkei-Frage noch einmal angesprochen. Auch die neue Gesundheitsministerin Kdolsky nimmt Rauch-Kallat in Schutz, diese habe „*das Herz am rechten Fleck*“ und sei „*kampferprobt*“.

Als Meister der Selbstdarstellung erweist sich Landwirtschaftsminister Josef Pröll. Er nennt das Regierungsübereinkommen ein „*gutes Programm für die Lebensqualität*“ in Österreich und knüpft somit an Inhalte und Zuständigkeiten aus dem eigenen Ressort an.

Stichworte aus seinem Redebeitrag sind: „*Lebensqualität*“, „*Zukunftschancen für die Bäuerinnen und Bauern*“, „*Unabhängigkeit, Sparsamkeit, das Prinzip der Nachhaltigkeit*“, „*Erreichung des Klimaschutzzieles*“, „*aktive Anti-Atom-Politik*“.

Proll präsentiert stark das eigene „Ich“: er zählt alle seine Zuständigkeiten als Bundesminister auf.

Der letzte Redner der ÖVP im Rahmen der ORF-Übertragung ist Werner Amon. Er spricht sein Lob für die Arbeit des Parteikollegen Martin Bartenstein (langjähriger Wirtschaftsminister der ÖVP) aus und zitiert den neuen Vizekanzler Molterer. Am Schluss fasst Amon den ÖVP-Grundtenor zusammen: Um „*soziale Gerechtigkeit*“ finanzieren zu können, müsse man zuerst die finanziellen Mittel dafür erwirtschaften – Stichwort: „*Absicherung des Wirtschaftsstandortes*“.

Zusammenfassung: die Redner der ÖVP

- **Lob an die Vergangenheit** - Die ÖVP ist in der bequemen Situation, **auch von der SPÖ**, dem bisherigen Gegner, **gelobt zu werden**.
- „**Attraktivmacher**“ - Vizekanzler Molterer liefert eine Metapher: das Doppelbudget würde den „*Elch-Test*“ bestehen.
- Die „**Wir-die-ÖVP**“-Gruppe ist **sichtbar** und erkennbar; bemerkenswert ist der offensive Stil von Klubobmann Schüssel.
- **ÖVP-Themen sind für die Wähler erkennbar** von allen Rednern präsentiert, z. B. Europa, Vollbeschäftigung, Wirtschaftsstandort sichern.

- **Keine direkten Antworten auf Angriffe** wurden gegeben z. B. von Plassnik. Diese Aufgabe hat im erwähnten Fall Maria Rauch-Kallat übernommen. Auf die Anschuldigungen bezüglich des schlechten Zustandes des Budgets haben die Stellvertreter der ÖVP schon mit einem Gegenangriff in Richtung Koalitionspartner SPÖ geantwortet.
- **Besonderheit:** Fritz Neugebauer zitiert Gusenbauer, um die eigene Position zu untermauern („*Österreich ist ein reiches und sicheres Land*“) und erwähnt lobend den neuen Verhandlungsstil des neuen Bundeskanzlers.

Zusammenfassend ist über die Redebeiträge der ÖVP-Politiker folgendes zu bemerken: es wurde die Vergangenheit gelobt, „Attraktivmacher“ wurden benutzt, die „Wir-die-ÖVP“-Gruppe war sichtbar, die ÖVP-Themen waren für die Wählerinnen und Wähler erkennbar, diekerte Antworten auf Angriffe anderer Parteien gab es nicht. Dieses Sprechverhalten machte die ÖVP erkennbar, betonte ihre klare Position zu ihren wichtigsten Themen und lobte die zwei Schüssel-Regierungen.

7.3 Das geregelte Streitgespräch – die Grünen

Anbei sind die fünf Redebeiträge der Abgeordneten der Grünen. Diese sind nach den Kriterien „sprachliche Kodierung“, „Wir-Gruppen“ und „Argumentationslinie“ sortiert.

Tabelle 7.3

Name der/des Abgeordneten	Sprachliche Kodierung	Wir-Gruppen	Argumentationslinie
Prof. Alexander van der Bellen, der Klubobmann der Grünen	3,9 Prozent, vor allem Inhalte der Grünen	starke „Ich“-Präsenz, deutlich die Gruppe der Regierungsparteien SPÖ und ÖVP, Wir-Gruppen als Österreicher und als Parlamentarier, erst dann „Wir-die-Grünen“	ausgewogen – sieben Mal „Darstellung der möglichen Folgen“, sechs Mal jeweils die „Beispiele aus der Vergangenheit“ und „Motivation“
Dr. Eva Glawischnig-Piesczek	5,5 Prozent, zwei Gruppen von Schlüsselworten: solche, die die Grünen erkennbar machen und solche, die für Kritik an der neuen Regierung	Starke „Ich“-Präsenz, Schärfung der Profils der Grünen und deren Gegenüberstellung zu den Regierungsparteien SPÖ und ÖVP	Keine der Kategorien „Motivation“, „Zukunft“ oder „Vergangenheit“ dominiert.

	dienen.		
Dr. Kurt Grünewald	8,8 Prozent, Schlüsselworte, die sich auf die Grünen oder auf die neue Regierung beziehen	Es werden die jungen Menschen bzw. die kranken Leute der Regierung als Gruppe gegenübergestellt.	Überwiegend „Beispiele aus der Vergangenheit“
Mag. Brigid Weinzinger	3,7 Prozent, Schlüsselworte zweigeteilt: die Grünen und die neue Regierung	Die deutlichste Gruppe ist die der Regierung; es fehlt völlig die „Wir-Gruppe“ der eigenen Partei	„Vergangenheit“ dominierend
Karl Öllinger	2,86 Prozent, Schlüsselworte aus dem Sozialbereich	Deutlich ist die „Wir-Parlamentarier-Gruppe“; die Gruppe der eigenen Partei kommt nicht wirklich zur Geltung.	Verstärkt kommen „Beispiele aus der Vergangenheit“ vor, gefolgt von „Motivation“ und „Zukunft“

Den bisher niedrigsten Anteil an „sprachlicher Kodierung“ weisen die fünf Redebeiträge der Grünen-Partei auf. Nur 4,95 Prozent – die Hälfte der „sprachlichen Kodierung“ der Sozialdemokraten – können als Grünen-Schlüsselworte oder Wortkombinationen identifiziert werden.

Nicht sehr deutlich ist die eigene „Wir-Gruppe“ konstruiert - bei zwei Rednern wird die Partei der Grünen kaum erwähnt. Es wäre aber wichtig gewesen dies zu tun, damit die Zuhörerinnen und Zuhörer nicht nur die anderen konstruierten Gruppen wahrnehmen, wie z. B. die neue Regierung, sondern auch deutlich daran erinnert werden, wer gerade das Wort hat. Eine verstärkte Wiederholung des Namens der eigenen Partei wäre für die Orientierung der Wählerinnen und Wähler sehr behilflich gewesen und hätte den Grünen ein klareres Profil verschafft.

Wie schon die ÖVP und die SPÖ beschäftigen sich auch die Grünen verstärkt mit der Kategorie der „Vergangenheit“.

Anbei ist die kurze Zusammenfassung der fünf Redebeiträge der Grünen:

Der erste Redner von den Grünen ist der Klubobmann Alexander Van Der Bellen, der auch den ersten Entschließungsantrag bei dieser Debatte bringt. Sein Thema ist die Abschaffung der Studiengebühren - ein Inhalt, den die Grünen vertreten.

Van der Bellen redet als typischer Oppositionspolitiker: „*ohne Vision*“ sei die neue Regierung. Er zieht deutlich die Grenzen zwischen seiner Partei und den anderen und er

erwähnt Themen wie Ökologie und Bildung. Als Unterstützung der eigenen Worte zitiert er internationale Medien.

Schwere Unglaubwürdigkeit wirft auch die zweite Rednerin der Grünen, Eva Glawischnig-Piesczek der neuen Regierung vor. Das Regierungsprogramm wird kritisiert, besonders in jenen Bereichen, die „grünes“ Potential haben - Umwelt, Frauen, Ausländer.

Seltener Fall während der Regierungsangelobungsdebatte von der Seite der Opposition - die Erwähnung von einigen „*positiven Punkten*“ im Regierungsübereinkommen, wie „*Senkung des Wahlalters*“ und „*Flexibilisierung des Kindergeldes*“. Trotzdem wird dieses als „*ein Koalitionsübereinkommen der Lippenbekenntnisse*“ und als „*Zukunftsstopp*“ bezeichnet.

Das eigene „Ich“ ist stark vertreten: viele Sätze fangen mit „*Ich bin*“, „*Ich darf*“, „*Ich möchte*“, „*Für mich*“ – das macht die Rednerin und ihre Themen unverwechselbar.

Um die eigenen Worte zu untermauern, zitiert Glawischnig-Piesczek Hannes Androsch, einen ehemaligen SPÖ-Politiker und Industriellen: denn auch dieser habe den Abschnitt Bildung im Koalitionsabkommen als „*Versäumnis*“ eingestuft.

Glawischnig-Piesczek erwähnt geplante Erhöhung der Erwerbsquote für Frauen, die nur um 0,3 Prozent in der kommenden Legislaturperiode gesteigert werden soll.

Thema Frauenpolitik beschäftigt auch den nächsten Grünen-Redner Kurt Grünewald. Er spricht über EU-Frauenberufe (beispielsweise im Pflegebereich), die nicht konkurrenzfähig im Vergleich zu anderen Berufen seien - auch ein erkennbares Thema von den Grünen.

Der Redner nutzt die Gelegenheit, vor einem Fernsehpublikum die Gegenüberstellung von Regierung und Österreicherinnen und Österreicher deutlich zu machen: die Regierung wolle für sich das Beste, denke aber nicht an die alten, kranken Menschen, die von Studenten, die durch das Leisten gemeinnütziger oder sozialer Arbeit eine Abschaffung ihrer Studiengebühr erreichen wollen, betreut werden würden. Der Umgang der neuen Regierung mit den jungen Menschen wird alltagssprachlich als „*flapsig*“ eingestuft.

Weiters bewertet Brigid Weinzinger das Regierungsprogramm mit den Worten „*Floskeln*“, „*Worthülsen*“, „*nichts Konkretes*“ und meint, dass dieses „*bei so viel*

heißer Luft ein aktiver Beitrag zum Klimawandel“ sei. Die Rednerin erwähnt nochmals die Unklarheit mit der Erhöhung der Frauenerwerbsquote.

Der letzte Redner der Grünen, Karl Öllinger, wendet sich direkt an das Fernsehpublikum und vermittelt den Zusehern seinen Eindruck vom Regierungsübereinkommen, an dem manches „gewöhnungsbedürftig“ sei.

Zusammenfassung:

- **Kritik/Angriffe „light“:** Van der Bellen übt **mit Humor Kritik an der Regierung**. Die Regierung habe „keine Vision“ zur Unterstützung der eigenen Worte zitiert er internationale Medien.
- **Die „grünen“ Themen** - Ökologie, Bildung, Frauen, moderne öko-soziale Politik, Klimaschutz, Ausländer – sind präsent und machen die Partei erkennbar. Aber im Vergleich zu Verwendungen von Schlüsselworten bei ÖVP und SPÖ werden sie nicht so häufig wiederholt. Die eigene „Wir-Gruppe“ könnte auch noch präsenter sein.
- **Die Frauenerwerbsquote**, die in 4 Jahren nur um 0,3 Prozent gesteigert werden soll, wird zwei Mal von den Grünen angesprochen. Die beiden Regierungsparteien haben diese Anmerkung trotz bestehender Unklarheit nicht kommentiert.
- „**Attraktivmacher**“ werden gerne benutzt, z. B. Eva Glawischnig-Piesczek: „*Koalitionsübereinkommen der Lippenbekenntnisse*“ und „*Zukunftsstopp*“.

Zusammenfassend ist über die Redebeiträge der Grünen folgendes zu bemerken: diese übten humorvoll und sachlich Kritik an der neuen Regierung, auf dieser Kritik ging aber keiner der Redner der Regierungsparteien ein. Die Grünen-Themen waren erkennbar trotz niedriger „sprachlichen Kodierung“ (diese betrug nur 4,95 Prozent). Die „Wir-die-Grünen“-Gruppe wurde nicht überzeugend verbal konstruiert.

7.4 Das geregelte Streitgespräch – FPÖ

Anbei sind die fünf Redebeiträge der Abgeordneten der FPÖ. Diese sind nach den Kategorien „sprachliche Kodierung“, „Konstruktion der Wir-Gruppen“ und „Argumentationslinie“ sortiert.

Tabelle 7.4

Name der/des Abgeordneten	Sprachliche Kodierung	Wir-Gruppen	Argumentationslinie
Heinz-Christian Strache, Klubobmann der FPÖ	6,6 Prozent, die Schlüsselworte in zwei Kategorien: solche, die die FPÖ erkennbar machen und solche, die die Kritik an der neuen Regierung ermöglichen.	Zwei sehr deutliche Gruppen: die Regierungsparteien SPÖ und ÖVP und die „Wir-Gruppe“ der Freiheitlichen; häufige „Ich“-Nennungen	Sehr stark treten die „Beispiele aus der Vergangenheit“ auf, gefolgt von „Motivation“ und - mit Abstand – von der „Zukunft“.
Barbara Rosenkranz	8,5 Prozent, Schlüsselworte: Inhalte der Freiheitlichen wie „Zuwanderungsstopp“	Die „Wir-Gruppe“ der Freiheitlichen sehr deutlich konstruiert, von den anderen Parteien abgegrenzt und für jede(n) WählerIn erkennbar.	überwiegend „Beispiele aus der Vergangenheit“, gefolgt von „Motivation“ und „Zukunft“
Mag. Ewald Stadler	8,2 Prozent, Schlüsselworte sind FPÖ- und regierungsbezogen	Gegenüberstellung von neue Regierung und der „Wir-Gruppe“ der Freiheitlichen	„Beispiele aus der Vergangenheit“ dominierend
Herbert Kickl	5,59 Prozent, Schlüsselworte zweigeteilt: solche, die die eigene Partei erkennbar machen und solche, die für Kritik an der neuen Regierung dienen	Gruppe der neuen Regierung; klare Trennung von Staatsbürger und Nicht-Staatsbürger	überwiegend „Vergangenheit“ und „Motivation“
Heinz-Christian Strache	5,29 Prozent, Schlüsselworte zur Kritik an der neuen Regierung	Die Menschen in Österreich werden der neuen Regierung gegenübergestellt; die eigene „Wir-Freiheitliche-Gruppe“ steht nicht im Vordergrund.	„Beispiele aus der Vergangenheit“, „Motivation“ und „Darstellung der möglichen Folgen“ ausgewogen

Wie die Grünen weisen auch die Freiheitlichen weniger - im Durchschnitt 6,83 Prozent - „sprachliche Kodierung“ als die beiden Regierungsparteien SPÖ und ÖVP auf.

Den FPÖ-Redner gelingt es gut, die eigene „Wir FPÖ Gruppe“ darzustellen und diese der neuen Regierung gegenüber zu stellen.

Bei allen fünf Redebeiträgen überwiegen die „Beispiele aus der Vergangenheit“.

Anbei ist eine kurze Zusammenfassung der fünf Redebeiträge der Freiheitlichen Partei:

Der erste FPÖ-Redner, Heinz-Christian Strache, als Oppositionspolitiker schlagfertig und offensiv, attackiert die SPÖ mit ihren gebrochenen Wahlversprechen und gibt folgende Beispiele: Eurofighter, Verrat an den Pensionisten.

Weiters bringt er Zitate aus den Reihen der SPÖ - von Hannes Androsch und Fred Sinovatz (ehemaliger SPÖ-Bundeskanzler). Diese Zitate sollen die Handlungen der SPÖ mit den Worten ihrer eigenen Autoritäten in Frage stellen. Maßgeschneiderte sprachliche Kodierung der FPÖ: wiedererkennbar ist die FPÖ Kernbotschaft „*sozialer Staat für Staatsbürger*“.

Die bildhafte Sprache von Klubobmann Strache macht auch nicht vor einem „Wort-Striptease“ halt: so wie sich die SPÖ bei den Regierungsverhandlungen verhalten habe, hätte sie am Ende alles verloren bzw. wäre ausgezogen worden. Typisch für den Redner sind Wortwiederholungen und sich reimenden Phrasen, wie „*Kanzler mit Titel ohne Mittel*“.

Die FPÖ spricht als einzige Partei neue Wähler an und lädt während der Fernsehübertragung „*alle Menschen ein, die zu Recht von Ihrem* (gemeint ist die SPÖ) *Verhalten enttäuscht sind, in Zukunft ein Stück des Weges mit uns Freiheitlichen zu gehen.*“

Die zweite Rednerin, Barbara Rosenkranz, liefert auch einen offensiven Oppositionsbeitrag und richtet sich bei der Begrüßung direkt an das Fernsehpublikum. Das Thema „Einwanderung“ wird mit Bereichen Familie, Generationen, aber auch Kriminalität in unmittelbaren Zusammenhang gebracht. Das „Hauptthema“ - das Regierungsübereinkommen - ist als „*unklar*“ klassifiziert: „*Was steht hinter diesen Worthülsen?*“ Dagegen präsentiert die FPÖ genau das, was sie als parteipolitisches Ziel hat: Zuwanderungsstopp und grenzt sich so effizient von den anderen Parteien ab.

Frau Rozenkranz bietet einige „Attraktivmacher“ an z. B. Wortkombinationen wie „*Working Poor*“, „*das Schnitzel-Verbot*“ und „*das Nikolo-Verbot*“. Rosenkranz teilt auch mit, „*das dümmste Buch*“, das sie je gelesen habe, sei „*Kinderlos, na und?*“, an dem die Bundesministerin für Gesundheit und Familie Andrea Kdolsky mitgewirkt hat.

Zum ersten Mal kommen in den Argumentationslinien während der Regierungsangelobungsdebatte sexistische Wortbildungen vor: Ewald Stadler nennt Außenministerin Ursula Plassnik ein „*Donauweiberl*“ . Der Grund: sie vertritt die Idee, das Potential des Flusses Donau besser nutzen zu wollen. Weiters bietet der FPÖ-Abgeordnete sich reimende Phrasen an: „*Wenn ich nicht mehr weiterweiß, dann gründe ich einen Arbeitskreis!*“

Stadler widmet sich in seiner Rede einer anderen Kernbotschaft der FPÖ: die Ablehnung eines Türkei-Beitritts zur EU, in dem er die Position der eigenen Partei zum Thema wieder holt: ein klares „Nein“ für die Türkei in der EU.

Er vergleicht den künftigen Bundeskanzler mit Victor Klima, Ex-SPÖ-Bundeskanzler (1997 bis 2000): die Ideen bei der SPÖ hätten sich seitdem nicht bewegt. Sogar der Autor der Redebeiträge der beiden SPÖ-Spitzenpolitikern sei der Gleiche geblieben - Josef Kalina.

Ein beliebtes Thema der Opposition ist die Bestellung von Norbert Darabos als Verteidigungsminister. Dessen Wahl bezeichnet Stadler als „*Ene-mene-muh-System*“ . Nur, weil das Innenministerium schon besetzt war, hätte Darabos das Verteidigungsministerium bekommen. Darüber hinaus habe der neue Verteidigungsminister behauptet, dass er mit dem Eurofighter Hersteller EADS reden wolle, hätte aber den Vertrag gar nicht gelesen. Dies habe Stadler einem Interview mit Darabos im ORF entnehmen können.

Weitere Schlüsselworte wie „*ein Schreckensszenario für alle Österreicherinnen und Österreicher*“ oder „*Kurs der sozialen Kälte in diesem Land vielleicht ein Ende nimmt*“ benutzt Herbert Kickl, um die SPÖ-Sozialpolitik zu beschreiben. Die SPÖ wird als „*soziales Feigenblatt*“ und „*Totalumfaller*“ abqualifiziert.

Die FPÖ grenzt sich auch von anderen Regierungspartei deutlich ab: ÖVP-Politik sei nur für die Großkonzerne und für ihre Lobbygruppen da. Landwirtschaftsminister Pröll wird als ein kongenialer Partner der SPÖ, als ein „*zweiter Master of Desaster*“ dargestellt.

Neben den Prognosen - die Eurofighter würden geliefert und Arme würden ärmer werden - erwähnt Kickl eine FPÖ-Idee: die Blauen wollen ein eigenes Sozialsystem für jene Menschen, die keine Staatsbürger sind, schaffen.

Wie Bundeskanzler Gusenbauer so nutzt auch Heinz-Christian Strache die Gelegenheit, vor Ende der Fernsehübertragung noch einmal das Wort zu ergreifen. Sein Grundthema ist wieder „*der Verrat der SPÖ an ihrer Wählerschaft*“.

Von Strache angesprochen wird auch das BZÖ, das nun unter verlorener Privilegien leide. Der Bundeskanzler wird als „*amtsbesessen*“ und frei nach Karl Marx bestimme „*bei Bundeskanzler Gusenbauer offensichtlich der Schein das Bewusstsein*“.

In seiner Schlussfolgerung vergleicht Strache Gusenbauer mit anderen Bundeskanzlern der SPÖ, wie Vranitzky oder Klima: diese seien im Vergleich zu ihm wahre „*Sozialrevolutionäre*“ gewesen.

Zusammenfassung:

- **Kritik/Angriffe:** Alle **FPÖ-Redebeiträge sind offensiv** und typisch für eine Oppositionspartei. Schlagfertig und wortgewaltig definiert sich **Heinz-Christian Strache als der neue „Wort-Gladiator“** im Hohen Haus. Aufmerksamkeit weckt seine **bildhafte Sprache**: das „*Wort-Striptease*“, Wortwiederholungen und **sich reimende Phrasen** wie „*Kanzler mit Titel ohne Mittel*“.

Nicht nur Heinz-Christian Strache auch andere FPÖ-Redner, wie Ewald Stadler, haben sich reimende Phrasen verwendet - z. B. „*Wenn ich nicht mehr weiterweiß, dann gründe ich ein Arbeitskreis!*“

- **Gelingene sprachliche Kodierung:** einerseits eigene Themen („*sozialer Staat für Staatsbürger*“), um die „*Wir-Freiheitlichen-Gruppe*“ schärfer abzugrenzen, andererseits „*Verrat*“, „*Sozialfighter*“, „*Working Poor*“ als Kritikpunkte an der SPÖ bzw. der neuen Regierung; wenige Attacken gegen die ÖVP; dem BZÖ wird nur Wehmut über verlorene Privilegien vorgeworfen.

- Zum ersten Mal treten durch die FPÖ in der Debatte **sexistische Wortbildungen** auf (Stadler nannte Ursula Plassnik ein „*Donauweiberl*“).

- Benutzen von „**Attraktivmachern**“ wie die Bestellung von Minister Darabos nach dem „Ene-mene-muh-System“.
- **Nutzung der ORF-Übertragung:** Hauptaugenmerk auf der Widerlegung des Gegners, aber auch offensiver Versuch, neue Wähler zu gewinnen.
- **Aktionen, wie das Hochhalten einer Tafel**, auf der unter anderem zu lesen ist: „*ÖVP-Mitgliedschaft auf Lebenszeit für Alfred Gusenbauer*“; einige Entschließungsanträge hat auch die FPÖ eingereicht.
- Verwendung von **Zitaten aus den Medien:** Ewald Stadler stellt klar, dass der Verteidigungsminister zuvor mit dem Eurofighter Produzenten EADS reden wolle, den Vertrag mit der Firma aber nicht gelesen habe.

Zusammenfassend ist über die Redebeiträge der FPÖ-Politiker folgendes zu bemerken: das offensive Sprachverhalten weist auf eine Oppositionspartei auf, die erkennbaren Themen der FPÖ und die erfolgreiche verbale Darstellung der „Wir-die-FPÖ“-Gruppe garantieren scharfe Profilierung der Partei.

7.5 Das geregelte Streitgespräch - BZÖ

Anbei sind die fünf Redebeiträge der Abgeordneten des BZÖ. Diese sind nach den Kriterien „sprachliche Kodierung“, „Konstruktion der Wir-Gruppen“ und „Argumentationslinie“ dargestellt.

Tabelle 7.5

Name der/des Abgeordneten		Sprachliche Kodierung	Wir-Gruppen	Argumentationslinie
Ing. Westenthaler, Klubobmann BZÖ	Peter des	1,5 Prozent, Schlüsselworte sind in zwei Gruppen geteilt: das BZÖ und die neue Regierung.	Der Redner war bemüht, die neue Regierung darzustellen und das BZÖ inhaltlich von den beiden Regierungsparteien abzugrenzen.	„Beispiele aus der Vergangenheit“ und „Motivation“ dominierend, wenig präsent dagegen die „Darstellung der Zukunft“
Herbert Scheibner		7,4 Prozent,	Es werden das BZÖ und	„Beispiele aus der

	Schlüsselworte aus zwei Bereichen: das BZÖ und die neue Regierung.	die neue Regierung einander gegenübergestellt.	„Vergangenheit“ und „Motivation“ überwiegen
Josef Bucher	10,2 Prozent, Schlüsselworte: das BZÖ und die neue Regierung	„Wir-BZÖ-Gruppe“ versus die Gruppe der neuen Regierung (SPÖ-ÖVP)	„Vergangenheit“ und „Motivation“ dominieren
Ursula Haubner	12,35 Prozent, Schlüsselworte zweigeteilt: das BZÖ und Kritik an der neuen Regierung	Die eigene Partei (BZÖ) wurde abgegrenzt; andere Gruppen sind die Bundesregierung und die ÖsterreicherInnen	„Beispiele aus der Vergangenheit“ überwiegen
Sigisbert Dolinschek	2,5 Prozent, Schlüsselworte aus dem Bereich Soziales	„Wir-das-BZÖ-Gruppe“	Verstärkt treten „Beispiele aus der Vergangenheit“ auf.

Zu einem ähnlichen Prozentsatz wie die Freiheitlichen, von denen sich das BZÖ im Jahre 2005 abgespalten hat, nämlich zu 6,79 Prozent, weisen auch diese Redebeiträge eine „sprachliche Kodierung“ auf. Wobei ist dabei zu bemerken, dass die Redner Westenthaler (1,5 Prozent) und Dolinschek (2,5 Prozent) deutlich weniger Schlüsselworte im Vergleich zu den Rednern Bucher (10,2 Prozent) und Haubner (12,35 Prozent) benutzt haben. Deshalb ergibt sich ein Durchschnitt von 6,79 Prozent „sprachliche Kodierung“ bei dem BZÖ.

Es gelingt den BZÖ-Rednern, ein deutliches Profil der eigenen „Wir-Gruppe“ zu schaffen und dieses - wie auch die Freiheitlichen - entscheidend der neuen Regierungsmannschaft gegenüber zu stellen.

Die Argumentationslinie ist - ähnlich wie bei der FPÖ - zu 100 Prozent von „Beispielen der Vergangenheit“ dominiert.

Anbei ist eine kurze Zusammenfassung der fünf Redebeiträge der BZÖ-Abgeordneten:

Der Klubobmann des BZÖ Peter Westenthaler startet mit Humor: die neue Regierung sei „*so groß, dass sie nicht mehr auf die Regierungsbank passt*“. Das sei an Frau Silhavy zu sehen, die sich schon „*an der Regierungsbank anhält, damit sie, wenn Herr Matznetter einmal ordentlich hustet, nicht herunter kippt*“.

Dem Bundeskanzler Gusenbauer wirft der Redner „*Kanzlergeilheit*“ vor und meint, dieser habe sich seinen „*Sandkistentraum erfüllt*“. Westenthaler vergleicht Gusenbauer mit Bruno Kreisky, „*den Sonnenkönig*“. Nur sei Gusenbauer „*auf dem Weg in einen*

roten Sonnenuntergang“. Er werde „in die Geschichte eingehen als Kanzler und Parteivorsitzender der roten Sonnenfinsternis“.

Westenthaler überreicht dem neuen Bundeskanzler ein Buch („Das Gedächtnistraining“) mit den Worten: „Ich hoffe, Sie bessern sich“.

Typisch für seinen Redebeitrag sind die vielen Zitate aus den verschiedensten österreichischen Medien, die die Statements des BZÖ bestätigen sollen („Die Presse“, „Kleine Zeitung“, „Kurier“, „Der Standard“). Der BZÖ-Klubobmann prophezeiht der Koalition ein kurzes Leben und reicht einige Entschließungsanträge wegen gebrochener Versprechen der SPÖ oder wegen fehlender nachhaltiger Lösung in der Pflegevorsorge ein.

Das BZÖ kündigt auch eine „dringliche Anfrage“ an den Bundesminister für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz an betreffend den sozialdemokratischen Vertrauensbruch an der Sozialpolitik – im Rahmen der Fernsehübertragung beantwortet der zuständige Bundesminister Buchinger mehr als 40 Fragen des BZÖ.

Der zweite Redner, Herbert Scheibner, kritisiert die große Anzahl der neuen Bundesminister, darüber hinaus die fehlende „Euphorie“ und betont die Leistungen, die das BZÖ in den letzten sieben Jahren trotz „schweres Erbes“ erbracht hätte. Gemeint ist das Erbe vor dem Jahr 2000 regierenden SPÖ.

Josef Bucher habe sich auch „*die Mühe gemacht, das Regierungsprogramm zu analysieren*“. Er konzentriert sich dabei auf die Kapitel Wirtschaft, Finanzen und Budget. In seinem Redebeitrag spricht er seine Enttäuschung darüber aus, dass „*Karl-Heinz Grasser, diese Bundesregierung verlassen hat – nicht nur, weil er mich in die Politik gebracht hat, sondern weil er ein Garant für die Wirtschaft, für eine positive Entwicklung der Wirtschaft, für geordnete Finanzen in diesem Land war*“. Das ist einer der wenigen Fälle, wo ein Ex-Minister und kein Mitglied der eigenen Partei positiv bewertet wird.

Die nächste BZÖ-Rednerin ist Ursula Haubner. Sie widmet sich typischen BZÖ-Themen wie Pensionen, Sozialressort, Generationen, Familien, Gesundheits- und Frauenressort, Pflegemode, Pflegeversicherung, Fairness und soziale Wärme.

Wie auch bei allen anderen Rednern des BZÖ kommt die eigene „Wir-Gruppe“ stark zur Geltung. Betont wird auch ein ofensichtlicher Widerspruch: Die SPÖ hat jahrelang

als Oppositionspartei von „*Pensionsraub*“ gesprochen und behauptet heute, Österreich habe das beste Pensionssystem der Welt. Was ihren Nachfolger im Sozialressort, Erwin Buchinger, betrifft, dazu meint Haubner: „*Im Sozialressort herrscht trotzdem Flaute, Flaute, was die Kompetenzen und die Aufgaben betrifft.*“

Wichtige BZÖ-Inhalte behandelt auch der letzte Redner, Sigisbert Dolinschek. Er gibt „Beispiele aus der Vergangenheit“ und betont, dass das BZÖ die Vorarbeit für die „*bedarfsorientierte Mindestsicherung*“ geleistet habe. Dolinschek erwähnt noch einmal: die SPÖ habe in der Vergangenheit über „*Pensionsklau*“ und „*Rentenklau*“ geklagt, heute lobt sie hingegen das gute Pensionssystem Österreichs.

Zusammenfassung:

- **BZÖ hat den Kampf um die Aufmerksamkeit gewonnen.** Die kleine Partei hat dafür die vorhandenen parlamentarischen Instrumente ausgeschöpft: Sie initiierte mehrere Entschließungsanträge und eine „*dringliche Anfrage*“ an Sozialminister Buchinger.
- **Im Hohen Haus wird nicht nur regiert: es wird gedichtet, geschimpft und geschenkt.** Westenthaler hat dem Bundeskanzler ein Bucht („*Das Gedächtnistraining*“) geschenkt und scherzt darüber hinaus, die neue Regierung sei „*so groß, dass sie nicht mehr auf die Regierungsbank passt*“.
- **Gelungene Ausgrenzung und Wir-Gruppenbildung: Das BZÖ präsentierte auch erkennbare Themen** - Pensionen, Sozialressort, Generationen, Familien, Pflegemodell, Pflegeversicherung, Fairness und soziale Wärme.
- **Häufig wurden Zitate aus österreichischen Medien** zur Unterstützung der BZÖ-Meinungen genutzt.
- **„Attraktivmacher“ benutzt:** So fragte Ursula Haubner herausfordernd „*Machen wir hier Politik für Legislaturperioden oder für Generationen?*“. Gusenbauer wurde

„Kanzlergeilheit“ vorgeworfen und Bruno Kreisky als „Sonnenkönig“ bezeichnet. Das BZÖ bemühte sich besonders um eine bildhafte Sprache für das Fernseh-Publikum.

- **Beispiele aus der Vergangenheit** - positive Bewertung der eigenen Regierungsarbeit in den letzten Jahren.

Zusammenfassend ist über die Redebeiträge der BZÖ-Politiker folgendes zu bemerken: Der kleinsten Partei im Parlament gelang es mit Hilfe parlamentarischer Instrumente (z. B. „dringliche Anfrage“) die Aufmerksamkeit zu gewinnen, die BZÖ-Themen zu präsentieren und das Parteiprofil zu schärfen. Häufige Zitate aus den Medien und die Benutzung von „Attraktivmachern“ zeichneten die BZÖ-Reden aus.

Parteivergleichende Zusammenfassung:

Die bisherigen Ergebnisse der detaillierten Analyse der Redebeiträge haben folgende Tendenzen gezeigt:

- Die „sprachliche Kodierung“ ist bei der ÖVP mit 10,54 Prozent im Durchschnitt am höchsten, in einem kleinen Abstand dahinter folgt die SPÖ mit 9,07 Prozent. Interessant ist die Ähnlichkeit zwischen der FPÖ und dem BZÖ im Anteil der „sprachlichen Kodierung“ – die Blauen haben 6,83 Prozent und die Orangen 6,79 Prozent (wobei bei zwei Redner die Kodierung gering ist und bei zwei – hoch, so ergab sich dieser Durchschnittswert). Am seltensten wurden Schlüsselworte von den Grünen eingesetzt - nur bei 4,95 Prozent des Gesamtwortlautes.
- Die „Konstruktion der Wir-Gruppen“ – Sehr gut erkennbar und unverwechselbar waren die FPÖ, das BZÖ und die ÖVP. Weniger gut zu erkennen war die SPÖ, wenngleich auch unverwechselbar. Am wenigsten deutlich gelang die „Konstruktion der Wir-Gruppe“ der Grünen.
- In den Argumentationslinien weisen alle Parlamentsparteien Ähnlichkeiten auf: dominierend ist die Argumentationskategorie „Beispiele aus der Vergangenheit“.

7.6 Vergleich Regierungsmitglieder/Nichtregierungsmitglieder

Bei den bisherigen Ergebnissen ist noch ein Unterscheidungskriterium der Redner im Hohen Haus sichtbar geworden – nebst der Zugehörigkeit zu einer der fünf Parlamentsparteien ist auch die Zugehörigkeit zu der Regierungsmannschaft ein wesentliches Kriterium. In den nachfolgenden Tabellen sind die Redner folglich in Regierungsmitglieder und Nichtregierungsmitglieder geteilt, um feststellen zu können ob zwischen diesen beiden Rednergruppen Unterschiede in den Redeschemata feststellbar sind:

Die Regierungsmitglieder

Tabelle 7.6

Name des Regierungsmitgliedes	Sprachliche Kodierung	Wir-Gruppen	Argumentationslinie
Bundeskanzler Dr. Alfred Gusenbauer, SPÖ	10,5 Prozent, vor allem Inhalte aus dem Regierungsprogramm	„Wir-die-Bundesregierung“ stark, „Ich“ schwach vertreten	„Darstellung der möglichen Folgen“ gefolgt von der „Motivation“ und „Beispiele aus der Vergangenheit“
Vizekanzler und Finanzminister Mag. Wilhelm Molterer, ÖVP	8,5 Prozent, die Schlüsselworte aus zwei Kategorien: die neue Regierung und das Finanzressort	„Wir-die-Regierung“	verstärkt tritt die „Darstellung der Zukunft“ auf, gefolgt von „Motivation“ und „Beispiele aus der Vergangenheit“
Bundesministerin für auswärtige Angelegenheiten Dr. Ursula Plassnik, ÖVP	7,9 Prozent, verstärkt ressortorientiert	„Wir-die-Regierung“	Die Rednerin widmet sich vermehrt der „Zukunft“.
Verteidigungsminister Mag. Norbert Darabos, SPÖ	9,5 Prozent, Schlüsselworte aus dem Ressort des Bundesministers für Verteidigung	Gruppe des Bundesheeres; starke „Ich“-Präsenz; „Wir-die-Regierung“ auch präsent	„Vergangenheit“ und „Zukunft“ im Gleichgewicht
Bundesminister Dr. Erwin Buchinger, SPÖ	14,9 Prozent, die Schlüsselworte sind aus dem eigenen Ressort Soziales	„Wir-die-Regierung“	Quantitativ dominiert die „Motivation“; es folgen „Beispiele aus der Vergangenheit“ und „Darstellung der Zukunft“
Bundesminister Dipl.-Ing. Josef Pröll, ÖVP	13,11 Prozent, Schlüsselworte aus dem eigenen Ressort Landwirtschaft und Umwelt	zwei Gruppen: die Regierung und die Bäuerinnen und Bauern	„Motivation“ und „Darstellung der Zukunft“ dominieren
Bundeskanzler Dr. Alfred Gusenbauer, SPÖ	7,79 Prozent, soziale Themen dominieren	einerseits „Ich-Bundeskanzler“ und „Wir-die-neue-“	ausgewogenes Verhältnis zwischen „Beispiele aus der

		Regierung“, andererseits die Gruppe der Kritiker der neuen Regierung, z. B. Strache und Westenthaler; verstärkt präsent ist die Gruppe der „Pensionisten“	Vergangenheit“, „Darstellung der Zukunft“ und „Motivation“
--	--	---	--

Im Durchschnitt beträgt die „sprachliche Kodierung“ der Regierungsmannschaft 10,95 Prozent - also mindestens jedes zehnte Wort ist ein Schlüsselwort oder gehört einer Schlüsselwort-Kombination an, die die neue Regierung indiziert.

Bei der „Konstruktion der Wir-Gruppen“ ist es den Rednern gelungen, auf der verbalen Ebene effektiv die SPÖ und die ÖVP zu koalieren und in Form der Gruppe „Wir-die-Bundesregierung“ darzustellen.

Nicht mit Abstand, aber doch verstärkt tritt die Argumentationskategorie „Darstellung der möglichen Folgen bzw. der Zukunft“ auf.

Die Nichtregierungsmitglieder

Tabelle 7.7

Name der/des Abgeordneten	Sprachliche Kodierung	Wir-Gruppen	Argumentationslinie
Dr. Josef Cap, Klubobmann der SPÖ	4,7 Prozent, Inhalte der Sozialdemokratie	starker Akzent auf der Sozialdemokratischen Partei als Regierungsmitglied	Verstärkt treten die „Beispiele aus der Vergangenheit“ auf, gefolgt von „Motivation“ und „Darstellung der Zukunft“.
Renate Csörgits, SPÖ	7,6 Prozent, Schlüsselworte sind mit sozialdemokratischen Inhalten verbunden	die „Ich“-Profilierung ist stark; auch die Konstruktion der Gruppe der Menschen und der Sozialpartner, was mit der Gewerkschaftstätigkeit der Rednerin in Zusammenhang gebracht werden können.	ausgewogenes Verhältnis von „Vergangenheit“, „Motivation“ und „Zukunft“
Dr. Caspar Einem, SPÖ	10,36 Prozent, Schlüsselworte in Bereich „Europapolitik“	Konstruktion der „Wir-Gruppe“ der Sozialdemokraten als Regierungspartei, starke „Ich“-Profilierung und Gegenüberstellung zu Ministerin Ursula Plassnik	„Motivation“ und „Vergangenheit“ dominieren
Wilhelm	5,8 Prozent,	„Wir-Regierungspartei-	Die „Motivation“ ist drei

Haberzell, SPÖ	Schlüsselworte mit Konfrontationspotential am Regierungspartner ÖVP wegen des „katastrophalen Zustands“ der hinterlassenen Finanzen	SPÖ“ versus BZÖ	Mal erwähnt, gefolgt von „Zukunft“ und „Gegenwart“ – je wei Mal.
Mag. Kurt Gaßner, SPÖ	10,55 Prozent, Schlüsselworte vorwiegend im Bereich Landwirtschaft	Gaßner stellt sich dem Landwirtschaftsminister Pröll gegenüber; präsent ist auch die Gruppe der Bäuerinnen und Bauern	„Darstellung der Zukunft“ dominierend
Dr. Wolfgang Schüssel, Klubobmann der ÖVP	7,7 Prozent, die Schlüsselworte mit ÖVP-Inhalten	„Wir-als-ÖVP“ und „Wir-als-Regierungspartei“	verstärkt „Beispiele aus der Vergangenheit“, gefolgt von „Motivation“ und „Darstellung der Zukunft“
Fritz Negebauer, ÖVP	11,64 Prozent, es werden Themen der ÖVP aufgelistet	Die ÖVP als Regierungspartei ist am besten geschildert; starke „Ich“-Präsenz und auch die Gruppe der Sozialpartner ist erkennbar.	Vergangenheitsorientiert; dahinter folgen „Darstellung der Zukunft“ und „Motivation“
Maria Rauch-Kallat, ÖVP	16,70 Prozent	Akzent auf den „Wir-Gruppen“ der Regierungen Schüssel I und II und der Gruppe der ÖVP-Ministerinnen in der neuen Regierung	verstärktes Auftreten der Kategorie „Beispiele aus der Vergangenheit“
Werner Amon MBA, ÖVP	9,14 Prozent	zwei „Wir-Gruppen“: die ÖVP als Partei und die „Wir-die-neue-Regierung“	„Motivation“ überwiegt, dann „Zukunft“, dann „Vergangenheit“
Prof. Alexander Van der Bellen, Klubobmann der Grünen	3,9 Prozent, Inhalte der Grünen	starke „Ich“-Präsenz; deutlich die Gruppen der Regierungsparteien SPÖ und ÖVP; „Wir-Gruppen“ als Österreicher und als Parlamentarier; erst dann „Wir-die-Grünen“	ausgewogen – sieben Mal „Darstellung der möglichen Folgen“, je sechs Mal die „Beispiele aus der Vergangenheit“ und „Motivation“
Dr. Glawischnig-Piesczek, Die Grünen	5,5 Prozent, zwei Gruppen von Schlüsselworten: die Grünen und die neue Regierung	starke „Ich“-; Schärfung des Profils der Grünen und deren Gegenüberstellung den Regierungsparteien SPÖ und ÖVP	keine der Kategorien „Motivation“, „Zukunft“ oder „Vergangenheit“ dominiert
Dr. Grünewald, Die Grünen	8,8 Prozent, Schlüsselworte, die sich auf die Grünen oder auf die neue Regierung beziehen	Es werden die jungen Menschen bzw. die kranken Leute der Regierung als Gruppe gegenübergestellt.	„Beispiele aus der Vergangenheit“ überwiegen
Mag. Brigid Weinzinger, Die Grünen	3,7 Prozent, Schlüsselworte in zwei geteilt: die Grünen und die neue Regierung	es fehlt völlig die „Wir-Gruppe“ der eigenen Partei	„Vergangenheit“ dominierend
Karl Öllinger, Die Grünen	2,86 Prozent, Schlüsselworte aus dem Sozialbereich	„Wir-Parlamentarier-Gruppe“; die Gruppe der eigenen Partei kommt	Verstärkt kommen „Beispiele aus der Vergangenheit“ vor,

		nicht wirklich zur Geltung.	gefolgt von „Motivation“ und „Zukunft“
Heinz-Christian Strache, Klubobmann der FPÖ	6,6 Prozent, Schlüsselworte in zwei Kategorien: die FPÖ und die neue Regierung	Zwei Gruppen: die Regierungsparteien SPÖ und ÖVP und die „Wir Gruppe“ der Freiheitlichen	Stark treten die „Beispiele aus der Vergangenheit“ auf, gefolgt von „Motivation“ und „Zukunft“
Barbara Rosenkranz, FPÖ	8,5 Prozent, Schlüsselworte sind Inhalte der Freiheitlichen	Die „Wir-Gruppe“ der Freiheitlichen ist deutlich konstruiert.	„Beispiele aus der Vergangenheit“ überwiegen, gefolgt von „Motivation“ und „Zukunft“
Mag. Ewald Stadler, FPÖ	8,2 Prozent, Schlüsselworte zweigeteilt: FPÖ- und regierungsbezogen	Gegenüberstellung von neuer Regierung und der „Wir-Gruppe“ der Freiheitlichen	„Beispiele aus der Vergangenheit“ dominierend
Herbert Kickl, FPÖ	5,59 Prozent, Schlüsselworte zweigeteilt: die eigene Partei und die neue Regierung	die Gruppe der neuen Regierung, Trennung in Staatsbürger und Nicht-Staatsbürger	vor allem „Vergangenheit“ und „Motivation“
Heinz-Christian Strache, Klubobmann der FPÖ	5,29 Prozent, Schlüsselworte als Kritik an der neuen Regierung	Die Menschen in Österreich werden der neuen Regierung gegenübergestellt; die eigene „Wir Freiheitliche“-Gruppe steht zum ersten Mal nicht im Vordergrund	„Beispiele aus der Vergangenheit“, „Motivation“ und „Darstellung der möglichen Folgen“ ausgewogen
Ing. Peter Westenthaler, Klubobmann des BZÖ	1,5 Prozent, Schlüsselworte in zwei Gruppen geteilt: das BZÖ und die neue Regierung	die neue Regierung und das BZÖ	dominierende Präsenz der „Beispiele aus der Vergangenheit“ und „Motivation“; seltener die „Darstellung der Zukunft“
Herbert Scheibner, BZÖ	7,4 Prozent, Schlüsselworte in zwei Gruppen: das BZÖ und die neue Regierung	BZÖ versus neue Regierung	„Beispiele aus der Vergangenheit“ und „Motivation“ überwiegen
Josef Bucher, BZÖ	10,2 Prozent, Zweiteilung der Schlüsselworte: das BZÖ und die neue Regierung	die „Wir-das-BZÖ-Gruppe“ und die Gruppe der neuen Regierung (SPÖ-ÖVP)	„Vergangenheit“ und „Motivation“ dominierend
Ursula Haubner, BZÖ	12,35 Prozent, Schlüsselworte zweigeteilt: das BZÖ und Kritik an der neuen Regierung	Die eigene Partei BZÖ wird abgegrenzt, und zwei anderen nicht-parteilichen Gruppen gegenübergestellt, um den Kritikeffekt in Richtung neue Regierung zu erhöhen: die Österreicher und die Gusenbauer-Regierung	„Beispiele aus der Vergangenheit“ überwiegen
Sigisbert Dolinschek, BZÖ	2,5 Prozent, Schlüsselworte im Sozialbereich	„Wir-das-BZÖ“	Verstärkt treten „Beispiele aus der Vergangenheit“ auf.

Die „sprachliche Kodierung“ der Nichtregierungsmitglieder beträgt im Durchschnitt 7,37 Prozent und ist niedriger als die durchschnittliche „sprachliche Kodierung“ der Regierungsmitglieder - 10,95 Prozent. Hier fällt ein Unterschied zwischen den beiden Regierungsparteien auf. Die „sprachliche Kodierung“ der SPÖ-Abgeordneten beträgt 7,8 Prozent, rechnet man die Redebeiträge der Regierungsmitglieder der SPÖ dazu, wächst die Nutzung von Schlüsselworten auf 9,07 Prozent. Anders bei der ÖVP. Die „sprachliche Kodierung“ der ÖVP-Abgeordneten beträgt 11,29 Prozent, rechnet man die Redebeiträge der Regierungsmitglieder der ÖVP dazu, sinkt die Nutzung von Schlüsselworten auf 10,64 Prozent. In beiden Fällen sind die Werte der „sprachlichen Kodierung“ der ÖVP höher als diese der SPÖ.

Bei der „Konstruktion der Wir-Gruppen“ haben die Redner in sehr unterschiedlichem Maße die eigene Partei erkennbar gemacht. Bei der SPÖ lag der Akzent auf „Wir-als-Regierungspartei“, sowie starke „Ich“-Profilierung bei manchen Rednern, dazu wurden die Gruppen der Sozialpartner, der Gewerkschaften, der Menschen, der Bäuerinnen und Bauern verbal konstruiert. Die ÖVP akzentuierte vor allem auf die „Wir-als-ÖVP“ bzw. „Wir-als-Regierungspartei“ und auf die starke „Ich-Präsenz“. Bei den Grünen kam die „Wir-als-Grünen“ nicht zur Geltung, starke „Ich-Präsenz“ bei zwei Rednern (Alexander van der Bellen und Eva Glawischnig-Piesczek), weitere Gruppen wie die Österreicher, die Parlamentarier, die jungen Menschen bzw. die kranken Leute, wurden verbal gebildet. Anders bei der FPÖ. Einerseits haben die Redner die eigene „Wir-die-Freiheitlichen“-Gruppe gebildet, andererseits haben sie diese Gruppe der neuen Regierung gegenübergestellt. Darüber hinaus konstruierten die FPÖ-Redner die Gruppen der Staatsbürger und Nicht-Staatsbürger. Ähnlich haben die BZÖ-Abgeordneten gehandelt: diese haben auch die eigene „Wir-das-BZÖ“-Gruppe konstruiert und diese der Gruppe der neuen Regierung gegenübergestellt.

Zusammenfassend ist folgendes zu bemerken: die Regierungsparteien waren um die „Wir-als-SPÖ/ÖVP“-Gruppe“ bzw. „Wir-die-neue-Regierung“ bemüht ohne diese gezielt den anderen Parteien im Parlament gegenüberzustellen. Den Grünen ist die „Wir-Gruppen“-Bildung nicht besonders gut gelungen. Die FPÖ und das BZÖ haben auf Kontraste gesetzt und die eigene „Wir-die-FPÖ/das BZÖ“-Gruppe erfolgreich verbal der Gruppe der neuen Regierung gegenübergestellt.

Die Argumentationslinie wird durchgehend von „Beispielen aus der Vergangenheit“ bei allen Parteien dominiert. Ein Unterschied zwischen der Regierungs- und

Nichtregierungsparteien ist jedoch zu merken: die Redner der SPÖ und der ÖVP haben stärker als die Redner den Grünen, der FPÖ und der BZÖ die Kategorie „Darstellung der Zukunft“ benutzt um die Reichtigkeit des Regierungsübereinkommens zu betonen.

Zusammenfassend ist zu sagen: die Regierungsmitglieder haben häufiger Schlüsselworte benutzt und widmeten sich im Unterschied zu den Nichtregierungsmitgliedern, die sich sehr mit der „Vergangenheit“ beschäftigt haben, verstärkt der „Darstellung der Zukunft“. Darüber hinaus waren sie bemüht die Gruppe „Wir-die-neue-Regierung“ aufrecht zu erhalten.

7.7 Zusammenfassung und Ergänzung der Hypothese: Was macht eine Parlamentsrede aus?

In Anbetracht der in dem Kapitel 3 angeführten Modelle zur Untersuchung politischer Sprachverwendung wurde eine Hypothese mit sechs inhaltlichen Kriterien erstellt. Unter Berücksichtigung der durchgeföhrten Analyse der Redebeiträge der Regierungsangelobungsdebatte wird diese jetzt kommentiert.

Nach der sorgfältigen Betrachtung der 31 Reden der Regierungsangelobungsdebatte vom 16. Jänner 2007 wurde festgestellt, dass unabhängig von der Länge eines Redebeitrages diese sechs Elemente jeweils vorhanden sind. Wenn die Rede kürzer (z. B. ca. fünf Minuten) ist, können viele dieser Elemente in einem einzigen Satz verschmelzen. Dadurch wird die Unterscheidung der einzelnen Kategorien schwierig.

Anbei ist die detaillierte Analyse der sechs inhaltlichen Kriterien der Hypothese angeführt:

- 1. Das Grundthema** der Debatte war das Regierungsübereinkommen. Dies war auch die zentrale Kategorie. Alle anderen Elemente der Rede der Abgeordneten haben sich auf diese Kategorie bezogen (nach Grünert 1973). Der Sachverhalt selbst - eine Koalition von SPÖ und ÖVP - besaß einen strittigen Charakter (nach Kopperschmidt 1973). Darüber hinaus war jeder Abgeordnete bestrebt, die Eigenleistungen bzw. die Leistungen der eigenen Partei positiv zu bewerten (nach Holly 1990).

Die ersten zwei der vier Stadien, die im pragma-dialektischen Ansatz von Van Eemeren/Grootendorst (1996/2004) einen Argumentationsaustausch ausmachen, sind im Hauptthema wieder zu finden:

1. Konfrontation
2. Eröffnung finden. In diesem Fall gibt es zwei Möglichkeiten. Zum einen - es bestehet eine Meinungsverschiedenheit und die Gesprächspartner sind sich dieser bewusst; und zum Anderen: es wird entschieden, die Meinungsunterschiede mittels Argumentation in Form eines rationalen kritischen Diskurses zu erläutern.

Das Profil des Grundthemas wird von den ersten zwei der zehn Regeln für argumentative Dialoge nach Van Eemeren/Grootendorst (1996/2004) abgerundet: 1. *Die Freiheitsregel* - Die Argumentierenden hindern sich nicht gegenseitig daran, ihre Standpunkte vorzubringen oder andere Standpunkte zu bezweifeln. 2. *Die Verpflichtung zu verteidigen* - Jeder, der einen Standpunkt bringt, ist verpflichtet, diesen auch zu verteidigen.

2. Für eine „**sprachliche Kodierung**“ kombiniert jeder Redner das Grundthema mit eigenen politischen Prinzipien und Inhalten (nach Grünert 1974). Darüber hinaus hatte die Formulierung der Redebeiträge möglichst genau und präzise zu erfolgen, wie es die Sprachgebrauchsregel (Regel 10) von Van Eemeren/Grootendorst (1996/2004) besagt. Die Beiträge der parlamentarischen Redner können eher als allgemein statt als „genau und präzise“ bezeichnet werden. Der Grund für selten konkrete Aussagen ist das „Grundthema“ - das Regierungsübereinkommen. Dort wurden nur die allgemeine Zuge der Vorhaben in den unterschiedlichen Ressorts fixiert. Auf konkrete Maßnahmen mussten diese erst im Laufe der Regierungszeit her untergebrochen werden.

3. **Motivation und Begründung des Grundthemas:** Zitate von Autoritäten (nach Grünert 1973) oder Anknüpfungen an Aussagen von Kollegen haben den Rednern geholfen, das Thema als notwendig oder unnotwendig auszuweisen.

Einerseits wurden sehr oft Abgeordnete aus den eigenen Reihen – Parteien, Regierung – zitiert, um Solidarität zu bekunden (nach Holly 1990). Andererseits wurden Zitate von Autoritäten aus den Reihen des Gegners ins Spiel gebracht, um die Entscheidungen des politischen Gegners in Frage zu stellen.

Für eine Begründung des Themas gelten folgende Regeln für argumentative Dialoge nach Van Eemeren/Grootendorst (1996/2004):

Die Relevanzregel (Regel 4) - Ein Standpunkt wurde nur mit Argumenten verteidigt. Jeder Abgeordnete war bemüht verständliche und überzeugende Begründungen zu liefern, und zwar dem Wissensstand des Zuhörers angepasst. Eine Aufgabe, die nicht leicht ist, weil die Abgeordneten im Hohen Haus mit bestimmten Themen vertraut sind, das Fernsehpublikum hingegen ein geringeres und sehr inhomogenes politisches Wissen aufgrund von Altersunterschieden und Ausbildung hat.

Die Gültigkeitsregel (Regel 7) - Jeder Standpunkt wurde durch ein plausibles Argumentationsmuster gerechtfertigt.

Die Argumentationsplanregel (Regel 8) - Die Argumentationsmuster sind logisch gültig gewesen. Jeder Abgeordnete bzw. jedes Regierungsmitglied hat seinen Redebeitrag schlüssig und nachvollziehbar für eine möglichst breite Zuhörerschaft gestaltet. Die Fachtermini, die benutzt worden sind, wie z. B. die „*Senkung des Wahlalters*“ und „*Flexibilisierung des Kindergeldes*“ sind der breiten Öffentlichkeit ein Begriff.

Als „bedingt“ kann nach der Analyse der Redebeiträge folgende Regel des argumentativen Dialogs nach Van Eemeren/Grootendorst (1996/2004) bezeichnet werden:

Gegenpositionsregel (Regel 3) - Jeder Widerlegungsversuch bezog sich auf denjenigen Standpunkt, der tatsächlich von der Gegenpartei in der Diskussion geäußert worden ist. Oft wurden Zitate von Medien benutzt: die zitierten Statements wurden zwar von konkreten Politikern, aber in einem anderen Kontext geäußert, was zu einer leichten Verzerrung deren Bedeutung führen kann. Z. B. der Verteidigungsminister hat in einem Interview zugegeben, dass er den Vertrag mit EADS, dem Erzeuger der umstrittenen Eurofighter, nicht gelesen habe. Wann dieses Interview stattfand, hat der FPÖ-Abgeordnete Stadler nicht zitiert – also besteht mittlerweile die Möglichkeit, dass sich Norbert Darabos mit dem Inhalt dieses Vertrages vertraut gemacht hat.

Am wenigsten wurden folgende Regel des argumentativen Dialogs nach Van Eemeren/Grootendorst (1996/2004) beachtet:

Die Regel der unerwarteten Prämisse (Regel 5) - Eine Person hat zu den Prämissen zu stehen, die sie zum Ausdruck gebracht hat und darf den Kontrahenten nicht Prämissen unterstellen, die sich aus dessen Äußerungen gar nicht entnehmen lassen. Ein Beispiel

dafür gibt die FPÖ in der Beschreibung der Sozialpolitik der neuen Regierung: die Armen werden ärmer und die Reichen reicher.

Die Ausgangspunktregel (Regel 6) - Eine Prämisse darf nicht fälschlich als gemeinsam akzeptierter Ausgangspunkt hingestellt werden. Z. B. bietet Bundeskanzler Gusenbauer in seinem zweiten Redebeitrag dem Klubobmann der FPÖ Heinz-Christian Strache an, das Regierungsübereinkommen zu unterschreiben, weil er beim Zuhören festgestellt habe, dass auch Strache für „*bedarfsorientierte Mindestsicherung*“ eintrete.

4. Definition der Wir-Gruppe: Diese geschah nur in Bezug auf eine bzw. mehrere „Fremd-Gruppen“ (nach Nowak/Wodak/De Cillia 1990). Fast alle Redner waren bemüht, die eigene Partei von den anderen abzugrenzen: nur so könnten sich die Wählerinnen und Wähler die Inhalte und Botschaften der jeweiligen Partei merken.

Bei der analysierten Debatte ist die Definition der eigenen Gruppe manchen Parteien besser gelungen, andere hatten weniger Erfolg. FPÖ, BZÖ, ÖVP haben es geschafft, die Grenze schärfer zu ziehen. Die SPÖ verblieb dadurch als „*Verräterin der Wahlversprechen*“ und „*Sozialfighter*“ in Erinnerung. Aber auch die Grünen waren nicht optimal für die Zuhörerinnen und Zuhörer erkennbar.

Trotz deutlich vermittelter sozialdemokratischer Inhalte und der größten Anzahl an Rednern war die SPÖ nicht sehr überzeugend in der „Wir-Gruppen“-Bildung. Nachteilig wirkte sich die Tatsache aus, dass Alfred Gusenbauer gleichzeitig Regierungschef und Parteiobmann war. Sein Redebeitrag hat sich v. a. auf die „Wir-Gruppe“ der Regierung konzentriert. Die „Wir-SPÖ“-Gruppe wurde dadurch in den Hintergrund gedrängt. Ziemlich flexibel konnten sich Abgeordnete in einer einzigen Rede mehreren „Wir-Gruppen“ anschließen: „Wir-die-Partei“-Gruppe, „Wir-alle ÖsterreicherInnen“-Gruppe oder „Wir-Politiker“-Gruppe.

Eine unübersehbare Dominanz stellte bei einigen Redebeiträgen das eigene „Ich“ des Redners. Einige Regierungsmitglieder haben vorwiegend über eigene Leistungen gesprochen und somit betont das eigene Profil geschärft. Viele andere Abgeordnete haben dies auch getan – Fritz Neugebauer, Heinz-Christian Strache, Peter Westenthaler, Ursula Haubner.

5. Beispiele aus der Vergangenheit: In jedem Redebeitrag kamen politische und gesellschaftliche Verhältnisse aus der Vergangenheit oder der Gegenwart zur Unterstützung des Grundthemas vor (nach Grünert 1974). In kürzeren Redebeiträgen wurden diese Beispiele direkt mit der Zukunft verknüpft.

6. Darstellung der möglichen Folgen: Viele Redner (vorwiegend Regierungsmitglieder und Abgeordneten der Regierungsparteien) haben das eigene Thema mit einer „Darstellung der Zukunft“ unterstützt (nach Grünert 1974) und keine Bemühungen dahingehend geleistet, das Thema des politischen Gegners widerlegen zu wollen. Dies zeigt, dass das Ziel nicht die Akzeptanz seitens des Gegners war, wie es Regel 9 des argumentativen Dialogs nach Van Eemeren/Grootendorst (1996/2004) vorsieht, sondern es meistens um eine Rechtfertigung des eigenen Standpunktes ging.

Was geschah also alles im österreichischen Parlament während der eintägigen Regierungsangelobungsdebatte?

Es wurden eigene Standpunkte inszeniert (Plakate gehoben, Bücher verschenkt), präsentiert und begründet. Auf Gegenargumente wurde selten eingegangen. Eine „Konklusion“ - der vierte Schritt im Argumentationsaustausche nach Van Eemeren/Grootendorst (1996/2004) - blieb aus: es wurde ein strittiges Hauptthema behandelt, aber keine strittigen Inhalte beseitigt. Es konnten keine Anzeichen festgestellt werden, dass nach der Debatte irgendeiner von den Rednern seinen Standpunkt verändert bzw. den Standpunkt eines Gesprächspartners erfolgreich entkräftet hätte. Die Redner haben sich nur darauf konzentriert, die eigene Position zu präsentieren und zu festigen.

8. Untersuchung der Medienberichterstattung in der „Presse“ und in der „Kronen Zeitung“ am 17. Jänner 2007

Die empirische Analyse der Medienberichterstattung widmet sich den relevanten Texten in der „Presse“ und der „Kronen Zeitung“, die am 17. Jänner 2007, dem Tag nach der Regierungsangelobungsdebatte, gedruckt worden sind und das Geschehen im Parlament am 16. Jänner 2007 behandeln. Die Analyse dieser Berichterstattung wird nach folgenden Kriterien erfolgen:

- Textsorte;
- Bezeichnungen für die Akteure und die Themen der Regierungsangelobungsdebatte;
- Bezeichnungen für die jeweilige Wir-Gruppe und die Gruppe der Anderen durch die Mitglieder der fünf Partien, die im Parlament vertreten waren;
- wertende Wortwahl der Journalisten in Bezug auf die im Text erwähnten Akteuren und Hauptthemen der Regierungsangelobungsdebatte;
- wiedergegebene Rede und redeberichtende Verben (wertend oder neutral);
- Benutzung direkter Rede und redeberichtender Verben (wertend oder neutral).

Es ist leider nicht möglich, diese Kategorien scharf voneinander zu trennen und deren Wortanzahl anzugeben, da diese in den Zeitungsartikeln eng miteinander verflochten sind. Die folgende Analyse der Medienberichterstattung hat nicht das Ziel diese Kriterien quantitativ zu erforschen, sondern nur ihr Verhältnismäßigkeit zu beobachten.

8.1 Die Berichterstattung in der „Presse“ am 17. Jänner 2007

Folgende Texte der „Presse“ vom 17. Jänner 2007 wurden nach deren Relevanz bezüglich der Regierungsangelobungsdebatte am 16. und 17. Jänner 2007 ausgesucht:

- der Kommentar „Nachhilfe für Gusenbauer“, ein Leitartikel von Karl Ettinger;
- der Bericht „Gusenbauer ohne Emotion und Illusion“ von Claudia Dannhauser;
- der Bericht „Appell - Zuerst denken, dann reden!“, APA/red.;
- das Interview mit dem SP-Bundesgeschäftsführer Josef Kalina: „SP-Appell: „Gebt ihm eine Chance!“ von Martina Salomon;
- das Interview mit dem VP-Landesgeschäftsführer Norbert Walter: „Hahn ist unsere liberale Speerspitze in Regierung“, (stu.);
- der Gastkommentar – „Mitte-Rechts: Chance auf Wiederkehr?“ von Herbert Vytiska;
- die Glosse Pizzicato „Brief von oben“ von Hans-Werner Scheidl.

Analysse

Leitartikel „Nachhilfe für Gusenbauer“ von Karl Ettinger („Die Presse“)

Untertitel: „Ein kleinlauter neuer Bundeskanzler im Parlament: Regierungsstart in der Defensive statt mit einer Vision“

Die gewählte journalistische Textgattung ist der Kommentar; der Text ist argumentativ aufgebaut. Beide Koalitionsparteien – SPÖ und ÖVP – werden angesprochen, wenn auch unterschiedlich oft. Die Aufmerksamkeit des Autors gilt dem neuen Bundeskanzler (wird 11-mal erwähnt). Es wird auch auf die direkte Rede geachtet – es kommen einige kurze Zitate von der Regierungsangelobungsdebatte vor.

Tabelle 8.1 – der Leitartikel

Kriterium	Ausgewählte Inhalte aus dem Leitartikel „Nachhilfe für Gusenbauer“	Wortanzahl
Bezeichnungen für die Akteure	<ul style="list-style-type: none"> - Alfred Gusenbauer, - der neue Bundeskanzler, SP-Bundeskanzler, - SP-Klubschef Cap - der neue Vizekanzler Molterer - die Regierung - ÖVP - die Österreicher 	<ul style="list-style-type: none"> 11 3 2 2 1 1 2
Bezeichnungen für die	Sie (die Österreicher)	1

Wir-Gruppe und die Gruppe der Anderen durch die Akteure		
Wertende Wortwahl des Autors (fett) bezüglich der Hauptakteure und der Hauptthemen der Debatte	<p><u>der Bundeskanzler:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> - „ein kleinlauter neuer Bundeskanzler“ - „der Nachhilfelehrer Gusenbauer tritt nur in Aktion, weil er nicht von dem völlig unsinnigen Modell abrücken will.“ - „...war die größte Überraschung bei der ersten Regierungserklärung eines SP-Bundeskanzlers nach fast einem Jahrzehnt ja, dass Gusenbauer mit einer blauen Krawatte aufkreuzte.“ - „wer eine flammende Rede (...) erwartet hatte, wurde enttäuscht“ - „Bei der Lesestunde auf der Regierungsbank fehlte Gusenbauer jedenfalls jeder Esprit.“ - „wortreich, aber kleinnüttig“ - „Statt forsch wirkte Gusenbauer sonst von Anfang an höchst defensiv und völlig ohne Vision“ - „Gusenbauer hat zuerst selbst dringend Nachhilfe nötig – nämlich im Fach „Wie regiere ich richtig“ die Idee Nachhilfestunden zu geben: - „ein reiner PR-Gag in eigener Sache“ - „von dem völlig unsinnigen Modell abrücken will“ - „Diese Alibilösung dient lediglich dazu, irgendwie zu verschleiern, dass er sein Wahlversprechen gebrochen hat“ <p><u>der SP-Klubschef Cap:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> - „Die Magennerven - des sonst rhetorisch brillanten - SP-Klubschefs Cap hatten da wohl einiges auszuhalten.“ <p><u>das Regierungsübereinkommen:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> - „Das 167 Seiten dicke Schwadronier-Koalitionsabkommen setzte er damit wenigstens konsequent fort.“ - „wie wenig dieses Sammelsurium an Überschriften, Allerweltsbeschwörungen und unausgereiften Vorhaben tatsächlich eine so große Regierung rechtfertigt.“ - „schleierhaft bleibt“ - „In einem Anfall von Übermut hat Molterer...“ - „siehe schwammige Absichtserklärungen und völlig offene Finanzierung vieler Vorhaben“ 	183
Wiedergegebene Rede und redeberichtende Verben – wertend (fett) oder neutral	<ul style="list-style-type: none"> - „In seiner Regierungserklärung wartete der neue Bundeskanzler mit dem Angebot auf, er werde künftig in einer Wiener Schule selbst einmal pro Woche Nachhilfe geben.“ - „Bei der Regierungserklärung ging Gusenbauer über die Eurofighter einfach hinweg, blamiert hat er sich bei diesem Thema ohnehin schon genug.“ - „So, als ob er (Gusenbauer) Kompromisse verteidigte und sich rechtfertigte, dass es nun tatsächlich eine große Koalition gibt.“ 	61
Direkte Rede und redeberichtende Verben – wertend (fett) oder neutral	<ul style="list-style-type: none"> - „als „gemeinnützig“ eingestuft werden“ - „Cap machte sich für ein „Überdenken“ der Regelung stark“ - „Im Wahlkampf über „Sozialfighter statt Eurofighter“ zu fabulieren klang keck und forsch“, „die Passagen über das „ausgeglichene Budget über den Konjunkturzyklus“ hätte auch ein Karl-Heinz Grasser verlesen können,“ - „Allerweltsbeschwörungen („Wirtschaft ankurbeln“, „Arbeitslosigkeit bekämpfen“) rechtfertigen“ - „es gebe „Grund zum Optimismus“ für die rot-schwarze Zusammenarbeit“ - „die Österreicher sollten der Regierung „auf die Ferse treten, wenn sie meinen, es könnte etwas schneller gehen.““ 	30

Der Leitartikel „Nachhilfe für Gusenbauer“ von Karl Ettinger (3 827 Wörter insgesamt) ist stark meinungsorientiert und mit viel wertender Wortwahl (183 Wörter) bezüglich der politischen Akteure und der Themen versehen. Bei den redeberichtenden Verben ist ein wertendes Verb benutzt worden – „*blamieren*“.

Von den Inhalten der Regierungsangelobungsdebatte ist hier wenig verblieben. Die Hälfte des Leitartikels ist dem „PR-Gag“ des neuen Bundeskanzlers Gusenbauer – er werde einmal wöchentlich Nachhilfestunden in einer Schule geben – gewidmet. Am Endes des Textes stellt der Autor fest: „*Gusenbauer hat zuerst selbst dringend Nachhilfe nötig – nämlich im Fach „Wie regiere ich richtig.“*

Die negative Wertung in Bezug auf Alfred Gusenbauer ist in diesem Leitartikel der „Presse“ auffallend. In kaum einem anderen Text der „Presse“ und der „Kronen Zeitung“ vom 17. Jänner 2007 wurde innerhalb des für diese Dissertation ausgewählten Samples so viel wertende Wortwahl festgestellt, um eine entschiedene Distanzierungshaltung des Autors zum neuen Bundeskanzler bzw. der neuen Regierung auszudrücken.

Zum einen wurde dies erst durch die gewählte Form dem „Kommentar“, einer journalistischen Textgattung, die persönliche Meinung voraussetzt, möglich, zum anderen aber auch, weil im „*mediatisierten politischen Diskurs*“ (nach eigener Übersetzung der Authorin von Fetzer/Weizman 2006, S. 145) der Gegenwart die Journalisten und die Politiker mehrere, wenngleich bestimmte Rollen – soziale Rolle, personelle Identität, Zugehörigkeit zu einer Partei bzw. Mitarbeit für eine Tageszeitung – spielen. In diesem Sinne „besetzte“ Alfred Gusenbauer mehrere Rollen: Er war der neue Bundeskanzler Österreichs; er war der Parteiobermann der SPÖ, er war der freiwillige Nachhilfelehrer, der mit den Studenten solidarisch sein wollte. Diesen Rollen gab er während der Regierungsangelobungsdebatte Raum und diese Rollen wurden danach auch den Rezipienten vermittelt.

Es besteht immer die Möglichkeit, dass sich Rollenbilder widersprechen, und das gilt auch für den Journalisten. Er kann eine persönliche Meinung als Bürger haben, aber als Kommentator bzw. Interviewer hat er Fragen zu stellen bzw. zu behandeln, die eine hohe Attraktivität und Relevanz für die Öffentlichkeit haben (vgl. Weizman 2006).

So auch im Falle des „Presse“ Leitartikels wurde Alfred Gusenbauer kaum in seiner primären Rolle als neuer Bundeskanzler Österreichs wahrgenommen, sondern durch die

distanznehmenden Haltung des Journalisten als der Politiker, der Nachhilfestunden in Wiener Schulen geben wollte. Dementsprechend wurde er in diesem Kommentar von Karl Ettinger kritisiert und mit Ironie behandelt (z. B. „*Das 167 Seiten dicke Schwadronier-Koalitionsabkommen setzte er damit wenigstens konsequent fort*“).

Einige kurze Zitate aus der Regierungsangelobungsdebatte haben Platz in dem Leitartikel gefunden, wie z. B. der Optimismus von Vizekanzler Molterer, Stellvertreter des zweiten Koalitionspartners, der ÖVP, der im Originalton wiedergegeben wurde. Dies verleiht dem Kommentar mehr Authentizität und Glaubwürdigkeit, dient aber auch der weiteren Distanzierung des Autors: die Politik sieht noch „*Grund zum Optimismus*“, Karl Ettinger hingegen nicht.

Von einem Kommentar wird nicht erwartet, dass er viele Themen einer Debatte anreißt – der Autor sucht sich Akzente aus, denn der Platz in der Tageszeitung ist begrenzt. Die Texte sind für die Aufnahmefähigkeit der Rezipienten maßgeschneidert.

Der Leitartikel in der „Presse“ vom 17. Jänner 2007 gibt die Geschehnisse im Parlament nur bedingt wider. Neben dem Koalitionsabkommen wurde v. a. der Idee Alfred Gusenbauers, Nachhilfestunden geben zu wollen, viel Aufmerksamkeit geschenkt. Gusenbauer konnte so in seiner Rolle als „Nachhilfelehrer“ wahrgenommen werden.

Analysē

Bericht „Gusenbauer ohne Emotion und Illusion“ von Claudia Dannhauser („Die Presse“)

Dieser Bericht fasst die Regierungsangelobungsdebatte vom 16. Jänner 2007 zusammen. Die Journalistin lässt viele Akteure der Debatte selber sprechen oder vermittelt deren Statements mit wiedergegebener Rede.

Tabelle 8.2 – der Bericht

Kriterium	Ausgewählte Inhalte aus dem Bericht „Gusenbauer ohne Emotion und Illusion“	Wortanzahl
Bezeichnungen für die	- die neue Bundesregierung	1

Akteure	<ul style="list-style-type: none"> - Neo-Kanzler Alfred Gusenbauer, der rote Bundeskanzler - die Studenten - die Grünen - ÖVP - SPÖ - der Ex-Kanzler Wolfgang Schüssel, Neu-Klubobmann Schüssel - Alexander van der Bellen, der Grünen-Chef - SP-Klubobmann Josef Cap - der neue VP-Wissenschaftsminister Johannes Hahn - die Opposition - BZÖ - Sozialminister Erwin Buchinger - Parteichef Peter Westenthaler - FPÖ-Obmann Heinz-Christian Strache - Vizekanzler Molterer, der VP-Chef in spe 	18 2 4 7 6 4 2 4 1 1 2 1 1 1 1 2
Bezeichnungen für die Wir-Gruppe und die Gruppe der Anderen durch die Parteien	<ul style="list-style-type: none"> - „Gehen wir also gemeinsam an die Arbeit“, ruft der Kanzler... - Van der Bellen: „Irgendwie bleibe ich uninspiriert. Wenn ich mich nicht irre, ist das bei allen Fraktionen so.“ - Cap: „Die Grünen seien die Geburtshelfer der großen Koalition (..), das BZÖ habe im Liegen regiert (..) der neue VP-Wissenschaftsminister Johannes Hahn solle aufpassen“ - Schüssel: „dass Cap einige Übergangsprobleme zu bewältigen habe, verstehe niemand besser als er. Bei den Staatsfinanzen sei aber Realismus angesagt, Cap müsse in den letzten Jahren schwerhörig gewesen sein. Von Nachfolger Gusenbauer ist Vorgänges Schüssel weit mehr begeistert (...) „Herr Bundeskanzler, ich hätte an Ihrer Stelle...“ - Molterer lädt die Zuseher der Debatte ein, „uns auf dem Weg ein Stück zu begleiten“. 	118
Wertende Wortwahl der Autorin (fett) bezüglich der Hauptakteure und der Hauptthemen der Debatte	<ul style="list-style-type: none"> - „Es ist ein ambitionloser Start.“ - „Erst bei Halbzeit seiner einstündigen Rede ist Gusenbauer endlich beim heißen Eisen angelangt.“ - „er überrascht mit der Ankündigung...“ - „Überraschung, aber kein Applaus!“ - „beim Koalitionspartner kommt keine rechte Freude auf und auch in den eigenen Reihen hat er als Oppositionspolitiker frenetischere Zustimmung geerntet.“ - „...Gusenbauer diplomatisch bleibt (...) nicht einmal die brennendsten, ungelösten Probleme beim Namen nennt, Stichwort Eurofighter. Letztere versteckt der rote Bundeskanzler verschämt hinter dem Wort Luftraumüberwachung...“ - „Van der Bellen spricht aus, was offensichtlich viele denken (...) aber auch der grüne Parteichef war schon lustiger.“ - „Cap reitet Attacken, als wäre er nach wie vor Klubchef in Opposition.“ 	110
Wiedergegebene Rede und redeberichtende Verben – wertend (fett) oder neutral	<ul style="list-style-type: none"> - Er ist sich als Kanzler nicht zu gut – einmal pro Woche gibt er Nachhilfe für ein sozial bedürftiges Kind. - Gusenbauer erwähnt auch die Lawinenverbauung, den Wasserschutz, den Sport - Der VP-Chef in spe lobt die gute Arbeit der Vergangenheit, zeigt Zuversicht für die Zukunft und sieht den „<i>Elch-Test</i>“ der neuen Regierung in der Erfüllung des Budgets. 	58
Direkte Rede und redeberichtende Verben – wertend (fett) oder neutral	<ul style="list-style-type: none"> - Gusenbauer: „Ich verstehe die Betroffenheit.“ - „Das ist ja wie ein Schulaufsatz“, meckert FP-Abgeordneter Ewald Stadler. - Cap: „<i>Gott sei Dank</i> habe ich vorher einen Kaffee getrunken. Ein <i>Inspirationsfeuerwerk</i> war das nicht“, meint er zur Rede des Grünen-Chefs.“ - „Das neue Gegenüber, Ex-Kanzler und Neo-Klubobmann Schüssel, nimmt es mit Humor...“ 	101

	<ul style="list-style-type: none"> - Schüssel zu Gusenbauer: „<i>einige Sätze gesagt, die gut getan haben</i>“ - Westenthaler ist vorher schon sicher: Gusenbauer führt die SPÖ „<i>in einem roten Untergang</i>“. Womit er – wohl ungewollt – auf einer Linie mit FP-Obmann Heinz-Christian Strache ist: „<i>Plakatiert hat er Sozialfighter statt Eurofighter, heute ist Gusenbauer ein ÖVP-Fighter</i>“. 	
--	---	--

Der Bericht beginnt mit kurzen, unkomplizierten Sätzen. Die Erzählung geht chronologisch weiter: Dabei rückt einerseits die atmosphärische Beschreibung der Debatte merklich in den Vordergrund, was ein Merkmal einer Reportage ist, andererseits wird die reine Sachinformation nicht dem Unterhaltungswert hintangestellt, was wiederum ein wichtiges Merkmal eines Berichts ist. In diesem Text ist eine Mischform zwischen diesen beiden journalistischen Textgattungen entstanden. Die persönlichen Eindrücke der Autorin bringen den Rezipienten direkt an den Ort des Geschehens: „*Die Mannschaftswagen der Polizei stehen verloren zwischen Tretgittern, die eigens installierte Überwachung hat nichts aufzunehmen. Kein Demonstrant verirrt sich vors Parlament.*“

Um dem Text Authentizität und Glaubwürdigkeit zu verleihen, aber das Tempo der Erzählung nicht zu verlieren, werden Zitate vom Ort des Geschehens vermittelt:

„*Ich verstehe die Betroffenheit*“, informiert Gusenbauer und „*überrascht mit der Ankündigung: Er ist sich als Kanzler nicht zu gut – einmal pro Woche gibt er Nachhilfe für ein sozial bedürftiges Kind*“.

Die Originalstimmen geben ein farbiges Bild zum Thema und folgen chronologisch den Geschehnissen.

Viele Attraktivmacher der Hauptakteure der Debatte wurden übernommen: z. B. der „*Elch-Test*“ von Vizekanzler Molterer, oder „*Van der Bellen als Grüner Geburtshelfer der Koalition*“, oder auch das BZÖ, das „*im Liegen regiert*“ habe.

Zu diesen für den Rezipienten einprägsamen Originalstimmen kommt die bildhafte Sprache der Journalistin der „*Presse*“. Die wertende Wortwahl in diesem Beitrag ist nicht gering: 110 von 839 Wörter sind wertend. Diese tragen aber dazu bei, die Aufmerksamkeit des Lesers mittels einer dynamischen, bildhaften Sprache zu halten, z.B. „*Cap reitet Attacken*“.

Wie schon erwähnt ist in dieser Analyse keine scharfe Trennung zwischen den einzelnen Kategorien möglich. Bei diesem Text bestehen zwei Kategorien aus direkter

Rede: die Kategorie „Direkte Rede“ selbst und die Kategorie „Bezeichnung für die Wirkungsgruppe“. Diese Trennung der Originalstimmen lässt gut die in diesem Beitrag wiedergegebenen Bestrebungen der Parteien erkennen sich voneinander abzugrenzen, um damit für die Wählerinnen und Wähler erkennbar zu bleiben.

Analyse

Bericht Appell – „Zuerst denken, dann reden!“, APA/red. („Die Presse“)

Untertitel: „Ein schreiendes Kind kann einiges verriesen“ – Familienministerin Andrea Kdolsky (ÖVP) sorgt mit Aussagen zur „Verklärung der Mutterschaft“ für harsche Kritik auch in den eigenen Reihen

Dicht mit direkter Rede besetzt schildert dieser Bericht die Aufregung bezüglich einiger Statements der neuen Gesundheits- und Familienministerin Andrea Kdolsky. Als Autor dieses Beitrags ist in Klammern „APA/red.“ angegeben, was bedeutet, dass der Text ursprünglich von der Agentur APA übernommen und von den Redakteuren der „Presse“ ergänzt wurde.

Tabelle 8.3 – der Bericht

Kriterium	Ausgewählte Inhalte aus dem Bericht „Appell – Zuerst denken, dann reden!“	Wortanzahl
Bezeichnungen für die Akteure	<ul style="list-style-type: none"> - Familienministerin Andrea Kdolsky (ÖVP), die Anästhesistin - BZÖ-Familien sprecherin Ursula Haubner - VP-Gemeinderätin Sissi Potzinger - Bundesrätin Monika Mühlwerth (FPÖ) - ÖVP - BZÖ 	7 2 1 1 2 3
Bezeichnung des Themas	Mutterschaft	3
Wertende Wortwahl (fett) des Journalisten bezüglich der Hauptakteure	<ul style="list-style-type: none"> - „<i>Kdolsky sorgt mit Aussagen zur „Verklärung der Mutterschaft“ für harsche Kritik auch in den eigenen Reihen</i>“ - „<i>Kdolsky kommt nicht aus der Schusslinie</i>“ 	23
Wiedergegebene Rede und redeberichtende Verben – wertend (fett) oder neutral	<p>von Andrea Kdolsky:</p> <ul style="list-style-type: none"> - „<i>Nachdem sie sich unmittelbar nach ihrer Kür zur Gesundheitsministerin zu ihrer Schwäche für Schweinsbraten bekannte, sorgen nunmehr ihre Aussagen zur Familienpolitik für Unmut.</i>“ - „<i>wendet sich die Anästhesistin gegen eine „politische Verklärung der Mutterschaft“. So habe sie das Gefühl, dass die Idealisierung von Elternschaft wieder viel stärker werde. Wenn</i> 	149

	<p><i>man sich ich Hotels oder Restaurants über das unmögliche Benehmen von Kindern beschwere, werde man sofort der Kinderfeindlichkeit bezichtigt, klagt die heutige Ministerin.“</i></p> <ul style="list-style-type: none"> - „Mutterschaft habe sie schon gereizt, meint Kdolsky“ - „Das Risiko einer künstlichen Befruchtung sei sie „für nichts“ eingegangen“ - „Mit einem Kind würde der Partner in den Hintergrund geraten. Das habe sie schon bei vielen Paaren erlebt“. - „Ein schreiendes Kind könne da schon „einiges verriesen“, sei es ein Flug nach New York oder ein Abend in einem Nobellokal.“ <p><u>von Ursula Haubner:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> - „Kdolsky solle sich ernsthaft überlegen, ob sie die richtige Frau für dieses wichtige Amt sei.“ 	
Direkte Rede und redeberichtende Verben – wertend (fett) oder neutral	<p><u>von Andrea Kdolsky:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> - „Ein schreiendes Kind kann einiges verriesen.“ - „Ich wurde aber nicht schwanger.“ - „Jetzt habe sie „eine so tolle Partnerschaft. Wer weiß, ob das so wäre, wenn wir ein Kind hätten.“ - „Ich bin eine große Kinderfreundin, aber ich stehe dazu, dass ich ein gehöriges kritisches Potential haben kann, wenn Kinder in unangenehmer Weise in mein Leben intervenieren.“ <p><u>von Ursula Haubner:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> - „Kinder- und familienfeindliche Kommentare, wie eine Abwertung von Müttern und von Erziehungsleistungen, passen nun wirklich nicht zu einer Familienministerin“ <p><u>von VP-Gemeinderätin Sissi Potzinger:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> - Kdolsky sei „inhaltlich inkompetent“; <p><u>von Bundesrätin Monika Mühlwerth:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> - „rät Kdolsky „zuerst zu denken und dann zu reden““ 	94

Die Gesamtwortzahl dieses Berichts beträgt 439 Wörter, 94 davon in direkter und 149 in wiedergegebener Rede, was wesentlich zur Authentizität des Textes beiträgt. Eine persönliche Meinung oder Kommentare der Redaktion sind nur selten zu finden (z.B. „Kdolsky sorgt mit Aussagen zur „Verklärung der Mutterschaft“ für harsche Kritik auch in den eigenen Reihen“).

„Die Presse“ lässt zuerst die Ministerin selbst und dann ihre Kritiker aus drei Parteien – BZÖ, FPÖ und der ÖVP sprechen. So bekommt der Leser ein authentisches Bild von der Debatte zum Thema und in diesem Fall eignet sich die direkte Rede gut, die Politiker im Original wiederzugeben. So braucht die Tageszeitung kaum selber wertende Statements zu geben, denn diese Aufgabe erledigen die Politiker.

Die „Attraktivmacher“ der Aussagen wurden von der „Presse“ übernommen und die Worte der von Bundesrätin Monika Mühlwerth, die „Kdolsky rät „zuerst zu denken und dann zu reden““ avancierten zum Titel des Berichts.

Analyse

Interview mit dem SP-Bundesgeschäftsführer Josef Kalina: „SP-Appell: Gebt ihm eine Chance!“ von Martina Salomon („Die Presse“)

Untertitel: „Josef Kalina, neuer SP-Bundesgeschäftsführer, verteidigt Alfred Gusenbauers Programm. 200 Parteimitglieder sind ausgetreten – sie werden jetzt persönlich kontaktiert.“

Die Interviewende Martina Salomon ist Leiterin des Ressorts „Innenpolitik“ der Tageszeitung „Die Presse“. Der Interviewte ist Josef Kalina, der neue SP-Bundesgeschäftsführer.

Die direkte Rede der Hauptschlagzeile sorgt für Lebendigkeit und ist ein Beweis, dass Politiker geübt darin sind kurze Statements abzugeben. Die indirekten Adressaten sind die Rezipienten und die Journalistin führt das Gespräch für Leser, die ein Informationsbedürfnis und in Bezug auf die Regierungsbildung hatten und über die Umsetzung der Wahlversprechen informiert werden sollten.

Bei der Analyse des Interviews werden Fragen und Antworten separat ausgewertet. Neben dem Vergleich der jeweiligen Bezeichnung für die Akteure und die Wahl der Themen, der Darstellung der eigenen Gruppe und der wertenden Wortwahl wird auch beobachtet, inwieweit der Interviewte Josef Kalina auf die Fragen der Journalistin eingeht und ob er die Wortkombinationen der Interviewenden übernommen hat.

Tabelle 8.4 - der Interviewter

Kriterium	Ausgewählte Inhalte aus dem Interview mit Josef Kalina	Wortanzahl
Bezeichnungen für die Akteure	- Alfred Gusenbauer, SPÖ-Chef - SPÖ - ÖVP	3 1 3
Bezeichnungen der Hauptthemen	- Parteiaustritte aus der SPÖ - Studiengebühren - Nachhilfe vom Kanzler - Programm zur Armutsbekämpfung: Anhebung der Mindestpensionen, Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit, die Verankerung kleineren Klassen - soziale Sicherheit	- 3 - 1 1
Bezeichnungen für die Wir-Gruppe (fett) und die Gruppe der Anderen (fett) durch den Interviewten; wertende Wortwahl (fett)	- „ wir hätten die Studiengebühren sicher schon weg“ - „ wir konnten mit 35 Prozent (...) nur einen Teil unseres Wahlprogramms umsetzen“ - „ Die ÖVP hat einen großen Vorteil beim Verhandeln gehabt, weil sie gar kein Wahlkampfprogramm hatte. Dafür hat sie eine schallende Ohrfeige erhalten!“	200

	<ul style="list-style-type: none"> - „Wir werden Werbung für die Verbesserungen machen und auch für das Modell, wofür sich Alfred Gusenbauer zur Verfügung gestellt hat (persönlich Nachhilfestunden zu geben). Gebt ihm eine Chance!“ - „Wenn er (Gusenbauer) sich das vornimmt, wird er es sicher schaffen!“ - „Nur dank der SPÖ gab es die größte Anhebung der Mindestpensionen überhaupt.“ - „Wir werden jetzt ein erstes Budget machen...“ - „Ich verstehe, dass die Studenten gegen Studiengebühren sind. Wir würden sie gerne abschaffen, die ÖVP hat sich das aber zum Symbol erkoren. Darum arbeiten wir jetzt an sozial gerechten Lösungen.“ - „Ich möchte meine Rolle so anlegen, dass wir im Team die Erfolge der Arbeit verkaufen. Natürlich muss auch die ÖVP aus ihren ideologischen Verkrustungen heraus (..) bei der sozialen Sicherheit.“ - „Wenn man sich anschaut, was wir trotz eines angeblich so toll sanierten Budgets alles nicht machen konnten, dann müssen einem schon Zweifel kommen! Eine nachhaltige Budgetsanierung wird jetzt das Kabinett Gusenbauer machen.“ 	
--	---	--

Tabelle 8.5 – der Interviewer

Kriterium	Ausgewählte Inhalte aus den Fragen von Martina Salomon	Wortanzahl
Bezeichnungen für die Akteure	<ul style="list-style-type: none"> - Kanzler Alfred Gusenbauer, SPÖ-Schef - SPÖ - ÖVP 	<ul style="list-style-type: none"> 4 3 1
Bezeichnungen der Hauptthemen	<ul style="list-style-type: none"> - Parteiaustritte - Handschrift der SPÖ in der Regierung - Nachhilfe vom Kanzler 	<ul style="list-style-type: none"> 1 1 2
Bewertende Wortwahl der Journalistin (fett) bezüglich der Hauptakteuren und der Hauptthemen	<ul style="list-style-type: none"> - Kalina „verteidigt Alfred Gusenbauers Programm“ - „könnnte sich die „Lügen-Kampagne“ der SPÖ gegen Wolfgang Schüssel nun auch gegen Alfred Gusenbauer selbst wenden“ - „Hat man den Mund vor der Wahl zu voll genommen, weil man nicht mit dem ersten Platz rechnete?“ - „Sind Sie künftig der Kettenhund des SPÖ-Chefs, der schärfer sein darf als ein Regierungsmitglied und auch die ÖVP attackieren darf?“ 	63

Die Akteure sind bei dem Interviewten und der Interviewerin die gleichen. Der neue Kanzler Gusenbauer, SPÖ und ÖVP stimmen als Hauptakteure bei den Fragen und bei den Antworten überein.

Nicht so bei den Themen des Interviews. Josef Kalina spricht über Studiengebühren, soziale Sicherheit und Armutsbekämpfung. Er hebt also die Inhalte der Sozialdemokratie hervor und macht so die SPÖ für die Wähler erkennbar. Kalina geht auf die Fragen von Martina Salomon ein und spricht auch über „*Parteiaustritte*“ und „*Nachhilfe vom Kanzler*“, nennt diese Themen aber nicht beim Namen. Für Herrn Kalina unangenehme Sachverhalte werden verbal behandelt, nicht aber direkt genannt.

Warum ist das so? Bei einem Interview schließen beide Gesprächspartner einen „*contract of communication*“ (Weizman 2006, S. 166) miteinander und vereinbaren den Austausch von Fragen und Antworten. Interessant ist, dass zu den am Anfang des Textes – wie es bei Interviews üblich ist – die soziale Rolle des Interviewten Josef Kalina als „*neuer SP-Bundesgeschäftsführer*“ dargestellt ist. In einer weiteren Frage wird ihm eine andere Rolle von Martina Salomon zugeschrieben. Die Interviewerin nennt Kalina einen „*Kettenhund des SPÖ-Chefs*“. Der Politiker weigert sich diese Rolle anzunehmen. Statt sich selbst als „*kein Kettenhund*“ zu bezeichnen benutzt Kalina eine andere Antwort: „*Dieses Bild gefällt mir nicht.*“

Das gleiche könnte auch für die Frage nach der Rolle des neuen Bundeskanzlers Gusenbauer gelten: Kalina wiederholt nicht die Wortbildung „*Nachhilfe vom Kanzler*“, sondern wählt für die angesprochene Rolle des Bundeskanzlers die Formulierung „*das Modell, wofür sich Alfred Gusenbauer zur Verfügung gestellt hat*“. Kalina betont also die primäre Rolle Gusenbauers als Bundeskanzler.

Eine Besonderheit ist bei der Bezeichnung der Wir-Gruppe zu beobachten. Einerseits gelingt es Josef Kalina die Vorhaben seiner „*Wir-Gruppe*“ – die Sozialdemokraten – darzustellen, andererseits nennt er dreimal die ÖVP namentlich und nur einmal die eigene Partei – die SPÖ. In diesem Punkt hätte er noch schärfer die Grenze zwischen den beiden Regierungsparteien mit mehreren Nennungen der SPÖ ziehen zu können. In diesem Zusammenhang muss aber erwähnt werden, dass jeder interviewende Journalist teilweise die Freiheit hat, Wortwiederholungen vor Abdruck zu beseitigen, um den Rezipienten ein spannenderes und gut lesbares Interview anzubieten.

Die Journalistensprache der „*Presse*“ weist auch Indizien der Gegenwartssprache auf, wie bei der Frage von Martina Salomon „*Hat man den Mund vor der Wahl zu voll genommen*“ gut zu sehen ist.

Der Interviewte wird nur im Untertitel direkt mit seinem Namen genannt. Die „*Ich-Form*“ kommt dreimal zum Einsatz – Hauptanliegen des Interviewten war es also nicht, primär das eigene Bild zu betonen, sondern die Vorteile von Alfred Gusenbauer als neuem Bundeskanzler und die SPÖ als soziale Partei herauszustellen.

Analyse

Interview mit dem VP-Landesgeschäftsführer Norbert Walter: „Hahn ist unsere liberale Speerspitze in Regierung“ („Die Presse“)

Untertitel: VP-Landesgeschäftsführer und Neo-Stadtrat Norbert Walter im „Presse“-Interview: Über die wichtige Rolle des Bauernbundes in der ÖVP, das Erfolgsrezept für seine Partei und das Verhältnis zu FPÖ und Grünen.

Das zweite Interview in der „Presse“ am Tag nach der Regierungsangeblobungsdebatte wurde mit dem VP-Landesgeschäftsführer und Neo-Stadtrat Norbert Walter geführt. Nach der Hauptschlagzeile in direkter Rede „Hahn ist unsere liberale Speerspitze in der Regierung“ folgt ein informationsbeladener Untertitel, der die Themen des Gespräches, die der Journalist für wichtig hält, zusammenfasst.

Der Journalist (als „stu.“ bezeichnet – diese Kürzel ist meistens eine Abkürzung für den Namen des Autors) agiert als ein professioneller Vertreter des Publikums und ermöglicht somit die Informationsvermittlung.

Auch bei diesem Interview werden in zwei separaten Tabellen die Worte des Interviewten und des Interviewers dargestellt.

Tabelle 8.6 – der Interviewter

Kriterium	Ausgewählte Inhalte aus dem Interview mit Norbert Walter	Wortanzahl
Bezeichnungen für die Akteure	<ul style="list-style-type: none"> - Norbert Walter, Ich - Johannes Hahn, Wissenschaftsminister - ÖVP, „eine aufgeschlossene, urbane Stadtpartei“ - SPÖ - die Grünen 	<ul style="list-style-type: none"> 3 6 5 1 1
Bezeichnungen für die Hauptthemen	<ul style="list-style-type: none"> - Neuer Job von Norbert Walter als VP-Landesgeschäftsführer und Stadtrat - gesunde Lebensmittel, Bio-Lebensmittel - alternatives Leben in der Stadt - Bauernbund als VP-Säule 	<ul style="list-style-type: none"> 2 3 2 1
Bezeichnungen für die Wirkgruppe (fett) und die Gruppe der Anderen; bewertende Wortwahl (fett)	<ul style="list-style-type: none"> - „<i>Die Fragen (...) gehören zu einer aufgeschlossenen, urbanen Stadtpartei; und der Bauernbund war immer eine VP-Säule</i>“ - „<i>Hahn führt die Partei und ich unterstütze ihn als Geschäftsführer</i>. Er ist in alle Sitzungen eingebunden und unsere urban-liberale Speerspitze in der Bundesregierung. Er vertritt die Wiener Politik auf Bundesebene.“ - „<i>Bisher war ich Landesgeschäftsführer und Gemeinderat. Durch meine neue Funktion als Stadtrat ändert sich nicht viel. Wir führen weiterhin lebendige Diskussionen, in die das ganze Team eingebunden ist.</i>“ - „<i>die ÖVP in den Städten sich nicht leicht tut. Letztendlich</i> 	136

	<p>haben wir mit Hahn als Minister aber eine andere Chance aufzutreten“</p> <ul style="list-style-type: none"> - „Es muss uns gelingen...“ - „Ich kann auch nichts mit ideologischen Kampfbegriffen anfangen, wie sie oft von der links-grünen Seite missbraucht werden. Wir waren schon in der Vergangenheit dort grün, wo die Grünen farblos waren – und sind.“ 	
--	---	--

Tabelle 8.7 - der Interviewer

Kriterium	Ausgewählte Inhalte aus den Fragen des Journalisten	Wortanzahl
Bezeichnungen für die Akteure	<ul style="list-style-type: none"> - Norbert Walter, „agrarische Option“ der ÖVP, VP-Landesgeschäftsführer - Johannes Hahn, Wissenschaftsminister, Landespartei-Obmann der ÖVP - ÖVP, „<i>jung-urbane Stadtpartei</i>“ - die Grünen - FPÖ 	6 8 6 1 1
Bezeichnungen der Hauptthemen	<ul style="list-style-type: none"> - Neuer Job von Norbert Walter als VP-Landesgeschäftsführer, er folgt Johannes Hahn, der an die Spitze des Wissenschaftsministeriums wechselte, allerdings weiter Landespartei-Obmann bleibt. 	22
Wertende Wortwahl der Journalistin (fett) bezüglich der Hauptakteuren und der Hauptthemen	<ul style="list-style-type: none"> - „Walter hat es geschafft“ - „Sie werden als „agrarische Option“ der ÖVP bezeichnet.“ - „eine jung-urbane Stadtpartei“ - „Parteichef Hahn als Wissenschaftsminister ist ausgelastet.“ - „hätten Sie jetzt zu viel Macht“ - „Die ÖVP ist in Wien wenig erfolgreich. Musste Hahn Minister werden, damit die VP-Wien keine Ausrede mehr für ihr schwaches Abschneiden bei Wahlen hat?“ 	56

Auffällig ist – im Unterschied zu dem Interview mit dem SP-Bundesgeschäftsführer Josef Kalina, dass der VP-Landesgeschäftsführer Norbert Walter nur einmal den Koalitionspartner SPÖ anspricht. Er ist allein damit beschäftigt, das Profil der ÖVP zu schärfen, ohne den Koalitionspartner zu erwähnen.

Es ist interessant, dass Walter es für wichtig erachtet, die ÖVP in ökologischen Fragen schärfer mit Humor von den Grünen abzugrenzen, um neue Themen für die ÖVP glaubhaft besetzen zu können: „*Wir waren schon in der Vergangenheit dort grün, wo die Grünen farblos waren – und sind.*“ Das ist auch ein Beispiel, wie die Politiker geschult darin sind, kurze Statements abzugeben. Je prägnanter formuliert und kürzer Statements bzw. „Attraktivmacher“ sind, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit, dass diese bei den Rezipienten in Erinnerung bleiben oder als Titel für das Interview benutzt werden.

Hauptthema für den Interviewer ist der neue Job des Interviewten Norbert Walter. Und der letztere geht reichlich darauf ein. Er nutzt auch die Möglichkeit, nicht nur sich,

sondern auch den neuen Wissenschaftsminister Johannes Hahn zu positionieren. Dies ist eine Ähnlichkeit zu dem Interview mit Josef Kalina, der auch die Möglichkeit ergriffen hat über die Rolle Alfred Gusenbauers zu reden.

Fast alle Fragen des Interviewers beinhalten wertende Feststellungen, die auch, da sie den Vorstellungen der ÖVP entsprechen, in den Antworten von Walter beibehalten werden, wie z. B. die ÖVP als „*urbane Stadtpartei*“.

Analysse

Gastkommentar „Mitte-Rechts: Chance auf Wiederkehr?“ von Herbert Vytiska („Die Presse“)

Der Autor des Gastkommentars „*Mitte-Rechts: Chance auf Wiederkehr?*“ ist Herbert Vytiska. Er war 15 Jahre lang Pressesprecher von Ex-ÖVP-Obmann Dr. Alois Mock. Der Untertitel „*Koalitionen haben der politischen Kultur in Österreich durchaus gut getan*“ ist prägnant und kontextgebunden. Die argumentative Textstruktur bietet eine selektive und subjektive Darstellung des Themas: die neue Koalition.

Tabelle 8.8 – der Gastkommentar

Kriterium	Ausgewählte Inhalte aus dem Gastkommentar von Herbert Vytiska	Wortanzahl
Bezeichnungen für die Akteure	<ul style="list-style-type: none"> - die Koalition - Wolfgang Schüssel - ÖVP - FPÖ, Haider-Partei - SPÖ - Alfred Gusenbauer - BZÖ - die Grünen 	10 4 7 9 5 1 4 2
Wertende Wortwahl bezüglich der Hauptakteuren und der Hauptthemen (fett)	<ul style="list-style-type: none"> - „<i>Wunder gab es keines, dafür allerdings einen in diesem Ausmaß unerwarteten Erfolg bei den Regierungsverhandlungen.</i>“ - „<i>...damals unter wütenden Protesten der linken Szene</i>“ - „<i>dass es die eigenen Genossen waren, die die FPÖ „hoffähig gemacht haben“</i>“ - „<i>Haider war aber (...) zu einem Schreckgespenst für die SPÖ und zum politischen Dämon hochstilisiert worden.</i>“ - „<i>Schüssel behielt starke Nerven...</i>“ - „<i>Österreich steht in der Welt hervorragend da, ist der eigentliche Gewinner der EU-Osterweiterung und wird ringsum bestaunt.</i>“ - ÖVP „<i>vergaß soziale Wärme zu zeigen</i>“ - „<i>versprach Gusenbauer den Wählern das Blaue vom Himmel. In den Verhandlungen musste er allerdings vor den Realitäten</i>“ 	254

	<p><i>kapitulieren und einen Abstrich nach dem anderen machen, mit dem Effekt, dass er nun als Bundeskanzler eine Regierungspolitik fortsetzen darf, die die schwarz-blaue und später die schwarz-orange Regierung in großen Zügen vorgegeben hat. Gewissermaßen nach dem Motto: Orange raus, Rot rein.“</i></p> <ul style="list-style-type: none"> - „Je länger die Regierung dauerte, umso mehr verlor Haider von seinem Nimbus, ein „Wählerfänger“ zu sein.“ - „Haider war entdämonisiert“ - „passierte der ÖVP eine Fehleinschätzung“ - „Haider (...) klammerte sich am Regierungsverbleib.“ - „Der verbliebene blaue Rest hob den Haider-Epigonen Heinz-Christian Strache auf den Schild – und erlebte eine Renaissance.“ - „... sieben Jahre Mitte-Rechts-Koalition der politischen Kultur in Österreich durchaus gut getan haben, weil es kräftige, lebendige, hitzige Diskussionen gab, die geradezu ein Lebenselixier jeder Demokratie sind.“ - „Ob es eine funktionierende Chemie zwischen SPÖ und ÖVP geben kann, wird sich bald herauskristallisieren. Dass beide Parteien eigentlich eher in die Koalition gezwungen wurden, spricht nicht für eine lange Lebensdauer.“ 	
Direkte Rede und redeberichtende Verben – wertend (fett) oder neutral	<ul style="list-style-type: none"> - nicht wenige aus der ÖVP dachten: „Dem Wolfgang wird schon noch etwas einfallen.“ - deutscher Politiker: „Man wählt nicht Dankbarkeit, sondern Zukunft.“ 	

Bei der Bezeichnung der Akteure hat der Autor alle fünf im Parlament vertretenen Parteien erwähnt und somit die Ausgangssituation mit Akzent auf die neue Koalition geschildert. Wie es in einem Kommentar üblich ist, hat Vytiska verstärkt werdende Wortwahl bezüglich der Hauptakteuren und Themen benutzt. Die Anzahl der Zitate und der redeberichtenden Verben ist gering.

Die These des Gastkommentars lautet: der neue Bundeskanzler Gusenbauer darf eine Regierungspolitik fortsetzen, „die die schwarz-blaue und später die schwarz-orange Regierung in großen Zügen vorgegeben hat. Gewissermaßen nach dem Motto: Orange raus, Rot rein.“

Dies war auch der Grundton der Opposition und der regierenden ÖVP bei der Regierungsangelobungsdebatte. Weitere Themen der Parlamentsdebatte wie die SPÖ hatte zu viele Kompromisse gemacht, oder die Politik der scheidenden Mitte-Rechts-Koalition hätte „Österreich zum Gewinner der EU-Osterweiterung“ gemacht, finden sich in diesem Kommentar wieder.

Alle politischen Parteien wurden in dieses Argumentations-Puzzle miteinbezogen und am Schluss seines Gastkommentars gab Herbert Vytiska eine Prognose ab, die Ende 2008 wahr geworden ist: „Ob es eine funktionierende Chemie zwischen SPÖ und ÖVP

geben kann, wird sich bald herauskristallisieren. Dass beide Parteien eigentlich eher in die Koalition gezwungen wurden, spricht nicht für eine lange Lebensdauer.“

Analyse

Glosse Pizzicato „Brief von oben“ von Hans-Werner Scheidl („Die Presse“)

Die im Namen von Bruno Kreisky geschriebene Glosse in Form eines Briefes ist ein sehr origineller journalistischer Beitrag. Es wird der neue Bundeskanzler Alfred Gusenbauer in direkter Rede humorvoll bezüglich seines Auftritts angesprochen.

Tabelle 8.9 – die Glosse

Kriterium	Inhalte aus der Glosse Pizzicato „Brief von oben“	Wortanzahl
Bezeichnungen für die Hauptakteure	Genosse Gusenbauer, Bundeskanzler Genosse Bruno K.	2 1
Bezeichnungen für die Wir-Gruppe und die Gruppe der Anderen durch die Parteien	- „nun endlich wieder einer von uns Bundeskanzler ist“ - „dein Amtsvorgänger“	11
Wertende Wortwahl bezüglich der Hauptakteuren und der Hauptthemen	- „hat sich positiv über deine Marx-Kenntnisse geäußert. Nur (...) knurren“; - „zu den Äußerlichkeiten, die du nicht gering schätzen solltest“; - „Ich war auf Erden auch nicht gerade schlank (eher barock)“; - „mein böhmischer Schneider (...) ist gut und preiswert“; - „...dein Amtsvorgänger so seltsame Turnpatschen zum dunklen Anzug präferierte“.	51

Stilistische Mitteln der Mode werden zu Unterscheidungsmerkmalen zwischen den politischen Parteien - ein definitiv unterbewertetes Kommunikations-Mittel. Weil wie kann ein Politiker sein Ressort unter Kontrolle haben, wenn er die Länge seiner Hose nicht unter Kontrolle hat?

In dieser satirisch gezeichneten journalistischen Kurzform richtet sich der Ex-Kanzler Bruno Kreisky mit einigen Ratschlägen an den „Lieben Genossen Gusenbauer!“.

Äußerlichkeiten, die Gusenbauer nicht gering schätzen sollte, werden ihn, den neuen Regierungschef, von seinem Vorgänger unterscheiden (Wolfgang Schüssel war mit seiner Vorliebe für Fliegen bekannt).

So kommt die „Wir-Gruppe“ der Sozialdemokraten auch auf die Ebene der (Partei-) Mode zur Geltung. Darüber hinaus soll man den sozialen Gedanken auch bei der Wahl der Politikerbekleidung ausleben: „...das muss nicht immer der Knize sein (...) Ruf meinen böhmischen Schneider in Hernals an, der kommt ins Haus, ist gut und preiswert...“

Zusammenfassung „Die Presse“

Zwei Berichte über die neue Koalition, zwei Kommentare, zwei Interviews und eine Glosse - die Berichterstattung in der „Presse“ am 17. Jänner 2007 bezüglich der neuen Regierung war vielfältig.

Hoher Informationsgehalt, präsente Transparenz der Bezüge, Hintergrundinformationen, die Hauptakteure, Themen aus der Debatte und viele Meinungen – in direkter Rede oder in wiedergegeben Rede - charakterisieren die Berichterstattung in der „Presse“.

Mit wertender Wortwahl seitens der Presse-Journalisten waren aber nicht nur die Kommentare, sondern auch die Berichte versehen. Der Leitartikel der „Presse“ (und nicht, wie eher zu erwarten, ein Text in der „Kronen Zeitung“) ist jener Text (unter der in dieser Dissertation untersuchten Texten) mit der stärksten Alfred Gusenbauer kritischen Wortwahl eines Journalisten.

Da das Mischen von journalistischen Textgattungen allgemein den Boulevardmedien zugeschrieben wird, ist zu bemerken, dass auch in der „Presse“ in einem Fall eine Mischung aus Bericht und Reportage angeboten war: „*Gusenbauer ohne Emotion und Illusion*“.

Die „Attraktivmacher“ – einerseits von den Politikern selbst vorgegeben und von der Presse übernommen (z. B. „*Elch-Test*“ von Vizekanzler Molterer) und andererseits von den Journalisten kreiert (z. B. „*Cap reitet Attacken*“) beleben die Pressesprache.

Darüber hinaus weist die Sprache der „Presse“ Indizien für Tendenzen der Gegenwartssprache (z. B. „*Hat man den Mund vor der Wahl zu voll genommen*“) auf. Interessant sind bei den Interviews die Versuche der Journalisten, den Politikern wertende Wortbildungen in den Mund zu legen. So fragt z. B. Martina Salomon Josef Kalina, ob er „*der Kettenhund*“ des Bundeskanzlers sei. Kalina übernimmt weder ihm

zugedachte Rolle noch die Wortbildung. Er beantwortet die ihm gestellte Frage unter erfolgreicher Ausklammerung der Bezeichnung „*Kettenhund*“.

Dieses Vorgehen ist nicht immer der Fall: Wenn wertende Wortbildungen und zugeschriebene soziale Rollen in die Vorstellungen der jeweiligen Parteien passen, werden diese gerne übernommen, z. B. wiederholte Norbert Walter den Topos „*urbane Staatspartei*“, den ihm der Journalist in der Frage vorgegeben hatte.

Bei den beiden Interviews machen sich Bestrebung die „*Wir-Gruppe*“ der eigenen Partei sowie die Inhalte, für die die Partei steht, zu betonen deutlich bemerkbar. Dies war auch bei den Beiträgen während der Regierungsangelobungsdebatte schon der Fall.

Auffällig sind darüber hinaus die Bemühungen der Interviewten Josef Kalina (SPÖ) und Norbert Walter (ÖVP), nicht nur sich selbst und die eigene Partei, sondern auch eine andere, in der Hierarchie höher stehende Person zu positionieren. Kalina erwähnte mehrmals den Bundeskanzler Gusenbauer, Walter den neuen Wissenschaftsminister Johannes Hahn. Allgemein sind beide auf die Themen der Journalistenfragen eingegangen.

Interessant ist auch, dass sich die Prognose von Herbert Vytiska (ein Jahr nach der Bildung der Gusenbauer-Regierung) als richtig erwiesen hat, dass der Umstand „*beide Parteien eigentlich eher in die Koalition gezwungen wurden, nicht für eine lange Lebensdauer spricht*“.

Zur Auflöckerung des seriösen Themas „*neue Regierung*“ dient die Glosse „*Brief von oben*“, die eine Verknüpfung von Mode und sozialen (im Sinne von kostengünstig) Gedanken in der Politik empfiehlt.

8.2 Die Berichterstattung in der „Kronen Zeitung“ am 17. Jänner 2007

Die Berichterstattung in der „Kronen Zeitung“ am 17. Jänner 2007 bezüglich der Regierungsangelobungsdebatte, die für diese Dissertation in Betracht gezogen wird, besteht aus:

- dem Bericht „Gusenbauer will Nachhilfestunden in Wiener Schule erteilen“ von Dieter Kindermann;
- den Meldungen „Notizen aus dem Parlament“: „Uninspiriert“, „Caps Kaffeeschale“, „Ehrenmitglied“, „Der ÖVP-Fighter“, „Fliegender Wechsel“ von Dieter Kindermann;
- der Kurzmeldung „Faymanns Modell“;
- dem Kommentar „Trau, schau, wem“ von Dieter Kindermann und
- dem gereimten Kommentar „In den Wind gereimt...“ von Wolf Martin.

Die „Kronen Zeitung“ widmete der Regierungsbildung in der Printausgabe vom 17. Jänner 2007 die Seiten 2 und 3. Dort sind der Hauptbericht, zwei Kommentare, zwei Fotos und einige Kurzmeldungen, die die Ereignisse im Hohen Haus vom 16. Jänner 2007 schildern, zu finden. Diese übersichtliche Darstellung liefert eine gute Orientierung. Eine entscheidende Rolle dabei haben auch die Bilder. Zwar werden Bilder in dieser Dissertation erwähnt, aber nicht explizit behandelt: Ein kleines Foto zeigt den neuen Bundeskanzler mit einem Kind beim Lernen. Der Text darunter lautet „*Alfred Gusenbauer: jede Woche als Nachhilfelehrer im Einsatz*“. Das zweite Foto besetzt ein Drittel der Fläche von der Seite 3. Der Bildtext lautet „*Die vollbesetzte Regierungsbank im Plenum des Nationalrates. Der Bundeskanzler Alfred Gusenbauer gibt die Regierungserklärung ab*“.

Analyse

Bericht „Gusenbauer will Nachhilfestunden in Wiener Schule erteilen“ von Dieter Kindermann („Kronen Zeitung“)

Übertitel: „Als Vorbild für die Studenten, die sich ihre Studiengebühr ersparen könnten. Regierungserklärung des Kanzlers – scharfe Kritik der Opposition“

Der zentrale Bericht der „Kronen Zeitung“ bezüglich der Regierungsangelobungsdebatte am 16. Jänner 2007 startet mit atmosphärischen Eindrücken d. h. wie eine Reportage. Geschildert wird die Situation vor dem Parlament,

wo die Polizei demonstrierende Studenten aufhält. Als Gegensatz dazu wird gleich danach die Situation im Parlament selbst dargestellt: die Regierungsbank ist „*gesteckt voll*“. In wenigen Zeilen ist es dem Autor Dieter Kindermann gelungen mit der Hilfe einer bildhaften Sprache die Geschehnisse zu schildern. Die weitere Beschreibung der Debatte wird genau dem Geschmack von Schnellesern angepasst.

Tabelle 8.10 – der Bericht

Kriterium	Ausgewählte Inhalte aus dem Bericht „ <i>Gusenbauer will Nachhilfe in Wiener Schule erteilen</i> “	Wortanzahl
Bezeichnungen für die Akteure	<ul style="list-style-type: none"> - Alfred Gusenbauer, der neue Kanzler - BZÖ-Chef Peter Westenthaler - Studenten - Die Opposition - Grünen-Chef Van der Bellen - Vizekanzler Molterer - ÖVP-Klubchef Schüssel - FPÖ-Chef Strache 	3 2 2 1 1 2 1 1
Wertende Wortwahl (fett) des Autors bezüglich der Hauptakteuren und der Hauptthemen der Regierungsangelobungsdebatte	<ul style="list-style-type: none"> - „<i>Es war ein Gag in der gestrigen Regierungserklärung im Parlament...</i>“ (gemeint ist die Kanzler-Idee Nachhilfestunden zu geben) - „Die Regierungsbank im Parlament war gesteckt voll.“ - „...die 24 Seiten Regierungserklärung. Vollgespickt mit Versprechen...“ - „Hochgesteckte Ziele... die ausnahmsweise gehalten werden sollen.“ - „Die Opposition ließ an dem neuen Kanzler kein gutes Haar.“ 	40
Wiedergegebene Rede und redeberichtende Verben – wertend (fett) oder neutral	<p>„<i>Alfred Gusenbauer erklärte sich bereit, einmal in der Woche an einer Wiener Schule gratis Nachhilfestunden zu erteilen.</i>“</p> <p>„<i>BZÖ-Chef Peter Westenthaler erinnerte ihn aber dann, dass er monatlich 19.762 Euro brutto verdient.</i>“</p>	31
Direkte Rede und redeberichtende Verben – wertend (fett) oder neutral	<ul style="list-style-type: none"> - „<i>Zum Gähnen</i>“, fand Grünen-Chef Van der Bellen die Regierungserklärung. „<i>Wo ist der große Wurf?</i>“, fragte er...“ - „<i>SPÖ und ÖVP haben eine unterschiedliche Geschichte, aber ein Ziel</i>“, versicherten Vizekanzler Molterer und ÖVP-Klubchef Schüssel. „<i>Gemeinsam für Österreich zu arbeiten mit Schwerpunkten Vollbeschäftigung, modernste Bildungsstandards, Verwaltungsreform.</i>“ Molterer: „<i>Mein Doppelbudget wird den Elch-Test bestehen.</i>“ - „<i>Kanzler des Wortbruchs</i>“, „<i>Selbstaufgabe der SPÖ</i>“, kommentieren FPÖ-Chef Strache und BZÖ-Chef Westenthaler 	63

Mit einer Gesamtanzahl von 245 Wörter hat es der „Kronen Zeitung“-Journalist Dieter Kindermann geschafft, die mehrstündige Parlamentsdebatte vom 16. Jänner 2007 wiederzugeben. Er ließ die Hauptakteure – den Bundeskanzler, den Vizekanzler, die

Parteichefs und die Klubobmänner – selbst sprechen, aber nur in Stichworten: „Zum Gähnen“, „Kanzler des Wortbruchs“, „Mein Doppelbudget wird den Elch-Test bestehen“. Dies sind die „Attraktivmacher“, die die Politiker selbst benutzt haben, und die „Kronen Zeitung“ hat diese übernommen um einerseits Authentizität durch Debattennähe zu erzielen und andererseits die Lesbarkeit des Textes zu erhöhen. Darüber hinaus kommen Stellvertreter aller Parteien zu Wort. Es ist keine Ungleichmäßigkeit zu beobachten – Regierung und Opposition sind in diesem Text gleich oft behandelt und mit den Originalzitaten wird ein farbigeres Bild der Geschehnisse gemalt.

Die gewählte journalistische Textgattung ist als Bericht zu bezeichnen, weist aber Zeichen einer Mischform von – Bericht und Reportage auf: der Leser befindet sich fast am Ort des Geschehens und bekommt atmosphärische Eindrücke, gleichzeitig ist der Text wie ein Bericht sehr informativ. Mit Stichworten hat der Autor Dieter Kindermann die Inhalte des Regierungsprogramms aufgelistet: „im Sozialbereich: Mindestsicherung, Mindesteinkommen, Mindestpension – und 25 Prozent weniger Arbeitslose“ und darüber hinaus: „Vollbeschäftigung, modernste Bildungsstandards, Verwaltungsreform“.

Die Anzahl der wertenden Wortbildungen ist nicht sehr hoch, der Grad der Emotionalisierung – auch nicht sehr hoch. Die verwendeten kurzen Sätze helfen dem Rezipienten, den Artikel in einem Atemzug zu lesen. Eine Vertrautheit mit dem Thema und eine große Nähe zu den Hauptakteuren wird durch die unvollständigen Nennungen der Politikernamen vermittelt - nur Alfred Gusenbauer und Peter Westenthaler werden mit ihrem vollständigem Namen erwähnt, alle anderen – Grünen-Chef Van der Bellen, ÖVP-Klubchef Schüssel, FPÖ-Chef Strache – nicht. Die Schlichtheit des Ausdrucks und Elemente von Alltagssprache (z. B. alle Akteure werden als Chefs bezeichnet) tragen auch zu der erfolgreichen Vereinfachung der komplexen Zusammenhänge in der Politik bei, erleichtern enorm das Lesen und vermittelt ein „wir-unter-uns“-Gefühl. Der Leser bekommt den Eindruck, informiert zu sein und sich mit der österreichischen Politik auszukennen.

Analyse

Meldungen „Notizen aus dem Parlament“ von Dieter Kindermann („Kronen Zeitung“):

„Uninspiriert“ (1), „Caps Kaffeeschale“ (2), „Ehrenmitglied“ (3), „Der ÖVP-Fighter“ (4), „Fliegender Wechsel“ (5)

Mit Hilfe von Zitaten schildert der Autor mehrere Themen aus der Regierungsangelobungsdebatte. Der Autor lässt die politischen Akteure selbst über Eurofighter, neuer Bundeskanzler, Wechsel an der Spitze der ÖVP sprechen.

Tabelle 8.11 – die Meldungen

Kriterium	Ausgewählte Inhalte aus den Meldungen „Notizen aus dem Parlament“	Wortanzahl
Bezeichnungen für die Akteure	<ul style="list-style-type: none"> - (1). Grünen-Chef Van der Bellen Kanzler Alfred Gusenbauer - (2). SPÖ-Klubchef Josef Cap Van der Bellen ÖVP-Wissenschaftsminister Johannes Hahn - (3). Alfred Gusenbauer FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache - (4). Alfred Gusenbauer FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache - (5). SPÖ-Klubchef Josef Cap Molterer Schüssel 	1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1
Direkte Rede, redeberichtende Verben – wertend (fett) oder neutral, wertende Wortwahl (fett)	<p>1. „Uninspiriert“ blieb Grünen Chef Van der Bellen von der Regierungserklärung des Kanzlers Alfred Gusenbauer.“ <i>„Wenn ich die Stimmung richtig einschätze, war das bei allen Fraktionen ebenso. Insgesamt also – schwer enttäuschte Hoffnungen“</i></p> <p>2. „Ich habe vor Van der Bellens Rede Gott sei Dank einen Kaffee getrunken“ <i>„Ein Inspirationsfeuerwerk war das nicht gerade“</i> <i>„Sie sollen sich bei den Studiengebühren nicht hinter der Hecke verstecken.“</i></p> <p>3. „Alfred Gusenbauer ist der erste ÖVP-Bundeskanzler mit rotem Parteibuch“, ätzte FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache. <i>„Darf ich ihnen die Ehrenmitgliedsurkunde der ÖVP überreichen?“, fragte er lachend.</i></p> <p>4. „Erst wollte Alfred Gusenbauer statt Eurofighter Sozialfighter haben“, mokierte sich FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache. „Jetzt ist er aber vom Sozial- zum ÖVP-Fighter geworden...“</p> <p>5. „Fliegender Wechsel“, erklärte SPÖ-Klubchef Josef Cap an die ÖVP-Adresse. „Klubchef Molterer ist Vizekanzler und Kanzler Schüssel Klubobmann geworden.“</p>	31 30 24 22 18

Diese Spalte beinhaltet ein berufliches Muss für Politiker – das Abgeben kurzer Statements. Genau solche kurzen Wortmeldungen mit einer prägnanten, situationsgebundenen Titelgebung sind in den Kurzmeldungen „Notizen aus dem Parlament“ zu finden. Also, wenn sich ein Politiker seine Rede selber mit „Attraktivmachern“ versieht, finden sich diese auch meistens in der Berichterstattung wieder.

Bei diesen Kurzmeldungen dominiert die direkte Rede mit wertender Wortwahl aus der Debatte auch wenn die Statements der politischen Akteure teilweise verkürzt und sinngemäß umgebaut wurden. Diese Meldungen geben einen sehr atmosphärischen Eindruck von der parlamentarischen Debatte, vermitteln Authentizität und mit Ausnahme des BZÖ sind alle anderen vier Parlamentsparteien erwähnt worden.

Analysse

Meldung „Faymanns Modell“ („Kronen Zeitung“)

Die Kurzmeldung behandelt die Idee von Infrastrukturminister Werner Faymann, eine neue Lösung für „Tempo 100“ zu suchen. Mit nur 37 Wörtern ist es gelungen, diesen komplexen Sachverhalt, den noch dazu jedes Bundesland allein für sich selbst regelt, darzustellen.

Tabelle 8.12 – die Meldung

Kriterium	Inhalte aus der Meldung „Faymanns Modell“	Wortanzahl
Bezeichnungen für die Akteure	<ul style="list-style-type: none"> - Faymann - Autofahrer - Landeshauptleute 	2 1 1
Wertende Wortwahl bezüglich der Hauptakteuren und der Hauptthemen der Regierungsangelobungsdebatte	„Tempo 100 verärgert viele Autofahrer.“	5
Wiedergegebene Rede	„...will Infrastrukturminister Faymann ein flexibles Modell einführen. Also auf Tempo 100 nur dann umsteigen, wenn die Schadstoffbelastung ein zulässiges Maß überschritten hat. Faymann will darüber mit allen Landeshauptleuten sprechen.“	29

Mit 29 von insgesamt 37 Wörtern dieser Meldung wird das Vorhaben des Infrastrukturministers wiedergegeben. Wertend ist nur ein Statement – „*Tempo 100 verärgert viele Autofahrer*“. Der Hauptakteur der Meldung - Werner Faymann - wird zweimal erwähnt, aber nur jovial als Faymann. Also ist dieses „Wir-unter-uns“-Gefühl der „Kronen Zeitung“-Leser wie im Hauptartikel auch hier zu finden.

Analyse

Kommentar „Trau, schau, wem“ von Dieter Kindermann („Kronen Zeitung“)

Im Vergleich zu den oben analysierten Kommentaren der „Presse“ weist dieser Kommentar in der „Kronen Zeitung“ viele Unterschiede auf: er ist deutlich kürzer, beinhaltet keine wiedergegebene direkte Rede und keine indirekten Zitate der Hauptakteure. Trotz der Kürze der Form hat es der Autor geschafft alle Hauptakteure zu nennen.

Tabelle 8.13 – der Kommentar

Kriterium	Inhalte aus dem Kommentar „Trau, schau, wem“	Wortanzahl
Bezeichnungen für die Akteure	<ul style="list-style-type: none"> - Kanzler Alfred Gusenbauer - die große Koalition - ÖVP - SPÖ - Koalitionspartner - die Opposition - neue Minister 	<ul style="list-style-type: none"> 1 2 1 1 1 1 1
Hauptthema	Regierungserklärung	2
Wertende Wortwahl bezüglich der Hauptakteuren und der Hauptthemen der Regierungsangelobungsdebatte	<ul style="list-style-type: none"> - „<i>Es war kein rhetorisches Feuerwerk... Vielmehr eine gediegene Regierungserklärung – eben der kleinste gemeinsame Nenner der großen Koalition</i>“ - „<i>...lieferten einander SPÖ und ÖVP nicht wie früher offene Feldschlachten</i>“ - „<i>...die Sticheleien waren unüberhörbar</i>“ - „<i>Die Opposition verfiel in den alten Fehler, das Koalitionsabkommen in der Luft zu zerren. Aber keine zündenden Alternativen vorzulegen.</i>“ - „<i>...man soll neue Minister nicht vom ersten Regierungstag an herunterschlagen.</i>“ 	60

Die Gesamtwortanzahl dieses Kommentars beträgt 132 Wörter, von denen 60 wertenden Statements des Journalisten sind. Wie es laut Definition für einen Kommentar zulässig ist, wird bei dieser Textgattung die Meinung des Autors vermittelt.

Kindermann hat diese Möglichkeit wahrgenommen und es geschafft, den Lesern der „Kronen Zeitung“ einen Überblick über die mehrstündige Regierungsangelobungsdebatte zu verschaffen. Auch hier, wie bei dem Kommentar „Nachhilfe für Gusenbauer“ von Karl Ettinger in der „Presse“, wird nicht auf die konkreten Inhalte aus der Debatte eingegangen. In dieser selektiven und subjektiven Darstellung fehlen auch Bemerkungen über den „Nachhilfelehrer Gusenbauer“.

Analysen

Gereimter Kommentar „In den Wind gereimt...“ von Wolf Martin („Kronen Zeitung“)

Das Genre „gereimter Kommentar“ wird in der österreichischen Medienlandschaft nur von der „Kronen Zeitung“ gepflegt. Der Text von Wolf Martin behandelt das Thema „Eurofighter“. Von der ÖVP bestellt, wollte diese die SPÖ abbestellen und hat dieses Vorhaben als Wahlversprechen plakatiert. Nach der Wahl und nach der Regierungsangelobungsdebatte ist klar geworden: die Eurofighter werden geliefert. Mit einer Gesamtwortanzahl von 44 Wörtern, 39 von denen in Form wertender Statements, reduzierte der Dichter einen komplizierten Sachverhalt und verschaffte dem Schnell-Leser der „Kronen Zeitung“ einen Überblick. Wie bei den oben analysierten Texten ist auch in diesem Kommentar die „Vertrautheit“ und das „Wir-unter-uns“-Gefühl gelungen: die Hauptakteure werden nicht mit ihren ganzen Namen genannt, sondern nur verkürzt als Darabos und Dr. Schüssel.

Tabelle 8.14 - Gereimter Kommentar

Kriterium	Ausgewählte Inhalte aus dem gereimten Kommentar von Wolf Martin	Wortanzahl
Bezeichnungen für die Akteure	<ul style="list-style-type: none"> - Darabos - SPÖ - Dr. Schüssel 	<ul style="list-style-type: none"> 1 1 1
Wertende Wortwahl bezüglich der Hauptakteuren und der Hauptthemen der Regierungsangelobungsdebatte	<ul style="list-style-type: none"> - „Darabos, das ist nicht heiter, hat am Hals die Teurofighter.“ „Doch mit Recht bezweifelt man, ob sie (SPÖ) dieses wirklich kann.“ - „Ihr Versprechen wird sie (SPÖ) reuen. Dr. Schüssel wird sich freuen.“ 	32
Wiedergegebene Rede	„Dass man ihrer sich entledigt, hat die SPÖ gepredigt.“	9

Mit diesem gereimten Kommentar wird den Lesern der „Kronen Zeitung“ noch ein Thema – die strittige Beschaffung der Eurofighter - von der Debatte vorgestellt. Der Dichter liefert ein satirisches Schreiben mit Kenntnissen für das politische Geschehen: die Sachverhalte sind wahrhaftig dargestellt, so wie diese im Sitzungssaal der Hohen Hauses behandelt wurden. Wie bei der Kurzmeldung „Faymanns Modell“ bietet auch dieser Kommentar die Gelegenheit, ein Thema von anderen abzuheben. Und in diesem Fall entscheidet die „Kronen Zeitung“ welches Thema hervorgehoben wird. Die „Eurofighter“ haben während der Debatte für heftige Diskussion gesorgt, nicht aber „Tempo 100“. Warum sich die Tageszeitung trotzdem zu diesem Thema immerhin mit einer Meldung entschlossen hat, bleibt unklar, ist aber ein Beispiel für Agenda-Setting. Im Kapitel 9 wird die Autorin auf diese Kurzmeldung zurückkommen.

Zusammenfassung die „Kronen Zeitung“

Die Kronen Zeitung schaffte es auch in der Berichterstattung über eine mehrstündige Regierungsangelobungsdebatte dem Zeitungslesen das Anstrengende zu nehmen. Sie wählte eine verständliche, unkomplizierte Sprache, kurze Sätze und ein allen Lesern vertrautes Vokabular (vgl. Haas, 2005). Darüber hinaus wurde ein „Wir-unter-uns“-Gefühl mit nicht vollständigen Nennungen der Namen der Hauptakteure gestärkt.

Die Hauptakteure werden nicht mit Vollnamen genannt, sondern nur mit ihren Familiennamen: Faymann, Cap, Schüssel. Durch dieses Mittel wird die Distanz zwischen der Tageszeitung und den Lesern kürzer.

Die Berichterstattung der „Kronen Zeitung“ - ein Haupttext, mehrere Meldungen und zwei Kommentare – wurde stark durch die Bebilderung unterstützt und lieferte in Sekundenschnelle einen Überblick über die Geschehnisse im Parlament - ein maßgeschneidertes Produkt für den fernsehgewohnten Leser.

Direkte Rede kommt in der „Kronen Zeitung“ auch zum Einsatz. Es melden sich viele Akteure zu Wort, eine wertende Wortwahl der Journalisten lässt sich auch nachweisen. Wie schon in der „Presse“ sind auch in dem „Kronen Zeitung“ Bericht „*Gusenbauer will Nachhilfestunden in Wiener Schule erteilen*“ zwei journalistische Textgattungen - Bericht und Reportage - vermischt worden.

Es kann als eine publizistische Meisterleistung angesehen werden, eine 16 Stunden lange Regierungsangelobungsdebatte mit 245 Wörtern für Menschen, die keine

Politiker und vielleicht auch nicht politikinteressiert sind, zusammenzufassen. Dies ist eine Stärke der „Kronen Zeitung“.

Eigenschaften des Qualitätsjournalismus wie Aktualität (es wurde zeitnah am Tag nach der Debatte berichtet), Verständlichkeit (kurze Sätze mit geringer Wortanzahl) und Informationsgehalt (unterschiedliche Akteure und deren Meinungen sind vertreten) fehlen auch bei der „Kronen Zeitung“ nicht.

8.3 Zusammenfassung der Ergebnisse der Analyse der Medienberichterstattung am 17. Jänner 2007

In den beiden Tageszeitungen „Die Presse“ (eine Qualitätszeitung) und die „Kronen Zeitung“ (ein Boulevardblatt) fand nur ein Bruchteil der wichtigsten Inhalte der Regierungsangelobungsdebatte Platz. Brisante Ideen, wie die der FPÖ, ein eigenes Sozialsystem für Nicht-Österreicher einzuführen, wurden von beiden Blättern nicht aufgegriffen und weiterbehandelt. Diese Ähnlichkeiten zwischen einer Qualitätszeitung und einem Boulevardblatt sind so erklärbar: Tageszeitungen verfügen über eine begrenzte Seitenanzahl, es können also nicht alle Diskussionsthemen z. B. einer Regierungsangelobungsdebatte den Rezipienten weiterleiten. Als „Schleusenwärter“ wählen die Journalisten nur wenige Themen.

Also, wo liegt dann der Unterschied zwischen der „Presse“ und der „Kronen Zeitung“? Dieser ist zweifelsohne in der Auswahl der Akteure und Themen zu suchen: bei der „Presse“ sind es nachweisbar mehr als bei der „Kronen Zeitung“. Die Politiker werden in der „Presse“ in mehreren sozialen Rollen wahrgenommen - z. B. ist Bundeskanzler Gusenbauer in seiner Rolle als „Nachhilfelehrer“ stark hervorgehoben.

Eine weitere Gemeinsamkeit zwischen den beiden Medien, die auch mit dem Wesen einer Tageszeitung zu tun hat, sind die „Attraktivmacher“. Wenn Politiker selbst attraktive und kurze Statements abgeben (wie z. B. Vizekanzler Molterer den Begriff „Elch-Test“) werden diese mit hoher Wahrscheinlichkeit von Qualitätszeitungen und von Boulevardmedien übernommen.

Darüber hinaus wurden Tendenzen der Gegenwartssprache bei beiden Tageszeitungen festgestellt, in der „Kronen Zeitung“ sind diese aber deutlicher. Dazu kommt das „Wir-unter-uns“-Gefühl der auflagenstärksten Zeitung Österreichs, das mit einer

unkomplizierten Sprache und bewussten Verkürzungen der Namen der Hauptakteure – z.B. Werner Faymann wird als „Faymann“ vorgestellt, die Klubobmänner als „Chefs“ bezeichnet – gestärkt wird. Solche Vorgänge verkürzen die Distanz zwischen der „Kronen Zeitung“ und den Lesern und vermitteln den letzteren ein angenehmes „Wir-Gefühl“.

Die Tageszeitungen bieten also die von den Journalisten ausgewählten Themen täglich den (angenommen) mündigen Leser an. Also kann er selber entscheiden wie die Informationen und Meinungen im Zusammenhang mit seinem eigenen Wissen, gewonnenen Erfahrungen und politischen Einsichten einzuordnen sind. Der mündige Leser braucht keine vorgefertigten Lösungen, die durch Mischung von informationsbetonten und meinungsbetonen Textgattungen entstehen. Eine scharfe Trennung der journalistischen Textgattungen wurde bei der Berichterstattung am 17. Jänner 2007 aber nur teilweise beobachtet. Informationsbetonte und meinungsbetonete Textgattungen wurden in den Tageszeitungen „Die Presse“ und „Kronen Zeitung“ gemischt, aber in einem erheblich unterschiedlichen Maße. Als Qualitätszeitung hat „Die Presse“ dezent meinungsbetont agiert – es sind nur einzelne wertende Worte zu bemerken wie z. B. „verschämt“ für den neuen Bundeskanzler. In der „Kronen Zeitung“, die vom eigenen Herausgeber Hans Dichand nicht als „Boulevardblatt“, sondern als „Volkszeitung“ bezeichnet wird (Haas, 2005), ist dagegen reichlicher die Meinung des Journalisten zu lesen. Das scheint aber ein Teil der Blattlinie zu sein – der Autor ist in der Rolle des mutigen Kerls, der die Worte ausspricht, die die Leser selber gerne aussprechen würden.

Darüber hinaus ist für die „Kronen Zeitung“ in ihrer Eigenart bestrebt, dem Zeitungslesen das Anstrengende zu nehmen. In der auflagestärksten Tageszeitung Österreichs wurde die Parlamentsdebatte vom 16. Jänner 2007 mit einem Bericht, einigen Meldungen und zwei Kommentaren wiedergegeben. In der „Presse“ sind zwei relevante Berichte, zwei Interviews, ein Gastkommentar, ein Hauptartikel und eine Glosse zum Thema „Regierungsbildung“ zu finden. Interessant ist, dass die Prognose des Gastkommentars von Herbert Vytiska bezüglich der Kurzlebigkeit der „erzwungenen“ SPÖ-ÖVP Koalition sich nach einem Jahr als zutreffend erwiesen hat (die vorzeitige Nationalratswahl erfolgte im September 2008).

In ihrer Berichterstattung waren beide Tageszeitungen bemüht, die Komplexität des Parlamentsgeschehens zu Gunsten eines gesteigerten Verständnisses zu reduzieren. Die

Qualitätstageszeitung bot am 17. Jänner 2007 Orientierung durch Information und Vielfalt, war aber ausgesprochen „Gusenbauer-lastig“. Insgesamt 39-mal wurde der neue Bundeskanzler erwähnt und mit wertender Wortwahl seitens der „Presse“-Journalisten versehen. Im Gegensatz zur der „Presse“ erwähnte die „Kronen Zeitung“ nur fünfmal den neuen Bundeskanzler namentlich. Darüber hinaus sind in der „Kronen Zeitung“ kaum wertende Worte über Alfred Gusenbauer zu finden. Die auflagenstärkste Zeitung Österreichs agierte auch an diesem Tag als Sprecherin der „kleinen Leute“, die in ihrem nutzerfreundlichen Kleinformat ihren Lesern in einer unkomplizierten Sprache und einem vertrauten Vokabular eine umfassende Darstellung der Regierungsangelobungsdebatte angeboten hat.

Am Schluss werden noch einmal die nachweisbaren Ähnlichkeiten und Unterschiede zwischen der „Presse“ und der „Kronen Zeitung“, die durch diese Analyse gewonnen werden konnten, aufgelistet:

Tabelle 8.15 Zusammenfassung

Ähnlichkeiten zwischen der „Presse“ und der „Kronen Zeitung“	Unterschiede zwischen der „Presse“ und der „Kronen Zeitung“
<ul style="list-style-type: none"> - Die Berichterstattung umfasste nur ein Bruchteil der Inhalte der Regierungsangelobungsdebatte. 	<ul style="list-style-type: none"> - Mehr Themen, Akteure und eine vielfältigere Berichterstattung (Interviews, Glosse) hat die „Presse“ angeboten; auch „Gast-Stimmen“ wie der Gastkommentar von Herbert Vytiska waren in der „Presse“ zu finden.
<ul style="list-style-type: none"> - Die „Attraktivmacher“ der politischen Akteure haben beide Medien aufgegriffen (z. B. die Wortbildung „Elch-Test“ von Vizekanzler Molterer) 	
<ul style="list-style-type: none"> - Tendenzen der Gegenwartsprache vorhanden 	<ul style="list-style-type: none"> - Wesentlich sichtbarer waren diese Tendenzen bei der „Kronen Zeitung“.
	<ul style="list-style-type: none"> - Die „Kronen Zeitung“ erzeugte ein

	„Wir-unter-uns“-Gefühl. Sie zieht keine scharfe Grenze zwischen Tageszeitung und Rezipient; der Journalist agiert als der „mutige Kerl“ und die Zeitung als „Sprecherin der kleinen Leute“.
- Mischung der journalistischen Textgattungen (informationsbetonte und meinungsbetonte) - im konkreten Fall eine Mischung von „Bericht“ und „Reportage“	- Emotioneller und bildhafter war die Sprache der „Kronen Zeitung“.
	- Die Berichterstattung in der „Presse“ am 17. Jänner 2007 war „Gusenbauerlastiger“ (der neue Bundeskanzler wurde 39-mal erwähnt und auch mit viel wertender Wortwahl versehen) als in der „Kronen Zeitung“ (fünf Erwähnungen des Bundeskanzlers)
- Die „Kronen Zeitung“ weist Merkmale einer Qualitätszeitung auf: z. B. Relevanz, Aktualität, Verständlichkeit (diese Merkmale sind aber für alle Tageszeitungen wünschenswert).	

Da durchaus bestimmte Ähnlichkeiten zwischen den beiden Zeitungen festgestellt werden konnten, stellt sich die berechtigte Frage: Inwieweit haben sich in Österreich populärer Journalismus und Qualitätsjournalismus angenähert? Die Hauptbereiche, in denen bei dieser Analyse eine Annäherung der Qualitätstagezeitung „Die Presse“ und dem Boulevardblatt „Kronen Zeitung“ festgestellt werden konnten, sind: Mischung von journalistischen Textgattungen, wertende Wortwahl in den Berichten und Verwendung von Alltagssprache. Diese drei Bereiche sind aber noch nicht ausreichend, um eine definitive Annäherung von Qualitäts- und Boulevardjournalismus festzustellen.

9. Schlussteil

Im Kapitel 1 wurde angekündigt, dass diese Dissertation zwei Aufgabenstellungen hat: zum einen anhand der Regierungsangelobungsdebatte vom 16. und 17. Jänner 2007 herauszufinden, was eine Parlamentsrede ausmacht, und zum anderen festzustellen, wie die Geschehnisse im Parlament in die Mediensprache übersetzt wurden. Diese Aufgabenstellungen wurden separat behandelt: für die Regierungsangelobungsdebatte (Kapitel 6, Kapitel 7) und für die Medienberichterstattung (Kapitel 8) anhand empirischer Untersuchungen.

In diesem letzten Kapitel der vorliegenden Arbeit wird der Frage nachgegangen „Welche Redner und Inhalte aus der Regierungsangelobungsdebatte von 16. Jänner haben in den Tageszeitungen am 17. Jänner einen Platz gefunden?“.

Bevor dieser Frage jedoch nachgegangen wird, wird eine kurze Zusammenfassung der bisherigen Forschungsergebnisse angeboten. Die Analyse der Regierungsangelobungsdebatte hat die von der Autorin aufgestellte Hypothese zu der Frage „Was macht eine Parlamentsrede aus?“ bestätigt: Politiker befolgen kommunikative Muster bei der Bewältigung unterschiedlicher Themen in ihrem Alltag. In jeder Parlamentsrede, unabhängig ob diese eine Stunde oder vier Minuten dauerte, wurden folgende sechs Kategorien festgestellt:

1. ein Grundthema
2. die sprachliche Kodierung dieses Themas
3. die Motivation und die Begründung dieses Themas
4. die Definition der Wir-Gruppe
5. Beispiele aus der Vergangenheit
6. Darstellung der möglichen Folgen

Während der mehrstündigen Parlamentsdebatte am 16. Jänner 2007 konzentrierten sich die Regierungsmitglieder und die Abgeordneten vor allem auf die einprägsame Darstellung der eigenen Position: es wurde geredet, geschimpft, gedichtet, gescherzt

und geschenkt. Auf strittige Fragen, die interessant für das Fernsehpublikum gewesen wären (ORF 2 übertrug die Debatte live von 9 bis 17 Uhr am 16. Jänner 2007), wurde selten eingegangen.

Der zweite Teil der Aufgabenstellung der Dissertation war die Analyse der Berichterstattung über die Regierungsangelobungsdebatte in den beiden Tageszeitungen „Die Presse“ und die „Kronen Zeitung“. Als Qualitätszeitung brachte „Die Presse“ zwei Berichte, zwei Kommentare, zwei Interviews und eine Glosse über die Regierungsdebatte am 17. Jänner 2007. Die Berichterstattung der „Kronen Zeitung“, bestand aus einem Haupttext, einigen Kurzmeldungen und zwei Kommentaren.

Was blieb vom Parlamentsgeschehen in den Tageszeitungen „Die Presse“ und „Kronen Zeitung“?

Die Berichterstattung – sowohl in der „Presse“ als auch in der „Kronen Zeitung“ - umfasste aufgrund der begrenzten Seitenanzahl einer Tageszeitung nur einen Bruchteil der Inhalte der Regierungsangelobungsdebatte. Die Texte in beiden Medien waren für die Aufnahmefähigkeiten der jeweiligen Rezipienten – Qualitäts-Presse-Leser und Boulevard-Medien-Leser - maßgeschneidert.

Die SPÖ im Parlament und in der Berichterstattung am Tag danach

Der Bundeskanzler Alfred Gusenbauer verfügte während der Regierungsangelobungsdebatte über eine Stunde Redezeit, die er für eine ausführliche Darstellung der Regierungsvorhaben in Anspruch nahm. Gesundheit, Wirtschaft, Bildung, Umwelt – alle wichtigen Themen des Regierungsübereinkommens wurden von ihm aufgegriffen. Die beiden Ämter, die Gusenbauer inne hatte, Bundeskanzler und Parteivorsitzender der SPÖ, sicherten ihm einen fixen Platz in der Berichterstattung. Weder das Grundthema der Rede - das Regierungsübereinkommen - noch die einzelnen Kapiteln aus diesem Übereinkommen prägten sich aber so stark bei den Journalisten ein, wie das Thema Studiengebühren und der damit verbundene Vorschlag von Gusenbauer, selber Nachhilfestunden in einer Wiener Schule leisten zu wollen wie es

jene Studenten werden tun müssen, die keine Studiengebühr mehr zahlen wollen/können. Dieses überraschende Statement fiel im Rahmen der Kategorie „Motivation“ seiner Argumentationslinie (Kapitel 6) mit dem Ziel, die Erhaltung der Studiengebühren bzw. den Vorschlag, die Studiengebühren durch Sozialarbeit ersetzen zu können, als richtig zu verteidigen.

Das direkte Zitat von Gusenbauer - „*Ich verstehe die Betroffenheit*“ - aus der Kategorie „Motivation“ wurde im Bericht „Gusenbauer ohne Emotion und Illusion“ von Claudia Dannhauser in der „Presse“ übernommen. Anders die „Kronen Zeitung“. In dem Bericht „Gusenbauer will Nachhilfestunden in Wiener Schule erteilen“ gibt der Autor Dieter Kindermann die Absicht Gusenbauers als indirekte und nicht als direkte Rede wieder: „*Alfred Gusenbauer erklärte sich bereit, einmal in der Woche an einer Wiener Schule gratis Nachhilfestunden zu erteilen.*“

Auf der Formulierungsebene kann im Fall von Gusenbauer das Statement über die Nachhilfestunden nicht als „Attraktivmacher“ (nach Lüger, 1995) ein spielerisch-kreativer Umgang mit der Sprache, um den Leser/Zuhörer zu amüsieren und ihm zu helfen, ein eventuell vorhandenes Desinteresse zu überwinden) eingestuft werden. Die Aufmerksamkeit der Medien galt dem ungewöhnlichen Inhalt des Statements und nicht der Form. Die „Nachhilfestunden“ kamen mehrmals in der Berichterstattung vor. Beispielsweise ist ein Teil des Leitartikels der „Presse“, der mit dem Titel „Nachhilfe für Gusenbauer“ versehen ist, Gusenbauer und seinem „PR-Gag“ gewidmet, so dass dieser nicht als der neue Bundeskanzler, sondern hauptsächlich als ein SPÖ-Politiker, der Nachhilfe geben will, von den Rezipienten wahrgenommen werden sollte.

„*Gusenbauer hat zuerst selbst dringend Hilfe nötig – nämlich im Fach „Wie regiere ich richtig“*“, fasst „Die Presse“ zusammen und gibt eine auffallend negative Wertung in Bezug auf Gusenbauer ab. Das „Hauptthema“ der Kanzlerrede wurde nur kurz angerissen: das Regierungsübereinkommen wurde als „*das 167 Seiten Schwadronier-Koalitionsabkommen*“ von der „Presse“ abgestempelt.

Das Gespräch der „Presse“ mit dem SPÖ-Politiker Josef Kalina verschafft Klarheit in Bezug auf die angekündigte „Motivation“ Gusenbauers, der selbst sei der Urheber der strittigen Idee, dass der Bundeskanzler Nachhilfestunden in einer Wiener Schule geben werde. „*Gebt ihm eine Chance!*“, appelliert Kalina.

Für die Förderung der Studierenden werde das Studienbeihilfensystem weiter ausgebaut und die bereits existierenden Kreditmodelle sowohl bekannter gemacht als auch erweitert, berichtet Gusenbauer im Rahmen der Kategorie „Darstellung der Zukunft“. „*Wir werden Werbung für die Verbesserungen machen und auch für das Modell, wofür sich Alfred Gusenbauer zur Verfügung gestellt hat*“, versichert Josef Kalina im Interview mit der „Presse“. Dies kann als Zeichen für parteiintern aufeinander abgestimmte Statements verstanden werden. Von unterschiedlichen SPÖ-Politikern transportiert erreichen diese Inhalte unterschiedliche Öffentlichkeiten: das Parlament, durch die Live-Übertragung des ORF die Fernsehzuschauer und die Leser der Qualitätszeitung „Die Presse“.

Zur Kategorie der „Motivation“ zählt folgendes Statement Gusenbauers: „*Ich bekenne mich dazu, dass man in einer Regierung auch Kompromisse schließen muss...*“ Als Bundeskanzler hat er die ÖVP nicht direkt angegriffen, dies übernahm Kalina in seinem Interview: „*Ich verstehe, dass die Studenten gegen Studiengebühren sind. Wir würden sie gerne abschaffen, die ÖVP hat sich das aber zum Symbol erkoren. Darum arbeiten wir jetzt an sozial gerechten Lösungen.*“

Die Glosse Pizzicato „Brief von oben“ in der „Presse“ greift das stilistische Mittel der Mode auf, das in der Politik ein definitiv unbewertetes Kommunikationsmittel darstellt. Es werden Äußerlichkeiten des neuen Bundeskanzlers Gusenbauer angesprochen, die dieser nicht gering schätzen sollte. In Sachen Mode steht in dem „Brief von oben“ der Ex-Kanzler Bruno Kreisky mit Ratschlägen über maßgeschneiderte Anzüge Gusenbauer zur Seite.

Die „Kronen Zeitung“ lieferte auch einen Bericht über die Regierungsangelobungsdebatte mit dem Kanzlernamen im Titel „Gusenbauer will Nachhilfestunden in Wiener Schule erteilen“. Die erwähnten Akteure neben Alfred Gusenbauer sind BZÖ-Chef Peter Westenthaler, Grünen-Chef Alexander Van der Bellen, Vizekanzler Wilhelm Molterer, ÖVP-Klubchef Wolfgang Schüssel, FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache. Auffallend ist die Tatsache, dass alle Politiker außer Gusenbauer, ein Recht auf „direkte Rede“ bekamen. Außerdem, nur die Worte über das Vorhaben, Nachhilfestunden zu geben, die als „Gag“ von Gusenbauer gedacht waren, gab der Journalist Dieter Kindermann wieder. Grund dafür könnte das Fehlen einer „Attraktivmacher“-Verpackung in der Rede des Kanzlers sein. Der Bundeskanzler hat zwar im Rahmen seiner „Motivation“ eine ungewöhnliche Lösung angeboten und diese

in der „Ich“-Form vertreten, jedoch haben Witz und Bildhaftigkeit in seiner Sprache gefehlt.

Zusammenfassend ist zu sagen: die von Alfred Gusenbauer verkörperten Ämter (Bundeskanzler, Parteivorsitzender der SPÖ) haben ihm einen Platz in der Berichterstattung gesichert. Das Grundthema seiner Rede – das Regierungsübereinkommen – wurde fast nicht erwähnt. Die Aufmerksamkeit der Medien galt der „Motivation“, die das neue Modell der Abgeltung der Studiengebühren als richtig darstellen sollte. Von der Formulierung her war das Statement Gusenbauers kein „Attraktimacher“ – attraktiv war eher der Inhalt, als Bundeskanzler einmal wöchentlich Nachhilfestunden in einer Wiener Schule geben zu wollen. Gusenbauer – als die Person, die die Koalition SPÖ-ÖVP als „Wir-Gruppe“ am stärksten präsentiert hat – hat auch die meiste Kritik geerntet.

Der zweite Redner der SPÖ in der Regierungsangelobungsdebatte war Josef Cap. Wie Gusenbauer hatte auch Cap ein wichtiges Amt inne – er war der Klubobmann der SPÖ. Er scherzte am Anfang, dass er nur Dank eines Kaffees den Redebeitrag von Alexander Van der Bellen aushalten konnte. Dieses Statement wurde in Kapitel 6 der Argumentationskategorie „Beispiele aus der Vergangenheit“ der Argumentationslinie eingeordnet. Dies ist ein typischer „Attraktivmacher“, denn das Statement bezieht sich nicht auf das Grundthema der Debatte, sondern stellt einen Scherz dar, der die Stimmung Caps nach der Rede seines Vorredners Alexander Van der Bellen wiedergibt. In diesem Sinne ist es nur die Form des „Attraktivmachers“ und nicht der Inhalt, die diesem Statement Platz in der Berichterstattung verschafft haben: „*Gott sei Dank hab' ich vorher einen Kaffee getrunken. Ein Inspirationsfeuerwerk war das nicht*“, meint er zur Rede des Grünen-Chefs.“

Noch ein anderes „Beispiel aus der Vergangenheit“ aus der Rede Josef Caps wurde von der „Presse“ aufgenommen: „*Die Grünen seien die Geburtshelfer der großen Koalition.*“ Hier kann man wieder von einem „Attraktivmacher“ ausgehen, der nicht nur auf der Formulierungsebene liegt, sondern auch als ein Teil der Argumentationslinie Caps, nämlich als ein „Beispiel aus der Vergangenheit“, das die Rolle der Grünen beim Regierungsbildungsprozess kurz beschreibt, aufzufassen ist.

Cap startete auch die ersten Angriffe gegen den Koalitionspartner ÖVP und verkündete, dass die vorige Regierung die österreichischen Staatsfinanzen nicht in gutem Zustand

hinterlassen hätte – dies geschah alles im Rahmen der Kategorie „Motivation“. Doch weder direkte Zitate noch wiedergegebene Rede aus seiner „Motivation“ fanden sich in der Berichterstattung wieder. „Cap reitet Attacken“ meint in diesem Zusammenhang „Die Presse“ in dem Bericht über die Debatte mit dem Titel „Gusenbauer ohne Emotion und Illusion“.

Die „Kaffeeschale“ von Josef Cap wurde auch in der „Kronen Zeitung“ bei den Kurzmeldungen „Notizen aus dem Parlament“ behandelt, wo die Worte von Cap „Ich habe vor Van der Bellens Rede Gott sei Dank einen Kaffee getrunken“ und „Ein Inspirationsfeuerwerk war das nicht gerade“ zitiert werden.

Die Spalte „Notizen aus dem Parlament“ beinhaltet das berufliche Muss für Politiker - kurze Statements abzugeben - und Josef Cap beherrscht dieses gut: zwei der fünf Kurzmeldungen haben mit seinen Statements zu tun. Das zweite Statement bezieht sich auf einen „Beispiel aus der Vergangenheit“ - den „fliegenden Wechsel“, mit dem der SPÖ-Klubchef die Rochade bei der ÖVP bezeichnete: „Klubchef Molterer ist Vizekanzler und - Kanzler Schüssel Klubobmann geworden.“

Interessant ist es festzustellen, dass Caps zusammenfassende „Beispiele aus der Vergangenheit“ in „Attraktivmacher“ verpackt waren und somit in die Berichterstattung Eingang fanden.

Weiters beschäftigt sich mit der Regierungsangelobungsdebatte am 17. Jänner 2007 der Kommentar „Trau, schau, wem“ von Dieter Kindermann in der „Kronen Zeitung“. Auch hier, wie bei dem Kommentar „Nachhilfe für Gusenbauer“ von Karl Ettinger in der „Presse“, wird nicht auf die konkreten Inhalte aus der Debatte eingegangen. Trotz der Kürze der Form hat es der Autor aber geschafft, einige Akteure mit ihrem Namen zu nennen: Bundeskanzler Alfred Gusenbauer, die große Koalition SPÖ-ÖVP, die neuen Minister. Auffällig ist die starke Kritik seitens der „Presse“-Journalisten Karl Ettinger an Gusenbauer: „ein kleinlauter neuer Bundeskanzler“, „wortlaut aber kleinmütig“ und „statt forsch wirkte Gusenbauer sonst von Anfang an höchst defensiv und völlig ohne Vision“. Im Vergleich dazu klingen die Worte von Dieter Kindermann in der „Kronen Zeitung“ über Alfred Gusenbauer nicht so wertend: „Es war kein rhetorisches Feuerwerk... Vielmehr eine gediegene Regierungserklärung – eben der kleinste gemeinsame Nenner der großen Koalition.“

Unter der Wahrnehmungsgrenze der Tageszeitungen sind die anderen SPÖ-Redner und deren Anliegen verblieben:

- Renate Csörgits, die Themen wie Frauenpolitik und „*die gute Optik der Regierung*“ behandelte;
- Caspar Einem, der auch wie Josef Cap einen direkten Angriff gegen den Koalitionspartner ÖVP ausübte und Außenministerin Ursula Plassnik für die „*ausgesprochen euroopafeindliche Politik*“ kritisierte;
- Erwin Buchinger, der stark auf sein Ressort einging und typische Inhalte der Sozialdemokratie wie „*soziale Sicherheit*“, „*Vertrauen in den Sozialstaat*“, „*Pflege und Altenbetreuung*“ wiederholte;
- Kurt Gassner, der Themen aus der Rede des Landwirtschaftsministers Jösef Pröll aufgriff und seiner Freude über die zukünftige Zusammenarbeit Ausdruck verlieh;
- der Gewerkschaftler Wilhelm Haberzettl, der das BZÖ für die hinterlassenen „*katastrophalen finanziellen Verhältnisse*“ kritisierte.

Weder das Lob bezüglich der Regierungsbildung, noch die unverwechselbare sprachliche SPÖ-Kodierung („*Vertrauen in den Sozialstaat*“, „*soziale Sicherheit*“), die die Abgeordneten äußerten, wurden von den Medien übernommen.

Die „Kronen Zeitung“ widmete dem Infrastrukturminister Werner Faymann eine separate Kurzmeldung „*Faymanns Modell*“. Dort wurden seine Vorhaben bezüglich „*Tempo 100*“ vorgestellt. Diese separate Position kann sowohl auf das Thema als auch auf die Person Faymanns zurückgeführt werden: einerseits betrifft „*Tempo 100*“ alle Familien in Österreich, die Autos besitzen, andererseits wurde eineinhalb Jahre später Faymann der bevorzugte Kandidat der „Kronen Zeitung“ und des Chefredakteurs und Herausgebers des Blattes Hans Dichand für den Posten des Bundeskanzlers.

War die Auflösung der Koalition SPÖ-ÖVP unter dem Bundeskanzler Gusenbauer bereits im Jänner 2007, bei der Angelobung der Regierung, vorprogrammiert? Und wer sorgte dafür, dass Alfred Gusenbauer in die Geschichte Österreichs als der am kürzesten regierende Bundeskanzler in der Zweiten Republik eingegangen ist? Diesen Fragen kann in dieser Arbeit nicht nachgegangen werden. Die Forderung nach Neuwahlen kam

jedenfalls von Vizekanzler Wilhelm Molterer erst im Sommer 2008. Die Nationalratswahl fand am 28. September 2008 statt. Stimmenstärkste Partei wurde die SPÖ mit Werner Faymann, an zweiter Stelle folgte die ÖVP. Beide Parteien verzeichneten massive Stimmenverluste (die vor allem der FPÖ und dem BZÖ zugutekamen), bildeten aber wiederholt eine gemeinsame SPÖ-ÖVP Koalition. Bundeskanzler wurde Werner Faymann. Gusenbauer trat als Parteichef der SPÖ zugunsten von Werner Faymann noch vor der Nationalratswahl zurück. Nach dem Wahltag am 28. September 2008 verabschiedete sich auch Wilhelm Molterer als Parteichef der ÖVP. In diesem Sinne könnte die Kurzmeldung „Faymanns Modell“ in der „Kronen Zeitung“ als eine Andeutung über die zukünftige politische Entwicklung in Österreich und über Faymann als möglichen nächsten Bundeskanzler betrachtet werden.

Der Verteidigungsminister Norbert Darabos, der in seiner Rede Wert auf Danksagungen an seine Mitarbeiter legte und eine „*Lösung für die Beschaffung der Eurofighter*“ ankündigte, ist einer der Hauptakteure im gereimten Kommentar „*In den Wind gereimt...*“ von Wolf Martin in der „Kronen Zeitung“. Dort wird das Thema „*Eurofighter*“ beleuchtet. Von der ÖVP-BZÖ Regierung bestellt, wollte die SPÖ diese Kampfflugzeuge wieder abbestellen und hat dieses Vorhaben als Wahlversprechen plakatiert. Nach der Wahl und nach der Regierungsangelobungsdebatte ist klar geworden: die Eurofighter werden geliefert. Der Verfasser des Kommentars reduzierte den komplizierten Sachverhalt und verschaffte dem Schnell-Leser der „Kronen Zeitung“ einen amüsanten Überblick über diesen Fall.

Die ÖVP im Parlament und in der Berichterstattung am Tag danach

Der erste Redner der ÖVP, Klubobmann Wolfgang Schüssel, gab als scheidender Bundeskanzler eine ausgesprochen positive Beurteilung der Vergangenheit. Einige Worte aus seiner Rede fanden sich in der „*Presse*“ wieder. In dem Bericht über die Regierungsangelobungsdebatte mit dem Titel „*Gusenbauer ohne Emotion und Illusion*“ steht: „*Von Nachfolger Gusenbauer ist Vorgänger Schüssel (...) mehr begeistert. Er hat „einige Sätze gesagt, die gut getan haben“ - etwa das Lob für das beste Gesundheitssystem der Welt.*“ Dieses „*Beispiel aus der Vergangenheit*“, das in der Berichterstattung der „*Presse*“ Platz gefunden hat, ist auch eine „*sprachlich*

kodierte“ Wortbildung: „*das beste Gesundheitssystem der Welt*“ - dies ist eines der wenigen Beispiele für „sprachliche Kodierung“ einer Partei, die von den Medien übernommen wurde.

Die in der Argumentationslinie von Schüssel verstärkt benutzte Kategorie „Beispiele aus der Vergangenheit“ wurde von der „Presse“ übernommen: beispielsweise: „...dass Cap einige Übergangsprobleme zu bewältigen habe, verstehe niemand besser als er. Bei den Staatsfinanzen sei aber Realismus angesagt, Cap müsse in den letzten Jahren schwerhörig gewesen sein“.

Die Zeitung bringt auch die Kritik Schüssels an Gusenbauer, die in die Kategorie der „Motivation“ der Argumentationslinie verpackt wurde: „*Herr Bundeskanzler, ich hätte an ihrer Stelle nicht nur von transatlantischen Beziehungen, sondern von den USA gesprochen. Immerhin haben wir ihnen sehr viel zu danken.*“ Und noch ein Rat: „*Seien Sie vorsichtig mit dem Lattenlegen.*“

In dem „Kronen Zeitung“-Bericht über die Regierungsangelobungsdebatte sind Klubobmann Schüssel und Vizekanzler Molterer gemeinsam zitiert: „*SPÖ und ÖVP haben eine unterschiedliche Geschichte, aber ein Ziel (...) Gemeinsam für Österreich zu arbeiten mit Schwerpunkten Vollbeschäftigung, modernste Bildungsstandards, Verwaltungsreform.*“

In der Original-Rede von Molterer steht am Anfang als „Motivation“ für die Regierungsbildung: „*Zwei Parteien, die Sozialdemokratie und die Österreichische Volkspartei, haben sich entschlossen, gemeinsam zu arbeiten; zwei Parteien, die eine unterschiedliche Geschichte haben, eine unterschiedliche Tradition, aber eine Zielsetzung. Mit diesem Arbeitsübereinkommen, meine Damen und Herren, gilt das Motto: „Gemeinsam arbeiten für Österreich!“*

Die „Kronen Zeitung“ hat diese „Motivation“ aus der Argumentationslinie Molterers übernommen und sie um einige Schlüsselwörter aus der Rede des Vizekanzlers wie „*Vollbeschäftigung*“ erweitert. Dies ist noch ein Beispiel für „sprachlich kodierte“ Inhalte der ÖVP, die in der Berichterstattung übernommen wurden.

Das attraktive Statement Molterers: „*Mein Doppelbudget wird den Elch-Test bestehen.*“, wurde sowohl in dem Bericht über die Regierungsangelobungsdebatte der „Presse“ als auch in dem Bericht von „Kronen Zeitung“ zitiert. Diese Worte fielen in der Argumentationslinie Molterers bei der Kategorie „Darstellung der möglichen

Folgen“. Sie können auf der Formulierungsebene als ein eindeutiger „Attraktivmacher“ bezeichnet werden und sind gleichzeitig mit inhaltlich zusammenfassenden Informationen bezüglich des Ressorts Molterers dem Finanzministerium versehen.

Im Leitartikel der „Presse“ steht noch eine Bemerkung bezüglich Molterer: Molterers „*Grund für Optimismus*“ (bezieht sich auf die hinterlassene Budgetsituation bzw. stellt die Kategorie „Beispiele aus der Vergangenheit“ dar) erachtete der Journalist Karl Ettinger als nicht nachvollziehbar. Das Lob des VP-Chefs für die gute Arbeit in der Vergangenheit und seine Einladung an die Zuseher der Debatte, „*uns auf dem Weg ein Stück zu begleiten. Und treten Sie uns, wenn notwendig auf die Ferse*“ fanden auch in die Berichterstattung der „Presse“ als „Darstellung der Zukunft“ Eingang.

Die Erwähnung von Schüssel (scheidender Bundeskanzler und zukünftiger Klubobmann der ÖVP) und Molterer (Vizekanzler und Finanzminister) in der Berichterstattung erfolgte im Zusammenhang mit deren Ämtern. Unter der Wahrnehmungsgrenze der Tageszeitungen blieben folgende ÖVP-Redner:

- Fritz Neugebauer, der den Erfolgskurs der vergangenen Jahren lobte;
- Außenministerin Ursula Plassnik, die sich in ihrer Rede überwiegend auf die eigene Tätigkeit in der Regierung bezog;
- Maria Rauch-Kallat, die ihre Parteikolleginnen Ursula Plassnik und Andrea Kdolsky verteidigte und zu Themen wie Gesundheit und Soziales Stellung nahm;
- Jösef Pröll, der eine Auflistung der aufregenden Agenden als Landwirtschaftsminister lieferte und Stichworte wie „*Lebensqualität*“, „*Zukunftschanzen*“, „*Nachhaltigkeit*“ wiederholte;
- Werner Amon, der Lob über die Arbeit des Parteikollegen und scheidenden langjährigen Wirtschaftsministers Martin Bartenstein aussprach und den ÖVP-Grundtenor zusammenfasste: um „*soziale Gerechtigkeit*“ finanzieren zu können, müsse man zuerst die finanziellen Mittel dafür erwirtschaften.

Darüber hinaus behandelte ein Bericht unter dem Titel „Zuerst denken, dann reden!“ in der „Presse“ am 17. Jänner einige Statements, die die neue Gesundheits- und Familienministerin Andrea Kdolsky schon vor der Debatte abgegeben hatte. Die Kritik

an der neuen Ministerin kam sowohl aus der Reihen der Opposition, als auch aus den eigenen Reihen wegen ihrer Position zum Thema Mutterschaft. Um diese Kritik zu untermauern zitierte „Die Presse“ folgende Worte von Familienministerin Andrea Kdolsky: „*Ein schreiendes Kind kann einiges verriesen*“ oder jetzt habe sie „*eine tolle Partnerschaft. Wer weiß, ob das so wäre, wenn wir ein Kind hätten.*“

Der Bericht „Zuerst denken, dann Reden!“ will mit folgenden Widerspruch aufzeigen: die Gesundheits- und Familienministerin Kdolsky hat die für das Amt bzw. die Partei typische „sprachliche Kodierung“ des Ressorts verlassen und strittige Statements abgegeben: „*So habe sie das Gefühl, dass die Idealisierung von Elternschaft wieder viel stärker werde. Wenn man sich in Hotels oder Restaurants über das unmögliche Benehmen von Kindern beschwere, werde man sofort der Kinderfeindlichkeit bezichtigt, klagt die heutige Ministerin.*“ Die „sprachliche Kodierung“ der ÖVP bezüglich des Gesundheits- und Familienressorts klingt da ganz anders, in etwa folgendermaßen: „*eines der besten Gesundheitssysteme der Welt*“ und „*Kinderbetreuungsgeld wird flexibler gestaltet*“. Daraus ist zu schließen: auch wenn der jeweilige Politiker vor seinem Antreten eines öffentlichen Amtes umstrittene Aussagen getroffen hat, muss er damit rechnen, dass er später mit diesen Aussagen (manchmal auch aus dem Kontext gerissen) konfrontiert werden kann.

Die neue Regierung ist auch Thema des Interviews mit dem VP-Landesgeschäftsführer Norbert Walter in der „Presse“. Dort wird vor allem auf das Erfolgsrezept von ÖVP eingegangen und Wissenschaftsminister Johannes Hahn als die „*liberale Speerspitze*“ der ÖVP identifiziert. Wie auch beim Interview mit dem SPÖ-Funktionär Josef Kalina wurden im diesem Gespräch mehrere Themen, die die Partei des Interviewten vertritt, behandelt: „*gesunde Lebensmittel*“, „*alternatives Leben in der Stadt*“, „*Bauernburnd als VP-Säule*“ - Inhalte, die die ÖVP erkennbar machen.

Die Grünen im Parlament und in der Berichterstattung am Tag danach

Von den Oppositionsparteien kommen nur die Kluboblate – Alexander Van der Bellen (Die Grünen), Heinz-Christian Strache (FPÖ) und Peter Westenthaler (BZÖ) in den Medien zu Wort - eine Auswahl, die im Zusammenhang mit deren

parlamentarischer Funktion als Kluboblate und Repräsentanten der jeweiligen Partei erklärt werden kann.

„Alexander Van der Bellen spricht aus, was offenbar viele denken: „Irgendwie bleibe ich uninspiriert zurück. Wenn ich nicht irre, ist das bei allen Fraktionen so. Eine Regierungserklärung muss offenbar vom Blatt gelesen werden.“ Aber auch der grüne Parteichef war schon lustiger.“ Mit einem „Beispiel aus der Gegenwart“ startete Van der Bellen also seine Rede; dieses Zitat ist für den Bericht über die Regierungsangelobungsdebatte in der „Presse“ am 17. Jänner 2007 übernommen worden. Nicht nur der zusammenfassende Inhalt des Statements, auch die Form „bleibe ich uninspiriert zurück“, die als ein „Attraktivmacher“ identifiziert werden kann, ist als Grund für eine Aufnahme in die Berichterstattung zu sehen.

Dasselbe „Beispiel aus der Gegenwart“ Van der Bellens zitierte auch die „Kronen Zeitung“ (im Bericht über die Regierungsangelobungsdebatte) „Zum Gähnen“, fand Van der Bellen die Regierungserklärung, „Wo ist der große Wurf?“, fragte er...“

Ein attraktiv formuliertes, zusammenfassendes Statement konnte offensichtlich auch der Klubobmann der Grünen routiniert liefern.

Das gleiche „Beispiel aus der Gegenwart“ von Van der Bellen war auch in den Kurzmeldungen „Notizen aus dem Parlament“ der „Kronen Zeitung“ vertreten: „Uninspiriert“ blieb Grünen-Chef Van der Bellen von der Regierungserklärung des Kanzlers Alfred Gusenbauer.“ Und weiter: „Wenn ich die Stimmung richtig einschätze, war das bei allen Fraktionen ebenso. Insgesamt also – schwer enttäuschte Hoffnungen.“

Interessant ist, dass die Boulevardzeitung das gleiche Wording „wenn ich die Stimmung richtig einschätze...“ übernommen hat und die „Presse“ eine leicht paraphrasierte, aber korrekte Variante („Wenn ich mich nicht irre...“) angeboten hat.

Unter der Wahrnehmungsgrenze der Tageszeitungen blieben alle anderen Redner der Grünen:

- Ewa Glawischnig-Piesczek, die sich mit Themen wie Umwelt, Frauen, Ausländer beschäftigte und einige Punkte des Regierungsprogramms positiv bewertete;

- Kurt Grünwald, der das Thema Frauenpolitik aufgriff und über die Abschaffung der Studiengebühren und Gesundheit redete;
- Brigid Weinzierer, die sich Themen wie Klimawandel und Frauenerwerbsquote widmete;
- Karl Öllinger, der Kritik an dem Regierungsübereinkommen übte.

Weder die „grünen Themen“, wie Klimaschutz, Ausländer und Bildung, wurden von der „Presse“ und der „Kronen Zeitung“ behandelt, noch die Kritik „light“, die die Abgeordneten lieferten, fanden in der Berichterstattung Platz. Außer dem Klubobmann Van der Bellen wurde kein anderer Abgeordneter der Grünen in der Berichterstattung am Tag nach der Debatte zitiert und Van der Bellen selbst kam nur mit einem zusammenfassenden „Attraktivmacher“ in der Berichterstattung vor.

Die FPÖ im Parlament und in der Berichterstattung am Tag danach

Der erste FPÖ-Redner Heinz-Christian Strache attackierte die SPÖ mit ihren gebrochenen Wahlversprechen. In dem Bericht über die Debatte schrieb „Die Presse“ über FPÖ und BZÖ, dass sie „*wohl ungewollt auf einer Linie*“ wären und untermauerte diese mit den Worten des FP-Obmanns Heinz-Christian Strache: „*Plakatiert hat er Sozialfighter statt Eurofighter, heute ist Gusenbauer ein ÖVP-Fighter.*“

Die Worte sind aus der Rede von Strache, wo sie am Anfang, in der Kategorie „Motivation“, die neue Regierung als nicht optimal für Österreich mittels eines „Attraktivmachers“ darstellt: „*Heute ist Herr Dr. Gusenbauer ein ÖVP-Fighter, aber kein Sozialfighter. Ein ÖVP-Fighter ist er!*“

In dem „Kronen Zeitung“-Bericht über die Regierungsangelobungsdebatte war Straches „Motivation“ in direkter Rede vertreten: es wurde von der „*Selbstaufgabe der SPÖ*“ berichtet, die die SPÖ bezüglich der Kompromisse gegenüber dem Koalitionspartner ÖVP eingegangen sei.

Bei den Kurzmeldungen „Notizen aus dem Parlament“ in der „Kronen Zeitung“ wurden zwei Strache-Statements übernommen, die zugleich auch als „Attraktivmacher“ bezeichnet werden können:

- über Alfred Gusenbauer als „*der erste ÖVP-Bundeskanzler mit rotem Parteibuch*“ (Zitat aus der Kategorie „Motivation“ am Anfang der Rede)
- über die Kampfflugzeuge Eurofighter: „*Erst wollte Alfred Gusenbauer statt Eurofighter Sozialfighter haben. Jetzt ist er aber vom Sozial- zum ÖVP-Fighter geworden...*“ (Zitat auch aus der Kategorie „Motivation“ am Anfang der Rede)

Unter der Wahrnehmungsgrenze der Tageszeitungen blieben die anderen FPÖ-Redner:

- Barbara Rosenkranz, die die Einwanderungspolitik, die steigende Kriminalitätsrate, die Arbeitsmarktpolitik und das Regierungsübereinkommen kritisierte;
- Ewald Stadler, der die Außenministerin Plassnik „*Donauweiberl*“ nannte und wiederholt versicherte, dass die FPÖ für keinen EU-Beitritt der Türkei stimmen werde; darüber hinaus kritisierte er den Verteidigungsminister Darabos;
- Herbert Kickl, der sich mit der Vergangenheit beschäftigte, als die FPÖ noch Regierungspartei war.

Wie bei den Grünen, so wurden auch bei der FPÖ von den Tageszeitungen nur Statements des Klubobmanns übernommen. Im Fall von Heinz-Christian Strache wurde ein Statement aus der Kategorie „Motivation“ seiner Argumentationslinie übernommen. Seine offensiven Redebeiträge hat der FPÖ-Abgeordnete mit bildhafter Sprache realisiert und ein Bruchteil davon wurde auch von den Tageszeitungen „Die Presse“ und „Kronen Zeitung“ übernommen. Die Aktionen der FPÖ wie das Hochhalten einer Tafel, auf der unter anderem zu lesen war „*ÖVP Mitgliedschaft auf Lebenszeit für Alfred Gusenbauer*“ fanden sich nicht in den Medien wieder.

Das BZÖ im Parlament und in der Berichterstattung am Tag danach

Der Klubobmann Peter Westenthaler kritisierte die neue Regierung, warf Alfred Gusenbauer „Kanzlergeilheit“ vor und sprach über die gebrochenen Wahlversprechen der SPÖ. Seine Kritik fand in dem Bericht der „Kronen Zeitung“ über die Regierungsangelobungsdebatte in Form eines direkten Zitates bezüglich Gusenbauer als „Kanzler des Wortbruchs“ Platz.

In den Bericht „Gusenbauer ohne Emotion und Illusion“ in der „Presse“ wurde die dringliche Anfrage des BZÖ sowie ein „Attraktivmacher“ von Westenthaler aufgenommen: „Das BZÖ beschert dem neuen Kanzler und seinem Sozialminister Erwin Buchinger wegen der vielen sozialen Versprechen, die nirgends budgetär gedeckt seien, auch gleich eine dringliche Anfrage. Parteichef Peter Westenthaler ist vorher schon sicher: Gusenbauer führt die SPÖ „in den roten Sonnenuntergang“.

Das Zitat Westenthalers ist aus der Kategorie „Motivation“ übernommen und beinhaltet am Ende einen „Attraktivmacher“ („Gusenbauer führt die SPÖ in den roten Sonnenuntergang“).

Unter der Wahrnehmungsgrenze der Tageszeitungen „Die Presse“ und „Kronen Zeitung“ sind alle anderen vier BZÖ-Redner geblieben:

- Herbert Scheibner, der die große Anzahl der neuen Bundesminister kritisierte und die Leistungen des BZÖ in den letzten sieben Jahren betonte;
- Josef Bucher, der zu den Kapiteln Wirtschaft, Finanzen und Budget aus dem Regierungsprogramm Stellung nahm;
- Ursula Haubner, die BZÖ-Themen wie Pensionen, Soziales, Generationen, Gesundheits- und Frauenressort, Fairness und soziale Wärme ausführlich behandelte;
- Sigisbert Dolinschek, der die Arbeit des BZÖ in der scheidenden Regierung Schüssel lobte und die SPÖ wegen der gebrochenen Wahlversprechen angriff.

Die Redezeit, die das BZÖ durch unterschiedliche Aktivitäten – dringliche Anfrage, Entschließungsanträge - gewonnen hat, spiegelte sich in der Berichterstattung der „Presse“ und der „Kronen Zeitung“ am nächsten Tag nicht wider. Wie Van der Bellen und Strache so kam auch nur vom BZÖ Klubobmann Westenthaler in der Medienberichterstattung vor. Diese erhebliche Reduktion der Komplexität der Geschehnisse im Parlament vom 16. Jänner 2007 erklärt sich zum einen über die begrenzte Seitenanzahl einer Tageszeitung und zum anderen über die begrenzte Aufnahmefähigkeit der Rezipienten. Nicht alle Bürger weisen ein großes Interesse für Politik auf, hingegen alle Österreicher ab 16 Jahren dürfen wählen. Damit die Parteien gut für die Rezipienten erkennbar sind und bleiben, wurde die enorme Vielfältigkeit an Personen und Themen der unterschiedlichen Parteien auf wenige Personen und einige Hauptthemen jeder Partei reduziert.

Zusammenfassend ist zu sagen: von der 16-stündigen Regierungsangelobungsdebatte vom 16. und 17. Jänner 2007 sind einige wenige Hauptakteure (Bundeskanzler Gusenbauer, SPÖ-Klubobmann Cap, Vizekanzler Molterer, ÖVP-Klubobmann Schüssel, Grünen-Klubobmann Van der Bellen, FPÖ-Klubobmann Strache und BZÖ-Klubobmann Westenthaler) und wenige der behandelten Themen (Nachhilfestunden vom Kanzler, Regierungsübereinkommen, Eurofighter) von den Massenmedien in ihrer Berichterstattung aufgegriffen worden.

Von den Argumentationslinien wurden Statements sowohl aus der Kategorie „Motivation des Grundthemas“ als auch aus zwei anderen Kategorien „Beispiele aus der Vergangenheit“ und „Darstellung der Zukunft“ für die Berichterstattung ausgewählt. Die meisten übernommenen Statements wurden als „Attraktivmacher“ ausformuliert, trugen aber einen die Debatte zusammenfassenden Charakter. Dieses Muster wurde im Fall vom Bundeskanzler Alfred Gusenbauer durchbrochen, da sein Statement bezüglich seines Wunsches, selber Nachhilfestunden in einer Wiener Schule geben zu wollen, inhaltlich ungewöhnlich war. Dies ist ein Zeichen, dass die Tageszeitungen „Die Presse“ und „Kronen Zeitung“ nicht nur auf die Form der politischen Kommunikation im Parlament geachtet haben, sondern auch auf den Inhalt der Redebeiträge und auch Teile dieses Inhalts an die Rezipienten weitervermittelt haben.

Ein Akteur der Regierungsangelobungsdebatte, der damalige Infrastrukturminister Werner Faymann, wurde von der „Kronen Zeitung“ mit einer Kurzmeldung in der Berichterstattung hervorgehoben. Fast zwei Jahre später wurde Faymann Bundeskanzler.

Ansatzpunkte für weitere Forschungsaktivitäten

Als letzter Punkt der vorliegenden Arbeit, die sich um ein besseres Verständnis moderner Politikvermittlung bemüht hat, werden Ansatzpunkte für weitere Forschungsaktivitäten genannt.

Gefahren, die die Komplexitätsreduktion mit sich bringt: Die Reduktion der Umweltkomplexität ist ein Muss für Medien- und Politiktreibende in der gegenwärtigen globalisierten Welt. Je effektiver die komplexe Umwelt auf einfache Themen reduziert werden kann, umso erfolgreicher sind die Medien/die Politik beim Gewinnen und Erhalten von Aufmerksamkeit ihrer Zielgruppen (für die Medien – die Leser, für die Politiker – die Wähler). In Folge kann es aber sowohl zu einer Kürzung als auch zu einer Inhaltsleere der Botschaften kommen – diese Entwicklung über die letzten Jahren detailliert zu verfolgen, erscheint unerlässlich.

Die Professionalisierung auf dem Gebiet des politischen Kampagnemanagements und der politischen Öffentlichkeitsarbeit als Faktor für Veränderungen in der Beziehung Politik - Medien: Politiker werden wie Produkte mit Instrumenten des Marketings den Zielgruppen nähergebracht, Kommunikationsberater schulen im Vorrhinein die Politiker darin, wie diese ihre ausgewählten Inhalte am besten vermitteln können. Somit entsteht „Teflon-Beschichtung“ der Politiktreibenden, die nur jene Inhalte verbalisieren, die sie auch bekanntgeben wollen. Wenn der Journalismus auf diesen Trend nicht schnell reagiert, würde sich das in Form von immer langweiligeren Interviews mit immer besser gebrieften Politikern ausdrücken. Eine Forschung, die den Fragen nachgeht „Welche Fragen stellen Journalisten in Österreich?“ und „Welche Antworten bekommen Journalisten?“ erscheint der Autorin sehr interessant, notwendig und naheliegend.

Literaturverzeichnis

- Allhoff**, Dieter-W. (1975): „Rhetorische Analyse der Reden und Debatten des ersten deutschen Parlamentes von 1848/49 insbesondere auf syntaktischer und semantischer Ebene“, München, Tuduv-Verlag.
- Aristoteles** (1995): „Rhetorik“, übersetzt und erläutert von F.G. Sieveke, 5. unveränderte Auflage, München, Fink Verlag.
- Arnsfeld**, Andreas (2005): „Medien – Politik – Gesellschaft. Aspekte ihrer Wechselwirkungen unter dem Stichwort Politainment“, Marburg, Tectum Verlag.
- Augustinus**, Aurelius (1962): „Das Handbüchlein“ (Enchiridion), übertragen und erläutert von Paul Simon, Paderborn, Schöningh.
- Avenarius**, Horst (2000): „Public Relations .Die Grundform der gesellschaftlichen Kommunikation“, 2., überarbeitete und erweiterte Auflage, Darmstadt, Primus.
- Avenarius**, Horst (2008): Public Relations, Darmstadt, Primus Verlag, S 92-109, 312-333.
- Biere**, Bernd (1993): „Sprache der Medien nach 1945“, Sammelband, Herausgegeben von Biere, Bernd/Henne, Helmut, Tübingen, Max Niemeyer Verlag, S. 56-87.
- Bonfadelli**, Heinz (2004): „Medienwirkungsforschung“, Band 2, Anwendungen in Politik, Wirtschaft und Kultur, 2., überarbeitete Auflage, Konstanz, UVK Verlagsgesellschaft.
- Bruck**, Peter A. (Hg.) (1994a): „Medienmanager Staat. Von den Versuchen des Staates, Medienvielfalt zu ermöglichen; Medienpolitik im internationalen Vergleich“, München, Fischer (Forschungsprogramm „Ökonomie und Zukunft der Printmedien“, Band 1).
- Bruck**, Peter A. (Hg.) (1994b): „Print unter Druck. Zeitungsverlage auf Innovationskurs; Verlagsmanagement im internationalen Vergleich“, München, Fischer (Forschungsprogramm „Ökonomie und Zukunft der Printmedien“, Band 2).
- Burger**, Harald (1990): „Sprache der Massenmedien“, 2., erweiterte Auflage, Berlin, de Gruyter.
- Burkhardt**, Armin (2003): „Das Parlament und seine Sprache. Studien zu Theorie und Geschichte parlamentarischer Kommunikation“, Max Niemeyer Verlag, Tübingen, S 1-455.
- Burkart**, Roland (2002): „Kommunikationswissenschaft. Grundlagen und Problemfelder. Umrisse einer interdisziplinären Sozialwissenschaft“, 4., überarbeitete

und aktualisierte Auflage, Wien-Köln-Weimar, Böhlau Verlag, S. 76 – 131, S. 248 – 257.

Calsamiglia, Helena/**Lopez Ferrero**, Carmen (2007): „Role and Position of Scientific Voices: Reprtied Speech in the Media, in :**Van Dijk**, Teun (2007): „Discourse studies“, Volume 1, Los Angeles-London-New Delhi-Singapore, SAGE Publications, S. 295-322.

Chilton, Paul (2004): “Analysing political discourse. Theory and Practice”, London, Routledge, S. 1-48.

„**Das österreichische Parlament**“ (1997): Herausgegeben von der Parlamentsdirektion, Wien.

Demuth, Christian (2005): „Wie viel Macht haben Parlamente?“, In: Patzelt, Werner J. 2005: „Parlamente und ihre Macht“, Baden-Baden, Nomos Verlagsgesellschat, S. 217 – 255.

Der Standard vom 17./18. Jänner 2009, S. 35.

Dörner, Andreas (2001): “Politainment. Politik in der medialen Erlebnisgesellschaft“, 2. Auflage, Frankfurt am Main, Suhrkamp.

Eggers, Hans (1977): „Deutsche Sprachgeschichte“, Bans.4, Reinbek bei Hamburg, Rowohlt..

Erfurt, Jürgen (1988): „Diskursanalyse und Sprache der Politik“. In: Der Ginkgo Baum, Germanistisches Jahrbuch für Nordeuropa, 8. Folge, S. 106-109.

Fairclough, Norman (1995): “Critical discourse analysis. The critical study of language”, New York, Longman Publishing.

Fairclough, Norman (1992) : “Discourse and social change”, Cambridge, Polity Press.

Fetzer, A./**Weizman**, Elda (2006): „Issues in the study of political discourse: An introduction.“ Pragmatic aspects of political discourse in the media, Journal of Pragmatics 38, S. 143-153.

Fidler, Harald (2004): „Im Vorhof der Schlacht“, Wien, Falter Verlag, S. 9-109 und S. 322-344.

Girnth, Heiko (2002): „Sprache und Sprachverwendung in der Politik. Eine Einführung in die linguistische Analyse öffentlich-politischer Kommunikation“, Tübingen, Max Niemeyer Verlag.

Greiffenhagen, Martin (1980): „Kampf um Wörter? Politische Begriffe im Meinungsstreit“, München-Wien, Hanser.

- Grimm**, Jacob und Wilhelm (1889): „Deutsches Wörterbuch“, Siebenter Band, bearb. Von Dr. Matthias von Lexer, Leipzig, Verlag S. Hirzel, Fotomechanischer Nachdruck der Erstausgabe 1889, München 1991, DTV, Bd. 13, S. 103.
- Grünert**, Horst (1974): „Sprache und Politik: Untersuchungen zum Sprachgebrauch der „Paulskirche“, Berlin, de Gruyter.
- Gruber**, Helmut (1991): „Antisemitismus im Mediendiskurs“, Die Affaire 2Waldheim“ in der Tagespresse“, Wiesbaden, Deutscher Universitätsverlag GmbH.
- Grünert**, Horst (1983): „Politische Geschichte und Sprachgeschichte. Überlegungen zum Zusammenhang von Politik und Sprachgebrauch in Geschichte und Gegenwart“. In: Sprache und Literatur in Wissenschaft und Unterricht 14, Heft 52, S. 43-58.
- Haas**, Hannes (2005): „Medienkunde. Grundlagen, Strukturen, Perspektiven“, Wien, WUV Universitätsverlag.
- Habermas**, Jürgen (1990): „Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft“, Frankfurt am Main, Suhrkamp Verlag, unveränderter Nachdruck der zuletzt 1962 im Hermann Luchterhand Verlag, Neuwied, erschienen Ausgabe, ergänzt um ein Vorwort zur Neuauflage 1990.
- Habermas**, Jürgen (2006): „Theorie des kommunikativen Handelns“, 6. Auflage, Frankfurt am Main, Suhrkamp.
- Häusermann**, Jürg (2005): „Journalistisches Texten. Sprachliche Grundlagen für professionelles Informieren“, Konstanz, UVK-Medien.
- Hofer**, Thomas (2005): „Spin Doktoren in Österreich. Die Praxis amerikanischer Wahlkampfberater. Was sie können, wen sie beraten, wie sie arbeiten“, 2. Auflage, LIT Verlag GmbH, Wien.
- Holly**, Werner (1990): „Politikersprache“, Berlin-New York, Walter de Gruyter.
- Jann**, Werner/**Wegrich**, Kai (2003): „Phasenmodelle und Politikprozesse: Der Policy Cycle“, In: Schubert, Klaus (Hrsg.) 2003: „Lehrbuch der Politikfeldanalyse“, München - Wien, Oldenburg, S. 71-106.
- Joseph**, John E. (2006): “Language and Politics”, Edinburgh, Edinburgh University Press. S. 1–22.
- Jarren**, Otfried/**Donges**, Patrik (2006): „Politische Kommunikation in der Mediengesellschaft. Eine Einführung“, 2., überarbeitet Ausgabe, Wiesbaden, VS Verlag für Sozialwissenschaften.

- Kepplinger**, Hans Mathias (1998): „Die Demontage der Politik in der Informationsgesellschaft“, Freiburg-München, Alber.
- Kienpointner**, Manfred (1996): „Vernünftig argumentieren. Regeln und Techniken der Diskussion“, orig. Ausgabe, Reinbeck bei Hamburg, Rowohlt Verlag.
- Klaase**, Max (1998): „Politische Kommunikation – Politikwissenschaftliche Perspektiven“. In: **Jarren**, Otfried/ **Sarcinelli**, Ulrich/ **Saxer**, Ulrich (Hrsg.) (1998): „Politische Kommunikation in der demokratischen Gesellschaft“, Opladen, Westdeutscher Verlag, S. 97-114.
- Kopperschmidt**, Josef (1973): „Allgemeine Rhetorik: Einführung in die Theorie der persuasiven Kommunikation“, Stuttgart-Berlin-Köln-Mainz, Kohlhammer.
- Kopperschmidt**, Josef (1985): „Rhetorica, Aufsätze zur Theorie, Geschichte und Praxis der Rhetorik“, Hildesheim, Olms.
- Kopperschmidt**, Josef (1989): „Methodik der Argumentationsanalyse“, Stuttgart - Bad Cannstatt, Verlag Frommann-Holzboog.
- Korn**, Gerhard (2008): „Einführung in das Kommunikationsrecht“, Wien, Facultas Verlags- und Buchhandels AG.
- Kraus**, Karl (1959): „Die Sprache“, Wiesbaden, Insel-Verlag.
- Levine**, Robert (2003): „Die große Verführung. Psychologie der Manipulation“, München, Verlag Piper.
- Lopatka**, Reinhold (2005): „Politik und Wahlkämpfe in der Mediendemokratie“. In **Ableitinger**/Alfred und **Beutl**/Berndt (Hrsg.) „Für die Steiermark Partei ergreifen! 60 Jahre steirische Volkspartei“, Graz, Verlag – Verein für österreichische Politik und Zeitgeschichte.
- Luhmann**, Niklas (1995/2004): „Die Realität der Massenmedien“, Wiesbaden, VS - Verlag für Sozialwissenschaften.
- Lüger**, Heinz-Helmut (1995): „Pressesprache“, 2., neu bearbeitet Auflage, Tübingen, Max Niemeyer Verlag, S. 22-44, S. 77-152.
- Machiavelli**, Nicolo (1972): „Der Fürst“, Stuttgart, Reclam.
- „**Medien und Recht**“ 4/97 - Stellungnahme „Beleidigung eines Politikers“
Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte 1.7.1997, 47/1996/666/852 – Oberschlink gegen Österreich, S. 196-198.
- Meyer**, Thomas (Hg.) (2001): „Die Kolonisierung der Politik durch das Mediensystem“, Frankfurt, Suhrkamp.

Meyer, Thomas (2001): „Mediokratie. Die Kolonialisierung der Politik durch die Medien“, Frankfurt/Main, Suhrkamp.

Meyer, Thomas (2003): „Was ist Politik?“, Opladen, Westdeutscher Verlag.

Niessl, Julia (2001): „Schnittstellen zwischen Information und Sensation“. In **Niessl**, Julia/ **Siegert**, Gabrielle/ **Render**, Rudi (Hrsg.) (2001): „Cash und Content: populärer Journalismus und mediale Selbstthematisierung als Phänomene eines ökonomisierten Mediensystems; eine Standortbestimmung am Beispiel ausgewählter österreichischer Medien“, München, Verlag Reinhard Fischer, S. 97-155.

Noelle-Neumann, Elisabeth/ **Schulz**, Winfried/ **Wilke**, Jürgen (Hrsg.) (1989): „Publizistik. Massenkommunikation – Das Fischer Lexikon“, Frankfurt am Main, Fischer Taschenbuch Verlag, S. 50-83.

Nowak Peter/ **Wodak**, Ruth und **De Cillia**, Rudolf (1990): „Die Grenzen der Abgrenzung“. In **Menz**, Florian/ **Wodak**, Ruth (Hrsg.) (1990): „Sprache in der Politik - Politik in der Sprache: Analysen zum öffentlichen Sprachgebrauch“, Klagenfurt, Drava-Verlag.

Patzelt, Werner (2003): „Einführung in der Politikwissenschaft. Grundriss des Faches und studiumbegleitende Orientierung“, 5., erneut überarbeitet und wesentlich erweiterte Ausgabe, Passau, Rothe Verlag, S. 38-46.

Pelinka, Anton/ **Rosenberger**, Sieglinde (2000): „Österreichische Politik. Grundlagen – Strukturen – Trends“, Wien, WUV.

Perelman, Chaim (1994): „Logik und Argumentation“, 2. Auflage, Herausgegeben und aus dem Französischen übersetzt von Freyr Roland, Weinheim, Beltz Athenäum.

Plasser, Fritz (Hg.) (2004): „Politische Kommunikation in Österreich, Ein praktisches Handbuch“, Wien, WUV.

Reisigl, Marzin/ **Wodak**, Ruth (2000): „Discourse and Discrimination, Rhetorics of Racism Antisemitism“, Routledge. Taylor & Francis Verlag.

Ruß-Mohl, Stephan (2003): „Journalismus. Das Hand und Lehrbuch“, 1. Auflage, Frankfurt am Main, FAZ-Institut.

Sarcinelli, Ulrich (2002): „Medialisierung“, In: Ottfried Jarren/Ulrich Sarcinelli/Ulrich Sacher (Hrsg.) (2002): „Politische Kommunikation in der demokratischen Gesellschaft. Ein Handbuch“, 1. Auflage, Opladen, Westdeutscher Verlag, S. 678 - 679.

- Saxer**, Ulrich (1987): „Medienwirkungsforschung und Erfahrung“; in **Rühl**/Manfred (Hrsg.) (1987): „Kommunikation und Erfahrung. Wege anwendungsbezogenen Kommunikationsforschung“, Nürnberg, Verlag des Kommunikationswissenschaftlichen Forschungsvereinigung.
- Schenk**, Michael (1987): „Medienwirkungsforschung“, Tübingen, Mohr-Siebeck, S. 194-228.
- Schulz**, Winfried (1976): „Die Konstruktion von Realität in den Nachrichtenmedien“, Freiburg/München, Alber Verlag.
- Schützeichel**, Rainer (2004): „Soziologische Kommunikationstheorien“, Konstanz, UVK-Verlagsgesellschaft.
- Straßner**, Erich (2000): „Journalistische Texte“, Tübingen, Max Niemeyer Verlag.
- Schulz**, Winfried (1997): „Politische Kommunikation. Theoretische Ansätze und Ergebnisse empirischer Forschung“, Opladen – Wiesbaden, Westdeutscher Verlag.
- Schumperer**, Joseph Alois (1975): „Kapitalismus, Sozialismus, Demokratie“, 4. Auflage, Tübingen, Francke Verlag.
- Tillmann**, Alexander (1989): „Ausgewählte Sorten politischer Sprache. Eine linguistische Analyse parteilichen Sprechens“, Göppingen, Kümmerle.
- Van Dijk**, Teun (2007): „Discourse studies“, Volume 1, Los Angeles-London-New Delhi-Singapore, SAGE Publications, S. XVIX-XLII.
- Van Eemeren**, Frans H./**Grootendorst**, Rob/**Henkemans**, Francisca Snoeck (1996): “Pragma-Dialectics and critical discussion. In: Fundamentals of Argumentation Theory. A Handbook of Historical backgrounds and Contemporary Developments”, Mahwah, New Jersey: Laurence Erlbaum Associates, S. 274-311.
- Van Eemeren**, Frans H./**Grootendorst**, Rob (2004): “A Systematic Theory of Argumentation. The pragma-dialectical approach”, Cambridge, Cambridge University Press.
- Weber**, Max (1972): „Wirtschaft und Gesellschaft“, 5. Auflage (die Erstauflage war im Jahr 1922) Tübingen, Mohr Verlag.
- Weizman**, Elda (2006): „Roles and identities in news interviews: The Israeli context.“ Pragmatic Aspects of political discourse in the media, Journal of Pragmatics 39, S. 154-179.
- Wodak**, Ruth (1991): „Jedem Österreicher seine Krone – jedem Österreicher sein Vorurteil? Zur sprachlichen Vermittlung von Vorurteilen“. In Bruck, Peter A. (Hg.):

„Das österreichische Format. Kulturkritische Beiträge zur Analyse des Medienerfolges „Neue Kronen Zeitung“, Wien, Edition Atelier, S.108-127.

Wodak, Ruth (1990): „Wir sind alle unschuldige Täter“. Diskurshistorische Studien zum Nachkriegsantisemitismus. Frankfurt, Suhrkamp.

Wyss, Vinzenz (2003): „Journalistische Qualität und Qualitätsmanagement“; in **Bucher, Hans-Jürgen/Altmeppen, Klaus-Dieter** (Hrsg.) 2003: „Qualität im Journalismus. Grundlagen-Dimensionen-Praximodelle“, Wiesbaden, VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Internet

Das Geschäftsordnungsgesetz des Nationalrates ist unter <http://www.ris.bka.gv.at> oder unter

http://www.parlinkom.gv.at/PA/RG/Rechtsgrundlagen%20und%20Gesetze_Portal.shtml zu finden (Stand: 12.01.2009).

www.diepresse.at/unternehmen

www.media-analyse.at

www.oeak.at

www.ris.bka.gv.at – Mediengesetz, Staatsgrundgesetz

http://www.oeaw.ac.at/cmc/data/Arbeitsbericht%20Nr%202_v%202.pdf: Bericht „Österreichische Tageszeitungen – über 100 Jahre alt“ 2., überarbeitete Version, 2005, Joseph Seethaler, Kommission für historische Pressedokumentation, Österreichische Akademie der Wissenschaften

<http://www.voez.at/l8w118> - Verband österreichischer Zeitungen

<http://www.lesezirkel-oesterreich.at/media-analyse-2007.htm>

Ehrenkodex für die österreichische Presse, aktuelle Fassung (Stand: 21.01.1999) unter <http://www.voez.at/b300m23>

www.ris.bka.gv.at - Bundesgesetz vom 12. Juni 1981 über die Presse und andere Publizistische Medien (Mediengesetz – MedienG)

www.bild.de - Bild-Zeitung - 20 April 2005

Das stenographische Protokoll der Regierungsangelobungsdebatte ist unter www.parlament.at zu finden.

Curriculum Vitae

Mag. Yordanka Hristozova-Weiss, M.A.

Persönliche Daten

Name	Mag. Yordanka Hristozova-Weiss, M.A.
Geburtsort	Haskovo, Bulgarien
Familienstand	verheiratet
Staatsbürgerschaft	Bulgarien



Ausbildung

Okt.2006 - dato	Doktoratstudium der Sprachwissenschaft - Thema: „Die Parlamentsdebatte: Regeln und Improvisation“ - Universität Wien
Okt.2007 - Nov.2009	Master Studium Public Communication - Universität Wien
Okt.1992 - Nov.2002	Slawische Philologie - Sofioter Universität „Sweti Kliment Ochridski“ (Sofia, Bulgarien), Diplomarbeit - Thema: „Das Bild der bulgarischen Literatur in den Printmedien im Jahre 2001“
Sept.1987 - Jul.1992	Deutschsprachiges Gymnasium „Prof. Dr. Assen Zlatarov“ (Haskovo, Bulgarien)

Berufserfahrung

Jan.2005 - dato	Auslandskorrespondentin TRUD (Sofia, Bulgarien) Freie Mitarbeiterin „Die Presse“ (Okt.2007 - Apr.2009)
Jun.1996 - Dez.2004	Auslandskorrespondentin (Sept.2004 - Dez.2004) Ressortleiterin „Kultur & Style“ (Jan.2000 - Sept.2004) Redakteurin in der Abteilung „Kultur“ (Jun.1996 - Jan.2000) Standart News (Sofia, Bulgarien)
Sept.1995 - Jun.1996	Reporterin für „Gesellschaft, Kultur, Show“ Nachrichtenagentur „Balkan“ (Sofia, Bulgarien)

Kenntnisse

Sprachen	Deutsch Englisch Russisch Polnisch Bulgarisch - Muttersprache
EDV	MS-Office Paket Editing Software
Führerschein	Klasse B

Persönliche Interessen

Kultur	Kunstgeschichte, Literatur, Klassik und Jazz, Kino
Sport	Radfahren, Laufen, Schifahren, Wandern
Internationale Beziehungen	Integration der osteuropäischen Staaten in die Europäische Union

Anlagen:

Zusammenfassung der Dissertation, Deutsch

Zusammenfassung der Dissertation, Englisch

Liste der RednerInnen

Parlamenrsdebatte vom 16.-17. Jänner 2007

Berichterstattung „Die Presse“

Bericherstattung „Kronen Zeitung“

Zusammenfasung der Dissertation, Deutsch

Titel: „Die Parlamentsdebatte: Regeln und Improvisation“

Analyse der Debatte bezüglich der Angelobung der Regierung Alfred Gusenbauer am 16. Jänner 2007 und die Darstellung der Debatte in den Tageszeitungen

Das Forschungsthema dieser Dissertation hat zwei Aspekte: einerseits, wie argumentieren die Politiker im Hohen Haus während einer Debatte, und andererseits, wie wurde das Geschehen im Parlament in die Mediensprache übersetzt.

Es ist das vorrangige Ziel festzustellen, ob es feste Muster gibt, die die Politiker in ihren Reden bei der Bewältigung der unterschiedlichen Themen befolgen, und ob diese Redeschemata Unterschiede von Partei zu Partei aufweisen.

In einem zweiten Schritt wird verfolgt, in welchen Formen der Medienberichterstattung die Regierungsangelobungsdebatte in den Tageszeitungen die Menschen erreicht hat: in Form von Berichten, Interviews, Kommentaren, Reportagen und Gedichten.

Wie ist die Untersuchung der Regierungsangelobungsdebatte und der darauf folgenden Berichterstattung aufgebaut? In einem ersten Schritt wird der Status quo – der Zusammenhang zwischen Sprache und Politik – dargestellt. Der erste Analyse-Teil ist dem Thema „Diskurs und Politik“ (Merkmale politischer Sprache und Sprachverwendung) und der zweite dem Thema „Diskurs und Medien“ (Blick auf die Geschichte, die Mediadaten, die Blattlinie und die Leserschaft der Tageszeitungen „Die Presse“ und „Kronen Zeitung“) gewidmet.

Bekannte Modelle zur Untersuchung der politischen Sprachverwendung behandelt Kapitel 3. Mit Hilfe dieser Modelle wird eine eigene Hypothese zur Frage „Was macht eine Parlamentsrede aus?“ angeboten.

Thema des vierten Kapitels ist die Repräsentation von politischen Debatten in den Printmedien: Welche Merkmale weisen die journalistischen Textgattungen, die in der Berichterstattung der „Presse“ und der „Kronen Zeitung“ am 17. Jänner 2007 vorkommen, auf? Überlegungen zur publizistischen Qualitätssicherung in den Printmedien runden das Kapitel ab.

Kapitel fünf beleuchtet die politischen Hintergründe, die Geschichte und Leitbilder der 2007 im Parlament vertretenen Parteien und auch den Textkorpus der Dissertation: die

Regierungsangelobungsdebatte vom 16. Jänner und die Berichterstattung in den Tageszeitungen „Die Presse“ und „Kronen Zeitung“ am 17. Jänner 2007.

In dem empirischen Teil (Kapitel 6 – 8) werden die Argumentationsstrategien der SPÖ, der ÖVP, der FPÖ, der Grünen und des BZÖ im Zusammenhang mit der im Kapitel drei aufgestellten Hypothese „Was macht eine Parlamentsrede aus?“ analysiert und miteinander verglichen.

Es wurde festgestellt, dass in einer Gegenwart der wachsenden Komplexität der Umwelt auf Politiker keine leichte Aufgabe zukommt: sie müssen diese Umweltkomplexität reduzieren, um für Jedermann verständliche, logische und nachvollziehbare Lösungen für das gemeinsame Leben in Österreich zu liefern, weshalb das Entscheidungshandeln eher auf die politische Hinterbühne (Parteigremien/parlamentarische Ausschüsse) ausgelagert wird. Die Vorderbühne bleibt für eine One-Man-Show vor dem Mikrophon, um vorgefertigte Botschaften bzw. Lösungen von Problemen vorzutragen. Das geschieht dann nach einem vorgefertigten Schema in sechs Schritten: Grundthema festlegen – dieses Grundthema mit „sprachlicher Kodierung“ versehen – das Grundthema begründen – die „Wir-Gruppe“ abgrenzen bzw. die eigene Partei in Abgrenzung zu anderen erkennbar machen – Beispiele aus der Vergangenheit vermitteln – die möglichen Folgen darstellen.

Bei der darauf folgenden Untersuchung der Medienberichterstattung in den Tageszeitungen „Die Presse“ (eine Qualitätszeitung) und die „Kronen Zeitung“ (ein Boulevardblatt) wird beobachtet, dass nur ein Bruchteil der wichtigsten Inhalte der Regierungsangelobungsdebatte Platz fand. Beide Tageszeitungen haben für ihre jeweiligen Rezipienten-Zielgruppen die Berichterstattung maßgeschneidert gestaltet. „Die Presse“ bot mehrere Akteure, Themen und Meinungen an; somit konnten sich die Leser aufgrund der angebotenen Informationen selbst eine Meinung bilden. Die „Kronen Zeitung“ war bemüht, dem Zeitungslesen das Anstrengende zu nehmen und ihren Lesern einen schnellen Überblick über den komplexen Sachverhalt mit vertrautem Vokabular zu verschaffen.

Das abschließende Kapitel neun fasst die Ergebnisse der vorgenommenen Untersuchung zusammen: von der 16-stündigen Regierungsangelobungsdebatte vom 16. und 17. Jänner 2007 wurden nur einige wenige Hauptakteure (Bundeskanzler Alfred Gusenbauer, SPÖ-Klubobmann Josef Cap, Vizekanzler Wilhelm Molterer, ÖVP-Klubobmann Wolfgang Schüssel, Grünen-Klubobmann Alexander Van der Bellen,

FPÖ-Klubobmann Heinz-Christian Strache und BZÖ-Klubobmann Peter Westenthaler) und wenige der behandelten Themen (Nachhilfestunden vom Kanzler, Koalitionsabkommen, Eurofighter) von den Massenmedien in ihrer Berichterstattung aufgegriffen.

Zusammenfassung der Dissertation, Englisch

Title: “The Parliamentary debate: Rules and Improvisation”

Analysis the debate with regard to the swearing-in of Alfred Gusenbauer and his government on January 16th 2007 and the representation of the debate in daily newspapers.

The research topic of this dissertation comprises two aspects: on the one hand, how politicians argue in parliament during a debate, and on the other hand, how these events were translated into the language of the media.

The priority objective is to find out whether there are firm patterns of argumentation which are followed by the politicians in their speeches in which they deal with different topics, and whether there are differences of argumentation between the political parties.

Within a further step it is pursued in which forms the media reported the debate and how people observed the information: in the form of reports, interviews, comments and poems.

What is the structure of the examination of the debate and the subsequent reporting?

In the first step the status quo is described, which means the connection between language and politics. The first part of the analysis is dedicated to the subject “Discourse and Politics” (features of political language and language use) and the second one to the subject “Discourse and Media” (with regard to history, media data, editorial concept and the readership of the newspapers “Die Presse” and “Kronen Zeitung”).

Chapter 3 covers familiar patterns for the investigation of political argumentation strategies. With the help of these models an individual hypothesis is offered in response to the question “What constitutes a parliamentary speech?”.

The subject of the fourth chapter is the representation of political debates in the print media: Which criteria do the journalistic text types show in the reporting of “Die Presse” and “Kronen Zeitung” of January 17th, 2007? To round off this chapter thought is given to journalistic quality assurance in the print media.

Chapter five explores political backgrounds, history and concepts of the parties represented in parliament in 2007 and also the textual corpus of the thesis: the debate

about the swearing-in of the government of January 16th and the reporting in the newspapers “Die Presse” and “Kronen Zeitung” of January 17th, 2007.

In the empiric part (chapter 6 - 8) the argumentation strategies of the SPÖ, the ÖVP, the FPÖ, the Grünen and the BZÖ are analysed and compared in connection with the hypothesis put up in chapter three (“What constitutes a parliamentary speech?”).

It was asserted that the growing complexity of the environment at present does not make the task of politicians any easier: they have to reduce this environmental complexity in order to provide understandable and logical solutions for common life in Austria for everyone. This is why decisive action is rather transferred to the political background (party committees/parliamentary committees). The front stage is for one person only who has to give messages or solutions of problems by a microphone speech. This happens in six steps according to a precast pattern: to fix a basic subject – to provide this basic subject with “linguistic coding” – to justify the basic subject – to delineate one’s own group or to make the demarcation of one’s own party recognisable to others – to demonstrate examples from the past – to show possible results.

Within the subsequent investigation of the media coverage in the newspapers “Die Presse” (a high-quality newspaper) and the “Kronen Zeitung” (a tabloid) it is observed that only a small fraction of the most important contents of the debate was covered. Both newspapers presented their coverage in a form which was tailor-made for their target groups. “Die Presse” offered several persons involved, subjects and opinions; therefore the readers themselves could form an opinion on the basis of the information offered. “Kronen Zeitung” tried to make the reading of the newspaper easy by giving their readers a quick overview of complicated issues by the use of a familiar vocabulary. The final chapter nine summarises the results of the investigation which was carried out: although the debate of January 16th and 17th, 2007 lasted for 16 hours only a few of the persons involved (Austrian Chancellor Alfred Gusenbauer, chairman of the SPÖ Josef Cap, vice-chancellor Wilhelm Molterer, chairman of the ÖVP Wolfgang Schüssel, chairman of the Grünen Alexander Van der Bellen, chairman of the FPÖ Heinz-Christian Strache and chairman of the BZÖ Peter Westenthaler) and a few of the topics which were dealt with (private lessons, Eurofighter) were presented in the coverage of the mass media.

Liste der RednerInnen

Bundeskanzler Dr. Alfred Gusenbauer (SPÖ) – 60 Minuten
Dr. Alexander Van der Bellen (Grüne) – 20 Minuten
Dr. Josef Cap (SPÖ) – 20 Minuten
Heinz-Christian Strache (FPÖ) – 20 Minuten
Dr. Wolfgang Schüssel (ÖVP) – 20 Minuten
Ing. Peter Westenthaler (BZÖ) – 20 Minuten
Mag. Wilhelm Molterer (ÖVP) – 30 Minuten
Dr. Eva Glawischnig-Piesczek (Grüne) – 12 Minuten
Renate Csörgits (SPÖ) – 12 Minuten
Barbara Rosenkranz (FPÖ) – 12 Minuten
Fritz Neugebauer (ÖVP) – 12 Minuten
Herbert Scheibner (BZÖ) – 12 Minuten
Bundesministerin Dr. Ursula Plassnik (ÖVP) – 12 Minuten
Bundesminister Mag. Norbert Darabos (SPÖ) – 12 Minuten
Dr. Kurt Grünwald (Grüne) – 5 Minuten
Dr. Caspar Einem (SPÖ) – 5 Minuten
Mag. Ewald Stadler (FPÖ) – 5 Minuten
Maria Rauch-Kallat (ÖVP) – 5 Minuten
Josef Bucher (BZÖ) – 5 Minuten
Bundesminister Dr. Erwin Buchinger (SPÖ) – 6 Minuten
Bundesminister Dipl.-Ing. Josef Pröll (ÖVP) – 6 Minuten
Mag. Brigid Weinzinger (Grüne) – 5 Minuten
Mag. Kurt Gaßner (SPÖ) – 5 Minuten
Herbert Kickl (FPÖ) – 5 Minuten
Ursula Haubner (BZÖ) – 10 Minuten
Wilhelm Haberzettl (SPÖ) – 7 Minuten
Werner Amon, MBA (ÖVP) – 8 Minuten
Karl Öllinger (Grüne) – 10 Minuten
Heinz-Christian Strache (FPÖ) – 8 Minuten
Bundeskanzler Dr. Alfred Gusenbauer (SPÖ) – 8 Minuten
Sigisbert Dolinschek (BZÖ) – 10 Minuten

Stenographisches Protokoll

9. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich
XXIII. Gesetzgebungsperiode
Dienstag, 16., und Mittwoch, 17. Jänner 2007

Dauer der Sitzung
Dienstag, 16. Jänner 2007: 9.05 – 24.00 Uhr
Mittwoch, 17. Jänner 2007: 0.00 – 1.04 Uhr

Die sechs Argumentationskategorien, die im Kapitel 3 beschrieben worden sind wurden farblich in der Rede voneinander getrennt.

Farbenschlüssel:

Grundthema – braun fett

sprachliche Kodierung – blau fett

Motivation – grün

Wir-Gruppe – rot fett

Vergangenheit/Gegenwart – lila

Folgen/Zukunft – grau

Tagesordnung

Nationalrat

Trauermeldung anlässlich des Ablebens von Bundesministerin Liese Prokop

Mandatsverzicht der Abgeordneten Dr. Martin Bartenstein, Dr. Alfred Brader, Dr. Ulrike Baumgartner-Gabitzer, Doris Bures, Mag. Norbert Darabos, Dr. Alfred Gusenbauer, Dr. Reinhard Lopatka, Christine Marek, Dr. Christoph Matznetter, Mag. Wilhelm Molterer, Dr. Ursula Plassnik, Günther Platter und Heidrun Silhavy

Angelobung der Abgeordneten Sonja Ablinger, Dkfm. Dr. Hannes Bauer, Michael Ehmann, Mag. Peter Eisenschenk, Mag. Peter Michael Ikrath, Ing. Norbert Kapeller, Jochen Pack, Katharina Pfeffer, Astrid Stadler, Gabriele Tamandl und Johannes Zwey tick

Nationalrat, XXIII. GP 16. Jänner 2007 9. Sitzung / 3

Debatte:

Bundeskanzler Dr. Alfred Gusenbauer

Verlangen auf Durchführung einer Debatte gemäß § 81 der Geschäftsordnung

Redner/Rednerinnen (die im Textkorpus der Dissertation berücksichtigt worden sind):

Dr. Alexander Van der Bellen

Dr. Josef Cap

Heinz-Christian Strache

Dr. Wolfgang Schüssel

Ing. Peter Westenthaler

Vizekanzler Mag. Wilhelm Molterer

Dr. Eva Glawischnig-Piesczek

Renate Csörgits

Barbara Rosenkranz

Fritz Neugebauer

Herbert Scheibner

Bundeskanzlerin Dr. Ursula Plassnik

Bundesminister Mag. Norbert Darabos

Dr. Kurt Grünwald

Dr. Caspar Einem

Mag. Ewald Stadler

Maria Rauch-Kallat

Josef Bucher

Bundesminister Dr. Erwin Buchinger

Bundesminister Dipl.-Ing. Josef Pröll

Mag. Brigid Weinzinger

Mag. Kurt Gaßner

Herbert Kickl

Ursula Haubner

Wilhelm Haberzettl

Werner Amon, MBA
Karl Öllinger
Heinz-Christian Strache
Bundeskanzler Dr. Alfred Gusenbauer
Sigisbert Dolinschek

(die Reden der Bundesminister und der Parlamentsabgeordneten, die außerhalb der ORF-Sendezeiten von 9 bis 17 Uhr am 17. Jänner 2007 sind nicht in dieser Anlage inkludiert)

Beginn der Sitzung: 9.05 Uhr

Vorsitzende: Präsidentin Mag. Barbara Prammer, Zweiter Präsident Dr. Michael Spindelegger, Dritte Präsidentin Dr. Eva Glawischnig-Piesczek.

Präsidentin Mag. Barbara Prammer: Die Sitzung ist eröffnet. Ich begrüße recht herzlich den Herrn Bundespräsidenten, der unter uns weilt.
(Allgemeiner Beifall.)

Meine Damen und Herren! Ich darf Sie bitten, sich von Ihren Sitzen zu erheben. (Die Anwesenden erheben sich von ihren Plätzen.)

Trauerkundgebung

Präsidentin Mag. Barbara Prammer: Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Am Silvestertag ist Frau Bundesministerin Liese Prokop für alle vollkommen überraschend verstorben. Sie war eine Frau, die vieles bewegt hat – als Sportlerin, als Politikerin. Wir alle erinnern uns gerne an ihre großen und großartigen sportlichen Erfolge. (...) Ich bitte Sie, in dieser Minute Frau Bundesministerin Liese Prokop zu gedenken. (Die Anwesenden verharren einige Zeit in stiller Trauer.)

Ich danke Ihnen. (Die Anwesenden nehmen ihre Plätze wieder ein.)

Präsidentin Mag. Barbara Prammer: Vom Bundeskanzler ist folgendes Schreiben eingelangt:

„Sehr geehrte Frau Präsidentin!
Ich beeche mich mitzuteilen, dass der Herr Bundespräsident mit Entschließung vom 11. Jänner 2007, ..., die mit der Führung der Verwaltung betraute Bundesregierung sowie die Staatssekretäre im Bundeskanzleramt, den Staatssekretär im Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten, den Staatssekretär im Bundesministerium für Finanzen, den Staatssekretär im Bundesministerium für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz und die Staatssekretäre im Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie vom Amt enthoben hat.

Mit besten Grüßen“

Weiters liegt ein Schreiben des Bundeskanzlers betreffend die Ernennung der Mitglieder der neuen Bundesregierung vor:

„Sehr geehrte Frau Präsidentin!

Ich beehre mich mitzuteilen, dass der Herr Bundespräsident mit Entschließung vom 11. Jänner 2007, ..., mich gemäß Artikel 70 Absatz 1 Bundes-Verfassungsgesetz zum Bundeskanzler ernannt hat. Weiters hat der Herr Bundespräsident gemäß Artikel 70 Absatz 1 Bundes-Verfassungsgesetz auf meinen Vorschlag Herrn Mag. Wilhelm Molterer zum Vizekanzler und

zum Bundesminister für Finanzen, Frau Dr. Ursula Plassnik zur Bundesministerin für auswärtige Angelegenheiten, Frau Dr. Claudia Schmied zur Bundesministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur, Frau Dr. Andrea Kdolsky zur Bundesministerin für Gesundheit und Frauen, Herrn Günther Platter zum Bundesminister für Inneres, Frau Dr. Maria Berger zur Bundesministerin für Justiz, Herrn Mag. Norbert Darabos zum Bundesminister für Landesverteidigung, Herrn Dipl.-Ing. Josef Pröll zum Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft, Herrn Dr. Erwin Buchinger zum Bundesminister für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz, Herrn Werner Faymann zum Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie, Herrn Dr. Martin Bartenstein zum Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit sowie gemäß Artikel 70 Absatz 1 in Verbindung mit Artikel 78 Absatz 1 Bundes-Verfassungsgesetz Frau Doris Bures zur Bundesministerin ohne Portefeuille und Herrn Dr. Johannes Hahn zum Bundesminister ohne Portefeuille ernannt.

Ferner hat der Herr Bundespräsident gemäß Artikel 70 Absatz 1 in Verbindung mit Artikel 78 Absatz 2 Bundes-Verfassungsgesetz Herrn Dr. Reinhold Lopatka zum Staatssekretär und Frau Heidrun Silhavy zur Staatssekretärin ernannt und mir zur Unterstützung in der Geschäftsführung und zur parlamentarischen Vertretung beigegeben, Herrn Dr. Hans Winkler zum Staatssekretär ernannt und ihn zur Unterstützung in der Geschäftsführung und zur parlamentarischen Vertretung der Bundesministerin für auswärtige Angelegenheiten beigegeben, Herrn Dr. Christoph Matznetter zum Staatssekretär ernannt und ihn zur Unterstützung in der Geschäftsführung und zur parlamentarischen Vertretung dem Bundesminister für Finanzen beigegeben, Frau Christa Kranzl zur Staatssekretärin ernannt und sie zur Unterstützung in der Geschäftsführung und zur parlamentarischen Vertretung dem Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie beigegeben sowie Frau Christine Marek zur Staatssekretärin ernannt und sie zur Unterstützung in der Geschäftsführung und zur parlamentarischen Vertretung dem Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit beigegeben.“

Ich wünsche allen Mitgliedern der Bundesregierung sowie den Staatssekretären den besten Erfolg für ihre Arbeit im Dienste der Republik Österreich!...

Präsidentin Mag. Barbara Prammer: Weiters gebe ich bekannt, dass der Erste Bericht des Unvereinbarkeitsausschusses an alle Mitglieder des Nationalrates verteilt wurde.

Ankündigung einer Dringlichen Anfrage

Präsidentin Mag. Barbara Prammer: Der Parlamentsklub des BZÖ hat gemäß § 93 Abs. 2 der Geschäftsordnung das Verlangen gestellt, die vor Eingang in die Tagesordnung eingebrachte schriftliche Anfrage 247/J der Abgeordneten Ing. Westenthaler, Kolleginnen und Kollegen an den Bundesminister für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz betreffend sozialdemokratischen Vertrauensbruch in der Sozialpolitik dringlich zu behandeln.

Gemäß der Geschäftsordnung wird die Dringliche Anfrage um 15 Uhr behandelt werden.

Wir gehen nun in die Tagesordnung ein.

Redezeitbeschränkung

Präsidentin Mag. Barbara Prammer: In der Präsidialkonferenz wurde für diese Sitzung Konsens über eine Tagesblockzeit von „10 Wiener Stunden“ erzielt.

Für die Übertragung der Sitzung durch den ORF in der Zeit von 9.05 Uhr bis 17 Uhr wurden folgende Redezeitvereinbarungen getroffen:

Bundeskanzler 60 Minuten, je eine Wortmeldung pro Fraktion à 20 Minuten, Vizekanzler 30 Minuten, je eine Wortmeldung pro Fraktion à 12 Minuten, zwei Regierungsmitglieder à 6 Minuten, je eine Wortmeldung pro Fraktion à 5 Minuten, zwei Regierungsmitglieder à 6 Minuten, je eine Wortmeldung pro Fraktion à 5 Minuten, zwei Regierungsmitglieder à 6 Minuten, je eine Wortmeldung pro Fraktion à 4 Minuten, zwei Regierungsmitglieder à 6 Minuten, je eine Wortmeldung pro Fraktion à 4 Minuten, zwei Regierungsmitglieder à 6 Minuten, je eine Wortmeldung pro Fraktion à 4 Minuten, zwei Regierungsmitglieder à 6 Minuten, je eine Wortmeldung pro Fraktion à 4 Minuten.

Im Hinblick auf eine Tagesblockzeit von 10 „Wiener Stunden“ verbleibt für die Zeit nach der Fernsehübertragung für die einzelnen Fraktionen folgende Restredezeit: SPÖ und ÖVP je 97, Grüne und FPÖ je 57 und BZÖ 2 Minuten.

Ferner wurde vereinbart, die Sitzung von 13 bis 13.15 Uhr zu unterbrechen.

Falls erforderlich, wird die vorsitzführende Präsidentin/der vorsitzführende Präsident darauf achten, dass die verbleibende Fernsehredezeit in den letzten Runden so aufgeteilt wird, dass alle Redner gleichmäßig zu Wort kommen. Dies gilt jetzt natürlich vor 15 Uhr, nachdem um 15 Uhr die Dringliche Anfrage aufgerufen wird.

Es ist vereinbart, dass nach jedem Wortmeldungsblock von Regierungsmitgliedern von den Rednern der Fraktionen contra und pro gesprochen wird.

Es besteht Einvernehmen, tatsächliche Berichtigungen erst nach der Fernsehübertragung

aufzurufen.

Wir kommen sogleich zur Abstimmung.

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Vorschlag zustimmen, um ein diesbezügliches Zeichen. – Das ist einstimmig angenommen.

Erklärung der Bundesregierung

Präsidentin Mag. Barbara Prammer: Wir gelangen nun zum einzigen Punkt der Tagesordnung: Erklärung der Bundesregierung.

Im Anschluss an diese Erklärung wird im Sinne des § 81 der Geschäftsordnung entsprechend dem vorliegenden Verlangen von fünf Abgeordneten eine Debatte stattfinden.

Ich erteile nun dem Herrn Bundeskanzler zur Abgabe der Erklärung das Wort.

Bundeskanzler Dr. Alfred Gusenbauer: **Sehr verehrter Herr Bundespräsident! Frau Präsidentin des Nationalrates! Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren!** Was immer **wir Politikerinnen und Politiker** tun, was immer **wir** in den kommenden vier Jahren umsetzen wollen, im Mittelpunkt stehen **für uns** Österreich und das Wohl **der Österreicherinnen und Österreicher.** (Beifall bei SPÖ und ÖVP.)

Aus diesem Grund ist es **mir** eine große Ehre, **Ihnen** heute als **Bundeskanzler das Programm der neuen Bundesregierung in seinen Grundzügen** vorstellen zu dürfen. Bevor **ich** aber auf die Pläne für die Zukunft eingehe, erlauben **Sie mir** einen kurzen Rückblick.

Am 1. Oktober 2006 haben **die Wählerinnen und Wähler in unserem Land** ihre Entscheidung getroffen. Das Ergebnis der Nationalratswahlen hat **die österreichische Sozialdemokratie zur stimmen- und mandatsstärksten Fraktion im Parlament** gemacht, knapp gefolgt von der **Österreichischen Volkspartei**.

Mein Ziel war es, den Auftrag des Bundespräsidenten, eine neue Bundesregierung zu bilden, so zu erfüllen, dass **eine möglichst stabile Regierung** für diese Gesetzgebungsperiode zustande kommt.

Ich habe aus diesem Grund **den Vorsitzenden der zweitstärksten Partei, Dr. Wolfgang Schüssel**, zu Verhandlungen eingeladen. **Sie alle, meine Damen und Herren**, kennen den Verlauf dieser Verhandlungen, die phasenweise sehr schwierig waren. Auf beiden Seiten hat nicht immer großes Vertrauen geherrscht. Tief waren da und dort vielleicht auch Verletzungen und Vorbehalte, die von den Auseinandersetzungen der letzten Jahre zwischen **Regierung** und **Opposition** herrühren.

Schließlich haben auch **zwei Parteien** miteinander verhandelt, die in vielen Punkten unterschiedliche Auffassungen und Programme vertreten. **Ich** sage das hier und heute sehr offen, weil diese Unterschiede auch nicht plötzlich verschwunden sein werden.

Auch mag im Hinblick auf den Wahlausgang die Euphorie auf der einen und die Enttäuschung auf der anderen Seite zu Irritationen beigetragen haben. Diese sind mittlerweile ausgeräumt. An ihre Stelle ist das Bewusstsein getreten, dass die Bereitschaft zum Kompromiss und zur Zusammenarbeit zum Wesen der Demokratie zählt, und eine gemeinsame Freude und Zuversicht, unser Land in den nächsten Jahren in eine gute Zukunft zu führen.

Letztlich ist **beiden Verhandlungspartnern** auch klar gewesen, welche Verantwortung **sie** gegenüber **dem Souverän**, gegenüber **den Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes** tragen. Das Wahlergebnis war Auftrag zur Kooperation, wenn man **eine stabile Bundesregierung** haben will.

Und so haben **wir** zwischen **der Sozialdemokratischen Partei** und **der Österreichischen Volkspartei** eine Zusammenarbeit für die nächsten vier Jahre vereinbart – mit einem sehr ambitionierten Programm, das die Handschrift beider Partner trägt.

Ein weiteres offenes Wort: **Große Koalitionen** stehen unter einem gewissen Generalverdacht. Das Wechselspiel zwischen **Regierung** und **Opposition** werde durch eine zu **große parlamentarische Mehrheit** ausgehebelt, Proporz und Postenschacher wären an der Tagesordnung, und so manche andere Vorwürfe mehr ließen sich aufzählen.

Aber denken **wir** doch zurück. **Wir** stellen fest, es hat Zeiten gegeben, in denen **große Koalitionen** tatsächlich Großes geleistet haben – wie den Wiederaufbau unseres Landes nach der Katastrophe des Nationalsozialismus oder den Beitritt Österreichs zur Europäischen Union. Andererseits können **wir** uns auch an Perioden des Stillstandes und der wechselseitigen Blockade erinnern.

Große Koalitionen sind daher an sich weder gut noch schlecht. Es geht darum, was **die beiden Partner** leisten, wie sie miteinander umgehen, wie offen **sie** auch für Vorschläge und Initiativen der **Opposition** oder von außerhalb des Parlaments sind. Kurz, es geht darum, ob die Gefahren schlagend werden oder die Chancen einer solchen Zusammenarbeit genutzt werden. Vor dieser Herausforderung stehen **wir**, meine Damen und Herren, dessen bin **ich** mir bewusst, dessen sind sich auch **meine Kolleginnen und Kollegen in der Bundesregierung** bewusst – und daran wird letztendlich auch die Leistung dieser **Bundesregierung** zu messen sein.

Und Aufgaben warten in ausreichendem Ausmaß auf uns. Die Verantwortung ist groß. Bevor **ich** einzelne Sachbereiche bearbeiten möchte, möchte **ich** die grundlegenden Ziele der neuen **Bundesregierung** skizzieren. Dabei gehe **ich** von den Wünschen und Sorgen der **Menschen in unserem Land** aus. Was erwarten **die Österreicherinnen und Österreicher** heute von **der Politik**?

Sie erwarten – das zeigen alle persönlichen Begegnungen und Gespräche – keine Wunderdinge, **sie** haben ein sehr realistisches Bild davon, was **Politik** zu leisten imstande ist.

Die Menschen in Österreich wollen **Chancen haben, sich zu entwickeln, auf eigenen Beinen zu stehen** und ihr Leben so zu leben, wie **sie** sich das vorstellen. **Sie** wollen für die Zukunft gut gerüstet sein. **Sie** wollen **faire Verhältnisse, eine gerechte Balance von Rechten und Pflichten**, **sie** wollen, dass Leistung belohnt wird. Und **sie** wollen so **viel soziale Wärme und Sicherheit**, dass **sie** in Würde leben können, auch wenn **sie** einen Schicksalsschlag erleiden.

Sie wollen keine Angst haben vor dem Alter, und sie wollen, dass es ihren Kindern und Enkelkindern gut geht, möglichst sogar besser als ihnen selbst.

Wir leben in einem guten und auch in einem vergleichsweise reichen Land. Dennoch haben nicht wenige **Menschen** den Eindruck, dass es ihnen nicht so besonders gut geht, oder haben auch die Sorge, dass es **ihren Kindern** einmal schlechter gehen wird als ihnen selbst. Viele dieser Befürchtungen richten sich auf die Globalisierung oder auf vermeintlich unveränderbare Entwicklungen.

Zweifellos: Internationale Rahmenbedingungen, sei es die internationale Konjunktur oder die Entwicklung des globalen Klimas, lassen sich von der Politik hier in Österreich nur begrenzt beeinflussen.

In der Politik sollten **wir** andererseits aber nicht so tun, als gäbe es überhaupt keine Gestaltungsspielräume mehr, so als müssten **wir** uns Sachzwängen von außen immer nur widerspruchslos ergeben.

Nein, die Aufgabe der **Politik** ist es, für die Zukunft so viel an Chancen für **die Menschen** zu schaffen, wie es geht, und überall dort **Schutz und Sicherheit zu geben, wo es möglich ist**. Individuelle Leistung muss gefördert werden, und es braucht gleichzeitig **ein soziales Klima der Geborgenheit**, der gegenseitigen Achtung und des Umgangs miteinander in Würde. Es ist Teil unserer Aufgabe, für mehr Zusammenhalt in unserer Gesellschaft zu sorgen. (Beifall bei SPÖ und ÖVP.)

Diese Grundhaltung, diese Balance prägt diese **Bundesregierung**, und **sie** zieht sich auch durch die Vorhaben **der neuen Regierung**.

Wir werden **das Wirtschaftswachstum ankurbeln und die Arbeitslosigkeit bekämpfen, die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft unseres Landes erhöhen und eine solide Budgetpolitik verfolgen, unser Sozial- und Gesundheitssystem weiterentwickeln und finanziell absichern sowie die Armutsbekämpfung intensivieren, mit einer offensiven Bildungs- und Forschungspolitik die Chancen sowohl für die Bürgerinnen und Bürger als auch für die Unternehmen verbessern, die Chancen der Frauen in unserer Gesellschaft stärken und große Schritte in Richtung der tatsächlichen Gleichstellung der Geschlechter setzen, ein offenes und lebendiges Kunst- und Kulturleben fördern, eine hohe Lebens- und Umweltqualität in unserem Land erhalten, ein höchstmögliches Maß an innerer und äußerer Sicherheit zum Schutz der Menschen sicherstellen, mit einer Staats- und Verwaltungsreform Demokratie und Grundrechte stärken sowie die innere**

Struktur des Landes für die Anforderungen des 21. Jahrhunderts ausstatten, und aktiv und umfassend in der Europäischen Union mitwirken sowie die internationale Zusammenarbeit generell stärken und uns für den Frieden in der Welt als oberstes Ziel einsetzen.

Arbeit, meine Damen und Herren, ist aus unserer gemeinsamen Überzeugung die beste Voraussetzung für ein selbstbestimmtes, eigenverantwortlich geführtes Leben. Deshalb wollen **wir die Arbeitslosigkeit deutlich senken**, jedenfalls um ein Viertel und damit auf unter 4 Prozent bis zum Ende dieser Legislaturperiode. **Ich** weiß, das ist ein ehrgeiziges Ziel, und manche meinen, ein unerreichbares. **Ich** bin aber voll davon überzeugt: Es ist zu schaffen und **wir** werden es auch erreichen! (Beifall bei der SPÖ und bei Abgeordneten der ÖVP.)

Zu diesem Zweck setzen **wir** auf **intensive Programme zur Förderung des wirtschaftlichen Wachstums**. Besondere Schwerpunkte werden die weitere **Anhebung der Förderung von Forschung und Entwicklung sowie beträchtliche Investitionen in die Infrastruktur** sein.

Besonders wichtig ist uns, dass **die jungen Menschen in Österreich** nicht auf der Straße stehen. Mit einer Bildungsgarantie bis zum Alter von 18 Jahren wollen wir den Anteil der Jugendlichen ohne Berufsausbildung oder Schulabschluss drastisch senken, **die Beschäftigungschancen entsprechend erhöhen und damit die Jugendarbeitslosigkeit nachhaltig bekämpfen**.

Mit der Beibehaltung der Sondermittel für **aktive Arbeitsmarktpolitik** und einem **nationalen Aktionsprogramm für ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer** werden **wir die Arbeitslosigkeit reduzieren**. Intensivieren werden **wir** auch **die Bekämpfung von Schwarzunternehmertum und Schwarzarbeit**, zum Beispiel durch verstärkte Kontrolltätigkeit und höhere Sanktionen.

Wir wollen aber auch **die Qualität der Arbeitsplätze verbessern und einen einheitlichen modernen Arbeitnehmerbegriff etablieren**. Die wachsende Zahl der atypisch Beschäftigten wird sozial besser abgesichert werden.

Die Bundesregierung bekennt sich zu einer **sozialen und ökologisch nachhaltigen Marktwirtschaft im fairen Wettbewerb**. **Die Weiterentwicklung und Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes im Rahmen der europäischen Partnerschaft für Wachstum und Beschäftigung** ist ein erklärtes Ziel.

Einen besonderen Schwerpunkt wird **die Bundesregierung** mit speziellen Maßnahmen zugunsten der kleinen und mittleren Unternehmen setzen. **Wir** wollen dafür sorgen, dass günstiges Kapital für nötige Investitionen bereitgestellt wird, Betriebsübergaben rechtlich erleichtert sowie steuerlich gefördert und auch Unternehmensgründungen umfassend unterstützt werden. Die soziale Absicherung von Selbstständigen wird verbessert werden. Ein geschütztes Gütesiegel „Meisterbetrieb“ soll als Orientierungshilfe für Konsumentinnen und Konsumenten eingeführt werden.

Für die Gründung von Unternehmen sollen durch mehr Wettbewerb im Bereich der freien Berufe die Gründungskosten gesenkt werden, und **wir** wollen die Errichtung eines Stabilitätsfonds prüfen, um jungen innovativen Unternehmen Risikokapital zur Verfügung zu stellen.

Fortgesetzt wird auch die Internationalisierungsoffensive im Hinblick auf die große Bedeutung der Exportwirtschaft für den Erfolg der österreichischen Wirtschaft.

Dazu kommt eine Reihe weiterer Vorhaben, wie die flexiblere Erteilung von Beschäftigungsbewilligungen für Fachkräfte aus den neuen EU-Staaten in Branchen mit besonderem Bedarf und eine sozial verträgliche Flexibilisierung der Arbeitszeit.

Im Bereich der Forschung, Innovation und Technologie setzt sich **die neue Bundesregierung** das Ziel, einen sowohl qualitativen als auch quantitativen Sprung nach vorne zu machen. Um Wachstum und Beschäftigung in Österreich sicherzustellen, muss die Forschungsquote erhöht und der Strukturwandel forciert werden: **Österreich soll sich in den nächsten Jahren zunehmend zu einem eigenständigen Produzenten von Spitzentechnologie und zu einem erstrangigen Forschungsstandort entwickeln**, auf den **wir** stolz sein können.

Bis 2010 soll die Forschungsquote auf 3 Prozent angehoben werden, indem die bestehenden Budgets schrittweise um insgesamt 800 Millionen € aufgestockt werden. Damit sollen auch möglichst hohe private **Forschungsinvestitionen** ausgelöst werden. Gleichzeitig muss die große Zahl an Förderprogrammen bereinigt und effizienter werden.

Aber die wichtigste Ressource im Bereich der Forschung und Innovation – der Mensch – soll besonders gefördert werden. **Die Schaffung neuer Stellen für Forscherinnen und Forscher**, ihre Mobilität aus und nach Österreich sowie zwischen den Sektoren, aber auch die Erhöhung des Anteils an Frauen sowohl im öffentlichen als auch im privaten Forschungssektor stehen dabei besonders im Fokus.

Die beabsichtigte Technologieführerschaft erfordert sowohl exzellente öffentliche Forschungsstrukturen als auch unternehmerische Forschung. Das reicht von der Reform der Akademie der Wissenschaften über Maßnahmen für Klein- und Mittelunternehmen mit Forschungsaktivitäten bis zu einer Headquarter-Strategie für Forschung und Entwicklung.

Eine moderne Infrastrukturpolitik ist unverzichtbare Voraussetzung für den Erfolg des Wirtschaftsstandorts und damit für die Schaffung neuer Arbeitsplätze. Durch eine sinnvolle Verknüpfung der verschiedenen Verkehrsträger wollen wir die Optimierung des österreichischen Verkehrssystems erreichen. Schienen und Wasserstraßen sollen im Sinne der Umweltverträglichkeit als Transportwege attraktiver werden.

Priorität bei der Straßen- und Schieneninfrastruktur haben das Schließen von Lücken und die Beseitigung von Engpässen im hochrangigen Netz. Zur Umsetzung des ÖBB-Rahmenplans werden wir 6 Milliarden € in dieser Legislaturperiode investieren, und weitere 4,5 Milliarden € in das Bauprogramm der ASFINAG. (Beifall bei der SPÖ und bei Abgeordneten der ÖVP.)

Der öffentliche Verkehr ist gerade in Ballungszentren für die Mobilität **der Menschen** und die wirtschaftliche Entwicklung entscheidend. In ländlichen Regionen dient er der Daseinsvorsorge und der sozialen Gerechtigkeit. **Wir** werden das Angebot des öffentlichen Verkehrs attraktiver machen. **Investitionen in den öffentlichen Verkehr** sind nicht zuletzt ein wichtiger Beitrag, um die Belastungen durch Treibhausgas, Feinstaub und Stickoxid zu reduzieren.

Auch **der Luftfahrtstandort Österreich soll weiterentwickelt werden**, unter anderem durch Qualitätsoffensiven an den Flughäfen sowie durch eine bessere Vernetzung mit Straße und Schiene.

Hohe Priorität hat für **die neue Bundesregierung die Verkehrssicherheit**. Daher wollen wir Verbesserungen bei den Leitsystemen, Geschwindigkeitsbeschränkungen, Kontrollen des Schwererverkehrs und bei der Fahrschulausbildung erreichen.

Beim Transit wird es eine neue Strategie für mehr Kostenwahrheit im Güterverkehr geben. Die Lkw-Maut wird überarbeitet, differenziert und erhöht.

Meine Damen und Herren! **Ich** komme zur Budget- und Finanzpolitik. Geordnete Staatsfinanzen sind **aus meiner Sicht** kein Selbstzweck, sondern sie sind eine außerordentlich wichtige Voraussetzung für die Politik, um handlungsfähig zu sein und zu bleiben.

Wenn große Initiativen für unser Land zu setzen sind oder wenn einer schwachen wirtschaftlichen Konjunktur gegengesteuert werden muss, dann brauchen **wir** dazu die entsprechenden Mittel im Staatshaushalt. Deshalb stehe ich für ein stabiles Budget und für den verantwortungsvollen und sparsamen Umgang mit dem Geld der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler!

Diese Bundesregierung bekennt sich daher zu einer soliden und nachhaltigen Budget- und Finanzpolitik, die über einen Konjunkturzyklus hinweg ausgeglichen bilanziert.

Diese Zielsetzung verlangt Disziplin. Spielräume für steuerliche Entlastungen sollen erarbeitet werden und müssen vor dem Hintergrund leistbar sein, dass auch **wichtige Zukunftsinvestitionen für Wachstum und Beschäftigung**, den Standort Österreich, **die soziale Sicherheit** oder für andere wichtige öffentliche Aufgaben getätigten werden.

Die Bundesregierung achtet auf die gemeinsame Budgetverantwortung aller Gebietskörperschaften im Sinne des österreichischen Stabilitätspaktes.

Die Bundesregierung wird in dieser Legislaturperiode **eine große Steuerreform mit einer spürbaren Entlastung der Steuerzahler und der Wirtschaft** durchführen. (Beifall bei SPÖ und ÖVP.)

Das Steuer- und Abgabensystem soll nachhaltig gestaltet sein. Ökologische Aspekte werden mit einbezogen, und es wird eine positive konjunkturelle Entwicklung unterstützt.

Wir wollen für ein möglichst gutes Klima und für einen funktionierenden und fairen Kapitalmarkt sorgen. **Wir** werden uns unter anderem auf europäischer Ebene für eine Harmonisierung der entsprechenden Standards, die Verstärkung der Markt- und Missbrauchsaufsicht und den Ausbau der Transparenzvorschriften einsetzen.

Meine Damen und Herren! Eine Kernaufgabe **dieser Bundesregierung** ist die Weiterentwicklung unseres insgesamt bewährten **Systems sozialer Sicherheit und Fairness**. Diese Entwicklung darf nie stehen bleiben, zu rasch verändern sich die Herausforderungen, die Bruchlinien in unserer Gesellschaft und die Ungerechtigkeiten.

Wenn **wir** einen **aktivierenden und modernen Sozialstaat** haben wollen, muss er eben den jeweiligen aktuellen Anforderungen entsprechen, und er muss handlungsfähig, das heißt gesichert finanziert sein. Unter diesen Voraussetzungen können **wir mehr Gerechtigkeit, mehr Sicherheit und auch mehr Bereitschaft zu Innovation und Eigeninitiative erreichen.** (Beifall bei der SPÖ und bei Abgeordneten der ÖVP.)

Die Pensionen sind die wesentlichste Voraussetzung, um **der älteren Generation** ein Leben in Würde zu ermöglichen. **Wir** sind übereingekommen, dass keine **Pensionistin**, kein **Pensionist** mehr unter der Armutsgrenze leben muss. Der Ausgleichszulagenrichtsatz – also unsere Art von Mindestpension – wird auf 726 € angehoben. **Wir** sind daher unter den drei Spitzenländern der Europäischen Union! (Beifall bei der SPÖ und bei Abgeordneten der ÖVP.)

Wir beseitigen auch die Härten bei Doppelabschlägen und verlängern bis zum Ende der Legislaturperiode die Langzeitversicherungsregelung, die Männern nach 45 Jahren und Frauen nach 40 Jahren im Berufsleben eine Pension ohne Abschläge ermöglicht. Und **wir** verbessern die Anrechnung von Kindererziehungszeiten für die Pensionsbemessung, indem **wir** die Gutschriften für die Kinderbetreuung auch wertsichern werden. Schwerarbeiter- und Invaliditätspensionen wollen **wir** neu ordnen, um **ein höheres Maß an sozialer Fairness zu erzielen**. Damit wird mehr Pensionsgerechtigkeit in Österreich geschaffen! (Beifall bei der SPÖ und bei Abgeordneten der ÖVP.)

Jeder und jede soll sich für die Art von Pflege entscheiden dürfen, die den jeweiligen Bedürfnissen entspricht – sei es zu Hause im Kreis der Angehörigen, sei es durch professionelle Betreuung durch mobile Dienste oder sei es durch die engagierten Kräfte in den Heimen und Senioreneinrichtungen.

Dazu brauchen **wir** eine Ausweitung der Leistungen der mobilen Dienste, die Entwicklung eigener Betreuungsformen für spezifische Alterserkrankungen und die Etablierung einer legalen Form der 24-Stunden-Betreuung. Ebenso wichtig sind für uns die Stärkung und die Unterstützung des ehrenamtlichen Engagements, vor allem von pflegenden Angehörigen.

Wir wollen gemeinsam **die Armut, die es leider auch in Österreich noch immer gibt, bekämpfen**, und **wir** werden uns daher für einen Generalkollektivvertrag einsetzen, der ein Mindesteinkommen von 1 000 € garantiert. Und **wir** werden mit der schrittweisen **Einführung der bedarfsorientierten Mindestsicherung** von 726 € eines der europaweit modernsten Instrumente zur Armutbekämpfung umsetzen, das vor allem darauf setzt, Armut nicht einfach durch Bezahlung, sondern in erster Linie durch

die Rückführung in das Erwerbsleben zu überwinden. (Beifall bei der SPÖ und bei Abgeordneten der ÖVP.)

Meine Damen und Herren! Österreich hat eines der besten medizinischen Versorgungssysteme der Welt. **Die Bundesregierung** bekennt sich zur **umfassenden medizinischen Versorgung** für **alle Menschen**, unabhängig von Alter und Einkommen. Für uns gelten die Grundsätze der solidarischen Finanzierung, des gleichen und möglichst ungehinderten Zugangs zu Leistungen sowie der hohen Qualität und Effizienz bei der Leistungserbringung. Im Mittelpunkt der Gesundheitspolitik der neuen Bundesregierung steht der Bedarf der Patientinnen und Patienten.

Wir werden die Prävention und die Gesundheitsförderung verstärken, die Integration von ambulanter und stationärer Versorgung vorantreiben sowie ein besser abgestimmtes Planungs- und Steuerungsmodell zwischen Bund, Ländern und sozialer Krankenversicherung entwickeln.

Es sollen neue Formen von ambulanten Gesundheitszentren entstehen, die vor allem eine bessere fachärztliche Versorgung im ländlichen Raum bewirken können.

Für die Finanzierung der Gesundheitsversorgung werden bestehende Effizienzpotentiale ausgeschöpft sowie die Krankenversicherungsbeiträge um maßvolle 0,15 Prozent angehoben.

Die Medikamentenkosten werden mit einem Bündel von Maßnahmen gesenkt, und bei der Rezeptgebühr wird, um chronisch und mehrfach Kranke zu unterstützen, eine Obergrenze in der Höhe von 2 Prozent des Einkommens festgelegt. (Beifall des Abg. Dr. Bauer.) Jemand mit einem Einkommen von 1 000 € netto muss daher maximal 20 € im Monat an Rezeptgebühr bezahlen. Das ist für **viele alte Menschen** eine wirkliche Erleichterung in unserem Land. (Beifall bei der SPÖ und bei Abgeordneten der ÖVP.)

Die Qualität der Versorgung wird auch durch Verbesserungen in der Ausbildung der Ärzte sowie der Gesundheits-, Pflege- und Sozialberufe gesichert. Gleichzeitig werden **wir Patientenrechte stärken und den gesundheitlichen Verbraucherschutz ausbauen**.

Einen besonderen Schwerpunkt setzen **wir** für **Menschen** mit Behinderung durch die Weiterentwicklung des Behindertengleichstellungsrechtes und durch besondere arbeitsmarktpolitische Maßnahmen, denn der Weg über eine reguläre Erwerbsarbeit ist für Menschen mit Beeinträchtigungen der beste Weg zu einem selbstbestimmten Leben ohne Abhängigkeiten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der wohl wichtigste Schlüssel für die erfolgreiche Zukunft unseres Landes, aber auch die erfolgreiche Gestaltung des individuellen Lebens ist die Bildung. (Ruf bei der SPÖ: Jawohl!)

Bildungspolitik ist Chancenpolitik (Beifall bei der SPÖ und bei Abgeordneten der ÖVP), und deshalb werden **wir** die jährlichen Bildungsausgaben um bis zu 200 Millionen € erhöhen, weil **wir** alle Kinder und Jugendlichen unseres Landes ohne Ausnahme entsprechend ihren Begabungen, Interessen und Neigungen optimal fördern

müssen. Mit unseren Initiativen wollen **wir** die Motivation und die Mitwirkung aller Betroffenen – der Schülerinnen und Schüler, der Eltern und der Lehrenden – fördern.

Wir wollen die Zahl der Schülerinnen und Schüler pro Klasse schrittweise auf 25 senken und damit besser auf die Bedürfnisse der einzelnen Kinder und Jugendlichen eingehen. (Beifall bei der SPÖ und bei Abgeordneten der ÖVP.)

Wir werden das vorschulische Bildungsangebot verbessern, weil wir wissen, dass gerade in diesem Alter viele Entscheidungen für den weiteren Bildungs- und Lebensweg getroffen werden und Versäumnisse später nur mit großem Aufwand korrigiert werden können.

Mir ist hier eines sehr wichtig: Es geht gerade im Schul- und Bildungsbereich nicht um die Durchsetzung irgendwelcher Ideologien. **Wir** wollen **das beste Schulsystem für unsere Kinder**, weil von ihrer Ausbildung die Zukunft unseres Landes und unserer Gesellschaft abhängt. Und diese Utopie ist machbar, diese Utopie werden **wir** umsetzen, und zwar über die Parteigrenzen hinaus, weil es darum geht, dass wir uns darüber einig sind, dass es um das Beste für unsere Kinder geht. (Beifall bei der SPÖ und bei Abgeordneten der ÖVP.)

Deshalb werden **wir die ganztägigen Schulformen und Betreuungseinrichtungen bedarfsgerecht ausbauen, die individuelle Förderung sowie die Integration mit dem Schwerpunkt Spracherwerb verstärken**, und es wird die Weiterentwicklung der Schule für die 10- bis 15-Jährigen vorbereitet.

Durch **die Ausarbeitung von Bildungsstandards** wollen **wir** die Qualität und den Ertrag des Unterrichts erhöhen. Und **wir** wollen Klassenwiederholungen durch spezifische und leistungsgerechte Förderung verringern, weil es hier um die Lebenszeit unserer Kinder geht.

Sehr wichtig sind nicht zuletzt die Internationalisierung der Bildung und die Weiterentwicklung der Pädagogischen Hochschulen. Die Schulverwaltung wird neu geordnet, Doppelgleisigkeiten werden beseitigt, und die Autonomie der Schulen wird weiter gestärkt.

Lebensbegleitendes Lernen darf nicht nur ein Schlagwort sein. Deshalb werden **wir** das Nachholen von Bildungsabschlüssen erleichtern und den Zugang zur Weiterbildung erleichtern und fördern, die Bildungskarenz verbessern und die Qualität des Angebotes sichern. Ein bundesweiter Bildungspass soll immer über Wissen und Fertigkeiten jedes Einzelnen eine Dokumentation darstellen.

Universitäten, Hochschulen und zahlreiche Forschungsstätten prägen schon heute das gesellschaftliche Leben in unserem Land. Unsere Universitäts- und Forschungslandschaft vermittelt Grundlagen, verbreitet Aufgeschlossenheit und Neugier für Neues und hilft mit, dass aus Ideen konkrete Innovationen werden. (In den Reihen der Grünen wird ein Transparent hochgehalten mit der Abbildung eines Flugzeugs und dem Text „Hier fliegt die Studiengebühr! Versprochen – gebrochen. SPÖ.“)

Die Zukunft der Wissenschaft liegt allerdings in unseren Studierenden. Mit dem Ziel einer merkbaren Verbesserung der Studienbedingungen, damit jedes Studium ohne Verzögerung abgeschlossen werden kann, wollen wir eine deutliche Verbesserung der Betreuungsrelationen von Lehrenden und Studierenden erreichen und in moderne Lernumgebungen investieren. (Beifall bei der SPÖ und bei Abgeordneten der ÖVP.)

Präsidentin Mag. Barbara Prammer: Meine Damen und Herren von den Grünen, Sie haben Ihr Plakat hergezeigt. Ich ersuche Sie, es wieder wegzuräumen.

Bitte, Herr Bundeskanzler, setzen Sie fort!

Bundeskanzler Dr. Alfred Gusenbauer (fortsetzend): Das gibt mir ein gutes Stichwort: Für die Förderung der Studierenden wollen wir das Studienbeihilfensystem weiter ausbauen und die bereits existierenden Kreditmodelle sowohl bekannter machen als auch erweitern. Hinzu soll den Studierenden die Möglichkeit geboten werden, Studienbeiträge durch gemeinnütziges Engagement im Ausmaß von 60 Stunden im Semester refundiert zu bekommen.

Ich verstehe die Betroffenheit bei denjenigen, die sich erwartet haben, dass die Studiengebühren gänzlich abgeschafft werden, aber **ich** bekenne mich dazu, dass man in einer Regierung auch Kompromisse schließen muss, selbst wenn man weiter gehende Vorstellungen hat.

Aber **ich** möchte mich auch an dem beteiligen, was ich anderen empfehle und was **ich** durchaus als zumutbar empfinde. Also sollte unser Wissenschaftsminister mit seiner Arbeitsgruppe das Modell erstellt haben, durch welche Arten von gemeinnütziger Arbeit oder Tätigkeit man in Zukunft keine Studiengebühr mehr bezahlen soll, dann bin **ich** gerne bereit, dasselbe zu tun wie die Studentinnen und Studenten. **Ich** werde bereit sein, in einer Wiener Schule einmal pro Woche Nachhilfestunden zu geben (Abg. Ing. Westenthaler: Das ist doch lächerlich!), weil **ich** glaube, dass **ich** das kann, und **ich** werde dabei auch viel lernen. Das ist mein Angebot an alle! (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Ing. Westenthaler: Verdienen die Studenten so viel wie Sie?)

Der Herr Westenthaler macht schon die erste Anmeldung, obwohl er nicht zu den sozial Bedürftigen gehört. (Weitere anhaltende Zwischenrufe beim BZÖ.)

Studieren ohne Studienbeiträge wird damit für mehr **Studenten** ermöglicht werden.

Wir wollen weiters neue Angebote und bessere Bedingungen für die wachsende Zahl berufstätiger Studierender schaffen und die Betreuungsangebote für Studierende mit Kindern ausbauen.

Die Stärkung der Autonomie und der internationalen Wettbewerbsfähigkeit von Österreichs Universitäten ist unser Ziel. Die Fachhochschul-Offensive wird als wichtige Ergänzung des universitären Angebots fortgesetzt.

Die internationale Vernetzung österreichischer Wissenschaftseinrichtungen und die enge Anknüpfung an Europa werden künftig ein noch stärkerer Schwerpunkt sein.

Als konkrete Maßnahmen sehen **wir** den Start der Forschungstätigkeit am Exzellenzinstut
ISTA ebenso wie eine erfolgreiche Bewerbung für das European Institute of Technology vor.

Frauenpolitik ist dieser Bundesregierung besonders wichtig. (Spontaner lebhafter Beifall bei der SPÖ sowie bei Abgeordneten der ÖVP.) Sie wird **im neuen Ministerium** koordiniert, zieht sich aber als Querschnittsthema durch zahlreiche Ressorts. Die Verbesserung der **Chancengerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt, die Schließung der Einkommensschere zwischen Männern und Frauen, die Bekämpfung der Frauenarmut und geschlechtsspezifische medizinische Ansätze** sind Beispiele für wichtige Themen, die **wir in unseren Ministerien bearbeiten** und gemeinsam lösen müssen.

Die Förderung der Eigenständigkeit von Frauen führt über die Erwerbstätigkeit. Unser konkretes Ziel ist es, die Frauenbeschäftigtequote bis 2010 auf 65 Prozent zu erhöhen. Dabei müssen **wir** besonderes Augenmerk darauf legen, dass die Zahl der guten Vollarbeitsplätze steigt, die auch ein ausreichendes Einkommen sichern. (Beifall bei der SPÖ und bei Abgeordneten der ÖVP.)

Mädchen sollen unterstützt werden, so genannte atypische Berufe zu wählen, um bessere Beschäftigungschancen zu haben. Ein Schwerpunkt wird auch hier den Lehrberufen gelten. Dazu kommt der Ausbau von frauenspezifischen Weiterbildungsangeboten und Wiedereinstiegshilfen.

Um **die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu verbessern**, werden wir die **Kinderbetreuung ausbauen sowie das Kindergeld flexibler gestalten**. Neben der bisher bestehenden Möglichkeit, insgesamt 36 Monate lang 436 € zu beziehen, gibt es in Zukunft die Variante, 18 Monate lang 800 € zu beziehen. Auch die Zuverdienstgrenze wird angehoben. (Beifall bei der SPÖ und bei Abgeordneten der ÖVP.)

Das erhöht die Wahlfreiheit für **die Eltern** und bietet gleichzeitig die Chance zum früheren Wiedereinstieg ins Berufsleben – unter der Voraussetzung ausreichender und bedarfsoorientierter Kinderbetreuungseinrichtungen. Gleichzeitig geben **wir** damit **Männern** eine bessere Chance, sich der wertvollen und anspruchsvollen Aufgabe der Kindererziehung zu widmen.

Auch werden **Alleinerziehende** in Zukunft stärker unterstützt: durch Anpassung der Familienleistungen, eine Reform des Unterhaltsvorschusses und durch das Wochengeld auch für freie Dienstnehmerinnen und Dienstnehmer.

Beim Schutz vor Gewalt gegen Frauen sowie im Kampf gegen den meist Frauen betreffenden Menschenhandel wird die Bundesregierung besondere Schwerpunkte setzen.

Zur speziellen **Förderung von MigrantInnen** wird ein Aktionsplan erstellt, der insbesondere auf den Spracherwerb und andere Qualifizierungsangebote abzielt.

Familien mit vielen Kindern wollen wir mit der **Erhöhung der Zuschläge zur Familienbeihilfe** ab dem dritten Kind unterstützen. (Beifall bei SPÖ und ÖVP.)

Wir werden die Kinderrechte im Sinne der UN-Konvention als Grundrechte in die Bundesverfassung aufnehmen und mit den Ländern österreichweit einheitliche Regelungen im Jugendschutz herstellen. Besonderes Augenmerk legen **wir** auf den Schutz vor Alkohol- und Drogenmissbrauch sowie vor Verherrlichung von Gewalt.

Wir wollen aber auch **die demokratischen Mitwirkungsrechte der Jugend verbessern**: in Form von vielfältigen Jugendbeteiligungsmodellen und insbesondere durch die Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre. (Beifall bei der SPÖ und bei Abgeordneten der ÖVP.)

Kunst und Kultur haben einen hohen Stellenwert in Österreich, und **die Bundesregierung** bekennt sich zu einem offenen Dialog mit Kunst- und Kulturschaffenden und zu einem offenen kulturellen Klima, das eine kritische Auseinandersetzung sowohl mit der Geschichte als auch mit der aktuellen Entwicklung ermöglicht.

Die öffentliche Finanzierung von Kunst und Kultur ist eine notwendige Investition in die Zukunft. Besonderen Stellenwert hat für uns die Förderung des zeitgenössischen Kunst- und Kulturschaffens, aber auch die soziale Absicherung von Künstlerinnen und Künstlern. (Beifall bei der SPÖ sowie des Abg. Dr. Stummvoll.)

Neben der Förderung kultureller Partizipation und einer Vielzahl anderer Vorhaben wird **die Bundesregierung** einen Schwerpunkt zur **Stärkung des Medien- und Filmstandortes Österreich** setzen. (Beifall des Abg. Morak.)

Wir wollen einen eintrittsfreien Tag pro Monat in den Bundesmuseen ermöglichen, damit auch alle diese wichtigen Einrichtungen besuchen können. **Wir** wollen für ein „Haus der Geschichte“ bis Mitte des Jahres ein neues Konzept erarbeiten und Linz als „Europäische Kulturhauptstadt 2009“ unterstützen. (Beifall bei der SPÖ.)

Ziel der Medienpolitik der **Bundesregierung** ist die Sicherung einer pluralistischen, vielfältigen Medienlandschaft mit qualitativ hochwertigen Angeboten. Dazu werden **wir** eine unabhängige und umfassende Medien- und Telekommunikationsbehörde schaffen.

Der ORF nimmt als Stiftung mit öffentlich-rechtlichem Profil eine zentrale Rolle für die kulturelle Identität und für die gesellschaftspolitische Integration ein. Er muss als national und international agierendes Unternehmen mit klarem Auftrag und transparenten Finanzierungsformen positioniert werden und auch auf europäischer Ebene wettbewerbsfähig und abgesichert sein.

Die Förderung von Medien wird evaluiert und ausgebaut, wobei insbesondere die Förderung für kommerzielle und nichtkommerzielle elektronische Anbieter geprüft werden soll.

Bis Ende 2009 soll die Vollversorgung der Bevölkerung mit Breitbandzugang abgeschlossen

sein und Österreich zu einer der führenden Nationen in der Informations- und Kommunikationstechnologie aufgestiegen sein. (Beifall bei der SPÖ und bei Abgeordneten der ÖVP.)

Der ländliche Raum liegt dieser **Bundesregierung** besonders am Herzen. Dieses Bekenntnis erfordert wesentliche Schritte der Politik. Österreich stehen von 2007 bis 2013 EU-Mittel in der Höhe von 3,9 Milliarden € zur Verfügung, die national durch die Verdoppelung kofinanziert werden.

Der „Grüne Pakt“ wird wie geplant umgesetzt und fußt auf drei Säulen: dem Bergbauernprogramm, einem flächendeckenden Umweltprogramm und der Investitionsoffensive, um die österreichischen Landwirte in ihrer Wettbewerbsfähigkeit zu stärken.

Der österreichische Weg einer ökologischen Landwirtschaft ist europaweit einzigartig. Die österreichischen Lebensmittel genießen hervorragenden Ruf. Daher werden wir auch weiterhin für die Gentechnikfreiheit unserer Landwirtschaft kämpfen. (Beifall bei SPÖ und ÖVP.)

Im Umweltbereich setzen **wir** einen deutlichen Schwerpunkt mit unserem engagierten **Kampf gegen den Klimawandel**: **Wir** werden unseren Beitrag dazu international und national leisten. Nach 2012 ist es unser Ziel, alle Industriestaaten und Entwicklungsländer in ein internationales Übereinkommen einzubeziehen. **Wir** selbst werden alles daran setzen, bis 2012 das Kyoto-Ziel zu erreichen.

Ein weiteres klares Bekenntnis: Kernenergie ist keine nachhaltige Form der Energieversorgung und daher keine Alternative für uns. (Beifall bei der SPÖ und bei Abgeordneten der ÖVP.) Das sollte auch für unsere Nachbarn gelten, weshalb **wir** auch weiterhin im Rahmen unserer gutnachbarschaftlichen Beziehungen für eine Nullvariante beim Kernkraftwerk Temelín eintreten werden. (Beifall bei der SPÖ und bei Abgeordneten der ÖVP.)

Wir müssen verstärkt alternative und erneuerbare Formen der Energieversorgung aufzeigen. In dieser Legislaturperiode geht es uns insbesondere um die Steigerung des Anteils der erneuerbaren Energie am Gesamtenergieverbrauch auf mindestens 25 Prozent sowie des Anteils der erneuerbaren Stromerzeugung auf 80 Prozent. **Wir** wollen mindestens 100 000 Haushalte auf erneuerbare Energieträger umstellen und die Verwendung alternativer Kraftstoffe im Verkehrssektor auf 10 Prozent erhöhen. Der Biomasseeinsatz soll verdoppelt werden. (Beifall des Abg. Hornek.)

Wir setzen bei der Bewältigung der Umweltprobleme auf modernste Technologie und Forschung. Dazu haben **wir** ehrgeizige Ziele, wie zum Beispiel die Verdoppelung des Anteils der Umwelttechnologie am Bruttoinlandsprodukt.

Schließlich ist der Schutz vor Naturgefahren für Österreich ein wichtiges Thema: Hier müssen **wir** unseren offensiven Kurs in der intelligenten Wildbach- und Lawinenverbauung und im Schutzwasserbau weiter fortführen.

Eine weitere Querschnittsmaterie in Gesellschaft und Politik ist der Sport. Er spielt in Wirtschaft, Tourismus, Gesundheit, Bildung, Integration und vielen anderen Bereichen eine wesentliche Rolle. (Zwischenruf des Abg. Mag. Stadler.) Das erkennt **die neue Bundesregierung** an und setzt sich daher eine Reihe von Zielen; so etwa **die Anhebung der Sportaktivität in der Bevölkerung, die Sicherung der Finanzierung des gemeinnützigen Sports, die Forcierung von Kindergarten- und Schulsport und Anreize für mehr Breiten- und Vereinssport**. Im Spitzensport wollen **wir** die Fördersysteme optimieren, die wichtige Rolle des Bundesheeres und der Exekutive in diesem Bereich sichern sowie Großveranstaltungen wie die Fußball-EM 2008 oder Olympia Salzburg 2014 bestmöglich unterstützen und nützen. (Beifall bei der SPÖ und bei Abgeordneten der ÖVP.)

Sicherheit, wie **ich** sie verstehe, meine Damen und Herren, hat viele Dimensionen. **Ich** nenne nur die soziale Dimension, die Sicherheit und den Schutz vor Lebensrisiken, wie ihn **der moderne Sozialstaat** bietet und damit zum **sozialen Zusammenhalt** wesentlich beiträgt. Das schmälert freilich in keiner Weise die Bedeutung der inneren Sicherheit als wesentliche Aufgabe unseres Staates.

Österreich ist eines der sichersten Länder der Welt. Es ist eine der wichtigsten Herausforderungen, die Freiheit und Sicherheit seiner **Bürgerinnen und Bürger** auch in Zukunft zu schützen. Die Österreicherinnen und Österreicher haben einen Anspruch darauf. **Ich** bin der Meinung, dass unsere Exekutive die bestmögliche Ausstattung für ihre Arbeit zur Verfügung haben muss. Auch die Ausbildung unserer **Polizistinnen und Polizisten** wird, aufbauend auf die bisher gesetzten Schritte, weiter professionalisiert werden.

Gerade im Bereich der Sicherheit ist die internationale Zusammenarbeit von besonderer Wichtigkeit. Damit die grenzüberschreitende Kriminalität auch in Zukunft wirkungsvoll bekämpft werden kann, wird die Bundesregierung die Zusammenarbeit mit unseren Nachbarländern weiter ausbauen und verstärken.

Ein wesentliches und bestimmendes Thema der nächsten Jahre wird der Bereich „Zuwanderung und Integration“ sein. Zuwanderung ist eine globale Herausforderung. Zuwanderung nach Österreich muss auf die Bedürfnisse und Möglichkeiten unseres Landes und unseres Arbeitsmarktes abgestimmt sein, nicht zuletzt im Interesse der Zuwandernden. (Beifall bei SPÖ und ÖVP.)

Integration steht vor Neuzug. Integration ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und muss nach dem Prinzip erfolgen, dass menschenwürdiges Dasein und sozialer Friede in unserem Land gesichert werden. Ein entsprechendes Einkommen, ordentliche Wohnverhältnisse, eine bestehende Krankenversicherung sind dafür ebenso Voraussetzung wie grundlegende Kenntnisse der deutschen Sprache. Integration muss daher auf allen Ebenen stattfinden: in Kindergärten, Schulen und anderen Bildungseinrichtungen, durch spezielle Förderung der Einbindung in das kommunale Leben und Umfeld. Wesentlicher Grundsatz muss sein, dass Zuwanderung stets mit Integrationsarbeit verbunden ist. Dies liegt in der Gesamtverantwortung der Bundesregierung und aller Gebietskörperschaften. (Beifall bei SPÖ und ÖVP.)

Zentrale Aufgabe bleibt für uns auch weiterhin der **Kampf gegen illegale Migration und Schlepperkriminalität**. Es besteht eine klare Trennung zwischen Asyl und Zuwanderung.

Für den Asylbereich gilt: schneller und fairer Schutz für jene, die verfolgt werden; die Dauer der Asylverfahren wird weiter verkürzt werden, und **wir** werden ein Asylgericht installieren, um die Verfahren weiter zu optimieren.

Es ist mir, meine sehr geehrten Damen und Herren, ein besonderes Anliegen, **Menschenrechte**,

Demokratie und Toleranz in unserem Land, aber auch international **zu stärken**. (Beifall bei der SPÖ und bei Abgeordneten der ÖVP.) Vor diesem Hintergrund ist der besondere Einsatz für gelingende Integration zu sehen, dieses Motiv durchzieht aber auch die Vorhaben, die **wir** in den kommenden Jahren im Bereich der Justiz-, Staats- und Reformpolitik angehen werden. Justizreform, Staats- und Verwaltungsreform und nicht zuletzt unser internationales Engagement zielen auf die Erweiterung von persönlichen Rechten, auf mehr Gerechtigkeit und auf ein besseres Zusammenleben der Menschen.

Ausreichende Ressourcen für die Justiz sind die Grundlage für Rechtsstaat und Menschenrechte. **Allen Menschen** steht der einfache und gleiche Zugang zum Recht zu. Angesichts des raschen gesellschaftlichen Wandels muss die Reform von Recht und Justiz permanent vorangetrieben werden. So werden wir eine grundlegende Erneuerung des Familienrechts, die einer geänderten gesellschaftlichen Realität Rechnung trägt, im engen Zusammenhang mit Reformen im Bereich des Sozialrechts durchführen.

Ziel ist es, die gelebte soziale Zusammengehörigkeit und Solidarität von Menschen – sei es auf der Grundlage von Ehe, Lebensgemeinschaft oder Patchworkbeziehungen – in der Rechtsordnung zu berücksichtigen. Bei dieser Reform wird auch die Frage der diskriminierungsfreien rechtlichen Ausgestaltung von gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaften zu diskutieren sein. Überdies sollen das Unterhaltsrecht verbessert und das Unterhaltsvorschussrecht effizienter gestaltet werden. (Beifall bei der SPÖ und bei Abgeordneten der ÖVP.)

In weiten Bereichen des Konsumentenschutzes werden unter Berücksichtigung der europarechtlichen Vorgaben Weiterentwicklungen erfolgen. Insbesondere sind die sogenannten digitalen Rechten der Konsumentinnen und Konsumenten zu verbessern.

Im Bereich des Strafrechtes ist die **Bekämpfung des sogenannten Kriminaltourismus** ein vordringliches Ziel. Besondere Bedeutung kommt dabei der verstärkten Zusammenarbeit mit Justiz- und Polizeibehörden der Herkunftsänder ausländischer Straftäter und ein Ausbau der Übernahme des Strafvollzuges durch den Heimatstaat zu.

Die Verbesserung der Maßnahmen gegen die vielfältigen Erscheinungsformen von Gewalt im sozialen Nahraum ist fortzusetzen. Dabei wird der Gewalt gegen Frauen, Kinder und alte Menschen besondere Aufmerksamkeit zu geben sein. Und **wir** wollen eine wirksame und spezialisierte Jugendgerichtsbarkeit sichern.

Im Strafvollzug soll es zu einer verbesserten Differenzierung nach der Gefährlichkeit und Persönlichkeit der Täter kommen. Dazu bedarf es auch besserer Schulung und Ausbildung in den Justizanstalten.

Im Bereich der Opferrechte und der finanziellen Opferhilfe sind wichtige Verbesserungen gelungen – dennoch bleibt noch eine Menge zu tun. Eine Koordinationsstelle für die Opferhilfe soll geschaffen werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wohnen ist wie Arbeit, Bildung und Gesundheit ein Grundbedürfnis und muss deshalb leistbar und qualitativ hochwertig sein. Dies erreichen **wir** mit einer Reihe von Maßnahmen; so etwa mit **der Unterstützung eines leistungsfähigen gemeinnützigen Wohnungswesens, der Beibehaltung der Wohnbauförderung, der Abschaffung der Vertragsgebühren für Wohn- und Mietverträge und der Reduktion der Provisionshöhe für Wohnungsmietverträge.**

Weitere Reformen der Gerichtsorganisation dürfen nicht zu Lasten eines leichten und raschen Zugangs von in ländlichen Gebieten lebenden Menschen zu den Institutionen des Rechts gehen.

Die Bundesregierung hat sich darüber hinausgehend das ehrgeizige Ziel einer **Staats- und Verwaltungsreform** gesetzt. Sie betrifft sowohl die Strukturen des Staates, etwa eine zeitgemäße Verteilung der Zuständigkeiten zwischen Bund und Ländern, als auch Maßnahmen für eine größere Bürgernähe. Die Staatsreform soll dazu beitragen, die Lebenssituation des Einzelnen, seinen Zugang zum Recht, aber auch seine Rechte als solche zu verbessern. Aufbauend auf den Ergebnissen des Österreich-Konvents sollen die Beratungen bis Ende dieses Jahres abgeschlossen sein. Die derzeit in verschiedenen Rechtsquellen verstreuten Grundrechte sollen zu einem einheitlichen Katalog zusammengeführt und den neuen Herausforderungen angepasst werden. Dies betrifft insbesondere die sozialen Grundrechte. Diese sozialen Grundrechte müssen auch durchsetzbar sein. Insgesamt muss unser Rechtsschutzsystem seine Effizienz und Bürgernähe erhöhen. (Beifall bei der SPÖ und bei Abgeordneten der ÖVP.)

Die Verwaltung soll effizienter, kundenorientierter und rechtssicherer werden. E-Government wird verstärkt. Und es soll in der kommenden Gesetzgebungsperiode nicht nur die Herabsetzung des Wahlalters auf 16 Jahre geben, sondern auch im Inland die Partizipation dadurch gesteigert werden, dass die Briefwahl eingeführt wird. **Wir** erwarten uns dadurch eine steigende Beteiligung bei den nächsten Wahlen.

Die Gesetzgebungsperiode soll ab der nächsten Wahl auf fünf Jahre verlängert werden, um zwischen Regierungsbildung und nächstem Wahlkampf mehr Zeit für die eigentliche politische Gestaltung zu gewinnen.

Wir wollen auch die verfassungsmäßigen Rechte der Volksgruppen sicherstellen. Es besteht kein Zweifel daran, dass es geboten ist, die Ortstafelerkenntnisse des Verfassungsgerichtshofes umzusetzen. (Beifall bei der SPÖ und bei Abgeordneten der ÖVP.) Dies soll in möglichst breitem Konsens mit den Volksgruppen erfolgen und verfassungsrechtlich abgesichert werden.

Was die Aufgabenverteilung zwischen dem Bund und den Ländern anlangt, so soll die Staats- und Verwaltungsreform ein klares Konzept schaffen. Auch die Stellung der Gemeinden soll gestärkt werden.

Nun zur äußereren Sicherheit: Kein noch so hoch gerüstetes Militär kann der Sicherheit Österreichs im selben Maße dienen wie der politische Integrationsprozess in Europa. Auch deshalb muss Österreich eine sehr aktive Rolle in Brüssel spielen. Auf Basis der immerwährenden Neutralität wird Österreich weiterhin ein solidarischer Partner sein und sich weiter intensiv an der Entwicklung der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik beteiligen.

Österreich hat eine vorzügliche Tradition im politischen und zivilen Krisenmanagement, aber auch bei der Stabilisierung internationaler Krisenherde mit militärischen Mitteln. Diese Friedensmissionen, seien sie im Kontext der Europäischen Union oder der Vereinten Nationen, werden fortgesetzt.

Heute muss das österreichische Bundesheer neben seinen Aufgaben des Schutzes der Souveränität und Neutralität sowie der internationalen Einsätze für die Sicherung von Frieden und Stabilität vor allem den **Menschen im Inland**, aber auch im Ausland im Katastrophenfall beistehen. (Beifall bei der SPÖ und bei Abgeordneten der ÖVP.)

Für all diese Aufgaben muss das Bundesheer entsprechend ausgestattet und gerüstet sein. Dies gilt auch für die Luftraumüberwachung.

Die Bundesregierung bekennt sich zu den Empfehlungen der Bundesheer-Reformkommission.

Die allgemeine Wehrpflicht wird beibehalten und der Wehrdienst auf sechs Monate gesetzlich verkürzt. Notwendig sind auch Verbesserungen der Arbeitsbedingungen und der Ausbildung von Soldatinnen und Soldaten.

Meine Damen und Herren! **Die österreichische Bundesregierung** bekennt sich zu einem starken, sozialen und modernen Europa. Sinn und Qualität des europäischen Integrationsprozesses werden den **Österreicherinnen und Österreichern** nur dann nachvollziehbar sein, wenn sie eine tatsächliche Verbesserung ihrer Lebensumstände erfahren können. (Beifall bei der SPÖ und bei Abgeordneten der ÖVP.)

Aus diesem Grund werden **wir** uns stark dafür einsetzen, dass auch auf europäischer Ebene der **Steigerung des Wirtschaftswachstums, der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, der Entwicklung sozialer Standards sowie der Aktivitäten für Bildung, Forschung und Entwicklung** mehr Nachdruck verliehen wird.

Mehr europäische Zusammenarbeit brauchen **wir** auch in vielen anderen Bereichen. Sehr wichtig sind ein gemeinsames europäisches Asylrecht, um eine fairere Verteilung der Asylanträge auf alle EU-Staaten zu erreichen, sowie eine vertiefte Kooperation in Energiefragen, um mehr Versorgungssicherheit und Nachhaltigkeit zu verwirklichen.

Die Bundesregierung wird darauf achten, dass der Erweiterungsprozess unter voller Berücksichtigung der Aufnahmefähigkeit der EU sorgfältig und umsichtig gestaltet wird. Die europäische Integration ohne die Länder des Westbalkans wäre wohl

unvollständig. Wichtig ist jedoch auch, mit Nachbarn der Europäischen Union andere, maßgeschneiderte Kooperationen jenseits eines Beitritts zu entwickeln.

Die Bundesregierung hält den vom Nationalrat genehmigten EU-Verfassungsvertrag für eine wichtige Grundlage für die Handlungsfähigkeit einer stark vergrößerten Union. **Wir** werden uns aktiv an den darauf aufbauenden Diskussionen beteiligen, um die EU jedenfalls wieder bürger näher zu machen.

Spezielles Engagement verdient die Zusammenarbeit mit Österreichs unmittelbaren Nachbarn. Hier wird **die Bundesregierung** auch ihre traditionelle Schutzfunktion für die österreichische Volksgruppe in Südtirol wahrnehmen. Österreichs Rolle im Zentrum Europas soll wesentlich gestärkt werden.

Vor allem im Rahmen der Europäischen Union wird sich die Bundesregierung auch für eine Friedenslösung im Nahen Osten mit Nachdruck einsetzen. Dieser Konflikt ist die Wurzel für die Instabilität der gesamten Region und trägt wesentlich zur globalen Bedrohung durch Terrorismus bei.

Die Beziehungen zu all jenen Weltregionen, die während Österreichs EU-Präsidentschaft wertvolle Impulse erhalten haben, werden selbstverständlich gepflegt, nicht zuletzt wollen **wir** zu einer nachhaltigen Vertiefung der transatlantischen Beziehungen einen Beitrag leisten. Die Weiterentwicklung der Beziehungen zur Russischen Föderation und zu den aufstrebenden Nationen Süd- und Ostasiens wird uns ein besonderes Anliegen sein.

Österreich wird sich weiterhin in die Arbeit internationaler Organisationen, insbesondere der Vereinten Nationen, aktiv einbringen, sind doch die Vereinten Nationen das Kompetenzzentrum für die internationale Förderung des Friedens, der Sicherheit und der Gerechtigkeit.

Schwerpunkte unseres Engagements werden dabei die Bereiche Friedenserhaltung, Schutz der Menschenrechte, Abrüstung, Schutz der Umwelt, Gleichstellung der Frauen und Kampf gegen Terrorismus sein. Österreich wird für einen nicht-ständigen Sitz im Sicherheitsrat für die Periode 2009/2010 kandidieren.

Für die Entwicklungszusammenarbeit wollen **wir** den Beschluss des EU-Rates umsetzen, wonach bis zum Jahr 2010 0,51 Prozent des Bruttoinlandsproduktes für diesen Bereich verwendet werden sollen. (Beifall bei der SPÖ und bei Abgeordneten der ÖVP.)

Die Bundesregierung wird auch weiterhin aktiv den Schutz und die Unterstützung **österreichischer Staatsbürger** und ihrer Anliegen im Ausland verfolgen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Abschließend möchte **ich** betonen, dass **ich diese Regierungserklärung** mit ganz besonderer Freude hier im Parlament halte. (Zwischenrufe bei FPÖ und BZÖ.) – Das haben Sie gesehen, ich weiß.

Ich habe gut eineinhalb Jahrzehnte lang als **Parlamentarier** gearbeitet und das auch deshalb so gern getan, weil **ich das Parlament** als wesentliche Errungenschaft der Demokratie außerordentlichachte. Diese Hochachtung teile **ich** selbstverständlich mit

meinen Kolleginnen und Kollegen in der neuen Bundesregierung. Jede und jeder hier im **Hohen Haus** hat nicht nur den Auftrag, sondern auch den Willen und die Überzeugung, für das Wohl der Menschen in unserem Land zu arbeiten. Deshalb wird diese Bundesregierung den engen Austausch mit dem **Parlament** pflegen, und **sie** wird insbesondere auch mit **den Oppositionsparteien und deren Abgeordneten** einen intensiven Dialog führen. Dazu gehört nicht zuletzt, dass **wir** dafür eintreten, dass **das Parlament** – möglichst im Konsens **aller Parteien** – die Minderheits- und Kontrollrechte verbessert. (Beifall bei der SPÖ und bei Abgeordneten der ÖVP.)

Auch mit den **Ländern** und **Gemeinden**, mit den **Sozialpartnern**, mit anderen **Interessenvertretungen**, mit **NGOs** und engagierten Initiativen der Zivilgesellschaft werden **wir** stets das Gespräch suchen, um bestmögliche Lösungen für **die Menschen in unserem Land** zu erarbeiten.

Vor allem aber will **ich** und wollen **wir** mit den **Österreicherinnen und Österreichern**, die in **diese Bundesregierung** großes Vertrauen und große Erwartungen setzen, in ständigem Kontakt sein. Politik- und Parteienverdrossenheit bekämpft man am besten mit guter Arbeit im Sinne und im Auftrag der **Bürgerinnen und Bürger!** Das bedeutet auch, mit all jenen, die mit der **Regierung** und deren Politik nicht einverstanden sind, zu diskutieren. **Wir** leben in einer Demokratie, und jeder und jede hat das selbstverständliche Recht, Kritik zu üben. Das ist, solange es gewaltfrei und über die Konfrontation von Meinungen und Argumenten geschieht, nicht nur legitimes, sondern notwendiges Element einer lebendigen Demokratie.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! **Diese Bundesregierung** ist die an Mitgliedern **jüngste österreichische Bundesregierung** aller Zeiten – trotz manch grauer Haare, die man hier in der Runde erblicken kann; **ich** bin da wohl keine Ausnahme – und **sie** ist jene mit dem höchsten Anteil von **Frauen auf der Regierungsbank**. (Beifall bei SPÖ und ÖVP.)

Ich freue mich sehr auf die Zusammenarbeit mit **meinen Kolleginnen und Kollegen**. **Wir**

werden für dieses Land, unsere Heimat, alles tun, damit es in vier Jahren noch besser, noch solidarischer, noch chancen- und noch zukunftsreicher dasteht als heute. Davon werden **wir** uns nicht abbringen lassen. – Das ist mein Versprechen an Österreich! (Abg. Ing. Westenthaler: Schon wieder ein Versprechen!) Gehen **wir** also gemeinsam die Arbeit – für unsere Republik, für **die Österreicherinnen und Österreicher!**

(Anhaltender Beifall bei SPÖ und ÖVP.)

10.19

Präsidentin Mag. Barbara Prammer: Ich danke dem Herrn Bundeskanzler für seine Ausführungen.

Wir gehen in die Debatte über die Regierungserklärung ein. Die Regelungen betreffend Redezeiten sind bekannt.

Als Erster gelangt Herr Klubobmann Dr. Van der Bellen zu Wort. Seine Redezeit beträgt 20 Minuten. – Bitte, Herr Klubobmann.

Abgeordneter Dr. Alexander Van der Bellen (Grüne): Nun, **Herr Bundeskanzler** – zweifellos für **Sie** persönlich ein großer Tag, aber irgendwie bleibe **ich** uninspiriert zurück durch diese Rede. Und wenn **ich** die Stimmung im Saal richtig einschätze, war das bei **allen anderen Fraktionen** – ich betone: **allen anderen Fraktionen** – auch nicht viel anders, abgesehen vom Pflichtapplaus zum Schluss, den **der Herr Klubobmann Cap** gerade noch eingeleitet hat. (Abg. Strache: Heimlich trainiert dafür!) Aber auf der rechten Seite, bei **der ÖVP**, war das Gähnen kaum zu übersehen. (Ruf bei der ÖVP: Sie haben auch geschlafen, geben Sie es zu!)

Ich führe das zumindest zum Teil darauf zurück, dass **Gusenbauer** natürlich besser spricht, wenn **er** frei spricht. Aber **eine Regierungserklärung** muss anscheinend vom Blatt gelesen werden, sonst könnte man ja etwas sagen, was dem **Koalitionspartner** nicht so gefällt – und schon ist der erste Krach da!

Aber – zweitens und wichtiger –: **Bundeskanzler Gusenbauer** hat uns **eine Kurzfassung des Regierungsprogramms** gegeben, und **dieses Regierungsprogramm** ist eben nicht inspirierend, es ist **ein Programm der enttäuschten Hoffnungen** – nicht nur **der Opposition**, meine Damen und Herren, sondern quer durch **die Fraktionen** und natürlich **verschiedenster Gruppen in der Bevölkerung**.

Die alte Bundesregierung wurde, so vermute **ich**, nicht ohne Grund abgewählt, und das deutlichst. Aber jetzt haben **wir** eine Fortsetzung ähnlicher Politik, mit ähnlichen Mitteln, halbherzig, mit merkwürdigen Schwerpunkten, sofern Schwerpunkte überhaupt erkennbar sind. **Die „alte“ SPÖ, die SPÖ** vor dem 1. Oktober 2006, hätte sicherlich gesagt: Pfui, das ist eine neoliberale Finanzpolitik von **Karl-Heinz Grasser**, das können **wir** auf gar keinen Fall mittragen! **Sie** machen nun aber, was die Grundprinzipien angeht, etwas ganz Ähnliches; **ich** werde noch darauf zurückkommen.

Meine Damen und Herren! **Die Menschen** wurden in ihren Hoffnungen enttäuscht, und **sie** spüren, dass verschiedene Dinge im Umbruch sind – Stichwort Globalisierung –, dass die Konkurrenz, jetzt rein wirtschaftlich gesehen, auf allen Märkten zunimmt. Die Frage ist, wie man darauf reagiert. In **der Bildungspolitik, mit besserem Schulen, mit einer engagierteren Technologie- und Innovationspolitik, in den Universitäten** und so weiter – da passiert schon ein bisschen etwas, aber: Wo ist die große Vision? Wo sind Meine Damen und Herren, **der Umbruch auf dem Arbeitsmarkt, die schwindenden Chancen für Menschen mit gar keiner oder einer – wie soll ich sagen? – rudimentären Ausbildung** – die Situation ist heute ja ganz anders als vor zehn, 20, geschweige denn 30 Jahren – erfordern eine Neukonstruktion, **eine Rekonstruktion des sozialen Netzes in Österreich**; ja nicht nur in Österreich, in der ganzen Europäischen Union. Und wo bleibt da der große Wurf Ihrerseits – statt der marginalen Anpassung an den Rändern? Es ist ja nicht alles schlecht, aber wo ist der große Wurf, den eine **große Koalition** durchaus schaffen könnte? – Das vermissen **die Menschen** zu Recht.

Und das betrifft nicht nur **die klassische Sozialpolitik**, sondern das betrifft **die aktive Arbeitsmarktpolitik und insbesondere die Steuer- und Abgabenpolitik in Österreich**. Und last, but not least: „Der Spiegel“, „Die Zeit“, die „Financial Times“,

der „Economist“ – alle internationalen Medien sprechen von **Klimaveränderung**, **Klimaveränderung und noch einmal Klimaveränderung** und davon, was noch getan werden kann, um **die Klimaerwärmung** wenigstens zu bremsen, wenn schon nicht hintanzuhalten. Die ganze Welt diskutiert darüber. Auch **Sie** haben in **Ihrem Regierungsprogramm** das eine oder andere Ziel genannt, aber nicht eine Maßnahme, um dorthin zu kommen. **Ich** werde noch darauf zurückkommen.

Das wären Dinge gewesen, die **eine große Koalition** angehen muss, die sich großen Problemen widmet, die große Würfe schafft, **eine Koalition** mit vielleicht auch etwas Unpopulärem am Anfang ihrer Regierungszeit, wenn **Sie** schon **Schüssel** kopieren wollen. Aber nichts dergleichen! Da wird ein bisschen vor sich hin verwaltet, dahinadministriert, da lassen **Sie** Routine walten, statt Ernst zu machen und entschlossen vorzugehen und gleichzeitig **den Menschen in Österreich** zu erklären, warum etwas notwendig ist. – Etwas, was **die alte Schüssel-Regierung** sträflich vernachlässigt hat: von **der Pensionsreform** bis zu anderen Dingen.

Herr Kollege Stummvoll, schütteln **Sie** nicht den Kopf! Wenn es anders gewesen wäre, dann hätten **Sie** zum Beispiel die „größte Steuerreform aller Zeiten“, wie **Sie** behauptet haben, **den Menschen** besser nahebringen können. Offensichtlich hat kein Mensch auf dieses angeblich größte Steuerreformprogramm reagiert.

Die Regierung Gusenbauer I – ob es „II“ je geben wird, das werden **wir** ja sehen – hat natürlich ein Glaubwürdigkeitsproblem, und das wissen **wir alle**, denn Wahlversprechen wurden nicht gehalten. Aber im Wesentlichen betrachte **ich** das zunächst einmal als ein Problem **der SPÖ** – und nicht **aller Abgeordneten des Hauses**. Schließlich haben **die grünen Abgeordneten** ja nicht versprochen, was **die SPÖ** nicht gehalten hat. Das muss **die SPÖ** mit sich ausmachen.

Herr Bundeskanzler, aber um eines bitte **ich Sie** schon: Nicht gleich die ersten Tage damit zu verbringen, den Abgeordneten dieses Hauses über die Medien schlichte Unwahrheiten zu sagen. **Ich** hätte gedacht, **Sie** haben sich vorgenommen, wenigstens im Stil Österreich ein bisschen anders zu regieren. Fangen **Sie** nicht damit an, **den Abgeordneten** ein X für ein U vormachen zu wollen und uns schlicht Unwahres aufs Aug drücken zu wollen!

Ich beziehe mich auf Ihre Stellungnahmen zu den Studiengebühren. **Herr Dr. Gusenbauer!**

In einem Interview, erschienen am Samstag, 13. Jänner, werden **Sie** vom „Standard“ gefragt: „Der Sozialdienst ist damit vom Tisch? Sie haben auch von Arbeit in einem Hospiz gesprochen.“ – Antwort **Gusenbauer**: „Es ist nie um Sozialdienst gegangen. Das ist eine erfundene Behauptung.“

Herr Bundeskanzler! **Ich** bin weder derrisch noch komplett taub. **Ich** habe die Presseerklärung von Ihnen und Herrn **Dr. Schüssel** am Montag, glaube **ich**, letzter Woche verfolgt, und selbstverständlich war dort ausdrücklich von Leistungen im Hospizdienst die Rede. Und wenn **Sie** das für eine „erfundene Behauptung“ halten und nicht nachprüfen wollen, dann muss das Regierungsprogramm ebenso erfunden sein, wo nämlich auf Seite 97 im Rahmen der Maßnahmen im Bereich der Studiengebühren steht:

„Hierbei wird besonders an ... im Rahmen des Schulwesens und an Tätigkeiten im Rahmen neuer sozialer Herausforderungen (Hospiz-Bewegung u.ä.) gedacht.“

Wenn das frei erfunden ist, dann frage **ich** mich, was mit **dem Rest des Regierungsprogrammes** ist, ob das ebenso frei erfunden ist.

Bei der Gelegenheit bringe **ich** einen Entschließungsantrag ein. (Abg. Ing. Westenthaler: Sie trauen sich was! – Heiterkeit bei den Grünen.)

Teile der SPÖ werden ja nicht müde, die Abschaffung der Studiengebühren weiter zu fordern. Ein gewisser **Erich Haider** in Oberösterreich und die **Frau Schaunig**, glaube **ich**, in Kärnten machen sich stark, von **Voves** ganz abgesehen, Gewerkschafter und so weiter. (Abg. Broukal: **Der Herr Anschober** war leider nicht dafür! – Zwischenruf des Abg. Dr. Cap.) **Herr Kollege Cap**, aber Herr Broukal war für die Abschaffung der Studiengebühren.

Deswegen bringe ich einen Entschließungsantrag ein, und zwar der Abgeordneten: „Broukal“ durchgestrichen – ich habe Ihren Antrag übernommen, Herr Broukal; also „Broukal“ durchgestrichen – und „Van der Bellen, Grünwald“ drübergeschrieben, und nicht eingebracht im Zuge der Debatte zur Dringlichen Anfrage „Chaos in der Bildungspolitik“ – das war damals im September –, sondern natürlich heute zur Erklärung der Bundesregierung.

Den gesamten Text habe ich unverändert gelassen, Herr Broukal (Abg. Broukal: Danke!), mit Ausnahme eines ärgerlichen Stilfehlers, würde ich einmal sagen: Sie schreiben: „Drei Viertel der berufstätigen Studierenden müssen bereits arbeiten ...“ (Heiterkeit bei den Grünen und der ÖVP.) Also: Dass drei Viertel der berufstätigen Studieren bereits arbeiten, das hätte ich mir schon gedacht. Ich habe mir erlaubt, „berufstätigen“ zu streichen, und dann lautet es: „Drei Viertel der Studierenden müssen bereits arbeiten ...“ (Abg. Broukal: Herr Professor, ich danke Ihnen!) – Danke schön, Herr Broukal, für diesen Antrag.

Der Entschließungsantrag lautet: „Die Bundesministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur wird aufgefordert, die Studiengebühren abzuschaffen.“
(Beifall bei den Grünen.)

Wie es die Ironie will, ist **die zuständige Bundesministerin** heute **unsere neue Bildungsministerin, Frau Dr. Schmied**, weil ja das Bundesministeriengesetz noch nicht geändert ist, und **Herr Minister Hahn ein Minister ohne Portefeuille**, sodass auch dieser Punkt des Antrages Broukal vollkommen korrekt ist. **Ich** bitte **Sie** nun, **Herr Kollege Broukal**, dem Antrag Broukal, Van der Bellen, Grünwald – obwohl ich Sie vorläufig durchgestrichen habe – zuzustimmen. **Ich** fordere auch **die anderen Abgeordneten**, namentlich aus Oberösterreich, auf, dem Antrag zuzustimmen. Wenn **Sie** das nicht tun, dann wissen **wir**, was **wir** von den Initiativen von **Erich Haider** zu halten haben. (Beifall bei den Grünen. – Abg. Dr. Fekter: Na, nichts! Als Oberösterreicher wissen wir das schon lange!) Für die steirischen und für die Kärntner **SPÖ-Abgeordneten** gilt dasselbe. **Wir** werden ja sehen.

Spaß beiseite (Abg. Dr. Graf: Die Studiengebühr ist kein Spaß!), meine Herren – in dem Fall: Mein Herr. Was **Sie** zu den Universitäten zu sagen haben, ist schon traurig. In der

Rede von **Bundeskanzler Gusenbauer** war das ein „Absätzchen“. Im **Regierungsprogramm** ist es ein bisschen mehr, es enthält eine Reihe von vermutlich sinnvollen Maßnahmen. Einige davon würden Geld kosten: die Betreuungsverbesserung etwa, die Verbesserung der Relation zwischen Professoren und Studierenden wird Geld kosten, die weitere Internationalisierung der Universitäten wird Geld kosten, die baulichen Maßnahmen, die Neubeschaffung von Geräten wird Geld kosten. – Nichts davon findet sich im **Regierungsprogramm** wieder.

Im Rahmen **des Forschungs- und Entwicklungsprogramms**, das etwas besser ist, das gebe **ich** zu, werden ein bisschen mehr Mittel an die Universitäten fließen. Aber, meine Damen und Herren, nur von den Größenordnungen her gesehen und um zu zeigen, wie wenig **Sie** die Zeichen der Zeit erkennen: Die EU-Kommission – ist das auch eine schäbige neoliberale Erfindung, **Herr Kollege Cap?** –, die EU-Kommission ist der Meinung, die Länder der Europäischen Union sollten sich auf 2 Prozent des BIP für die Universitäten einigen. Die USA geben bedeutend mehr aus für die wissenschaftliche Forschung. Wo stehen wir in Österreich? – Bei rund 1 Prozent des BIP!

Jetzt für **die, die nicht schnell genug umrechnen können**: Wir reden hier von einem fehlenden Betrag für die Universitäten und Fachhochschulen von rund 3 Milliarden €! Sicher nicht von heute auf morgen machbar – die EU-Kommission spricht vom Jahr 2015. Es ist also innerhalb von acht Jahren zu machen und machbar, aber nur, wenn man heute damit anfängt.

Und was tun **Sie**? – **Sie** lassen **die Studierenden** im Stich, **Sie** lassen **die Lehrenden** im Stich, **Sie** lassen **die Forscher** an den Universitäten im Stich. **Sie** schieben das Jahr für Jahr hinaus. Lesen **Sie** zumindest das Forderungsprogramm der Rektorenkonferenz, dann kommen Sie drauf, was alles nicht im Regierungsprogramm steht, von anderen Empfehlungen ganz zu schweigen.

Etwas positiver ist die Sache bei **Forschung und Entwicklung**. – **Sie** sehen ja, **ich** bemühe mich, fair zu sein. – **Herr Kollege Stummvoll**, die 3 Prozent F&E-Quote des Jahres 2010, die unterschreiben wir alle hier im Hause, glaube **ich**, alle, nur: Wie werden **Sie** dorthin kommen? Die Maßnahmen, die **Sie** vorgesehen haben, reichen nicht aus! Im Endausbau 2010 werden es zusätzlich 400 Millionen sein, die **Sie** vorgesehen haben, aber ein bisschen Nachrechnen zeigt Ihnen, 2,4 oder etwas mehr Prozent heute – rechnen Sie es nach! –, 3 Prozent im Jahr 2010 sind rund 9 Milliarden. Rechnen **Sie** es nach. (Abg. Dr. Stummvoll: Sie sind kein guter Prophet!) Wenn nur ein Drittel vom Zusatz auf den Bund entfällt – **Herr Kollege Stummvoll**, **Sie** können rechnen, tun Sie es bei Gelegenheit; ein Briefumschlag genügt, ein leerer, auch ein voller –, fehlt eine Milliarde zusätzlich für den Bund allein 2010. Wo ist denn die? Nicht einmal die Hälfte haben **Sie** budgetiert!

Ich sage das nur deswegen, weil hier wesentliche Zukunftschancen Österreichs nicht rasch genug, nicht energisch genug angegangen werden von dieser Regierung. Das ist ja das Problem. **Ich** bin ja nicht einfach ein Lobbyist der Universitäten, sondern **ich** bin überzeugt, und **wir** alle tun so, als wären **wir** alle davon überzeugt, dass der Forschungsbereich, die wissenschaftliche Ausbildung die Grundlage, eine notwendige Grundlage für den Arbeitsmarkt der Zukunft und ganz generell für die Entwicklung einer Persönlichkeit ist, ganz jenseits der bildungspolitischen Erfordernisse für die Entwicklung des Arbeitsmarktes allein.

Dann müssen **Sie** aber auch damit anfangen, meine Damen und Herren, und nicht jahraus, jahrein vor sich hin verwalten und ein bisschen eine Budgetzahl forschreiben. Das wird nicht genügen!

Das Gleiche gilt für den Klimaschutz. **Sie** haben in die Energiepolitik einige gute Ziele in Ihr Programm hineingeschrieben, aber kaum Maßnahmen. Wie werden **Sie** diese Ziele erreichen bei der **Erhöhung des Anteils der erneuerbaren Energie**? Oder in der Beimischung von Biokraftstoffen zu den fossilen Brennstoffen? Wie werden **Sie im Verkehr sanfte Mobilität gewährleisten** können, mehr als bisher, wenn wir alle wissen, dass es im Verkehr die höchsten Zuwachsraten von Treibhausgasemissionen in Österreich gibt?

Sie wollen **das berühmte Kyoto-Ziel** auch in Österreich erreichen – aber wie? **Sie** wissen doch ganz genau, dass **wir** derzeit, im Jahr 2007, meilenweit von der Erreichung der Ziele entfernt sind, die die ganze Europäische Union, darunter auch Österreich, sich verbindlich vorgenommen hat, 2010 bis 2012 zu erreichen. Diese Ziele werden **wir** nicht erreichen, wenn Sie keine Maßnahmen setzen!

Und **Sie** übersehen – von den Sozialdemokraten bin ich das gewöhnt, aber bei **der ÖVP** überrascht mich das nach wie vor –, **Sie** übersehen **die Arbeitsmarktchancen in diesem Bereich der neuen Energiepolitik**. (Beifall bei den Grünen.) **Die SPÖ** war auf diesem Ohr immer taub. **Sie** hat es nie verstanden, dass moderne Energiepolitik auchmoderne Umweltschutzpolitik ist. Bei **der ÖVP** gab es Leute genug, die das verstehen. Bei einem Ihrer Besten, einem der profiliertesten EU-Kommissare, die es je gegeben hat – **ich** sage das ganz offen –, **Franz Fischler**, müssten **Sie** nur die eine oder andere Nachhilfestunde geben – **ich** meine natürlich: nehmen. **Herr Bundeskanzler Gusenbauer**, statt in die Schule zu gehen und dort Ihre Zeit zu vertun: Von einem **Bundeskanzler** erwarte **ich** mir offen gesagt etwas anderes. (Beifall bei den Grünen.) Aber eine Nachhilfestunde nehmen, das könnten **Sie** schon, nämlich bei **Franz Fischler**, und zwar bezüglich dessen, was **moderne ökosoziale Energiepolitik** ist. Das würde mich freuen, das würde dieser **Regierung** mit Sicherheit etwas an Produktivität bringen!

Zur Steuer- und Abgabenpolitik: **SPÖ** und **ÖVP** bringen nicht mehr zusammen in **einer modernen Steuer- und Abgabenpolitik** als das, was im **Regierungsprogramm** steht? Auf der vorletzten Seite ein Absatz, der keinerlei konkrete Festlegungen enthält? – **Herr Minister Bartenstein**, **Sie** haben neulich gute Interviews gegeben, was Prioritäten in der **Verlagerung der Sozialabgabenlast** betrifft, von den unteren und untersten Einkommen zu den mittleren und obersten Einkommen. **Sie** haben ausdrücklich davon gesprochen, die Lohnnebenkosten im untersten Lohnbereich zu reduzieren, einerseits, nehme **ich** an, um die Situation der Betroffenen zu verbessern, ihr Nettoeinkommen, andererseits vom Arbeitgeber aus gesehen, um **diese Leute** beschäftigungs- – wie soll **ich** sagen? – attraktiver zu machen.

Im **Regierungsprogramm** steht davon nichts. Im **Regierungsprogramm** steht bei der Steuer- und Abgabenstruktur, die **Sie** im Jahre 2010 im Auge haben, davon nichts. Es ist eine der üblichen Passagen, und die kommen dutzendfach vor, in vielen Dutzenden von Fällen, wo **Sie** prüfen werden, analysieren werden, ungefähr 40 Arbeitsgruppen einsetzen werden. Nur: Geeinigt haben **Sie** sich auf nichts.

Das wird eine schöne Bescherung geben! Der **Opposition** wird sicher nicht fad werden in den kommenden zwei, drei Jahren (Abg. Dr. Fekter: Vier!), solange halt **diese Koalition** hält, angesichts der mangelnden Einigung in wichtigen und wichtigsten Fragen. Offensichtlich brauchen **Sie** noch einen Drive dahinter. **Ich** weiß nicht, an wen **ich** mich eher wenden soll: An **die Sozialdemokraten**, die im Wahlprogramm verschiedene gute Sachen drinnen hatten – mittlerweile Schwamm drüber! –, oder an **die ÖVP**, die zumindest in wirtschaftspolitischer Hinsicht früher einiges am Kasten gehabt hat?

Wo sind denn jetzt die großen Programme? Wo steht denn das, was **Minister Bartenstein** in einem Interview als Programm ausgibt, das nicht im **Regierungsprogramm** steht? Was haben **Sie** eigentlich diese vergangenen 100 Tage gemacht? – Das fragt man sich manchmal. (Beifall bei den Grünen.)

Integration und Zuwanderung, das ist auch so eine Geschichte. – Muss es immer und jedes Mal sein, dass das Integrationskapitel ein Subkapitel von innerer Sicherheit ist und **Sie** damit von Haus aus suggerieren, dass die ganze Frage von **Menschen mit nichtösterreichischem Pass** irgendwie mit der Frage der Kriminalität in Österreich zusammenhängt? Ist das Ihr Ernst?

Natürlich gibt es **kriminelle Ausländer**, es gibt auch **Kriminelle mit österreichischem Reisepass** – genug, oder zu viele, wenn **Sie** wollen. Aber muss das immer dort zusammengefasst werden? – Das sagt ja einiges darüber aus, wie **Sie** diese Frage angehen. (Zwischenruf des Abg. Dr. Niederwieser.)

Es gibt auch positive Maßnahmen in diesem Bereich wie im Schulbereich, was **Sie** auch angeschnitten haben, im Kindergartenbereich und anderswo. Aber: Wo wird das Geld dafür sein? – Das kostet ein bisschen etwas! Integration ist eine zweiseitige Angelegenheit, meine **Kollegen** von **der ÖVP** und **der SPÖ**. Das verlangt etwas von den **Zuwanderern** und verlangt etwas von **uns**. (Präsidentin Mag. Prammer gibt das Glockenzeichen.) – Und dieses Geld, diese budgetpolitischen Prioritäten fehlen **in Ihrem Programm** vollkommen.

Frau Präsidentin, ich nehme an, das war mein Schlusssatz. – Danke schön. (Beifall bei den Grünen.)

10.41

Präsidentin Mag. Barbara Prammer: Der von Herrn Abgeordnetem Dr. Van der Bellen verlesene Entschließungsantrag ist ordnungsgemäß eingebracht, ausreichend unterstützt und steht mit in Verhandlung.

Der Antrag hat folgenden Gesamtwortlaut: Entschließungsantrag der Abgeordneten Van der Bellen, Grünwald und KollegInnen betreffend Abschaffung der Studiengebühren eingebracht im Zuge der Debatte zur Erklärung der Bundesregierung...

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden Entschließungsantrag:

„Die Bundesministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur wird aufgefordert, die

Studiengebühren abzuschaffen.“

Präsidentin Mag. Barbara Prammer: Als Nächster gelangt Herr Klubobmann Dr. Cap zu Wort. Ebenfalls 20 Minuten Redezeit. – Bitte.

10.42

Abgeordneter Dr. Josef Cap (SPÖ): **Herr Klubobmann Van der Bellen**, Gott sei Dank habe **ich** einen Kaffee getrunken, bevor **Sie** gesprochen haben. (Heiterkeit.) Also, ein Inspirationsfeuerwerk war das nicht, ein bisschen etwas an Alternativen hätte ich mir schon vorgestellt. Das bloße Kritisieren ist natürlich auf Dauer auch zu wenig.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten von ÖVP und BZÖ.)

Na ja, aber das Lachen wird Ihnen gleich etwas im Hals stecken bleiben, **Herr Klubobmann Westenthaler**. **Die drei Oppositionsparteien** hätten ja die Möglichkeit gehabt, dass es anders wird – das muss man schon sagen. (Zwischenruf des Abg. Scheibner.)

Es ist schon richtig: **Sie** wollten für **die Orangen** pragmatische Regierungssitze haben – einmal drinnen, immer drinnen. Das ist okay, dieses Ansinnen verstehe **ich**.

(Abg. Ing. Westenthaler: Was jetzt?)

Aber ansonsten erinnere **ich** mich mit Interesse an die Aussage beispielsweise von **Kollegem Van der Bellen** im „NEWS“ vom 2. November, wo **er** sagt: Es muss **eine große Koalition** geben. So ist das Wahlergebnis. (Abg. Dr. Van der Bellen: Aber nicht eine beliebige!)

Das steht aber da! **Sie** sind schon eine Art Geburtshelfer **der großen Koalition**. Das wollen **wir** schon einmal feststellen. (Abg. Dr. Van der Bellen: Jetzt bin ich schuld an dem Debakel?!) Ihr Wunsch ist in Erfüllung gegangen: **Wir** sind da! Ihr Wunsch ist in Erfüllung gegangen! (Beifall bei SPÖ und ÖVP.)

Bei längerem Nachschauen habe ich sogar von **Kollegem Strache**, der ja nach mir spricht, so ein Zitat gefunden, der gemeint hat: Es ist nun einmal **die einzige Zweier-Koalition**, die möglich ist, und jede andere **Koalition** halte **ich** nicht für lebensfähig. – Danke für diese nette Aussage! Das heißt, es ist **die einzige Koalition**, die lebensfähig ist. Solch **eine Opposition** kann man sich nur wünschen. **Ich** würde sagen: Machen **Sie** einfach auf diesem Weg weiter!

Es hat ja durchaus auch innerparteiliche Diskussionen bei **den Grünen** dazu gegeben. **Kollege Voggenhuber** hat gemeint:

Es wäre einfach bedrückend, wenn es der größte Einfluss **der Grünen** in der Politik gewesen wäre – **er** hat gemeint, die letzten 20 Jahre –, dass **sie die große Koalition** herbeigeführt haben. **Ich** muss mich schon fragen, wo da der Gestaltungswille meiner Partei bleibt. – Zitatende.

Das zitiere **ich** deswegen, weil **ich** mir eben von **Klubobmann Van der Bellen** erwartet habe, dass dieser Gestaltungswille in seiner Rede zum Ausdruck kommt, dass **er** sagt: Okay, das steht jetzt im **Regierungsübereinkommen**, aber **ich** habe eine andere Vorstellung. – Das habe **ich** eigentlich nicht gehört, daher kann **ich** mit dieser Art von Kritik nicht sehr viel anfangen.

Ich möchte etwas zur Sprache dieses **Regierungsübereinkommens** sagen. **Ich** habe ja mitverfolgen können, wie sich diese Sprache entwickelt. Es gibt vieles, was natürlich im Gestaltungsspielraum der einzelnen Ressorts anzusiedeln ist. Es gibt da Zielsetzungen, manches wird in den Budgetverhandlungen auszuverhandeln sein – **ich** finde an Arbeitsgruppen nichts Schlechtes (Abg. Ing. Westenthaler: Aber nicht 40!), das dient der Präzisierung und Konkretisierung – und ist dann umzusetzen. **Ich** finde das positiv!

Ich finde das positiv, weil damit hier der Wille zum Ausdruck gebracht wird, es wirdwirklich der Versuch gestartet, für Österreich das Beste zu machen, sich das vorher zweimal und dreimal zu überlegen, nicht so, wie es in **der Vorgängerregierung** ein paar Mal der Fall war, dass man sich dann dauernd beim Verfassungsgerichtshof wiedergefunden hat und Gesetze aufgehoben, aufgehoben und aufgehoben wurden. – Das sollte man nicht ganz vergessen. Das war vorher schon der Fall.

Ich möchte noch etwas sagen, was die Handlungsfähigkeit einer jeweiligen Regierung betrifft. Die Handlungsfähigkeit bestimmt sich natürlich auch durch die finanziellen Möglichkeiten.

Herr Professor Van der Bellen! Sie haben da eine sehr harte Analyse auch des wirtschaftlichen Teiles getätigt. **Ich** finde es richtig, dass man die Steuerreform anvisiert, dass **sie die kleinen und mittleren Unternehmer, die kleinen und mittleren Einkommen fördern und unterstützen** soll und dass sie dann zu machen ist, wenn dafür auch die Möglichkeit gegeben ist.

Aber eines kann **ich** natürlich denjenigen, die verantwortlich waren für das, was vorher geschehen ist, nicht ersparen, nämlich, **in welcher Situation die österreichischen Staatsfinanzen hinterlassen wurden**. (Rufe bei ÖVP und BZÖ: Sehr gut!)

Das ist schon wichtig. Ja, ja! In **welcher Situation sie hinterlassen wurden**, nämlich in den letzten sieben Jahren, als **Karl-Heinz Grasser** quasi als selbsternannter Sparefroh mit dem Zweispitz durch die Innenpolitik gehüpft ist und uns dauernd gesagt hat, welch tolle Sparpolitik dieser Regierung das ist.

Da muss **ich** sagen: Wenn **ich** mir das Budgetdefizit anschaue, wenn **ich** mir die Schulden der ÖBB, der ASFINAG, wenn **ich** mir die Situation des Familienlastenausgleichs anschaue – das alles muss man ja sehen! **Wir** haben dann, als der Kassasturz (Zwischenruf des Abg. Murauer) – nicht so nervös reagieren jetzt! – stattgefunden hat – man muss ja wissen, auf welcher Basis man ein **Regierungsprogramm** macht –, gesehen, da ist nicht viel Geld übrig geblieben. Da ist eben viel Geld auf dem Weg zum Kassasturz verloren gegangen und das hat natürlich die

Möglichkeiten, die Schnelligkeit von Maßnahmen bestimmt und eingeschränkt. Das muss man einmal in aller Deutlichkeit sagen, damit **die Zuschauerinnen und Zuschauer** sehen, wie die Ausgangssituation war.

Am Beispiel **Klassenschülerhöchstzahl 25**: Warum ist das ein Richtwert? – Na klar hätten **wir** alle gerne gehabt, dass das sofort und gleich zustande kommt! Wieso muss man das schrittweise anstreben? – Es ist anhand von anderen Beispielen im Regierungsprogramm genauso: **Wir** bekennen uns dazu, hier eine verantwortliche Budgetpolitik zu machen – das ist keine Frage –, aber **wir** können nur das ausgeben, was da ist. (Beifall bei Abgeordneten der ÖVP.)

Und dafür, was da ist und was nicht da ist, tragen **Sie (in Richtung ÖVP)** die Verantwortung – jetzt ist der Applaus richtig. Dafür tragen **Sie** die Verantwortung. Das sei einmal in aller Deutlichkeit hier festgestellt. (Beifall bei der SPÖ. – Ruf: Das fängt schon sehr gut an!) – Finde **ich** auch.

Ich finde auch, dass die Job-Rotation der neuen Art sehr positiv ist: **Klubobmann** wird **Bundeskanzler**, **Bundeskanzler** wird **Klubobmann**. Das ist in Ordnung. Das, finde **ich**, ist einmal eine Belebung hier herinnen. (Beifall bei der SPÖ und bei Abgeordneten der ÖVP.)

Klubobmann wird **Bundeskanzler**, **Bundeskanzler** wird **Klubobmann**. **Ich** finde das belebend! **Wir** werden in unseren Präsidialkonferenzen auch einen Belebungsfaktor haben. (Vizekanzler Mag. Molterer: Jetzt wird es gefährlich! – Abg. Ing. Westenthaler: Kanzler Josef Cap!)

Aber nun zu den einzelnen Punkten, zu den **Studiengebühren** von vorhin. Ich finde ja Folgendes beachtlich: **Ich** habe mir die heutigen Interviews **des neuen Universitätsministers** durchgelesen. Die sind philosophisch inspiriert, **er** engagiert sich für die Förderung und Ausweitung der Förderung der Stipendien. Aber: Wann haben **Sie** eigentlich Ihre erste Universitätsveranstaltung, **Herr Minister**? – **Sie** werden dort eine Informationsveranstaltung machen, **Sie** werden sich ja dort vorstellen wollen.

Welche Universität werden **Sie** sich aussuchen? Was werden **Sie** dort **den Studentinnen und Studenten** mitteilen? Das, was **Sie** in Ihren Interviews gesagt haben, oder wird es ein bisschen mehr sein? Werden **Sie** dort beispielsweise auch etwas zu den Werkstudenten sagen? Soll es da eine Veränderung geben? – Das wäre nämlich ganz wichtig, die sind ohnehin schon berufstätig. Werden **Sie** etwas zu den allein erziehenden Müttern sagen? Werden **sie** weiter **Studiengebühren** zahlen müssen oder nicht?

Sie sollten sich nicht hinter der Hecke verstecken, denn **die Erfinder der Studiengebühren**, das war **die ÖVP!** Sie sind **der ÖVP-Universitätsminister!**

Sie müssen jetzt irgendwann einmal diese Informationsveranstaltung machen. **Ich** schätze, **Sie** werden ziemlich blass von dieser Veranstaltung zurückkommen, **Sie** werden mich vielleicht anrufen und sagen: Jetzt reden **wir** doch einmal. – **Ich** glaube, das letzte Wort zu den **Studiengebühren** ist noch nicht gesprochen, **ich** prophezeie Ihnen das, **Herr Universitätsminister**. (Beifall bei der SPÖ.)

Das würde **ich** auch richtig finden. **Ich** mache da aus meinem Herzen keine Mördergrube: **Ich** finde, das sollte man wirklich noch einmal überdenken. Man sollte hier wenigstens **jene Veränderungen überlegen, die die allein erziehenden Mütter betreffen**, man sollte sich etwas überlegen, was **die Werkstudenten betrifft, das Kreditmodell, Ausbau und Förderung der Stipendien**. Da gibt es ja so viele Möglichkeiten, um das so zu durchlöchern, dass am Schluss wahrscheinlich ohnehin nichts mehr übrig bleibt.

Aber **ich** sage Ihnen noch etwas. **Herr Klubobmann Van der Bellen** hat hier vorher gefragt, was eigentlich die großen Visionen sind. – **Ich** finde, dass einmal grundsätzlich ein Wechsel, ein Klimawechsel, mehr Liberalität, mehr Offenheit angesagt sind, allein schon dadurch, dass es hier eine neue **Regierungskonstellation** gibt. Das drückt sich auch in diesem **Regierungsprogramm** in vielen Kapiteln, so glaube **ich**, sehr deutlich aus.

Es ist noch nicht einmal **die Regierung** gebildet gewesen, hat es schon eine Veränderung gegeben, was den Ausgleichszulagenrichtsatz betroffen hat. (Abg. Öllinger: Dafür haben wir die Regierung nicht gebraucht!) **Der Kampf gegen die Armut** ist ein wichtiges Anliegen. Es kann uns nicht egal sein, ob es in einem der reichsten Länder wie Österreich Armut gibt oder ob sich **eine Regierung** dazu bereit findet, **diese Armut zu bekämpfen**. Das ist ein Anliegen all derjenigen, die für **eine solidarische Gesellschaft, eine solidarische Leistungsgesellschaft** eintreten. **Ich** habe es nie in Ordnung gefunden, wie sich so manche von Ihnen hergestellt und **die bedarfsorientierte Mindestsicherung** als einen Bezug für Faulpelze verleumdet haben.

Das war nämlich eine bewusste Irreführung. Eine bewusste Irreführung! Es ist ausschließlich darum gegangen, dass jemand, der Leistungen bezieht, nicht unter die Armutsgrenze fällt. Das ist etwas, das hier in Österreich einen breiten Konsens hat, von den Kirchen, von aller christlichen Inspiration her. **Herr Ewald Stadler, Sie** sind ja so christlich inspiriert. **Sie** müssen ja da gleich sehr zustimmend nicken. Und viele andere gibt es, die meinen, dass das ein wirklicher Schritt ist, dass eine reiche Gesellschaft auch solidarisch sein soll und dass das ganz wichtig ist für das gesamte gesellschaftliche Klima.

Ich weiß schon, da gibt es noch manche Bereiche, wo man den Zug der Zeit nicht verpassen soll. Das war die Diskussion, die wir über **die eingetragene Partnerschaft, die Frage der Gesamtschule** hatten – lauter Dinge, für die wahrscheinlich in **der ÖVP** noch eine andere Generation nachwachsen muss, damit diese Veränderung in **der ÖVP** eintritt, um diese Verhärtungen aufzulösen. Vielleicht gibt es das. **Ich** hoffe das.

Ich glaube, dass es berechtigt ist, wenn man sich zu diesen Punkten hier mehr Gedanken macht und nicht sagt, na gut, das ist halt momentan die Stimmung oder die Beschlusslage **der ÖVP** und das ist unveränderbar.

Ich bin auch bemüht, durchaus im Rahmen des neuen Regierungskonsenses doch auch die eigenen Positionen darzustellen und zu sagen, **wir** werden da nicht lockerlassen, denn so eine Legislaturperiode dauert noch, so eine Legislaturperiode hat **dieses Regierungsbereinkommen** als Basis, aber es ist durchaus möglich, auch noch **zusätzliche Ideen zu entwickeln**. **Sie** werden das als **Regierungspartner** genauso

machen, wie **wir** das machen werden. Auch wenn **die Oppositionsparteien** gute Ideen haben, was ja wirklich nicht auszuschließen ist, dann werden **wir** versuchen, das aufzugreifen.

Das ist auch das, was in **diesem Regierungsprogramm** als besonders positiv hervorzuheben ist: der neue Umgang mit dem Parlament, der Umgang mit den Oppositionsparteien, die Stärkung der Kontroll- und Minderheitsrechte. Na ja, das war früher – und das sage **ich** durchaus selbstkritisch – nicht so selbstverständlich, und zwar weder in den letzten sieben Jahren noch vorher.

Ich finde es in Ordnung, wenn man das auch im Regierungsübereinkommen verankert hat. Das ist auch für **die Bürgerinnen und Bürger** wichtig, denn es haben ja manche **SPÖ** gewählt, manche **ÖVP** gewählt, aber auch manche **die drei Oppositionsparteien** gewählt. Und diese **Bürgerinnen und Bürger** sollen sehen, dass das hier ernst zu nehmen ist – sowohl die Arbeit der Untersuchungsausschüsse als auch die Erfüllung des Prüfauftrages und die Art und Weise, wie man miteinander umgeht: rechtzeitig die Vorlagen bekommen, rechtzeitig die Informationen bekommen, versuchen einzubeziehen und hier einen neuen Stil zu pflegen.

Wir werden uns hier im Parlament diesbezüglich zusammensetzen. **Wir** werden schauen, dass für **die Zuseherinnen und Zuseher** die Fragestunden spannender werden, dass diese Kritik an Frage-Antwort eine Form findet, die nicht nur spannend ist, sondern wo sozusagen **die Regierungsmitglieder** auch mehr Antworten geben, als das früher der Fall war.

Oder: dass **die Bürgerinnen und Bürger** sehen sollen, wie es in den Ausschüssen beider Ausschussarbeit läuft. Öffentliche Ausschussarbeit, also transparentes Parlament, also mehr Demokratie.

Ich glaube auch, was die Koalitionsarbeit selbst betrifft, das ist eine Art von **Koalition neu**, die nicht in den alten Trott der großen Koalition vor 1999 mit all den Dingen verfällt, die auch **wir** kritisiert oder über die **wir** im Nachhinein gefunden haben, dass es falsch gelaufen ist. „**Koalition neu**“ bedeutet hier, dass es nicht Kameraderie, Freunderlwirtschaft, Packelei gibt, sondern Transparenz, die Sorge um Österreich, professionelle Distanz, aber zugleich Grundkonsens.

Und das soll man probieren. **Ich** finde, das ist notwendig im Umgang zwischen uns, auch mit den Oppositionsparteien, dass man nicht von Haus aus sagt, alles, was die sagen, ist Oppositionsretorik, da höre **ich** gar nicht erst hin. – Das ist falsch, sondern man muss versuchen, diese demokratische Qualität einzubringen, und ich hoffe, dass das möglich ist.

Betreffend Berichte einzelner Ressorts: **Die Opposition** soll die Möglichkeit haben – nicht alle Berichte, sonst werden **wir** hier nicht fertig –, dass es eine gewisse Anzahl von Berichten gibt, wo man sagt, die sind wichtig, die wollen **wir** hier diskutieren, dafür soll es die Plenaröffentlichkeit geben. Alles im Interesse der **Bürgerinnen und Bürger**, alles im Interesse dessen, dass man hier wirklich möglichst einen Ideenwettbewerb durchführen kann!

Ich war sehr unglücklich darüber, wie manchmal über diese Koalitionsverhandlungen berichtet wurde. **Ich** sehe Koalitionsverhandlungen als einen demokratischen Vorgang, wo **zwei Parteien** versuchen, unter Wahrung der Interessen ihrer **Wählerinnen und Wähler** möglichst viel in ein **Regierungsübereinkommen** hineinzubekommen und das möglichst mit der Garantie zu verbinden, dass das letztlich auch umgesetzt wird.

Ich bin sehr unglücklich darüber, wenn das immer so zu einem Pokerspiel oder zu einem Kampf heruntergemacht wird oder was auch immer das sein mag. Da geht es um Österreich! Das ist kein Spieltisch. Da geht es um Österreich und um die Anliegen, dass dieses Land noch zukunftsfähiger wird und dass die guten Ideen letztlich auch Eingang finden und auch umgesetzt werden.

Unglücklich bin **ich** nach wie vor darüber, dass die Bewegung seitens der Herstellerfirma, was die Eurofighter betrifft, noch nicht ausreichend ist. **Ich** glaube, dass das im Interesse Österreichs wichtig wäre. Es ist bedauerlich, dass so ein Vertrag gestaltet wurde, der anscheinend so wenig Handlungsspielräume zulässt. **Ich** meine, dass da sehr viel Steuergeld hineingeronnen ist – und das ist schade. Das stellt nach wie vor eine – dazu bekenne **ich** mich – Steuergeldverschwendung dar.

Sie haben selbst gesehen – **der Vorredner** hat das angesprochen, **der Nachredner** wird das wahrscheinlich auch tun –, wenn **Sie das Regierungsprogramm** kapitelweise durchgehen und sagen, aber da hätten **wir** vielleicht noch mehr an Finanzen mobilisieren können. Dann vergessen **Sie** nie, was der Grund dafür ist! (Abg. Dr. Graf: Für uns das fehlende Rückgrat!)

Der eine Grund ist der, wie **die Staatsfinanzen hinterlassen wurden** mit all den ausgelagerten Bereichen, der andere die Anschaffungen, die meiner Meinung nach überflüssig sind.

Aber trotzdem, finde **ich**, ist es mehr als herzeigbar, und es hat **eine deutliche sozialdemokratische Handschrift**, besonders im Vergleich zu dem, was vor sieben Jahren im **Regierungsübereinkommen** gestanden ist. – **Klubobmann Westenthaler**, **Sie** können das schwer beurteilen, denn **Sie** haben nur im Liegen regiert und haben gar nicht so richtig gesehen, was da passiert, aber **wir** wollen schauen, dass das auf Augenhöhe passiert, dass wirklich **zwei Partner in dieser Regierung** tätig sind.

Da ist der Sozialbereich absolut herzeigbar, inklusive der **Veränderungen, die es bei den Pensionen gibt**, wo wir die Giftzähne gezogen haben. (Abg. Öllinger: Wo denn?) **Da ist der Sozialbereich, was die Armutsbekämpfung betrifft**, absolut herzeigbar!

Da ist der frauenpolitische Teil absolut herzeigbar: Endlich haben **wir** wieder ein Frauenministerium! – Das sind lauter nicht nur symbolische Fortschritte, das sind auch positive Inhalte.

Die Flexibilisierung des Kindergeldes ist absolut herzeigbar und wurde auch weiland versprochen.

Der gesamte Gesundheitsbereich ist zu erwähnen. Wenn da alle, auch die Länder, mitwirken, dann kann es zu positiven Veränderungen kommen, was wichtig ist, weil **wir** ja immer gesagt haben, **wir** wollen **keine Zweiklassenmedizin**. Aber **wir** müssen

natürlich trotzdem dafür sorgen, dass das Gesundheitssystem auch künftig finanziert ist.

Zum **Bildungsbereich – Kollege Strache** wird, so nehme **ich** an, auf das dann eingehen –: Es sind Verbesserungen vorgesehen, was den Deutschunterricht betrifft, was die Integrationschancen betrifft. Es wird darauf geschaut, dass es rechtzeitig Deutschunterricht für diejenigen gibt, die nicht Deutsch als Muttersprache haben. **Wir** haben den gesamten **Vorschulbereich** thematisiert, und wir haben letztendlich auch diese sprachliche Ausbildung thematisiert – neben den vielen, vielen Punkten, die vorhin schon in der **Regierungserklärung** angesprochen wurden. **Ich** möchte das hier nur noch herausheben und sagen, dass das ein ganz wesentlicher Aspekt dabei ist.

Ich finde auch jene Punkte sehr, sehr positiv, die die Außenpolitik und den Europabereich betreffen: Österreichs Stimme im europäischen Kontext wieder Gewicht zu verleihen. (Rufe bei der ÖVP: Weiterhin! Weiterhin!) **Ich** glaube, dass vieles, was hier als Modell erarbeitet wurde, dort auch wirklich präsentiert werden kann.

Ein weiterer Punkt ist **die Staats- und Verwaltungsreform: diesen Staat bürger näher zu machen, die Verwaltung kostengünstiger zu organisieren**. Wirklich bei aller Wertschätzung der Arbeit der Beamten, aber es muss sich hier ebenfalls vieles in diese Richtung entwickeln. – Und so könnte man das weiter fortsetzen.

Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik ist wieder im Mittelpunkt: Wirtschaft, Beschäftigung, Kampf gegen die Arbeitslosigkeit – **deutliche sozialdemokratische Handschrift**.

Wenn man sich das alles genau ansieht, was leider in den letzten Tagen in der öffentlichen Berichterstattung überlagert wurde, dann meine **ich**, das sind Punkte, die äußerst positiv zu bewerten sind. (Präsident Dr. Spindelegger übernimmt den Vorsitz.)

Zu meinem **grünen Vorredner** muss **ich** sagen, da schlägt **der Teil meines Herzens, der total grün ist**, höher (Abg. Dr. Glawischnig-Piesczek: Wo ist der?), wenn **ich** mir diesen Energie-, Umwelt- und Landwirtschaftsteil anschau. Das ist ja wie ein grünes Grundsatzprogramm: Nullvariante Temelín; Antiatomkampf: Österreich bleibt bei der Antiatomenergiepolitik; auf europäischer Ebene zwar für Sicherheit eintreten, aber nicht für die Ausweitung der Atomenergie; Kyoto-Ziel erreichen. Es ist wie ein grünes Grundsatzprogramm! (Ironische Heiterkeit bei den Grünen.) Eigentlich brauchen **Sie** gar nicht mehr in **die Regierung**, es ist schon alles, was **Sie** fordern, in diesem **Regierungsübereinkommen** drinnen. (Abg. Dr. Glawischnig-Piesczek: Selten so gelacht!)

Ich weiß gar nicht, was **die nachfolgenden Redner** überhaupt noch dazu sagen wollen. Es wird ja jeder Rede der Inhalt geraubt mit dem, was da drinnen ist. **Kollege Strache** wird sich auch schwertun. Es ist fast alles drinnen, vom Deutschunterricht über innere Sicherheit bis zur Integration. (Abg. Strache: Habe ich nicht gefunden, aber lange gesucht!) – Sagen **Sie** die Rede ab, es ist bereits im **Regierungsprogramm** drinnen. Sagen **Sie** sie einfach ab!

Abschließend: Es ist **ein gutes Regierungsübereinkommen**, und auf dieser Basis soll jetzt gearbeitet werden. – **Herr Bundeskanzler**, alles Gute! (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident Dr. Michael Spindelegger: Nächster Redner ist Herr Klubobmann Strache. Gleiche Redezeit: 20 Minuten. – Herr Klubobmann, Sie sind am Wort.

Abgeordneter Heinz-Christian Strache (FPÖ): **Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Bundeskanzler! Werte Regierungsmitglieder!** Man muss ja dem **Herrn Bundeskanzler** wirklich gratulieren: Er ist **der erste ÖVP-Bundeskanzler mit rotem Parteibuch!** Da ist Ihnen wirklich etwas Historisches gelungen, **Herr Dr. Gusenbauer.**

(Beifall bei der FPÖ. – Der Redner hält eine Tafel in die Höhe, auf der unter anderem zu lesen steht: ÖVP-Ehrenmitgliedschaft auf Lebenszeit für Alfred Gusenbauer.) **Sie** haben die Ehrenmitgliedschaft **der ÖVP** verdient. **Ich** darf sie Ihnen hiemit überreichen. – Bitte sehr. (Bundeskanzler Dr. Gusenbauer: Danke, danke!)

Sie haben wirklich etwas zu Stande gebracht, wofür man in den Verhandlungen nicht drei Monate Zeit gebraucht hätte. Dieses Ergebnis hätten **Sie** einen Tag nach dem 1. Oktober auch zu Stande gebracht, nämlich den Ausverkauf der SPÖ herbeizuführen. Es ist die Fortsetzung einer inhaltlichen Regierung von Schwarz-Orange jetzt halt mit Ihnen als **Bundeskanzler**. **Sie** sind **ein Kanzler mit einem Titel ohne Mittel**, der in allen inhaltlichen Bereichen umgefallen ist. Das sieht man ja schon an der Sitzordnung heute auf der Regierungsbank: Hinter mir sitzt der **Herr Bundeskanzler Dr. Gusenbauer**, rechts flankiert vom **ÖVP-Vizekanzler Molterer**, dann **die ÖVP-Außenministerin Plassnik**, dann **der ÖVP-Umweltminister Pröll**, auf der linken Seite auch **ÖVP-Minister, der ehemalige Verteidigungsminister, jetzt Innenminister Platter, dann Wirtschaftsminister Bartenstein**. – Also **der rote Bundeskanzler** wird von **der ÖVP** förmlich auch bildlich eingezwickt. (Heiterkeit und Beifall bei der FPÖ.) Und genau so muss man das leider Gottes auch sehen.

Der Sandkastentraum **des Dr. Gusenbauer** ist in Erfüllung gegangen. **Er** hat heuteeinen Freudentag – im Gegensatz zu jenen Menschen, die am 1. Oktober **der SPÖ** das Vertrauen geschenkt haben in der Hoffnung, dass sich inhaltlich etwas verändern wird, dass **der Globalisierungswahnsinn**, der heute schon angesprochen wurde, **der Europäische-Unions-Wahnsinn** endlich gestoppt wird und man wieder eine soziale Politik sicherstellt, dass man auf **die Kleinen im Lande** schaut und deren Interessen vertritt, dass man **die Wahlversprechen, die man gegeben hat, einhält** und **die Studiengebühren abschafft**. Dass man gerade in dem Bereich alles, ja sogar das letzte Hemd verschenkt hat, darüber sind **die Menschen** zu Recht empört.

Ich habe das noch gut in Erinnerung – Sie von **den Grünen** haben heute ein Transparent in dieser Sache hier ausgerollt –: Im Wahlkampf, in den letzten Tagen vor dem 1. Oktober, hat **die SPÖ** plakatiert: Sozialfighter statt Eurofighter! – Was ist heute das Ergebnis? Heute ist Herr **Dr. Gusenbauer ein ÖVP-Fighter, aber kein Sozialfighter. Ein ÖVP-Fighter** ist **er!** (Heiterkeit und Beifall bei der FPÖ.)

Die Eurofighter werden nicht abbestellt, das ist im Grunde genommen fixiert. (Abg. Großruck: Das haben wir eh vorher auch schon gewusst!) Da sind **Sie** umgefallen, da haben **Sie** Ihr Hemd abgelegt. Bei **den Studiengebühren** haben **Sie** die Hose abgelegt. Bei **der Mineralölsteuer, die verteuert werden soll**, haben **Sie** die roten Socken abgelegt und sind jetzt sozusagen der Ersatz für den aus **der Regierung** geschiedenen

Minister Grasser als Nuldefizit-Fetischist. Und dann haben **Sie** noch die Unterhose abgelegt bei **den Eurofightern** – und heute steht **der Kanzler** mit neuen Kleidern da.

Alle Kleider sind ausgezogen, alle Inhalte sind abgelegt, aber Hauptsache, man ist **Bundeskanzler: ein Bundeskanzler**, der in Wirklichkeit **Untermieter der ÖVP** ist! Der Hauptmieter ist in dem Fall **Vizekanzler Molterer**, wobei man natürlich sagen muss, dort, wo **Molterer** draufsteht, ist immer **Schüssel** drinnen. Das ist so, das sind **die Zwillinge der ÖVP**. (Beifall bei der FPÖ.)

Es hat sich inhaltlich zu vorher an der Programmatik nichts geändert – bis auf **die Grundsicherung**, Entschuldigung, da gibt es eine Neuerung! Bei der Grundsicherung hat **die ÖVP** gemeinsam mit **der SPÖ** gesagt, in Zukunft soll es ein arbeitsloses Grundeinkommen in der Höhe von 726 € geben. Na, da wird sich **jeder anständige Arbeitnehmer**, der fleißig arbeiten muss und nicht viel mehr als 726 € im Monat verdient, wirklich bedanken, wenn er jetzt hört, da sollen in Zukunft manche, die überhaupt nicht bereit sind, eine Leistung zu erbringen, 726 € an arbeitslosem Grundeinkommen erhalten.

Im **Bildungsbereich** streichen **Sie** heraus, was für tolle Errungenschaften es geben wird. **25 Schüler pro Klasse** – es wäre schön, wenn **Sie** das auch verbindlich im **Regierungsprogramm** festgeschrieben hätten, aber **Sie** schreiben ja wieder nur wie überall, das ist ein Ziel von uns, anstatt dass es verpflichtend festgemacht wird, dass das so schnell wie möglich umzusetzen ist.

Wenn **Herr Cap** heute angesprochen hat, dass **die drei Oppositionsparteien** ja die Chance gehabt haben: Bitte, **Herr Dr. Cap**, informieren **Sie** doch **die Wähler** nicht falsch! Wer hat denn während des gesamten Wahlkampfes gesagt, mit **der FPÖ** können **wir** uns keine Form der Zusammenarbeit vorstellen?! Es waren **die Vertreter der SPÖ**, die im gesamten Wahlkampf gesagt haben, mit **der FPÖ** gibt es keine Zusammenarbeit! Genauso auch **die Vertreter der Österreichischen Volkspartei**, die ebenfalls während des gesamten Wahlkampfs gesagt haben: mit **der Freiheitlichen Partei** keine Zusammenarbeit!

Wir sind **den Wählern** im Wort, und **wir** haben als **einige Partei** in diesem Haus Wort gehalten. Das ist der Unterschied! (Beifall bei der FPÖ.)

Natürlich sind **Sie die einzige mögliche Koalition** gewesen, wenn man davon ausgeht, dass **eine Zweierkoalition** am 1. Oktober gewählt wurde.

Wenn **Sie** mich zitiert haben mit der Lebensfähigkeit, dann sage **ich** Ihnen, ja, so kann man dieses Programm der neuen Regierung zusammenfassen: zu wenig zum Leben, aber zu viel zum Sterben für **die Bürger** in diesem Land. Das ist der Inhalt, und das ist für viele zu Recht enttäuschend.

Wenn heute **ein prominentes SPÖ-Mitglied** wie **Androsch** sagt, dass **Bruno Kreisky** sich im Grab umdrehen würde, dann hat **er** schon Recht. Er ist vielleicht nicht der Profundeste, der das sagen sollte, weil **er** ja selbst **ein Vertreter der Großindustrieinteressen** ist, aber **er** hat im Kern schon Recht. Gerade **Dr. Gusenbauer**, der immer wieder gesagt hat, dass **er Kreisky** als ein Vorbild für sich sieht, hat in Wirklichkeit all das, was **Kreisky** inhaltlich einmal erarbeitet hat – und **ich**

sage das jetzt bildlich, denn genauso muss man es sehen –, auf der Müllhalde verschwinden lassen. Und das ist enttäuschend, das ist für **viele Menschen** enttäuschend!

Viele Menschen haben sich die Füße für **Sie** abgelaufen, weil **sie** die Hoffnung hatten, es wird sich durch **Sie** etwas ändern. **Sie** sind trotz des BAWAG-Skandals für **die SPÖ** gelaufen, trotz des ÖGB-Skandals, trotz des Umstandes, dass **Sie die Pensionisten** später verraten haben, trotz aller möglichen Skandale, vom „Konsum“ angefangen. **Sie** sind für **die SPÖ** gelaufen, weil **sie** die Hoffnung hatten, **Sie** werden Ihre Versprechungen umsetzen. Und jetzt kommen **die Menschen** drauf: Alles ist anders! Da wird nach der Wahl eine Gewerkschaftsbank an einen Spekulantenfonds verscherbelt, die amerikanische Spekulantenfondsfirma Cerberus, auf Deutsch Höllen Hund. Da werden alle Interessen der **Sozialdemokratie** zu Grabe getragen. Das sozialpolitische Gewissen wird zu Grabe getragen.

Deshalb kann **ich** nur sagen, **ich** lade **alle Menschen** ein, die zu Recht von Ihrem Verhalten enttäuscht sind, in Zukunft ein Stück des Weges mit uns **Freiheitlichen** zu gehen (Beifall bei der FPÖ), denn bei uns kann man sich über eines gewiss und sicher sein: Wir halten Wort! Nicht all das, was **ich** sage, muss man immer unterschreiben können. Das ist keine Frage. (Abg. Dr. Mitterlehner: Seit gestern!) Aber wenn **ich** etwas sage, dann weiß man, dass man sich darauf verlassen kann und dass **ich** dazu stehe – und genau das ist die Verlässlichkeit in der **Politik**. Verlässlichkeit braucht es in der **Politik!** Wenn man als **Politiker** ein Wahlversprechen gibt, dann hat man es auch einzuhalten.

Es wurde heute von Kompromissen gesprochen: Das sind ja keine Kompromisse, die da zu Stande gekommen sind! Das ist wirklich eine Selbstaufgabe, die da stattgefunden hat. Nicht umsonst fallen mir die Worte eines ehemaligen **SPÖ-Bundeskanzlers Sinowatz** ein, der einmal gesagt hat: **Die Partei** ist alles, und **ich** bin nichts! – Ja, man hat heute den Eindruck, dass **Dr. Gusenbauer** diesen Spruch umgedreht hat: **Er** ist alles, und **die Partei** zählt gar nichts mehr. Das ist offenbar das neu gelebte Motto.

(Abg. Großruck: Das haben wir schon einmal gehört! Bringen Sie etwas Neues, das ist ein alter Hut!) – Wenn **Sie** gestern bei meiner Neujahrsveranstaltung waren, dann darf **ich** Ihnen gratulieren, dann ist das der erste Weg zur Besserung, und **Sie** orientieren sich neu. Das freut mich, wenn **ich** so etwas höre. (Heiterkeit und Beifall beider FPÖ.)

Da ist **Dr. Gusenbauer** letztlich seinem Kurs in den letzten Jahren eigentlich treu geblieben, wenn es darum gegangen ist, auch gegen die Interessen der Bevölkerung konsequent vorzugehen. Da gab es die Station in Moskau mit dem damaligen Kuss, wo sich der Boden nicht wehren konnte. Da gab es als zweite Station Paris samt Champagner-Gelage mit den Brüsseler Sanktionslobbys, die damals gefeiert haben, dass sie Sanktionen gegen Österreich eingeleitet haben. Dann gab es die dritte Station: das Swimmingpool-Planschen bei Millionärsfreunden auf Mallorca, während Österreich im Hochwasser versunken ist, wo man nicht die Sorge hatte, den Urlaub abbrechen zu müssen. Dann gab es die vierte Station, dass **die SPÖ** im Wahlkampf einen durch und durch neoliberalen Mann auf ihre Liste gesetzt hat, der heute auch im Hohen Haus sitzt, vom Liberalen Forum jemand, der wirklich nicht im Verdacht steht, soziale Interessen zu vertreten.

Und jetzt ist **Gusenbauer** halt als **Untermieter von ÖVP-Gnaden** im Bundeskanzleramt – das ist jetzt sozusagen die Endstation. So gesehen hatte **Dr. Cap** wahrscheinlich zu Recht heute schon einen kleinen Freud'schen Versprecher, als er gesagt hat: Offenbar soll es das Zukunftsmodell sein, dass in Zukunft **die Kluboblete** die künftigen **Kanzler** werden. Wahrscheinlich sieht er sich schon als **Kanzler** und als **Nachfolger von Dr. Gusenbauer**. Das wird **er** wahrscheinlich gemeint haben mit diesem Vergleich, den er gebracht hat. (Abg. Parnigoni: ... auf sich selbst beziehen?) – Nein, da brauchen **Sie** sich keine Sorgen zu machen. (Abg. Parnigoni: Gott sei Dank!) **Wir** stehen zu unseren Inhalten, und **wir** werden unsere Inhalte nicht so wie die SPÖ über Bord werfen. **Wir** haben das leidvoll in unserer Vergangenheit erlebt. Da hat **Herr Dr. Haider mit dem Dr. Gusenbauer** viel gemeinsam: **Die ÖVP** hat eine Wahlniederlage erlebt – und beide haben **die ÖVP** wieder exhumiert.

Das sieht man schon an der Ressortverteilung: Finanzministerium, Wirtschaftsministerium, Arbeitsministerium hat **die ÖVP**. Offenbar ist die Arbeit **der SPÖ** als Themenbereich nicht mehr wichtig. Offenbar hat man auch kein Interesse, den Finanzbereich zu bestimmen und da etwas zu verändern und zu erneuern, deshalb auch **der Nulldefizit-Fetischismus**, der fortgesetzt wird. Bei den anderen Ministerien ähnliche Bilder: Außenministerium bleibt in der Hand **der ÖVP**, Innenministerium in der Hand **der Österreichischen Volkspartei**. In Wirklichkeit hat man alles aufgegeben – aber einen **Zivildiener** hat man zum **Verteidigungsminister** gemacht. (Beifall bei der FPÖ.) Eine wirklich tolle Sache: ein **Zivildiener** als **Verteidigungsminister**, der ein Gewissensproblem hatte (Abg. Dr. Graf: Ein Wehrdienstverweigerer!), ein Gewissensproblem, die Waffe in die Hand zu nehmen. Also entweder hat er damals geschwindelt oder heute, denn wenn er ein Gewissensproblem hat, dann darf er nicht **Verteidigungsminister** werden. Denn wenn eine Krise auf unser Land zukommt, dann hat man sich auf **den Verteidigungsminister** verlassen zu können, dass er notfalls auch unser Bundesheer dementsprechend zum Einsatz bringt. Und das ist eine Gefährdung unserer Sicherheit, eine Gefährdung der österreichischen Sicherheit, wenn er nicht eingesteht, dass er vielleicht damals im Unrecht gewesen ist und doch kein Gewissensproblem damit hat.

Eigentlich würde ihm – wie **Herr Dr. Gusenbauer** gesagt hat, und da hat er schon Recht – der Wehrdienst im Nachhinein nicht schaden. (Heiterkeit und Beifall bei der FPÖ.) Aber es würde **Dr. Gusenbauer** auch nicht schaden, den Wehrdienst nachzuholen. Der war ja damals, **ich** glaube, Kaffeepflücken in Nicaragua und in Österreich wegen Heuschnupfen vom Wehrdienst befreit. Aber **ich** kenne **viele im Hohen Haus**, die damals vom Wehrdienst befreit worden sind: wegen Unabkömmlichkeit **Klubobmann Dr. Schüssel** oder auch **der neue Vizekanzler Molterer**, der nach meiner Information befreit worden ist. **Der geschiedene Finanzminister Grasser** hatte Plattfüße – beim Tennisspielen haben die interessanterweise überhaupt nicht gestört.

Da gibt es also schon Unterschiede zwischen manchen. Manche sind gleicher als andere und können es sich offenbar besser richten in diesem Land. Das sollte man schon auch einmal festhalten und ein bisschen auch die Moral herausstreichen, die vielleicht dahinter für manche sichtbar wird.

Wir stehen zu unseren inhaltlichen Themen, die **wir** im Wahlkampf vertreten haben. Und **wir** vermissen im **Regierungsprogramm**, dass man auf essenzielle Probleme

wirklich eingegangen ist. **Die Zuwanderungsproblematik ist ein Problem.** In den letzten Jahren sind weitere 300 000 Zuwanderer nach Österreich gekommen. Und Sie schreiben in **Ihrem Regierungsprogramm** definitiv: Eine weitere **Zuwanderung** wird vereinbart. **Sie** setzen das kontinuierlich fort.

Ich habe da ein Papier der Bank Austria Creditanstalt, eine Bewertung des **Regierungsprogramms 2007**, die Experten gemacht haben, und da stehen interessante Punkte drinnen – ich zitiere –: **Das Regierungsprogramm** enthält in Summe erwartungsgemäß viele Absichtserklärungen und relativ wenig Konkretes.

40 Arbeitskreise, haben **wir** schon gehört – ja, wenn man nicht mehr weiter weiß, dann gründet man halt einen Arbeitskreis. Genau nach dem Motto: Machen **wir** nichts konkret, lassen **wir** alles offen!

Es steht weiters in dieser Ausarbeitung der Bank Austria, was den Bereich Volksabstimmung über einen **EU-Beitritt der Türkei** betrifft: Erst nach Vorliegen eines Verhandlungsergebnisses ist eine Volksabstimmung vereinbart worden. – Viel zu spät, sage **ich** Ihnen! Jetzt wollen **die Österreicher** entscheiden, jetzt wollen **sie** ihre klare Ablehnung zum Ausdruck bringen. Und wenn **Sie** von Minderheitenrechten sprechen, **Herr Dr. Cap**, dann fangen **Sie** an, Demokratie in unserem Land zu stärken und endlich **verbindliche Volksabstimmungen** möglich zu machen und mit uns zu unterstützen!

(Beifall bei der FPÖ.)

Direkte Demokratie braucht unser Land, verbindliche Volksabstimmungen, damit man so eine Regierungslähmung, die sich mit diesem **Programm** schon am Beginn der Periode abzeichnet, von Seiten der **Bevölkerung** durchbrechen kann, damit **die Bevölkerung** auch die Chance hat, wenn **eine Regierung** nicht bereit ist, die Interessen der Bevölkerung umzusetzen, im Rahmen einer Volksabstimmung **die Regierung** zu zwingen, gewisse Inhalte umzusetzen – wie **ein besseres und schärferes Asylgesetz**, wie das die Schweiz mit einer Volksabstimmung sichergestellt hat, wie im Bereich der **Ablehnung des Türkei-Beitritts**, wie auch in anderen Bereichen. Das wäre ein wichtiger Schritt.

Es steht weiters in der Ausarbeitung der Bank Austria-Experten zu lesen, dass der Abbau von Wettbewerbsbeschränkungen bei freien Berufen konkret vereinbart worden ist. – Da werden sich **die Apotheker, die Notare, die Ärzte, die Rechtsanwälte** freuen, dass der nächste Anschlag auf die freien Berufe vorbereitet wird.

Es geht weiter: Interessant ist, wo steht, dass während der Übergangsfristen bilaterale Beschäftigungsabkommen mit den neuen Mitgliedstaaten ausverhandelt werden sollen. – Na schön! Wofür haben **wir** die Übergangsfristen, wenn **wir sie** unterlaufen und erst recht wieder Verträge aushandeln, damit wieder weitere billige Arbeitskräfte nach Österreich kommen können und es wieder zu Lohndumping kommt?

Die Erhöhung der Mineralölsteuer – bei Diesel auf 3 Cent, bei Benzin auf 1 Cent –: wieder das Gegenteil von dem, was man gesagt hat! Mehrbelastungen, die anstehen und die, wie **Experten der Bank Austria** berechnet haben, den Steuerzahler 300 bis 350 Millionen € kosten werden! (Abg. Kurt Eder: Wer sind die Experten?) – Das sind

Experten der Bank Austria. Ich habe es Ihnen ja vorgelesen: Das ist ein offizielles Expertenpapier der Bank Austria zur Auswertung des **Regierungsprogramms**, und das ist sehr interessant.

Es steht weiter drin – **ich** lese es Ihnen gleich vor – die Erhöhung der Sozialversicherungsbeiträge. Da wird es zuerst einmal eine saftige Erhöhung der Beiträge geben, und von Seiten der Bank Austria heißt es: Ein Defizit soll je zur Hälfte durch Einsparungen und durch die Erhöhung der Beiträge – plus 0,15 Prozent – erfolgen. Eine Reduktion der Ausgaben durch Effizienzsteigerung bis 2008 von 300 Millionen und bis 2010 um nochmals 100 Millionen wird angestrebt.

Was die Erhöhung der Sozialversicherungsbeiträge um 0,15 Prozent betrifft, ist noch nicht klar, wie die Aufteilung auf **Arbeitnehmer und Arbeitgeber** erfolgen wird. Aber klar ist, dass wieder beide belastet werden, wahrscheinlich fünfzig zu fünfzig! Die Lohnnebenkosten steigen, **die Arbeitnehmer** werden wahrscheinlich zu 50 Prozent belastet, **die Arbeitgeber** werden belastet!

So zieht sich das wie ein roter Faden durch die Bewertung, die eine Katastrophe ist. Zum Schluss kommt es zu folgendem Ergebnis: Mittelfristig wird nun ein ausgeglichener Haushaltssaldo bis 2010 statt bisher 2008 angestrebt. Allerdings sind dafür, zumindest bei guter Konjunktur, 3 Milliarden € an Einsparungen notwendig, um **Ihr Regierungsprogramm** zu erfüllen! Das heißt, keine Entlastung, sondern **eine Belastung steht den Bürgern bevor!** Die Frage ist nur: Wann und wo werden **Sie** diese Belastungsschritte setzen? – Das ist ein Belastungspaket, das **Sie** selbst verankert haben, und heute versuchen Sie mit salbungsvollen Worten, es als etwas anderes darzustellen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Weil **ich** schon am Ende meiner Redezeit bin, ist es mir wichtig, auch unseren Standpunkt klar darzulegen. **Der Sozialstaat ist uns ein Anliegen** (Zwischenrufe bei der ÖVP) – **aber Sozialstaat, bitte, für Staatsbürger, nicht für Menschen, die zu uns zuwandern, ab dem ersten Tag!** (Beifall bei der FPÖ.)

Das ist eben der Unterschied zwischen unserem Programm und Ihrer Anschauung. Es muss hier Unterschiede geben. **Es gibt Staatsbürgerrechte, und es hat ein Staatsbürger mehr Rechte zu erhalten und zu haben als jemand, der zu uns zuwandert.** Der hat am Ende der Integrationsleiter, wenn er diese positiv beschlossen hat und **Staatsbürger** wird, dann auch alle Rechte zu erhalten, aber doch nicht von Beginn an! Genau darum geht es, und genau das müssen **wir** umsetzen, wenn **wir den Sozialstaat in Zukunft sichern wollen.**

Es kann nicht so sein, dass jeder Familienbeihilfe und Kinderbeihilfe bekommt; das soll

Staatsbürgern vorbehalten sein, bis hin zu sozialen Wohnungen. Das ist unsere soziale

Verantwortung. Eine **Familienentlastungsoffensive für Staatsbürger** müssen wir in Angriff nehmen, damit sich **unsere Kinder** mehr als ein Kind leisten können! (Beifall beider FPÖ. – Präsident Dr. Spindelegger gibt das Glockenzeichen.)

Ich komme zum Schluss: **Wir** brauchen **ein Entlastungspaket für kleinere und mittlere Gewerbebetriebe**, weil das **unsere soziale Verantwortung ist, damit wieder mehr**

Arbeitsplätze im Land sind und die Menschen auch wieder Arbeit haben, und hoffentlich – dafür sollten **wir** Sorge tragen – mit einem ausreichenden Gehalt, nicht, so wie **Sie** es vorhaben, mit einem arbeitslosen Grundeinkommen. (Beifall bei der FPÖ.)

11.23

Präsident Dr. Michael Spindelegger: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Klubobmann Dr. Schüssel, ebenfalls mit einer Redezeit von 20 Minuten. – Bitte.

11.23

Abgeordneter Dr. Wolfgang Schüssel (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus!
Zunächst möchte **ich** mich bei Ihnen, **meine Damen und Herren Abgeordnete**, sehr herzlich für die Geste am Anfang der Sitzung bedanken, für die Trauerminute des Gedenkens an die plötzlich tragisch verstorbene **Innenministerin Liese Prokop**, die sich am Silvesterabend zu Hause zum Abendessen niedersetzen wollte, noch selbst in das Rettungskraftwagen eingestiegen und unterwegs auf der Fahrt ins Spital gestorben ist.

Das soll auch, so glaube **ich**, ein wenig die politische Auseinandersetzung relativieren und soll gerade auch an einem solchen Tag zeigen, dass **wir** einander respektieren. Daher auch ein Dankeschön an **alle ausgeschiedenen Regierungsmitglieder**, von **Vizekanzler Gorbach** angefangen über **die Minister und Staatssekretäre!** Ein Teil nimmt ja als gewählte **Abgeordnete** die politische Arbeit weiter auf.

Ich denke, dass es dazugehört, dass **wir** auch sehen, dass **wir** auf den Arbeiten früherer politischer Generationen aufbauen. **Die Erfolgsgeschichte Österreichs** hat ja nicht im Jahr 2000 oder 2007 begonnen, sondern sie ist eigentlich eine ungebrochene seit dem Jahr 1945.

Ich möchte mich auch bei Ihnen, **Herr Bundeskanzler Gusenbauer**, bedanken, denn heute waren einige Sätze zu hören, die für uns schon bemerkenswert waren und die auch gut getan haben, wie etwa: **Österreich ist eines der sichersten Länder der Welt; in Österreich ist die ökologische Landwirtschaft europaweit einzigartig; Österreich hat eines der besten medizinischen Versorgungssysteme der Welt** – das klingt ganz anders als die Zwei-Klassen-Medizin-Befürchtung von früher –; **Österreich hat ein bewährtes System der sozialen Sicherheit und Fairness.** Und im **Regierungsprogramm** steht: **Das österreichische Pensionssystem ist eines der besten der Welt.** – **Wir** glauben das auch! (Beifall bei ÖVP und BZÖ.) **Wir** haben daran mitgearbeitet und danken für diese faire Bewertung, die von Ihrem **Bundeskanzler** kommt.

Ein bisschen verstehet **ich** natürlich schon die Melancholie von **Professor Van der Bellen**, denn **ich** habe auch das Hin und Her mitverfolgt. **Sie** haben uns ja in den Verhandlungswochen immer wieder heftig kritisiert – **ich** meine jetzt **die Volkspartei** –: Zuerst haben **Sie** uns dafür kritisiert, dass **wir** Verhandlungen für **eine große Koalition** führen; dann haben **Sie** uns kritisiert, weil **wir** unterbrochen haben; dann haben **Sie** wieder vor der **großen Koalition** gewarnt. Auch gab es das Hin und Her

betreffend Minderheitsregierung, ja oder nein, das ist klar. Das heißt, ein bisschen verstehet **ich** schon die Melancholie darüber, dass **Sie** wieder nicht dabei sind.

Überlegen **Sie** sich auch einmal, ob es klug ist, dass man eigentlich jede Form einer anderen Mehrheitsbildung – die es natürlich immer gibt! – von vornherein ausschließt!

Ich weiß, dass es schwierig ist; niemand weiß besser als **ich**, dass es nicht immer ganz einfach ist, zusammenzuarbeiten. Aber es ist möglich, und eigentlich glaube **ich**, dass **wir** einander so weit respektieren müssen, dass jeder hier im Parlament vom anderen annimmt und **wir** voneinander annehmen, dass es sich um Demokraten handelt, um **Menschen, denen das Land am Herzen liegt** und die für **eine rot-weiß-rote Zukunft arbeiten** wollen. Da darf man niemanden ausgrenzen, meine Damen und Herren!

(Beifall bei ÖVP, SPÖ und BZÖ.)

Nun zu **Josef Cap, dem Klubobmann der SPÖ**, der sichtlich noch einige Übergangsprobleme zu bewältigen hat – aber das versteht natürlich niemand besser als **ich** (Heiterkeit und Beifall bei der ÖVP) –, und weil heute auch einige Male vom Nachhilfe-Geben oder -Nehmen die Rede gewesen ist: Wenn **Sie** schon jetzt die Situation der Staatsfinanzen kritisieren – was natürlich Ihr gutes Recht ist –, dann darf **ich** ein bisschen mit Informationen darüber nachhelfen, wie wir die Staatsfinanzen im Jahr 1999 übernommen haben.

Damals war das ausgewiesene Defizit des Jahres 1999 bei 2,2 Prozent. Es drohte für das Jahr 2000 ein Defizit von 3,3 Prozent – ohne Maßnahmen, die **wir** dann getroffen haben. (Abg. Dr. Cap: Sie waren in der Regierung!) – Aber **Sie** haben **den Finanzminister** und **den Bundeskanzler** gestellt, das ist ein ganz kleiner Unterschied, auf den **wir** jetzt geachtet haben, meine Damen und Herren! Das soll die Öffentlichkeit schon wissen. (Beifall bei der ÖVP.) **Wir** übergeben ein Budgetdefizit, das ein Drittel von dem ist, das wir im Jahr 2000 übernommen haben. **Ich** glaube, darauf lässt sich gut aufbauen. (Neuerlicher Beifall bei der ÖVP.)

Seien **Sie** ein bisschen vorsichtig mit dem Lattenlegen oder dem Auf-die-Bäume-Hinaufklettern! Schauen **wir** uns am Ende der Legislaturperiode an, wie etwa der Schuldenstand bei den ÖBB, der ASFINAG oder den ausgegliederten Gesellschaften sein wird, wenn **wir** das tun, was **wir** ja gemeinsam wollen, nämlich **eine der massivsten Infrastrukturinvestitionen vorzunehmen**, von 2000 bis 2010. Und dann vergleichen **wir, Josef Cap!** Also: Realismus ist angesagt. (Beifall bei der ÖVP.)

Das gilt wohl auch in der Frage der Bewertung **des Regierungsprogramms**. **Herr Professor**, natürlich ist klar, dass am Anfang einer Legislaturperiode nicht jede Maßnahme für vier Jahre auf Punkt und Beistrich im Detail festgelegt werden kann. Das ist ja ganz klar. Aber seien **Sie** doch auch so fair und sagen **Sie**, dass gerade über die beiden Dinge, die Ihnen sehr wichtig sind – und, ehrlich gesagt, uns allen auch –, nämlich den Umbau oder den Ausbau Österreichs zu einer Wissensgesellschaft und das Nachhaltigkeitsthema, außerordentlich konkrete Dinge drinstehen.

Das betrifft etwa die Universitäten. Die österreichischen Universitäten sind übrigens – dank **Liesl Gehrer** – diejenigen in Europa, die für die nächsten vier Jahre garantierte Budgets mit einem Zuwachs von 10 Prozent haben und ein Investitionsprogramm von

einer Milliarde €. (Beifall bei der ÖVP.) Das ist doch ein Riesenvorteil! Wir werden in den nächsten Jahren 1 000 neue Forscher nur an den Universitäten haben. **Wir werden in die Bildung investieren**; von der einen Milliarde € zusätzlich gehen etwa zwei Drittel in Bildung, Forschung und Wissenschaft hinein. Zu sagen, dass das nicht konkret ist, das stimmt einfach nicht.

Auch was den Bereich der Energiepolitik betrifft, den **Sie** selbst angesprochen haben, sind Dinge enthalten, die aus meiner Sicht extrem ambitioniert sind: die Umstellung von 100 000 Haushalten auf erneuerbare Energie in dieser Legislaturperiode, von 400 000 Haushalten bis zum Jahr 2020; das Verdoppeln des Anteils der Beimischung von Biodiesel in den Verkehr hinein; das Anheben, fast das Verdoppeln des Anteils der erneuerbaren Energie bis zum Jahr 2020; die Forschungsstiftung, die in diesem Bereich einsetzen wird.

Im Bereich der Landwirtschaftspolitik: das Umstellen des ländlichen Raums, gerade auf europäischer und österreichischer Ebene, für diese Zwecke. Da brauchen wir nicht bei Franz Fischler in die Lehre zu gehen, sondern er hat uns inspiriert: Das ist **das Programm** des Franz Fischler, **unser gemeinsames Programm**, das wir hier festschreiben.

(Beifall bei der ÖVP und bei Abgeordneten der SPÖ.)

Natürlich kann man sagen: Das ist noch immer zu wenig, und man müsste da und dort nachschärfen; keine Frage. Aber **ich** glaube, gerade in diesen Bereichen – was die Nachhaltigkeit, die Sorge um die Zukunft, die Sorge um die Jungen betrifft – ist dieses Programm ein ausgezeichnetes.

Was mich auch sehr freut, ist: **Europa ist tatsächlich ein rot-weiß-rotes Anliegen** in dieser **Bundesregierung**, und es ist ein Zeichen einer gelebten Kontinuität. **Die EU** – das sage ich in Richtung von **Klubobmann Strache** sehr deutlich, und überlegen **Sie**, was es bedeuten würde, wenn **wir** nicht drinnen wären – **ist ein mächtiger Schutzschild mit der gemeinsamen Handelspolitik**. **Wir haben 50 Prozent des österreichischen Bruttoinlandsprodukts im Export zu erwirtschaften!** Ein mächtiger Schutz und Schild ist durch die Europäische Union gegeben.

Wir haben eine enorme Sicherheitszone – mit Schengen, mit allen Spielregeln –, die sich jetzt ausweiten wird, nach sehr sorgfältiger und umsichtiger Vorbereitung. **Die Euro-Zone sichert die Geldwertstabilität**. Überlegen **Sie**, wie verletzlich **wir** gewesen wären, hätten **wir** eine kleine, im internationalen Maßstab vernachlässigbare Währung wie den Schilling! Und **innerhalb dieser stabilen Euro-Zone hat Österreich immerhin eine der niedrigsten Inflationsraten**.

Was man auch nicht übersehen darf – und was meiner Meinung eine historische Chance ist –, ist: Seit dem 1. Jänner 2007, seit 14 Tagen, ist die Donau von der Quelle bis zur Mündung ins Schwarze Meer ein europäischer, ein innereuropäischer Fluss (Abg. Dr. Niederwieser: Das war sie vorher auch schon!), ein EU-Fluss. (Ruf bei der FPÖ: Und Serbien?) – Serbien kommt noch dazu. Das ist ein sehr spannendes Thema, weil Österreich genau in dieser Zukunftszone, in dieser Hoffnungszone mittendrin ist und wir damit natürlich eine historische Chance nutzen können.

Zum ersten Mal – und das ist mehr als nur eine Umbenennung – haben **wir eine Ministerin für europäische und internationale Angelegenheiten**. (Zwischenruf des Abg. Mag. Hauser.) Nichts Auswärtiges oder Gegenwärtiges oder Widerwärtiges, sondern **europäische und internationale Angelegenheiten**: Das ist **ein Programm**, meine Damen und Herren, und **ein gutes Programm** dazu! (Beifall bei der ÖVP und bei Abgeordneten der SPÖ.) Jeder, vom **Bundeskanzler** über die **Außenministerin** bis zum **jeweiligen Fachminister**, muss natürlich an dieser europäischen Verantwortung mitwirken.

Ein Satz, der mir aufgefallen ist, **Herr Bundeskanzler**: **Ich** hätte an Ihrer Stelle nicht nur allgemein von transatlantischen Beziehungen und ihrer Vertiefung gesprochen. Ich glaube schon, dass **wir Österreicher** ruhig sagen können – genauso wie über die Beziehungen zur Russischen Föderation –, dass **wir** ein ordentliches Verhältnis mit Amerika, mit den USA wollen. Denn **wir** verdanken den Amerikanern einiges! (Beifall bei der ÖVP.) Das soll heute auch an dieser Stelle ausgesprochen werden, meine Damen und Herren.

Noch ein Satz zu **Josef Cap**. Wenn **ich** es richtig gehört habe, haben **Sie** gesagt: Jetzt haben **wir** endlich wieder eine Stimme für Europa. – Da müssen **Sie** in den letzten sieben Jahren ein bisschen schwerhörig gewesen sein, denn diese Stimme ist die gleiche: **Ursula Plassnik** ist die gleiche Stimme wie in den letzten zwei Jahren, die uns hervorragend vertreten hat und unser volles Vertrauen hat, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der ÖVP.)

Wir von der Volkspartei werden diesem **Programm** aus voller Überzeugung zustimmen. Alles von dem, was **wir** uns vor der Wahl vorgenommen haben, was **wir** im Wahlkampf versprochen haben, findet sich in diesem **Programm** wieder; selbstverständlich auch Ideen und Anregungen, die vom **sozialdemokratischen Regierungspartner** mit hereingenommen worden sind. **Wir** können daher allen über **1,5 Millionen Wählerinnen und Wählern**, die uns am 1. Oktober die Stimme gegeben haben, sagen: **Wir** stehen zu unseren Aussagen, und **wir** werden mit ganzer Kraft und vollem Engagement dienächsten vier Jahre für dieses Österreich arbeiten.

Herr Bundeskanzler! Lieber Vizekanzler Molterer! Machen **Sie** eine lebensnahe Politik mit diesem **Programm**! Vermitteln **Sie** vor allem **den Menschen** Zuversicht und Hoffnung mit dem, was **Sie**, was **wir – Parlament und Regierung** – uns vorgenommen haben! Denken **Sie** an **die Jungen**, nicht an die Schlagzeile von morgen oder übermorgen, sondern wirklich an das, was vielleicht in zehn oder erst in fünfzehn, zwanzig Jahren **die Jungen** von unseren gemeinsamen Maßnahmen haben werden! **Festigen wir gemeinsam das soziale Netz, aber nicht als Hängematte, sondern als federndes Trampolin, wie es Martin Bartenstein einst gesagt hat!**

Sichern **Sie** die Wahlfreiheiten **der Bürger: für den Steuerzahler, die Steuerzahlerin** durch eine Senkung der Abgabenquote und die Möglichkeit, selbst zu entscheiden, was mit seinem oder ihrem Geld geschieht; für **die Familien** mit der Wahlmöglichkeit beim Kinderbetreuungsgeld; für **die Eltern und Jugendlichen** durch ein differenziertes Bildungssystem. Schauen **Sie** auf das Geld der Steuerzahler!

Belastungen sind zwei drinnen, betreffend Gesundheit – 0,15 Prozent – und die Mineralölsteuer. Da hätten wir nicht die Bank Austria und die CA gebraucht, das steht im **Regierungsprogramm** so drin. (Abg. Strache: Das war vorher auch versprochen!)

Es dient auch den Interessen der **Bürgerinnen und Bürger** – in Form der **erstklassigen medizinischen Bildung** – und **dem Ausbau der Infrastruktur**. (Beifall bei der ÖVP.)

Letzter Satz. Verteidigen **Sie** auch unsere Heimat, ganz gleichgültig, ob **wir** irgendwo ungerechtfertigt angegriffen werden oder ob es Gefahren von innen oder außen gibt! Das ist die Pflicht einer **Bundesregierung**. **Wir** unterstützen **Sie** dabei. (Anhaltender Beifall bei der ÖVP und Beifall bei der SPÖ.)

11.36

Präsident Dr. Michael Spindelegger: Nächster Redner ist Herr Klubobmann Ing. Westenthaler. Redezeit: ebenfalls 20 Minuten. – Bitte.

11.36

Abgeordneter Ing. Peter Westenthaler (BZÖ): Herr Präsident! Herr Bundeskanzler! Geschätzte Mitglieder der österreichischen Bundesregierung! Herr Vizekanzler! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Man überlege sich allein die Optik, wenn man hier in der Bankreihe sitzt, nach vorne schaut und eine randvolle Regierungsbank, **eine riesengroße Bundesregierung** sieht. **Ich** hatte vorhin fast ein bisschen Sorge – gestatten **Sie** mir diesen Einwurf –, wenn **ich Frau Silhavy** sehe, wie **sie** sich an der Regierungsbank anhält, damit sie, wenn **Herr Matznetter** einmal ordentlich hustet, nicht herunterkippt. **Ich** hoffe, das passiert nicht. Aber so groß ist **diese Regierung!** (Zwischenrufe bei der SPÖ.) Sie ist eben so groß, dass sie nicht mehr auf die Regierungsbank passt – auch ein Bild, das eines ist, das bezeichnend ist! (Abg. Öllinger: Das ist eher peinlich! – Abg. Riepl: Ein schwacher Start!)

Herr Dr. Gusenbauer! Ich zitiere Ihnen etwas: **Wir** brauchen in Österreich eine **Regierung**, für die am Tag vor der Wahl auch das gilt, was am Tag nach der Wahl gilt. Und **wir** brauchen in Österreich nicht einen **Bundeskanzler** der gebrochenen Versprechen, sondern **wir** brauchen in Österreich einen **Bundeskanzler**, der sein Wort hält. Genau deswegen trete **ich** am Sonntag an. – Zitatende.

Das hat **Alfred Gusenbauer** drei Tage vor der Nationalratswahl bei der Wahlabschlusskundgebung **der SPÖ** gesagt. Und wenige Tage vor der Wahl erschien eine Mitgliederinformation **der SPÖ**: Ich werde mein Wort halten – **Alfred Gusenbauer**, mit seinem Konterfei darauf.

Es ist schon bezeichnend, was in der Zwischenzeit passiert ist. Jetzt könnten **Sie** sagen: Na ja, **die Opposition** kritisiert das immer. Auch hier Zitate nach der Wahl: „Erstmals in der österreichischen Nachkriegsgeschichte wird einer zum **Bundeskanzler** ernannt werden, der sein politisches Gewicht eingebüßt hat, noch bevor er überhaupt sein Amt antritt.“ „Die Jämmerlichkeit des Lächelns, mit der **Gusenbauer** die Niederlage, die jeder sieht, als Erfolg zu verkaufen sucht, die Hilflosigkeit, mit der **Cap** die Art, wie **die SPÖ der ÖVP** ins Messer lief, als unvermeidliches Schicksal darstellt, hat den beiden den letzten Rest von Glaubwürdigkeit genommen.“ – Das schreibt **Peter Warta im „Standard“** am 10. Jänner.

Oder **Michael Völker** schreibt, ebenfalls im „Standard“, am 9. Jänner: „**Alfred Gusenbauer** ist **Bundeskanzler** – mit heruntergelassenen Hosen.“ „Die SPÖ hat praktisch zum Regierungsantritt bereits alle Versprechen und Ankündigungen gebrochen, die **sie** im Wahlkampf als Slogans ausgegeben hat.“ „**Gusenbauer** startet als **Kanzler** mit der schweren Last gebrochener Wahlversprechen, mit einer nahezu lächerlichen Ministerliste und einem Regierungsprogramm, das gerade **den SPÖ-Anhängern** ganz schwer verkäuflich ist.“

Zuletzt **Peter Rabl** im „Kurier“ am 14. Jänner: „Nie zuvor hat ein **Kanzler** einen so schlechten Start hingelegt wie **Gusenbauer**.“ Es sei „unerträglich geworden, wie **der neue Kanzler Alfred Gusenbauer** seinen rundum misslungenen Start schönzureden und schönzurechnen versuchte“. „Aufgedreht fröhlich, aufgesetzt locker, deutlich überheblich. Frei nach einem Zitat Henry Kissingers war er zutiefst beeindruckt von sich selbst.“ „Die Medizin kennt das Phänomen, dass stark erregtes Begehr das Denkvermögen beschränkt. **Gusenbauer** zeigt alle Symptome von Kanzlergeilheit“, schreibt **Peter Rabl**.

Und genau das ist die Frage, die wir uns heute nach diesen Ereignissen der letzten Woche stellen, wo Handschlagqualität nicht mehr gilt, wo Vertrauen und Hoffnung gebrochen worden sind bei der Jugend, bei Wählern, bei **Bürgern**, bei **Mitgliedern** auch **der Sozialdemokratischen Partei**. Die Frage, die zu stellen ist, **Herr Dr. Gusenbauer**, bei allen schönen Sätzen des **Regierungsübereinkommens**: Ist es das wert? Oder was ist es denn wert, **die Menschen** so zu täuschen und hinters Licht zu führen dafür, dass man sich einen Sandkistentraum erfüllt, dass jetzt **Menschen** da stehen, die sich fragen: Wozu war ich eigentlich wählen, wozu war ich dort, was hat diese Wahl eigentlich gebracht, wenn all das, was versprochen worden ist, nicht gekommen ist und dem Prinzip „Hauptsache **Kanzler**!“ geopfert worden ist?

Die Demonstrationen sehen **wir** im Fernsehen. Jetzt sagen alle: Das war auch im Jahr 2000 so. – Ja, es war so. Der Unterschied ist nur, dass damals die **Demonstranten** gegen eine andere **Partei** demonstriert haben. Heute sind es **Ihre eigenen Leute**, die auf die Straße gehen. Und ich füge korrekterweise hinzu: Es sind **Ihre eigenen Leute** gewesen, die auf die Straße gehen, denn auch die haben **Sie** bereits verloren. **Sie** haben Massenaustritte aus **der SPÖ**, **Sie** müssen den Ballhausplatz sperren, **Sie** müssen **SPÖ**-Veranstaltungen als **frisch gebackener Kanzler** durch die Hintertür betreten, **Sie** brauchen Polizeischutz. Ist das die Kapitulation **der SPÖ** wert?

Sie zitieren gerne **Bruno Kreisky**, **Bruno Kreisky**, **den Sonnenkönig**. Wenn man das Bild vergleicht, **Herr Dr. Gusenbauer**, sind **Sie** auf dem Weg in einen roten Sonnenuntergang und könnten vielleicht in die Geschichte eingehen als **Kanzler und Parteivorsitzender der roten Sonnenfinsternis**.

Deswegen muss man **Sie** auch an diese Wahlversprechen erinnern, denn es hat einen flächendeckenden Wählerverrat gegeben. Es gibt heute **eine Regierung des Wortbruchs** und letztlich einen katastrophalen Fehlstart dieser **Regierung**. **Ich** kann gar nicht alle **gebrochenen Wahlversprechen** aufzählen, **ich** habe nur 20 Minuten Redezeit, **wir** werden aber sicherlich auch noch im Rahmen der Dringlichen Anfrage dazu kommen.

Das heißt, wenn man Ihre Versprechungen oder das **SPÖ**-Wahlprogramm vor der Wahl mit dem hundertjährigen Bauernkalender vergleicht, dann ist eigentlich Letzterer ein Werk der Verlässlichkeit und Präzision, denn der hält ja noch mehr ein als Ihr Wahlprogramm.

Jetzt kommen **Sie** her und sagen, **Sie** können sich an vieles nicht mehr erinnern oder **Sie** interpretieren vieles auch um wie etwa bei der Ressortaufteilung. Deswegen habe **ich** mir überlegt, welches Präsent **ich** Ihnen heute zum Antritt als **Bundeskanzler** übermittele.

Und weil **Sie** sich eben an so vieles nicht erinnern können, habe **ich** mir gedacht, ein Buch tut es – lesen soll man ja viel –, und deswegen habe **ich** mir erlaubt, Ihnen das Buch „Das Gedächtnistraining“ zu übermitteln. (Der Redner hält das Buch in die Höhe.) „Das Gedächtnistraining“ ist ein interessantes Buch mit drei Kapiteln. Erstes Kapitel: „Einsicht als Weg zur Besserung“, zweites Kapitel: „Die Stufen der Erinnerung“, drittes Kapitel: „Warum vergessen wir?“ mit anschließendem Gedächtnistest und Übungen für jeden Tag. **Ich** hoffe, **Sie** bessern sich, **Herr Bundeskanzler**. **Ich** darf Ihnen das überreichen. (Beifall beim BZÖ. – Der Redner überreicht das genannte Buch an Bundeskanzler Dr. Gusenbauer.)

Ich wollte eigentlich auch dem **Herrn Vizekanzler** ein Präsent mitbringen, nämlich das Buch vom realen Sozialismus. **Ich** habe mir das erspart, denn das hat er jetzt ohnehin jeden Tag. (Heiterkeit bei BZÖ und ÖVP.) Daher ist, glaube **ich**, dieses Geschenk überflüssig, denn er erlebt es ja jeden Tag.

Wir werden daher auf Grund **dieser verbrochenen Versprechen** – man kann sagen, verbrochenen Versprechen; es sind gebrochene, aber auch **verbrochene Versprechen** – heute am Nachmittag einen Entschließungsantrag einbringen, weil **wir** einmal schauen wollen, wie es ist, ob wir nicht Wahlversprechen auch einklagbar machen könnten. Warum denn nicht? Warum soll nicht **Herr Dr. Gusenbauer**, wenn er zum Beispiel **die Studiengebühren abschaffen** will und es dann nicht tut, auch einen sozialen Dienst für 6 € in der Stunde leisten? Wobei es heute, **Herr Dr. Gusenbauer**, wirklich zynisch war, als **Sie** sagten: Ja, **ich** mache das auch, was **die Studenten** machen. Wissen **Sie**, was nur der große Unterschied ist zwischen Ihnen und einem **Studenten**? – Sie haben 19 500 € Verdienst im Monat, und das hat kein Student in diesem Land. Daher ist es zynisch, sich herzustellen und zu sagen: **Ich** bin auch wie **ein Student** und leiste Sozialdienst. **Ich** erachte das wirklich als zynisch und als nicht nachvollziehbar, **Herr Dr. Gusenbauer**. (Beifall beim BZÖ.)

Ähnlich ist es bei den Ministerien. Die Kabaretteinlage zwischen Wien und der Steiermark, die live auf Sendung ging, ist nicht zu übertreffen. **Ich** frage mich, was der Villacher Fasching machen wird. Man kann nicht mehr überbieten, was da passiert ist, wie plötzlich, sozusagen im Minutentakt, **Minister** bestellt wurden. Und genauso schaut es auch aus.

Wir fragen uns bis heute, was etwa eine **Frau Staatssekretärin Silhavy** überhaupt tut. Oder man muss auch die Frage stellen, wie es tatsächlich zu der grandiosen Idee kam, einen **Zivildiener**, der das Bundesheer ablehnt, zum **Verteidigungsminister** zu machen. Diese Frage stelle **ich** mir etwa auch bei der **Frau Justizministerin**, die als erste Amtshandlung gleich einmal mit der Demokratie auf Kriegsfuß steht und sagt: Um das Problem der Kärntner Ortstafeln zu lösen, setzen **wir** halt **den Kärntner**

Landeshauptmann ab, der demokratisch gewählt ist von einer Mehrheit in Kärnten, obwohl jeder weiß – und das wissen alle, die sich ein bisschen auskennen –, dass es da keine Abwahl und auch keine Ablöse Ihrerseits geben kann.

Frau Justizministerin, ich empfehle Ihnen Folgendes: Lernen **Sie** Demokratie als Justizministerin!

Das haben **Sie** notwendig, denn **Sie** können keinen **demokratisch gewählten Landeshauptmann** abwählen. Zum Zweiten empfehle **ich** Ihnen, sich, bevor **Sie** solche krausen Ideen entwickeln, einmal zu überlegen, wie **Sie Ihren Parteifreund und Genossen Elsner** aus Frankreich heimbekommen und endlich hinter Gitter stecken. Das wäre Ihre Aufgabe, **Frau Justizministerin**, und nicht, **Landeshauptleute in Österreich** abzulösen. (Beifall beim BZÖ und bei Abgeordneten der ÖVP.)

Interessant auch **die neue Familienministerin** – das schauen wir uns noch genauer an –, die uns heute in der „Kleinen Zeitung“ ihre Einstellung zu Familie und Kindern vermittelt. Im Wesentlichen geht es darum, dass **sie**, wenn sie ein nobles Abendessen hat oder im Flugzeug nach New York sitzt, dort Kinder stören. Eine interessante Aussage, heute nachzulesen in der „Kleinen Zeitung“. Wie das von Ihnen als jetzige **Familienministerin** gemeint ist, das müssen **Sie** uns auch noch erklären.

Wir kommen auch zur Analyse des **Regierungsprogramms**. Das fällt tatsächlich schwer, weil es **ein Katalog von Überschriften** ist. **Ein Kommentator, Hubert Patterer**, hat in der „Kleinen Zeitung“ geschrieben, **der Regierungspakt** ist von deprimierender Mutlosigkeit. **Herr Androsch** sagt, das ist die Todespille für **die SPÖ**. **Erich Haider** sagt, **dieses Regierungsübereinkommen** ist mit der Glaubwürdigkeit **der Partei** nicht vereinbar. – Hochinteressant!

Herr Rudolf Edlinger, ebenfalls **ein Genosse, früher Finanzminister**, sagt: **Ich** bin enttäuscht. Es ist eingetreten, was ich befürchtet habe. Ihr Vorsitzender der Sozialistischen Jugend – **ich** weiß nicht, ob er noch Parteimitglied ist – sagt, es ist ein Verhandlungsdebakel. Und auf den Punkt gebracht hat es wirklich **die frühere Sozialministerin Lore Hostasch**. **Sie** hat zu dem **Regierungsübereinkommen** einfach gesagt: Mir tut es weh!

Und das kann man sich ja vorstellen, dass das weh tut, denn, **Herr Dr. Gusenbauer**, die groß angekündigte **Bildungsreform** findet einfach nicht statt, die wurde abgesagt. **Sie** ist nicht auffindbar. **Sie** haben Dinge hineingeschrieben, die das Parlament schon beschlossen hat, wie etwa **25 Schüler pro Klasse**. Das haben **wir** hier bereits beschlossen, doch das steht jetzt im **Regierungsübereinkommen** plötzlich nur noch als Richtwert drinnen. Sonst haben **Sie** nur Arbeitsgruppen gebildet und **die Studiengebühren** haben Sie in Wirklichkeit nicht sozialer, sondern noch unsozialer gemacht, weil jetzt eine tiefe Kluft entstehen wird zwischen jenen, die es sich leisten können, und jenen, die es sich nicht leisten können. Jene, die es sich leisten können, werden die **Studiengebühr** zahlen, werden sie vielleicht noch steuerlich absetzen. Aber **Sie** treffen ja genau diejenigen, die **Sie** ja nicht treffen wollten, jene, die es sich nicht leisten können. **Die Ärmeren, die aus sozial unteren Schichten** kommen, die sind ja dann geradezu verpflichtet, in den sozialen Dienst einzutreten, wobei **ich** Ihnen das wirklich nicht abnehme, was **Sie** da hineingeschrieben haben, nämlich in den Hospizdienst einzutreten. Das heißt, **Studenten**, die keine Ausbildung haben und die

gezwungen werden, etwas tun, sollen sterbenskranke Menschen betreuen. Das kann es nicht sein!

Das lehnen **wir** auch ab, das ist falsch, da sagen **wir** lieber, **es soll sozial gerechte Studiengebühren mit einem System an Stipendien geben** – wobei ein Drittel der Studenten bereits jetzt Stipendien bekommt und die Studiengebühren nicht zahlen muss. Nicht aber diesen Ausweg, den **Sie** hier gewählt haben und den laut Verhandlungschef **der ÖVP, Schüssel, Sie** selbst eingebracht haben. **Sie** selbst haben bereits im November diesen Vorschlag gemacht. Hochinteressant auch zu hören, wie Sie hier offenbar **die eigene Partei** hintergangen haben.

In der „Presse“ wurde das Bildungskapitel von **Frau Martina Salomon** folgendermaßen kommentiert: „**Alfred Gusenbauer** hat etwas versprochen. Nämlich, dass eine Bildungsreform das Herzstück einer sozialdemokratischen Regierung sein wird. Jetzt ist das ‚Herz‘ zum Blinddarm geworden“. – Und so ist es auch.

Das Einzige, was übrig bleibt, ist, dass **Sie junge Menschen**, nämlich **die Schwächeren der Jugend, Lehrlinge**, plötzlich leichter kündbar machen. Na danke! Vielen Dank, **Sozialdemokratie!** Plötzlich ist der Kündigungsschutz für Lehrlinge weg. Die können bisher nur in den ersten drei Monaten ihrer Probezeit gekündigt werden, künftig nach dem ersten Lehrjahr, nach dem zweiten Lehrjahr. Das ist ein massiver Angriff auf den Kündigungsschutz von Lehrlingen, den die Gewerkschaft auch zu Recht kritisiert und den wir auch ablehnen. Was können **die Lehrlinge** dafür, dass **Sie** sich nicht durchsetzen konnten? (Beifall beim BZÖ.)

Auch zum Thema Soziales, zum Kernthema der **SPÖ**, müssen **wir** einfach heute eine Dringliche Anfrage einbringen, denn was **der Sozialminister** bisher von sich gegeben hat, ist ja auch nicht von schlechten Eltern. **Er** hat überhaupt keine Ahnung vom Budgetfahrplan. **Er** setzt sich in die Sendung „Offen gesagt“ und sagt den Menschen: Es gibt 400 Millionen € jährlich mehr für Soziales und 200 Millionen € jährlich mehr für Bildung. Nur: Es steht nicht im Budgetfahrplan drinnen. Da stehen ganz andere Zahlen drinnen. **Er** hat **die Menschen** wieder hinters Licht geführt: nach der Wahl, vor laufenden Fernsehkameras und vor einem Millionenpublikum, **Herr Sozialminister**.

Dass **Sie** damit Schmerzen haben, verstehe **ich**, denn **Sie** sind heute **ein Sozialminister**, der gerupft ist in seinem Sozialministerium. **Sie** wollten die Arbeitskompetenz zurück aus dem Wirtschaftsministerium. **Sie** sind gescheitert, **Sie** haben sie nicht. **Sie** haben die Familienkompetenz verloren, und **Sie** haben noch weitere Kompetenzen, etwa die für die Jugend, verloren. **Sie** stehen heute in Wirklichkeit als **Minister ohne Kompetenzen** da und müssen dauernd über Themen sprechen, die **Sie** nicht beeinflussen können.

Aber **Sie** schauen dabei zu, wie im Pflegebereich nicht nur nicht erhöht wird, sondern vielleicht einmal in der Legislaturperiode eine Valorisierung stattfindet. Kein Wort von einer wirklichen Erhöhung, eine Valorisierung. **Sie** schauen dabei zu, wie kryptisch im **Regierungsübereinkommen** steht, die Invaliditätspension wird harmonisiert, weil es unterschiedliche Berufsgruppen gibt.

Wissen **Sie**, was das heißt? **Sie** wollen die Invaliditätspension kürzen. Das ist Ihre eigentliche Intention. Da werden **wir** genau schauen, was da passiert, damit **Sie** hier nicht **die Ärmsten** treffen.

Und **Sie** schauen zu beim Belastungspaket, das da ist. **Ich** muss sagen, **Herr Dr. Schüssel** hat in Offenheit zugegeben, dass Belastungen drinnen sind, etwa **die Krankenversicherungsbeiträge**. Sieben Jahre lang haben **wir** das nicht gebraucht, haben **wir keine Erhöhung bei den Krankenversicherungsbeiträgen machen** müssen. (Abg. Öllinger: Das stimmt ja nicht!) **Sie** haben aufgelistet, dass es weitere Belastungen gibt, **Sie** haben nur eines vergessen, denn hier steht auch eine Belastung drinnen, die **alle Menschen** gleich trifft, nämlich die flächendeckende Erhöhung der Gebühren, und zwar aller Gebühren, jedes Jahr, die Valorisierung. Und das wird ebenfalls ein Volumen von ungefähr 100 Millionen € beinhalten. **Herr Dr. Gusenbauer!** **Ich** frage mich, was ist daran sozial und was ist daran Armutsbekämpfung, dass man sämtliche Gebühren hinaufschraubt und dass man, so wie in Wien nach der Wahl, alles teurer macht, dass alles mit dieser Regierung teurer wird.

Die Mindestsicherung haben **wir** gewürdigt. Auch das wird am Nachmittag noch ein Thema sein. 726 € fürs Nichtstun, 1 000 € Mindestlohn für Vollbeschäftigung. Das ist ungerecht!

Von der **Steuerreform** hören wir weit und breit eigentlich nichts mehr. 500 € für jeden hat **Herr Gusenbauer** versprochen. Das steht nicht im **Regierungsübereinkommen**. Autofahrer werden belastet.

Und **wir** haben **die größte Regierung**. Auch das war interessant, als **Herr Dr. Gusenbauer** gesagt hat, 19 kann man nicht durch zwei teilen, also machen wir künftig 20. –Das ist jetzt die Regierungspolitik. Übrigens nicht das erste Mal. Das hat es schon einmal gegeben beim Verbund. Bei der Bestellung des Verbundvorstandes waren es drei. Drei kann man nicht durch zwei teilen, also machen wir vier, zwei **Rote** und **zwei Schwarze**. Und so geht offenbar die Postenbesetzung in den nächsten Wochen weiter, eine Selbstversorgung sondergleichen.

Bei den **Eurofightern** sind **Sie**, wie **wir** wissen, jämmerlich umgefallen. **Sie** wollten sie abbestellen. Jetzt kommen **Sie** drauf, es ist nicht möglich. Jetzt sagt der **Herr Zivildienstminister**, **wir** wollen einsparen. **Er** sagt, **wir** wollen einsparen, aber gleichzeitig überweist er mit Wissen der Regierungsparteien die erste Tranche von 218 Millionen € an den EADS-Konzern. Da ist nicht ein Euro eingespart. Und **Sie** werden überhaupt nichts einsparen können. Wissen **Sie**, eines können **Sie** einsparen: Wenn **Sie** die jährlichen Raten und die Quartalsraten direkt überweisen und nicht per Erlagschein, dann ersparen **Sie** sich die Erlagscheingebühr. Das ist das Einzige, was **Sie** einsparen können bei dieser Geschichte. Aber auch hier haben **Sie** **die Wähler** letztlich hintergangen und haben Ihre Versprechen nicht erfüllen können. (Beifall beim BZÖ.)

Wir haben 40 Arbeitskreise im **Regierungsübereinkommen**. **Wir** haben das schon entsprechend gewürdigt. Und was **ich** auch interessant finde, ist die Stimmung. Es sind alle irgendwie ein bisschen traurig. **Der Herr Cap** ist am ersten Tag nach der Präsentation in der „ZiB 2“ gesessen, hat das eine oder andere Tränchen abgedrückt und hat gesagt: **Ich** bin wirklich traurig. **Der Herr Sozialminister** sagt: **Dieses**

Regierungsbereinkommen schmerzt mich, **ich** bin betroffen. Zur Schmerzlinderung hat er heute in der Dringlichen Anfrage am Nachmittag die Möglichkeit, dazu Stellung zu nehmen.

Der Herr Cap will dann nachverhandeln. **Die SPÖ Vorarlberg** will nachverhandeln. Der Pakt hält nicht einmal 48 Stunden. **Sie** haben nicht nur schwach begonnen, sondern auch stark nachgelassen. Und nicht einmal **die eigene Partei** – das muss man sich vorstellen! –, nicht einmal die eigene Gesinnungsgemeinschaft steht hinter dem Pakt! 25 Prozent des Parteivorstandes der **SPÖ** haben den Pakt abgelehnt. Und wissen **Sie**, was **ich** Ihnen sage, es sind in Wirklichkeit doppelt so viele, denn viele haben nur deshalb zugestimmt – seien wir doch ehrlich, der **Herr Gaál** nicht schon –, um **eine andere Regierung** zu verhindern: Damit **wir** in **die Regierung** kommen, haben **wir** zugestimmt. Aber es sind wesentlich mehr, die gegen **diesen Regierungspakt** sind, weiler, so wie **Erich Haider von der SPÖ** sagt, unsozial ist, unglaublich ist und daher auch von **der eigenen Partei** nicht mitgetragen wird.

Herr Dr. Gusenbauer geht jetzt her und will die Regeln umschreiben. **Er** sagt jetzt, nein, es ist ohnedies alles gut, auch die Ministeraufteilung ist in Ordnung. **Er** sagt, **ich** habe jetzt die Schlüsselressorts. Obwohl **die ÖVP** Inneres, Äußeres, Finanzen und Soziales hat, sagt **die SPÖ**, nein, unsere sind die richtigen. **Wir** schreiben jetzt die Regeln um. Wissen **Sie**, wie das ist? Das ist so ähnlich, als würde ein Fußballtrainer, dessen Mannschaft nach 90 Minuten zwei zu eins verloren hat, sagen, diejenigen, die weniger Tore schießen, haben gewonnen. So ähnlich kommt mir jetzt **Dr. Gusenbauer** in der Bewertung vor. Von Fairness, von sonstigen Ansprüchen, die er gestellt hat, eigentlich kein Wort.

Auch interessant ist, dass bereits Streit beginnt in der **Regierung**. Wie schaut es aus? Vielleicht hören wir das noch. Wie ist das mit den Privatisierungen? **Herr Minister Bartenstein**? OMV? Telekom? Da ist Ihnen gleich **Herr Matznetter** drübergefahren. Kommt nicht in Frage!, heißt es.

Wer ist wirklich schuld am **Desaster der Studiengebühren**? **Broukal** sagt, **die ÖVP**, **die ÖVP** sagt, **die SPÖ**. Dann haben **wir** auch schon Nettigkeiten, die ausgerichtet werden, etwa von einem **SPÖ-Landeshauptmann**, der den **Herrn Molterer** nicht gerade als Erneuerung in **der ÖVP** sieht. Auch interessant.

Das alles zeigt, dass **diese Regierung** kein langes Leben haben wird, und deswegen bringen **wir**, weil Sie immer sagen, wir haben keine Ideen, auch einen Entschließungsantrag mit einem Gegenprogramm ein, einen Entschließungsantrag mit genau 20 Punkten, in denen **wir eine Steuerreform verlangen, jugendpolitische Maßnahmen**, in denen wir im Detail all das reparieren, was Sie jetzt im **Regierungsbereinkommen** stehen haben.

Diesen Entschließungsantrag, in dem **wir** unser Gegenmodell drinnen haben, mit dem **wir** vor allem für die Jugend sehr viel machen wollen, bringe **ich** mit ein.

Herr Bundeskanzler! Meine sehr geehrten Damen und Herren! **Sie** haben Hoffnung verbreitet, Enttäuschung geerntet. **Sie** sind ausgezogen, um **Volkskanzler** zu sein, und stehen heute als **Kanzler des Wortbruchs ohne Volk** dar. Sie wollten **verlässlicher Partner** sein und sind heute von **Wählern** und **eigenen Funktionären** verlassen. **Sie**

haben soziale Wärme angekündigt und soziale Kompetenz an der Garderobe des Bundeskanzleramts abgegeben. **Sie** wollten sparsam regieren und haben **die größte und teuerste Regierung**. **Sie** haben Fairness versprochen und haben unfaire Belastungen für alle im **Regierungsübereinkommen**. **Sie** haben sich vollmundig gegen die Armut gestellt und stehen heute mit leeren Händen da. **Sie** stehen am Beginn Ihrer **Regierung**, aber am Ende Ihres Marsches durch die Institutionen. Dazu gratuliere **ich** Ihnen!

Dass Sie die Glaubwürdigkeit, die Hoffnung und das Vertrauen **Ihrer Partei** zerstört haben, ist die eine Sache, aber dass **Sie** mit dieser Vorgangsweise in den letzten Wochen auch die Verantwortung für die Zerstörung von Glaubwürdigkeit, Hoffnung und Vertrauen in **die Politik** insgesamt zu verantworten haben, das kann man Ihnen nichtverzeihen. Das ist der Schaden für **die Republik Österreich und ihre Menschen**.

Ihr Sandkistentraum wurde wahr. Der Preis ist hoch, unserer Meinung nach zu hoch! **Wir** werden daher alles daransetzen, dass **die Menschen** nicht die Zeche für diesen Preis zahlen müssen, den **Sie** heute hoch angesetzt haben.

Wir werden daher in jedem Fall eine konstruktive Opposition sein, die nicht nur kritisiert, sondern auch Verbesserungsvorschläge einbringt – **wir** nehmen **Sie** da beim Wort –, **wir** werden in jedem Fall **ein verlässlicher Partner der Österreicherinnen und Österreicher in den nächsten vier Jahren** sein. (Beifall beim BZÖ.)

Präsident Dr. Michael Spindelegger: Ich gebe bekannt, dass der soeben in seinen Kernpunkten erläuterte Entschließungsantrag der Abgeordneten Ing. Westenthaler, Kolleginnen und Kollegen auch schriftlich überreicht wurde und genügend unterstützt ist. Er steht daher mit in Verhandlung (...)

Im Hinblick auf den Umfang des Antrages lasse ich ihn gemäß § 53 Abs. 4 der Geschäftsordnung vervielfältigen und verteilen. Im Übrigen wird dieser Antrag auch dem Stenographischen Protokoll beigedruckt werden. Der Antrag hat folgenden Gesamtwortlaut: Entschließungsantrag

Präsident Dr. Michael Spindelegger: Von der Regierungsbank aus zu Wort gemeldet hat sich Herr Vizekanzler Mag. Molterer. – Herr Vizekanzler, ich stelle Ihnen die Uhr auf 30 Minuten. – Bitte.

11.57

Bundesminister für Finanzen Vizekanzler Mag. Wilhelm Molterer: **Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren auf der Zuschauergalerie, vor den Fernsehschirmen zu Hause! Zwei Parteien, die Sozialdemokratie und die Österreichische Volkspartei**, haben sich entschlossen, gemeinsam zu arbeiten; **zwei Parteien**, die eine unterschiedliche Geschichte haben, eine unterschiedliche Tradition, aber eine Zielsetzung.

Mit diesem **Arbeitsübereinkommen**, meine Damen und Herren, gilt das Motto: „Gemeinsam arbeiten für Österreich!“ (Beifall bei ÖVP und SPÖ.) Das eint uns, weil **beide Parteien** für Österreich schon viel geleistet haben, meine Damen und Herren.

Wir haben dabei eine sehr, sehr gute Ausgangslage, und **ich** möchte das gerade auch angesichts mancher Stimmung bei der jetzigen Diskussion klarstellen und außer Streit stellen. Diese **Bundesregierung** startet nicht bei null, meine Damen und Herren, diese **Bundesregierung** startet von einer starken Basis, nämlich von einem **starken und erfolgreichen Österreich**.

Meine Damen und Herren, Österreich steht gut da. **Wir haben eine der höchsten Beschäftigungen im Vergleich zur Europäischen Union.** Wir haben eine der niedrigsten Arbeitslosenraten im internationalen Vergleich. Wir haben eines der besten Pensionssysteme der Welt. Wir haben eines der besten Gesundheitssysteme der Welt. Und es stimmt, wir sind eines der sichersten Länder der Welt. **Wir haben eine Wachstumsrate von 3,2 Prozent**, um die uns viele europäische Länder beneiden. Das macht uns stark, und das macht uns optimistisch, meine Damen und Herren. (Beifall bei der ÖVP.)

Wir haben eine **Budgetsituation**, auf die wir stolz sein können, weil **wir** sie uns gemeinsam mit den **Österreicherinnen und Österreichern** erarbeitet haben – eine solide Grundlage für die Zukunft. Das, meine Damen und Herren, macht uns optimistisch, es gibt uns jeden Grund zum Optimismus, und ich lade alle **Österreicherinnen und Österreicher** ein, mit Optimismus diese nächsten vier Jahre zu gestalten.

Wir sind als **Bundesregierung** nicht alleine mit diesem Gestaltungsauftrag. Da sind **Sie, meine Damen und Herren von der Opposition**, genauso gefordert, genauso wie die **Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die Unternehmerinnen und Unternehmer in diesem Land**. Die laden **wir** ein: Gehen **Sie** auf diesem Weg der guten Zukunft für Österreich mit uns mit, meine Damen und Herren! (Beifall bei der ÖVP.)

Natürlich ist es so – da haben **alle Redner** durchaus Recht –, **wir** müssen das Umfeld beachten, in dem Politik in Österreich gemacht wird. **Wir** agieren nicht auf einer Insel der Seligen, wie es in den siebziger Jahren in Österreich politisches Bewusstsein und gang und gäbe war. Nein, **wir** blicken über den Tellerrand, **wir** sind im internationalen Wettbewerb und sind daher auch gefordert, in diesem internationalen Umfeld die Spielregeln und jene Politik zu gestalten, die uns möglich ist, und das mit ganzer Kraft, und zwar nicht dadurch, dass **wir** die Augen schließen und uns abschotten, sondern dadurch, dass **wir** offen sind und aus eigener Kraft das Beste für das Land gestalten. (Beifall bei der ÖVP.)

Es ist daher, **Herr Kollege Van der Bellen, Budget- und Wirtschaftspolitik** kein Selbstzweck, das weiß **ich** ganz genau, sondern sie orientiert sich und dient zwei Zielsetzungen, die zentral sind. Die eine Zielsetzung heißt **Stärkung des Wirtschaftsstandortes Österreich**, und die zweite – gleich wichtige – Zielsetzung, dadurch **in Österreich Vollbeschäftigung zu schaffen**. Das ist das Ziel dieser **Bundesregierung: Standortstärkung und Vollbeschäftigung zu erreichen**, meine Damen und Herren. (Beifall beider ÖVP.) Dafür arbeiten **wir** mit ganzer Kraft.

Natürlich ist Voraussetzung dafür – das sagt uns ja der wirtschaftliche Hausverstand –, dass **wir** ein ausgeglichenes Budget über den Konjunkturzyklus anstreben wollen und

erreichen werden – weil es einfach richtig ist. **Wir** können auf Dauer nicht mehr ausgeben als **wir** einnehmen. Aber gleichzeitig ist es Aufgabe von **Politik** – und das wird diese **Bundesregierung** wahrnehmen –, in die wichtigen Zukunftsbereiche zu investieren, in Bereiche wie Bildung, Forschung, Infrastruktur. Beides müssen **wir** tun: sparsam haushalten und richtig investieren. Das ist **sinnvolle Budget- und Wirtschaftspolitik**, meine Damen und Herren. (Beifall bei der ÖVP und bei Abgeordneten der SPÖ.)

Das können **Sie** in dem **Regierungsübereinkommen** schwarz auf weiß nachlesen. Der Budgetpfad ist für jeden dargestellt und damit auch kontrollierbar. Es ist sehr konkret – im Gegensatz zu dem, was behauptet wurde – festgeschrieben, was **wir** eigentlich anstreben. Im Jahr 2006 hatten **wir** ungefähr ein Budgetdefizit von 1,1 Prozent. **Wir** haben das Ziel, dass **wir** im Jahr 2010 aus diesem Defizit einen Überschuss von 0,4 Prozent machen. Das steht schwarz auf weiß festgeschrieben.

Kontrollieren **Sie** uns! Messen **Sie** uns an den Ergebnissen, meine Damen und Herren! **Wir** gehen da mit voller Zuversicht an die Arbeit heran. (Beifall bei der ÖVP und bei Abgeordneten der SPÖ.)

Ich werde Ihnen daher, so rasch es geht, ein **Doppelbudget für die Jahre 2007 und 2008** vorlegen, und wir werden dann bei dieser Budgetdiskussion im Detail, **Herr Kollege Van der Bellen** und alle, die jetzt Kritik üben, diesen **Elch-Test unserer Vernunft in der Budget- und Wirtschaftspolitik bestehen**. Das garantiere **ich** Ihnen, meine Damen und Herren. (Beifall bei der ÖVP. – Zwischenruf des Abg. Brosz.)

Aber es reicht nicht nur, den ausgeglichenen Haushalt anzustreben, es reicht nicht, dass **wir** in die richtigen Zukunftsprojekte investieren, sondern es ist Voraussetzung für erfolgreiche Budget- und Wirtschaftspolitik, dass **wir** uns der Reformarbeit in diesem Lande weiter widmen. Die Reform, die Veränderung ist ein Impulsgeber für Wachstum und damit auch für Vollbeschäftigung – richtig gesetzt. Und **wir** verstehen uns als Impulsgeber dieser Reformen, damit **wir** auch auf diesem Pfad zur Vollbeschäftigung richtig liegen.

Natürlich gibt es Schwerpunkte der **Weiterentwicklung im Bildungsbereich**. Es ist wichtig, die Wahlfreiheit auf der einen Seite sicherzustellen und die Übergänge von einer Bildungsstufe in die nächste zu optimieren, damit **wir** bestmögliche Bildungsvoraussetzungen schaffen.

Natürlich ist die Frage der weiteren Deregulierung ein wichtiges Anliegen, um **Wettbewerb zu stimulieren**. Wettbewerb schafft Wachstum, meine Damen und Herren, und gibt Impulse.

Es ist die Frage selbstverständlich auch bei uns in der Verwaltung selbst. **Wir** müssen effizienter werden. Auch an uns ist dieser Maßstab gelegt, dass **wir** mit Reformen Hindernisse abbauen, die die Menschen in ihrer Entfaltung beschränken. Das ist Aufgabe von **Politik**. (Beifall bei der ÖVP.)

Natürlich gehört dazu **die Staats- und Verwaltungsreform**. Ja, aber nicht alleine beim Bund, das sage **ich** auch sehr offen. **Staats- und Verwaltungsreform** ist kein exklusiver Auftrag des Bundes und dieser **Bundesregierung**, sondern das gilt für Bund,

Länder und Gemeinden in gleicher Weise. (Beifall bei der ÖVP.) **Ich** lade daher auch die Gebietskörperschaften ein, diesen Weg offensiv mitzugehen. (Abg. Dr. Glawischnig-Piesczek: Die Opposition auch – weil die kommt gar nicht vor?!)

Und **ich** sage dazu, es gilt selbstverständlich auch für die Sozialpartner dort, wo **sie** Verantwortung tragen, etwa im Bereich der Sozialversicherungen: Reformarbeit ist unteilbar als Zielsetzung für **die gesamte Republik Österreich**.

Und mit diesen Maßnahmen, mit dem **Mix des ausgeglichenen Haushalts, der Zukunftsinvestitionen, der Reformen**, schaffen **wir** uns den Spielraum, dass **wir** die **Bürgerinnen und Bürger entlasten** können, meine Damen und Herren, **entlasten von Steuern**. In der zweiten Legislaturperiode ist ein sehr klares Ziel festgeschrieben: deutliche und umfassende Entlastung der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler und der Unternehmen, mit dem Ziel, die Kaufkraft zu steigern und Arbeitsplätze zusätzlich zu schaffen. (Beifall bei der ÖVP.)

Damit bin **ich** bei einem wichtigen Ziel dieser **Bundesregierung**, wohl einem der wichtigsten. Unser Ziel heißt, dass wir **bis zum Jahr 2010 Vollbeschäftigung anstreben**. Das ist eine ehrgeizige Zielsetzung. Aber es ist wichtig, dass wir den **Menschen in diesem Land** auch dieses klare Signal geben: Arbeit, Arbeit haben ist wohl die wichtigste Grundlage für menschliches Leben. Hinter dieser Zielsetzung **Vollbeschäftigung** steht daher eine in erster Linie nicht ökonomische Betrachtung, sondern eine gesellschaftspolitische Überlegung. Der Wert des Menschen definiert sich auch aus dem Wert der Arbeit, die der Mensch hat. Daher ist uns **Vollbeschäftigung** ein so großes Anliegen, meine sehr geehrten Damen und Herren. (Beifall bei der ÖVP und bei Abgeordneten der SPÖ.)

Dazu bedarf es selbstverständlich auch der persönlichen Qualifikation. Bildung, **Ausbildung ist daher nicht nur der persönliche Schlüssel für die Zukunft, sondern ist der Schlüssel für ein Land, in die Zukunft richtig und stark zu gehen. Der persönliche Schlüssel Bildung ist gleichzeitig der Zukunftsschlüssel für unser Land**. Daher werden **wir** gemeinsam die Voraussetzungen im Bereich Bildung, Wissenschaft und Forschung schaffen, dass wir den **Menschen** die optimalen Bedingungen zur Verfügung stellen, damit **der einzelne Bürger, die einzelne Bürgerin** selbst die beste Möglichkeit für sich herausfinden kann, im Sinne der Wahlfreiheit, die wir im Bildungssystem anbieten, meine Damen und Herren. (Beifall bei der ÖVP.)

Die Differenzierung im Bildungssystem reagiert auf die unterschiedlichen Ansprüche von **Bürgerinnen und Bürgern**. Selbstverständlich – ja, **wir** strecken uns auch nach der Decke des Möglichen – ist die Frage **der Senkung der Klassenschülerhöchstzahl** gemeinsames Ziel und steht außer Streit. (Beifall bei ÖVP und SPÖ. – Abg. Brosz: In allen Schulen?) **Wir** werden sie schrittweise umsetzen, weil sie wichtig ist für **die Qualität unseres Bildungssystems**, meine Damen und Herren.

Neben dieser Frage der Bildung, der Ausbildung, der Qualifikation ist eine weitere essenzielle Voraussetzung für Vollbeschäftigung Investition. **Ich** gehe nicht in erster Linie – da komme **ich** auch darauf zu sprechen, **Herr Professor Van der Bellen**, weil **Sie** das zu Recht eingefordert haben – auf den Bund und die Gebietskörperschaften ein, sondern **ich** möchte zuerst sagen, dass die Voraussetzung für das Wachstum und Wachstum selbst das sichtbare Ergebnis der Innovationskraft der **Arbeitnehmerinnen**

und Arbeitnehmer und der Innovationsbereitschaft der **Unternehmerinnen und Unternehmer**, vor allem in den Klein- und Mittelbetrieben in Österreich, ist. (Beifall bei der ÖVP.)

Danke daher an **die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer** und an **die Unternehmer!**

Selbstverständlich haben **wir als Politiker**, hat diese **Bundesregierung** ein hohes Maß an Verantwortung, **Wachstum zu unterstützen und den Wachstumspfad zu stärken**. **Investition** ist eine der Schlüsselfragen in diesem Zusammenhang. **Ich** möchte Ihnen daher auch erläutern, meine Damen und Herren, dass **wir** sehr viel Geld – Geld **des Steuerzahlers** übrigens – in die Hand nehmen werden. In dieser Legislaturperiode von 2007 bis 2010 werden **wir** allein für **Forschung und Entwicklung** insgesamt 800 Millionen € zusätzlich zur Verfügung stellen, kumuliert – selbstverständlich –, kumuliert, daher sage **ich** ja: über die Periode. **Sie** können sich auf meine Zahlen verlassen, **Herr Professor Van der Bellen!** (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Ing. Westenthaler: Der Herr Sozialminister sagt ganz etwas anderes!)

Wir investieren in den Bereich Bildung zusätzlich über die Periode 575 Millionen € – kumuliert! –, **wir** investieren in den Bereich **soziale Sicherheit**, meine Damen und Herren, kumuliert in dieser Legislaturperiode insgesamt einen Betrag von 1,2 Milliarden € (Beifall bei ÖVP und SPÖ – Abg. Ing. Westenthaler: Ach so, der Sozialminister hat die Unwahrheit gesagt!) – in **die Armutsbekämpfung** beispielsweise; das ist uns ein großes gemeinsames Anliegen.

Wir investieren – das, was als befristete Maßnahme im Budget bis zum Jahr 2006 fixiert war, wird verlängert, nämlich pro Jahr 200 Millionen € zusätzlich in den Arbeitsmarkt – kumuliert weitere 800 Millionen € in den Arbeitsmarkt, denn unser Ziel ist Vollbeschäftigung und Senkung der Arbeitslosenrate in diesem Land, meine Damen und Herren. (Beifall bei der ÖVP und bei Abgeordneten der SPÖ.)

Wir investieren, weil das auch eine wichtige Fragestellung der Zukunft ist, in dieser Periode für die Universitäten – **Sie** haben das schon gehört – rund eine Milliarde in die Basisausstattung und in die Investitionen in die Infrastruktur an den Universitäten. **Wir** haben vereinbart, dass **wir** in diesen Regierungsverhandlungen 10 Milliarden Investitionsvolumen für Straße und Schiene außer Streit stellen, damit auch diese wesentlichen Adern des Wachstums und der Wirtschaft gestärkt sind und für **Bürgerinnen und Bürger** optimal zur Verfügung stehen.

Dass **wir** im ländlichen Raum jeden Fördereuro aus Brüssel abholen und dafür auch die nationalen Mittel zur Verfügung stellen, steht außer Streit. (Beifall bei der ÖVP sowie bei Abgeordneten der SPÖ.)

Übrigens sage **ich** auch dazu: Da ist nicht nur der Bund, sondern auch die Bundesländer sind in die Verpflichtung eingebunden – **Sie** kennen die 60:40-Teilung. Die Bundesländer sind eingeladen, in diesem Zusammenhang auch ihre Verpflichtung wahrzunehmen.

Und – weil es angesprochen ist – **wir** werden viel Geld in eine moderne Energiezukunft investieren. Diese Frage der Energiezukunft, meine Damen und Herren, ist eine

Lebensfrage für eine zukünftige starke Wirtschaft, die dem Prinzip der Nachhaltigkeit verpflichtet ist. Das ist unsere Aufgabenstellung, **Herr Professor Van der Bellen**.

Und **ich** weiß schon: Da brauchen **wir** auch Zeit, damit **wir** die richtigen Investitionen setzen. Aber auch hier sei klar gesagt: Auch da beginnen **wir** nicht bei null! **Da ist eine sehr solide Basis in Österreich geschaffen, und das ist gut so und schafft Arbeitsplätze – das ist uns durchaus bewusst, Herr Professor.** (Beifall bei der ÖVP.)

Eine Aufgabenstellung wird in diesem Zusammenhang sein, dass **wir die Sozialpartner** – und das haben **wir** uns gemeinsam vorgenommen – in diesen Reformprozess, in diesen Wachstumsprozess, in den Innovationsprozess auf dem Weg in Richtung Vollbeschäftigung offensiv und aktiv einbinden. Und **ich** lege Wert, **wir** legen Wert darauf, dass das keine Einbahnstraße ist, sondern dass wir im **Dialog mit den Sozialpartnern** die bestmögliche Lösung suchen und somit **die Sozialpartner** auch – und **ich** sage das sehr offen – in die gemeinsame Verantwortung mit eingebunden sind. – Das ist mir, das ist uns ein ganz großes Anliegen. (Beifall bei der ÖVP sowie bei Abgeordneten der SPÖ.)

Ich habe, meine Damen und Herren, bei der Frage der wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen davon gesprochen, dass es notwendig ist, uns dessen bewusst zu sein, dass **wir** im internationalen Umfeld agieren. Und daher ist für mich und für uns gemeinsam in dieser **Bundesregierung** diese Frage der weiteren Internationalisierung, der weiteren Öffnung ein wichtiges Anliegen.

Ich habe heute bei der Diskussion, ganz offen gesagt, den einen oder anderen Zwischenton, auch Zwischenruf gehört, dass Internationalisierung, Internationalität und Öffnung etwas Negatives wären. – **Ich** sage Ihnen, das Gegenteil ist der Fall! **Öffnung und Internationalität stärken uns**, wenn **wir** erkennen, dass **wir** die richtigen Maßnahmen in Österreich setzen müssen, dass Internationalität und Öffnung uns nützen. – Und das ist unsere gemeinsame Zielsetzung, meine Damen und Herren. (Beifall bei ÖVP und SPÖ.)

Wir haben davon profitiert! Gehen Sie doch in die Unternehmen hinein, die über die Grenze gegangen sind! **Sie** wissen doch, dass in der Zwischenzeit jeder zweite Euro in Österreich im Export verdient wird. **Sie** von der **Opposition**, die **Sie** kritisiert haben, dass damit **jeder zweite Arbeitsplatz eigentlich durch Internationalisierung in Österreich gesichert ist**, wissen das doch. Daher wird diese **Bundesregierung** diesen Weg selbstverständlich fortsetzen und die Gestaltungsspielräume nützen, die uns die Internationalisierung und Öffnung geben – mit der klaren Priorität, natürlich den Nutzen für Österreich, für Österreichs Standort und für Österreichs Arbeitnehmer im Mittelpunkt zu haben. (Beifall bei der ÖVP sowie bei Abgeordneten der SPÖ.)

Meine Damen und Herren! Einer der Standortfaktoren, die in Zukunft ganz besonders bedeutsam werden, ist die Frage der **Sicherheit**. Wie **Bundeskanzler Dr. Gusenbauer** völlig zu Recht gesagt hat – und **ich** unterstreiche das hundertprozentig –: **Österreich ist eines der sichersten Länder der Welt**. Und **wir** sind daher sehr dankbar den **Kolleginnen und Kollegen von der Polizei** und auch **vom Bundesheer**, die tagtäglich mit ihrer Person für diese **Sicherheit** stehen. Danke daher an **die Kolleginnen und Kollegen der Exekutive und des Heeres!** (Beifall bei ÖVP und SPÖ.)

Diese Form der **Sicherheit**, meine Damen und Herren, hängt aber auch ganz wesentlich davon ab, wie unser Zusammenleben geprägt ist. **Wir** können doch stolz sein, dass das Zusammenleben der **Menschen in Österreich** grundsätzlich von Toleranz geprägt ist, grundsätzlich von den Werten der Demokratie geprägt ist. Und **ich** halte es für wichtig, dass außer Streit gestellt wird, dass es diese Werte sind, auf denen wir unser Sicherheitskonzept weiter entwickeln.

Das bedeutet aber gleichzeitig, dass **wir** mit derselben Klarheit sagen müssen: Dort, wo unsere Rechtsprinzipien in Frage gestellt sind, gilt null Toleranz. (Beifall bei der ÖVP und bei Abgeordneten der SPÖ.)

Wenn beispielsweise das Thema **Gleichberechtigung von Mann und Frau** untergraben werden würde, dann gäbe es null Toleranz, meine Damen und Herren. Oder wenn etwa die individuelle Freiheit in Frage steht, dann gibt es null Toleranz. Aber auch wenn die Geltung des Rechts – unabhängig von der sozialen Stellung oder des religiösen Bekenntnisses – in Frage gestellt würde, gäbe es null Toleranz.

Diese Grundlage unserer Sicherheitspolitik ist für uns in der Bundesregierung essenziell und bedeutet auch – und **ich** möchte das sehr klar betonen –, dass Staatsbürger sein, **österreichischer Staatsbürger sein ein wertvolles Gut ist**. Und Staatsbürgerschaft, meine Damen und Herren, ist mit Pflichten und mit Beiträgen an die Gemeinschaft verbunden.

Für die Erlangung der Staatsbürgerschaft müssen daher konkrete Voraussetzungen erfüllt sein. Dazu gehört selbstverständlich das Beherrschende der deutschen Sprache, die übrigens auch ein integraler und essenzieller Kernbestandteil von Integrationsfähigkeit ist, und dazu gehört auch der Respekt vor der österreichischen Rechts- und Werteordnung. (Beifall bei der ÖVP und bei Abgeordneten der SPÖ.)

Für mich und für uns steht außer Streit, dass Integration selbstverständlich Vorrang vor neuem Zuzug hat; das ist gemeinsame Basis dieser Bundesregierung. Daher ist auch klar festgelegt – und **wir** bekennen uns dazu –, unter welchen Spielregeln und unter welchen Bedingungen **Arbeitskräfte in Österreich** willkommen sind, wenn **wir sie** in Österreich brauchen und dadurch der österreichische Arbeitsmarkt nicht geschädigt wird. (Beifall bei der ÖVP und bei Abgeordneten der SPÖ.)

Diese Bedingungen sind glasklar festgeschrieben, meine Damen und Herren, genauso wie etwa, dass **für ungeregelte Zuwanderung ein Zuwanderungsstopp gilt**; auch das ist klar festgeschrieben.

Streng zu trennen – da teile ich die Einschätzungen auch der Diskussion – davon ist die Frage des Asylrechtes. Selbstverständlich ist klar: **Wer verfolgt wird, hat bei uns Recht auf Asyl**. Und es sind die Voraussetzungen zu schaffen, dass möglichst rasch Klarheit herrscht. Das sind **wir den Menschen** schuldig, meine Damen und Herren, die diesen Weg wählen. (Beifall bei ÖVP und SPÖ.)

Zur **Sicherheit** gehört natürlich auch **die Landesverteidigung**. Die Bevölkerung, **die Menschen in unserem Land** erwarten zu Recht vom Bundesheer Schutz, und die Soldatinnen und Soldaten erwarten von uns die bestmöglichen Voraussetzungen, ihre Arbeit auch umsetzen zu können – das wird geschehen.

Dieses **Regierungsübereinkommen**, meine Damen und Herren, sagt klar: **Die Verpflichtung zur Neutralität ist verfassungsmäßig festgeschrieben und verfassungsrechtlich bestimmt**. Die Verpflichtungen, die sich aus der Neutralität ergeben, sind aber genauso klar im Arbeitsübereinkommen festgehalten, und dazu gehört unmissverständlich die Luftraumüberwachung als Teil der militärischen Landesverteidigung aus eigener Kraft. (Beifall bei ÖVP und BZÖ.)

Uns in dieser Bundesregierung ist das Thema **soziale Gerechtigkeit und Politik für die Familien in diesem Lande** ein großes Anliegen.

Im Mittelpunkt – und das trotz aller Entwicklungen, die es gibt, denken **Sie** nur etwa an die Anonymität des Internets – wird immer klarer: Der persönliche Bezug in der Familie ist eine essentielle Grundlage für eine menschliche Gesellschaft. (Beifall bei der ÖVP.)

Uns ist daher die Familie ein besonderes Anliegen, und **wir** haben auch entscheidende Impulse gesetzt: **Das Kinderbetreuungsgeld wird flexibler gestaltet** und damit auch die Wahlfreiheit verbessert. Eltern – ich betone: Eltern! – haben in Zukunft die Möglichkeit, zwischen zwei Modellen bei der Kinderbetreuung zu wählen; das ist sinnhafte Wahlfreiheit, damit die bestmögliche Option gewählt werden kann. Und **wir** haben außer Streit gestellt, dass **wir** für Mehrkinderfamilien zusätzliches Geld in die Hand nehmen, denn Familien mit mehreren Kindern haben es wahrlich nicht leicht. Hier helfen **wir**. Das ist uns ein wichtiges, ein ganz zentrales Anliegen. (Beifall bei der ÖVP und bei Abgeordneten der SPÖ. – Abg. Ing. Westenthaler: Das weiß auch die Familienministerin? Auch, wenn sie nach New York fliegt?)

Die **Frage der sozialen Sicherheit** ist untrennbar mit der Weiterentwicklung des **bestmöglichen Gesundheitssystems** verbunden, und, offen gesagt – **Sie** haben es ja nachgelesen –, das ist es uns auch wert, dass **wir** mit der **Erhöhung der Krankenversicherungsbeiträge** einen Schritt gesetzt haben, der wahrlich nicht leicht gefallen ist, und zwar, **ich** sage das, keinem von uns beiden. Aber **wir** haben folgende Botschaft empfangen: Den Menschen in diesem Land ist die Frage der Gesundheit so wichtig, dass sie bereit sind, einen etwas höheren Beitrag zu akzeptieren. Aber **wir** haben genauso klar festgehalten, **wir** erwarten von den Sozialversicherungen, dass sie ihren Beitrag im selben Ausmaß durch Effizienzsteigerung und Sparsamkeit in der Verwaltung liefern, damit **wir** beide Elemente haben: wo notwendig, zusätzliches Geld, aber Einsparungen dort, wo dies möglich ist, ohne diese zu Lasten und auf dem Rücken der Patienten umzusetzen. (Beifall bei der ÖVP.)

Die älteren Menschen in unserem Land, meine Damen und Herren, sind gut aufgehoben. Auf Basis **der Pensionssicherungsreform, der Pensionsharmonisierung** können **wir den älteren Menschen** ihre Pensionen sicherstellen. **Wir** haben ja bereits auf unsere gemeinsame Initiative hin außer Streit gestellt und schon beschlossen, dass **wir** etwa im Bereich der Mindestsicherung beim Ausgleichszulagenrichtsatz ab dem 1. Jänner 726 € haben. Das ist gut so. **Die älteren Menschen in diesem Lande** können sich darauf verlassen, dass **wir** auch in Zukunft unserer Verpflichtung ganz selbstverständlich nachkommen. Für uns ist aber **Sozialpolitik** jenes Instrument, das hilft, wo Hilfe notwendig ist, und das fördert und fordert, wo Förderung und Forderung sinnvoll sind; zum Beispiel zurück in die Arbeitswelt zu kommen. **Wir** halten die **bedarfsorientierte Mindestsicherung** für das richtige Modell, weil sie hilft, wo Hilfe

notwendig ist, aber gleichzeitig motiviert. Ja, auch **wir** werden motivieren, etwa durch Zumutbarkeitsbestimmungen, damit Menschen den Weg zurück in die Arbeit finden, denn das ist das eigentliche Ziel unserer Sozialpolitik, meine Damen und Herren. (Beifall bei ÖVP und SPÖ.)

Außer Streit steht für diese **Bundesregierung**, dass **Europa das Herzstück, ein Herzstück unserer gemeinsamen Arbeit ist**. **Wir** sind überzeugte Europäer. **Wir** haben schon bisher mit starker Stimme österreichische Interessen im europäischen Geist in Brüssel durchgesetzt. Das war bisher so, das wird auch in Zukunft so sein. Auch ein kleines Land kann, wenn das Ziel außer Streit steht und **exzellente Ministerinnen und Minister** in Brüssel arbeiten, für Österreich und für Europa viel erreichen.

Das ist unsere Zielsetzung mit einem neuen Verfassungsvertrag und mit der Perspektive der Erweiterung der Europäischen Union. Europa gehört zu diesem Herzstück! (Beifall bei der ÖVP und bei Abgeordneten der SPÖ.)

Meine Damen und Herren! **Wir – nicht wir auf der Regierungsbank, sondern wir Österreicherinnen und Österreicher** – können doch eigentlich stolz auf unser Land sein. Es ist ein wunderschönes, ein sehr erfolgreiches, ein blühendes, ein vielfältiges Land. Einer der Gründe dafür, dass es so ist, dass wir dieses österreichische Lebensmodell tagtäglich leben: die **wirtschaftliche Leistungsfähigkeit**, auf der wir die soziale Gerechtigkeit aufbauen und indem wir selbstverständlich nachhaltig zukunftsweisend sind. – Das ist unsere Vision eines besseren Österreich.

Ich möchte daher, dass uns möglichst **viele Menschen** auf diesem Weg aktiv begeiten, mitarbeiten. Und ich appelliere von dieser Stelle aus – viele sind hier herinnen beziehungsweise vor den Fernsehschirmen, hoffe **ich** –, **ich** appelliere an **die Jugend in diesem Land**: Gestalten **Sie** diesen Weg aktiv mit, es ist Ihre Zukunft, meine Damen und Herren, die **wir** zu gestalten haben!

In diesem Sinne ergeht von uns die Einladung an **alle Menschen**: Begleiten **Sie** uns auf diesem Weg, treten **Sie** uns, wo es notwendig ist, durchaus auch auf die Ferse, wenn **Sie** meinen, es könnte manches etwas schneller gehen! **Wir** sind dazu bereit, wir sind offen und erwarten Ihre positive Mitarbeit.

Übrigens: Auch dieses Haus ist in seiner Gänze zur positiven Mitarbeit eingeladen!

(Anhaltender Beifall bei ÖVP und SPÖ.)

12.29

Präsident Dr. Michael Spindelegger: Ich danke dem Herrn Vizekanzler.

Als nächste Rednerin zu Wort gemeldet ist Frau Abgeordnete Dr. Glawischnig-Piesczek. (Abg. Großruck: Die „Präsidentin der Opposition“ ist das!) Ihre Redezeit: 12 Minuten. – Frau Abgeordnete, Sie sind am Wort.

12.29

Abgeordnete Dr. Eva Glawischnig-Piesczek (Grüne): Herr Präsident! Herr Bundeskanzler! Herr Vizekanzler! Meine Damen und Herren Ministerinnen und

Minister! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Herr Vizekanzler Molterer hat soeben seine Rede beendet mit einem Appell an alle Menschen, insbesondere an **die Jugend** – das möchte **ich** gerne aufgreifen.

Ich bin der Meinung, dass diese **Bundesregierung** mit einem sehr, sehr schweren Rucksack antritt, und das betrifft insbesondere **die junge Generation**. Und **dieser schwere Rucksack heißt fehlende Glaubwürdigkeit**. Das betrifft **beide Parteien**, nicht nur **die SPÖ**, die von **den Rednern** vor mir sehr oft kritisiert wurde bezüglich ihrer Wahlversprechen, sondern auch **die ÖVP**.

Ich darf an Folgendes erinnern: Es hat in diesem Land einige Kritikpunkte gegeben, die objektiv, glaube ich, für **alle Menschen** in diesem Land nachvollziehbar waren. Das war **die Misere in der Bildungspolitik, das ist die nach wie vor fehlende Gleichstellung der Frau in der Gesellschaft, das ist die Frage Klimaschutz-, Umweltschutzpolitik** – **Sie** haben über Monate hinweg geleugnet, dass es hier Probleme gibt. Probleme zu erkennen ist der erste Schritt, sie in Angriff zu nehmen und zu lösen sind weitere Schritte. Bis zum heutigen Tag, **Herr Vizekanzler Molterer**, sagen **Sie** jedoch nur: Es war alles bestens, es gab keine Probleme, **wir** setzen diesen Kurs einfach unabirrt fort!

Das ist, denke **ich**, kein Angebot an **die Jugend**, die gespürt hat, wie es in den letzten Monaten, in den letzten Jahren in vielen Bereichen sehr viel schwieriger und auch sehr viel belastender geworden ist.

Bei der **SPÖ** ist es, glaube ich, ausdiskutiert, aber einen Punkt möchte ich noch hinzufügen: Es geht mir jetzt weniger um die sogenannten Umfaller und um **die gebrochenen Wahlversprechen**, sondern um einen gewissen Stil, wie man mit **einer jungen Generation** umgeht. **Die Studiengebühren sind** – ich weiß, es ist offensichtlich schwierig, das **der ÖVP** klarzumachen – **eine soziale Barriere für viele Menschen** – über 80 Prozent der **Studierenden** arbeiten, um sich den Lebensunterhalt zu verdienen –, und die Abschaffung wurde nicht durchgesetzt.

Aber ist es notwendig, diese jungen Menschen mit Worten wie „Rabauken“, „Bummelstudenten“/„Bummelstudentinnen“ oder „Millionärskinder“ zu bedenken? **Ich** finde, das hat in dieser Diskussion absolut nichts verloren. Das zeugt von fehlendem Respekt vor

einer Generation, die es nicht leicht hat, die auch auf diese Weise arbeitet und etwas leistet. Ein Studium zu absolvieren ist auch eine Leistung! (Beifall bei den Grünen.)

Für mich gehören zur Glaubwürdigkeit eben auch ein gewisser Respekt und auch der Stil im Umgang gerade mit jungen Menschen. **Wir** haben im Zusammenhang mit der Wahlalter-Senkung darüber diskutiert, warum diese Jugendlichen so desinteressiert an der Politik sind. Das ist sicher einer der Gründe. – Fehlende Problemerkenntnis, fehlende Selbstreflexion, das betrifft **die ÖVP**, und jetzt dieser Umgang, dieser Stil, der leider ein **sehr schlechter Start für die neue Bundesregierung** war.

Schuld am Verhandlungsergebnis, **Herr Klubobmann Cap**, sind sicher nicht **die Grünen**. **Wir** nehmen viel Verantwortung auf uns, auch manche, die uns vielleicht nicht zusteht, aber das können **Sie** uns sicher nicht zuschreiben. (Beifall bei den Grünen.)

Ich möchte mich jetzt noch ein bisschen inhaltlich mit dem Programm auseinandersetzen. Es gibt einige positive Punkte. Einen habe ich schon angeschnitten: **Die Senkung des Wahlalters** ist sicherlich positiv. Es ist ein positiver Schritt in der Demokratie, wenn mehr Menschen in Entscheidungsprozesse einbezogen werden. **Die Jugendlichen** dieses Alters werden auch immer weniger, wie man an der Alterspyramide sieht. Das ist ein Schritt dazu, dass ihre Anliegen auch ernster genommen werden in der politischen Auseinandersetzung.

Ich bin auch der Meinung, dass man nicht eine Vier-Schanzen-Tournee gewinnen muss, um wahlfähig zu sein, sondern **ich** meine, es ist ein Grundrecht von 16-Jährigen, die arbeiten, die heiraten dürfen, die Steuer zahlen, die voll in die Gesellschaft integriert sind. (Beifall bei den Grünen und bei Abgeordneten der SPÖ.)

Unbestritten ist auch **die leichte Flexibilisierung beim Kindergeld** etwas Positives. Allerdings wird das ein Tropfen auf dem heißen Stein sein. **Wir** hätten in diesem Bereich eine Radikalreform gebraucht.

Es gibt ein paar positive Ansätze bei den Zielen, und es gibt sehr viele Lippenbekenntnisse, aber damit bin **ich** auch schon beim Kernpunkt der Kritik: Dies ist **ein Koalitionsübereinkommen der Lippenbekenntnisse**. **Wir** haben uns im Wahlkampf sehr intensiv damit auseinandergesetzt, was es in der Zukunft braucht – **ich** denke, das ist nach wie vor gültig. Es braucht in den nächsten vier Jahren vorwiegend Investitionen – und keinen weiteren Sparkurs. Der Kaputtsparkurs vor allem in der Bildung muss beendet werden! (Beifall bei den Grünen.)

Was **Sie** jetzt hier machen, ist Folgendes: **Sie** haben ein großes Projekt in der Zukunft, das ist **die Steuerreform 2010**, von der noch niemand weiß, wie sie aussehen wird. **Herr Kollege Matznetter!** **Sie** haben die letzte Steuerreform nicht nur kritisiert, **Sie** haben sie gegeißelt. Jetzt haben **wir** eine **Steuerreform 2010**, für die gespart wird, für die in den Bildungsbereich, in den Bereich Einkommensgerechtigkeit, in viele Bereiche nicht oder nur sehr wenig investiert wird, und dann eine Blue Box, wo wir nicht wissen, was tatsächlich an Entlastung, an „Umsteuerung“ geschehen wird. **Ich** glaube, das ist der falsche Weg.

Ich denke, **die Österreicherinnen und Österreicher** hätten anderes auch verstanden. Jetzt ist der Zeitpunkt für Investitionen, für Zukunftsinvestitionen, und **Ihr Programm** ist im Wesentlichen eines, das Zukunftsstopp bedeutet. Zukunftsstopp!

Die Bildung ist da, glaube **ich**, der traurigste Punkt. Sie ist einer der wichtigen, der zentralen Bereiche, die von allen politischen Parteien als Problembereiche anerkannt sind. Man kann das nicht leugnen.

Man kann mit 35 Millionen € in diesem Jahr nichts bewegen. Man kann auch im nächsten Jahr mit 160 Millionen € nichts bewegen, sondern man muss sehr viel mehr in die Hand nehmen. Allein die Rate für die Eurofighter, die jetzt bezahlt worden ist, betrug über 200 Millionen €. In diesem Jahr sind es noch einmal 200 Millionen €; insgesamt 400 Millionen €, das ist so viel wie die gesamten Investitionen in dieser Legislaturperiode im Bildungsbereich. Und dann sagen **Sie** hier, das ist die große

Bildungsreform, das ist die große Zukunftsvision, die große Zukunftsreform?! – Das ist jedenfalls zu wenig, das lässt sich nicht wegleugnen!

Wenn man ein einziges Beispiel hennimmt, an dem man das auch sichtbar, spürbar machen kann für die Schülerinnen und Schüler, dann ist das **die Klassenschülerhöchstzahl**. Sie ist maßgeblich für die Unterrichtsqualität verantwortlich. AHS-Klassen mit 36, 37 Schülerinnen und Schülern möchte niemand in Österreich haben. Und wenn **Sie** jetzt auf der einen Seite ins **Regierungsübereinkommen** schreiben, dass das ein Richtwert ist, auf der anderen Seite aber kein Budget zur Verfügung stellen, um das tatsächlich auszubauen, ist das nicht richtig. Das Budget reicht gerade einmal für die Pflichtschulen. In den AHS, HTLs, HAKs wird es weiterhin 36, 37 Schülerinnen und Schüler in den Klassen geben. Das wollen **wir** nicht, und ich glaube, das will auch niemand in Österreich. **Wir** wollen Unterrichtsqualität! (Beifall bei den Grünen.)

Ein Richtwert ist etwas Unverbindliches. Warum war es nicht möglich, hineinzuschreiben, dass das die maximale Obergrenze ist? In Österreich gibt es keine Schulkasse mehr, in der die Unterrichtsqualität darunter leiden muss, weil es mehr als 25 Schülerinnen und Schüler in der Klasse gibt. Warum war es nicht möglich, das zu schreiben? – Aber das ist ein symptomatisches Beispiel für viele Bereiche in diesem **Regierungsübereinkommen**: Absichtserklärungen, Lippenbekenntnisse auf der einen Seite, aber keine Finanzierungschance auf der anderen Seite durch diesen restriktiven Budgetkurs, Sparkurs, wo ich sagen muss, unterm Strich wird das Kaputtsparen leider fortgesetzt.

Hannes Androsch hatte Recht. Im Bildungsbereich ist das, glaube ich, das größte Versäumnis, das ist nur ein Tropfen auf dem heißen Stein und wird leider wirkungslos bleiben.

Zum **Sozialbereich**: Es war sehr viel von **sozialer Wärme, mehr sozialer Wärme** die Rede. **Ich** glaube, das sind auch die Kernbereiche, wo die Sozialdemokratie in einer Regierung viel einbringen kann – Gesundheitsbereich, Sozialbereich, Bildungsbereich. Allerdings auch hier: **Die sogenannte Mindestsicherung** ist ein Lippenbekenntnis für die Zukunft. Man hat keine Zustimmung von den Ländern, die das finanzieren werden, und es wird verschoben auf den nächsten Finanzausgleich, der 2009 in Kraft tritt; dann sind **wir** schon bald im Jahr 2010, am Ende der Legislaturperiode. Es ist aber in Österreich jetzt zu helfen. **Wir** haben jetzt akute Fälle betreffend die Armutss problematik, in diesen Tagen, in den nächsten Wochen und Monaten – nicht 2009!

Also: Wenn **Sie** helfen wollen, dann helfen **Sie** bitte jetzt – das ist dringend und akut – und wirksam, nicht irgendwann in der Zukunft! (Beifall bei den Grünen.)

Umwelt- und Energiepolitik war auch schon Thema. **Alfred Gusenbauer** hat gemeint, es gibt einen neuen Ansatz bei der Ressortverteilung. Es hat ja viel Kritik gegeben: Die wichtigen, die Staatsressorts, wie sie in der Vergangenheit dagestanden sind, sind vorwiegend bei der **ÖVP**, die anderen bei **der SPÖ**. **Alfred Gusenbauer** hat gemeint, das sind die Zukunftsressorts. Wenn das wirklich ein Gedankengang ist und das wirklich die Zukunftsressorts sind – bei einigen bin **ich** auch davon überzeugt –,

dann ist es allerdings schade, dass **der Umweltschutz und die Energiepolitik** da nicht dazugehören. Das ist dann offensichtlich ein Vergangenheitsressort.

Man kann das jetzt schönreden wie in der Vergangenheit auch. Herr Umwelt- und Landwirtschaftsminister! **Sie** könnten durchaus noch einmal mit **Herrn Kollegen Fischler** reden. **Franz Fischler** war bei uns und hat Lobbying gemacht für **das Ökostromgesetz**, das **Sie** zerschlagen haben, eines der besten und wirkungsvollsten Instrumente im Klimaschutz, das **Sie** gemeinsam mit der **SPÖ** zerschlagen haben. – Das kommt nicht mehr vor, das ist gestrichen. Kyoto als Ziel – gut, aber wie **Sie** es erreichen wollen, ist ein völliges Mysterium. Das war auch schon in der letzten Legislaturperiode ein Mysterium, und deswegen haben **wir** dieses Ziel auch so Kapital verfehlt. **Wir** werden das Kyoto-Ziel auch kapital verfehlt, wenn **Sie** dieses **Regierungsprogramm** nicht drastisch aufbessern, mit konkreten Maßnahmen, mit ein bisschen mehr Finanzierung.

Klubobmann Schüssel hat gesagt, 100 000 Haushalte werden in ihrer **Energieversorgung auf erneuerbare Energieträger umgestellt**. – **Herr Klubobmann!** In Ihrem Wahlprogramm waren 500 000 Haushalte angekündigt! **Wir** haben eine Million Haushalte, die von Öl abhängig sind. **Sie** kennen die Kurven bei den Preissteigerungen, was das Öl betrifft. 100 000 Haushalte ist gar nichts! Warum nicht 500 000? Wer hat Ihnen das herunterverhandelt?

Die Umweltgruppe war ja sehr rasch fertig. **Erich Haider** hat offensichtlich relativ schnell alle Ziele erreicht. Aber wo ist denn das verloren gegangen, ein bisschen ein ambitionierteres Ziel im **Umweltschutzbereich**? Da geht es auch um **soziale Gerechtigkeit**, denn eine Ölheizung zu haben und sie nicht substituiert zu bekommen in den nächsten Jahren – das sind 900 000 Haushalte, die **Sie** da belassen wollen –, bedeutet eine enorme finanzielle Belastung. (Beifall bei den Grünen.)

Viel Hoffnung hat es auch im **Integrationsbereich** und im **frauenpolitischen Bereich** gegeben. Also ich glaube, was **Frauengleichstellung** betrifft: Wenn man solche Ziele hineinschreibt, wie **die Erwerbsquote der Frau** auf 65 Prozent zu erhöhen – Stand heute übrigens: 64,7 Prozent –, dann darf man sich nicht wundern, wenn gesagt wird, das ist etwas wenig ambitioniert. Das ist ein ganz schwieriges Kapitel, da ist eine Fülle von Maßnahmen notwendig. **Ich** persönlich wünsche **Doris Bures** sehr viel Glück und Durchsetzungskraft in dieser Position. Mit dem Ministerium, das **sie** jetzt hat, wo sie genau 5 Millionen € zur Verfügung hat und damit den ausgehungerten Frauen- und Mädchenberatungsstellen in ganz Österreich wieder auf die Beine helfen soll, sehe ich überhaupt keine Chance auf die Umsetzung einer echten Gleichstellungspolitik.

Und wenn **wir** schon von Gleichstellung reden, noch ein letzter, sehr bedauerlicher Hinweis: **Ich** habe auch immer gehofft, dass es mit der nächsten **Bundesregierung** etwas mehr Freiheit für manche Gruppen geben wird. **Die Gleichstellung, die Beendigung von Diskriminierung von gleichgeschlechtlichen Partnerschaften** ist leider in keiner Weise verankert, und ich denke, das ist eine Maßnahme, die nur etwas bringt – manchen Menschen, nämlich mehr Freiheit – und die überhaupt kein Problem gehabt hätte mit Ihrem Budgetpfad. (Beifall bei den Grünen.)

Wir nehmen das Angebot, dass es ein neues Verhältnis zwischen Regierung und Opposition geben wird, selbstverständlich gerne an. Allerdings – das muss man auch

noch einmal dazusagen: Außer einer vagen Ankündigung, dass es vorbehaltlich einer Einigung **aller Parteien** zu einem Ausbau der Minderheitsrechte kommen wird, gibt es bislang nichts. Und ein sehr großes Projekt, die Staats- und Verfassungsreform, die Verwaltungsreform, ist jetzt in einem Stadium, wo ich aus einer früheren Perspektive, hätte das **eine schwarz-blau-orange Bundesregierung** gemacht, sehr viel schärfer Kritik geübt hätte, nämlich beim **Bundeskanzler** in einer Arbeitsgruppe, wo die Opposition nicht mehr dabei ist. Und das ist nicht fair. Da geht es nämlich um Spielregeln für alle – und nicht nur um den Bund, **die Bundesregierung** und die Länder, sondern um Spielregeln für alle, und gerade da wäre eine Einbindung das einzige Gebot der Fairness. Das ist im **Koalitionsübereinkommen** nicht drinnen, wie viele andere Dinge auch nicht. – **Ich** danke für die Aufmerksamkeit. (Beifall bei den Grünen.)

12.41

Präsident Dr. Michael Spindelegger: Nächste Rednerin ist Frau Abgeordnete Csörgits. Redezeit: ebenfalls 12 Minuten. – Frau Kollegin, Sie sind am Wort.

12.42

Abgeordnete Renate Csörgits (SPÖ): **Herr Präsident! Herr Bundeskanzler! Herr Vizekanzler! Sehr geschätzte Damen und Herren der Bundesregierung! Ich** bin der Auffassung, dass **die Optik auf der Regierungsbank** aus mehreren Gründen eine gute Optik ist: Erstens einmal ist es **eine gute Mischung eines dynamischen Teams von erfahrenen und neuen Persönlichkeiten unter der Leitung eines sozialdemokratischen Bundeskanzlers Alfred Gusenbauer**. (Abg. Scheibner: Das hab' ich gar nicht gewusst!) Und was mich ganz besonders freut: Es sind sehr viele dynamische, tolle Frauen in dieser Bundesregierung, die diese Politik nachhaltig beeinflussen werden. Darauf bin ich sehr, sehr stolz! (Beifall bei der SPÖ und bei Abgeordneten der ÖVP.)

Das stellt sicher, dass bei der **Politik**, sowohl beim **politischen Handeln** als auch bei **politischen Überlegungen, der Mensch in Österreich** wieder stärker in den Mittelpunkt gerückt wird. Und, **Herr Westenthaler**, es ist auch deshalb eine gute Optik, weil **Sie** mit Ihrem **BZÖ**, das eine Zeit lang Regierungsverantwortung getragen hat, ohne sich zu diesem Zeitpunkt einer demokratischen Wahl zu stellen, nicht mehr in der **Bundesregierung** sind – und das ist gut so, meine Damen und Herren. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich freue mich aus mehreren Gründen, dass dieses **Regierungsübereinkommen** zustande gekommen ist, weil es meiner Auffassung nach ganz wichtige Schwerpunkte in ganz entscheidenden Bereichen beinhaltet: in der **Sozialpolitik, im Bereich der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik, in der Gesundheitspolitik, bei der Bekämpfung der Armut**; und – das ist besonders hervorzuheben – es wird wieder eine **eigenständige, fortschrittliche Frauenpolitik** in diesem Land geben. Und das ist gut so und das wird auch künftig unsere Politik prägen! (Beifall bei der SPÖ.)

Gleich zu Beginn möchte **ich** aber auch festhalten, dass **ich** mir dort oder da auch mehr erwartet habe: wenn ich zum Beispiel an den Bereich der Schwerarbeiter und

Schwerarbeiterinnen denke; **ich** hätte mir zweifellos auch **eine bessere Bewertung der Kinderbetreuungszeiten in der Pension** gewünscht.

Aber erstens einmal halte **ich** hier deutlich fest: Wenn zwei verhandeln, dann kommt ein Kompromiss heraus. **Ich** bin auch davon überzeugt – und **ich** weiß es auch –, dass es so **mancher Kollegin** und so **manchem Kollegen von der ÖVP** bei anderen Themen ähnlich ergeht **wie** mir, weil **sie** ganz einfach auch einen anderen Ansatz und eineandere Überlegung zu verschiedenen politischen Schwerpunkten gehabt hätten.

Zweitens muss man ganz einfach auch deutlich hervorheben, dass **wir** uns in einer budgetären Situation befinden, die nicht gerade als rosig zu bezeichnen ist. Und hier möchte **ich** bei aller Wertschätzung, **Herr Klubobmann Schüssel**, schon darauf hinweisen, dass ein Unterschied besteht, was einerseits die Situation jetzt und andererseits die Situation im Jahr 1999 betrifft: Damals waren **Sie als Vizekanzler** mit **Ihrer Partei** ebenfalls ganz entscheidend in Mitverantwortung. Das hingegen, was jetzt auf dem Tisch liegt, ist einzig und allein auf **die Politik von ÖVP, BZÖ und Freiheitlichen** der letzten sieben Jahre zurückzuführen. – Das nur zur Erinnerung. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Scheibner: Das lobt ihr ja in eurem Regierungsprogramm! – Die „beste Pensionsreform“, haben Sie geschrieben!)

Meiner Überzeugung nach ganz besonders wichtig sind **die Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit**. **Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit** zieht sich wie ein roter Faden durch das gesamte **Regierungsübereinkommen**. All jene Menschen, die irgendwann einmal schon mit Leuten, die arbeitslos geworden sind, sprechen durften, wissen, dass das für **Menschen** nicht nur eine finanzielle Einbuße bedeutet, sondern dass Arbeitslosigkeit sehr viel mehr an Schwierigkeiten, an persönlichen Verletztheiten mit sich bringt. Und leider sind wir in der Situation der letzten Jahre auch damit konfrontiert gewesen, dass die Zahl der arbeitslosen **Menschen** sehr stark angestiegen ist. Arbeitslosigkeit bedeutet, dass **Menschen** sich ausgegrenzt fühlen, dass Alte sich zu alt für den Arbeitsplatz und zu jung für die Pension fühlen, dass Frauen nur mehr als Dazuverdienerinnen abqualifiziert werden und dass jene Menschen, die sich sehr bemühen, einen Arbeitsplatz zu suchen, aber leider keinen finden, von der Gesellschaft oft auch als „Sozialschmarotzer“ ausgegrenzt werden.

Was dabei besonders zu bemerken ist: Dass **wir** gerade auch in den letzten Jahren damit konfrontiert waren, dass **viele junge Menschen** keine Arbeit gefunden haben und dass vor allem **diese jungen Menschen** nicht nur in der Situation waren, keinen Job zu bekommen, keinen Job lernen zu können, sondern dass ihnen dadurch auch jede Zukunftsperspektive gefehlt hat.

Daher bin **ich** sehr froh darüber, dass insbesondere im Kapitel **„Jugendbeschäftigung/Lehrlinge“** ganz wichtige, zentrale Forderungen umgesetzt worden sind. Erstens, es kommt zu einer Stärkung der Lehre, und, was ebenfalls ganz wichtig und entscheidend ist, es soll zu einer besseren Durchlässigkeit zwischen einerseits **Lehrlingsausbildung** und andererseits **schulischer oder universitärer Ausbildung** kommen. Das halte **ich** für wichtig, das halte ich für entscheidend, und das halte **ich** auch für ganz, ganz zukunftsorientiert! (Beifall bei der SPÖ.)

Was mir in diesem Zusammenhang auch noch sehr wichtig ist – und ich bedauere, dass **Herr Westenthaler** nicht im Saal ist (Abg. Scheibner: Sagen Sie etwas zum

Kündigungsschutz!) –: Es ist ganz, ganz wichtig, den Bereich des **Kündigungsschutzes**, **Herr Kollege**, nicht alleine zu sehen. Natürlich ist es eine berechtigte Kritik der Jugendorganisationen, wenn hier ein **Kündigungsschutz** vorhanden ist und eingeführt wird. (Abg. Scheibner: Nicht nur!) Aber – und ich möchte das ganz deutlich hervorheben –: Es ist ein ganz, ganz wichtiger zweiter Bereich, dass es zu einer Bildungs- und zu einer Beschäftigungsgarantie bis zum 18. Lebensjahr gekommen ist – das ist in Ihrer Wahrnehmung irgendwo unter den Tisch gefallen. Entweder haben **junge Menschen** die Möglichkeit, als Lehrling in einem Betrieb tätig zu sein, oder aber auch in einer Lehrwerkstatt, oder aber auch die Möglichkeit einer schulischen Ausbildung. Das muss in Kombination gesehen werden, und hier liegt meiner Meinung nach der Schwerpunkt in erster Linie an der Bildungsgarantie bis zum 8. Lebensjahr. (Ruf: 18!) – 18. Lebensjahr. Entschuldigung, **ich** wollte hier nicht die Kinderarbeit einführen. Das würde man **mir als Gewerkschafterin** überhaupt nicht abnehmen.

Was mir ebenfalls wichtig erscheint und was bereits angeschnitten wurde – und das zeigt sich auch genau bei diesen **Forderungen im Bereich Wirtschaft und Beschäftigung** –, ist die Tatsache, dass hier **die Sozialpartner** eine Schlüsselrolle gespielt haben. Auf Ersuchen der **verhandelnden Parteien** haben **die Sozialpartner** hier ihre Erfahrungen einbringen können, und ich bin sehr froh darüber, dass die wichtigsten Ansätze **der Sozialpartner** in das **Regierungsübereinkommen** übernommen worden sind. (Beifall bei Abgeordneten der ÖVP.)

Ich freue mich auch, sehr geschätzte Damen und Herren, dass es von dieser **Bundesregierung** ein klares Bekenntnis zur Sozialpartnerschaft gibt, sowohl in Österreich als auch in der Europäischen Union. **Ich** halte das für sehr wichtig und für sehr entscheidend. **Wir** werden uns noch stärker einbringen, und **wir** wollen noch stärker eingebunden sein. Damit, sehr geschätzte Damen und Herren, ist unser Land immer gut gefahren und wird zweifellos auch in Zukunft gut fahren. (Beifall bei der SPÖ sowie des Abg. Dr. Stummvoll.)

Was **mir als Gewerkschafterin** ebenfalls immer sehr stark am Herzen gelegen ist, das ist **die Bekämpfung der Schwarzarbeit**. Diesbezüglich kann **ich** wirklich mit großer Freude festhalten, dass im **Regierungsübereinkommen** hervorragende Ansätze beinhaltet sind. Dazu muss man auch bemerken, dass **die Bekämpfung der Schwarzarbeit**, des Schwarzunternehmertums ja mehrere gute Effekte hat: Erstens einmal ist es so, dass es zu einer Erhöhung der Einnahmen aus der Steuer und der Einnahmen aus der Sozialversicherung bei den Beiträgen kommt und dadurch natürlich auch die angespannte Budgetsituation ein bisschen entspannt werden kann.

Das Zweite ist auch, dass es zu einer **Entzerrung des Wettbewerbs** kommt. Das heißt, jene Arbeitgeber – und **ich** gehe davon aus, dass das in Österreich die Mehrheit ist –, die immer ordentlich und anständig ihre ArbeitnehmerInnen angemeldet haben, werden nicht mehr diskriminiert. Das halte **ich** für wichtig und entscheidend. Und **für mich als Gewerkschafterin** sind die Vorteile für **die ArbeitnehmerInnen** ganz, ganz wichtig. **Ich** möchte das noch einmal hervorheben: Es wird so sein, dass, bevor eine Arbeit angetretenen worden ist, **die Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen** bei der Sozialversicherung angemeldet werden. Für **meine Kollegen**, die am Bau tätig sind, wird es eine Generalunternehmerhaftung geben. Auch das ist ein Quantensprung, auch

das ist entscheidend und wichtig, und es ist zweifellos ein guter Punkt. (Beifall bei der SPÖ.)

Auf die stärkere Bedeutung der Frauenpolitik wurde bereits von meinen **Vorrednerinnen und Vorrednern** eingegangen. **Ich** halte das für ganz, ganz wichtig und ganz entscheidend. Erstens einmal gibt es ein klares Bekenntnis, dass **die Zahl der erwerbstätigen Frauen erhöht werden soll**, und zweitens, dass der Schwerpunkt hier insbesondere in jenem Bereich zu legen ist, wo es um **Vollbeschäftigung** geht.

In diesem Zusammenhang muss man ganz deutlich festhalten, dass es gerade in der letzten Zeit so war, dass Teilzeitbeschäftigung sehr stark zugenommen hat und dass insbesondere **Frauen** oft nur noch die Möglichkeit hatten, entweder eine Teilzeitbeschäftigung oder aber gar keine Beschäftigung zu haben.

Ich halte daher diesen Ansatzpunkt für ganz besonders wichtig und möchte da nur einen Teil herausbrechen: Neben den begleitenden Maßnahmen in der **Familienpolitik, wie Schaffung von mehr Kinderbetreuungseinrichtungen, wie auch Flexibilität des Kinderbetreuungsgeldes**, wird es künftig auch so sein, dass, wenn Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mehr Leistung in einem Betrieb erbringen, sie diese Mehrleistungen dann auch in Form eines Zuschlages im Geldbörse fühlen werden. Das ist einelangjährige Forderung der ÖGB-Frauen, es ist eine ganz massive Maßnahme im Bereich zur **Bekämpfung der Working Poor**, und – was aus meiner Sicht auch noch wichtig und entscheidend ist – es ist auch eine Maßnahme, die dazu beiträgt, dass es nicht weiter zu einer Zerstückelung von Vollzeit-Arbeitsplätzen kommt.

Sehr geschätzte Damen und Herren! Auch im Bereich **der Pensionen** wurde sehr vieles erreicht. Was mir im **Regierungsübereinkommen** etwas fehlt, ist, dass es **für die Schwerarbeiter und Schwerarbeiterinnen keine generelle Verbesserung gibt**, aber ich bin mir sicher, dass der neue **Herr Sozialminister** hier im Sinne der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auch ein entsprechendes Programm vorlegen wird. **Ich** werde jedenfalls meinen Beitrag dazu leisten, dass es hier zu einer fairen und guten Lösung kommt.

Ich komme damit zum Schluss, sehr geschätzte Damen und Herren: Es ist ein **Regierungsprogramm**, das eine soziale, **eine sozialdemokratische Handschrift** trägt. **Ich** freue mich, dass es gemeinsam mit den **Kollegen und Kolleginnen der ÖVP** zustande gebracht wurde. **Ich** freue mich auf die Umsetzung dieses **Regierungsprogramms**, denn dieses **Programm** wird wieder die Möglichkeit geben, dass wir Politik für **alle** machen – **für Frauen, für ArbeitnehmerInnen, für Ärmere, für Jüngere**. **Wir** wollen hier gemeinsam wieder den Menschen in den Mittelpunkt des politischen Denkens und Handelns setzen – gemeinsam für Österreich! – **Ich** danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPÖ und bei Abgeordneten der ÖVP.)

12.54

Präsident Dr. Michael Spindelegger: Nächste Rednerin ist Frau Abgeordnete Rosenkranz, ebenfalls mit einer Redezeit von 12 Minuten. – Frau Abgeordnete, ich

werde Sie aber um 13 Uhr unterbrechen und Ihnen eine halbe Minute davor mit dem Glockenzeichen bekunden, dass Sie noch eine halbe Minute Zeit haben. – Bitte.

12.54

Abgeordnete Barbara Rosenkranz (FPÖ): Herr Präsident! Herr Bundeskanzler! Herr Vizekanzler! Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren vor den Fernsehschirmen! Erinnern **Sie** sich noch? Es hat im Wahlkampf **ein sozialdemokratisches Plakat** gegeben, das einigermaßen Verwirrung gestiftet hat. Es war nicht ganz klar, was damit gemeint ist. – Das hat sich jetzt geklärt: **Sie** waren sehr vorausschauend, **Sie** haben sich schon auf das **Regierungsprogramm** bezogen. Sie haben damals nämlich plakatiert: „Österreich hat sich Besseres verdient“. (Beifall bei der FPÖ.)

Dieses **Regierungsprogramm** hat nicht den geringsten Ansatz, Fehlentwicklungen auch nur zu erkennen, geschweige denn zu korrigieren. Es hat überhaupt keine Schwerpunkte, und deswegen kann man eigentlich auch nicht wirklich einen Willen zur politischen Gestaltung feststellen.

Auch wenn man sich **die Sitzordnung hier auf der Regierungsbank**, die natürlich auch das politische Gewicht der Ressorts darstellt, anschaut – neben **Kanzler** und **Vizekanzler die schwarzen Minister** –, kann man mit Sicherheit annehmen (Zwischenrufe der Abgeordneten Mag. Lapp, Mag. Trunk und Parnigoni) – aber es ist wahr! –, dass es einfach so weitergeht wie bisher. (Abg. Mag. Trunk: Sicher nicht!)

Wenn ich jetzt ein einzelnes Kapitel herausnehme, dann bestätigt sich das auch absolut. Zum Thema **Einwanderung/Integration** steht im **Regierungsprogramm**:

„Europa erlebt einen grundlegenden demografischen Wandel mit tiefgreifenden ökonomischen und sozialen Konsequenzen.“

„**Zuwanderung**“, heißt es dann weiter, „ist eine globale Herausforderung.“

Was ist damit gemeint? Was steht hinter diesen Worthülsen? – Dahinter steht, um es verständlich auszudrücken, dass **wir** seit nunmehr vier Jahrzehnten so wenige Kinder haben, dass nicht annähernd eine Generation die nächste ersetzen wird. – Nicht „wenige Kinder“, sondern viel **zu wenige Kinder für den Fortbestand des Landes und die soziale Sicherheit!** (Beifall bei der FPÖ sowie der Abg. Ursula Haubner.) Und dahinter steht weiters die Tatsache, dass gleichzeitig – wenig verwunderlich – eine **unkontrollierte Einwanderung unter den verschiedensten Titeln – einer davon ist zum Beispiel Asyl – stattfindet, die verdeckt ist**, die nie offen politisch diskutiert oder auch beschlossen worden ist.

So ist es: Auf der einen Seite seit Jahrzehnten zu wenige Kinder, auf der anderen Seite hat seit Jahrzehnten, und in den letzten anderthalb Jahrzehnten ganz besonders stark – unter Ihrer **Regierung, Herr Klubobmann Schüssel**, sind 300 000 Menschen neu ins Land gekommen; und, **Herr Vizekanzler**, wissen **Sie**, wie viele Staatsbürgerschaften **Sie in Ihrer Regierungszeit** vergeben haben?; es waren 140 000 –, eine **massive Zuwanderung stattgefunden**, auch nach Österreich. Wenn man sich die Kapitel

Integration und Familie anschaut, dann kann man sich sicher sein, dass das so bleibt. Es ist nichts drinnen, was irgendwie eine Möglichkeit schaffen würde, die beiden Dinge zu ändern. (Abg. Mag. Wurm: Flexible ...!)

Wir sehen hier die Positionen völlig konträr zu Ihnen! **Wir** wollen die **Zuwanderungstoppen**, und **wir** wollen Österreichs Familien so stärken, dass wieder eine Kinderzahl Zustande kommt, in der die Generationen ersetzt werden. Das ist unser Ziel! **Wir** halten das für machbar, **wir** erachten es als notwendig, wenn Österreich eine Zukunft haben will, denn „Österreichs Zukunft“ heißt: die Zukunft der Österreicher – und für uns ist das die Kernaufgabe, die **wir** ins Zentrum unserer Politik gestellt haben.

Wie ist die Lage? – **Wir** haben in Österreich mittlerweile einen Anteil von 13 Prozent von Menschen, die nicht im Land geboren sind, an der Wohnbevölkerung. Das sind 1,3 Millionen Menschen. In manchen Ballungsräumen, wie in Wien, sind es 18 Prozent. Diese Zahlen widerspiegeln allerdings gar nicht den realen Gehalt in seiner vollen Schärfe, denn die Zugewanderten sind jung und die Österreicher sind eher älter. **Es sind Parallelgesellschaften entstanden**. Wenn man sich etwa **an das Schnitzel-Verbot und an das Nikolo-Verbot in Wien erinnert**, so kann man dazu noch resignativ lächeln, aber es sind **Parallelgesellschaften** entstanden, die zum Teil **Gegengesellschaften** sind.

Sind **Sie** wirklich davon überzeugt, **Herr Vizekanzler**, dass **wir** null Toleranz dort walten lassen, wo unsere gesellschaftlichen Grundwerte berührt sind? Sind **Sie** wirklich überzeugt, dass **wir** es hinreichend klarmachen und erreichen, dass die Gleichberechtigung der Geschlechter eine unverzichtbare Grundlage des Zusammenlebens in europäischen Staaten ist? – **Ich** finde, nicht. Ganz im Gegenteil! Sie schreiben es ja übrigens auch in das Regierungsprogramm hinein:

„Integration ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die sowohl seitens der Zuwanderer als auch seitens der Aufnahmegerügschaft nach Anstrengungen und Bemühungen verlangt.“

Das wollen **wir** eigentlich nicht! (Beifall bei der FPÖ.) – Wenn jemand hierher kommt, dann wollen **wir** es haben, dass er sich an unsere Vorstellungen angleicht. **Er** kommt ja in unser Land!

Wenn **Sie** unsere Warnungen schon nicht ernst nehmen und auf uns nicht eingehen wollen, dann schauen **Sie** doch, bitte, ein bisschen in Europa herum und hören **Sie** hin, was **die Zuwanderer** der ersten Stunde, vor allem **weibliche Zuwanderer**, dazu zu sagen haben: **Sie** warnen vor der Blindheit und vor der Feigheit der autochthonen europäischen Bevölkerung, weil sie wissen, wer hier zuwandert und welche Lebensgewohnheiten und welche völlig den europäischen Lebensgewohnheiten entgegengesetzten Grundlagen sich mittlerweile hier entwickeln können. (Beifall bei der FPÖ.)

Präsident Dr. Michael Spindelegger: Ich danke der Frau Abgeordneten.

Meine Damen und Herren, im Sinne des gemeinsamen Beschlusses unterbreche ich die Sitzung bis 13.15 Uhr.

Die Sitzung ist unterbrochen.

(Die Sitzung wird um 13.01 Uhr unterbrochen und um 13.16 Uhr wieder aufgenommen.)

Präsidentin Dr. Eva Glawischnig-Piesczek (den Vorsitz übernehmend): Ich nehme die unterbrochene Sitzung wieder auf.

Zu Wort gelangt Frau Abgeordnete Rosenkranz. Sie hat ihre Rede unterbrochen und setzt sie nun fort. Ihre Restredezeit beträgt 6 Minuten. – Bitte, Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Barbara Rosenkranz (fortsetzend): Frau Präsidentin! Hohes Haus!
Ich bin stehengeblieben bei der Tatsache, dass **wir in Österreich in den letzten Jahren und Jahrzehnten eine massive Zuwanderung hatten**, dass auch nicht zu sehen ist, dass das anders werden wird – übrigens gegen den Willen eines großen Teils der Bevölkerung –, und das war der Grund dafür, dass sich die Parteibasis massiv gegen diese Art von Politik gewehrt hat.

Das erleben **wir** übrigens jetzt gerade in hinreichendem Maße, wie es ist, wenn eine **Regierungsmannschaft** völlig weggeht von dem, was **sie** ursprünglich versprochen und als politisches Ziel dargestellt hat.

Dass **die Zuwanderung massive Konsequenzen hat**, kann niemand leugnen. Das ist nicht so sehr natürlich in den Villen am Stadtrand und in den Altbauwohnungen in der Innenstadt, **Herr Professor Van der Bellen**, wo **Ihre Wähler** bevorzugt zu finden sind, sichtbar. Dort hat die **Zuwanderung** noch nicht so weit reichende und missliche Konsequenzen – allerdings dort, wo jene wohnen, die mit geringen Löhnen um den Arbeitsplatz, um die Gemeindewohnung mit immer neuen Menschen, die zu immer billigeren Bedingungen Arbeit verrichten, konkurrieren müssen (Abg. Dr. Van der Bellen: Im 7. Bezirk ist ein großer Ausländeranteil!), und dort, wo die wohnen, die ihre Kinder nicht in die Privatschule schicken können, und dort, wo **alte Menschen** mit geringem Einkommen oder mit geringer Pension leben und übrigens auf Grund ihrer Anhänglichkeit aus ihrem Grätzl nicht mehr wegziehen wollen, aber wo sie längst Fremde in der eigenen Heimat geworden sind, und dort, wo die wohnen, die längst – und auch das gibt es wieder – aus allen sozialen Netzen hinausgefallen sind.

Es ist ganz bezeichnend, **Frau Abgeordnete Csörgits**, dass **Sie** dann immer in unverständliche Ausdrücke flüchten, wenn **Sie** sozusagen als Vertreter der Arbeitnehmer, als soziale Partei, Ihren Offenbarungseid leisten müssen.

„Working Poor“ – wie kann das sein? – Es waren sozialdemokratisch geprägte Jahrzehnte, in denen das passiert ist. „Working Poor“, das heißt arbeiten, ohne damit seinen Lebensunterhalt tatsächlich verdienen zu können. Das ist in dem Zeitraum

passiert, in dem **Sie den Sozialminister** gestellt haben, in dem Sie das Arbeitsministerium übergehabt haben. (Zwischenruf der Abg. Csörgits.)

Ein anderer Begriff – und darüber scheuen Sie sich in Österreich überhaupt noch zu diskutieren – ist „Prekariat“. Es gibt in Österreich neuerdings ein Prekariat. Früher hat man dazu Unterschichten gesagt. Auch eine „gute“ Entwicklung: ein Prekariat.

Meine Damen und Herren von der **Sozialdemokratie** – **ich** werde es Ihnen immer wieder sagen, **wir** werden da nicht lockerlassen –, **Sie** müssen sich entscheiden: **Einwanderung oder das Wahrnehmen der Rechte des Arbeiters und des Arbeitnehmers! Beides zugleich ist nicht möglich.** (Beifall bei der FPÖ.)

Österreich ist ein sicheres Land, **Herr Vizekanzler**, es kommt allerdings darauf an, wo. Es gibt in Wien mittlerweile Bezirke, wo man sich in der Nacht, speziell als Frau, eigentlich nicht sinnvollerweise hinwagen sollte. (Abg. Riepl: In welchem Bezirk?) Oder würden **Sie** Ihren Töchtern raten, alleine im 15. Bezirk die Mariahilfer Straße entlang zu spazieren? **Ich** würde das nicht verantworten können.

Fragen **Sie die Leute**, die mit der Badner Bahn spätabends hin und herfahren müssen. Fragen **Sie die Leute!**

Wir stellen fest, dass **die Kriminalität massiv gestiegen ist** – in **Ihrer Regierungszeit** (in Richtung ÖVP) um 100 000 Fälle auf über 600 000! Die Aufklärungsrate ist von über 50 Prozent auf 39 Prozent massiv gesunken. **Wir** meinen, dass diese gestiegene Kriminalität mittlerweile die Sicherheit der Bevölkerung massiv erschüttert, und – in Bezug auf den **ehemaligen Innenminister** – **wir** scheuen uns auch nicht, es zu sagen: Es ist überwiegend **eine importierte Kriminalität!** Nicht, weil Ausländer kriminell sind, sondern das Laissez-faire, das **wir** hier entwickelt haben, Kriminelle aus dem Ausland geradezu anzieht – das schreibt Ihr eigenes Ministerium im Sicherheitsbericht. Warum kommen so viele tschetschenische Straftäter nach Österreich? Weil die liberale Asylgesetzgebung es ihnen so leicht macht, steht im Sicherheitsbericht 2005, den **Sie** vermutlich gelesen haben.

Wir werden nicht müde werden, darzustellen: Wer den Arbeitsmarkt in Ordnung bringen will, wer die Sicherheit wiederherstellen will, der wird **die Zuwanderung stoppen** müssen! (Beifall bei der FPÖ.)

Zum Thema **Familie**. – Auch da ist nicht zu sehen, dass **Sie** den Ernst der Lage auch nur annähernd erkennen; ebenso wie **Sie** Jahrzehnte hindurch nicht auf die Warnungen gehört haben, dass man, vor allem wenn man einen Sozialstaat darstellt und am Umlageverfahren interessiert sein muss, eine ausgeglichene Geburtenzahl haben muss. Das haben **Sie** Jahrzehntelang ignoriert, und jetzt, da man es nicht mehr ignorieren kann, ist es Ihre Taktik, herunterzuspielen und falsche Wege vorzuschlagen. Hören **Sie** doch auf jene, die Ihnen sagen: **Man kann mit Zuwanderung den Kindermangel nicht kompensieren!** Es gibt keinen seriösen Wissenschaftler, der sich damit lächerlich macht, das auch behaupten zu wollen.

Der Punkt ist: **Wir** werden um eigene Kinder nicht herumkommen, und daher wird es ganz dringend notwendig sein, einen Paradigmenwechsel durchzuführen, und zwar in zweierlei Hinsicht:

Zum einen muss **die materielle Stellung der Familie massiv verbessert werden**. Es ist so, wie Herwig Birg sagt, dass in unserer Gesellschaft derjenige von Kindern profitiert, der keine hat; schon allein durch das Umlagesystem bei der Alterssicherung. Und solange man diese Rahmenbedingungen hat, kann man davon ausgehen, dass sich die Leute daran orientieren. Es ist eine Reihe von Anreizen zu sehen, die es ratsam erscheinen lassen, auf Kinder zu verzichten – allein in materieller Hinsicht. **Wir** schlagen daher vor, noch einmal **ein großes Familienpaket zu schnüren**. Die Kosten für Kinder müssen erstens im Steuerrecht berücksichtigt werden und das Aufziehen von Kindern darf in der Altersversorgung – weil es für die Altersversorgung im Gesamten die Grundlage ist! – nicht zur individuellen Benachteiligung derer werden, die das tun. Das ist aber so: je mehr Kinder desto geringer die Pension! (Beifall bei der FPÖ.)

Zum anderen aber natürlich ...

Präsidentin Dr. Eva Glawischnig-Piesczek: Frau Abgeordnete, Entschuldigung, aber auf Grund der Unterbrechung hat das Lämpchen nicht funktioniert. Sie haben nur noch einen Schlusssatz. Es tut mir leid, aber ich bitte Sie, den Schlusssatz zu formulieren.

Abgeordnete Barbara Rosenkranz (fortsetzend): Der wird jetzt aber lang werden, denn dafür kann ich jetzt wirklich nichts.

Zum anderen braucht es einen Paradigmenwechsel in ideeller Hinsicht, und diesbezüglich bin **ich, Frau Bundesministerin Kdolsky**, sehr skeptisch, wenn **ich** lese, dass **Sie** in dem Buch „Kinderlos, na und?“ als **Interviewpartnerin** gesagt haben – übrigens eines der dümmsten Bücher, das ich je gelesen habe –, **Sie** seien eine „**leidenschaftliche Tante**“ – auch, weil man die Kinder „irgendwann wieder zurückgeben kann“, denn bei längerem Kontakt könne Ihr Nervensystem schon einmal überreizt werden.

Es geht so weiter: „**Ich** bin eine große **Kinderfreundin**, aber **ich** stehe dazu, dass **ich** ein gehöriges kritisches Potential haben kann, wenn Kinder in unangenehmer Weise in mein Leben intervenieren. Wenn ich einen Abend in einem Nobellokal genießen will, wenn ich im Flugzeug nach New York sitze, dann kann mir ein schreiendes Kind einiges verriesen.“ – Zitatende.

Meine Damen und Herren! Im Gegensatz dazu sind für uns Kinder das höchste Gut, und **wir** halten es für Österreichs Zukunft für unverzichtbar, **Kinder und Familien besserzustellen**. (Beifall bei der FPÖ.)

13.24

Präsidentin Dr. Eva Glawischnig-Piesczek: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Neugebauer. – Bitte.

13.24

Abgeordneter Fritz Neugebauer (ÖVP): **Meine sehr geehrten Kolleginnen, Frau Präsidentin mit eingeschlossen! Herr Bundeskanzler! Herr Vizekanzler! Meine Damen und Herren auf der Regierungsbank! Meine sehr geschätzten Kollegen! Herr Dr. Gusenbauer** hat bei seiner Präsentation des **Regierungsprogramms** den Satz

geprägt: „**Wir** leben in einem guten und auch in einem vergleichsweise reichen Land.“ Es ist daher sachgerecht und nur logisch, dass **dieses Regierungsprogramm auf dem Erfolgskurs der letzten Jahre aufbaut.** (Beifall bei der ÖVP.)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Diese breite parlamentarische Mehrheit, auf die sich die **Bundesregierung** künftig stützen kann, bietet die Möglichkeit, auf der Grundlage des Österreich-Konvents Markierungen zu setzen, die vielleicht in anderen Konstellationen bisher nicht möglich waren. **Die Bundesregierung** hat den Experten ein sehr ehrgeiziges Ziel, nämlich bis Jahresende 2007, gesetzt. Kostelka, Fiedler und andere werden sich bemühen, **Reformen anzugehen, umzusetzen: eine Grundrechtsreform, ein Mehr an demokratischer Kontrolle, im Wahlrecht ein Wählen ab 16, die Briefwahl, allenfalls auch ein E-Voting schon anzudenken, Verfassungsbereinigungen durchzuführen**, aber auch, was wichtig ist – also **ein permanenter Prozess –, eine Verwaltungsreform auf allen Ebenen der Gebietskörperschaften durchzuführen.**

Ich bin sehr froh darüber, dass eine neue Aufgabenverteilung zwischen Bund und Ländern angedacht ist und man alle Ebenen, Europa, Bund, Länder, Gemeinden, nach Parallelen durchforstet, um ganz einfach Einsparungen durchführen zu können. Die Autonomie der Länder und Gemeinden zu stärken entspricht jenem Grundsatz, den **wir** gerne **Subsidiarität** nennen. – Das alles vor dem Hintergrund eines funktionierenden öffentlichen Dienstes in Bund, Ländern und Gemeinden, der dem Gemeinwohl verpflichtet ist. **Wir** werden eine Rechtsform suchen, sodass **die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der öffentlichen Dienste ihre Arbeit druckresistent durchführen können**, und **wir** wollen auch **eine Neuverteilung der Gehaltsverläufe angehen**, weil auch der öffentliche Dienst auf qualifizierten Nachwuchs nicht verzichten kann. (Beifall bei der ÖVP und bei Abgeordneten SPÖ.)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! **Ich** begrüße außerordentlich, dass **die Bundesregierung** in ihr **Programm** den Stellenwert der **Sozialpartner** verstärkt aufgenommen hat. Wesentliche Teile dieses Papiers sind von den **Sozialpartnern** erarbeitet worden. Vor allem Fragen, die sich aus der Demographie ergeben, wie Hand anzulegen in der Pflegevorsorge, in der Altersversorgung, in Gesundheit und Bildung, sind vielen Menschen in unserem Lande noch nicht bewusst. Machen **wir** uns doch deutlich, dass vor knapp drei Lebensdauern, also vor etwa 200 Jahren, die durchschnittliche Lebenserwartung bei 35 Jahren lag und dass ein heute 50-Jähriger diese damalige Lebenserwartung noch vor sich hat! – Das ist eine Herausforderung für **die Politik**, die nur durch eine gemeinsame Anstrengung geschafft werden kann. (Beifall bei der ÖVP und bei Abgeordneten der SPÖ.)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Kapitel „**Arbeitsmarkt und Arbeitswelt**“ stammt fast vollständig von den **Sozialpartnern**, die die Ziele und Maßnahmen sehr genau definiert haben: für die älteren Arbeitnehmer, für die Jugend die Fragen der **Weiterbildung**, für die aktive Arbeitsmarktpolitik das **Arbeitsmarktservice weiter zu verbessern**, nicht nur in der Vermittlung, sondern auch in der Betreuung und letztendlich auch in der **Bekämpfung der Schwarzarbeit**, um ganz einfach für fairen **Wettbewerb in der sozialen Marktwirtschaft zu sorgen**. **Herr Professor Van der Bellen** vermisst laut seiner heutigen Ausführungen Maßnahmen – **ich** empfehle ihm das Studium des Kapitels „**Wachstum und Konjunkturpolitik**“; da gibt es 23 Maßnahmen, von den **Investitionen in die Infrastruktur bis zur**

Mitarbeiterbeteiligung, die uns Arbeitnehmern ein ganz besonders wichtiges Anliegen ist. (Beifall bei der ÖVP.)

Höchste Beschäftigungszahlen jetzt und sinkende Arbeitslosigkeit rechtfertigen, hier viel Geld in die Hand zu nehmen.

Lassen **Sie** mich noch einen **Blick auf meine Profession** werfen, auf das **Bildungskapitel**, das ich mit der **sehr verdienstvollen Frau Ex-Bundesministerin Elisabeth Gehrer** verhandeln durfte. Wer schon seit vielen Jahrzehnten die Debatten und Themenschwerpunkte in der **Bildungspolitik** mitverfolgt, wird feststellen, dass sich zunächst alles immer um Struktur- und Systemdebatten handelt. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, das kann man zwar mit Leidenschaft verfolgen, aber das ist ein Thema, das Leiden schafft. In Wirklichkeit geht es darum, sich auf die inneren Zustände und Rahmenbedingungen zu konzentrieren: Ausbau der Schulpartnerschaft, Qualitätssicherung, die Pädagogisierung und nicht die Verpflichtung des Kindergartenwesens und letztendlich kleinere Schulklassen, wo die Hinwendung auf den einzelnen Schüler stärker als bisher in Angriff genommen wird. Differenzierte Gesellschaften brauchen ein differenziertes Schulsystem. (Beifall bei der ÖVP.)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn **ich die Damen und Herren auf der Regierungsbank** teilweise seit vielen Jahren persönlich und auch ihr Wirken kenne, andere durch die veröffentlichten Biographien, dann darf ich sagen: Alle, die hier sitzen, haben immer etwas mit Politik zu tun gehabt, etwa schon als **Minister**, als **Abgeordnete**, als **Beteiligte in Landtagen oder in Landesregierungen** oder in Bereichen, wo man hart an der Politik gearbeitet hat. **Ich** gehe daher davon aus, dass eine hunderttägige Schonfrist, die üblicherweise gegeben wurde, für **die Damen und Herren dieser Bundesregierung** nicht notwendig sein wird. (Beifall bei Abgeordneten der ÖVP.)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! **Ich** möchte auch positiv anmerken, dass – und das hat **Herr Dr. Gusenbauer** ja ausgeführt – sich von einem Aufeinander-Zugehen von den ersten Verhandlungen bis heute auch im Umgang miteinander einiges geändert hat. Das hat mich an das Jahr 2000 erinnert. Die Übergabe der Ressorts diesmal war kein Gegenstand in den Schlagzeilen – anders als im Jahr 2000 –, und dazu darf **ich** sehr, sehr herzlich gratulieren. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich möchte ebenso anmerken, dass sich die Bundesregierung zum Ziel gesetzt hat, in allen Ressorts alles, was EU-relevant ist, besonders zu unterstreichen. **Ich** habe bewusst am heutigen Tag das Emblem der Europäischen Union angesteckt, weil es mir in allen Lebensbereichen wichtig ist, das Ziel – das einzige, das wirklich zählt –, **diese Union als das größte Friedenswerk überhaupt in der Geschichte Europas darzustellen**, zu verfolgen. **Ich** wünsche allen viel Kraft dazu, dass sie das auch entsprechend durchbringen. Das hat mich auf Robert Schuman gebracht, der einmal gesagt hat, am gefährlichsten in der Politik seien jene Leute mit starker Phantasie und schwachen Nerven. Das kann man **den Damen und Herren hier** nicht unterstellen. **Ich** wünsche Ihnen allen einen starken Realismus, gute Kreativität und eine gute Kondition.

Ich möchte abschließend als einer, der mitverhandeln durfte, darauf hinweisen, dass es viele Dinge gibt, die nicht in diesem **Koalitionsprogramm** stehen, die es auch wert wären, besprochen zu werden.

Herr Bundeskanzler, Herr Vizekanzler, Sie dürfen mit unserer Unterstützung rechnen. **Willi Molterer** hat – und das möchte **ich** unterstreichen – nicht nur alle aufgefordert, sich mit diesen Zielsetzungen vertraut zu machen, sondern auch die Bereitschaft bekundet, **die Menschen** mitzunehmen auf diesem Weg. **Wir als Parlamentarier** – das möchte ich jedenfalls für mich in Anspruch nehmen – möchten in der politischen Diskussion für die Festigung der Wege zu dem beschriebenen Ziel in diesem **Regierungsprogramm** sorgen, denn: Wo Österreich draufsteht, muss auch Österreich drin sein! – Alles Gute.

(Beifall bei der ÖVP und bei Abgeordneten der SPÖ.)

13.32

Präsidentin Dr. Eva Glawischnig-Piesczek: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Scheibner. Ihre Redezeit beträgt 12 Minuten. – Bitte.

13.32

Abgeordneter Herbert Scheibner (BZÖ): **Frau Präsidentin! Werte Mitglieder dieser Bundesregierung! Meine Damen und Herren!** Etwas geht mir ab – vielleicht nicht unbedingt mir, aber doch den **ZuseherInnen vor den Fernsehschirmen**, die sich die Übertragung dieser Debatte anschauen –, wahrscheinlich auf Grund der wenig Verbliebenen hier, vor allem bei der **Sozialdemokratie**: Es fehlt die Euphorie, die Aufbruchsstimmung. **Wir** haben in den letzten sieben Jahren gehört – sieben Jahre lang –, was denn alles passieren wird (Abg. Broukal: Entschuldigung, von Ihnen sind auch nur zwei Drittel da!) – **lieber Kollege**, deinen Frust, dass du nicht **Wissenschaftsminister** geworden bist, verstehe **ich** schon, aber das müsst ihr euch selber ausmachen –, wenn **diese ungeliebte Regierung aus Schwarz und Blau und dann Orange** endlich abgelöst werden kann, welche großen Reformen man machen wird. Den **Pensionsraub** will man wieder umkehren, die **Gesundheitsreform** wird endlich durchgesetzt. Was war noch alles? Endlich wird in Infrastruktur investiert, und, und, und. (Zwischenruf des Abg. Mag. Gaßner.)

Lieber Kollege Gaßner, wo ist die Euphorie jetzt? Jetzt habt ihr es endlich geschafft, ihr habt einen **Bundeskanzler** – und **ich** bin gar nicht so sicher, ob ihr ihn jetzt auch wirklich wollt, diesen **Bundeskanzler**, ob ihr auch wirklich so froh seid darüber, dass ihr jetzt diesen **Bundeskanzler** und dieses **Regierungsprogramm** und diese große Koalition habt. Aber da seid ihr nicht alleine, glaube **ich**, denn mittlerweile ist schon die Mehrheit – **ich** habe gerade einen Umfragewert bekommen: mehr als 60 Prozent – der **Österreicher und Österreicherinnen** der Meinung, dass das ein sehr schlechter Start für **die Regierung Gusenbauer** – **ich** kann nicht sagen **Gusenbauer I**, denn das wird **die Regierung Gusenbauer** sein und bleiben; es wird kein **Gusenbauer II** geben – gewesen ist.

Von **Abgeordneten der ÖVP** habe ich schon gehört, **sie** bekommen per SMS von **Zusehern** Beileidsbekundungen und Durchhalteparolen: Haltet durch, ihr tut uns ja alleleid! – Bei der **SPÖ**, habe ich gehört, gibt es schon ein SMS, **Kollege Gusenbauer** solle keine Nachhilfestunden geben. – **Herr Bundeskanzler**, das war wirklich eine Entgleisung, dass **Sie** sich da auf eine Stufe mit **Studenten** stellen, die sich die Studiengebühren nicht leisten können. (Zwischenruf des Abg. Parnigoni.)

Herr Kollege Parnigoni, dass ein **Bundeskanzler** mit 19 000 € Monatseinkommen sagt, er gebe um 6 € Nachhilfestunden, das ist ja wirklich eine Verhöhnung der Studenten! (Beifall beim BZÖ.) Da sagt selbst Ihre Basis per SMS, meine Damen und Herren von der **SPÖ**, **er** solle keine Nachhilfestunden geben, sondern ein Training in Verhandlungsführung nehmen, sodass das nächste Mal die Verhandlung vielleicht anders ausgehen kann. Wer das Sagen hat in dieser **Bundesregierung**, das haben **wir** ja nicht nur bei der Ressortverteilung gesehen, sondern heute auch während der Ausführungen der **verschiedenen Repräsentanten dieser Bundesregierung**.

Aber auf eines kann man durchaus stolz sein, meine Damen und Herren: dass auch diese **Bundesregierung** und damit auch **die Sozialdemokratie** jetzt endlich einmal zugibt, wie gut die letzten sieben Jahre für Österreich gewesen sind, dass **wir** jetzt auf Grund der Regierungsmaßnahmen während der Jahre 2000 bis 2007 **das beste Pensionssystem in Europa haben** – wie **Sie** das in diesem **Regierungsprogramm** festhalten –, dass **Österreich eines der sichersten Länder in Europa ist**, dass **wir ein gutes Bildungssystem haben**, dass **wir ein gutes Sicherheitssystem haben**, dass **wir ein gutes Gesundheitssystem haben**. **Kollege Cap – er** ist jetzt wieder da – hat von einem schweren Erbe, das er jetzt antreten muss, gesprochen: Das ist **das positive Erbe**, **das wir Ihnen übergeben**, und **ich** hoffe, dass **Sie** damit im Sinne der **Österreicherinnen und Österreicher** gut umgehen. (Beifall beim BZÖ.)

Was es heißt, einen Scherbenhaufen aufzuräumen, das haben wir im Jahr 2000 gesehen; einen Scherbenhaufen mit Rekorddefizit, mit einem Gesundheitssystem, das wirklich an die Grenzen der Finanzierbarkeit gegangen ist, mit einem Proporzsystem, mit Stillstand, mit Depression in einer **Bundesregierung**. **Wir** sind aufgebrochen und zu neuen Ufern gekommen. – Schauen **wir**, was **Sie** tun!

Es gibt zunächst einen Rekord in der Anzahl der neuen Regierungsmitglieder. – Das, **Herr Bundeskanzler**, war ja auch so ein Versuch der Täuschung, dass **Sie** gesagt haben, aus arithmetischen Gründen müssten **Sie die Bundesregierung** von 19 auf 20 Mitglieder erweitern. **Ich** darf Sie daran erinnern, die letzte **Bundesregierung** ist mit 18 Regierungsmitgliedern angetreten. (Abg. Parnigoni: Mit 19!) – Nicht mit 19, auch **Sie** haben es schon wieder vergessen, **Herr Kollege Parnigoni**. Mit 18 (Abg. Öllinger: Und die Kabinettsmitglieder, zählen Sie die einmal auf!), denn **Staatssekretär Winkler**, **das 19. Mitglied**, ist erst eingesetzt worden, als es darum gegangen ist – im Übrigensehr professionell erledigt, **Herr Staatssekretär** –, die EU-Präsidentschaft Österreichs vorzubereiten und umzusetzen; begonnen haben wir mit 18 **Regierungsmitgliedern**. **Sie** haben versprochen, die Zahl nicht zu erhöhen, **Sie** haben gesagt, **die Staatssekretäre** seien unnötig – ich glaube das langsam auch, denn **sie** wissen ja selbst noch nicht, wofür **sie** zuständig sind –, aber jetzt haben **Sie die Regierung** ganz einfach um **zwei Minister** erweitert, damit Sie alle Ihre Vertrauensleute unterbringen können. (Abg. Parnigoni: Sie haben nicht so viel gebraucht!)

Ja, **Herr Kollege Parnigoni**, haben **Sie das Regierungsprogramm** gelesen? **Ich** glaube nicht, denn **ich** sage Ihnen, würden **die Roten Falken** es vorlegen, dann würden **Sie** es ihnen zurückwerfen. Da stehen so viele Allgemeinplätze drin: verstärken, erhöhen, verbessern, evaluieren, Arbeitskreise einsetzen. Also wirklich, würde das eine Jugendorganisation vorlegen, würde man sagen, ihr fehlen die Perspektiven; aber das ist alles, was **Sie** sich in dieser **Regierung** vorgenommen haben. – Sehr wenig!

Sehr konkret sind **Sie** nur dort, wo es um zusätzliche Belastungen geht. Allein durch **die Erhöhung der Mineralölsteuer belasten Sie die Österreicherinnen und Österreicher, vor allem die Pendler** – gerade **Sie, Herr Parnigoni**, **Sie** sind doch einmal Verkehrssprecher gewesen, oder sind **Sie** es noch immer? –, um 100 Millionen € mehr im Jahr, meine Damen und Herren! Mit einem Federstrich, da sind **Sie** sehr konkret!

Oder: **Gesundheitsgebühren**. **Wir** haben hart gerungen – damals **Bundeskanzler Schüssel** weiß das –, **wir** haben extrem gestritten, als es darum gegangen ist, das Gesundheitssystem ... (Zwischenruf des Abg. Parnigoni.) – **Herr Kollege Parnigoni**, seien **Sie** nicht so nervös! **Ich** weiß, **Sie** haben ein schlechtes Gewissen, das ehrt **Sie** auch, aber jetzt schauen **Sie** einmal, dass **Sie** etwas weiterbringen in dieser Regierung.

Wir haben hart gerungen und uns dann darauf geeinigt, **das Gesundheitssystem nicht über höhere Beiträge zu finanzieren und zu sanieren, sondern in Richtung eines Philosophiewechsels**. **Wir** haben gesagt, **wir** erhöhen nicht die Beiträge, sondern **wir** investieren in die Prävention, in die Vorsorge, denn es gibt Gutachten, dass man nicht nur einige Millionen Euro einsparen kann, sondern bis zu 2 Milliarden € im Jahr an Einsparungspotential gegeben sind, wenn man ganz einfach verhindert, dass **die Menschen** krank werden, und somit das Kranksein nicht finanzieren muss. Und Verwaltungseinsparungen sind ja auch nicht verboten, **Herr Kollege Parnigoni**.

Steuerreform. – **Herr Bundeskanzler Gusenbauer**, das war Ihr Versprechen! **Sie** haben gesagt, zu Beginn der Legislaturperiode werden **Sie** eine Steuernsenkung einführen. 500 € Steuerentlastung für jeden! Was ist jetzt? **Sie** kündigen an, vielleicht gibt es irgendetwas am Ende, aber es gibt keine Details.

Was ist mit der Ankündigung vom damaligen **Finanzminister Grasser**, die **Erbschaftssteuer abzuschaffen**? Wie schaut es aus mit der **Reduzierung der Steuersätze**? Wie schaut es aus mit einer weiteren **Förderung der klein- und mittelständischen Wirtschaft im Steuerbereich**? – Da lesen **wir** in diesem **Programm** nichts.

Die Studiengebühren wurden ja schon angesprochen. Was **das Pflegegeld** betrifft, meine Damen und Herren, war eine Ihrer großen Forderungen: Erhöhung des Pflegegeldes! – **Wir** haben dazu Anträge eingebracht. Was kommt jetzt heraus? Einmal werden **Sie** es valorisieren. Als wir das damals gemacht haben, haben **Sie** das noch schärfstens kritisiert.

Das verpflichtende Vorschuljahr im Bildungs- und Integrationsbereich. – Ja, **ich** gebe Ihnen Recht, die Kenntnis der deutschen Sprache ist eines der wichtigsten Integrationsmittel, vor allem für Kinder. Wo ist denn **dieses verpflichtende Vorschuljahr für alle Kinder**, die die deutsche Sprache nicht in ausreichendem Ausmaß beherrschen? – Das haben doch **Sie** auch immer wieder gefordert! Das findet sich in diesem Regierungsprogramm nicht.

Da könnte man noch vieles weiter ausführen, etwa auch was die **Sicherheitspolitik** betrifft. Es ist ja wirklich lustig, wenn in diesem **Regierungsprogramm** einige Male auf der einen Seite das Bekenntnis zur immerwährenden Neutralität gefasst wird – anscheinend für **Sie** ein kleines Zuckerl, damit **Sie** nicht wieder zugeben müssen, dass

Sie es ja gewesen sind, die diese Situation verursacht haben, nämlich dass der Beitritt zur Europäischen Union im Jahr 1999 beziehungsweise die danach folgende Verfassungsänderung und die vollinhaltliche Teilnahme an der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik ganz krasse im Widerspruch zu einer ernst genommenen immerwährenden Neutralität gestanden sind. Und genau dieser Widerspruch findet sich auch jetzt in diesem **Regierungsprogramm** wieder.

Interessant ist auch, dass ein Auftrag für das österreichische Bundesheer festgehalten ist: Das Bundesheer soll die Neutralität schützen. – Das ist interessant, es ist eine Aufgabe einer Armee, ein völkerrechtliches Instrument zu schützen. Wie funktioniert denn das dann, **Herr Kollege Darabos**, wenn **irgendein Regierungsmitglied**, etwa die **Frau Außenministerin**, in Brüssel einer Ausweitung der europäischen Verteidigungspolitik zustimmt? Das steht drinnen im **Regierungsprogramm**: **Sie** wollen eine europäische Verteidigung. Das heißt, österreichische Soldaten verteidigen dann Polen und Litauen und sonstige Länder. **Ich** habe nichts dagegen, aber das in Einklang mit der Neutralität zu setzen, das ist interessant. Setzen **Sie** dann das Bundesheer gegen so **böse Regierungsmitglieder** ein, die gegen die Neutralität verstossen? – Also das können **Sie** ja selbst nicht ernst nehmen, was hier drinnen steht.

Herr Verteidigungsminister oder Zivildienst-Minister, das ist nicht gegen **Sie** persönlich, **ich** sage das noch einmal, aber **Sie** lassen sich hier von Ihrer **eigenen Partei** missbrauchen, die ein Signal gebraucht hat, um zu beweisen, dass **sie** alles tut, um diesen angeblich so **bösen und teuren Eurofighter abzubestellen**. – **Ich** habe wirklich Respekt vor jemandem, der sagt, aus Gewissensgründen kann **ich** den Dienst mit der Waffe beim österreichischen Bundesheer nicht leisten; überhaupt keine Frage! Und **ich** sage auch nicht, dass jemand Grundwehrdienst geleistet haben muss, um Verteidigungsminister zu sein oder irgendeine Funktion in der Sicherheitspolitik zu bekleiden, aber wenn jemand erklärt – noch einmal: **ich** habe Respekt, wenn das jemand mit seinem Gewissen nicht vereinbaren kann –, dass er die Wehrpflicht aus Gewissensgründen ablehnt und Waffengewalt gegen andere Menschen nicht anwenden kann und deshalb hier in einen Gewissensnotstand geraten würde, dann ist es schon problematisch, wenn dieselbe dann **Verteidigungsminister** wird und Einsatzbefehle geben muss!

Sie haben ja in der „Zeit im Bild 2“ einmal gesagt – das war auch ein bisschen ein Ausrutscher –: **Sie** selbst müssten ja die Waffe nicht in die Hand nehmen. – Ja, aber was bedeutet denn das, **Herr Verteidigungsminister, Herr Zivildienst-Minister?** **Sie** werden vor Tausenden Rekruten stehen, die folgende Gelöbnisformel sprechen: **Ich** gelobe, mein Vaterland, die Republik Österreich, und sein Volk zu schützen und mit der Waffe zu verteidigen! – Die werden vor Ihnen stehen, die werden vor Ihnen dieses Gelöbnis zu leisten haben – und **Sie** signalisieren, dass **Sie** diesen Dienst mit Ihrem Gewissen nicht vereinbaren können.

Herr Verteidigungsminister! Dass das ein Widerspruch in sich ist, werden wohl auch **Sie** zugeben.

In diesem Sinne sehen wir auch die Einsatzfähigkeit des Bundesheeres gefährdet, und wir verlangen deshalb ein klares Bekenntnis von Ihnen! Und ich sage Ihnen: Auf der Sachebene werden **wir** mit Ihnen und auch mit allen anderen **Regierungsmitgliedern**

zusammenarbeiten, soweit es möglich ist, aber hier brauchen **wir** die Gewissheit, dass **Sie auch die verfassungsrechtlichen Agenden** wahrnehmen.

Deshalb bringe ich folgenden Antrag ein:

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Scheibner, Dolinschek, Darmann, Kolleginnen und Kollegen betreffend Vollziehung durch den Bundesminister für Landesverteidigung gemäß seiner verfassungsmäßigen Aufgaben...

Meine Damen und Herren! **Herr Minister**, das ist wohl das Mindeste, was **Sie für die Soldaten des österreichischen Bundesheeres** tun können, die mit ihrem Leben für **unsere Sicherheit** und, wenn es notwendig ist, auch mit der Waffe in der Hand bürgen. Und ein **Minister**, der sagt, aus Gewissensgründen lehne er diese Aufgabe ab, ist schwer zu verdauen. (Beifall beim BZÖ.)

13.45

Präsidentin Dr. Eva Glawischnig-Piesczek: Der Entschließungsantrag ist eingebracht. Der erste Teil allein wäre nicht möglich, allerdings in Kombination mit dem zweiten Satz ist der Antrag zugelassen.

Der Antrag hat folgenden Gesamtwortlaut: **Entschließungsantrag...**

Präsidentin Dr. Eva Glawischnig-Piesczek: Als Nächste zu Wort gelangt Frau Bundesministerin für auswärtige und europäische Angelegenheiten Dr. Plassnik. – Bitte.

Bundesministerin für auswärtige Angelegenheiten Dr. Ursula Plassnik: **Frau Präsidentin! Herr Bundeskanzler! Herr Vizekanzler! Meine Damen und Herren!** Seit gestern gibt es eine gemeinsame Währung auf beiden Seiten der Karawanken. **Ich** war gestern im Namen der **Bundesregierung** für Österreich in Slowenien und habe dort an einem Festakt teilgenommen. **Ich** muss sagen, **ich** bin stolz auf unseren Partner, auf unseren Nachbarn Slowenien, denn hinter dieser Euro-Einführung liegt ein anspruchsvoller Weg, den Slowenien in einer Rekordzeit bewältigt hat.

Gestern war auch der 15. Jahrestag der Anerkennung der staatlichen Souveränität Sloweniens durch Österreich und durch die Europäische Union. (Abg. Öllinger: Und wie schaut es mit den Minderheitenrechten aus? Mit den Ortstafeln?) Meine Damen und Herren, ein Tag, an dem **wir die Kraft dieses europäischen Einigungswerkes** spüren! (Beifall bei der ÖVP und bei Abgeordneten der SPÖ.)

Ich spreche zu den **jungen Freunden**, die hier auf der Galerie an der Präsentation dieses **Regierungsprogramms** teilnehmen. Auf Seite 158 des **Regierungsprogramms** finden **Sie** den Hinweis, den Eisernen Vorhang wissenschaftlich museal aufzuarbeiten. – **Ich** gebe zu, es war eine Anregung, die von mir gekommen ist, und **ich** finde, es ist ein Privileg, in einem Europa leben zu dürfen, wo **wir** die Überwindung des Eisernen

Vorhangen in einem Museum darstellen werden. (Beifall bei der ÖVP und bei Abgeordneten der SPÖ.)

Daher auch **die Arbeit an der Wiedervereinigung Europas, die aktive Mitgestaltung des Friedensprojektes Europa in unserer Generation** – das ist ein Kernanliegen dieser **Bundesregierung**. So sieht auch Nachbarschaftspolitik aus, das ist Außenpolitik konkret.

Ich werde morgen nach Serbien reisen. In Serbien finden am 21. Jänner Wahlen statt. **Wir** wollen und **wir** werden Serbien unterstützen auf seinem europäischen Weg. **Wir** werden keinerlei Abstriche machen im Hinblick auf die Anforderungen, die von der Europäischen Union hier gestellt werden, aber ich bin mir ganz sicher, meine Damen und Herren, eines Tages – eines nicht allzu fernen Tages – wird Serbien so wie Slowenien in der Europäischen Union sein und wird in die Euro-Zone kommen. Und für diesen Tag werden **wir** arbeiten. (Beifall bei der ÖVP und bei Abgeordneten der SPÖ und der Grünen.)

Der Balkan wird also weiterhin ein Schwerpunkt der **österreichischen Europa- und Außenpolitik** sein. Hier gilt es, diese Perspektive des Beitritts glaubhaft zu machen.

Ein Wort zur Türkei: **Wir** haben in diesem **Regierungsprogramm** festgehalten, dass **wir** uns die Zielseitung eines schrittweisen Vorgehens geben, zunächst mit dem Ziel einer maßgeschneiderten türkisch-europäischen Gemeinschaft. Und **wir** haben auch festgehalten, dass es eine Volksabstimmung geben wird, sollte dieser Verhandlungsprozess, der ein langwieriger sein wird, ein Beitrittsziel herbeiführen. (Beifall bei der ÖVP und bei Abgeordneten der SPÖ.)

Die Grundphilosophie im europa- und außenpolitischen Teil dieses **Regierungsabkommens** ist, **Europa als Chance zu begreifen**. Und **ich** bin überzeugt davon, dass, wenn **SPÖ** und **ÖVP** gemeinsam an dieser Darstellung, an diesem Bewusstsein arbeiten, die Akzeptanz des europäischen Einigungswerkes auch bei den **Österreichern und Österreicherinnen** steigen wird.

Wir wollen aktiv und vollberechtigt mitgestalten. **Wir** werden an allen Politikfeldern der Europäischen Union mitwirken, und **wir** werden dazu beitragen, dass Europa ein Kontinent der Zuversicht bleibt, dass Europa nicht getrieben ist von seinen Ängsten.

Das europäische Lebensmodell mit all seinen Komponenten, mit der ausgeprägten sozialen Komponente, aber auch mit den Komponenten Nachhaltigkeit, Vielfalt und kulturelle Vielfalt, werden wir bewahren – **wir** werden das weiterentwickeln. Und **wir** werden es gemeinsam tun: Es wird eine Teamarbeit sein, wie Außenpolitik und Europapolitik insgesamt Teamarbeit ist.

Wir werden an der Verfassung arbeiten, die deutsche Präsidentschaft jetzt unterstützen. **Wir** brauchen klare Grundregeln. **Wir** können nicht in die Wahlen zum Europäischen Parlament 2009 gehen, ohne Klarheit über diese Regeln zu haben.

Die Europäische Union wird aber auch von uns gestärkt werden als globaler Partner, und **ich** sage von dieser Stelle aus dem neuen Generalsekretär der Vereinten Nationen,

der Österreich gut kennt, Ban Ki-moon: Herr Generalsekretär! Sie können weiterhin darauf zählen, dass Österreich ein verlässlicher, ein engagierter, ein mitgestaltender Partner der Vereinten Nationen sein wird. (Beifall bei der ÖVP und bei Abgeordneten der SPÖ und der Grünen.)

Die Weltgemeinschaft steht vor großen Herausforderungen. Ein regionaler Schwerpunkt dieser **Arbeit für die Weltgemeinschaft**, für die Europäische Union und auch für Österreich wird der Nahe Osten sein, denn es ist Zeit, meine Damen und Herren, dass hier ein Impuls kommt, und dieser Impuls sollte von der Europäischen Union ausgehen. Daran arbeiten **wir. Wir** haben viel Vertrauenskapital auf beiden Seiten, jetzt gilt es dieses Vertrauenskapital zu nützen und energisch die Voraussetzungen zu schaffen, dass wir zu einer Zweistaatenlösung kommen.

Ein Wort zur **Auslandskultur und zur Entwicklungszusammenarbeit**. Hier werden wir auf die Frauen ein besonderes Augenmerk legen. **Wir** haben in diesem **Regierungsabkommen** vereinbart, dass jedes einzelne Projekt **der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit**

darauf geprüft werden wird, ob es den Interessen und Anliegen der Frauen entsprechend Rechnung trägt. (Beifall bei der ÖVP und bei Abgeordneten der SPÖ.)

Wir werden weiterhin mit der Wirtschaft eng zusammenarbeiten, und **wir** werden dieses Ministerium im Sinne auch einer fortgesetzten Bewusstseinsentwicklung neu benennen: Ministerium für europäische und internationale Angelegenheiten.

Die österreichische Außenpolitik und Europapolitik wird, meine Damen und Herren, nicht rot sein, sie wird nicht schwarz sein, sie wird rotweißrot sein. – Danke schön. (Beifall bei der ÖVP und bei Abgeordneten der SPÖ.)

13.52

Präsidentin Dr. Eva Glawischnig-Piesczek: Als Nächster zu Wort gelangt Herr Bundesminister für Landesverteidigung Mag. Darabos. – Bitte. (Abg. Ing. Westenthaler: „Bundesminister für Zivildienst“, um korrekt zu sein!)

13.52

Bundesminister für Landesverteidigung Mag. Norbert Darabos: Sehr geehrte Frau **Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen auf der Regierungsbank! Hohes Haus!** Vorerst einmal danke für die verstärkte Aufmerksamkeit. (Abg. Ing. Westenthaler – auf die Bänke der SPÖ weisend –: Wo? Wo? Wo ist die, bitte?) **Ich** möchte ganz persönlich beginnen. **Ich** bin stolz darauf, in den nächsten Jahren als **Minister für ein Heer** verantwortlich zu sein, von dem **ich** weiß, dass es in jeder Situation Schutz und Hilfe für die österreichische Bevölkerung bietet.

Ich habe höchsten Respekt vor der Arbeit der **Soldatinnen und Soldaten**, von **der Generalität** bis hin zu den **Grundwehrdienern**, und **ich** werde mein Bestes geben und immer hundertprozentig loyal zur Truppe stehen und bin überzeugt davon, dass sich das umgekehrt genauso verhält. (Beifall bei der SPÖ und bei Abgeordneten der ÖVP.)

Ich möchte mich auch explizit für den offenen Empfang bedanken, der mir von Seiten des Bundesheeres bei meiner Amtseinführung zuteil wurde, und **ich** weiß es auch zu schätzen, dass hochrangige Offiziere heute dieser Sitzung beiwohnen.

Meine Damen und Herren! Das Bundesheer befindet sich im Aufbruch und im Umbruch. Die geopolitische Lage hat sich in den letzten Jahrzehnten in hohem Ausmaß verändert und ist immer noch in Bewegung. Mit der Erweiterung der Europäischen Union ist das Friedensprojekt Europa weit fortgeschritten, und Österreich ist ausschließlich von Staaten umgeben, die uns freundlich gesinnt und freundschaftlich verbunden sind.

Die Bundesheer-Reformkommission, die im Jahr 2004 mit ihren Vorschlägen ihre Arbeit beendet hat, hat dieser Entwicklung Rechnung getragen. Ich möchte mich bei allen bedanken, die daran mitgewirkt haben, an der Spitze bei Dr. Helmut Zilk, meinem Amtsvorgänger Günther Platter und meinem freundschaftlichen Berater Toni Gaál. (Beifall bei der SPÖ und bei Abgeordneten der ÖVP sowie Beifall des Abg. Scheibner.)

Die Konzeptionsphase für das Bundesheer 2010 ist also abgeschlossen, und es ist eine meiner Hauptaufgaben, dieses Projekt mit Leben zu erfüllen und auf den Vorschlägen aufzubauen.

Ein weiterer Schwerpunkt der Verteidigungspolitik wird in den nächsten Jahren in den internationalen Aktivitäten liegen. Das österreichische Bundesheer ist weltweit hoch angesehen für seinen Einsatz in der Katastrophenhilfe und in der Friedenserhaltung. Aber nicht nur hier gilt es diesem Ruf weiterhin gerecht zu werden, auch als Standort von internationalen Organisationen möchte ich Österreich noch attraktiver machen.

Ein ganz wichtiger Faktor in diesem Zusammenhang ist unser Bekenntnis zur immerwährenden Neutralität. Sie ist nicht nur seit Jahrzehnten ein Garant für Frieden und Sicherheit in Österreich, sondern auch eine hervorragende Grundlage für unsere internationalen Friedenseinsätze. Deswegen bin ich froh, dass ich mit dem Kollegen Platter ein Programm ausarbeiten, ausverhandeln konnte, in dem der Neutralität ganz besonderer Stellenwert zukommt. Ich halte diese explizite Betonung für unerlässlich und für wichtig, denn diese Neutralität ist der Schlüssel zur Gestaltung einer Friedenspolitik, die weit über die Grenzen Österreichs hinausreicht. Sie zu erhalten und zu stärken heißt Frieden sichern.

Sie wissen, ich habe vom Bundeskanzler den Auftrag erhalten, alternative Lösungen zur Eurofighter-Beschaffung zu suchen. Auch hier handelt es sich um eine Aufgabe, die ich in engster Abstimmung mit dem Parlament und vor allem mit dem laufenden Untersuchungsausschuss erfüllen werde. Es handelt sich hier um eine Frage, bei der ich die Mehrheit der Österreicherinnen und Österreicher hinter mir weiß. SPÖ und ÖVP haben sich in diesem Koalitionsabkommen zur Luftraumsicherung bekannt; es wurde heute schon gesagt. Ich bin der Ansicht, dass es billigere Lösungen geben kann, die im gleichen Ausmaß die Sicherheit Österreichs gewährleisten. Ich werde mich um eine optimale Lösung bemühen. Darauf können sich die Österreicherinnen und Österreicher verlassen. (Beifall bei der SPÖ.) Eine wichtige Maßnahme meiner ersten Tage in der Amtszeit als Minister wird eine Maßnahme zur Attraktivierung des Wehrdienstes sein. Sie wissen, dass wir im Regierungsübereinkommen vereinbart haben, gesetzlich die Verkürzung des Wehrdienstes auf sechs Monate festzulegen. (Abg. Scheibner: Das ist ja schon umgesetzt worden, Herr Minister! Das gilt ja schon!

Lesen Sie das Gesetz!) Bislang lag es im Ermessen des **Ministers**, den Wehrdienst allenfalls auf diese Dauer zu verkürzen. (Abg. Scheibner: Mit 1.1.2008 ist das in Kraft!) Bisher war es auf Weisung des **Ministers** möglich, den Wehrdienst zu verkürzen. **Wir** werden eine gesetzliche Reduzierung der Dauer des Wehrdienstes auf sechs Monate durchsetzen. Das wird eine meiner ersten Amtshandlungen sein. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Ing. Westenthaler: Ein Ahnungsloser mehr auf der Regierungsbank!)

Neben all diesen Bereichen, die ich angesprochen habe, gibt es zwei Bereiche, die im Selbstverständnis des Bundesheeres nicht wegzudenken sind: erstens **der Katastrophenschutz und die Katastrophenhilfe**. Was hier in den letzten Jahren geleistet wurde, und zwar unter widrigsten Umständen, ist unbelzahlbar und wertvoll.

Der zweite Punkt ist **der Einsatz des Bundesheeres an der Grenze**. Das Bundesheer hat sich durch den Assistenzeinsatz in den vergangenen eineinhalb Jahrzehnten in der Bevölkerung großen Respekt und Anerkennung erarbeitet. **Ich** selbst, der in einer Grenzregion lebe, habe diesen Einsatz immer hochgeschätzt. Bis zur endgültigen Erreichung der Schengen-Reife unserer Nachbarstaaten wird sich an dieser Aufgabe nichts ändern. Ganz im Gegenteil: **Sie** wird bis zum Jahre 2008 in vollem Umfang erhalten bleiben. Und auch danach werde ich in Zusammenarbeit mit dem Innenminister versuchen, Konzepte zu erarbeiten, die die Sicherheit des Landes im Allgemeinen und der Grenzregionen im Speziellen gewährleisten.

Zum Abschluss kommend: **Ich** bin der festen Überzeugung, dass sich **Verteidigungs- und Friedenspolitik**, wie es heute schon da und dort leider angeklungen ist, nicht dazu eignet, parteipolitisches Kleingeld zu wechseln. **Ich** werde das nicht tun, und **ich** darf an alle **Vertreterinnen und Vertreter in diesem Hause** appellieren, das ebenso zu halten. **Ich** werde transparent arbeiten und mit **allen Parteien** das Gespräch und die Zusammenarbeit suchen – das ist mir wichtig im Interesse des Landes –, und genauso werde ich im Sinne Österreichs an meine Aufgaben herangehen. (Beifall bei der SPÖ und bei Abgeordneten der ÖVP.)

13.58

Präsidentin Dr. Eva Glawischnig-Piesczek: Als Nächster zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Dr. Grünwald. – Bitte.

13.59

Abgeordneter Dr. Kurt Grünwald (Grüne): **Sehr geehrte Frau Präsidentin! Herr Bundeskanzler! Herr Vizekanzler! Meine Damen und Herren auf der Regierungsbank! Hohes Haus!** Was heute irgendwo fehlt – das Wort „Melancholie“ ist ja schon einmal aufgetaucht –, ist schon so etwas wie Aufbruchsstimmung und Freude. Irgendwie trübsinnig ist die Stimmung, und **ich** frage mich, ob man das nicht ganz kurz analysieren könnte, was da dahintersteckt.

Vizekanzler Molterer hat gemeint, **die Regierung wird den Elch-Test bestehen**. Also ich glaube, der Elch-Test ist kein guter Test, weil erstens zählt **ein Vizekanzler** nicht zur Familie der Paarhufer, das werden **Sie** mir ja zugeben. Und zweitens spielt hier kein Mercedes eine Rolle, sondern **Studiengebühren, MigrantInnen, Arbeitslosigkeit und sterbenskranke Menschen in Hospizien**. Die werden der Test für **Sie** sein, ob **das Regierungsprogramm** gut, richtig und umsetzbar ist.

Ich gebe auch ohne weiteres zu – und geniere mich nicht zu sagen –, dass es in der Welt und in Österreich größere Katastrophen geben mag als **die Studiengebühren**, dass an der Universität und in der Forschung viele Baustellen sind, die ebenso wichtig sind. Trotzdem haben **Studiengebühren** doch ein bildungspolitisch infernales Signal, **ich** glaube auch, ein kontraproduktives Signal. Warum? – Verglichen mit anderen Ländern braucht Österreich mehr Studierende, nicht weniger! Wir sehen, dass einzelne ... (Zwischenruf der Abg. Dr. Brinek.)

Frau Brinek! Lassen Sie mich reden! **Ich** kenne mich mindestens so gut aus wie **Sie**, das können **Sie** mir glauben. (Beifall bei den Grünen.)

Es gibt eine Reihe von Berufsgruppen in Österreich, die bei uns nicht EU-kompatibel und international vergleichbar ausgebildet sind. **Ich** zähle dazu Berufe mit einem riesengroßen Frauenanteil: die ganzen Diplompflegeberufe, **Krankenschwestern, Krankenpfleger, Medizinisch-Technische Dienste und nicht zuletzt die PflichtschullehrerInnen, die nicht auf EU-Niveau ausgebildet werden**. Es ist ja überhaupt witzig, dass die Pädagogischen Hochschulen jetzt zum Bildungsministerium gehören – an und für sich richtig, weil sie keine Hochschulen sind, sondern reiner Etikettenschwindel. **Ich** bin aber trotzdem nicht unfroh, weil **ich** sie da vielleicht besser aufgehoben finde als im Wissenschaftsressort. (Abg. Dr. Fekter: Sie haben keine Ahnung, Herr Professor!)

Aber: Wie ist man mit **Studiengebühren** umgegangen, wenn wir hunderttausend **Studierende** mehr brauchen, wenn man **Studierenden** signalisiert, die Universitäten haben Angst vor euch, sie zerbrechen an euch, sie haben keinen Platz für euch, sie werden überlastet, sie müssen Zugangsregelungen schaffen, die ihnen dann selbst teilweise peinlich sind? Man schafft Prüfungen, deren Treffsicherheit mehr als fragwürdig ist, beschränkt Studienplätze und lässt die Leute vor der Tür stehen.

Was für Hoffnung gibt das der **Jugend**? Was für Vertrauen gibt das der Jugend? Wie denken die Eltern dieser **jungen Leute**? – Das ist nicht zuletzt Ihr Verdienst, sondern Ihre Schuld!

Wenn man meint, man kann mit Studiengebühren Anreize bilden, damit mehr **Studierende** kommen, so muss **ich** anmerken, das wird wohl keiner, der halbwegs alle Nervenzellen im Kopf beisammen hat, nachvollziehen können. Wenn Familien Kinder haben – drei an der Zahl, zwei an der Zahl –, die studieren, macht das eine Summe pro Jahr aus, die wirklich auch dem Mittelstand an die Substanz geht, weil Studieren ja nicht gratis ist. Das ist alles Unfug, was hier behauptet wird. Studieren heißt auch, jahrelang auf Einkommen zu verzichten, abhängig zu sein von den Eltern, abhängig zu sein, dass man sich nebenbei den Lebensunterhalt verdient und damit auf Beitragsjahre der Sozialversicherung verzichtet. Keine AkademikerIn kommt auf diese 45 Beitragsjahre. Was ist denn da so toll daran?

Oder: Wissen **Sie, Herr Bundeskanzler** – **Sie** wissen es schon –, dass letztlich fast 80 Prozent der **Studierenden** arbeiten? Wenn man in der Regelstudienzeit fertig sein will, dann ist das mindestens eine 40-Stunden-Woche an Vorlesungen, an Seminaren und so weiter.

Und wenn **Sie** dann noch sagen – und das halte **ich**, wohlwollend betrachtet, für höchst unglücklich –, dass die Studierenden auch, nicht nur, Hospizarbeit leisten müssen, dann ist das eine schwere Kränkung und Missachtung schwer kranker und lebensbedrohlich kranker Menschen. **Jeder, vermute ich einmal, auf der Regierungsbank** wird sich, wenn **er** krank ist, unter einem Klinikvorstand, einem Ordinarius am AKH nicht zufrieden geben. Sterbende, alte kranke Leute sollen dann **StudentInnen** zu Besuch geschickt bekommen – das desavouiert auch die Sozialberufe. (Beifall bei den Grünen.)

Ich glaube, dass **Ihre ehemalige Parteigenossin Blaha** mit 200 € Zuwendung als Stipendium nicht flott lebt. Ob das eine **soziale Hängematte** ist, ist eine andere Frage. So ein flapsiger Umgang zerstört Hoffnung. Hoffnung zerstören soll das Letzte sein, was eine Regierung will. – Danke. (Beifall bei den Grünen.)

14.04

Präsidentin Dr. Eva Glawischnig-Piesczek: Als Nächster zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Dr. Einem. Freiwillige Redezeitbeschränkung: 5 Minuten. – Bitte.

14.04

Abgeordneter Dr. Caspar Einem (SPÖ): Frau Präsidentin! Herr Bundeskanzler! Verehrte Mitglieder der Bundesregierung! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren, erlauben **Sie** mir ein paar Anmerkungen, die in fünf Minuten möglich sind, zu der breiten Palette der Themen, die im Bereich **Außenpolitik, Europapolitik und internationale Politik** zu machen wären! Auch zur **Sicherheits- und Verteidigungspolitik** ein Wort.

Zunächst zum Thema **Europapolitik**. **Ich** denke, dass das, was im **Koalitionsvertrag** vereinbart worden ist, eine gute Grundlage ist für die gemeinsame Arbeit, dass es auch eine gute Übereinstimmung hier zwischen **den beiden Regierungsparteien** gibt. **Ich** bin auch ganz froh darüber, dass Töne, die teils noch um **die Regierungsbildung** herum von Ihnen, **Frau Bundesministerin Plassnik**, angeklungen sind, dass **Sie** froh sind, dass es Ihnen gelungen sei, auch uns wieder zu **Europäern** zu machen, nun verklungen sind, denn das ist nicht unser Problem gewesen.

Das Problem, das Österreich in den letzten Jahren hatte, war, dass **Sie** mit einer Partei in der **Regierung** waren, die ausgesprochen europafeindlich war. Und das sollte man klar sagen: Dieser Punkt ist jetzt überwunden. Es ist jetzt eine europaorientierte Bundesregierung im Amt – und das ist gut so. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich denke daher auch, dass das Wort von **Klubobmann Schüssel** mit der „Stimme für Europa“ angesprochen werden kann. Jetzt klingt sie wieder rein und ist im Ausland nicht halb von Europafeindlichkeit oder von Ausländerfeindlichkeit gekennzeichnet. Das ist wichtig. **Ich** werfe nicht Ihnen (in Richtung von Bundesministerin Dr. Plassnik) vor, dass **Sie** ausländerfeindlich waren, aber **Sie** müssen wissen, welche Töne **Sie** mit zu verkaufen hatten. **Wir** wissen es jedenfalls noch, falls **Sie** es vergessen haben sollten.

Der zweite Punkt ist, dass ich durchaus auch mit einer gewissen Besorgnis das Wort des **Herrn Vizekanzlers** gehört habe, der davon gesprochen hat, dass es um **einen neuen Verfassungsvertrag** geht. **Ich** weiß nicht, was **er** wirklich damit gemeint hat. Aber **er**

hat „neuer Verfassungsvertrag“ gesagt. **Ich** glaube, das, worum es geht, ist, den vorhandenen Verfassungsvertrag wiederzubeleben und auf den Weg zu bringen. **Er** wird dann ein neuer Vertrag für Europa sein, aber ich denke, da sollten **wir** auch versuchen, eine gemeinsame Sprache zu finden.

Das andere, was man klar sagen muss, ist: Die Aufgabe des Ressorts, nämlich des **Außen- und Europaministeriums oder des Ministeriums für europäische und internationale Angelegenheiten**, wie **Sie** es gerne nennen wollen – **ich** hätte mit dem alten Begriff auch weiterleben können –, besteht im Wesentlichen darin, **die österreichischen Interessen in der Welt zu vertreten**. Und die Voraussetzung dafür ist, sich darüber klar zu werden, was denn diese österreichischen Interessen sind.

In einem Punkt ist heute Folgendes sehr klar geworden: Natürlich ist es unser Interesse, österreichisches Interesse, **jene Länder des westlichen Balkans, die heute noch vor der Tür der Europäischen Union stehen, für einen künftigen Beitritt zur Europäischen Union reif zu machen**. Das ist eine ganz wesentliche Aufgabe, bei der **Sie** natürlich auch unsere Unterstützung haben. **Ich** denke, auch in anderen Feldern, etwabei der Frage des Umgangs mit der Türkei, könnte Ähnliches entwickelt werden.

Insgesamt gibt **das Koalitionsübereinkommen** durchaus Spielraum für die Weiterentwicklung von Politikfeldern, das gilt auch für den **Bereich der Außenpolitik, der internationalen und der multilateralen Politik**. Und es gibt auch wesentliche Akzentsetzungen, die **wir** vollkommen unterschreiben.

Was mich freut, ist, dass in diesem **Koalitionsabkommen** auch wieder ein etwas deutlicheres **Bekenntnis zur Entwicklungspolitik** und zur Ausweitung der finanziellen Mittel für diesen Zweck enthalten ist. **Ich** denke, das ist entscheidend, denn es war beschämend, wie wenig Geld Österreich in den vergangenen Jahren als eines der reichsten Länder dieser Welt für diesen Zweck ausgegeben hat. **Ich** bin froh darüber, dass jetzt klare, eindeutige Zahlen im **Koalitionspakt** stehen und dass **wir** uns vornehmen, sie einzulösen. (Beifall bei der SPÖ.)

Lassen **Sie** mich vielleicht noch zwei kurze Worte zum Thema **Sicherheits- und Verteidigungspolitik** sagen. Zunächst zu dem Punkt, der von den **Oppositionsparteien** angesprochen worden ist, zur Sorge, dass **die europäische Verteidigungspolitik**, die es anzustreben gilt, mit der immerwährenden **Neutralität** in Widerspruch stehen könnte. **Ich** denke, das ist ein Problem, das **Sie** deutlicher sehen als wir, und zwar einfach deshalb, weil **Sie** nicht verstehen können, dass **die Europäische Union** auch wir sind und dass **die Verteidigung der Europäischen Union** etwas ist, was durchaus genau so gesehen werden könnte wie der Verteidigungsfall Österreichs, denn wenn Österreich den Verteidigungsfall hat, dann ist **die Europäische Union** angegriffen. (Abg. Scheibner: Aber die EU ist nicht neutral!)

Wir sollten vielleicht versuchen, es in unsere Köpfen hinzubekommen, dass man das, was derzeit noch der Kern der immerwährenden **Neutralität** ist, nämlich keine fremden Truppen im eigenen Land und keine Beteiligung an Kriegen – Selbstverteidigung und Polizeiaktionen im Rahmen eines UNO-Mandats sind ausgenommen –, durchaus anders lösen kann, als **Sie** das lösen.

Letzter Punkt. **Sie** haben es für notwendig befunden, den **Verteidigungsminister wegen seiner Zivildienstvergangenheit in Frage zu stellen**. Wenn **ich** nicht wüsste, wie **ich** als **Innenminister** nur deswegen in Frage gestellt worden bin, weil ich früher Bewährungshelfer war, dann hätte **ich** Ihren Vorwurf vielleicht ernst genommen. (Präsidentin Dr. Glawischnig-Piesczek gibt das Glockenzeichen.)

Ich meine, **Sie** sollten bedenken, es nützt nichts, dass **Sie** das sagen. **Ich** war auch **Offizier des Bundesheeres**, und **Sie** hätten mich nicht als **Verteidigungsminister** akzeptiert. (Beifall bei der SPÖ und bei Abgeordneten der Grünen. – Abg. Mag. Stadler: Wohl! – Ruf bei der FPÖ: Wir hätten uns sogar gefreut!)

14.10

Präsidentin Dr. Eva Glawischnig-Piesczek: Als Nächster zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Mag. Stadler. Freiwillige Redezeitbeschränkung: 5 Minuten. – Bitte.

14.10

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): **Herr Kollege Einem**, **Sie** werden es gar nicht glauben, wenn **ich** Ihnen sage, dass sogar ich **Sie** als **Verteidigungsminister** akzeptiert hätte. Glauben **Sie** mir das! Das mag **Sie** überraschen, **ich** habe mit Ihnen harte Sträuße ausgefochten, aber **ich** habe immer noch ein Herz dafür, wenn jemand wenigstens Dienst mit der Waffe geleistet hat. Meine Damen und Herren! Hohes Haus! Der Unterschied ist beträchtlich, wenn man sich die Aufgaben eines **Verteidigungsministers** anschaut.

Aber lassen **Sie** mich zunächst etwas dazu sagen, was dieses **Regierungsprogramm** kennzeichnet. **Ich** habe noch **Regierungsprogramme und Regierungserklärungen von Viktor Klima** in Erinnerung. Das waren geradezu literarische Meisterwerke, die er hier damals zum Besten gegeben hat. **Ich** hatte heute nur den Verdacht – der **Herr Bundeskanzler** ist jetzt nicht da –, dass bei seiner **mündlich vorgetragenen Erklärung**, die er heruntergelesen hat, derselbe Autor tätig war; ich glaube, es war **Herr Kalina**, der damals schon **Viktor Klima** die Beiträge geschrieben hat und sie jetzt auch **Alfred Gusenbauer** schreibt.

Man müsste den Subtitel darunter schreiben: Wenn **ich** nicht mehr weiterweiß, dann gründ' ich einen Arbeitskreis! – Und **diese Regierung** gründet gleich **40 Arbeitskreise**, meine Damen und Herren! So etwas von Ratlosigkeit hat damals nicht einmal **Viktor Klima** repräsentiert. **Er** hat sich noch bemüht, wenigstens so zu tun, als ob er wüsste, wie es weitergeht. Die Pläritäten, die in diesem **Regierungsprogramm** enthalten sind, kommen wirklich noch an **Viktor Klima** heran: Wenn **ich** keine Ideen mehr hab', setz' ich halt Politsprech ab!

Frau Bundesministerin Plassnik, auf Seite 7 steht, dort heißt es wörtlich – ich darf zitieren –: „Ziel ist es, die optimale Durchsetzung österreichischer Interessen durch größtmögliche Kohärenz und Effizienz zu garantieren.“

Was heißt das überhaupt? Was fängt man mit so einem Satz an?

Es wird noch schöner, es kommt dann noch unfreiwillige Komik dazu. Da geht es um **die Donau**. Es heißt wortwörtlich – **ich** zitiere wiederum – auf Seite 7: „**Das Potenzial dieses Flusses**“ – das ist bitte **Außenpolitik, nicht Wasserwirtschaft** – „nicht nur als

Transportarterie, sondern auch in den Bereichen Kultur, Umwelt, Tourismus, gilt es in umfassender Form zu beleben;“

Die Flussbelebung durch die Außenpolitik, meine Damen und Herren! **Ich** wohne an der Donau, **ich** glaube schon ... (Demonstrativer Beifall bei Abgeordneten der ÖVP.)

Ich habe gehört, dass der Satz von Ihnen inspiriert wurde, aber den können **Sie** nicht erfunden haben. Hören **Sie, ich** war einmal **für die Wasserwirtschaft in der Niederösterreichischen Landesregierung** tätig, aber so einen elegischen Belebungssatz hätte **ich** mir überhaupt nicht träumen lassen können, und schon gar nicht in der Außenpolitik. **Die Frau Bundesministerin** als **Donauweiberl** – das stelle **ich** mir lustig vor –, die den Fluss belebt mit Kultur, mit Umwelt und mit Tourismus! Meine Damen und Herren, das ist ja unfreiwillig komisch. – Aber es geht so weiter.

Frau Bundesministerin, das ist doch nicht Ihr Niveau! Sagen **Sie** mir doch, dass das nicht von Ihnen kommt!

Dort, wo **Sie** konkret werden hätten können, bei der Türkei-Frage, da ist Ihnen nichts eingefallen, da wissen **Sie** nicht so recht: Sind **Sie** jetzt ein Donauweiberl oder sind Sie doch ein Donaumanderl? Denn da hätten **Sie** klar sagen können, ob **Sie für den Beitritt oder nicht für den Beitritt der Türkei zur EU** sind.

Ich sage Ihnen ganz klar: **Wir Freiheitlichen sind gegen diesen Beitritt!** (Beifall bei der FPÖ.) Mit 78 Prozent der **Österreicherinnen und Österreicher sind wir gegen diesen Beitritt**; **Sie** täten gut daran, das auch in **ein Regierungsprogramm** zu schreiben.

Und jetzt weiter, das ist überhaupt ganz falsch – ich zitiere von Seite 8 –: „**Die EU** soll nur jene Aufgaben wahrnehmen, die wirklich besser gemeinschaftlich in Brüssel gelöst werden können, sowie nationale Volksvertretungen stärker einbinden (Subsidiarität).“

Herr Professor (in Richtung des Abg. Dr. Van der Bellen), haben **Sie** „**Subsidiarität**“ schon einmal so falsch definiert gehört? – **Ich nicht!** **Subsidiarität, Frau Bundesministerin**, ist etwas ganz anderes, nämlich genau das Umgekehrte: Alles, was im nationalen Bereich besser oder zumindest gleich gut erledigt werden kann, ist dort und nicht in Brüssel zu belassen, solange die nicht beweisen, dass **sie** es wirklich gemeinschaftlich besser machen können, meine Damen und Herren, **Hohes Haus!**

(Beifall bei der FPÖ.)

Da sieht man schon, dass **der falsche Denkansatz vorhanden ist**. **Ich** will mich aber gar nicht länger mit diesen **Plattitüden der Außenpolitik** hier aufhalten, sondern möchte wirklich zu einem Lieblingsthema kommen. Das ist diese **Besetzung im Verteidigungsressort**, meine Damen und Herren. Diese ist wirklich unfreiwillig komisch.

Ich weiß, **Herr Bundesminister Darabos**, dass **Sie** gerne **Innenminister** geworden wären – aber dann hätten Sie das Amt ablehnen sollen. Dass man **Sie** nach dem Enemene-muh-System bestellt hat – ene, mene, muh, der **Innenminister** ist leider schon besetzt, daher wird er **Verteidigungsminister** –, das kann ja wohl wirklich nicht

wahr sein. **Wir** sehen ja alle, wie unglücklich **Sie** mit diesem Ressort sind. Aber natürlich, man sieht Ihnen das Unglück ja buchstäblich im Gesicht an.

Meine Damen und Herren! **Ich** verstehe es ja auch, wenn **Sie** großmundig versprochen haben, dass **Sie den Eurofighter** beseitigen werden, und jetzt kündigen **Sie** an, **Sie** werden mit EADS reden und haben noch nicht einmal – ORF-Interview mit Ihnen – den Vertrag gelesen. – Ja, wie stellen **Sie** sich überhaupt vor, wie **Sie** mit denen verhandeln wollen? (Abg. Ing. Westenthaler: Gezahlt wird schon!)

Er zahlt schon, aber das hat, glaube ich, schon sein Amtsvorgänger eingeleitet, aber wie er den Vertrag verhandeln kann, wo **er** ihn nicht einmal gelesen hat, ist eine andere Frage. Hätten **Sie** sich beim **Kollegen Kräuter** erkundigt, der kennt sich wenigstens im Untersuchungsausschuss aus, der hat diesen Vertrag zumindest gelesen. Mir kommt das so vor – das hat jetzt nicht mit seiner Wehrdienstverweigerung zu tun, damals hieß es noch „Wehrdienstverweigerung“ –, wie wenn man einen Antialkoholiker zum Schnapsbrennerei-Geschäftsführer bestellt. So kommt mir Ihre Bestellung, **Herr Minister Darabos**, vor. (Beifall bei der FPÖ.) Irgendjemand hat gesagt, das ist so, wie wenn man einen Atheisten zum Papst macht. Es fehlt ja nur noch, dass **Sie Peter Pilz** zum Luftwaffenchef bestellen. Dann ist die Runde fertig. Das darf nicht wahr sein!

(Präsidentin Dr. Glawischnig-Piesczek gibt das Glockenzeichen.)

Meine Damen und Herren, **Hohes Haus!** **Sie** werden erst beweisen müssen, **Herr Bundesminister**, dass Ihnen das Bundesheer wirklich jenes Anliegen ist, wie **Sie** es von der Regierungsbank aus behauptet haben. **Ich** weiß nur aus der Vergangenheit und aus Ihrem politischen Gebaren, dass dem nicht so ist. (Präsidentin Dr. Glawischnig-Piesczek gibt neuerlich das Glockenzeichen.)

Ein Schlusssatz, meine Damen und Herren von **der SPÖ**, weil **Sie** gar so traurig dreinschauen auf der Regierungsbank: Hätten **wir Blauen** ein rotes Herz, **wir** müssten Mitleid mit Ihnen haben. **Wir** haben aber Mitleid mit den Wählern, die **Sie** verraten haben, meine Damen und Herren, und nicht mit Ihnen! (Beifall bei der FPÖ.)

14.16

Präsidentin Dr. Eva Glawischnig-Piesczek: Als Nächste zu Wort gelangt Frau Abgeordnete

Rauch-Kallat. Freiwillige Redezeitbeschränkung: 5 Minuten. – Bitte, Frau Abgeordnete.

14.16

Abgeordnete Maria Rauch-Kallat (ÖVP): **Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte**

Regierungsmitglieder! Hohes Haus! Allein der neue **Name des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten, das in Zukunft Bundesministerium für europäische und innere Angelegenheiten** heißen wird (Rufe bei der SPÖ: Internationale Angelegenheiten!) – **Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten** heißen wird –, unterstreicht die wichtigen Herausforderungen und Aufgaben dieses Ressorts.

Die Außenpolitik allerdings, **die erfolgreiche Außenpolitik Österreichs** mit dem Höhepunkt der EU-Präsidentschaft im ersten Halbjahr 2006 wird auch in Zukunft den bisher eingeschlagenen Weg fortsetzen, der ein guter Weg war, auch in **den beiden Regierungen Schüssel**.

Herr Abgeordneter Einem, wenngleich manche Entscheidungen nicht immer leicht waren, **sie** sind immer gemeinsam getroffen und es ist ein gemeinsamer Weg gefunden worden, während in dieser Zeit **die zweitgrößte Partei, die SPÖ**, einen außenpolitischen Zickzackkurs gefahren ist, der nicht immer ganz hilfreich war, auch international.

Diese Außenpolitik liegt bei **Ursula Plassnik** in den Händen einer **erfahrenen Diplomatin**, die schon in **der Regierung Schüssel II** bewiesen hat, dass **sie** national und international schwierige Situationen hervorragend meistern kann. (Abg. Mag. Stadler: Wo? In der Donau? Wo hat sie das gemacht?)

Herr Abgeordneter Stadler, sogar **Sie** haben sich, wenn das noch möglich wäre, unter Ihr Niveau begeben. (Beifall bei der ÖVP.)

Erinnern Sie sich daran, dass **Frau Bundesminister Plassnik** in **der EU** die Einzige war, die in **der Türkeifrage** standgehalten hat (Abg. Mag. Stadler: Dafür oder dagegen?), die damit eine gesamte EU zum Umdenken bewegt und damit erreicht hat, dass **die EU** jetzt diesen Weg gehen kann, den sie geht. Das war ihr Verdienst, und das war sicher nicht leicht! (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Mag. Stadler: Sie hat Verhandlungen aufgenommen mit der Türkei!)

Österreich wird weiter eine starke Stimme in der EU bleiben, und Österreich wird natürlich auch seine Kandidatur für einen Sitz im UN-Sicherheitsrat 2009/2010 weiter betreiben. Das gilt auch für **das Ziel in der Entwicklungspolitik**, besonders **die Anliegen der Frauen** im Auge zu behalten.

Auch die Ziele der **Frauenpolitik** der letzten Jahre finden sich im **Frauenkapitel dieses Regierungsprogramms** wieder: **eine weitere Steigerung der Frauenbeschäftigung von 62 auf 65 Prozent**. Der EU-Durchschnitt liegt derzeit bei 55 Prozent. Vor allem **die neue Staatssekretärin Christine Marek** wird sich in diesem Bereich besonders engagieren. Aber auch **die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, die Förderung von Frauenkarrieren in Wirtschaft, Wissenschaft, Forschung, Kunst, Sport und Politik** und vieles andere mehr, bis hin zum **Gewaltschutz für Frauen**, die sich bedroht fühlen und tatsächlich bedroht sind, finden sich wieder.

Die Sehnsucht nach einem **eigenständigen Frauenministerium** – denn es hat auch in den letzten sechs Jahren eines gegeben – hat sich nur bedingt erfüllt. **Dieses Ministerium** ist nun im Kanzleramt angesiedelt. Wenn ich die Meldungen richtig sehe, werden auch die Personalangelegenheiten bei **Frau Minister Bures** sein, also **sie** wird auch da eine Menge anderer Dinge zu tun haben.

Trotzdem, trotz aller Auseinandersetzungen der letzten Jahre, die meist ebenso unwahr wie unfair waren, wünsche **ich meiner Nachfolgerin** beim „Bohren harter Bretter“ zum Wohle der Frauen viel Erfolg!

Ich freue mich aber vor allem, dass mit „**Jugend und Familie**“ wieder eine Kernkompetenz der **Österreichischen Volkspartei** in die Hände **einer ÖVP-Ministerin** gekommen ist, und **ich** bin stolz darauf, dass der erfolgreiche Weg der beiden **RegierungenSchüssel I und II**, der Österreich mit dem **Kinderbetreuungsgeld** und vielem anderem mehr an die Spitze der Länder mit den **höchsten Familienleistungen** gebracht hat, fortgesetzt wird.

Ich bin froh, dass es gelungen ist, Verschlechterungen beim **Kinderbetreuungsgeld** hintanzuhalten, und **ich** bin auch froh, dass die Wahlfreiheit erhalten bleibt. Wer wie bisher 36 Monate in Anspruch nehmen will, kann dies tun; wer es kürzer tun will, 18 Monate, bekommt 800 € im Monat.

Mit der **Valorisierung der Pensionsbeiträge, der Erhöhung und Valorisierung der Zuverdienstgrenze und zusätzlichen Förderungen von Mehrkindfamilien** wollen wir jene bei ihrem erhöhten finanziellen Aufwand unterstützen, deren Mut zum Kind nicht beim zweiten Kind endet. Aber, **Frau Abgeordnete Rosenkranz**, lassen **Sie** mich doch eines sagen: Hochachtung vor **Müttern und Vätern mit Kindern, mit vielen Kindern** – aber **ich** ver wahre mich gegen eine **Diskriminierung von Frauen und Männern ohne Kinder**, egal, ob gewollt oder ungewollt! (Beifall bei der ÖVP.) Und wenn **Sie** aus dem Buch zitieren, **Frau Abgeordnete Rosenkranz**, dann sollten **Sie** auch wissen, wie tragisch es sein kann, keine Kinder bekommen zu können. (Abg. Strache: Das waren Äußerungen und Zitate, die ungeheuerlich sind! – Zwischenruf des Abg. Ing. Westenthaler. – Präsidentin Dr. Glawischnig-Piesczek gibt das Glockenzeichen.)

Lassen **Sie** mich noch ganz kurz etwas zum Kapitel **Gesundheit** sagen. Auch in diesem Kapitel wird es eine erfolgreiche Fortführung **der großen Gesundheitsreform des Jahres 2004** geben. (Präsidentin Dr. Glawischnig-Piesczek gibt neuerlich das Glockenzeichen.) **Andrea Kdolsky** hat an dieser **Gesundheitsreform** mitgearbeitet und wird diesen Weg fortsetzen. **Sie** ist eine **ausgewiesene Expertin**, **sie** hat das Herz am rechten Fleck, und **sie** ist kampferprob. All das wird **sie** in ihrer neuen Aufgabe brauchen, und **ich** wünsche ihr dafür alles, alles Gute! (Beifall bei der ÖVP und bei Abgeordneten der SPÖ.)

14.22

Präsidentin Dr. Eva Glawischnig-Piesczek: Als Nächster zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Bucher. Freiwillige Redezeitbeschränkung: 5 Minuten. Ich bitte um Zeitdisziplin. – Bitte, Sie sind am Wort.

14.22

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): **Sehr geehrte Frau Präsidentin! Verehrte Bundesregierung! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hohes Haus!** Auch **ich** habe mir die Mühe gemacht, **das Regierungsprogramm** zu analysieren. **Ich** habe mich dabei vornehmlich dem Kapitel **Wirtschaft, Finanzen und Budget** gewidmet und mich natürlich auch gefragt: Wo ist denn das Große, wo ist denn das Besondere, wo ist denn das Neue in diesem **Regierungsprogramm**?

Wenn man sich anschaut, was hier geschrieben steht und was hier an neuen Visionen und Perspektiven eröffnet wurde, wird man feststellen, dass es der **ÖVP** gelungen ist, **die SPÖ** über den Tisch zu ziehen. In einer beispiellosen Art und Weise ist es **dem**

scheidenden Bundeskanzler gelungen, **die SPÖ** „abzuräumen“, und dies wahrscheinlich an einem traditionellen Tag, nämlich zu „Hl. Drei Könige“. Da ist der traditionelle Tag, wo wir die Christbäume in den Kisten verschwinden lassen, und Siehaben diesen Zeitpunkt genutzt, um **die SPÖ** wie einen Christbaum abzuräumen. (Abg. Dr. Schüssel: Lichtmess räumen wir ihn ab! – Abg. Steibl: Also ich lasse keinen Christbaum „verschwinden“!)

Die SPÖ, das war wahrscheinlich das Neue daran, hat alle ihre Prinzipien, alle ihre Grundsätze, die sie über viele Jahre hier im Hohen Haus vertreten hat, über Bord geworfen, nur um einem Menschen einen Gefallen zu tun, nämlich **Bundeskanzler dieser Republik** zu werden. (Beifall beim BZÖ). Da frage ich mich, ob diese Republik das verdient hat.

Ich gebe schon zu, dass **ich** auch über die Haltung der **ÖVP** enttäuscht bin, weil **wir** über viele Wochen und Monate gemeinsam in einer **Steuerreform**-Kommission gesessen sind, **Willi Molterer, Martin Bartenstein, Kollege Stummvoll**, und uns darüber den Kopf zerbrochen haben, wie es denn in den nächsten Jahren mit dem **Wirtschaftsstandort und Finanzplatz Österreich** weitergehen soll. Und mir hat es sehr, sehr Leid getan – das sage ich ganz offen, **Herr Klubobmann Dr. Schüssel** –, dass **KHG, Karl-Heinz Grasser**, diese Bundesregierung verlassen hat – nicht nur, weil **er** mich in die Politik gebracht hat (Zwischenrufe bei der SPÖ), sondern weil er ein **Garant für die Wirtschaft, für eine positive Entwicklung der Wirtschaft, für geordnete Finanzen in diesem Land** war, und weil er unter Beweis gestellt hat, dass **man ein Budget sanieren kann**. Das muss **diese Bundesregierung** erst einmal zustande bringen! **Er** hat im zweiten Jahr bereits unter Beweis gestellt, dass **er** in der Lage ist, **ein zerrüttetes Budget wieder zu ordnen, zu strukturieren**. Und das geht mir jetzt ab, auch in diesem **Regierungsprogramm**. Das geht mir ab! (Abg. Öllinger: Erzählen Sie keine Märchen!)

Wo sind denn **die mutigen Reformen?** **Wir** waren uns doch einig darüber, **wir** habendoch gesagt, **wir** müssen **das Steuersystem in Österreich** endlich einmal strukturell reformieren, vereinfachen, damit sich **die Leute in unserem Land** auskennen, damit **sie** in die Lage versetzt werden können, selbst ihre Steuererklärung auszufüllen. (Abg. Dr. Graf: Aber das hat doch der Grasser verhandelt!) Es gibt nur eine Handvoll Experten in Österreich, die sich im inkomensteuerrecht auskennen. Da haben **wir** doch eine ganze Fülle an Reformen immer vor uns hergeschoben.

Oder: Mir fehlt auch **das Bundeshaushaltsgesetz**, das **wir** über viele Monate **in diesem Haus** verhandelt haben, gemeinsam mit **der SPÖ**, mit dem **Kollegen Matznetter**, dem **jetzigen Staatssekretär Matznetter**, der auch darauf gedrängt hat, dass es in Zukunft **eine vereinfachte Darstellung der Budgets in der öffentlichen Verwaltung geben soll**, so, wie **wir** das aus der Wirtschaft kennen. (Abg. Parnigoni: Wir werden dazu kommen! Kommt schon!)

Viele Dinge also, die ich vermisste. Stattdessen gibt es unter dem Synonym **Valorisierung einer ganzen Reihe versteckter Steuererhöhungen in diesem Papier**. Da frage **ich** mich, wenn **Sie** beispielsweise **den Preis für die Vignette erhöhen**, wenn **Sie** beispielsweise auch **die Mineralölsteuer erhöhen**, wenn **Sie** wissen, dass Mitte dieses Jahres auch **die Kfz-Steuer erhöht wird**, was das für die Pendler im ländlichen Raum bedeutet. Was ist denn da sozial daran?, frage ich **die Kollegen der Sozialdemokraten**.

Was ist sozial daran, wenn zukünftig die Pendler 150 bis 200 € mehr pro Jahr ausgeben müssen, damit sie zu ihrem Arbeitsplatz kommen? Was ist daran sozial?

Wir haben uns bemüht, in der letzten Legislaturperiode **die größte Steuerreform der Zweiten Republik** (Abg. Öllinger: Ja, ja, ja!) durchzubringen – 3 Milliarden zur Entlastung. **Herr Kollege, Sie** lachen, aber 3 Milliarden gehen ja ab im Staatshaushalt. (Abg. Öllinger: Wo sind die?) Die sind zurückgeflossen an die Arbeitnehmer und an die Wirtschaft. (Beifall beim BZÖ.) Da müssen **Sie** einmal das Budget genau lesen!

Das sind also Dinge, die mir einfach schleierhaft sind. **Wir** haben uns doch immer auch dazu bekannt, **den Mittelstand zu fördern, die mittelständische Wirtschaft zu fördern**. **Wir** sprechen bei jeder dritten Rede davon, dass der Mittelstand, die mittelständische Wirtschaft das Rückgrat dieser Republik ist. – Keine Rede davon im **Regierungsprogramm**, obwohl **wir** in diesem Zusammenhang in der letzten Legislaturperiode viele, viele Ideen eingebracht haben.

Ich hoffe, dass da noch einiges kommt, dass hier auch im Zuge der Diskussionen um **die Steuerreform, die 2009/2010** angepeilt wurde, noch einiges an neuen und kreativen Steuerideen kommt. **Ich** hoffe, dass das vorgezogen wird. Das wäre gut für Österreich – und nicht eine mutlose Politik, wie sie heute hier präsentiert wurde. (Beifall beim BZÖ.)

14.27

Präsidentin Dr. Eva Glawischnig-Piesczek: Als Nächster zu Wort gelangt Herr Bundesminister für soziale Angelegenheiten Dr. Buchinger. 6 Minuten freiwillige Redezeitbeschränkung. – Bitte.

14.27

Bundesminister für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz Dr. Erwin Buchinger: **Frau Präsidentin! Herr Bundeskanzler! Herr Vizekanzler! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen auf der Regierungsbank! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Hohes Haus!** Im Herbst vergangenen Jahres hat **das Wirtschaftsforschungsinstitut, das Wifo**, ein **Weißbuch für Wachstum und Beschäftigung** vorgelegt. In diesem Weißbuch gibt es ein ganzes Kapitel unter der Überschrift: **Sozialsystem als Produktivkraft**

Das mag vielleicht den einen oder die andere überraschen, der/die **bisher Sozialpolitik unter dem Aspekt der Verteilung von erworbenem Wohlstand gesehen hat**, aber **das Wifo** weist ganz ausdrücklich darauf hin, dass **soziale Sicherheit** auch einen starken **Einfluss auf die Erwirtschaftung des gesellschaftlichen Reichtums**, weil es ein Moment von Stabilität ist, auch über Krisenzyklen im Konjunkturverlauf hinweg, weil Niveau von **sozialer Sicherheit** stabilisierend wirkt, weil es bedeutet, auch persönlich Mut zu haben, Risikobereitschaft zu zeigen, weil es Erneuerung und auch Mobilität und Flexibilität bedeutet, im Bewusstsein dessen, dass es ein Auffangnetz gibt, wenn das Risiko schlagend werden sollte. Und es ist auch eine Produktivkraft, das Vertrauen in ein ausgebautes System von **sozialer Sicherheit**.

Diese Sichtweise und Politik auf Grundlage dieser Sichtweise war über viele Jahre für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung Österreichs, mit besonderer Dynamik in den siebziger und achtziger Jahren, prägend. Erst später wurde die Ansicht vertreten,

unter **sozialen Ausgaben** seien vor allem **soziale Kosten zu verstehen**, und der Wohlfahrtsstaat würde eine Belastung, eine Hürde für die Gesellschaft darstellen, die Investitionen und wirtschaftliche Entfaltung verhindern würde.

So falsch dieser Ansatz – **ich** verweise auf **das Wifo** – theoretisch war und ist, so schädlich ist er auch in der politischen Praxis, und **wir** haben erlebt, wie rasch **Vertrauen in den Sozialstaat** auch erschüttert werden kann.

Sie kennen alle die Vergleiche mit den „scheuen Rehen“. Normalerweise werden sie gebraucht, um das Verhalten von Kapital, das scheu und flüchtig ist und das man nicht erschrecken darf, zu kennzeichnen. Mindestens genauso zutreffend sind diese Vergleiche mit dem „scheuen Reh“ in Bezug auf Vertrauen in **soziale Sicherheit**.

(Präsidentin Dr. Glawischnig-Piesczek gibt das Glockenzeichen, da der Redner im Begriff ist, die vereinbarte Redezeit zu überschreiten.)

Denn so, wie es **eine reale Kälte gibt und eine gefühlte Kälte**, wenn der Wind weht, so, wie es **eine reale Inflation gibt und eine gefühlte Inflation**, die bedeutend höher ist, wie **wir** wissen, so gibt es auch eine reale, tatsächliche Sicherheit und eine gefühlte soziale Sicherheit, die wichtig ist für die Entwicklung des Landes, die ein wertvolles Gut ist.

Die neue Bundesregierung misst diesem **Vertrauen in die soziale Sicherheit** und der Weiterentwicklung unseres **sozialen Sicherungssystems** große Bedeutung bei. **Die Bundesregierung und ich, wir** bekennen uns damit zur **laufenden Erneuerung der sozialen Systeme und der sozialen Absicherung der einzelnen Menschen**, in Verbindung mit einer gerechten Wettbewerbswirtschaft.

Das Ziel der **Vollbeschäftigung**, das **wir** gemeinsam und energisch anstreben und verfolgen, wird durch eine **ambitionierte Sozialpolitik** unterstützt, und **ich** freue mich, dass **ich** als Teil der **Bundesregierung** mit Verantwortung übernehmen kann. (Beifall bei der SPÖ und bei Abgeordneten der ÖVP.)

Flankiert wird das durch **eine offensive Bildungspolitik und eine aktive Arbeitsmarktpolitik**. Damit können **wir** die bestehenden und auch die **neuen sozialen Herausforderungen** annehmen und zur Lösung der Probleme in diesem Bereich beitragen.

Im Bereich der **Pflege und der Altenbetreuung** steht der weitere Ausbau einer **leistungsfähigen und differenzierten Pflegelandschaft** im Vordergrund. Das reicht von sozialen Informations- und Betreuungsangeboten bis hin zur stationären Pflege und Betreuung in unseren guten Senioren-Wohn- und -Pflegehäusern.

Auf größtmögliche Wahlfreiheit zwischen den verschiedenen Formen der Inanspruchnahme sozialer Dienstleistungen legen **wir** großen Wert. Für **Betroffene und Angehörige**, wenn **sie** pflegen, aber auch für zivilgesellschaftliches, ehrenamtliches Engagement sind zusätzliche, unterstützende Maßnahmen und Angebote im **Regierungsprogramm** zu finden. (Beifall bei der SPÖ.)

Eine Vielfalt von Einzelmaßnahmen zum Ausbau der Pflegevorsorge, zum Ausbau von Pflege und Betreuung wird diese Umsetzung unterstützen, unter dem Gesichtspunkt von **Leistbarkeit, Qualitätssicherung** und erlaubter, legaler Verhältnisse.

Es ist zur **Unterstützung der Pflege von Angehörigen** auch ein bedeutender zusätzlicher Schritt mit der Übernahme von Dienstnehmerbeiträgen zur Pensionsversicherung vorgesehen. Generell werden im Pensionsrecht wichtige Anpassungen und Verbesserungen der Pensionsgesetze der Jahre 2003 und 2004 vorgenommen, Anpassungen, welche bestehende soziale Härten mildern und **die Fairness im Pensionssystem** erhöhen.

Eine Verlängerung der abschlagsfreien Möglichkeit des Pensionszuganges mit 55 und 60 nach 40 beziehungsweise 45 Beitragsjahren bei der Langzeitversicherungsregelung über die gesamte Dauer der Legislaturperiode wird das Versprechen einlösen, dass 45 Jahre genug sind, um abschlagsfrei unter den derzeitigen Rahmenbedingungen in Pension gehen zu können. (Beifall bei der SPÖ. – Präsidentin Dr. Glawischnig-Piesczek gibt das Glockenzeichen. – Rufe: Redezeit!)

Die bisherigen Doppelt-Abschläge bei der Korridorpension werden im Ergebnis halbiert.

Ein zentrales Herzstück der **neuen Sozialpolitik** ist **die Armutsbekämpfung**, die bereits auch in den Ausführungen des **Herrn Bundeskanzlers** und **des Herrn Vizekanzlers** ausführlich und prominent dargelegt worden sind.

Wir zeigen bei der **bedarfsorientierten Mindestsicherung** beispielhaft, wie aus der Verknüpfung von **moderner Sozialpolitik und aktiver Arbeitsmarktpolitik** Brücken zur Beschäftigung geschlagen werden. (Präsidentin Dr. Glawischnig-Piesczek gibt neuerlich das Glockenzeichen. – Abg. Dr. Graf: Redezeit!) **Wir** zeigen, wie hier ein Sprungbrett, ein Trampolin geschaffen wird, um aus Armut und Ausgrenzung wieder in Teilhabe am Arbeitsmarkt und in andere soziale Verhältnisse zu kommen.

Für **Menschen mit Behinderung** haben wir eine Fülle von Maßnahmen entwickelt, auf die **wir** in der Folge im Detail eingehen können. (Rufe bei der FPÖ: Redezeit!)

Sehr geehrte Damen und Herren! Hohes Haus! Während in vielen Ländern weltweit **soziale Sicherungssysteme** brüchiger und löchriger werden und es Tendenzen gibt, dass **der Sozialstaat zum Charity-, zum Wohltätigkeitsstaat wird**, setzt die neue Bundesregierung andere expansive Momente und Elemente. **Ich** freue mich, dass **ich** in einer neuen **Bundesregierung** gemeinsam mit Ihnen und **den Sozialpartnern** dazu beitragen kann, gemeinsam dafür zu sorgen, dass im Mittelpunkt der Politik die Bedürfnisse und Interessen der **Menschen** stehen. **Ich** lade **Sie** ein, gemeinsam daran mitzuwirken. (Beifall bei der SPÖ und bei Abgeordneten der ÖVP.)

14.35

Präsidentin Dr. Eva Glawischnig-Piesczek: Als Nächster zu Wort gelangt Herr Bundesminister

für Umwelt, Land- und Forstwirtschaft Dipl.-Ing. Pröll. – Ich bitte, die Redezeitvereinbarung zu respektieren und die Zeit einzuhalten. (Abg. Dr. Graf: Dem werden 2 Minuten abgezogen, oder? Weil 2 Minuten fehlen!)

14.36

Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft
Dipl.-Ing. Josef Pröll: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Herr Bundeskanzler! Meine Kolleginnen und Kollegen auf der Regierungsbank! Das heute vorgelegte **Regierungsprogramm** ist ohne Zweifel ein sehr gutes **Programm**, was **die Lebensqualität für unser Land** betrifft, was **die Zukunftschancen für die Bäuerinnen und Bauern** betrifft, was **die Sicherung der Lebensqualität und der Umwelt** insgesamt betrifft, und **dieses Programm** wird auch dazu beitragen, dass **wir** zufriedene KonsumentInnen in Österreich auch in Zukunft haben werden.

Und **ich** bin auch darüber froh, dass zusammen bleibt, was zusammen gehört. Es hat sich seit 2000 bewährt, Landwirtschaft und Umwelt in einer Ressortverantwortung zu haben, optimal ergänzt und sehr schlagkräftig auch für die Zukunft, um **die Lebensqualität** in einem gemeinsamen Ressort zu verantworten. (Beifall bei der ÖVP.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zuständig zu sein für **die Landwirtschaft, für die Wasserressourcen, die Qualität des Wassers und die Verfügbarkeit des Waldes** als eine immer wichtiger werdende Ressource auch für **die nachhaltige Energiezukunft, für den gesamten Umweltbereich** und auch für die Frage **Sicherheit und Unabhängigkeit im Bereich der Energie und Lebensmittelversorgung**, ist eine tolle Aufgabe.

Und wenn **ich** heute das eine oder andere Mal gehört habe, im **Programm dieser Koalition** käme die Zukunft zu kurz, so widerlegen allein die drei Kapitel **Landwirtschaft, Umwelt und Energie** eindrucksvoll diese Behauptungen. – Alles sozusagen im grünen Bereich für Rot-weiß-rot. (Beifall bei der ÖVP.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben uns zu Beginn der Verhandlungen zwei wichtige Fragen gestellt, nämlich erstens: Was müssen **wir** für **unsere Bauern** tun, um im schärfster werdenden internationalen und europäischen Wettbewerb ein Umfeld zu schaffen, das es ihnen ermöglicht, ihre Aufgabe der **nachhaltigen Lebensmittelproduktion** und der **Landschaftspflege** erfüllen können?, und zweitens: Was müssen **wir** tun, um **unseren Kindern** eine Welt zu hinterlassen, die ihnen eine gesunde und gesicherte Lebensgrundlage bietet?

Und die Eckpunkte des **Regierungsübereinkommens** sind klar, auch wenn das manche bestreiten. Die Zielsetzungen sind klar, und gehen **Sie** davon aus, **Herr Professor Van der Bellen**, dass **ich** und **wir** gemeinsam daran arbeiten werden, mit den entsprechenden Maßnahmen alle diese Ziele, die in die Zukunft gerichtet sind, zu erreichen.

Was sind die wichtigen strategischen Zielsetzungen?

Zum Ersten: Jeder Euro wird aus Brüssel „abgeholt“. Das war nicht immer so, das war keine Selbstverständlichkeit, auch in der Debatte vor dem 1. Oktober keine

Selbstverständlichkeit, dass das Geld für **die Bäuerinnen und Bauern** und den ländlichen Raum zur Gänze „abgeholt“ wird. Das ist sichergestellt. Ein 3-Milliarden-€-Paket bietet in Zukunft diese Grundlage bis 2010. (Beifall bei der ÖVP.)

Wir können diese 3 Milliarden € für **die Bergbauern**, für **ein Umweltprogramm im Landwirtschaftsbereich** und für eine Investitionsoffensive – **ich** halte das für einen ganz wichtigen Punkt zur Wettbewerbsstärkung – verwenden. **Wir** werden für **die Chancen der Frauen im ländlichen Raum** einen klaren Impuls setzen. **Wir** werden mit dem Agrardiesel dafür sorgen, dass Wettbewerbssicherheit mit den Konkurrenten in ganz Europa gegeben ist, und **wir** werden auch in vielen sozialen Fragen, die **die Bäuerinnen und Bauern** betreffen, ganz neue, wichtige Akzente setzen.

Wir werden auch gemeinsam – und dieses Bekenntnis haben **wir** in den letzten sieben Jahren ebenfalls getragen – weiter kämpfen für **ein gentechnikfreies Österreich**. Auch daran wird uns niemand hindern, nicht in Brüssel und auch nicht international, weil dieser Weg erfolgreich war, weil er erfolgreich sein soll und uns auch unterscheidet von vielen anderen, die bereits jetzt auf Gentechnik setzen. **Wir** bekommen damit auch ein wichtiges marktwirtschaftliches Asset in unsere Hand.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich denke, was den Menschen am Nächsten ist, muss der Politik besonders wichtig sein, und das sind die Gemeinden. Wenn **Sie** sich dieses Regierungsprogramm durchsehen, werden **Sie** sehen, **wir** setzen gerade für die Gemeinden einen wichtigen Impuls: Breitbandoffensive mit 300 Millionen € – wesentlich und spürbar mehr Geld, gerade für die Gemeinden –, im Bereich **des Hochwasserschutzes** und des Schutzes vor Naturgefahren. (Beifall bei ÖVP und SPÖ.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Was **die Energiefrage** betrifft, setzen wir auf **Unabhängigkeit, auf Sparsamkeit und auf das Prinzip Nachhaltigkeit**. **Wir** setzen mehr als andere Länder auf **erneuerbare Energiequellen**, mit sehr ambitionierten Zielsetzungen: bis 2010 **Erhöhung der Beimischung im Treibstoffbereich** – vieles wurde heute schon genannt –, **Ausweitung der Biomasse**; alles wichtige Beiträge auch zur **Erreichung unseres Klimaschutzzieles**.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir werden gemeinsam mit den **Menschen in Österreich** ganz besonders auch die Frage **Energiesparen/Energieeffizienz** in den Vordergrund rücken. Gut für die Umwelt, gut für die Brieftasche – gerade bei steigenden Energiepreisen! (Beifall bei der ÖVP.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Umwelt schützen, Chancen nützen – auf Grund der Kürze der Zeit nur ein paar Stichworte. Ja, Umwelttechnologie-Offensive im Ausland: In den zehn neuen Mitgliedsländern und darüber hinaus auch in China, in den boomenden Märkten, wollen wir **die Lebensqualität** mit unserer Technologie verbessern und Arbeitsplätze in diesem Land, hier in Österreich, schaffen. **Wir** werden klarerweise auch das, was im Zentrum unserer Umweltpolitik steht, nämlich den Klimaschutz, in Österreich, in Europa und international vorantreiben.

Wir werden unseren Weg der aktiven Anti-Atom-Politik in Europa konsequent weitergehen. (Beifall bei ÖVP und SPÖ.) Ziel ist, die einzige – mittlerweile leider fast einzige – **Anti-Atom-Lobby in Europa zu bleiben** und noch stärker zu werden. Dafür

machen wir Werbung in allen Institutionen, in deren Formationen wir zu diesem Thema auch aufzutreten haben.

In diesem Sinne: **Ein sehr gutes Programm für die Lebensqualität in Österreich**, für den ländlichen Raum, für **die Bäuerinnen und Bauern**, schlicht und einfach: für uns alle!

(Beifall bei ÖVP und SPÖ.)

14.42

Präsidentin Dr. Eva Glawischnig-Piesczek: Als Nächste zu Wort gelangt Frau Abgeordnete Mag. Weinzinger. Freiwillige Redezeitbeschränkung: 5 Minuten. – Bitte.

14.42

Abgeordnete Mag. Brigid Weinzinger (Grüne): **Frau Präsidentin! Geschätzte Damen und Herren auf der Regierungsbank! Hohes Haus! Herr Minister Pröll! Herr Neo-Minister Buchinger, Sie** sind leibhaftige Vertreter dieses **Regierungsprogramms**, wie es treffender kaum geschildert werden könnte, wenn man Ihnen jetzt zugehört hat: Floskeln, Worthülsen, nichts Konkretes – und bei so viel heißer Luft ja schon ein aktiver Beitrag zum **Klimawandel**. (Bundesminister Dipl.-Ing. Pröll: Na, Frau Kollegin! Da klatschen nicht einmal die Grünen! – Beifall bei den Grünen.)

So viel heiße Luft ist ja kein Grund zum Klatschen, **Herr Minister Pröll**, es tut mir leid. Gerade von Ihnen sollte man sich etwas Konkreteres erwartet haben. Immerhin sind **Sie** ja nicht neu in der **Regierung** und sollten das Regieren schon ein bisschen können.

Dass sich **Herr Minister Buchinger** vielleicht noch ein bisschen plagt mit der ersten Rede auf der Regierungsbank, mag jetzt weniger überraschen. Etwas mehr Konkretheit hätte **ich** mir allerdings erwartet. Vor allem hätte **ich** mir etwas mehr soziale Kompetenz zu der auch im **Regierungsprogramm** wieder einmal bemühten Querschnittsmaterie der **Frauenpolitik** erwartet.

Wie man zu **Armut in Österreich** reden kann, ohne das Wort „Frau“ überhaupt zu erwähnen, ist mir schleierhaft. Wie man zu **Sozialsystem und sozialer Sicherung** reden kann, ohne auf Frauen und ihre Problematik überhaupt einzugehen, ist mir genauso unverständlich. **Herr Minister Buchinger, ich** hoffe, da gibt es irgendwo noch Nachhilfeunterricht für **Sie**, der nicht von **Bundeskanzler Gusenbauer** kommt!

Zum Stellenwert der **Frauenpolitik** im **Regierungsprogramm** kann man ja sehr deutlich auf magere drei Seiten von 170, oder wie viele es sind, verweisen. Es ist die Quantität nicht immer das Ausschlaggebende, damit bin **ich** völlig einverstanden. Analysiert man – was nicht lange dauert – diese Überschriften, die auf drei Seiten zusammengefasst sind, merkt man, dass auch die Qualität mehr als zu wünschen übrig lässt.

Wir haben in manchen Bereichen ganz konkrete Vorschläge der **Regierung** – zugegeben, in ganz wenigen. **Herr Bundeskanzler Gusenbauer** hat zum Beispiel eine

konkrete Maßnahme am Vormittag genannt, im Bereich **der neuen Selbstständigen**, in dem **wir**, gerade auch frauenpolitisch gesehen, große Probleme mit marginalen Beschäftigungen, unzureichend abgesicherten Arbeitsformen und **unzureichender sozialer Sicherung** haben. Da hat die **Regierung** eine ganz konkrete Maßnahme vorgesehen, nämlich ein Gütesiegel „Geprüfter Meisterbetrieb“. Ob das die Probleme im Leben der **vielen Menschen** lösen wird, die als „Ich-AG“ im IT-Bereich, als Dienstleister im persönlichen Bereich arbeiten, bezweifle **ich**, aber es ist immerhin etwas Konkretes.

So etwas Konkretes suche **ich** im gesamten frauenpolitischen Kapitel und in anderen frauenrelevanten Passagen des **Regierungsprogramms** völlig vergeblich. Nehmen **wir** nur das Beispiel **Arbeitsmarkt**. Es gibt eine Zahl, eine Zielsetzung: Man möchte die **Frauenerwerbsquote** bis zum Jahr 2010 auf 65 Prozent heben. Wunderbar: **Wir** hatten 64,7 Prozent im Jahr 2006; das heißt, **Sie** brauchen jetzt dreieinhalf Jahre, um die Erwerbsquote noch um 0,3 Prozent hochzudrücken. Das nennen Sie eine Zielsetzung in der **Frauenpolitik**? – Das ist erbärmlich, **meine Damen und Herren!** (Beifall bei den Grünen.)

Nehmen **wir** das angesprochene Beispiel **der Armut**, die ja ein großes und drängendes Problem ist, wie auch **die SPÖ** in den vergangenen Jahren nicht müde wurde, anzumerken. Was haben **armutsgefährdete Frauen in Österreich** von dieser **Bundesregierung** zu erwarten? – Nichts! Denn diese sagt, den Mindestlohn sollen sich wieder einmal **die Sozialpartner** und -partnerinnen „ausschnapsen“. Das hatten **wir** schon im letzten **Regierungsprogramm, sehr geehrte Damen und Herren!** Den Verdienst vonmindestens 1 000 € haben die **Österreicherinnen und Österreicher** trotzdem bis heute nicht, und **sie** werden auch weiter vergeblich darauf warten.

Oder: Wie geht es einer **Frau**, die nach einer Kinderpause versucht, zurück in den Beruf zu kommen? Was bietet **die Regierung** ihr an? – So wie bisher: einen Orientierungskurs während der Karenzphase. So gesehen, kann man nur sagen, **Frau Abgeordnete Rauch-Kallat** – jetzt Abgeordnete – hat völlig Recht, wenn **sie** sagt: Die Ziele der letzten Jahre finden sich wieder in diesem **Regierungsprogramm**, wenn es um **Frauenpolitik** geht – und sonst nichts! Es gibt ein bisschen Orientierung, ein bisschen Mentoring, ein bisschen an schönen Absichtserklärungen, aber jedenfalls eines nicht: zusätzliche Finanzmittel, damit **Frauenpolitik** endlich mit Leben erfüllt werden kann. – Das ist mehr als schade!

Lassen **Sie** mich noch eine letzte Anmerkung zu **Frau Rosenkranz** und der Debatte um **kinderlose Frauen** machen, seien sie jetzt **Ministerinnen** oder nicht. **Ich** möchte einmal erleben, dass diese Frage bei einem Mann gestellt wird! Warum muss sich eine Frau auf der **Regierungsbank** dafür verantworten, ob sie Kinder hat oder nicht? (Beifall bei den Grünen sowie bei Abgeordneten von SPÖ und ÖVP. – Präsidentin Dr. Glawischnig-Piesczek gibt das Glockenzeichen.) **Ich** halte das für eine Privatangelegenheit, aber für verräterisch für das **Frauenbild**, das auch in **dieser Regierung**, insbesondere bei **der ÖVP**, wieder vorherrscht.

Ich hoffe, dass **die Regierung** da von der Bevölkerung und den WählerInnen auf den Prüfstein gestellt wird. (Beifall bei den Grünen. – Vizekanzler Mag. Molterer: Frau Weinzinger, das war jetzt ein Pech!)

14.48

Präsidentin Dr. Eva Glawischnig-Piesczek: Als Nächster zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Mag. Gaßner. 5 Minuten freiwillige Redezeitbeschränkung. – Bitte.

14.48

Abgeordneter Mag. Kurt Gaßner (SPÖ): Frau Präsidentin! Herr Bundeskanzler!

Herr

Vizekanzler! Sehr geehrte Damen und Herren der neuen Regierung! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte mich ganz kurz, in 5 Minuten, mit dem Kapitel **Landwirtschaft** beschäftigen und zunächst feststellen, dass in dieser **Regierungserklärung** zum ersten Mal beim Kapital **Landwirtschaft** dabeisteht: „und ländlicher Raum“. Das ist neu; **ich** habe mir die **Regierungsprogramme** der letzten Regierungserklärungen genau angeschaut. Hier steht ganz prominent der „ländliche Raum“ bereits vorne.

Was ist der ländliche Raum? – Das sind alle Menschen, die dort leben, alle Menschen, die dort wohnen, alle Menschen, die dort arbeiten. Sehr wesentlich ist natürlich **die Landwirtschaft, die Bäuerinnen und Bauern**, die dort als eine wesentliche Säule ihre Arbeit verrichten.

Da haben **wir** als Erstes auch eine sehr wesentliche Aufgabe zu verrichten, **Herr Bundesminister:** Die Marktordnungsgesetze sind ehestens zu ändern beziehungsweise neu festzulegen. Das hat nicht nur der Verfassungsgerichtshof von uns verlangt, sondern das verlangen auch **die Bauern und Bäuerinnen** von uns, damit sie Rechtssicherheit haben in ihrer Arbeit, in ihrem Werken, in ihrem Wirken.

Eine zweite wesentliche Voraussetzung und Arbeit wird sein, es zu verwirklichen, weil in dem **Regierungsprogramm** ein erstes Mal die Rede davon ist, dass **die Intensität des Arbeitseinsatzes als Förderkriterium** verankert und enthalten ist. **Meine sehr geehrten Damen und Herren**, das ist wirklich ein Meilenstein, würde **ich** sagen, dass Förderungen auch nach der Arbeitskraft, nach dem Arbeitseinsatz berechnet werden.

In diesem Zusammenhang muss auch gesagt werden, dass in diesem **Regierungsprogramm** eine betriebsgrößenabhängige Modulation für Großbetriebe drinsteht. Dadurch können und werden auch kleinere und mittlere landwirtschaftliche Einheiten die Möglichkeit bekommen, zu überleben. Es ist eine sehr, sehr große Verantwortung, endlich das Bauernsterben, das Zusperren dieser Betriebe zu stoppen, wenn es darum geht, unsere Kulturlandschaft, unseren Freizeit-Nahbereich so zu erhalten, wie **wir** uns das gemeinsam wünschen. **All diese Maßnahmen sichern daneben auch Arbeitsplätze, Arbeitsplätze in der Landwirtschaft, Arbeitsplätze im ländlichen Raum.**

Meine sehr geehrten Damen und Herren, eine wesentliche Neuerung, die auch in diesem **Regierungsprogramm** drinsteht, ist die **Sicherung und Stärkung des gesamten Wirtschaftsgefüges im ländlichen Raum**. Also nicht mehr nur Landwirtschaft, sondern darüber hinaus sehr wohl all die kleinen und kleinsten Betriebe sind in dem Programm mit erwähnt und wichtig und notwendig zur Erhaltung und zur **Weiterentwicklung unserer ländlichen Regionen – natürlich im Zusammenhang mit der Landwirtschaft, natürlich im fairen Wettbewerb mit der Landwirtschaft als wesentliche Nahversorger**. All das steht auch in diesem **Regierungsprogramm**

drin, das natürlich **die Oppositionsparteien** jetzt klarerweise zunächst einmal schlechtmachen wollen und einfach hinterfragen wollen.

Eine wesentliche Säule – und das macht mich sehr froh und glücklich – sind im ländlichen Raum die ländlichen Gemeinden und die kleineren Städte. Es gibt ja auch kleinere Städte – nicht nur die großen, sondern auch kleinere Städte –, die dezidiert erwähnt sind, und hier wird – auch in diesem **Regierungsprogramm** nachzulesen – gesagt: **mehr finanzielle Mittel für die kleineren und mittleren Gemeinden! Meine sehr geehrten Damen und Herren**, das ist ein wesentlicher Kernsatz, und es ist nicht der einzige! (Beifall bei SPÖ und ÖVP.)

Es steht auch ganz klar drin, dass für **die Ver- und Entsorgung im Wasserbereich** die notwendigen Mittel zur Verfügung gestellt werden müssen. Es steht auch ganz klar und sehr zentral drin, meine Damen und Herren, dass die Kernkompetenz in der **Wasserversorgung** bei den Gemeinden bleiben muss – eine klare Absage an jeden Versuch der Privatisierung in diesem Bereich! (Beifall bei der SPÖ.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ein letzter Satz: Es wurde heute schon davon geredet, dass auch **der Hochwasserschutz** sehr wesentlich in diesem **Regierungsprogramm** verankert ist. Dafür bin **ich** im Namen derer, die sich immer noch und immer wieder vor diesen Ereignissen fürchten, sehr, sehr dankbar. (Präsidentin Dr. Glawischnig-Piesczek gibt das Glockenzeichen.)

Herr Bundesminister! Hier haben **Sie** bisher schon **hervorragende Mitarbeiter** gehabt, und auch in Zukunft setzen **wir** diese Arbeiten gemeinsam um. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsidentin Dr. Eva Glawischnig-Piesczek: Als Nächster zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Kickl. Freiwillige Redezeitbeschränkung: 5 Minuten. – Bitte.

Abgeordneter Herbert Kickl (FPÖ): **Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Mitglieder auf der Regierungsbank! Hohes Haus! Meine Damen und Herren**, eines muss man dem **Verhandlungsteam der SPÖ**, das ja in weiten Teilen jetzt deckungsgleich mit der **Regierungsmannschaft** ist, wirklich lassen: Es ist Ihnen insgesamt – und daher wahrscheinlich ganz besonders auch im Bereich der **Sozialpolitik** – gelungen, das Unmögliche möglich zu machen.

Denn: Genau dasjenige, **meine Damen und Herren von der SPÖ**, wovon **Sie** vor wenigen Wochen und Monaten gesagt haben, dass das unter Ihrer Federführung in Österreich niemals möglich sein wird, haben **Sie** jetzt in weiten Bereichen umgesetzt. Ein Schreckensszenario für viele **Österreicherinnen und Österreicher!** Aber offensichtlich sind **Sie** so knapp am Angesicht der Macht, so knapp vor der Chance, hineinzukommen, dann in die Knie gegangen und haben alles über Bord geworfen, was **sie** sich vorher hoch und heilig selbst versprochen haben.

Meine Damen und Herren! Ich glaube, dass **viele Menschen** – und auch **viele Ihrer eigenen Abgeordneten**, was man merken kann, wenn man hier so in die Gesichter hineinschaut –, die darauf gehofft haben, dass es nun mit dem **Kurs der sozialen Kälte in diesem Land** vielleicht ein Ende nimmt, jetzt nur noch die Hoffnung haben, dass es sich bei dem Ganzen um einen schlechten Traum oder einen Albtraum handelt, aus dem

sie möglichst bald munter werden. Aber die Wirklichkeit ist eine andere: Nein, es ist so, wie es ist und wie es in diesem **Regierungsprogramm** auch festgehalten wird! Konkret heißt das: **Den Eurofighter** werden **wir** ausgeliefert bekommen. Auf den „**Sozialfighter**“ – der hat sich in Luft aufgelöst – wird Österreich, wenn es nach Ihnen geht, bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag warten müssen.

Meine Damen und Herren! Die einzige Funktion, die **die SPÖ** erfüllt, ist die Funktion eines sozialen Feigenblattes, das sich **die ÖVP** ungehängt hat. **Ich** verstehe schon, dass **Sie** sich darüber freuen: damit **Sie** nämlich **Ihre Politik für die Großkonzerne, Ihre Politik für Ihre Lobbygruppen** weiter fortführen können (Beifall bei der FPÖ), damit **Sie** es zustande bringen, dass die Reichen in diesem Land noch reicher und die Armen eben noch ein bisschen ärmer werden. Ihnen kann es ja gleichgültig sein.

Wenn der **Herr Neo-Sozialminister** heute quasi als **sozialpolitischer Löwe** den Mund aufreißt, dann muss er eben aufpassen, weil man ihm dann in diesen Mund hineinschauen kann, und dann merken **wir**, dass man ihm so gut wie alle Zähne, vor allem die Reißzähne, gezogen hat. Und die, die man nicht gezogen hat, haben **Sie** selbst noch abgelegt, um ja nicht zubeißen zu können. (Zwischenrufe bei der SPÖ.)

Ja, **Sie** sind in Wirklichkeit völlig zahnlos, nämlich dort, wo es um **die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit** geht, gar keine Frage – eben weil **Sie** nur **Sozialminister**, aber nicht **Arbeits- und Sozialminister** sind, wie es eigentlich das Versprechen der **SPÖ** gewesen ist! (Beifall bei der FPÖ.) **Sie** haben damit den gesamten Bereich des **Arbeitsmarktes**, den gesamten Bereich der **Arbeitslosigkeit** und den gesamten Bereich der **Bekämpfung der Armut** im Grunde genommen **der ÖVP** vor die Füße geworfen. Ein Totalumfaller, den **Sie** sich da geleistet haben!

Meine Damen und Herren! Wenn es nur zum Schaden der **SPÖ** wäre, dann wäre es ja uns allen egal, aber **die Opfer sind die Arbeitslosen**, die uns diese abgewählte **Regierung** zuhauf hinterlassen hat, und das sind **Menschen**, die eine Perspektive gesucht haben und die das nicht verdient haben, was sie jetzt im Namen der **Sozialdemokratie** serviert bekommen!

Meine Damen und Herren, diese Menschen sind von Ihnen verraten und verkauft worden, genauso wie **Sie die Pensionisten** schon am ersten Tag ihrer großkoalitionären Wiederannäherung verkauft und verraten haben. **Sie** sind genauso verraten worden, wie **Sie die Studenten** verraten haben und wie **Sie** sie – wie **Sie** es ja schon ankündigt haben – noch weiter verraten werden. **Ich** möchte auf die Details gar nicht eingehen.

Von einer **Entlastung** kann in diesem Bereich jedenfalls keine Rede sein. Was **Sie** machen, ist: Sie „erhöhen“ – unter Anführungszeichen – die Pensionen um 1,6 Prozent brutto, sagen den Leuten nicht dazu, dass das netto weitaus weniger ist – die kommen jetzt langsam drauf –, und führen damit den Kurs fort, der in den letzten Jahren dazu geführt hat, dass es eine permanente Entwertung gibt. Dafür erhöhen **Sie die Krankenversicherungsbeiträge**, und **Sie** senken nicht **die Mehrwertsteuer auf die Medikamentenkosten**.

Dort, wo **Sie** sich endlich einmal dazu durchringen, etwas auszugeben, fällt Ihnen so etwas Großartiges wie **die Mindest- oder Grundsicherung** ein, bei der **Sie** wieder

keinen Unterschied machen zwischen denjenigen, die in diesem Land **Staatsbürger** sind, und denjenigen, die eben **keine Staatsbürger** sind und für die **wir** uns vorstellen, dass es ein eigenes System der sozialen Verantwortung und der sozialen Absicherung geben soll. (Abg. Öllinger: Apartheid!) Das ist nichts Unanständiges, sondern das ist nur gerecht gegenüber denjenigen, die als **Staatsbürger** auch ihre Pflichten dieser Republik gegenüber haben. (Beifall bei der FPÖ. – Abg. Öllinger: Das ist ein Apartheidsystem!) – Ja, **ich** weiß schon, dass **Sie** Ihre Probleme damit haben. **Wir** sehen das ein bisschen anders.

Meine Damen und Herren! Vielleicht am Ende noch das eine oder andere Wort zu **Kollegen Pröll: Er ist ein kongenialer Partner der SPÖ, ein zweiter Master of Desaster.** (Präsidentin Dr. Glawischnig-Piesczek gibt das Glockenzeichen.) Wenn beide gemeinsam wirken – das kann man Ihnen versprechen; und **ich** komme schon zum letzten Satz –, dann werden diejenigen, die es gut mit diesem Land meinen, dann werden diejenigen, die Hoffnung gehabt haben, schweren Zeiten entgegengehen. Zur Sorge besteht genügend Anlass, zur Hoffnung kaum! (Beifall bei der FPÖ.)

14.59

Präsidentin Dr. Eva Glawischnig-Piesczek: Ich unterbreche nunmehr die Verhandlungen über die Erklärung der Bundesregierung, damit die verlangte Behandlung einer Dringlichen Anfrage gemäß der Geschäftsordnung um 15 Uhr stattfinden kann.

Dringliche Anfrage der Abgeordneten Ing. Peter Westenthaler, Kollegin und Kollegen an den Bundesminister für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz betreffend sozialdemokratischen Vertrauensbruch in der Sozialpolitik (247/J)

Präsidentin Dr. Eva Glawischnig-Piesczek: Wir beginnen mit dem Aufruf der Dringlichen Anfrage. Es ist ein paar Sekunden vor 15 Uhr, aber ich denke, es geschieht im Einvernehmen mit allen Beteiligten.

Die Dringliche Anfrage wird im Gesamtwortlaut vorgestellt....

Präsidentin Dr. Eva Glawischnig-Piesczek: Ich ersuche nunmehr Herrn Abgeordneten Klubobmann Westenthaler um seine Ausführungen zur Behandlung der Dringlichen Anfrage. – Bitte.

15.00

Abgeordneter Ing. Peter Westenthaler (BZÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Mitglieder der Bundesregierung! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es steht ja auch etwas Gutes in diesem Regierungsübereinkommen, ganz am Anfang nämlich die Bemerkung, dass man auf dem Erreichten aufbauen soll. Das ist eigentlich ein gutes Zeugnis für die Regierung der vergangenen sieben Jahre, und ich nehme dieses Zeugnis für die Sozialleistungen der vergangenen sieben Jahre auch für die Führungsminister zuerst der FPÖ und dann des BZÖ im Sozialministerium in Anspruch. Wir haben die Sozialquote in diesen sieben Jahren erhöht, wir haben eine Pensionssicherungsreform durchgeführt, die im Regierungsübereinkommen ausdrücklich gelobt wird, indem davon

gesprochen wird, dass wir eines der besten Pensionsmodelle der Welt haben. Jawohl, wir haben es, und wir haben das in den letzten sieben Jahren umgesetzt....

Wir nehmen Sie schon heute beim Wort, was den Bruch von Wahlversprechen anlangt.

Daher bringen wir folgenden Antrag ein:

Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen: Die Bundesministerin für Justiz wird ersucht, dem Nationalrat bis 1. Mai 2007 schriftlich darüber zu berichten, in welcher Form Parteien oder einzelne Mandatare beziehungsweise Wahlkandidaten wirksam für den Bruch von Wahlversprechen sanktioniert werden können, und in der Folge entsprechende Gesetzentwürfe vorzulegen.

15.19

Präsidentin Mag. Barbara Prammer: Der soeben eingebrachte Entschließungsantrag ist ausreichend unterstützt, auch ordnungsgemäß eingebracht und steht mit in Verhandlung.

Der Antrag hat folgenden Gesamtwortlaut: **Entschließungsantrag** der Abgeordneten Ing. Westenthaler, Scheibner und Kollegen betreffend Sanktionen für gebrochene Wahlversprechen; eingebracht im Zuge der Dringlichen Anfrage betreffend sozialdemokratischen Vertrauensbruch in der Sozialpolitik

Präsidentin Mag. Barbara Prammer: Zur Beantwortung der Dringlichen Anfrage hat sich der Herr Bundesminister für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz zu Wort gemeldet. Die Redezeit soll 20 Minuten nicht übersteigen. – Bitte, Herr Bundesminister.

15.20

Bundesminister für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz Dr. Erwin Buchinger: Sehr geschätzte Frau Präsidentin! Hohes Haus! Ich bitte um mehr Nachsicht mit Herrn Klubobmann Westenthaler, als ich sie von Teilen des Hohen Hauses hier in den Wortmeldungen jetzt gemerkt habe. Er hat immerhin einen Beitrag geleistet für unsere gesundheitliche Besserstellung nach dem Essen, das vielleicht der eine oder die andere gehabt hat. Ein bisschen mehr Blutzufuhr in den Magen- und Bauchbereich durch ein höheres Ausmaß an Zirkulation wird uns allen nicht schaden....

15.56

Präsidentin Mag. Barbara Prammer: Wir gehen nun in die Debatte ein.

Ich mache darauf aufmerksam, dass gemäß der Geschäftsordnung kein Redner/keine Rednerin länger als 10 Minuten sprechen darf, wobei jedem Klub eine Gesamtredezeit von 25 Minuten zukommt.

Als Erste zu Wort gemeldet ist Frau Abgeordnete Haubner. 10 Minuten Redezeit. –

Bitte.

15.57

Abgeordnete Ursula Haubner (BZÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Bundeskanzler! Sehr verehrter Herr Sozialminister, Minister der neuen Regierung! Ich glaube, **wir** haben heute gesehen, dass in Zukunft auch bei den Anfragebeantwortungen ein neuer Stil einkehren wird (Zwischenrufe), dass **ein Minister** auf eine ganz einfache Frage, welche Aufgaben aus dem **Sozialministerium** in ein anderes **Ministerium** gebracht werden, keine Antwort gibt. (Abg. Ing. Westenthaler: Der Minister weiß nicht einmal, was er zu tun hat! Peinlich ist das!) Und da kann man jetzt darüber streiten, welche Aufgaben **Frau Staatssekretärin Silhavy** hat. (Beifall bei BZÖ und FPÖ. – Zwischenruf des Abg. Dr. Niederwieser.)

Ich denke, **das Hohe Haus** hat hier Anspruch auf eine Antwort, denn letztendlich erinnere **ich** daran, dass gerade von **Ihrer Fraktion** immer gekommen ist, wie unnötig **Staatssekretäre** sind und welche Aufgaben sie haben. Hier können **wir** sehr wohl nachfragen.

Ich denke, es ist auch ein neuer Stil, wenn **ein Minister** bei der Beantwortung einer Frage sagt: Das wissen **die ehemalige Ministerin und der ehemalige Staatssekretär** sicher auch. (Abg. Ing. Westenthaler: Eine Frechheit, so etwas!)

Also hier, denke **ich**, sollten wir im Umgang mit dem Parlament – und **ich** habe selbst erlebt, wie kritisch **die Opposition** damals im Hinblick auf **die Regierung** gewesen ist –, sehr geehrter **Herr Minister**, ein bisschen vorsichtiger sein.

Vielleicht – **ich** weiß es nicht – ist es in der **Landesregierung in Salzburg** so üblich. **Ich** komme zwar auch aus einer **Landesregierung, nämlich der oberösterreichischen**, ist schon einige Zeit her, aber das hat es bei uns nicht gegeben.

Ich möchte aber auch auf eines hinweisen, sehr geehrter **Herr Minister**: **Ich** bin andererseits froh über die Beantwortung einiger Fragen, denn **ich** glaube, es ist gerade in einem **Regierungsprogramm, in einem sozialen Regierungsprogramm**, das so unkonkret ist, das so oberflächlich ist, das so unverbindlich ist, notwendig, auf gewisse Fragen ganz konkrete Antworten zu bekommen. **Ich** bin erfreut, wenn **Sie** sagen, dass **das Pensionssystem zu den besten der Welt gehört**. **Ich** frage mich nur, wieso **Ihre Fraktion** monatlang, jahrelang immer wieder von „**Pensionsraub**“ gesprochen hat.

Ich bin froh, dass **Sie** sagen, dass **die Schwerarbeiterregelung** nicht abgeschafft wird, dass **Sie** nicht daran denken, eine Arbeitsgruppe einzusetzen. Hier ist sicher noch zusätzlich eine Möglichkeit. Aber im Zusammenhang mit den 30 Arbeitsgruppen, glaube **ich**, kommt es auf diese Arbeitsgruppe auch nicht mehr an.

Ich freue mich auch, dass **Sie** ganz klar gesagt haben, dass **die Behindertenmilliarde** weiter für **die Beschäftigungsoffensive** eingesetzt wird, dass **Sie** nicht ausschließen, dass das Freiwillige Soziale Jahr auch zukünftig hier einfließen wird und es Neuerungen geben wird.

Aber insgesamt, meine sehr geehrten Damen und Herren, sehr geehrter Herr Minister, muss ich sagen, im Sozialressort herrscht trotzdem Flaute, Flaute, was die Kompetenzen und die Aufgaben betrifft. (Abg. Dr. Jarolim: Das sagen gerade Sie ...!) Der wichtige Bereich der Generationen, der wichtige Bereich der Familien, der Jugend und der Senioren kommt zum Gesundheits- und Frauenressort. Das, glaube ich, ist ein Rückschritt, ein Rückschritt einer Politik, die in den letzten Jahren klare Ansagen in Richtung Generationenpolitik gemacht hat. Ich halte nichts davon, wenn die Senioren wieder in einem anderen Ressort sind als zum Beispiel die Jugend und wenn die Familien und die Jugend auch wieder in einem anderen Ressort sind. (Zwischenruf des Abg. Ing. Westenthaler.) Ganz eigenartig ist, dass die Männer bei Ihnen bleiben. (Abg. Ing. Westenthaler: Ein völlig Ahnungsloser, der Minister! Der weiß gar nichts! Keine Ahnung!) Was haben die Männer letztendlich mit der sozialen Sicherheit zu tun? Ich glaube, die würden auch in dieses Paket gehören.

Flaute, habe ich schon gesagt, vor allem Unverbindlichkeit ist zu sehen. Eines muss ich Ihnen aber zugestehen, Herr Minister – vielleicht haben das Minister, die aus Landesregierungen kommen, so an sich –: Dass Sie von einer beeindruckenden Ehrlichkeit sind. Das konnte ich heute auch beim Lesen der „Oberösterreichischen Nachrichten“ feststellen. Es heißt dort – Sie sagen das ganz ehrlich –, dass die Zuständigkeiten nicht optimal sind, was Senioren und Männer anlangt.

Im Regierungsprogramm steht auch, dass eine Volksabstimmung über ein neues Pflegemodell angesagt ist. Sie aber sagen, dass das eher unwahrscheinlich ist. Der Pflegeversicherung – das freut mich auch – stehen Sie eher skeptisch gegenüber in diesem Interview. Und mein Klubobmann hat schon gesagt, dass die „Hacklerregelung“ ja auf diese Legislaturperiode befristet wird, und Sie sagen ganz klar, dass eine unbefristete Verlängerung nicht notwendig ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, machen wir hier Politik für Legislaturperioden oder für Generationen? – Ich denke, das ist ein Rückschritt! Ich meine, Fairness und soziale Wärme bedeuten nicht nur eine bedarfsgerechte Mindestsicherung. Ich bin sehr froh darüber, dass Sie von Ihrem ursprünglichen Ansatz einer Grundsicherung von 800 € Abstand nehmen, denn gerade eine Grundsicherung von 800 € ist etwas, was heute nicht in ein aktives soziales System passt.

Daher sage ich, dass Fairness und soziale Wärme natürlich auch bedeuten, dass man das Pflegegeld erhöht – nicht nur einmal in einer Legislaturperiode.

Ich weiß nicht, was Sie unter „selektiv“ verstehen. Ich muss sagen, das ist ein Wort, vor dem ich mich ein bisschen fürchte, nämlich wenn das Pflegegeld selektiv einmal erhöht wird. (Abg. Riepl: Wie oft haben Sie das Pflegegeld erhöht?)

Wir haben es einmal erhöht, und wir sind von Ihnen, sehr geehrter Herr Kollege, ständig geprügelt worden. Sie haben gefragt, warum wir nicht jährlich valorisiert haben. Also lassen Sie bitte die Dinge im Dorf, wohin sie gehören.

Für mich bedeuten Fairness und soziale Wärme auch, dass die Autofahrer nicht durch eine LKW-Maut und eine Erhöhung der Mineralölsteuer belastet werden, denn die Pendler haben, wie Sie wissen, alle Familie, und es sind in etwa zwei

Millionen Pendler in Österreich, die davon besonders hart betroffen sind. (Abg. Öllinger: Aber nicht von der LKW-Maut!)

Für uns, **das BZÖ**, gilt: **dauerhafte Valorisierung des Pflegegeldes, Kostensenkung im Gesundheitswesen und keine Erhöhung von Krankenversicherungsbeiträgen sowie volle steuerliche Absetzbarkeit von Pendlerkosten für jene, die das besonders brauchen.**

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Eine große Enttäuschung – **Sie** haben es zwar jetzt etwas konkretisiert – ist für mich das, was in diesem **Regierungsprogramm** über **die Pflege** steht. Nicht nur, dass das Wahlversprechen **Pflegegelderhöhung** gebrochen wurde, nein, es ist, **ich** sage es ganz ehrlich, **ein Sammelsurium an Ideen**, zusammengetragen aus verschiedensten Arbeitsgruppen, um wiederum eine neue Arbeitsgruppe einzurichten.

Ich verstehe das nicht: Vor der Wahl hat es im Ministerium eine Arbeitsgruppe gegeben, aber auch eine unter Federführung von **ÖVP** und **SPÖ**, und da hat es geheißen, das sei die Basis für **ein zukünftiges Regierungsprogramm**. Daher frage **ich**: Warum sind in diesem **Regierungsprogramm** nicht ein paar ganz konkrete Handlungsfelder festgemacht worden, wie zum Beispiel Prävention, um Pflegebedürftigkeit hintanzuhalten? Hier hört man nichts mehr von der **Sicherheit für die Senioren**.

Warum ist nicht festgemacht, dass **Pflege zu Hause der wichtigste Pflegedienst des Landes, der Nation ist** und dass **wir** weiter darauf aufbauen müssen, dass **pflegende Angehörige** entlastet werden?

Warum gibt es nichts Konkretes hinsichtlich der Tagesbetreuung? **Wir** müssen die **Tagesbetreuung ausbauen**. Warum ist **das positive Modell des Pflegeschecks** hier nicht angeführt? **Ich** vermisste auch die konkreten Chancen für junge und ältere Arbeitnehmer in dieser Zukunftsbranche. Warum steht nichts von einem Lehrberuf drinnen? Warum steht – **Sie** haben es ja beantwortet – nichts vom Freiwilligen Sozialen Jahr drinnen?

Dürfte **ich** Ihnen einen Rat geben, würde ich sagen: Investieren **Sie** im Zusammenhang mit Ihrer Arbeit jetzt mehr Energie in konkrete Lösungen des Problems des **Betreuungs- und Pflegekräftemangels** (Abg. Dr. Jarolim: Weil Sie es seinerzeit gemacht haben!) als in wenig durchdachte Lösungen zur Legalisierung und Forcierung der Ausländerbeschäftigung, die letztendlich die inländischen Betreuungs- und Pflegekräfte diskriminiert. (Beifall beim BZÖ.)

Ich bringe daher folgenden Antrag ein:

Entschie**ß**ungsantrag

der Abgeordneten Ing. Westenthaler, Haubner und Kollegen betreffend fehlende nachhaltige Lösung der Pflegevorsorge

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung wird ersucht, die Umsetzung der nachstehenden Maßnahmen raschest möglich vorzubereiten und dem Nationalrat die entsprechenden Gesetzesvorschläge

zu übermitteln: Einmalige Erhöhung des Pflegegeldes um 5 Prozent im Jahr 2007, dauerhafte Valorisierung des Pflegegeldes, Einführung eines zweckgebundenen Pflegeschecks zur Unterstützung der Pflege zu Hause und Schaffung eines Lehrberufes für Pflege und Betreuung.“

Danke schön. (Beifall beim BZÖ.)

Präsidentin Mag. Barbara Prammer: Der soeben verlesene Entschließungsantrag ist entsprechend eingebracht, auch ausreichend unterstützt und steht mit in Verhandlung.

Der Antrag hat folgenden Gesamtwortlaut: **Entschließungsantrag** der Abgeordneten Ing. Westenthaler, Haubner und Kollegen betreffend fehlende nachhaltige Lösung der Pflegevorsorge; eingebracht im Zuge der Debatte zur Dringlichen Anfrage an den Bundesminister für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz in der Sitzung am 16.01.2007 ...

Der Nationalrat wolle beschließen: „Die Bundesregierung wird ersucht, die Umsetzung der nachstehenden Maßnahmen raschest möglich vorzubereiten und dem Nationalrat die entsprechenden Gesetzesvorschläge zu übermitteln:

Einmalige Erhöhung des Pflegegeldes um 5 Prozent im Jahr 2007, dauerhafte Valorisierung des Pflegegeldes, Einführung eines zweckgebundenen Pflegeschecks zur Unterstützung der Pflege zu Hause und Schaffung eines Lehrberufes für Pflege und Betreuung.“

Präsidentin Mag. Barbara Prammer: Als Nächster zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Haberzettl. Wunschredezeit: 7 Minuten. – Bitte.

16.07

Abgeordneter Wilhelm Haberzettl (SPÖ): **Verehrte Frau Präsidentin! Geschätzter Herr Bundeskanzler! Sehr geehrte Regierungsmitglieder! Sehr geehrter Herr Klubobmann Ing. Westenthaler, ich** werde Ihnen die Antwort auf Ihre Frage nicht verweigern, **ich** würde **Sie** aber ersuchen, wenn **Sie das Regierungsübereinkommen** lesen, es zur Gänze zu lesen. (Abg. Ing. Westenthaler: Habe ich!)

Sehr wohl ist **die Kündigungsmöglichkeit für Lehrlinge** vorgesehen, aber unter bestimmten Bedingungen (Abg. Ing. Westenthaler: Bis jetzt war sie nicht vorgesehen!): Es muss ein Mediationsverfahren eingehalten werden, und – ein zweimaliger Hinweis im **Regierungsübereinkommen** – es muss ein Ersatzarbeitsplatz zur Verfügung gestellt sein.

Ich verweise darauf, dass im **Regierungsübereinkommen** auch noch einmal der Hinweis zu finden ist, im Zuge der Ausbildungspolitik, dass entsprechend dem Lehrlingsbeauftragten Blum zentrale Arbeits-Ausbildungseinrichtungen zu situieren sind. **Ich** denke, es gibt hier Rahmenbedingungen, um diese Möglichkeit zu schaffen.

Herr Klubobmann, erlauben **Sie** mir eine Bemerkung: Es ist Aufgabe einer Interessenvertretung, Realitäten nicht zu verweigern. **Sie** aber verweigern mit Ihrer Behauptung, dass Lehrlinge, wenn es sein soll, hinausgemobbt werden. **Wir** wollen diese Möglichkeit einschränken und vernünftige Ersatzmöglichkeiten gestalten. (Beifall beider SPÖ und bei Abgeordneten der ÖVP.)

Herr Klubobmann, noch eine Bemerkung: Wenn die Aufzählung Ihrer Leistungen der Realität entsprechen würde, dann frage **ich** mich, warum in der letzten Zeit immer mehr **Menschen in die Nähe der Armutsgrenze** gekommen sind, dann frage **ich** mich, warum **eine neue Bundesregierung** unter dem Titel **Armutsbekämpfung** ein ganzes Maßnahmenpaket beschließen muss, wo ja die ersten Schritte durch den **Herrn Sozialminister** bereits in Richtung bedarfsorientierter Mindestsicherung gesetzt sind. Auch die Erhöhung des Ausgleichszulagenrichtsatzes sei hier erwähnt. Weitere Schritte wurden vom **Herrn Sozialminister** bereits beschrieben.

Ich möchte aber schon auch ein bisschen in die Vergangenheit schauen, weil **ich** denke, dass **wir** dann auch noch zu den Folgen der Vergangenheit kommen.

Ich glaube, es ist evident, dass gerade **das BZÖ** in der Vergangenheit immer wieder jede Menge Verbesserungs- und Initiativvorschläge der **Opposition** verhindert, in den Ausschüssen vertagt und somit ad absurdum geführt hat und somit sehr **wesentlich soziale Verbesserungen** gerade im **sozialpolitischen Bereich** verhindert hat. (Abg. Scheibner: Welche zum Beispiel? Sagen Sie einmal, welche!)

Ich darf **Sie** aber auch daran erinnern, dass im Jahr 2003 die größte Errungenschaft der **BZÖ**-Politik ein **Pensionsreform**-Entwurf war, der bis zu 60 Prozent Verschlechterungen für **Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer** im Pensionsbereich bedeutet hätte.

(Zwischenruf des Abg. Ing. Westenthaler.)

Herr Klubobmann, nehmen **Sie** wenigstens heute noch zur Kenntnis: Nur die Tatsache, dass damals Menschen auf der Straße waren und dass Streiks durch die ewerkschaftsbewegung stattgefunden haben, hat **Sie** daran gehindert, diese **Pensionsreform** auch umzusetzen. (Beifall bei der SPÖ.)

Hohes Haus! Sehr geschätzter Herr Klubobmann! Interessant wird es bei der Frage, warum das Thema Arbeit im Wirtschaftsministerium angesiedelt ist. **Ich** mache es mir sehr einfach: weil **Sie** es im Jahr 2000 dorthin gegeben haben, **Herr Westenthaler!** (Abg. Ing. Westenthaler: Sie wollten es nicht mehr zurück!) **Sie** haben unter größtem Einsatz Ihrer Möglichkeiten zugestimmt, dass der Bereich Arbeit im Wirtschaftsministerium landet (Abg. Ing. Westenthaler: Na, gefällt Ihnen das? Sind Sie damit einverstanden?), und es ist sehr schwierig, es wieder dorthin zu bringen, wohin es gehören würde.

Und dann zum Thema Finanzierung, weil Sie auch das Thema **LKW-Abgabe, Mineralölsteuer-Erhöhung** auf den Tisch gebracht haben. **Herr Klubobmann!** Ich muss Ihnen leider vor Augen führen, dass in allen Bereichen, in denen **Ihre Minister in der Vergangenheit** tätig waren, **katastrophale finanzielle Verhältnisse** bestehen (Abg. Ing. Westenthaler: Aber das stimmt ja nicht!), etwa beim

Familienlastenausgleich – der ist ja nicht nur ausgeräumt, sondern der ist mit über einer Milliarde € verschuldet (Abg. Ing. Westenthaler: Weil es den Familien besser geht!), und die Tendenz bis zum Jahr 2010 ist mit über 3 Milliarden festgelegt.

Wenn man den Bereich Infrastruktur anschaut, kriegt man überhaupt das Augen- und Ohrensausen. Im Bereich der **Infrastruktur der Eisenbahn** hat **Ihr Minister** 7 Milliarden **Verschuldung hinterlassen!** (Abg. Ing. Westenthaler: Wie hoch ist die Verschuldung der Gewerkschaft? Wie viele Schulden habt ihr?) Bei der ASFINAG eine noch höhere Verschuldung – die ASFINAG steht eigentlich an der Grenze ihrer Existenz. (Abg. Ing. Westenthaler: Als Gewerkschafter von dem reden, ist kühn!) In Wirklichkeit, glaube **ich**, sollte man da nicht hinterfragen, warum **Finanzierungsmaßnahmen** notwendig sind.

Herr Klubobmann, eines ist evident – **der Herr Sozialminister** hat das gesagt, und **ich** möchte es betonen –: Es wird bis 1. Jänner 2008 zu **einer Neuordnung im Bereich der Invaliditätspension kommen** müssen, weil es dort auch sehr gravierende Ungerechtigkeiten gibt. (Abg. Ing. Westenthaler: Kürzen?)

Die „Hacklerregelung“ oder eine ähnliche Lösung wird für länger als bis 2007 notwendig sein, dazu bekennen **wir** uns. Und **die Schwerarbeiterregelung**, **Herr Klubobmann**, würde **ich** sagen, ist so missglückt, dass sie fast lächerlich ist. Es gibt auch nur sieben Bewerbungen, weil die Verordnung einfach ein Murks ist! (Abg. Ing. Westenthaler: Deshalb wird sie auch weitergeführt!)

Herr Klubobmann, ich würde es so formulieren: **Sie** sitzen im **Glashaus** – werfen **Sie** bitte nicht mit Steinen! (Beifall bei der SPÖ.)

16.13

Präsidentin Mag. Barbara Prammer: Als Nächster ist Herr Abgeordneter Amon zu Wort gemeldet. Wunschredezeit: 8 Minuten. – Bitte.

16.13

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Herr Bundeskanzler! Geschätzte Mitglieder der Bundesregierung! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Haberzettl, nicht böse sein, aber: Ein bisschen kühn ist es schon, zu sagen, dass **Klubobmann Westenthaler** schuld daran sei, dass die Arbeitsagenden nicht im **Sozialministerium, sondern im Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit** sind. – Sie sind vielleicht dort, weil **Martin Bartenstein** sehr **erfolgreich die Arbeitsmarktpolitik gemacht hat**. Deshalb sind sie dort. (Beifall bei der ÖVP.)

Wir haben Gott sei Dank auch seit dem Sommer die Trendwende auf dem **Arbeitsmarkt** geschafft, und zwar mit **einem guten, offensiven arbeitsmarktpolitischen Programm** – 285 Millionen € sind in diesen Bereich geflossen –, und **dieses Programm** wird offensiv fortgesetzt, damit diese Trendwende anhält. Das Ziel bleibt, wie **Vizekanzler Molterer** heute schon gesagt hat, die **Vollbeschäftigung**, meine **Damen und Herren, Vollbeschäftigung bis 2010**, und das

ist die wichtigste sozialpolitische Maßnahme, die es überhaupt geben kann. (Beifall bei der ÖVP und bei Abgeordneten der SPÖ.)

Das Regierungsprogramm – darum verstehe ich die Dringliche Anfrage, die **das BZÖ** heute eingebracht hat, nicht ganz – enthält einen wirklich sehr umfassenden Teil zur **Arbeitsmarktpolitik, zur Sozialpolitik, baut aber auch fast ineinandergreifend auf der bisherigen Regierungspolitik auf**, und zwar in sämtlichen Bereichen, im **Pensionssicherungsbereich** ebenso wie in der **aktiven Arbeitsmarktpolitik**.

Darum verstehe **ich** die heutige Dringliche nicht ganz (Abg. Ing. Westenthaler: Nein, ich habe es ja gesagt!), weil **Sie** damit ein wenig die eigene **Sozialpolitik** in Frage stellen, wozu **Sie** eigentlich überhaupt keinen Grund haben, **meine Damen und Herren vom BZÖ!** (Abg. Ing. Westenthaler: Habe ich am Anfang gesagt!)

In **diesem Programm** sind eine Fülle von Maßnahmen enthalten, die, glaube **ich**, sehr sinnvoll sind. **Wir** definieren den **Mindestlohn** etwa im Wege eines von den **Sozialpartnern** zu verhandelnden **Mindestlohns** von 1 000 €. Wir haben im Bereich der **Jugendbeschäftigung** etwa **die Bildungsgarantie bis 18 Jahre** ausdrücklich angeführt – eine wichtige Maßnahme gerade auch für Jugendliche, die keine Arbeit finden oder sich schwer tun.

Wir bekennen uns dazu, dass der sehr erfolgreiche Blum-Bonus weiter verlängert wird – **ich** glaube, eine wichtige Maßnahmen –, weiters zum **Ausbau der Pflegevorsorge**. Letztlich geht es aber auch um **die Sicherung des Pensionssystems** in der Form, dass **die Pensionssicherungsreform**, die wir gemacht haben, auch weiterhin Bestand hat.

Und **wir** haben letztlich – das halte **ich** für besonders wichtig, gerade im Hinblick auf intergenerative Gerechtigkeit und im Hinblick auf die Frage, dass **wir** es unterstützen wollen, dass sich **Frauen** auch für Kinder entscheiden können – etwa auch weitere Verbesserungen im Zusammenhang mit der **Pensionsbemessung bei den Kindererziehungszeiten** in das **Koalitionsübereinkommen** geschrieben.

Nun komme **ich** zu einem wichtigen Punkt, der in der heutigen Debatte auch schon Thema war – **Herr Sozialminister Buchinger** ist umfassend darauf eingegangen –, und zwar die Frage der **Armutsbekämpfung** auf der einen Seite und die intensive Debatte um eine sogenannte **Grundsicherung** auf der anderen Seite.

Wir als Österreichische Volkspartei haben uns relativ klar gegen eine **Grundsicherung** ohne Arbeit ausgesprochen, weil es schon sehr problematisch und durchaus auch nicht im Sinne etwa der christlichen Soziallehre ist, dass es ein Grundeinkommen ohne Arbeit – die Pension jetzt ausgenommen – auf Dauer gibt, denn Arbeit ist Teil der Sinnerfüllung des Lebens, und daher ist ein Einkommen ohne Arbeit auf Dauer sozusagen auch gegen die Würde des Einzelnen gerichtet. Darum würde ein Grundeinkommen ohne Arbeit jedenfalls niemals die Zustimmung **der Volkspartei** finden, **meine Damen und Herren!** (Beifall bei der ÖVP.)

Deshalb ist es auch in den sehr interessanten Verhandlungen mit **Herrn Sozialminister Buchinger** zu dieser **bedarfsorientierten Mindestsicherung** gekommen. **Wir** haben uns hier im **Hohen Haus** darauf verständigt, dass **wir** etwa bei den Pensionen mit den

726 € so etwas wie eine **Mindestpension** einführen. **Ich** glaube, dass das eine sehr vernünftige Maßnahme ist.

Wir haben uns im **Koalitionsübereinkommen** aber auch dazu bekannt, dass **wir** uns etwa im Wege des **Arbeitslosengeldes**, der **Arbeitslosenversicherung** über Nettoersatzraten unterhalten und nicht automatisch etwa die 726 € hier auch als **Arbeitslosenentgelt** anlegen, weil das tatsächlich zu einer Fülle von Ungerechtigkeiten führen würde, wenn dann jemand plötzlich aus dem **Arbeitslosenentgelt** zu einem höheren Einkommen kommen könnte, als er mit Erwerbsarbeit erhalten hat. Das wäre nicht fair, das wäre nicht gerecht und das wäre gegenüber **jenen, die arbeiten**, natürlich auch nicht zu argumentieren.

Wir haben darüber hinaus – das, glaube **ich**, ist schon auch wichtig im Zusammenhang mit der Frage der **Arbeitslosigkeit** (Zwischenruf des Abg. Öllinger) und diesbezüglicher sozialer Unterstützungen – natürlich auch die Frage der **Arbeitswilligkeit** ins Zentrum gestellt.

Es geht schon darum, dass jemand, der in die zweifelsohne schwierige Situation von **Arbeitslosigkeit** kommt, natürlich unterstützt werden muss. Dem muss geholfen werden, durch Weiterbildung, durch Schulungsmaßnahmen, auch finanziell (Abg. Öllinger: Welche Schulungen?), aber selbstverständlich muss auch der Anspruch der Gesellschaft bestehen bleiben, dass jemand, der in diese Situation kommt, von sich aus zurück in den Arbeitsprozess will und sich nicht gleichsam hier in die viel zitierte **soziale Hängematte** legt. **Ich** halte das für einen wichtigen Punkt. Und deshalb ist es auch in Ordnung, wenn man bei den Zumutbarkeitsbestimmungen gerechter und praxisnäher wird, dass auch Arbeitsplätze anzunehmen sind, die es dann auch tatsächlich in dem Gebiet und in der Region gibt. Denn mitunter werden hier auch Arbeitsplätze angeboten, die es vor Ort dann nicht gibt. Und dass sich dann natürlich jemand schwer tut, liegt, glaube **ich**, auf der Hand.

Zum Schluss kommend: Bei all der **sozialen Gerechtigkeit und sozialen Fairness**, die notwendig sind, und bei all der **Sozialhilfe**, für die wir alle kämpfen, um es jenen **Mitbürgerinnen und Mitbürgern** zu erleichtern, die es eben schwer im Leben haben, darf man eines, glaube **ich**, nicht übersehen: Alles, was hier an Mitteln ausgeschüttet wird, muss zunächst erwirtschaftet werden! Deshalb müssen im **Zentrum der Politik** natürlich auch **die Absicherung des Wirtschaftsstandortes, die Förderung der Leistungswilligkeit und die Entlastung der Bürger**, die bereit und imstande sind, zu leisten, stehen, damit wir uns ein **Sozialsystem** auch leisten können und ein gutes **Sozialsystem** auch weiterhin finanzierbar bleibt. (Beifall bei der ÖVP.)

16.20

Präsidentin Mag. Barbara Prammer: Als Nächster zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Öllinger. Redezeit: 10 Minuten. – Bitte.

16.20

Abgeordneter Karl Öllinger (Grüne): **Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren auf der Regierungsbank! Liebe Zuschauerinnen und**

Zuschauer! Wertes Hohes Haus! Ich möchte Ihnen sagen: Manches an diesen neuen Umständen ist schon noch gewöhnungsbedürftig!

Herr Kollege Westenthaler, wenn etwa ein **Vertreter des BZÖ** dieser **neuen Bundesregierung** vorwirft, dass **sie** ihre Prinzipien verrät, dann muss **ich** festhalten beziehungsweise fragen: Wer hat sich denn 2000, als das Sozialministerium übergeben wurde, die Agenden **Arbeitsmarkt, Arbeitsrecht und Arbeitsinspektion** wegnehmen lassen beziehungsweise hat diese weggegeben? Wer war es denn, wenn nicht **die FPÖ** beziehungsweise **das BZÖ**, die sich 2003 auch noch die Agenden **Gesundheit** und einen Gutteil der Agenden **Sozialversicherung** aus dem **Sozialressort** wegräumenlassen haben? – Das war doch **die FPÖ** beziehungsweise das BZÖ!

Wer war es denn, der uns 2003 als **Sozialminister** erklären wollte, dass das, was im Bereich **Pensionen** mit der **ÖVP** verhandelt wurde, ein toller Erfolg ist, obwohl **Pensionskürzungen** von 30 bis 50 Prozent beinhaltet waren? **Ich** habe es noch gut im Ohr: Es war **Herr Kollege Haupt! Er** hat sich hergestellt und hat gesagt: Das ist super! Das ist das Beste! – Und erst der breite Protest der Öffentlichkeit hat bewirkt, dass Sie und auch **die ÖVP** diese **Pensionskürzungen** – zumindest teilweise – zurücknehmen mussten. So schaut es aus, meine **sehr geehrten Damen und Herren!** (Beifall bei den Grünen und bei Abgeordneten der SPÖ. – Abg. Ing. Westenthaler: Sie sind offensichtlich der rote Pflichtverteidiger!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wer war es denn, der 2003 in das **Regierungsabkommen** hineingeschrieben hat, dass es 1 000 € Mindestlohn für alle **Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer** geben soll, und dann nichts gemacht hat? – Reden **Sie** sich jetzt nicht auf **die Sozialpartner** aus, denn mit diesen hätten **Sie** auch reden können! Jetzt herzugehen und das zu kritisieren, ist zwar gut und recht! Dassage **ich** auch! **Die SPÖ** braucht sich nicht weiter abräumen zu lassen. Das halten wir einmal fest. **Ich** halte es aber für unerträglich – und auch für ein Riesenproblem, **Herr Sozialminister!** –, dass **die Sozialdemokratie**, die sich **ein Sozialministerium** ohnehin schon, wie **ich** es gerade beschrieben habe, hat zergliedern lassen, jetzt auch noch freiwillig daran mitwirkt, dass **das Sozialministerium** noch weniger Kompetenzen hat.

Ich erläutere Ihnen das, und man braucht dabei nicht auf diesen ständestaatlichen Streit zwischen Wirtschaft und Arbeit beziehungsweise **Sozialministerium** zurückzugehen. **Ich** erkläre Ihnen das Ganze am Beispiel des Problemkomplexes von Unfällen: Für **die Verhinderung von Unfällen** beziehungsweise deren Kontrolle ist **das Wirtschaftsministerium** zuständig. Für **die Verhinderung von Unfällen** und die entsprechende Bezahlung – also teilweise für das Gleiche – ist nicht das Sozialministerium, sondern **das Gesundheitsministerium** zuständig. Und nur bei jenen Unfällen, durch welche es zu Unfallopfern gekommen ist, die damit zu Pensionisten geworden sind, ist **das Sozialministerium** zuständig.

Man verbindet also mittlerweile mit dem **Sozialministerium** etwas völlig anderes, als es tatsächlich ist. **Das Sozialministerium** ist nur mehr für **Pensionisten**, für **Pflege** beziehungsweise für **behinderte Menschen** zuständig. Möglicherweise sind **Sie** auch noch für den **Konsumentenschutz** zuständig. Diesbezüglich, **Herr Bundesminister**, war Ihre Antwort enttäuschend beziehungsweise haben **Sie** die Antwort vergessen. **Wir** hätten nämlich schon gern gewusst, ob **Sie** jetzt wirklich zuständig sind oder nicht!

Aber nun noch einmal kurz zurück zu der Ressortfrage, denn dabei geht es fundamental um viel. Die jetzige Segmentierung im Bereich **Soziales** durch die ministeriellen Kompetenzen tut der **Sozialpolitik** nicht gut. Das wissen **Sie**, das weiß **ich**, und das wissen einige andere auch! Daraus sollte man keine billige Polemik machen, denn das ist ein Faktum! Dass sich die **Sozialdemokratie** in diesen Regierungsverhandlungen dazu hergegeben hat, sich auch noch den Rest der **Sozialpolitik** abkaufen zu lassen, ist ein großes Versagen! (Beifall bei den Grünen.)

Ich komme zurück zu einem Thema, das ich bereits angesprochen habe: **Mindestlohn**. – 2003 wurde das im **Regierungsprogramm** festgehalten, geschehen ist aber nichts. Auch **das BZÖ** hat nichts gemacht. Jetzt haben **wir** aber bereits 2007, und **Sie** klatschen einander jeweils Zustimmung zu und sagen: **Wir** werden jetzt die 1 000 € durchsetzen.

Dazu sage **ich**: Himmel, Herrgott! **Wir** haben 2007, und die 1 000 €, die damals schon als **Mindestlohn** zu wenig waren, sollten jetzt zumindest mit 1 100 € beziffert werden! **Herr Bundesminister**, arbeiten **Sie** bitte nicht wieder mit diesen Beträgen von 1 100 € oder 1 200 €! Gehen wir doch stattdessen zu Stundenlöhnen über, denn das wäre eine ehrliche Beschreibung dessen, was man leisten muss! Bei 1 100 € oder 1 200 € kann man wiederum nicht festmachen, ob das für 35, für 38, für 40 oder gar für 45 Stunden ist! Warum verwenden **wir** als Berechnungsbasis nicht den Stundenlohn? Dann würden **wir** nämlich sehen, dass 1 000 € wirklich verdammt wenig sind!

Dann würden **wir** aber auch sehen – und **ich** bitte, diese Anregung mitzunehmen, **Herr Bundesminister!** –, dass beispielsweise die Gemeinde Wien im Bereich der Schneeräumung für Tagelöhnerarbeiten in der Nacht noch immer nur 5 € zahlt! Himmel! Herrgott! Wo sind **wir** denn? Wenn, dann sollten **wir** diese Debatte für den Bereich der Mindestlöhne ehrlich führen! Und da wird offensichtlich, dass 5 € mit Sicherheit zu wenig sind, ganz egal, ob **Sie** diesen Betrag auf 45, 40 oder 38 Stunden hochrechnen! (Beifall bei den Grünen.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ein anderer Punkt wurde ebenfalls leider noch zu wenig angesprochen, nämlich der Bereich der **Lehrlinge**. **Ich** greife jetzt nicht die Debatte über **die Stipendien** auf, obwohl mich das auch jucken würde, wenn **der Herr Bundeskanzler** jetzt hinter mir sitzt. **Ich** beschränke mich jedoch auf **die Lehrlinge**.

Sie haben vereinbart, **die Kündigungsmöglichkeiten zu erleichtern**. **Ich** bin betreffend den Beschäftigungseffekt, der bewirkt werden soll, skeptisch. Aber sei es drum: Das ist eine Vereinbarung. Etwas frage **ich Sie** aber schon, **Herr Bundesminister** beziehungsweise **Herr Bundeskanzler**: Die Betriebe erhalten Prämien für **die Ausbildung von Lehrlingen**, wenn **sie** Ausbildungsarbeit machen, und diese werden extra auch als solche deklariert. Meine Frage: Behält ein Betrieb die Prämie auch dann, wenn jemand gekündigt wird? Sollten **wir** nicht auch darüber diskutieren, was mit den Prämien geschieht?

Ich sehe schon ein, dass es fraglos eine Verantwortung für ein Unternehmen ist, wenn es sich auf einen schwierigen **Jugendlichen** einlässt. Es sind nicht alle **Jugendlichen** gleich, und es ist auch der Ausbildungsgrad zwischen den einzelnen Lehrberufen unterschiedlich. **Wir** wissen aus den letzten Jahren, dass es ein beträchtliches Maß an Förderungen durch den Bund, die Länder und die Gemeinden gegeben hat. Aber mit der

Förderung war selbstverständlich jeweils auch verbunden, dass das Unternehmen **die Lehrlinge** tatsächlich fördert und gleichsam durch zugegebenermaßen möglicher weise schwierige drei Jahre durchträgt. Was aber geschieht mit den Förderungen, wenn das nicht funktioniert? Darüber muss man, wie **ich** meine, auch reden!

Ein weiterer Punkt, den auch **Kollege Amon** angesprochen hat, interessiert mich natürlich besonders. **Ich** halte diese Debatte, die auch von Seiten der **FPÖ** geführt wird, nicht mehr aus! **Herr Kollege Strache!** **Sie** waren im Wiener Wahlkampf doch selbst einmal für die **Grundsicherung!** Damals haben **Sie** immer gesagt: Ja, **ich** bin dafür! (Abg. Strache: Ja, für Menschen, die auch etwas leisten!)

Was ich jetzt aber nicht mehr aushalte, ist der Vorwurf, dass diese **Mini-Grundsicherung**, die **Sie** jetzt vorstellen, sozusagen eine Verleitung zur **Arbeitslosigkeit** sein soll! Wovon reden **wir?** **Ich** nenne Ihnen die Beispiele: **Wir** reden von **Frauen**, die 400 € oder 500 € Notstandshilfe erhalten. Mehr erhalten **sie** nicht, denn **Frauen** erhalten im Durchschnitt nicht mehr Notstandshilfe! Mit dieser **Mini-Sicherung**, die jetzt kommt, kommen vielleicht noch 50 € für **die Frau** dazu. Wenn sich eine **Frau** jetzt aber schon gefreut hat, dass **Bundesminister Buchinger** nun **eine Grundsicherung** von 726 € versprochen hat, jedoch das Pech hat, in einer Eigentumswohnung zu leben, dann bekommt **sie**, wenn geprüft wird, möglicherweise nicht einmal einen Euro oder einen Cent mehr! Das kann es doch nicht gewesen sein!

Von Seiten der **ÖVP** wird immer wieder gesagt: **Wir** wollen die Leute nicht irgendwie aus dem Arbeitsleben herausnehmen. **Sie** wissen beziehungsweise **wir** beide wissen, wovon **wir** reden. Welche **Frauen** betrifft das? Es geht dabei um **Frauen**, die alleinerziehend sind, zwei, drei oder vier Kinder zu versorgen haben, vorher gearbeitet haben und gerne wieder arbeiten würden, was aber natürlich mit allen Betreuungspflichten nicht leicht organisierbar ist. Und da gehen **Sie** her und sagen: Das sind die Drückeberger! Denen muss man das wegnehmen! – Diese Debatte ist doch absurd!

(Beifall bei den Grünen. – Präsidentin Mag. Prammer gibt das Glockenzeichen.)

Auf der anderen Seite sagen **Sie** impertinenterweise auch noch: Die sollen doch Arbeit annehmen! – Als ob **Sie** oder irgendjemand dazu einen Beitrag leisten würde! Hören **Sie** es sich doch selbst in den politischen Debatten an! Da wird gesagt: Es wäre schön, diesen Leuten eine Arbeit zu geben! Aber dann dürften **Sie** andererseits nicht sagen: **Wir als Politiker** sind gar nicht dazu da, Arbeit zu geben!

Nehmen **Sie** sich an der eigenen Nase, und dann werden **Sie** feststellen, dass **Sie** bestimmte Debatten anders führen müssten! (Beifall bei den Grünen.)

16.31

Präsidentin Mag. Barbara Prammer: Als Nächster zu Wort gelangt Herr Klubobmann Strache. Wunschredezeit: 8 Minuten. – Bitte.

16.31

Abgeordneter Heinz-Christian Strache (FPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Bundeskanzler! Werter Minister! Die Frage des Vertrauensbruchs der Sozialdemokratie in der Sozialpolitik ist sicherlich berechtigt.

Ich möchte aber am Beginn auch anmerken, dass auch ein bisschen der Eindruck entsteht, dass **wir** hier heute eine gewisse Wehmütigkeit der **Orangen** mitzuerleben haben, die Rotz und Wasser heulen, weil **sie** jetzt aus den Ministerien ausziehen mussten und alle Begünstigungen verloren haben: Blaulichter auf den Dienstwagen sind nicht mehr vorhanden. Die Autobahnvignette ist weg. All das ist schmerzvoll. Das verstehe **ich** schon!

Wenn man sich dann aber herausstellt und den **Verrat der SPÖ an ihrer Wählerschaft** zu Recht anprangert, dann muss man, wie **ich** meine, zunächst schon bei sich selbst anfangen und sich an der eigenen Nase nehmen. – **Ich** sage: Da können sich **Dr. Haider, Ing. Westenthaler und Dr. Gusenbauer** die Hände reichen! **Sie** alle haben nämlich leider Gottes gegenüber ihrer ählerschaft **Verrat** geübt, und man hat ja auch die Rechnung dafür präsentiert bekommen! (Beifall bei der FPÖ.)

Es tut natürlich weh, wenn man das anspricht, **ich** spreche es aber dennoch an, weil es letztlich richtig ist. (Zwischenruf des Abg. Scheibner.)

Nun aber zurück zum **sozialen Gewissen der Sozialdemokratie**: Es hat in vielen Bereichen einen **Vertrauensbruch gegenüber den Wählern** gegeben. **Wir** haben hier x-fach **die Pensionistenfrage** besprochen. Das wird jetzt immer so weggewischt! Man muss das aber einmal betonen: Nettopenisonen von 1 215 € im Monat haben letztlich bis zum Jahr 2006 93 € an Kaufkraft verloren! Somit gab es jahrelang Verluste, und es wurde jahrelang nicht angepasst. (Abg. Mag. Wurm: Da waren Sie mit dabei!) Jahrelang hat die Vorgängerregierung diesbezüglich versagt! Kaum hatten **Sie** jedoch die Chance, das gutzumachen, haben **Sie** mitgespielt bei diesem **Verrat an den Pensionisten** und haben nur 1,6 Prozent möglich gemacht!

Genau das muss man anprangern, denn es ist sozialpolitisch nicht verantwortlich, **die Pensionisten** unter der Inflationsrate sozusagen abzufertigen und sich dann zu wundern, wenn es zu einer schleichenden Verarmung kommt! **Sie** können sich doch nicht wundern, wenn die Lebenshaltungskosten permanent steigen und sich gerade jene **Menschen**, die ein Leben lang etwas geleistet haben, immer weniger leisten können und Probleme damit bekommen, den Strom, das Gas und die Miete zu bezahlen! Das ist **Ihre fehlende sozialpolitische Verantwortung!** Um diese geht es!

Mindestpensionistinnen sind mir im Wahlkampf entgegengekommen, **Frauen und Mütter**, die zwei, drei oder vier Kinder großgezogen haben und sogar 36, 37 bis 38 Jahre Sozialversicherungsbeiträge geleistet haben, dann aber mit 450 € Pension sozusagen abgefertigt wurden. Das tut einem im Herzen weh! Es tut einem wirklich weh, dass es überhaupt **Menschen in Österreich** gibt, die mit so einer Pension sozusagen abgefertigt beziehungsweise abgespeist werden. (Abg. Mag. Wurm: Daher ist es gut, dass jetzt die SPÖ wieder in der Regierung ist!) **Ich** hätte mir von Ihnen erwartet, dass **Sie** genau da gegensteuern! Aber **Sie** haben nichts gemacht!

Deshalb muss man leider auch sehr zynisch festhalten: **Machtbesessenheit** kann man **Dr. Gusenbauer** nicht vorwerfen, denn Macht hat er heute als Kanzler keine. Wenn,

dann ist es **Amtsbesessenheit**, wobei ihm offensichtlich der Schein wichtiger als das Sein ist. In diesem Zusammenhang kann man vielleicht auch **Karl Marx** bemühen: Bei **Bundeskanzler Gusenbauer** bestimmt offensichtlich der Schein das Bewusstsein. Anders ist das nicht zu werten.

Schauen **wir** uns doch all die **sozialpolitischen Vertrauensbrüche** an! Wo findet denn, bitte, **Armutsbekämpfung** statt? **Wir** finden heute **Armut** sowohl bei Jung und Alt! **Armut** gibt es heute bei **jungen Menschen**, die nach der Schule eine Lehrstelle suchen, aber keine finden und überhaupt keine Chance haben, irgendwo unterzukommen. Und dann geht man her und weicht auch noch den **Kündigungsschutz bei den Lehrlingen** auf, anstatt der überholten Bestimmungen, die es heute im Lehrlingsbereich gibt, zu verändern!

Dann hätte man heute zum Beispiel die Bestimmung für einen Tischler ändern müssen, dass **er**, wenn **er** hobelt, auch den Dreck aufkehren soll und nicht, wie es heute geregelt ist, diesen nicht aufkehren muss. Das sind unsinnige Bestimmungen! Dafür gibt es unzählige Beispiele, bis hin zum Bäcker, der seine Torten nicht ausliefern darf, die er gebacken hat, und der, wenn ihm der Lehrherr das anschafft, zur Gewerkschaft gehen kann und dann von der Gewerkschaft unterstützt wird. – Das sind die Unsinnigkeiten, warum Unternehmer heute nicht oder immer weniger bereit sind, mehr **Lehrlinge** aufzunehmen! Und dann lockern **Sie** den **Kündigungsschutz**! Das ist genau der falsche Weg! **Sie** lassen diese **jungen Menschen**, die unseren Schutz brauchen, wiederum im Stich!

Auf genau diese Art geht das weiter. **Ich** rede jetzt gar nicht von all den Belastungen, die kommen werden. Das habe **ich** heute schon gesagt: 3 Milliarden € an **Einsparungsmaßnahmen** finden sich **Regierungsprogramm**; das ist nachzulesen. Und das werden keine **Einsparungen** sein, sondern das werden weitere Belastungen sein, die auf **die Menschen** zukommen werden.

Vom **Eurofighter** wissen **wir**, dass **Sie** diesen werden bezahlen müssen. **Sie** haben nämlich nicht dafür Sorge getragen, dass hier letztlich eine Veränderung vonstatten geht und andere soziale Initiativen möglich werden.

Im **Pflegebereich** haben **Sie** bei dem mitgespielt, was **wir** auch im Wahlkampf kritisiert haben, nämlich bei der **Legalisierung von illegalen Pflegekräften**. Da haben **Sie** alles ohne Ausnahme über einen Kamm geschert, ohne an einen entsprechenden Befähigungsnachweis und somit auch an **die österreichischen Pflegekräfte** zu denken, die arm sind. Diese werden nämlich verdrängt und fallen unter **Lohndumping**. **Sie** reden immer von einer Krise. Wenn man dann aber im **Ausbildungsbereich bei den Pflegeberufen** nachschaut, dann kommt man drauf, dass sich beispielsweise in der Steiermark jährlich 500 junge Menschen bewerben, um eine Ausbildung im Pflegebereich zu erhalten, 250 jedoch abgewiesen werden, weil man dort angeblich gar nicht so viele **junge Menschen** braucht!

Wir hören einerseits permanent, dass es in diesem Berufssegment eine Krise gibt, wenn aber unsere **jungen Österreicher** diesen Beruf erlernen wollen, dann lehnt man sie ab! Da stimmt doch etwas nicht! Und genau um diese Falschheit geht es! Bei der Gruppenbesteuerung haben Sie mitgespielt. Wo bleibt hier Ihr **soziale Verantwortung**, etwas zu verändern? Das geht bis dahin, dass **sie** nicht bereit sind, eine sofortige

Erhöhung des Pflegegeldes sicherzustellen! Auch da zögern Sie letztlich wieder hinaus und haben lediglich Arbeitsgruppen angesetzt

Auch **die Grundsicherung** wurde angesprochen. **Herr Kollege Öllinger**, ja, **ich** bin für eine **Grundsicherung**, wenn man von den **Menschen** für diese **Grundsicherung** auch eine Gemeinschaftsleistung erwartet und erwarten kann. Dafür bin **ich**, nicht aber für ein arbeitsloses Grundeinkommen. Da liegt der Unterschied zwischen unserer Fraktion und Ihrer! (Beifall bei der FPÖ.)

Rechnen **Sie** es sich einmal aus, wenn man heute von einem **Mindestlohn** von 1 000 € ausgeht, was das netto bedeutet! Das ist nicht viel mehr als diese Grundsicherung, die **Sie** als **arbeitsloses Grundeinkommen** planen! Wozu soll dann eine Halbtagskraft heute noch arbeiten gehen? Wozu soll ein Hilfsarbeiter dann noch arbeiten gehen? Wozu soll eine Billa-Verkäuferin dann noch um 800 € arbeiten gehen, wenn sie in die Arbeitslosigkeit geht und eine Grundsicherung von 726 € erhält? Das ist widersinnig! Da muss man auch einmal kritikfähig sein und das hinterfragen!

Das ist ein Schlag ins Gesicht für **fleißige Menschen, die arbeiten!** Die wollen einen gescheiten Lohn und nicht so niedrige Löhne, wie sie heute bezahlt werden! Und wenn **die Leute** Steuern zahlen, dann wollen **sie** auch gesichert wissen, dass jene, die unsere **soziale Hilfe und Unterstützung** wollen und brauchen, diese auch einfordern können, dass **sie** aber auch bereit sind, etwas für die Gemeinschaft zu leisten. Das ist ein Geben und Nehmen. Darüber und über **einen gerechten Verteilungsschlüssel** muss man diskutieren.

Ganz kurz zu den **Studiengebühren**: Auch das ist eine soziale Frage. Qualität ist nichtgesichert, kassiert wird aber. Da gibt es in Österreich Systeme wie in Innsbruck, in deren Rahmen für die Wirtschaftsstudienrichtungen 1 000 Punkte vergeben werden, und **die Studenten** müssen dann wie auf dem Spekulationsmarkt Punkte setzen, damit sie an irgendeiner Vorlesung teilnehmen dürfen. Da gibt es 500 Punkte für eine Vorlesung und 500 Punkte für eine zweite, und jemand hat vielleicht Pech und kann keine Vorlesung in einem Semester besuchen, weil er zuwenig gesetzt hat, muss aber trotzdem Studiengebühren zahlen. Das gibt es in Innsbruck!

Es gibt Fälle an **österreichischen Universitäten**, wo man zwölf bis 18 Monate auf eine Prüfungsbeurteilung warten muss. Die Qualität muss man verbessern, und deshalb sage ich: **Die Studiengebühren** in der heutigen Form gehören abgeschafft, weil sie in Wirklichkeit nichts von dem, was versprochen wurde, bewirkt haben, sondern vielmehr das Gegenteil. (Beifall bei der FPÖ.)

Ich komme zu einer Schlussfolgerung: Wer geglaubt hat, dass die Wetterkapriolen, die **wir** aktuell erleben, das Einzige ist, was momentan absurd ist, der ist heute eines Besseren belehrt worden, denn **die Regierungskapriolen**, die **wir** aktuell erleben, sind noch absurder als die Wetterkapriolen. Und wenn man **Dr. Gusenbauer als Bundeskanzler** mit seinen **Vorgängern Vranitzky und Klima** vergleicht, dann muss man sagen: Das waren ja im Vergleich zu ihm geradezu **Sozialrevolutionäre!** – Das ist das, was man enttäuschenderweise feststellen muss. (Zwischenrufe bei der SPÖ. – Abg. Prähauser: Ein Stückerl übertrieben!)

Aber damit werden **Sie** leben müssen, und **Sie** werden den **Menschen** erklären müssen, warum **Sie** in all diesen Bereichen letztlich umgefallen sind, warum **Sie** nicht den Mut gehabt haben, etwas zu ändern. **Wir** werden heute mit einem Antrag für eine Nagelprobe bei den Studiengebühren sorgen. (Beifall bei der FPÖ.)

16.41

Präsidentin Mag. Barbara Prammer: Es hat sich nun der Herr Bundeskanzler zu Wort gemeldet. – Bitte, Herr Bundeskanzler.

16.41

Bundeskanzler Dr. Alfred Gusenbauer: **Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich** habe mir gedacht, nach der ausführlichen Beantwortung der Dringlichen Anfrage durch den **Herrn Sozialminister** ist der Informationsstand beim **Herrn Klubobmann Strache und beim Herrn Klubobmann Westenthaler** etwas angestiegen.

Gerade aber Ihr letzter Redebeitrag, **Herr Klubobmann Strache**, veranlasst mich schon, **Sie** Folgendes zu fragen (Abg. Dr. Graf: Umgekehrt! Das Parlament fragt, nicht der Minister beziehungsweise der Kanzler!): Glauben **Sie**, dass eine **Erhöhung der Mindestpension** – nämlich der Ausgleichszulage – um über 5 Prozent, was dazu führt, dass in Österreich kein **Pensionist** und keine **Pensionistin** mehr eine **Pension unterhalb der Armutsgrenze** haben wird, ein sozialer Skandal ist? – **Ich** glaube nicht. (Abg. Strache: Das hab' ich ja nicht angesprochen!) Ich glaube, das ist ein wesentlicher sozialpolitischer Fortschritt.

Es gibt damit nur drei Länder in der gesamten Europäischen Union, wo kein **Pensionist** und keine **Pensionistin** unter der Armutsgrenze leben. (Abg. Strache: Stimmt ja nicht! Falsch!) Darauf sollten wir stolz sein und das nicht zur Verunsicherung der Menschen in unserem Land gebrauchen! (Beifall bei der SPÖ.)

Zum Zweiten, wenn es um **das Pensionsniveau** geht: **Sie** haben Recht, dass es in den letzten Jahren einen **Kaufkraftverlust der Pensionisten** gegeben hat, aber **wir** stellen fest, dass **die Pensionserhöhung**, die jetzt stattgefunden hat, für alle **Pensionistinnen** und **Pensionisten** eine Abgeltung der Teuerungsrate bedeutet und der Unterschied zu dem Pensionistenpreisindex sozial, gerecht und fair auf die unterschiedlichen Einkommensgruppen verteilt wurde.

Das heißt, ein jeder kriegt zumindest die Teuerungsrate abgegolten und zusätzlich noch eine Einmalzahlung (Abg. Öllinger: Nein!), und das in Zeiten, wo **Sozialpolitik** in **dieser Regierung** wieder im Vordergrund steht. Ganz im Gegenteil zu Ihren Behauptungen versuchen **wir** den **Pensionistinnen** und **Pensionisten** das zu geben, was **sie** brauchen, um Würde im Alter auch realisieren zu können. Das halten **wir** für wichtig.

Zum Dritten: **Sie** sagen, es kommt zu einer **schleichenden Verarmung der Pensionisten**. – Man muss sich vorstellen: in einer Situation, wo nicht nur die Inflationsrate abgegolten wird, sondern wo es eine Zusatzzahlung gibt (Abg. Strache: Nicht einmal die Inflationsrate!), wo dazu noch **die Mindestpensionen** überproportional erhöht werden, von einer **schleichenden Verarmung der**

Pensionisten zu reden! (Abg. Strache: Es wird die Inflationsrate nicht abgegolten! Das ist der Punkt!)

Da muss **ich** Ihnen sagen: Es tut mir leid, da versuchen **Sie** einen großen Teil der Bevölkerung in unserem Land zu verunsichern, was nicht gerechtfertigt ist, weil heute wieder mehr als jemals zuvor für **die Pensionisten und Pensionistinnen in Österreich** getan wird. (Beifall bei der SPÖ und bei Abgeordneten der ÖVP.)

Wenn **Sie** über wesentliche Fragen der Versorgung sprechen, dann sage **ich** Ihnen: Wer werden die Hauptprofiteure jener Regelung sein, die wir im Gesundheitsbereich getroffen haben? – Die Rezeptgebührenselbstbehalte werden auf 2 Prozent des Monatseinkommens beschränkt werden. Das bedeutet bei einer **Pension** von 1 000 € nicht mehr als 20 € Rezeptselbstbehalt. (Abg. Strache: 450 € ...!)

Soll **ich** Ihnen etwas sagen? – **Ich** habe viele **ältere Frauen** getroffen, die keine 1 000 € verdienen, die aber über 100 € pro Monat an Selbstbehalten für Rezepte ausgeben müssen, und die ersparen sich mit dieser Regelung über 80 € und manchmal sogar 100 € pro Monat. (Abg. Strache: Den Selbstbehalt habt ihr eingeführt!) Das verstehe **ich** unter **sozialer Fairness für die Pensionistinnen und Pensionisten in unserem Land!**

(Beifall bei der SPÖ und bei Abgeordneten der ÖVP.)

Wenn **Sie** davon sprechen – und **ich** habe Ihnen genau zugehört! –, welcher Art von **Mindestsicherung** **Sie** zustimmen und welcher nicht, dann würde **ich Sie** einladen: Unterschreiben **Sie das Regierungsübereinkommen** (Abg. Strache: Nein!), denn genau dort ist **eine bedarfsorientierte Mindestsicherung** festgehalten (Abg. Strache: Es gibt keine Leistung!), die dann zur Anwendung kommt, wenn der oder die Betroffene die Bereitschaft zur Arbeit, zur Ausbildung oder zu einer gemeinnützigen Tätigkeit hat!

(Abg. Strache: Die Bereitschaft! Aber Sie verlangen es nicht! Sie müssen es fixieren!)

Das heißt, **Herr Strache: Regierungsprogramm** nachlesen, Einkehr halten und **Regierungsprogramm** unterschreiben! **Wir** freuen uns sehr über Ihre Unterstützung unserer guten Vorschläge. (Beifall bei der SPÖ und bei Abgeordneten der ÖVP.)

Was Ihre Aussage betrifft, **die Jugend** würde verarmen: Na ja, das wäre ja genau unser Anliegen, zu sagen, es sollen die 15-Jährigen nicht auf der Straße stehen. **Daher gibt es ja die Ausbildungsgarantie bis zum 18. Lebensjahr.** Entweder ist **ein Jugendlicher** in einer Schule, oder er ist in einer Lehre, oder er ist in einer anderen Bildungsmaßnahme, sei es in einer Lehrwerkstatt oder einer sonstigen Maßnahme.

Damit ist nämlich gewährleistet, dass niemand auf der Straße steht, dass die Gefährdungen von **hoffnungslosen Jugendlichen** durch Alkohol und Drogen abnimmt und dass **jeder Jugendliche** in unserem Land **eine Ausbildungsperspektive** hat. – Das ist die beste Methode, um **die Armut und die Chancenlosigkeit in Österreich zu bekämpfen!**

Ich sage erneut: Wenn Ihnen das ein Anliegen ist, unterschreiben **Sie das Regierungsprogramm!** (Abg. Strache: Das wäre ein Fehler! Ein schwerer Fehler!) Es würde uns große Freude machen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es wurde in der Debatte vom **Herrn Ing. Westenthaler** unzuständigerweise an den **Sozialminister** die Frage gestellt, wofür denn **die Frau Staatssekretärin Silhavy** zuständig sei. (Abg. Dr. Graf: Das ist der neue Parlamentarismus, dass Sie die Abgeordneten nicht mehr zu Wort kommen lassen?)

Sie brauchen die Frage nicht an den **Herrn Sozialminister** zu stellen, **Sie** können sie an mich stellen. **Ich** bin ebenfalls gerne bereit, Ihnen die Fragen zu beantworten, und sage Ihnen, dass **ich** die **Frau Staatssekretärin Silhavy** neben der allgemeinen Vertretung des **Bundeskanzlers** im eigenen Wirkungsbereich mit den Angelegenheiten der **Regionalpolitik, der Regionalförderung, mit den Angelegenheiten der Verwaltungsreform und den Angelegenheiten der Bioethikkommission** betraut habe. (Abg. Ing. Westenthaler – demonstrativ Beifall spendend –: Dazu brauchen wir einen Staatssekretär!)

Das heißt, wenn **Sie** an der **Entwicklung des ländlichen Raumes** interessiert sind, an der österreichischen Raumordnungskonferenz teilnehmen und bei der Regionalförderung mitreden wollen, dann wenden **Sie** sich vertrauensvoll an **die Frau Staatssekretärin, sie** wird **Sie** gerne empfangen. (Beifall der SPÖ. – Abg. Dr. Graf: Weiß der Herr Buchinger nicht alles, sodass Sie da einspringen müssen? – Bundeskanzler Dr. Gusenbauer: Nein, aber da bin ja ich zuständig, nicht er! – Abg. Mag. Stadler: Es war Redezeit im Fernsehen! Schon klar!)

16.47

Präsidentin Mag. Barbara Prammer: Als Nächster zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Dolinschek. 10 Minuten Redezeit. – Bitte.

16.47

Abgeordneter Sigisbert Dolinschek (BZÖ): „Sehr geehrte Frau Präsidentin! Herr Bundeskanzler! Herr Vizekanzler! Werte Vertreter auf der Regierungsbank! Hohes Haus! Herr Bundesminister, die Mindestsicherung – das hat man bei der Beantwortung der Dringlichen Anfrage gesehen – war sozusagen Ihr „Hobby“, Ihr Einstand in die Bundesregierung – auch bei den Verhandlungen. Sie haben ein Hauptaugenmerk darauf gerichtet.

Ich muss sagen: Eine gewisse Vorarbeit für eine **bedarfsorientierte Mindestsicherung** haben **wir** in der Vergangenheit, in den letzten Jahren geleistet, als **wir** die Verantwortung hier im Hohen Haus und in der Bundesregierung gehabt haben, als **wir** die Ausgleichszulagen wesentlich erhöht haben.

Von 1999 bis 2006 ist ja **die Ausgleichszulage bei den Alleinstehenden** um 100 € erhöht worden, und die jetzige **Erhöhung der Ausgleichszulage für Alleinstehende** auf 726 €, was groß in Ihrem **Regierungsprogramm** steht, hat noch die alte Bundesregierung beschlossen. – Das ist eine Tatsache! (Beifall beim BZÖ.)

Das war eine wesentliche **Erhöhung der sozialen Absicherung** in Österreich, und **ich** muss dazu noch sagen: **Herr Bundeskanzler**, wenn **Sie** von **sozialer Fairness** gesprochen haben, so darf **ich Ihnen** sagen, es ist auch Auslegungssache, wie man sie angeht, denn zwischen einer **Mindestsicherung** und einem **Mindestlohn** muss eine gewisse Differenz bestehen, damit auch der Anreiz da ist, einer geregelten Arbeit nachzugehen und Beiträge einzuzahlen, damit man dann in der **Sozialpolitik**, die natürlich immer auch eine gewisse **Umverteilungspolitik** ist, dieselbe auch gewährleisten kann.

Herr Bundesminister für Soziales, ich habe aber vernommen, dass **Sie** gesagt haben, **soziale Sicherheit** sei nicht nur Verteilungssicherheit, sondern es spielen auch andere Komponenten mit. Das finde ich sehr gut, weil natürlich Voraussetzungen vorher geschaffen werden müssen, dass diese Verteilung auch gemacht werden kann, sodass auch **jene Leute**, die es im Leben nicht so leicht haben, in einem **Sozialstaat** wie der unsrigen Unterstützung bekommen. Natürlich muss damit aber auch hausgehalten werden, und diesen wichtigen Aspekt sollten **wir** beibehalten.

Ich glaube, dass **eine bedarfsorientierte Mindestsicherung** – **wir** schauen uns noch genau an, wie **Sie** das dann im Detail machen werden – einiges für sich hat. Es kann aber nicht nach dem Gießkannenprinzip vorgegangen werden, sondern es müssen gewisse Kriterien vorhanden sein, und vor allem muss es einen Unterschied zum Mindestlohn geben. Wenn es heute einen **Mindestlohn** von 1 000 € geben sollte, so ist das ja schon bald überholt, denn das sind 1 000 € brutto, Steuern zahlt man dafür ja keine, aber wenn man die Sozialversicherungsbeiträge abrechnet, kommt man auf 850 €.

Sie kommen ja vom Arbeitsmarktservice und wissen das: Wenn **Sie** einen Arbeitslosen vermitteln wollen, und der hat zu der Arbeitsstätte höhere Fahrtkosten, dann muss **man** auch dahingehend Rahmenbedingungen schaffen, dass er als Pendler auch die Fahrtkosten zu 100 Prozent zurückerhält, denn sonst ist das ja kaum machbar, dass jemandem, der wesentlich weiter zur Arbeit fährt und höhere Kosten hat, diese dann auch abgegolten werden. – Das muss aber schon gewährleistet sein, und darauf ist natürlich auch Bedacht zu nehmen.

Wenn **ich mir** jetzt **das neue Regierungsprogramm** so anschau und an die Reden der **sozialdemokratischen Fraktion** in der Vergangenheit zurückdenke, so muss **ich** sagen: Es ist immer wieder von „Rentenklau“ oder „Pensionsklau“ gesprochen worden und von einer unsozialen **Pensionsreform**, die ungerecht und frauenfeindlich gewesen sei. Wenn **ich mir** aber **dieses Regierungsprogramm** anschau, so muss **ich** feststellen, dass das im Prinzip eine Fortschreibung des Programms der letzten sieben Jahre ist.

Wir haben auf Grund der absehbaren und eingetretenen Entwicklungen das System nachhaltig umgestellt, um es an die neuen Herausforderungen anzupassen, um finanziell stabil und zukunftsgerecht zu sein und gleichzeitig den sozialen Zusammenhalt zwischen den Jungen, die im Erwerbsleben stehen, und jenen, die im Ruhestand sind, zu gewährleisten, sodass es eine gewisse Ausgewogenheit zwischenden Jungen und den Älteren gibt. – Das ist ebenfalls passiert.

Wenn **ich mir** im Gegensatz dazu anschaue, dass man gesagt hat, die **Pensionsharmonisierung** wolle man jetzt weiterführen, Länder und Gemeinden sollten mit einbezogen werden: No na nicht! Hätten **Sie** in der letzten Periode bei der **Pensionsharmonisierung** mitgestimmt, wären die Länder und Gemeinden schon mit dabei gewesen, dazu hätten **wir** eine Zweidrittelmehrheit gebraucht. Oder nicht? (Beifall beim BZÖ.)

Die Hacklerregelung wird von **Ihnen** immer wieder als „Murks“ geschmäht. – **Der Herr Gewerkschaftler Haberzettl** sagt: **Hacklerregelung, Schwerarbeiterregelung** – ein großer Murks. – Das sagt **einer**, der den Gewerkschaftsbund in die Pleite geführt hat! Es ist so: Aber schuld sind immer **die anderen**, nie **sie selbst!** Schuld sind **alle anderen**, genauso wie es seinerzeit bei der Pleite des „Konsum“ war. – So ist es nun einmal.

Aber keiner sagt, **die Hacklerregelung** und **die Schwerarbeiterregelung** heben **wir** auf. – Das passiert nicht, weil es ein gutes System ist, weil **wir** es geschafft haben, gewisse Übergänge abzufedern, wenn es nicht die Möglichkeit einer **frühzeitigen Alterspension** bei langer Versicherungsdauer gibt. – Dafür ist **die Hacklerregelung** da, da zählen die Beitragszeiten. Aber **Sie** werden, **Herr Bundesminister**, wahrscheinlich wissen, dass heute nur 15 Prozent jener Leute, die in die **Pension** eintreten, 45 Versicherungsjahre erreichen. Die anderen gehen schon früher: Jedes Jahr gehen 41 Prozent in die **Invaliditätspension**.

Das schaue **ich mir** an, wie **Sie** die **Invaliditätspension** richten wollen! **Sie** haben da einiges zu tun. – Das ist nicht ganz einfach. **Ich** frage mich aber auch, wie **Sie** das dann im Jahr 2010 machen wollen: Da haben **Sie** ja entweder eine abrupte Schlechterstellung für die anderen Jahrgänge, die dann dran kommen, oder **Sie** führen das weiter. – **Meine Ansicht** war immer jene, dass **wir** diese Hacklerregelung einfach moderat weiterführen und nicht irgendwo stehen lassen, sodass man sich darauf einstellen kann.

Die Schwerarbeiterregelung ist auch notwendig, weil es **viele Leute** gibt, die in ihrem Leben schwer gearbeitet haben und die einfach nicht auf die Beitragszeiten kommen, weil **Schwerarbeit** oft saisonbedingt unterbrochen wurde und Ersatzzeiten angefallen sind und daher anders bewertet werden muss. Die Nachverfolgung von **Schwerarbeitszeiten** ist nur im letzten Arbeitsabschnitt möglich.

Wenn **Sie** die Mortalitätsrate mit einbeziehen, soll **mir** das recht sein. **Wir** haben das in verschiedenen Arbeitkreisen erörtert. – Das war nicht immer ganz einfach, weil es einfach mangelnde Aufzeichnungen darüber gibt. Daher ist es ja auch der Fall, dass **wir** nur die letzten 20 Jahre einbeziehen, weil es vorher einfach zu wenige Aufzeichnungen in diesem Bereich gibt.

Das trifft aber auch auf andere Bereiche zu: **Das Kinderbetreuungsgeld** wurde ebenfalls immer wieder verteufelt, und es wurde gesagt, das bedeute nichts anderes als Frauen zurück an den Herd. – Heute will das von den geschätzten Damen aus der Sozialdemokratie niemand mehr abschaffen, weil es einfach Wahlfreiheit bietet und weil es nicht an eine unselbständige Beschäftigung gekoppelt ist, sondern Studentinnen, Bäuerinnen und Selbständige ebenfalls ein **Kinderbetreuungsgeld** bekommen, was beim Karenzgeld nicht der Fall war. (Abg. Mag. Wurm: Flexibilisierung!) – Sie wollen das jetzt flexibel gestalten, ja! (Abg. Mag. Wurm: Ja!)

Sie wollen das flexibel gestalten. – **Ich** bin immer für eine **Flexibilisierung**, nur muss man auch aufpassen, wohin die **Flexibilisierung** dann führt. (Abg. Mag. Wurm: Da haben wir genau geschaut!) Bekommen dann die Frauen weniger? – Momentan sieht es so aus, dass die Frauen mit den 18 Monaten summa summarum weniger bekommen würden als jetzt mit den 30 Monaten.

Man muss nämlich ein System schaffen, um die Männer zu motivieren, stärker in die Väterkarenz zu gehen. Das können Sie nur mit der **Streichung der Zuverdienstgrenze**. – Das war immer **unser** Thema. (Beifall beim BZÖ.)

Die Streichung der Zuverdienstgrenze muss **Ihnen** gelingen, dann haben **Sie** auch die Chance, dass sich mehr Männer für die **Kinderbetreuung** hergeben (Abg. Mag. Wurm: Dass mehr die Chance haben!), denn dann ist das Einkommen egal.

Schaffen Sie in der roten Gewerkschaft doch andererseits endlich einmal gleichen Lohn für gleiche Arbeit für die Frauen! Schaffen Sie das! (Beifall beim BZÖ.)

Bei der **Pension** und anderen Bereichen ist es natürlich immer vom Erwerbsleben abhängig, wie viel jemand dann im Ruhestand bekommt. Die Voraussetzungen müssen **Sie** beim Einkommen schaffen! (Abg. Reheis: Waren Sie nicht Staatssekretär? Warum haben Sie das nicht geschafft?) – **Ich bin ja nicht in der Gewerkschaft als hoher Funktionär tätig, ich bin ja nur einfaches Mitglied!** Das stört mich immer wieder in diesem Bereich. (Abg. Mag. Wurm: Staatssekretär waren Sie!) – **Ja, Staatssekretär war ich schon, aber da war ich für den Pflegebereich, für den Behindertebereich und für den Konsumentenschutz tätig.** Dazu komme ich jetzt.

Der Pflegebereich, Herr Bundesminister, wird sicherlich eine Aufgabe sein, der **Sie** sich in Zukunft besonders werden widmen müssen, weil es einfach einen steigenden Bedarf gibt. Einerseits wird die Zahl der Hochbetagten immer größer, aber natürlich muss auch für jene Leute, die schon mit einer Behinderung geboren worden sind oder durch einen Unfall oder durch eine Krankheit eine Behinderung erleiden – und niemand ist davor gefeit, auch **wir** nicht; das kann jedem einmal passieren –, ganz einfach Geld da sein. **Wir** müssen in Zukunft mehr Geld für **diese Leute** in die Hand nehmen, um dieses Problem zu entschärfen!

Wenn **ich** jetzt lese, dass es beim **Pflegegeld** keine Valorisierung geben soll, dann bin **ich** darüber schon sehr traurig, denn **wir** haben zwei Erhöhungen durchgeführt – im Jahr 1995 und im Jahr 2005 um 2 Prozent. (Abg. Haidlmayr: Eine!) Natürlich kostet 1 Prozent Erhöhung 15 Millionen € – und in Zukunft wird es noch teurer werden! –, aber es ist ganz einfach notwendig, dass **wir** dort mehr Geld in die Hand nehmen. Dass **die Leute** auch zu Hause gepflegt werden können, ist ganz wichtig.

Zur **Behindertenpolitik** möchte ich Folgendes sagen: **Ich** bitte **Sie**, führen **Sie die Beschäftigungsoffensive** der Bundesregierung, die für Menschen mit Behinderung eingeführt worden ist, auch fort. (Präsidentin Mag. Prammer gibt das Glockenzeichen.) Es ist wichtig, dass es für diesen Bereich eine Ausbildung und eine Arbeitsassistenz gibt.

Führen **Sie** auch die **Behinderten-Milliarde** weiter fort! (Präsidentin Mag. Prammer gibt neuerlich das Glockenzeichen.) Das ist in diesem Bereich ganz wichtig. – Wenn **Sie** etwas brauchen: Meine Unterstützung in diesem Bereich werden Sie immer haben.

Zum **Konsumentenschutz** ...“

16.58

Präsidentin Mag. Barbara Prammer: Herr Abgeordneter, Sie haben Ihre 10 Minuten Redezeit bereits verbraucht. Ich kann Ihnen kein zusätzliches Kapitel mehr zugestehen. Es tut mir leid. (Beifall beim BZÖ für den das Rednerpult verlassenden Abg. Dolinschek.)

Als Nächste gelangt Frau Abgeordnete Mag. Lapp zu Wort. Wunschredezeit: 6 Minuten. – Bitte....

Berichterstattung „Die Presse“

Gusenbauer ohne Emotion und Illusion

17.01.2007 | 00:00 | VON CLAUDIA DANNHAUSER (Die Presse)

Regierungserklärung. Der neue Kanzler erntet für seine Rede vor dem Parlament spärlichen Applaus und viel Oppositionskritik.

wien. Es ist ein ambitionsloser Start, den die neue Bundesregierung am Dienstag hinlegt - sowohl vor, als auch im Parlament. Die Mannschaftswagen der Polizei stehen verloren zwischen den Tretgittern, die eigens installierte Videoüberwachung hat nichts aufzunehmen. Kein Demonstrant verirrt sich vors Parlament. Nur ein paar Aktivisten der Hochschülerschaft stellen sich beim Aufgang zur Besuchergalerie an. Sie wollen fernsehwirksam Neo-Kanzler Alfred Gusenbauer den ersten Auftritt vor dem Nationalrat vergällen. Der SP-Chef hat Glück, es gibt ja noch die Pulloverkontrolle der Parlaments-Sicherheit. Der Zweck der vier T-Shirts mit den Buchstaben P, F, U, und I ist auf Anhieb enttarnt.

Die Studenten hätten ohnehin lange auf ihren Auftritt warten müssen. Das Kapitel Studiengebühren verliest Gusenbauer erst, als er auf Seite 13 seiner 24seitigen Regierungserklärung angelangt ist. Da kommt erstmals Emotion auf. Die lässt der Kanzler bis dahin selbst dann vermissen, als ihm die Grünen beim Kapitel Bildung ein Plakat unter die Nase halten: "Hier fliegt Ihre Studiengebühr - versprochen, gebrochen: SPÖ!". Erst bei Halbzeit seiner einstündigen Rede ist Gusenbauer endlich beim heißen Eisen angelangt. "Ich verstehe die Betroffenheit", sagt er zum Thema Studiengebühr und weicht erstmals von der vorgefertigten Rede ab. Und er überrascht mit der Ankündigung: Er ist sich als Kanzler nicht zu gut - einmal pro Woche gibt er Nachhilfe für ein sozial bedürftiges Kind. Überraschung, aber kein Applaus. Der bleibt bei Gusenbauers erste Kanzlerrede ohnehin mehr als spärlich. Vor allem beim Koalitionspartner kommt keine rechte Freude auf und auch in den eigenen Reihen hat er als Oppositionspolitiker frenetischere Zustimmung geerntet. Es nutzt auch nichts, dass Gusenbauer schon zu Beginn um Nachsicht für den schwierigen Koalitionsstart bittet. Es nutzt auch nichts, dass Gusenbauer diplomatisch bleibt, die Streitpunkte nicht noch einmal ausbreitet, die ideologischen Unterschiede nicht hervorhebt, ja nicht einmal die brennendsten, ungelösten Probleme beim Namen nennt, Stichwort Eurofighter.

Letztere versteckt der rote Bundeskanzler verschämt hinter dem Wort Luftraumüberwachung: verhaltener Applaus von der SPÖ, kaum einer von der ÖVP. Datto bei Gusenbauers Jubelworten über "den grünen Pakt", die ökologische Landwirtschaft: Applaus von beiden Seiten, aber deutlich weniger von der ÖVP. Unterstützung für Linz als Kulturhauptstadt, die Senkung des Wahlalters, die geplante Steuerreform zu Ende der Legislaturperiode: Applaus aus den eigenen Reihen, kaum einer von der ÖVP. Nur bei der Verdoppelung des Biomasseeinsatzes findet sich ein einsamer Jubler in der ÖVP. Gusenbauer erwähnt auch die Lawinenverbauung, den Wasserschutz, den Sport. "Das ist ja wie ein Schulaufsat", meckert FP-Abgeordneter Ewald Stadler. Die wichtige Sicherheitspolitik, die Bedeutung der Integration, die geplante Staatsreform, die "unaufhaltsame" Lösung der Ortstafelfrage: Applaus der SPÖ, sehr laut von Ex-Kanzler Wolfgang Schüssel und Stakkato-Zwischenrufe von Ewald Stadler. "Gehen wir also gemeinsam an die Arbeit!", ruft der Kanzler nach exakt 61 Minuten, 41 Sekunden: Braver Applaus der SPÖ, nicht von allen bei der ÖVP.

Alexander Van der Bellen spricht aus, was offenbar viele denken: "Irgendwie bleibe ich uninspiriert zurück. Wenn ich nicht irre, ist das bei allen Fraktionen so. Eine

Regierungserklärung muss offenbar vom Blatt gelesen werden." Aber auch der grüne Parteichef war schon lustiger.

Was SP-Klubobmann Josef Cap prompt zur Replik veranlasst: "Gott sei Dank hab' ich vorher einen Kaffee getrunken. Ein Inspirationsfeuerwerk war das nicht", meint er zur Rede des Grünen-Chefs. Cap reitet Attacken, als wäre er nach wie vor Klubchef in Opposition. Die Grünen seien die Geburtshelfer der großen Koalition, Ex-Finanzminister Karl-Heinz Grasser ein hüpfender Sparefroh, der nicht so recht aufs Geld geschaut hat, das BZÖ habe im Liegen regiert, so oft sei es umgefallen und der neue VP-Wissenschaftsminister Johannes Hahn solle aufpassen, dass er nicht allzu blass von den ersten Gesprächen mit den Studenten zurückkehre. Das neue Gegenüber, Ex-Kanzler und Neo-Klubobmann Schüssel, nimmt's mit Humor: Dass Cap einige Übergangsprobleme zu bewältigen habe, verstehe niemand besser als er. Bei den Staatsfinanzen sei aber Realismus angesagt, Cap müsse in den letzten Jahren schwerhörig gewesen sein.

Von Nachfolger Gusenbauer ist Vorgänger Schüssel weit mehr begeistert. Er hat "einige Sätze gesagt, die gut getan haben" - etwa das Lob für das beste Gesundheitssystem der Welt. Eins hat Schüssel trotzdem nicht gefallen. "Herr Bundeskanzler, ich hätte an ihrer Stelle nicht nur von transatlantischen Beziehungen, sondern von den USA gesprochen. Immerhin haben wir ihnen sehr viel zu verdanken." Und noch ein Rat: "Seien Sie vorsichtig mit dem Lattenlegen."

In den Augen der Opposition schwebt die ohnehin schon zu hoch. Das BZÖ beschert dem neuen Kanzler und seinem Sozialminister Erwin Buchinger wegen der vielen sozialen Versprechen, die nirgends budgetär gedeckt seien, auch gleich eine Dringliche Anfrage. Parteichef Peter Westenthaler ist vorher schon sicher: Gusenbauer führt die SPÖ "in den roten Sonnenuntergang". Womit er - wohl ungewollt - auf einer Linie mit FP-Obmann Heinz-Christian Strache ist: "Plakatiert hat er Sozialfighter statt Eurofighter, heute ist Gusenbauer ein ÖVP-Fighter." Eine Definition, die Vizekanzler Wilhelm Molterer sicher nicht stört. Der VP-Chef in spe lobt die gute Arbeit der Vergangenheit, zeigt Zuversicht für die Zukunft und sieht den "Elchtest" der neuen Regierung in der Erfüllung des Budgets. "In diesem Sinne" lädt er die Zuseher der Debatte ein, "uns auf dem Weg ein Stück zu begleiten. Und treten Sie uns, wenn notwendig auf die Ferse." Applaus von ÖVP und fast allen aus der SPÖ.

Nachhilfe für Gusenbauer

17.01.2007 | 00:00 | LEITARTIKEL VON KARL ETTINGER (Die Presse)

Ein kleinlauter neuer Bundeskanzler im Parlament: Regierungsstart in der Defensive statt mit einer Vision.

Österreichs Studenten dürfen sich jetzt von Alfred Gusenbauer endgültig nur mehr gepflanzt fühlen. In seiner Regierungserklärung wartete der neue Bundeskanzler mit dem Angebot auf, er werde künftig in einer Wiener Schule selbst einmal pro Woche Nachhilfe geben. Ein reiner PR-Gag in eigener Sache (vielleicht denkt er dabei auch schon an die geplante Senkung des Wahlalters auf 16 und ein bisschen Früh-Wahlkampf).

Denn Nachhilfelehrer Gusenbauer tritt nur in Aktion, weil er nicht von dem völlig unsinnigen Modell abrücken will, sich mit gemeinnütziger Arbeit von Studiengebühren "freizukaufen". Diese Alibilösung dient lediglich dazu, irgendwie zu verschleiern, dass er sein Wahlversprechen - die Abschaffung der Studiengebühren - gebrochen hat. Schlimm ist, dass Gusenbauer die Studenten für so blöd hält, sie würden nicht merken, dass sie hier mit Sechs-Euro-Jobs pro Stunde (während Schwarz-Blau hätte die SPÖ wahrscheinlich über solche "Mc Jobs" geäetzt) verhöhnt werden. Mit viel Glück wird ihnen die Regierung vielleicht bis zum Start des Herbstsemesters 2007 sagen können, welche Tätigkeiten als "gemeinnützig" eingestuft werden.

Die Magennerven - des sonst rhetorisch brillanten - SP-Klubchefs Cap hatten da wohl einiges auszuhalten. Sonst wäre es nämlich nicht erklärbar, dass sich Cap wenig später gleich wieder für ein "Überdenken" der Regelung stark machte.

Abgesehen von der Werbeanzeige als Nachhilfelehrer war die größte Überraschung bei der ersten Regierungserklärung eines SP-Bundeskanzlers nach fast einem Jahrzehnt ja, dass Gusenbauer mit einer blauen Krawatte aufkreuzte. Aber das war wohl kaum als politisches Statement gemeint.

Wer eine flammende Rede für den so oft beschworenen Kurswechsel in einer SP-Regierung nach sieben angeblich abgrundtief schlechten schwarz-blau-orangen Jahren erwartet hatte, wurde enttäuscht. Das parteiinterne Trommelfeuer wegen nicht eingehaltener Wahlversprechen hat Spuren hinterlassen. Im Wahlkampf über "Sozialfighter statt Eurofighter" zu fabulieren klang keck und forsch. Bei der Regierungserklärung ging Gusenbauer über die Eurofighter einfach hinweg, blamiert hat er sich bei diesem Thema ohnehin schon genug.

Bei seiner Lesestunde auf der Regierungsbank fehlte Gusenbauer jedenfalls jeder Esprit. Wortreich, aber kleinmütig: Das 167 Seiten dicke Schwadronier-Koalitionsabkommen setzte er damit wenigstens konsequent fort. Immerhin wissen die Österreicher nach Gusenbauers Auftritt jetzt auch, wie wichtig dieser großen Koalition die Wildbach- und Lawinenverbauung ist. Wow! Wenn das kein Kurswechsel eines SP-Kanzlers ist? Und die Passagen über das "ausgeglichene Budget über den Konjunkturzyklus" und die Disziplin bei den Staatsfinanzen hätte auch ein Karl-Heinz Grasser verlesen können.

Statt forsch wirkte Gusenbauer sonst von Anfang an höchst defensiv - und völlig ohne Vision. So, als er die Kompromisse verteidigte und sich rechtfertigte, dass es nun tatsächlich eine große Koalition gibt. Vielleicht ist inzwischen Gusenbauer selbst klar geworden, wie wenig dieses Sammelsurium an Überschriften,

Allerweltsbeschwörungen ("Wirtschaft ankurbeln, Arbeitslosigkeit bekämpfen") und unausgereiften Vorhaben tatsächlich eine so große Regierung (mit 20 Mitgliedern) mit so breiter Mehrheit im Parlament rechtfertigt. Kein Wunder, dass es selbst aus den SP-Reihen meist nur Höflichkeitapplaus gab. Ganz zu schweigen davon, dass Gusenbauer zumindest seine eigenen Leute von ihren Sitzen gerissen hätte.

Ebenso schleierhaft bleibt allerdings, wie der neue Vizekanzler Molterer auf die Idee kommt, es gebe "Grund zum Optimismus" für die rot-schwarze Zusammenarbeit. Es sei denn, man sieht den Verbleib in der Regierung schon als Wert an sich. Höhere Krankenbeiträge und ein paktierter Privatisierungsstopp zählen etwa nicht gerade zu den klassischen Punkten, warum jemand ÖVP wählt.

In einem Anfall von Übermut hat Molterer die Österreicher vom Parlament aus sogar aufgefordert, sie sollten der Regierung "auf die Ferse treten, wenn sie meinen, es könnte etwas schneller gehen". Das wäre - siehe schwammige Absichtserklärungen und völlig offene Finanzierung vieler Vorhaben - schon heute überfällig. Aber nach den vergangenen Wochen macht sich eher die Gewissheit breit: Gusenbauer hat zuerst selbst dringend Nachhilfe nötig - nämlich im Fach "Wie regiere ich richtig".

"Hahn ist unsere liberale Speerspitze in Regierung"

17.01.2007 | 00:00 | (Die Presse)

VP-Landesgeschäftsführer und Neo-Stadtrat Norbert Walter im "Presse"-Interview: Über die wichtige Rolle des Bauernbundes in der ÖVP, das Erfolgsrezept für seine Partei und das Verhältnis zu FPÖ und Grünen.

WIEN (stu). Norbert Walter hat es geschafft. Der Tiroler erhält zu seinem Job als VP-Landesgeschäftsführer den Posten eines (nicht amtsführenden) VP-Stadtrates. Walter folgt VP-Chef Johannes Hahn, der an die Spitze des Wissenschaftsministeriums wechselte, allerdings weiter Landespartei-Obmann bleibt.

Die Presse: Sie werden als "agrarische Option" der ÖVP bezeichnet. Wie soll ein Vertreter des Bauernbundes eine jung-urbane Stadtpartei führen - zumindest definiert sich die ÖVP so? Norbert Walter: Die Frage moderner, gesunder Lebensmittel, auch der Bio-Lebensmittel, die Frage eines alternativen Lebens in der Stadt und die "Stadt der kurzen Wege" gehören zu einer aufgeschlossenen, urbanen Stadtpartei; und der Bauernbund war immer eine VP-Säule.

Parteichef Hahn als Wissenschaftsminister ist ausgelastet. Führen Sie die Wiener Partei im Alleingang?

Walter: Nein. Hahn führt die Partei und ich unterstütze ihn als Geschäftsführer - wie früher. Er ist in alle Sitzungen eingebunden und unsere urban-liberale Speerspitze in der Bundesregierung. Er vertritt die Wiener Politik auf Bundesebene. In Wien sind die meisten Universitäten, Wien ist mit Abstand das größte Wissenschafts- und Forschungszentrum Österreichs.

Parteikollegen meinen, als Landesgeschäftsführer und Stadtrat hätten Sie jetzt zu viel Macht.

Walter: Bisher war ich Landesgeschäftsführer und Gemeinderat. Durch meine neue Funktion als Stadtrat ändert sich innerhalb der Partei nicht viel. Wir führen weiterhin lebendige Diskussionen, in die das ganze Team mit eingebunden ist. Letztendlich muss jemand dafür sorgen, dass Beschlüsse auch umgesetzt werden.

Die ÖVP ist in Wien wenig erfolgreich. Musste Hahn Minister werden, damit die VP-Wien keine Ausrede mehr für ihr schwaches Abschneiden bei Wahlen hat?

Walter: Es ist bekannt, dass sich die ÖVP in den Städten nicht leicht tut. Letztendlich haben wir mit Hahn als Minister aber eine andere Chance aufzutreten.

Was muss sich ändern, damit die Wiener ÖVP eine ernst zu nehmende Oppositionspartei wird?

Walter: Es muss uns gelingen, die Kontrollinstrumente in der Stadt auszubauen. Es kann beispielsweise nicht sein, dass die SPÖ mit 46 Prozent der Stimmen 55 Prozent der Gemeinderatssitze bekommt.

Ihre Schwerpunkte als Stadtrat? Walter: Wohnbau, Landwirtschaft und gesunde Lebensmittelproduktion, die "Stadt der kurzen Wege" und die neuen Selbstständigen. Auch die Kontrolle der ausgelagerten Stadt-Wien-Betriebe.

Können Sie mit FPÖ und Grünen?

Walter: Nur gegen Ausländer zu sein ist ein bissel wenig. Ich kann auch nichts mit ideologischen Kampfbegriffen anfangen, wie sie oft von links-grüner Seite missbraucht werden. Wir waren schon in der Vergangenheit dort grün, wo die Grünen farblos waren - und sind.

Interview: SP-Appell: "Gebt ihm eine Chance!"

17.01.2007 | 00:00 | VON MARTINA SALOMON (Die Presse)

Interview. Josef Kalina, neuer SP-Bundesgeschäftsführer, verteidigt Alfred Gusenbauers Programm. 200 Parteimitglieder sind ausgetreten - sie werden jetzt persönlich kontaktiert.

Die Presse: Wie viele Parteiaustritte haben Sie bereits registriert?

Josef Kalina: Österreichweit ungefähr 200. Jeder davon wird persönlich angeschrieben oder besucht. Einige werden es sich dann vielleicht wieder anders überlegen.

Die Parteizentrale ist leer gefegt. Wie wird sie jetzt neu ausgerichtet?

Kalina: Es gibt in der Organisation und in der Kommunikation viel zu tun. Man sieht ja auch am Beispiel Studiengebühren, dass Informationsmängel unangenehme Begleiterscheinungen haben. Das Ziel war hoch gesteckt: komplette Abschaffung. Aber der Kompromiss kann sich sehen lassen.

Wurde zu viel versprochen? Immerhin könnte sich die "Lügen-Kampagne" der SPÖ gegen Wolfgang Schüssel nun auch gegen Alfred Gusenbauer selbst wenden.

Kalina: Glaube ich nicht. Ein anderes Wahlergebnis mit anderen Optionen - und wir hätten die Studiengebühren sicher schon weg. Natürlich konnten wir mit 35 Prozent und einem Partner mit 34 Prozent nur einen Teil unseres Wahlprogramms umsetzen. Hat man den Mund vor der Wahl zu voll genommen, weil man nicht mit dem ersten Platz rechnete?

Kalina: Nein. Ich gehe ja nicht in einen Wahlkampf schon mit einem Partner hinein.

Die ÖVP hat einen großen Vorteil beim Verhandeln gehabt, weil sie gar kein Wahlkampfprogramm hatte. Dafür hat sie aber eine schallende Ohrfeige erhalten! Wir werden Werbung für die Verbesserungen machen und auch für das Modell, wofür sich Alfred Gusenbauer zur Verfügung gestellt hat (persönlich Nachhilfestunden zu geben). Gebt ihm eine Chance!

Nachhilfe vom Kanzler - war das Ihre Idee?

Gusenbauer: Das war seine Idee.

Wie soll das funktionieren?

Kalina: Wenn er sich das vornimmt, wird er es sicher schaffen!

Wo ist die Handschrift der SPÖ in der Regierung?

Kalina: Es gibt ein Programm zur Armutsbekämpfung. Nur dank der SPÖ gab es die größte Anhebung der Mindestpensionen überhaupt. Außerdem: Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit, die Verankerung kleinerer Klassen.

Aber die 200 Millionen Euro mehr für den Bildungsbereich reichen ja nicht einmal aus, um die Klassenschülerhöchstzahl zu senken.

Kalina: Wir werden jetzt ein erstes Budget machen und schauen, was in diesem Rahmen möglich ist.

Müssen Sie jetzt nicht auch Ihren Partei-Landeschefs einiges erklären? Derzeit putzen sich etliche von ihnen am Bundeskanzler ab.

Kalina: Das ist eigentlich nicht nötig, weil sie in die Verhandlungen eingebunden waren.

Landeshauptmann Voves muss man nicht überzeugen?

Kalina: Was die Steiermark betrifft, so war das ein Problem der kurzfristigen Kommunikation bei der Zusammenstellung des Teams. Oft gibt es Absagen in letzter Minute. Dann muss man sehr rasch neu nominieren. Der Weg ist verbesserbar, aber das Ergebnis zählt.

Hat Voves den Kanzler nicht bloßgestellt, indem er die Hauruck-Aktion bei der Staatssekretärsbestellung öffentlich machte?

Kalina: So kurzfristige Entscheidungen sind nicht neu in der Geschichte.

Ist die Kommunikation innerhalb der Partei in Ordnung?

Kalina: Es ist eben gedanklich ein weiter Weg, nach sieben Jahren Opposition mit einem Partner, der sehr beharrend ist, einen Kompromiss finden zu müssen. Ich verstehe, dass die Studenten gegen Studiengebühren sind. Wir würden sie gern abschaffen, die ÖVP hat sich das aber zum Symbol erkoren. Darum arbeiten wir jetzt an sozial gerechten Lösungen.

Sind Sie künftig der Kettenhund des SPÖ-Chefs, der schärfer sein darf als ein Regierungsmitglied und auch die ÖVP attackieren darf?

Kalina: Dieses Bild gefällt mir nicht. Ich möchte meine Rolle so anlegen, dass wir im Team die Erfolge der Arbeit verkaufen. Natürlich muss auch die ÖVP aus ihren ideologischen Verkrustungen heraus - etwa bei der Frage der eingetragenen Partnerschaften. Bei der sozialen Sicherheit hat sie sich schon bewegt.

Stehen Sie Karl-Heinz Grasser noch immer kritisch gegenüber?

Kalina: Wenn man sich anschaut, was wir trotz eines angeblich so toll sanierten Budgets alles nicht machen können, dann müssen einem schon Zweifel kommen! Eine nachhaltige Budgetsanierung wird jetzt das Kabinett Gusenbauer machen.

Mitte-Rechts: Chance auf Wiederkehr?

17.01.2007 | 00:00 | GASTKOMMENTAR VON HERBERT VYTISKA (Die Presse)

Sieben Jahre Mitte-Rechts-Koalition haben der politischen Kultur in Österreich durchaus gut getan.

D

em Wolfgang wird schon noch etwas einfallen." Bis zuletzt gab es nicht we nige, die darauf vertrauten, dass Schüssel noch irgendetwas einfällt, um weiter Kanzler zu bleiben. Wunder gab es keines, dafür allerdings einen in diesem Ausmaß unerwarteten Erfolg bei den Regierungsverhandlungen. Damit ist die erste Mitte-Rechts-Koalition in der 2. Republik Geschichte.

In knapp drei Wochen ist es sieben Jahre her, dass erstmals eine Regierung aus ÖVP und FPÖ angelobt wurde. Damals unter wütenden Protesten der linken Szene, die nicht wahrhaben wollte, dass die Haider-Partei ans Regierungsrudel kam. Vergessen war, dass es die eigenen Genossen waren, die die FPÖ "hoffähig" gemacht hatten. Die ÖVP tat somit 2000 nur das, was längst legitimiert war und das mit einem FP-Chef, dem man im Gegensatz zu vielen seiner Vorgänger, mit denen die SPÖ kollaboriert hatte, keine braune Vergangenheit anlasten konnte. Haider war aber, zumal er massiv SP-Wähler anzog, zu einem Schreckgespenst für die SPÖ und zum politischen Dämon hochstilisiert worden.

Schüssel behielt starke Nerven und schaffte es, sieben Jahre die Mitte-Rechts-Koalition am Leben zu halten. Mehr noch, das Ergebnis lässt sich sehen. Viele überfällige Reformen wurden angegangen, Österreich steht in der Welt hervorragend da, ist der eigentliche Gewinner der EU-Osterweiterung und wird ringsum bestaunt. Dass es dennoch nicht zu einer Prolongation der Ära Schüssel reichte, hatte viele Ursachen. Eine formulierte ein deutscher Politiker: "Man wählt nicht Dankbarkeit, sondern Zukunft."

Tatsächlich stellte die ÖVP im Wahlkampf nur ihre Leistungen, nicht aber ihre Zukunftsziele heraus. Und vergaß zudem, soziale Wärme zu zeigen. Im Gegensatz dazu versprach Alfred Gusenbauer - offenbar im Glauben, nicht gewinnen zu können - den Wählern das Blaue vom Himmel. In den Verhandlungen musste er allerdings vor den Realitäten kapitulieren und einen Abstrich nach dem anderen machen, mit dem Effekt, dass er nun als Bundeskanzler eine Regierungspolitik fortsetzen darf, die die schwarz-blaue und später schwarz-orange Regierung in großen Zügen vorgegeben hat. Gewissermaßen nach dem Motto: Orange raus, Rot rein. Der Unterschied ist nicht nur bei den Farben gering.

Bleibt Mitte-Rechts Geschichte? Gibt es noch eine Chance auf eine Wiederkehr, über die viel seit dem 1. Oktober spekuliert wurde? Dass die ÖVP-FPÖ-Koalition zustande kam, war mit das Resultat einer sehr langen "Vorlaufzeit". Bereits 1987 wäre sie, damals noch in den Anfangserfolgszeiten Haiders, möglich gewesen, im ÖVP-Vorstand aber noch nicht durchsetzbar. Es dauerte daher bis zur Jahrtausendwende. Schüssel verstand es aber auch, zu verhindern, dass ihm Haider dauernd ins Steuerrad griff. Je länger die Regierung dauerte, umso mehr verlor Haider von seinem Nimbus, ein "Wählerfänger" zu sein. Die sinkenden Umfragewerte, die Verluste bei Wahlen, das Gefühl, nur noch "Beiwagerl" am ÖVP-Regierungsgefäß zu sein, waren mit ausschlaggebend für die Knittelfelder Revolte. Haider war entdämonisiert. Die ÖVP hatte auf längere Sicht allerdings auch eine Koalitionsoption verloren.

Genau hier passierte der ÖVP wahrscheinlich eine Fehleinschätzung. Haider schritt zu einer Neugründung, hob das BZÖ aus der Taufe und klammerte sich am

Regierungsverbleib. Die ÖVP war zufrieden. Das BZÖ schaffte es aber nicht zu reüssieren (übrigens ein abschreckendes Beispiel für alle Gedanken, Parteikrisen durch Parteineugründungen zu lösen). Der verbliebene blaue Rest hob den Haider-Epigonen Heinz-Christian Strache auf den Schild - und erlebte eine Renaissance. Alle Parteien staunten und schlossen die FPÖ aus ihren Überlegungen für eine Zusammenarbeit kategorisch aus. Die ÖVP ging der neuen, alten FPÖ besonders entschlossen aus dem Weg. Dabei hatten sich um Strache auch viel Freiheitliche geschart, die vor und nach 2000 ganz besonders eifrig um das Zustandekommen, das Halten der Mitte-Rechts-Koalition bemüht waren. Und auch noch heute dazu stehen. Nach dem 1. Oktober 2006 hatte der Wähler eine Situation geschaffen, bei der eine Prolongation von Mitte-Rechts nur in einer Dreier-Konstellation möglich gewesen wäre. An der Basis von FPÖ und BZÖ ist fast unverändert der Wunsch vorhanden, wieder zusammenzukommen. Nur von den Spitzen her ist dieser Wunsch derzeit schlicht ein Ding der Unmöglichkeit. Und ob es je zu einem österreichischen CDU/CSU-Modell kommt - soll heißen, die FPÖ tritt in acht Bundesländern, das BZÖ nur in Kärnten an -, steht auch in den Sternen. Dies entscheidet sich wahrscheinlich erst nach den nächsten Kärntner Landtagswahlen und hängt davon ab, wie es dabei Haider ergeht.

Unter dem Strich bleibt jedenfalls stehen, dass sieben Jahre Mitte-Rechts-Koalition der politischen Kultur in Österreich durchaus gut getan haben, weil es kräftige, lebendige, hitzige Diskussionen gab, die geradezu ein Lebenselixier jeder Demokratie sind. Außer einer Koalition mit den Grünen hat nun Österreich alle möglichen Regierungsformen erlebt. Zukünftige Koalitionen hängen von den handelnden Personen ab. Die Frage wird sein: Wer kann mit wem, wer redet mit wem, wer liegt mit wem auf einer Wellenlänge?

Ob es eine funktionierende Chemie zwischen SPÖ und ÖVP geben kann, wird sich bald herauskristallisieren. Dass beide Parteien eigentlich eher in die Koalition gezwungen wurden, spricht nicht für eine lange Lebensdauer. Die FPÖ ist sicher von der ÖVP enttäuscht und heute offen, auch für die SPÖ. Die Grünen sind zur SPÖ eher auf Distanz und für die ÖVP unverändert ein möglicher Partner. Sie treffen in der Volkspartei auf viele Sympathisanten. Mehr als derzeit die FPÖ in den schwarzen Reihen hat.

Mag. Herbert Vytiska war 15 Jahre lang Pressesprecher von Ex-ÖVP-Obmann Dr. Alois Mock.

Appell - "Zuerst denken, dann reden"

17.01.2007 | 00:00 | (Die Presse)

"Ein schreiendes Kind kann einiges verriesen" - Familienministerin Andrea Kdolsky (ÖVP) sorgt mit Aussagen zur "Verklärung der Mutterschaft" für harsche Kritik auch in den eigenen Reihen.

WIEN (APA/red.). Die Aufregung ist groß. Familienministerin Andrea Kdolsky kommt dieser Tage nicht aus der Schusslinie. Nachdem sie sich unmittelbar nach ihrer Kür zur Gesundheitsministerin zu ihrer Schwäche für Schweinsbraten und die eine oder andere "Genuss"-Zigarette bekannte, sorgen nunmehr ihre Aussagen zur Familienpolitik für einigen Unmut.

In dem kürzlich erschienen Buch "Kinderlos, na und? Kein Baby an Bord", erschienen im Orac Verlag 2006, wendet sich die Anästhesistin gegen eine "politische Verklärung der Mutterschaft". So habe sie das Gefühl, dass die Idealisierung von Elternschaft wieder viel stärker werde. Wenn man sich in Hotels oder Restaurants über das unmögliche Benehmen von Kindern beschwere, werde man sofort der Kinderfeindlichkeit bezichtigt, klagt die heutige Ministerin in ihren Beitrag.

Mutterschaft habe sie schon gereizt, meint Kdolsky in dem Buch weiter. "Ich wurde aber nicht schwanger." Das Risiko einer künstlichen Befruchtung sei sie "für nichts" eingegangen, da sie gleich danach in der Scheidungsphase gewesen sei. Jetzt habe sie "eine so tolle Partnerschaft. Wer weiß, ob das auch so wäre, wenn wir ein Kind hätten." Mit einem Kind würde ihr Partner in den Hintergrund geraten. Das habe sie schon bei vielen Paaren erlebt.

Ihr Verhältnis zu Kindern zeichnet sie im Allgemeinen sehr positiv. "Ich bin eine große Kinderfreundin, aber ich stehe dazu, dass ich ein gehöriges kritisches Potenzial haben kann, wenn Kinder in unangenehmer Weise in mein Leben intervenieren." Ein schreiendes Kind könne da schon "einiges verriesen", sei es ein Flug nach New York oder ein Abend in einem Nobellokal.

Die frühere Sozialministerin und BZÖ-Familiensprecherin Ursula Haubner reagierte mit Befremden. Kdolsky solle sich ernsthaft überlegen, ob sie die richtige Frau für dieses wichtige Amt sei. "Kinder- und familienfeindliche Kommentare, wie eine Abwertung von Müttern und von Erziehungsleistungen, passen nun wirklich nicht zu einer Familienministerin", so Haubner.

Aber auch aus dem eigenen Reihen wurde Kritik laut. So ist Kdolsky für die Obfrau des steirischen Familienverbands und VP-Gemeinderätin Sissi Potzinger "inhaltlich inkompetent".

Noch schärfer fällt die Rüge seitens der FPÖ aus. Die Bundesobfrau der Initiative Freiheitlicher Frauen, Bundesrätin Monika Mühlwerth rät Kdolsky "zuerst zu denken und dann zu reden". Von einer bisher traditionell Familienfreundlichen Partei wie der ÖVP solle man erwarten, junge Paare zu motivieren, wieder Kinder zu bekommen und sie bestmöglich zu unterstützen.

Mit einer Dringlichen Anfrage des BZÖ sah sich am Dienstag Sozialminister Erwin Buchinger (SPÖ) im Parlament konfrontiert. 48 Fragen zum Thema "sozialdemokratischer Vertrauensbruch in der Sozialpolitik". Das BZÖ wirft Buchinger vor, seine Partei habe ihre Wahlversprechen im Bereich Soziales, Pflege, Arbeitslosigkeit, Ausländerbeschäftigung, Pensionen, Grundsicherung" gebrochen zu haben.

© DiePresse.com

Brief von oben

17.01.2007 | 00:00 | (Die Presse)

Lieber Genosse Gusenbauer!

Mit Wohlgefallen habe ich registriert, dass nun endlich wieder einer von uns Bundeskanzler ist. Auch unser Genosse Otto Bauer hat sich positiv über deine Marx-Kenntnisse geäußert. Schärf, Renner und Pittermann detto. Nur der Raab, der Figl und Petrus, unser Chef, die knurren.

Nun aber zu den Äußerlichkeiten, die du nicht gering schätzen solltest. Ich war ja auf Erden auch nicht gerade schlank (eher barock), aber ich wusste, was da zu tun ist: Maßanzug, Maßhemd, Genosse! Und das muss nicht immer der Knize sein, wie mir stets angedichtet wurde. Nein, ruf meinen böhmischen Schneider in Hernals an, der kommt ins Haus, ist gut und preiswert. Wenn er noch lebt. Ja!? Achte, dass die Anzughosen nicht schlabbern, dass die Stulpe ordentlich sitzt, dass es keine Ziehharmonikafalten gibt. Ja!? Die Schuhe mit Eiserln sind in Ordnung. Keine Kunst, nachdem dein Amtsvorgänger so seltsame Turnpatschen zum dunklen Anzug präferierte. Apropos: Hast schon einen Frack? Nun, das ist halt die Rache der Geschichte an uns Jusos. Dein (ehemals agnostischer) Genosse Bruno K.

© DiePresse.com

Als Vorbild für die Studenten, die sich so ihre Studiengebühr ersparen könnten ●

Gusenbauer will Nachhilfestunden

Wien. – Es war ein Gag in der gestrigen Regierungserklärung im Parlament – oder doch mehr? Alfred Gusenbauer erklärte sich bereit, einmal in der Woche an einer Wiener Schule gratis Nachhilfeunterricht zu erteilen. Als Vorbild für Studenten, die sich weigern, gemeinnützige Tätigkeiten zu verrichten, um sich die Studiengebühr zu ersparen. BZÖ-Chef Peter Westenthaler erinnerte ihn aber daran, dass er monatlich 19.762 Euro brutto verdient.

Trau, schau, wem

Es war kein rhetorisches Feuerwerk, das gestern Kanzler Alfred Gusenbauer im Parlament abbrannte. Vielmehr eine gediegene Regierungserklärung – eben der kleinste gemeinsame Nenner der großen Koalition.

Auffallend oft wurde darauf hingewiesen, dass frühere große Koalitionen in Proporz und Postenschafter erstarzt sind. Mit dem Rütl-Schwur, aus der Geschichte gelernt zu haben – vor allem auch, was den Umgang miteinander betrifft.

Nun, gestern lieferten einander SPÖ und ÖVP nicht

wie früher offene Feldschlachten. Kein Wunder: Sie sind Koalitionspartner geworden. Aber die Sticheleien waren unüberhörbar. Gut so: Koalitionspartner können durchaus getrennt marschieren und gemeinsam schlagen.

Die Opposition verfiel – mit einer Ausnahme – in den alten Fehler, das Koalitionsabkommen in der Luft zu zerreißen. Aber keine zündenden Alternativen vorzulegen. So viel zum Thema Visionen. Es stimmt schon: Man soll neuen Ministern keine Schonfrist gewähren. Aber man soll sie auch nicht vom ersten Regierungstag an heruntermachen.

DIETER KINDERMANN

Vor dem Hohen Haus am Ring stand gestern ein Großaufgebot an Polizei. Die so genannte Bannmeile

von DIETER KINDERMANN

war mit Tretgittern abgesperrt. Allein die demonstrierenden Studenten schwänzten diesmal den „Unterricht“. Im Parlament selbst: Die Regierungsbank im Plenarsaal des Nationalrates war gesteckt voll. Kein Wunder: So viele Kabinettsmitglieder hat es noch nie



Alfred Gusenbauer: jede Woche als Nachhilfelehrer im Einsatz.

In den Wind gereimt...

Darabos – das ist nicht heiter – hat am Hals die Teurofighter. Dass man ihrer sich entledigt, hat die SPÖ gepredigt. Doch mit Recht bezweifelt man, ob sie dieses wirklich kann. Ihr Versprechen wird sie reuen. Dr. Schüssel wird sich freuen.

Wolf Martin

Im Schatten der Golden Globes startet neue Kampagne für Gouverneur Schwarzenegger

Wird „Arnie“ doch US-Präsident?

Von unserem USA-Korrespondenten HANS JANITSCHEK

Los Angeles. – Während die größten Stars der Welt die Gewinner der Golden Globes im Beverly Hilton feierten, rollte eine neue Kampagne zur Wahl von Gouverneur Arnold Schwarzenegger als Präsident der USA an. Den Startschuss dazu gab die „Los Angeles Times“, die einst zu den schärfsten Gegnern des „Steirerbuben“ zählte.

Aber auch der Nachrichtensender CNN brachte einen Sonderbericht über neue Initiativen, die dem in Österreich geborenen einstigen Mr. Universum über eine Verfassungsänderung zum mächtigsten Amt der Welt verhelfen sollen.

„Warum soll unser Gouverneur nicht Präsident werden, nur weil er aus Öster-

reich zu uns kam?“, schreibt die „Los Angeles Times“, die „Arnie“ noch vor drei Jahren als „Grapscher“ verleumdet hatte. Und CNN-Kommentator Bill Schneider brachte es auf den Punkt: „Es sind bereits 27 im Land geborene Kandidaten im Rennen, warum soll nicht auch ein Einwanderer kandidieren? Schwarzenegger ist ideal

dafür geeignet.“ Gleichzeitig verwies der Sender auf die Popularitätswerte des Gouverneurs, die mit 68 Prozent das Doppelte von US-Präsident George Bush betragen.

Ruf nach Kandidatur wird immer stärker

Aber es ist vor allem die Reformpolitik Schwarzeneggers, die den Ruf nach seiner Kandidatur immer stärker erklingen lässt: Sein Kampf gegen die Auspuffgase, seine Pläne für neue Energie aus Sonnenstrahlen, Wasserstoff und Biodiesel sowie eine allge-

meine Gesundheitsversicherung nach europäischem Muster machen schon seit Monaten Furore.

„Ich habe Arnold gebeten, Demokrat zu werden“, erklärte Superstar Warren Beatty vor der versammelten Golden-Globes-Runde, unter der sich auch der Gouverneur befand. „Und er ist mir gefolgt!“ Zumindest ideologisch. Auch Warren Beatty tritt für eine Verfassungsänderung zu „Arnies“ Gunsten ein.

Schwarzenegger lächelte nur dazu und gab sich bescheiden wortkarg, als er auf Krücken die Riesenshow abschloss.

Regierungserklärung des Kanzlers – scharfe Kritik der Opposition

in Wiener Schule erteilen

gegeben – 14 Minister und sechs Staatssekretäre.

Alfred Gusenbauer verfasste die 24 Seiten lange Regierungserklärung. Vollgepackt mit Versprechen – vor allem im Sozialbereich: Mindestsicherung, Mindesteinkommen, Mindestpension – und 25 Prozent weniger Arbeitslose. Hochgesteckte Ziele, Wahlversprechen, die ausnahmsweise gehalten werden sollen.

Wo bleibt der große Wurf?

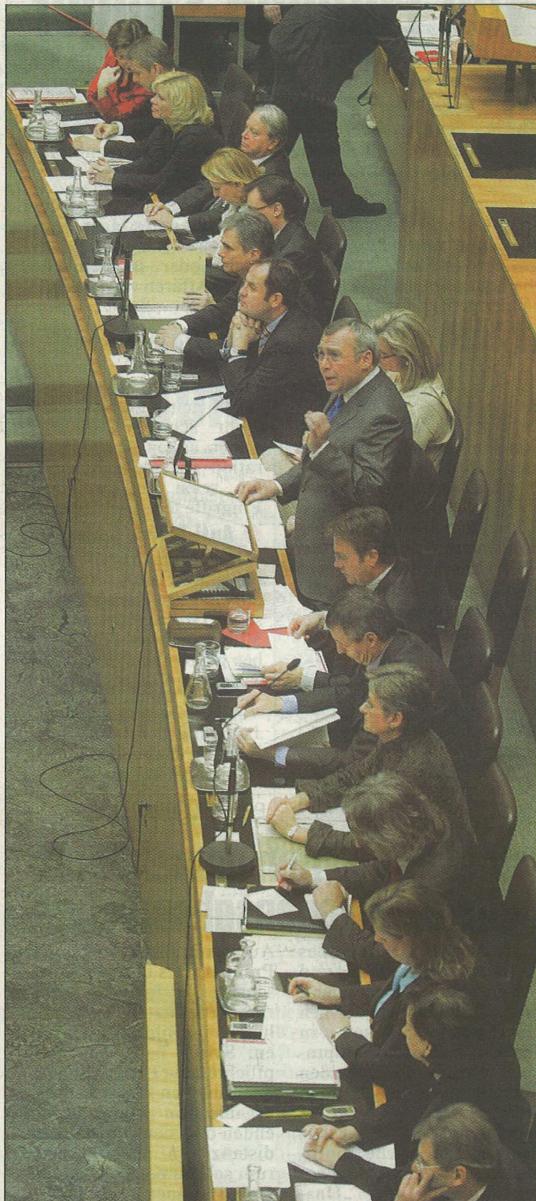
Die Opposition ließ an dem neuen Kanzler kein gutes Haar. „Zum Gähnen“, fand Grünen-Chef Van der Bellen die Regierungserklärung. „Wo ist der große Wurf?“, fragte er und brachte einen früheren SPÖ-Antrag zur Abschaffung der Studiengebühren ein.

„SPÖ und ÖVP haben eine unterschiedliche Geschichte, aber ein Ziel“, versicherten Vizekanzler Molterer und ÖVP-Klubchef Schüssel. „Gemeinsam für Österreich zu arbeiten mit Schwerpunkten Vollbeschäftigung, modernste Bildungsstandards, Verwaltungsreform.“ Molterer: „Mein Doppelbudget wird den Elchtest bestehen.“

„Kanzler des Wortbruchs“, „Selbstaufgabe der SPÖ“, kommentierten FPÖ-Chef Strache und BZÖ-Chef Westenthaler das Regierungsprogramm.

● Faymanns Modell

Tempo 100 verärgert viele Autofahrer. Deshalb will Infrastrukturminister Faymann ein flexibles Modell einführen. Also auf Tempo 100 nur dann umsteigen, wenn die Schadstoffbelastung ein zulässiges Maß überschritten hat. Faymann will darüber mit allen Landeshauptleuten sprechen.



Die vollbesetzte Regierungsbank im Plenum des Nationalrates: Bundeskanzler Alfred Gusenbauer gibt die Regierungserklärung ab.

Notizen aus dem Parlament



Uninspiriert

„Uninspiriert“ blieb Grünen-Chef Van der Bellen von der Regierungserklärung des Kanzlers Alfred Gusenbauer. „Wenn ich die Stimmung richtig einschätze, war das bei allen Fraktionen ebenso. Insgesamt also – schwer enttäuschte Hoffnungen.“

Caps Kaffeeschale

„Ich habe vor Van der Bellens Rede Gott sei Dank einen Kaffee getrunken“, replizierte SPÖ-Klubchef Josef Cap. „Ein Inspirations-Feuerwerk war das nicht gerade.“ Und an die Adresse des ÖVP-Wissenschaftsministers Johannes Hahn: „Sie sollten sich bei den Studiengebühren nicht hinter der Hecke verstecken.“

Ehrenmitglied

„Alfred Gusenbauer ist der erste ÖVP-Bundeskanzler mit rotem Parteibuch“, ätzte FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache. „Darf ich Ihnen die Ehrenmitgliedsurkunde der ÖVP überreichen?“, fragte er lachend.

Der ÖVP-Fighter

„Erst wollte Alfred Gusenbauer statt Eurofighter Sozialfighter haben“, mokierte sich FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache. „Jetzt ist er aber vom Sozial- zum ÖVP-Fighter geworden ...“

Fliegender Wechsel

„Fliegender Wechsel“, erklärte SPÖ-Klubchef Josef Cap an die ÖVP-Adresse. „Klubchef Molterer ist Vizekanzler und – Kanzler Schüssel Klubobmann geworden.“

DIETER KINDERMANN